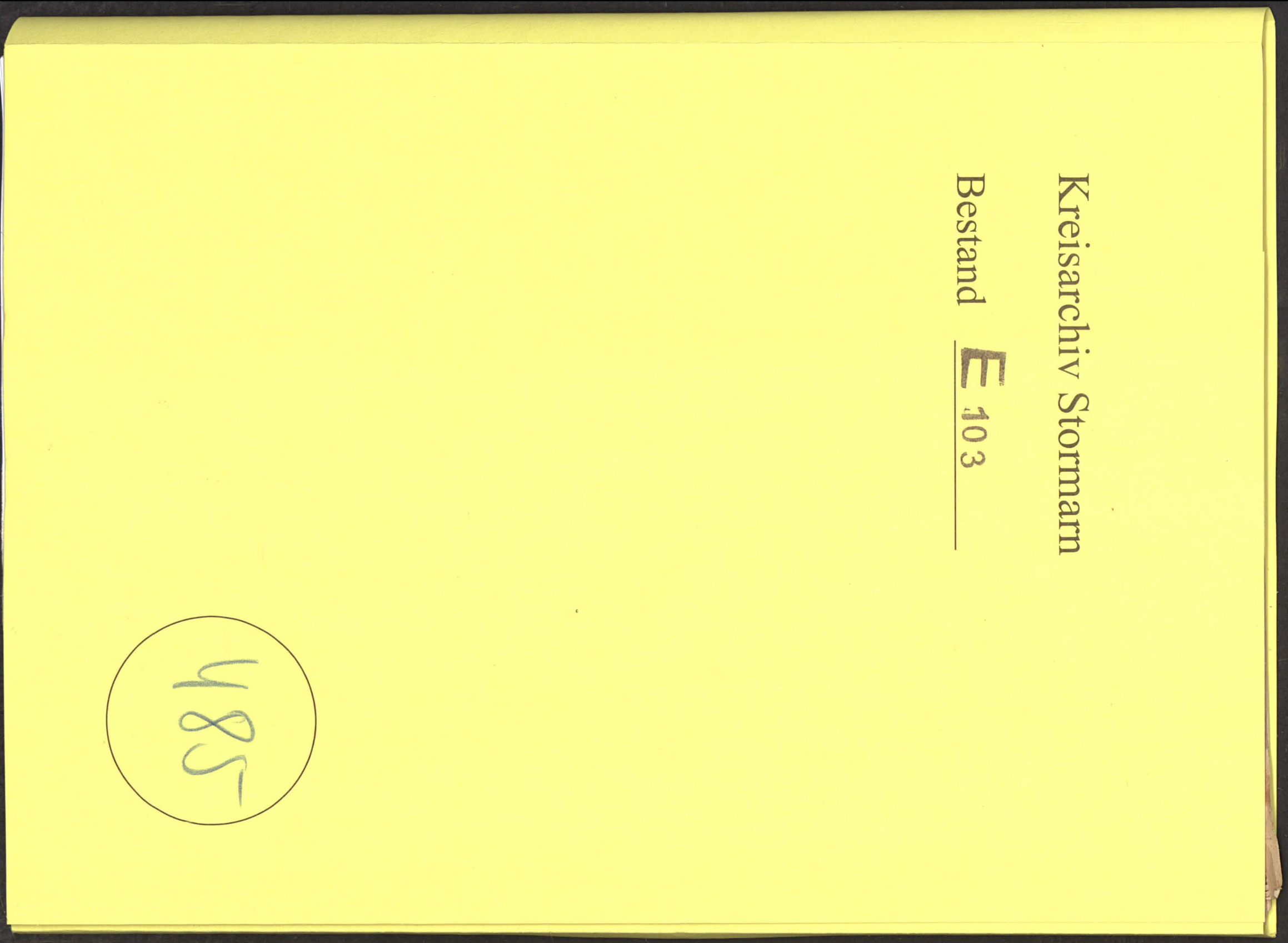
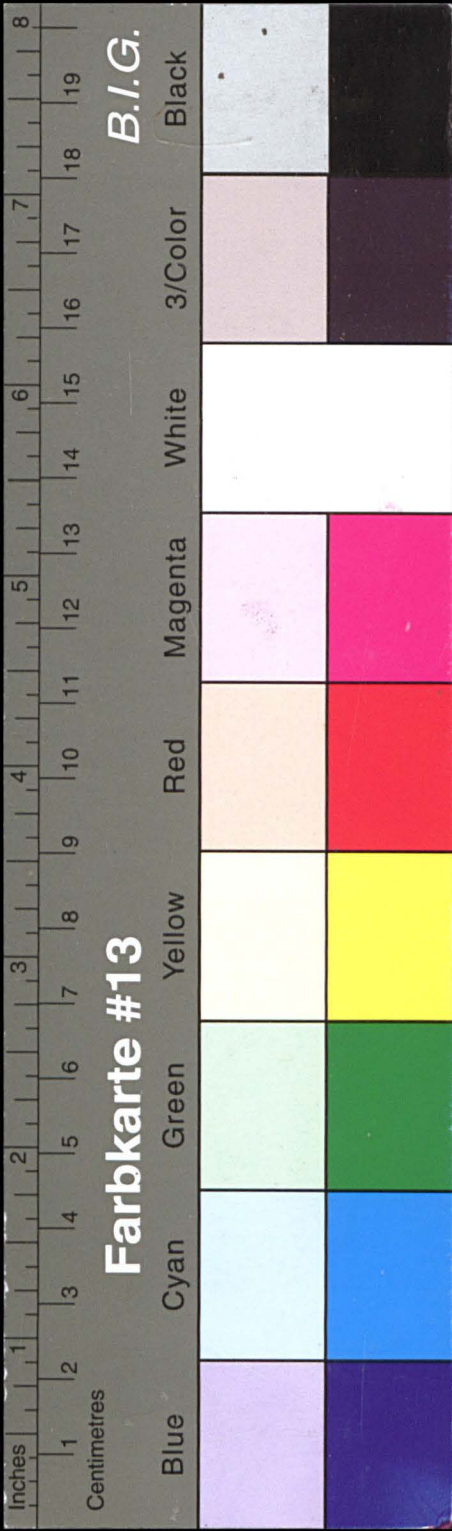


Kreisarchiv Stormarn E103

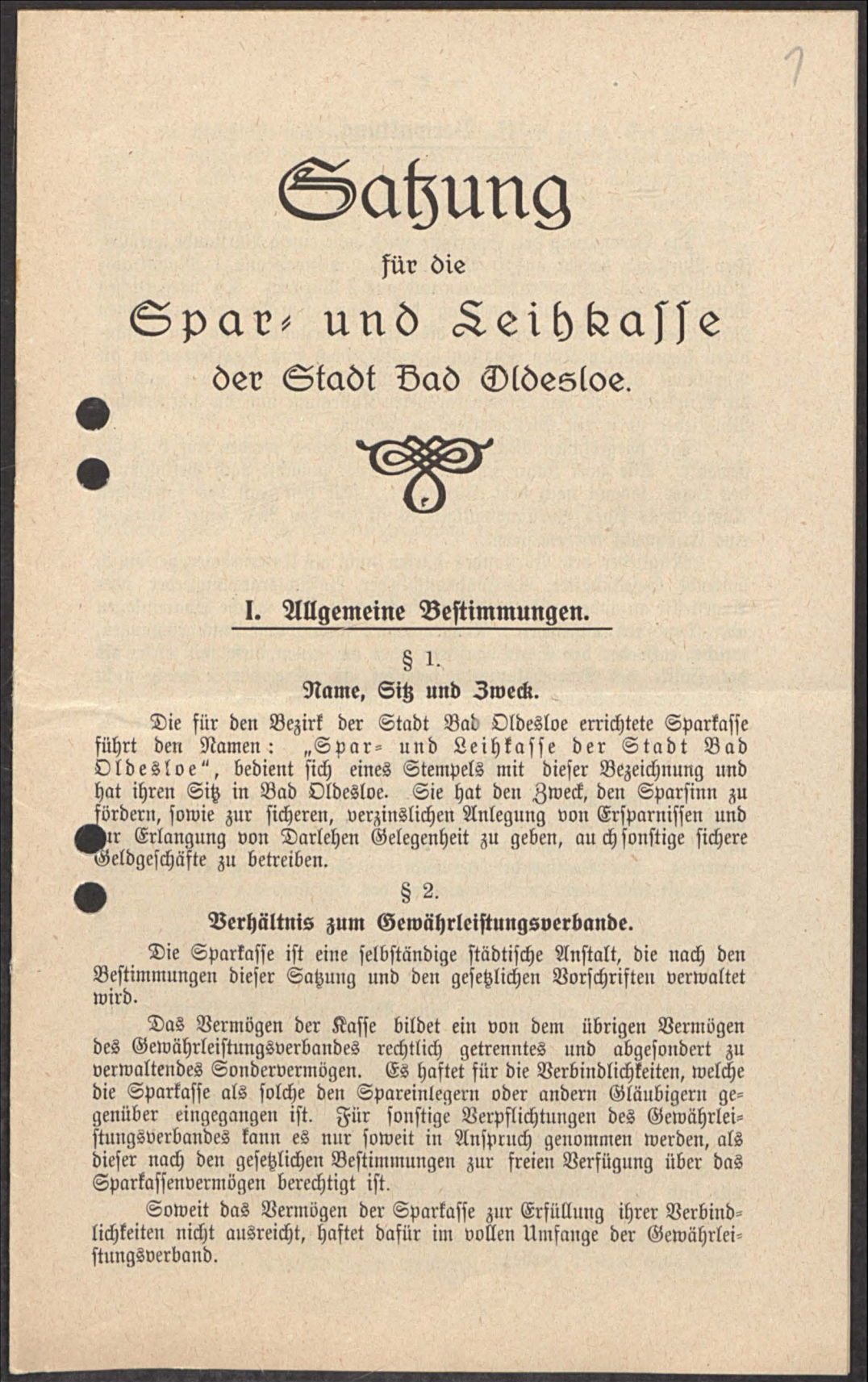
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

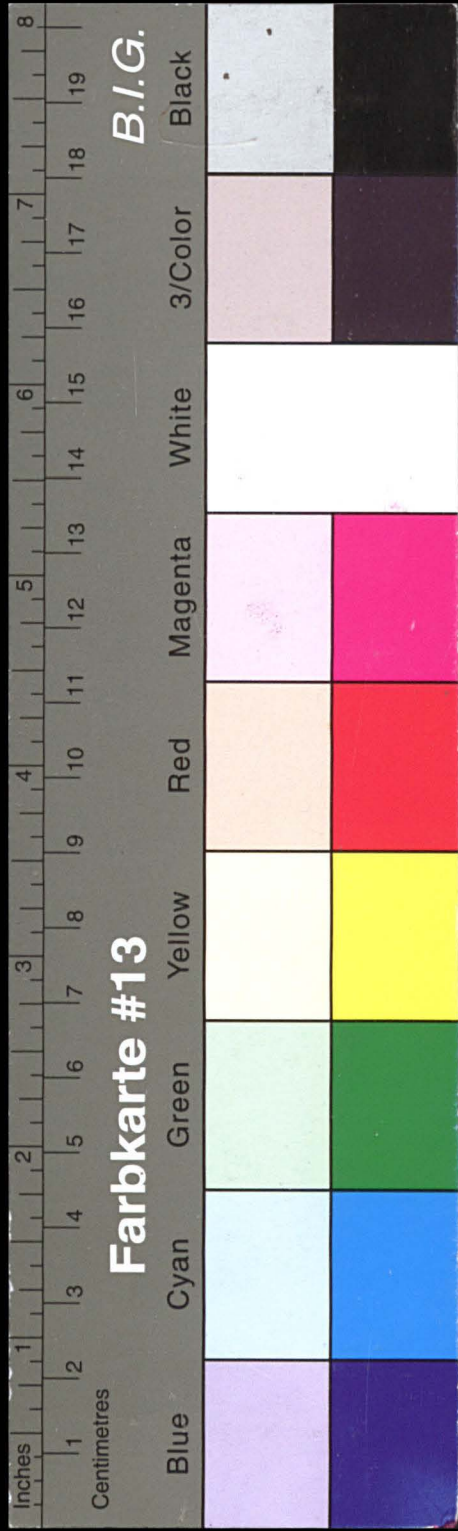




Kreisarchiv Stormarn E103

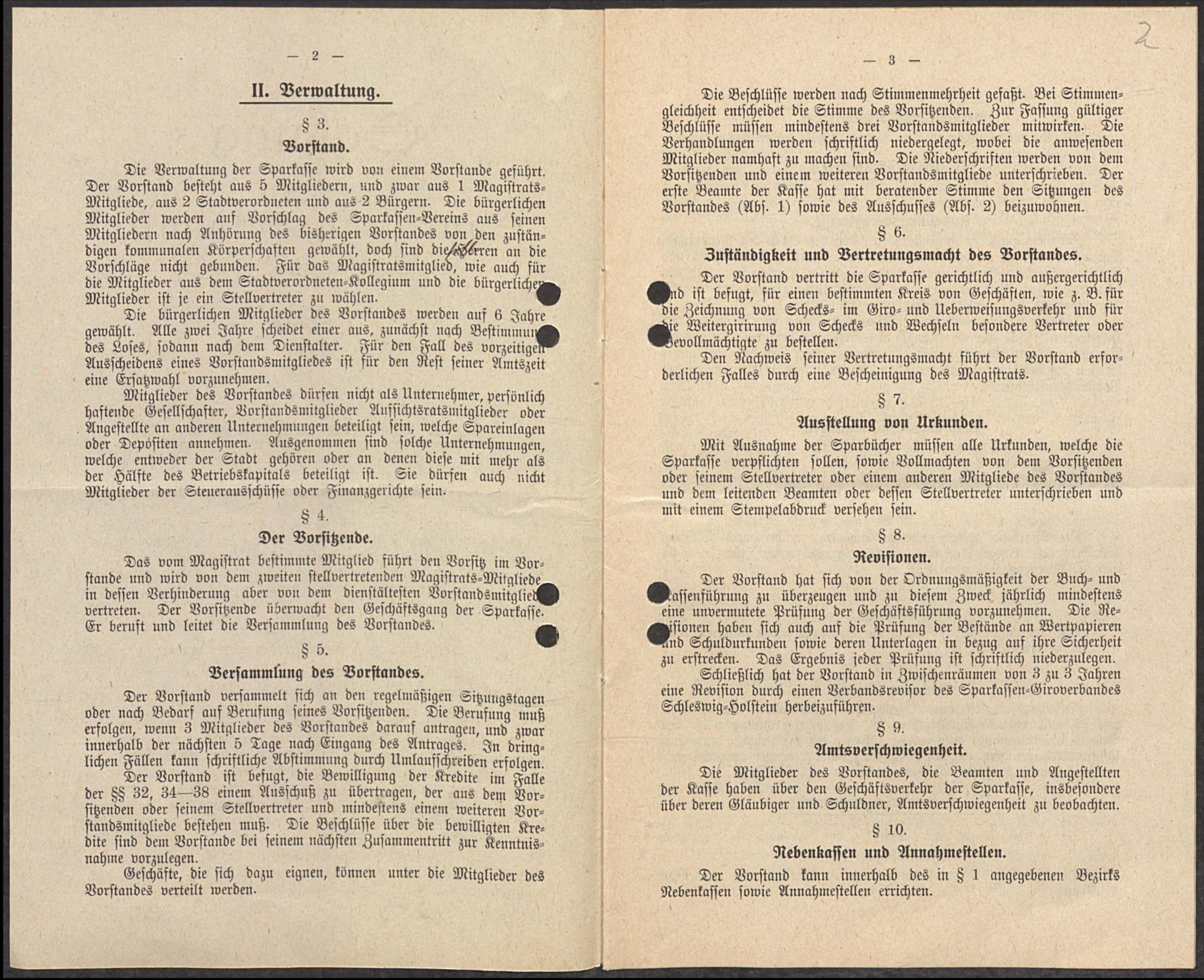
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

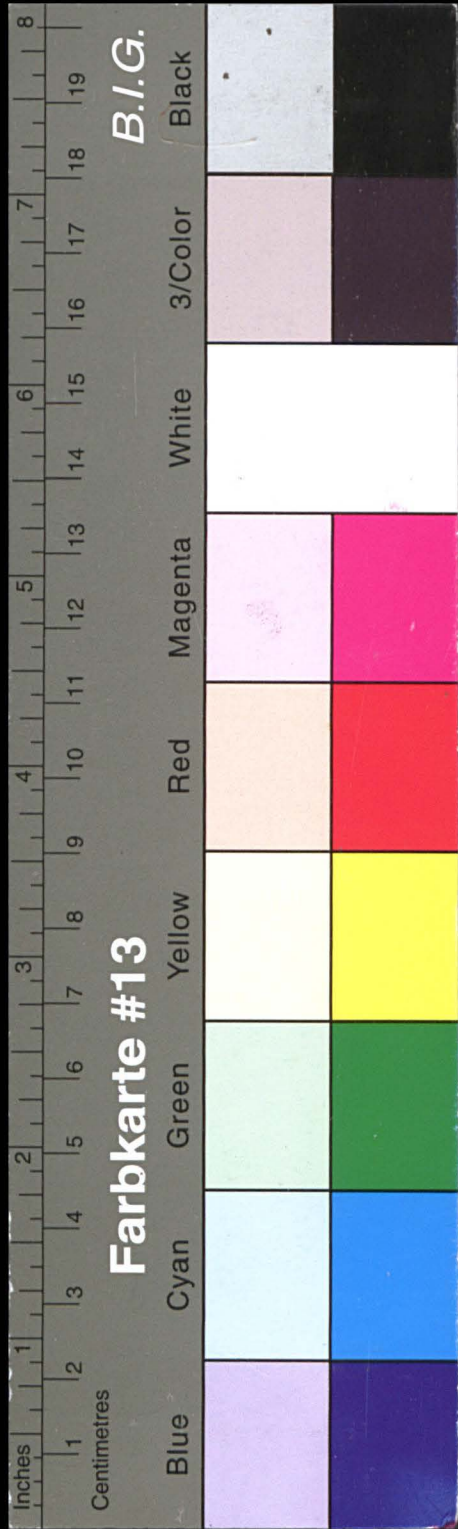




Kreisarchiv Stormarn E103

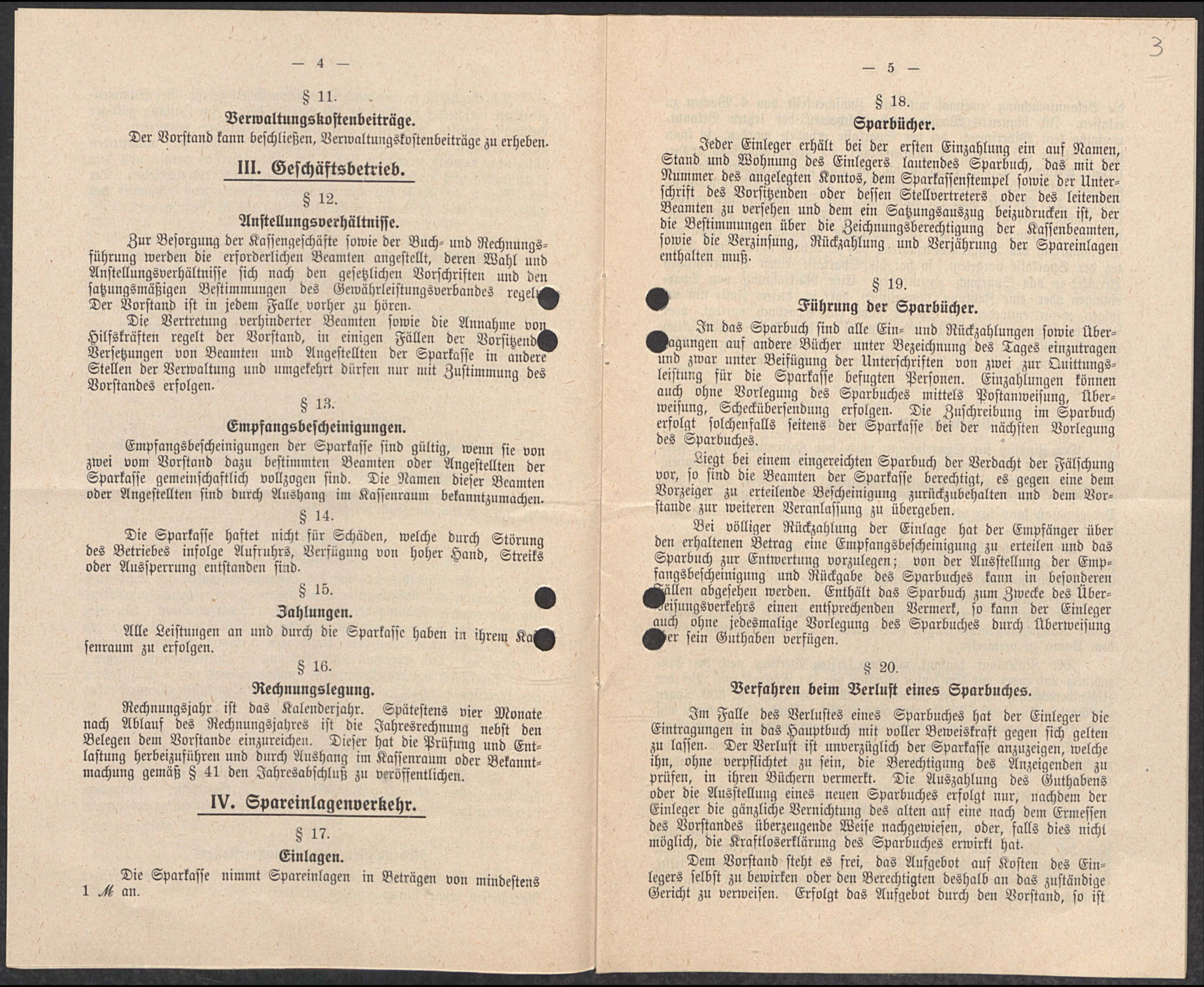
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

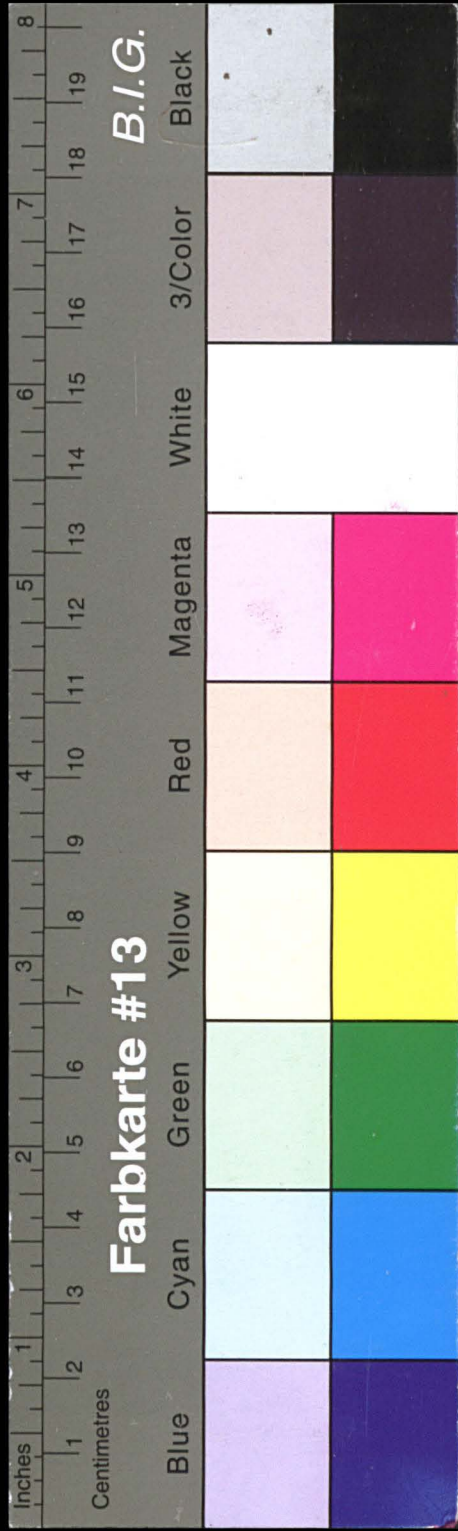




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

— 6 —

die Bekanntmachung zweimal mit einer Zwischenfrist von 4 Wochen zu erlassen. Ist binnen 4 Wochen nach Erscheinen der letzten Bekanntmachung kein Widerspruch bei der Sparkasse erhoben worden, so kann dem Einleger auf Grund der Kassenbücher ein neues Sparbuch ausgestellt werden. Erfolgt Widerspruch, so sind die streitenden Parteien an das ordentliche Gericht zu verweisen. Die erste Bekanntmachung darf erst drei Monate nach der Anmeldung des Verlustes erlassen werden und nachdem der Einleger nach Ablauf dieser Frist schriftlich erklärt hat, daß das Sparbuch noch nicht zum Vorschein gekommen ist. Wird vor Durchführung des Aufgebotsverfahrens das Sparbuch durch einen Dritten der Sparkasse vorgelegt, so hat die Sparkasse einen entsprechenden Vermerk in das Sparbuch einzutragen. Eine Rückzahlung von Spareinlagen oder eine Zahlung von Zinsen darf in diesem Falle nur erfolgen, wenn entweder der Sparer selbst das Sparbuch vorlegt, oder wenn der Sparer sich mit der Auszahlung an den Dritten ausdrücklich einverstanden erklärt, oder wenn eine gerichtliche Entscheidung darüber beigebracht wird, wer über das Guthaben zu verfügen hat.

§ 21.

Verzinsung der Spareinlagen.

Der Zinsfuß für Spareinlagen wird mit Zustimmung des Sparkassenverbandes vom Vorstand festgesetzt und ist öffentlich bekanntzumachen. Soll der Zinsfuß unter $2\frac{1}{2}\%$ herabgesetzt oder über 4% erhöht werden, so bedarf es der Zustimmung der städtischen Körperschaften. Der Zinsfuß kann für verschiedene Arten von Einlagen verschieden festgesetzt werden.

Eine Zinsherabsetzung tritt für die vorhandenen Spareinlagen frühestens einen Monat nach Bekanntmachung in Kraft, soweit nicht im Einzelfall ein späterer Zeitpunkt festgelegt wird.

Der Vorstand darf in Einzelfällen einen anderen als den von der Sparkasse allgemein gewährten Zinsfuß oder von der Sachung abweichende Rückzahlungsbedingungen vereinbaren. Die Vereinbarung ist auf dem Konto zu vermerken.

Der Zinsenlauf beginnt mit dem ersten Werktag nach der Einzahlung und endet mit dem letzten Werktag vor der Rückzahlung. Bei der Zinsberechnung wird der Monat zu 30, das Jahr zu 360 Tagen gerechnet. Nur volle Mark werden verzinst. Zinsbeträge werden auf volle 10 ¢ abgerundet, bei 5 ¢ und weniger nach unten, sonst nach oben.

Die aufgelaufenen Zinsen werden am Jahreschluß dem Kapital zugeschrieben und wie dieses vom Beginn des neuen Rechnungsjahres ab verzinst.

Nach Ablauf von 30 Jahren seit der letzten Vorzeigung des Sparbuches hört die Verzinsung des Guthabens auf.

Wenn der Einleger trotz der ihm hierüber zugestellten Mitteilung oder bei unbekanntem Aufenthalt trotz öffentlicher Aufforderung innerhalb weiterer fünf Jahre keine Bestimmung über sein Guthaben trifft, so verfällt dieses nach Bestimmung des Vorstandes zugunsten öffentlicher Wohltätigkeitsanstalten.

— 7 —

4

§ 22.

Rückzahlung der Einlagen.

Rückzahlungen finden statt:

- a) ohne Kündigung bis zu 1000 *M* sofort. Jedoch kann ein und derselbe Sparer innerhalb eines Zeitraumes von einem Kalendermonat im ganzen nicht mehr als 1000 *M* ohne Kündigung abheben; auch braucht die Auszahlung nur für den Fall zu erfolgen, wenn Gelder zur Verfügung stehen;

- b) nach vorgängiger Kündigung.

Die Kündigungsfrist beträgt:

für Beträge bis 5000 <i>M</i>	1 Monat,
" " von 5000 " bis 10000 <i>M</i>	3 Monate,
" " über 10000 "	6

Der Ausbruch eines dem Deutschen Reiche oder von dem Deutschen Reiche erklärten Krieges verdoppelt ohne weiteres die Kündigungsfristen.

Die Kündigung kann entweder mündlich unter Vorzeigung des Sparbuches oder schriftlich unter Angabe der Sparbuchnummer erfolgen. Im ersteren Falle ist die Kündigung in dem Buch zu vermerken; im zweiten wird eine besondere Bescheinigung darüber ausgestellt.

Die Kasse kann auch, unbeschadet der Bestimmung unter a) des Abzuges 1 die Kündigungsfristen erlassen oder verkürzen. In diesem Fall hat sich der Einleger einen zu vereinbarenden Abzug gefallen zu lassen.

Nach Eintritt des Fälligkeitstermins kann die Kasse die weitere Verzinsung des gekündigten Kapitals einstellen. Wird das Kapital jedoch innerhalb eines Monats nach dem Tage der Fälligkeit nicht abgehoben, so erlöschen nach Ablauf dieser Frist die Wirkungen der Kündigung, und das Kapital wird wieder als neue Einlage verzinst.

Der Sparkasse steht das Recht zu, Spareinlagen unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten schriftlich oder durch Veröffentlichung zu kündigen. Von der Sparkasse gekündigte, zur Verfallzeit nicht abgeholte Beträge werden von dem Rückzahlungstermin ab nicht weiter verzinst.

§ 23.

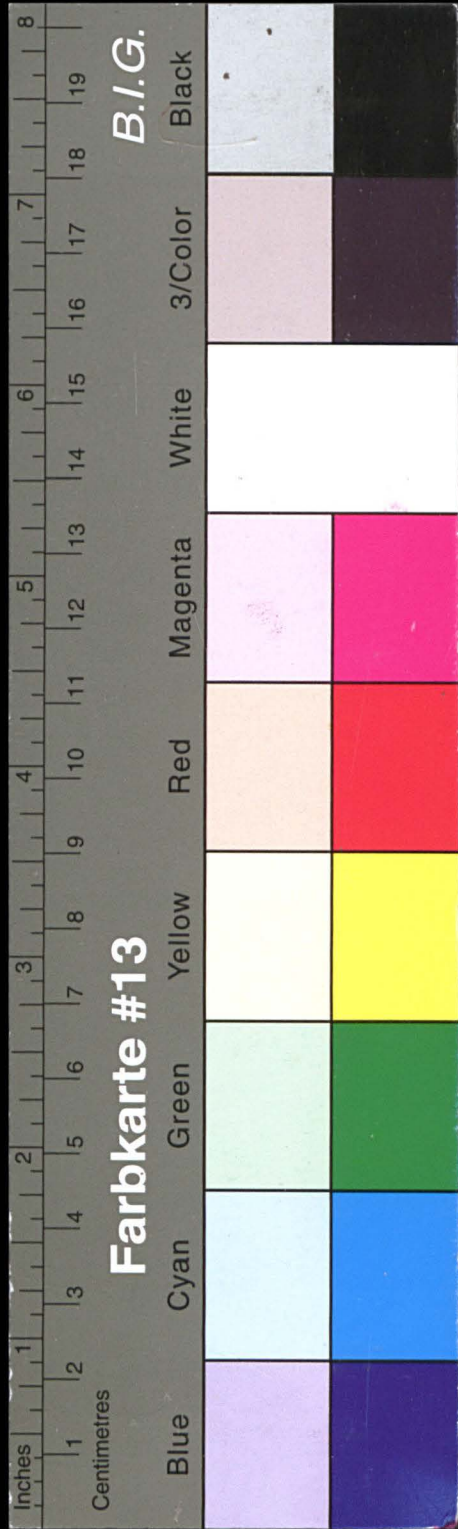
Berechtigungsausweis.

Zahlungen werden in der Regel an denjenigen geleistet, welcher das Sparbuch vorlegt. Die Berechtigung des Empfängers zu prüfen, ist die Kasse befugt, aber nicht verpflichtet.

§ 24.

Sicherung gegen unbefugte Abhebungen und Verhinderung von Auszahlungen.

1. Gegen Abhebung des Guthabens durch einen Unbefugten kann sich der Sparer durch eine Vereinbarung mit der Sparkasse dahin sichern, daß Zahlungen nur gegen Vorlegung eines besonderen Ausweises oder Nennung eines Stichwortes oder eine sonstige zu vereinbarende Sicherung geleistet werden. In diesen Fällen ist die Sparkasse berechtigt, an denjenigen zu zahlen, der die vereinbarte Sicherung erfüllt.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

2. Einsprüche gegen die Abhebung eines Sparguthabens werden von der Sparkasse in ihren Büchern einstweilen vermerkt, aber nur beachtet, wenn die Berechtigung glaubhaft gemacht wird.

3. Der Sparer kann vereinbaren, daß die Kasse nur an eine von ihm bezeichnete Person oder deren Erben zahlt. In diesem Falle ist auf dem betreffenden Konto ein entsprechender Vermerk zu machen.

4. Sparbücher über Mündelgelder werden als solche auf dem Buche und auf dem Konto bezeichnet; zu Abhebungen von Kapital ist die Genehmigung des Gegenvormundes oder Vormundschaftsgerichts beizubringen.

5. Die Sperrung eines Sparbuches bis zu einem bestimmten Termin oder bis zum Eintritt eines bestimmten Ereignisses ist zulässig. Sie erfolgt durch Eintragung eines Vermerks auf dem Konto und in der Sparbuche und hat die Wirkung, daß die Sparkasse das Guthaben nur nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vermerks auszahlt. Die Sperrung erstreckt sich, falls nicht ausdrücklich auf das Kapital beschränkt, auf das Kapital mit den zuwachsenden Zinsen.

Der Sperrvermerk verliert mit dem Tode der Person, zu deren Gunsten der Sperrvermerk eingetragen ist, oder mit dem Eintritt des bestimmten Zeitpunktes oder Ereignisses seine Wirkung. Außerdem kann aus besonderen Gründen durch Beschluß des Vorstandes der Sperrvermerk außer Wirkung gesetzt werden.

6. Für Eintragung von Sperrvermerken kann die Sparkasse eine Gebühr erheben.

§ 25.

Übertragbarkeit.

Auf Verlangen überweist die Sparkasse Sparguthaben an andere Sparkassen und zieht Guthaben von solchen ein.

§ 26.

Besondere Einrichtungen zur Förderung des Sparfinns.

Der Vorstand kann die Schaffung besonderer Einrichtungen zur Förderung des Sparfinns beschließen (Einrichtung von Schul-, Fabrik-, Vereins- und Pflennigsparkassen, Sparmarken, Heimsparbüchern, Sparautomaten, Abholen von Spareinlagen, Sparprämien u. a.).

V. Depositen- und Kontokorrentverkehr.

§ 27.

Die Sparkasse betreibt nach näherer Bestimmung des Vorstandes den Depositen- und Kontokorrentverkehr.

Über die in diesem Verkehr geführten Guthaben werden Sparbücher nicht ausgestellt. Der Kontoinhaber ist berechtigt, durch Überweisung oder Scheck über sein Guthaben zu verfügen. Die Guthaben müssen von den Sparguthaben getrennt gehalten werden. Bezüglich ihrer Verzinsung findet § 21 mit der Maßgabe Anwendung, daß keine höheren Zinsen gewährt werden dürfen, als für Sparguthaben unter gleichen Rückzahlungsbedingungen, und daß die Herabsetzung des Zinsfußes unter 2 1/2 v. H. ohne ausdrückliche Zustimmung der städtischen Körperschaften zulässig ist.

Insofern im Kontokorrentverkehr Kredite eingeräumt werden, müssen die Sicherungen den hinsichtlich der Anlegung des Sparkassenvermögens — §§ 32—38 — gegebenen Bestimmungen entsprechen.

Die Sparkasse wird an die Girozentrale Schleswig-Holstein angeschlossen.

VI. Andere Geschäftszweige.

§ 28.

Kauf und Verkauf für fremde Rechnung.

Die Sparkasse kann für fremde Rechnung Wertpapiere und Hypothekenforderungen nach vorheriger Deckung kaufen und nach vorheriger Überlieferung verkaufen. Vom An- und Verkauf ausgeschlossen sind solche Wertpapiere, die an den deutschen Hauptbörsenplätzen nicht notiert werden. Von Wertpapieren, die ebenda nicht notiert, aber gehandelt werden, darf die Sparkasse nur Anleihen öffentlich-rechtlicher Verbände, Obligationen und junge Aktien bewährter und sicherer Unternehmungen, sowie ähnliche Papiere, die nicht offensichtliche und als solche bekannte Spekulationspapiere sind, für ihre Kunden an- und verkaufen.

§ 29.

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Die Sparkasse übernimmt die Verwahrung und Verwaltung von Wertgegenständen und die Vermietung von Sicherheitsfächern unter den vom Vorstände festzusetzenden Bedingungen.

§ 30.

Sonstige Geldgeschäfte.

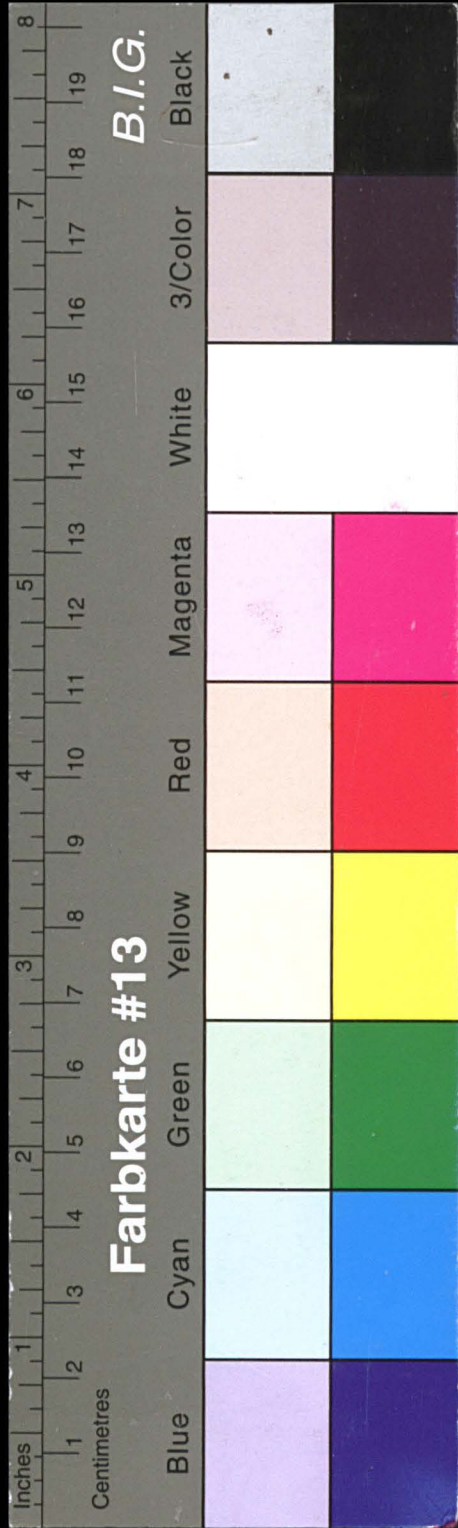
Die Sparkasse besorgt die Einziehung von Forderungen, die Einlösung fälliger Zins- und Gewinnanteilscheine sowie den Ein- und Auszahlungsverkehr für fremde Rechnung, die Übernahme von Bürgschaften für solche Forderungen, in denen Verträgen der Sparkasse angelegt werden darf, den An- und Verkauf von Wechseln, die dem § 13, Ziffer 2 des Bankgesetzes vom 14. 3. 1875 — RGBl. S.177 — entsprechen, und sonstige Geldgeschäfte, für welche der Oberpräsident die Genehmigung erteilt hat. Mit Zustimmung der städtischen Körperschaften kann sich die Sparkasse bis zu einem durch Gemeindebeschluß festgesetzten Höchstbetrage, der indessen 5% des Gesamteinlagenbestandes nicht übersteigen darf, an geschäftlichen Unternehmungen, deren Förderung im Interesse der Gemeinde liegt, beteiligen.

VII. Anlage der Bestände.

§ 31.

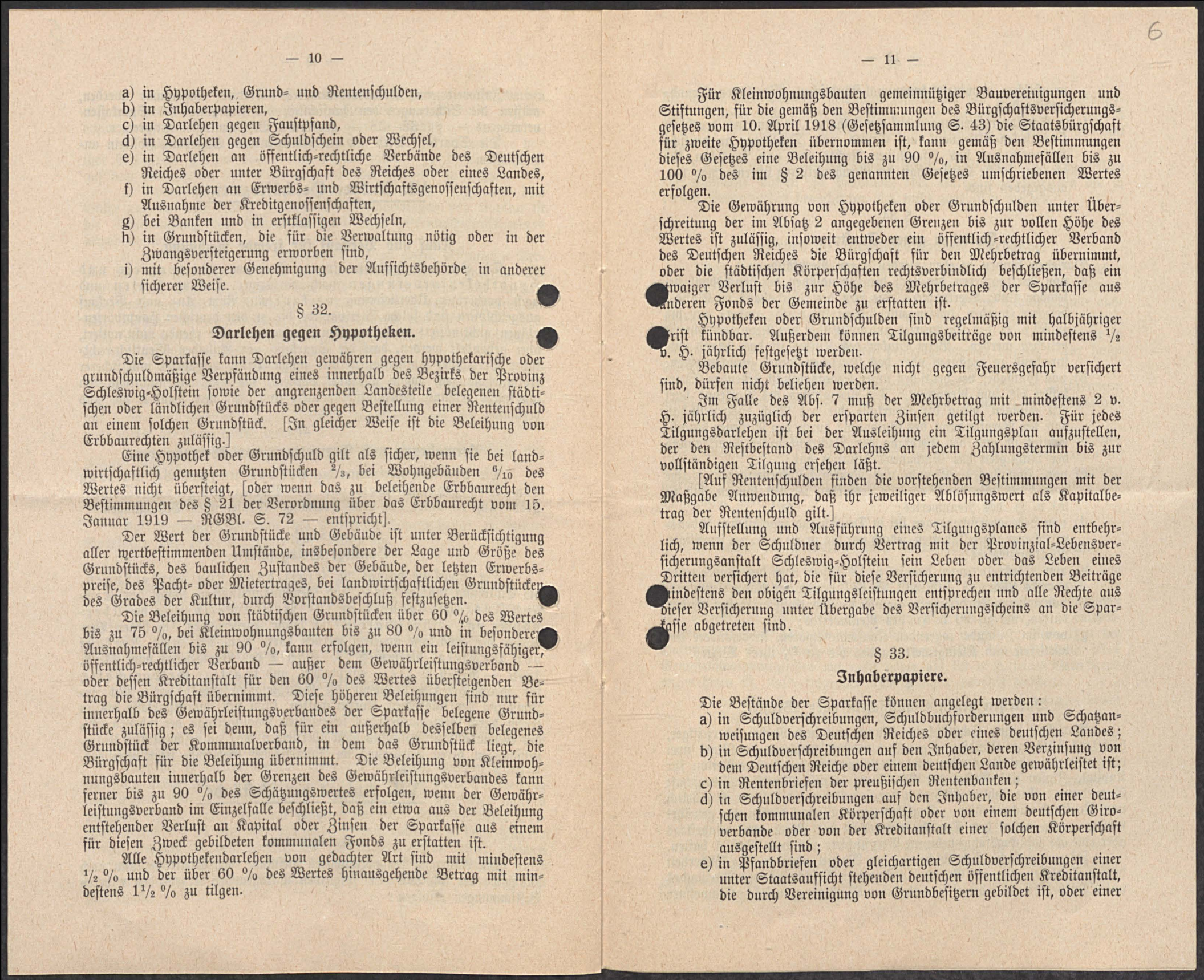
Anlagearten.

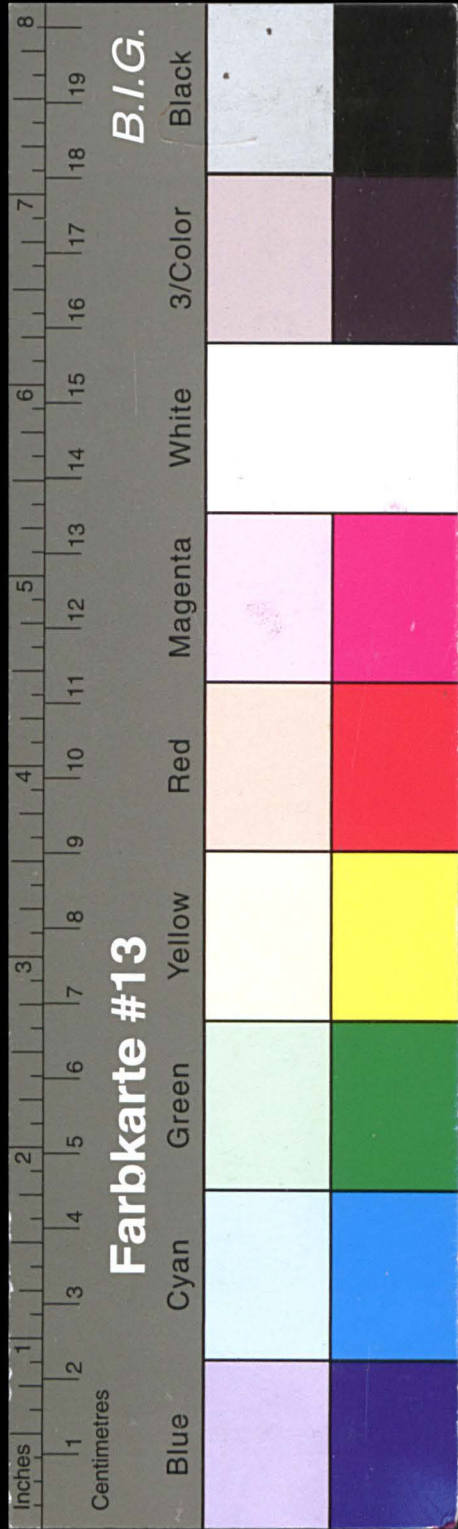
Die Anlage der verfügbaren Bestände der Sparkasse kann nach Maßgabe der sich aus den folgenden Paragraphen ergebenden näheren Bestimmungen erfolgen:



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

preussischen provincial-kommunal-ständischen öffentlichen Grund-
kreditanstalt ;
f) in Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die von einer deutschen
Hypotheken-Aktienbank auf Grund von Darlehen an deutsche
Körperschaften des öffentlichen Rechts oder von Darlehen, für
die eine solche Körperschaft die Gewährleistung übernommen hat,
ausgegeben sind.

§ 34.

Darlehen gegen Faustpfand.

Darlehen können gegeben werden gegen Verpfändung :

- a) von Wertpapieren, die nach den Grundsätzen der Reichsbank be-
leihbar sind; Wertpapiere, die von der Reichsbank in Klasse
beliehen werden, dürfen nur bis zu 90 v. H., andere nur bis
zu 50 v. H. des Kurswertes und nicht über den Nennwert hinaus
beliehen werden. Beim Sinken des Kurses ist das Pfand ent-
sprechend zu ergänzen oder das Darlehen sofort zurückzahlen;
- b) von Guthaben bei deutschen unter Staatsaufsicht stehenden Spar-
kassen bis zum Nennwert. Die Auszahlung des Darlehens darf
erst erfolgen, wenn die Sparkasse, die das Buch ausgestellt hat,
von der Verpfändung des Guthabens durch den Einleger benach-
richtigt ist und den Empfang der Nachricht unter Anerkennung
der Richtigkeit des Guthabens bestätigt hat ;
- c) von Hypotheken-, Grund- und Rentenschuldforderungen, welche
nach § 32 von der Sparkasse erworben werden können, bis zu
90 v. H. des Nennwertes ;
- d) von Lebensversicherungen bei in Deutschland zugelassenen Lebens-
versicherungsgesellschaften, jedoch nur bis zu 80 v. H. des jeweiligen
Rückkaufswertes ;
- e) von Wechseln unter den in § 13 Ziffer 3 d des Bankgesetzes
vom 14. März 1875 (RGBl. S. 177) erwähnten Voraussetzungen ;
- f) von anderen Forderungen, die von der Sparkasse erworben werden
dürfen, bis zu 90 v. H. des Nennwertes ;
- g) von im Inlande lagernden Kaufmannswaren, insbesondere des
mittleren und Kleingewerbestandes bis zu $\frac{2}{3}$ ihres Wertes.

§ 35.

Darlehen gegen Schuldschein oder Wechsel.

Darlehen gegen Schuldscheine können mit dem Rechte jederzeitiger,
höchstens 14tägiger Kündigung gewährt werden, wenn in der Regel zwei
oder mehrere, mindestens aber eine als zahlungsfähig bekannte Person für
Kapital, Zinsen und Kosten der Betreibung selbstschuldnerische Bürgschaft
übernehmen. Die Zahlungsfähigkeit der Schuldner und Bürgen ist jährlich
vom Vorstand nachzuprüfen. Darlehen gegen Wechsel dürfen nur gewährt
werden, wenn neben dem Darlehnsnehmer in der Regel zwei, mindestens
aber eine als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete aus dem Wechsel haften.

[Gegen einfache Schuldscheine oder Wechsel ohne weitere Sicherheit
dürfen Darlehen nur auf Grund einstimmigen Beschlusses des Vorstandes
unter Vorbehalt eine jederzeitigen täglichen Kündigung an solche Einwohner

der Stadt Bad Oldesloe bewilligt werden, die als unbedingt zahlungs-
fähig bekannt sind. Der Gesamtbetrag der Darlehen dieser Art darf 5
v. H. der Spareinlagen und bezüglich des einzelnen Schuldners 300 000
Mark nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Vorstandes sowie die Beamten und Angestellten
der Sparkasse dürfen als Schuldner oder Bürgen von Darlehen der in
diesem Paragraphen bezeichneten Art nicht zugelassen werden.

§ 36.

Darlehen an öffentlich-rechtliche Verbände.

Darlehen an öffentlich-rechtliche Verbände des Deutschen Reiches
oder unter Bürgschaft des Reiches oder eines deutschen Landes können
von der Sparkasse gewährt werden. Über sie ist eine Schuldburkunde aus-
zustellen, der der Beschluß über die Aufnahme der Anleihe in beglau-
biger Form und die erforderliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde in
Urschrift oder beglaubigter Abschrift beigelegt werden müssen. Für lang-
fristige Darlehen ist eine regelmäßige Tilgung festzusetzen.

Unter den gleichen Voraussetzungen dürfen anerkannte Forderungen
gegen öffentlich-rechtliche Verbände des deutschen Reiches von der Sparkasse
erworben werden.

Der Gesamtbetrag derartiger Anlagen darf 50 v. H. des Gesamt-
einlagenbestandes der Sparkasse nicht übersteigen. In Forderungen an
den Gewährleistungsverband dürfen Bestände der Kasse nur angelegt
werden, soweit deren Gesamthöhe 25 v. H. des Einlagenbestandes der
Kasse nicht übersteigt.

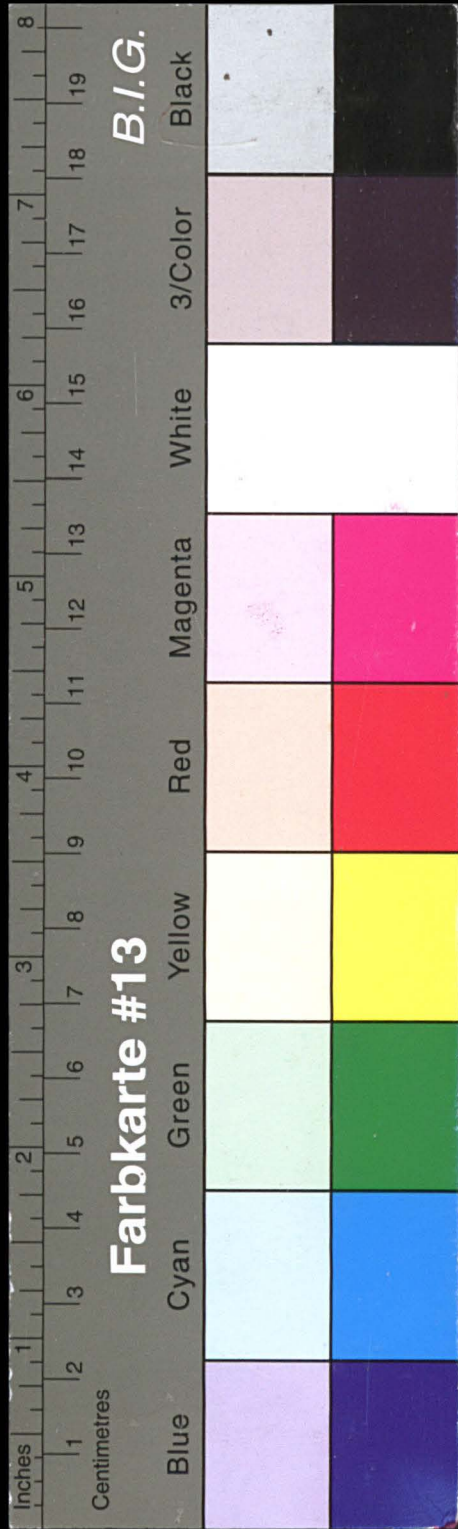
§ 37.

Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Darlehen ohne besondere Sicherheit können unter Ausschluß von
Kreditgenossenschaften an Genossenschaften mit unbeschränkter Haft- oder
Nachschußpflicht bis zu 10 vom Hundert des Gesamtvermögens sämtlicher
der betreffenden Genossenschaft angehörenden Mitglieder, an Genossen-
schaften mit beschränkter Haftpflicht bis zu 75 v. H. der Gesamtheit der
Haftsummen der Genossenschaftsmitglieder, wobei die Haftsumme jedes
Genossenschaftsmitgliedes auf nicht höher als 20 v. H. seines Vermögens
anzunehmen ist, unter folgenden Bedingungen gewährt werden ;

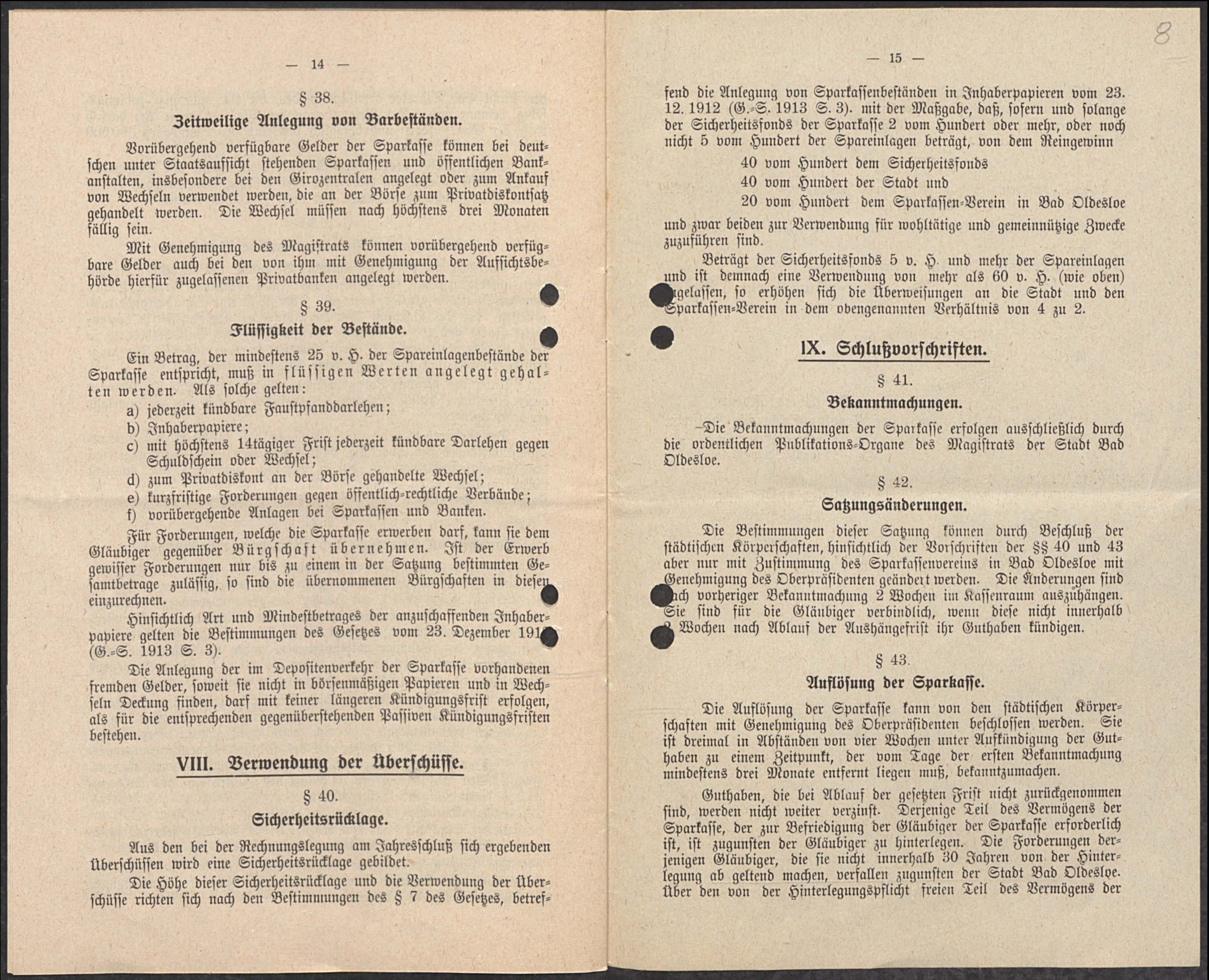
- a) die Genossenschaft muß ihren Sitz in dem in § 1 angegebenen
Bezirk haben und einem Revisionsverband angeschlossen sein ;
- b) die Genossenschaft muß sich verpflichten, jährlich ihre Bilanz,
den Bericht über die seitens des Revisionsverbandes vorgenom-
mene Prüfung und ein Verzeichnis der Mitglieder unter nament-
licher Aufführung der im Laufe des Jahres ein- und ausgetre-
tenen Mitglieder einzureichen ;
- c) das Darlehen ist regelmäßig zu tilgen ;
- d) der Sparkasse steht das Recht zu, das Darlehen jederzeit unter
Einhaltung einer höchstens sechsmonatigen Frist zu kündigen.

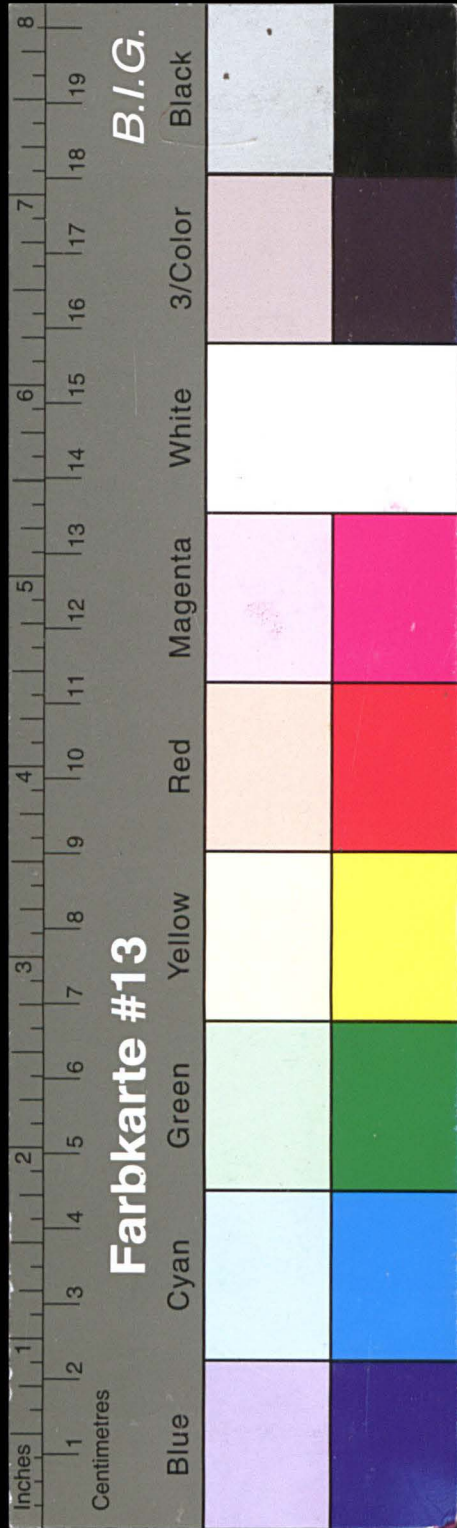
Die Gesamthöhe der ohne besondere Sicherheit an Genossenschaften
zu gewährenden Darlehen darf 10 v. H. des Gesamteinlagenbestandes
der Sparkasse nicht übersteigen.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

— 16 —

Sparkasse können die städtischen Körperschaften zu zwei Dritteln zu öffentlichen und gemeinnützigen Zwecken frei verfügen, während das letzte Drittel dem Sparkassenverein in Bad Oldesloe für seine Zwecke zur Verfügung zu stellen ist.

§ 44.

Die vorstehende Satzung tritt am 1. Januar 1923 in Kraft. (Mit demselben Zeitpunkt wird die bisherige Satzung aufgehoben.)

Beschlossen in der Sitzung der städtischen Kollegien am 15. Dezember 1922.

Bad Oldesloe, den 16. Dezember 1922.

Der Magistrat.
(gez.) Bullerbiedt.

Vorstehende Satzung wird bestätigt.

Kiel, den 9. Februar 1923.

(Stempel)

Der Oberpräsident
der Provinz Schleswig-Holstein.
Im Auftrage
(gez.) Skalweit.

U. P. 12. C. 3/2. 1 (Stempel)

Beglaubigt
(gez.) Schamerowski,
Kanzlei-Inspektor.

G. Spies' Buchdruckerei (Inhaber Hans Spies), Bad Oldesloe.

Spar- und Leihkasse
der Stadt Bad Oldesloe

Bad Oldesloe, den 17. Mai 30²⁹
Postschloßfach Nr. 18

Bank-Konten:
Reichsbank-Giro-Konto Lübeck
Girozentralen Hamburg, Lübeck u. Kiel
Vereinsbank in Hamburg

Postscheckkonto: 9552 Hamburg

Fernsprecher 776

An die Sparkasse des Kreises
Stormarn

Wandsbek
=====

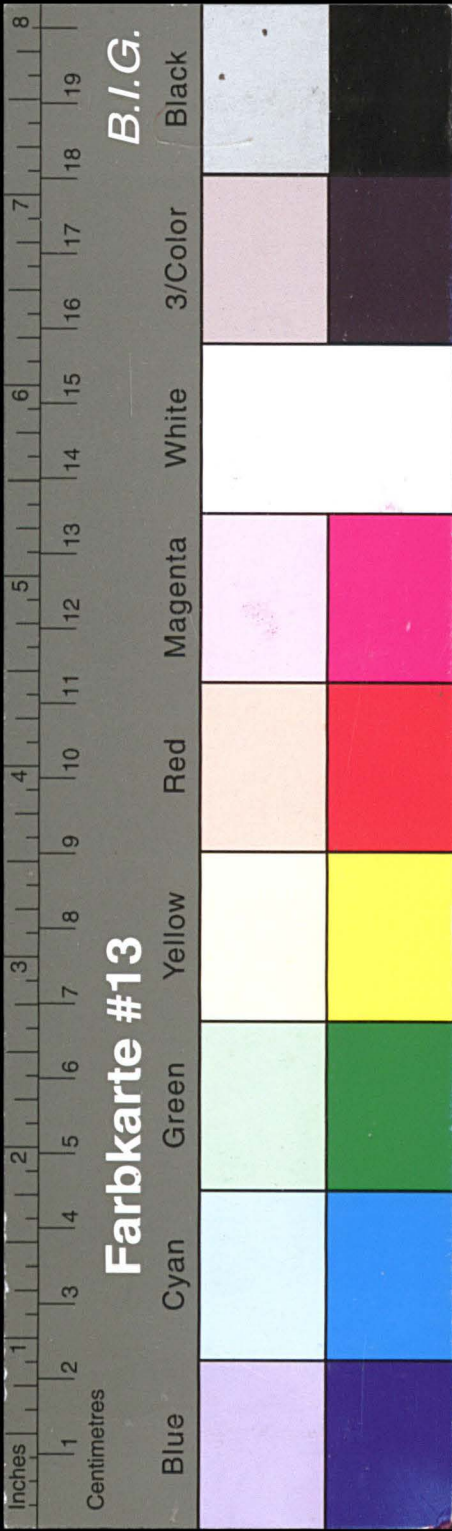
Angeschlossen übersenden wir
Ihnen, wie gestern in Hamburg besprochen,
ein Exemplar unserer Satzung.

Hochachtungsvoll

Spar- u. Leih-Kasse
der Stadt Bad Oldesloe

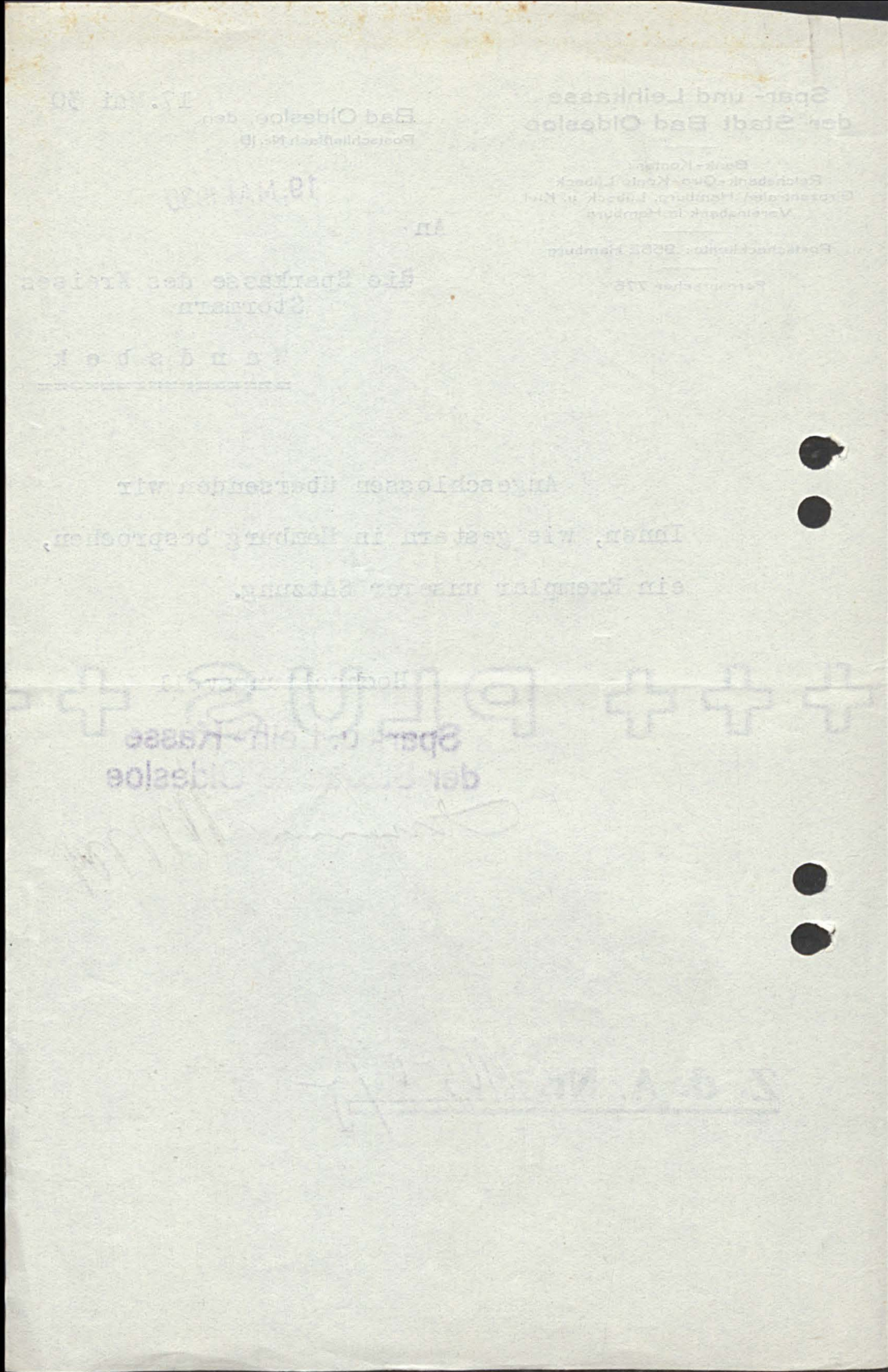
Sturm May

Z. d. A. Nr. 103-0375




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



10 3

Spar- und Leih-Kasse der Stadt Bad Oldesloe



GESCHÄFTSBERICHT 1943 · 120. GESCHÄFTSJAH

GEGRÜNDET 1824 · MÜNDELSICHER

Die Steigerung der Einlagen hat sich auch im Jahre 1943 fortgesetzt. Zu einem großen Teile fließen diese aus dem Verdienst der zufällig in den Arbeitsprozeß eingegliederten Kräfte. Unser Gesamteinlagenzuwachs im Jahre 1943 betrug 31,9 %. Die Spareinlagen stiegen um 25,7 %, die sonstigen Einlagen um 74,2 %. Die starke Zunahme bei den Giroeinlagen ergibt sich aus der Verlegung von Geschäften und öffentlichen Kassen in unseren Bezirk. Bei den durch die Terrorangriffe auf Hamburg verursachten vorübergehenden Schwierigkeiten schalteten wir uns weitgehend für die Versorgung der betroffenen Gebiete und Volksgenossen mit Geldmitteln ein. Durch die Maßnahme konnten die Schwierigkeiten reibungslos überbrückt werden.

Als Folge der allgemeinen Geldknappheit haben unsere Ausleihungen einen Rückgang erfahren. Unsere liquiden Mittel haben sich erheblich vergrößert.

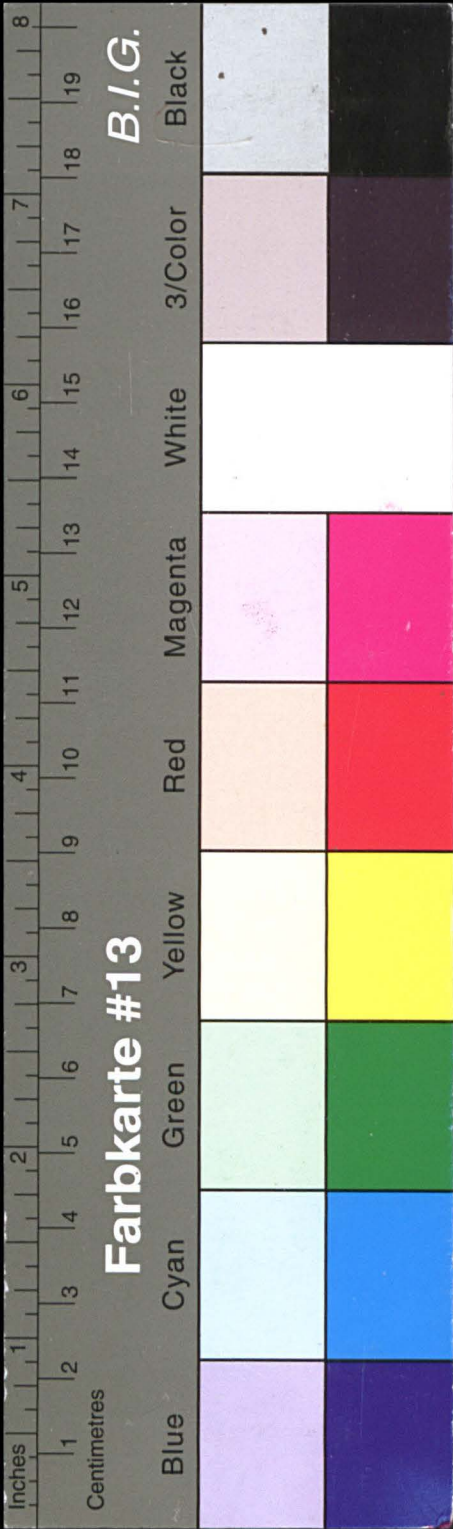
Nach Zuführung des Reingewinns 1943 an die Sicherheitsrücklage beträgt diese 1 107 655 RM · 4,4 % der Gesamteinlagen.

In der Befassung unseres Vorstandes trat eine Änderung nicht ein. Mit unseren zum Heeresdienst einberufenen Gefolgschaftsmitgliedern stehen wir in enger Verbindung. Der ausgeweitete Geschäftsverkehr stellte an die Gefolgschaft größte Anforderungen.

Die nachfolgenden Zahlen geben ein Bild über die Geschäftsentwicklung im Jahre 1943:

	1942	1943	Mehr 1943
Anzahl der im Umlauf befindlichen Sparkassenbücher (ohne Eisen-Sparkonten)	17 448	18 287	839
Anzahl der Spargirokonten	1 650	1 862	212
	RM	RM	RM
Jahresumsatz auf einer Hauptbuchseite	87 048 792	183 565 876	96 517 084
Bilanzsumme	19 966 843	26 270 926	6 304 083
Höhe der Spareinlagen	16 580 816	20 849 806	4 268 990
Höhe der Giroeinlagen	2 412 829	4 244 770	1 831 941
Eigene Wertpapiere	7 523 992	9 167 190	1 643 198
Bauspar Guthaben	6 491 886	11 101 016	4 609 130
Hypotheken- und Darl.-Schuldner	4 609 662	4 209 837	—
Barreserve, Wechsel, Schecks	968 163	1 451 817	483 654
Reingewinn	92 940	159 511	66 571
Sicherheitsrücklagen	855 203	948 144	92 941

Spies-Druckerei Bad Oldesloe



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Aktiva

Jahresbilanz				R.M.	
1. Barreserve					
a) Kassenbestand (deutsche und ausländische Zahlungsmittel)		348 555.07			
b) Guthaben auf Reichsbankgiro- und Postsparkonto		505 262.24		853 817	28
2. Fällige Zins- und Dividendscheine					
3. Schecks					
4. Wechsel				598 000	
In der Gesamtsumme 4 sind enthalten:					
a) Wechsel, die dem § 13 Abs. 1, Ziffer 1 des Gesetzes über die Deutsche Reichsbank entsprechen (Handelswechsel nach § 16 Abs. 2 RWG) R.M.		—			
b) Schagwechsel des Reichs, die dem § 13 Abs. 1, Ziffer 2 des Gesetzes über die deutsche Reichsbank entsprechen		—			
5. Eigene Wertpapiere					
a) Anleihen und Schaganweisungen des Reichs		8 598 378.28			
b) Anleihen und Schaganweisungen des eigenen Landes		176 400.—			
c) Anleihen und Schaganweisungen der sonstigen Länder		—			
d) Schuldverschreibungen des Umfshulungsverbandes deutscher Gemeinden		—			
e) Sonstige kommunale Wertpapiere		105 431.25			
f) Sonstige Wertpapiere		286 981.—		9 167 190	53
In der Gesamtsumme 5 sind enthalten:					
Wertpapiere, die die Reichsbank beleihen darf	R.M.	8 987 203.03			
darunter auf das Liquiditäts-Goll anrechenbare Wertpapiere	R.M.	4 844 370.50			
6. Guthaben bei anderen deutschen Kreditinstituten:					
a) mit einer Fälligkeit bis zu 3 Monaten		5 601 016.60			
aa) bei der eigenen Girozentrale	R.M.	4 719 405.64			
bb) bei sonstigen Kreditinstituten	R.M.	881 610.96			
Von der Summe a) sind täglich fällig (Postroguthaben)		5 601 016.60			
darunter auf Liquiditäts-Konten	R.M.	1 700 000.—			
b) längerfristige Guthaben bei der eigenen Girozentrale		5 500 000.—		11 401 016	60
7. Schuldner					
a) Kreditinstitute		—			
darunter die eigene Girozentrale R.M.		—			
b) Gebiets- und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften		2 321.—	351 749.29		
c) andere Schuldner		226 285.09	87 085.74	667 441	09
In der Summe 7c) sind enthalten:					
aa) gedeckt durch börsengängige Wertpapiere	R.M.	800.—			
bb) gedeckt durch sonstige Sicherheiten	R.M.	277 978.—			
8. Hypotheken, Grund- und Rentenschulden:					
a) auf landwirtschaftliche Grundstücke		700 516.55			
b) auf sonstige (städtische) Grundstücke		2 841 879.48		3 542 396	03
In der Gesamtsumme 8 sind enthalten: mit einer Fälligkeit oder Kündigungsfrist von mindestens 12 Monaten					
9. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)					
Außerdem Entschuldungsdarlehen	R.M.	—			
10. Fällige Zinsforderungen. Davon sind vor dem 30. Nov. fällig gewesen R.M.				54 402	47
11. Hausparkasse				27 468	48
12. Beteiligungen. Darunter Beteiligungen bei der eigenen Girozentrale und beim zu-					
ständigen Sparkassen- und Giroverband	R.M.	85 500.—		85 500	
13. Grundstücke und Gebäude					
a) dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende		57 000.—		57 000	
b) sonstige		—		1	
14. Betriebs- und Geschäftsausstattung				314	04
15. Sonstige Aktiva				116 379	12
16. Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen				—	
17. Verlust (gedeckt durch Inanspruchnahme des Gewährverbandes R.M. —)				—	
Summe der Aktiva				26 270 926	64
18. In den Aktiven und in den Passiven 12 und 13 sind enthalten:					
a) Forderungen an den Gewährverband		340 870		340 870	98
b) Forderungen an die Mitglieder des Vorstandes (Verwaltungsrates), an sonstige in § 14 Abs. 1 u. 3 RWG genannte Personen sowie an Unternehmen, bei denen ein Inhaber oder persönlich haftender Ge-		—			
sellschafter als Geschäftsleiter oder Mitglied eines Verwaltungsträgers der Sparkasse angehört		22 932		22 932	52
c) Anlagen nach § 17 Abs. 2 RWG (Aktiva 12 und 13)		142 500		142 500	

Jahresbilanz

von Ende 1943

Passiva

Jahresbilanz				R.M.	
1. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist		11 739 471.48			
b) mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist		9 110 335.34		20 849 806	82
2. Gläubiger					
a) aufgenommene Gelder und Kredite		—			
aa) bei der eigenen Girozentrale R.M.		—			
bb) bei sonstigen Stellen R.M.		—			
b) Einlagen deutscher Kreditinstitute		R.M. 71 464.12			
c) sonstige Gläubiger		R.M. 4 173 306.62		4 244 770	74
Von der Summe b) und c) entfallen auf:					
aa) jederzeit fällige Gelder		R.M. 4 149 740.49			
bb) feste Gelder und Gelder auf Kündigung		R.M. 95 030.25			
3. Verpflichtungen aus der Annahme gezogener und der Ausstellung eigener Wechsel (Akzepte und Solawechsel), soweit sie sich im Umlauf befinden					
4. Langfristige Anleihen					
5. Hypotheken, Grund- und Rentenschulden					
6. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)					
Außerdem Entschuldungsdarlehen	R.M.	—			
7. Rücklagen nach § 11 RWG					
a) gesetzliche Sicherheitsrücklage		R.M. 882 480.24			
b) gesetzliche Kursrücklage		R.M. 65 664.20			
c) sonstige Rücklagen nach § 11 RWG		R.M. —		948 144	44
8. Rückstellungen				18 000	
9. Sonstige Passiva				50 693	39
10. Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen					
11. Gewinn				159 511	25
Summe der Passiva				26 270 926	64
12. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungs-					
verträgen (§ 131 Abs. 7 d. Akt. Ges.)				5 797	71
13. Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln					
14. In den Passiven sind enthalten:					
a) Gesamtverbindlichkeiten nach § 11 Abs. 1 RWG (Passiva 1 bis 5)		25 094 577		25 094 577	56
b) Gesamtverbindlichkeiten nach § 16 RWG (Passiva 2 bis 5)		4 244 770		4 244 770	74
15. Gesamtes haftendes Eigenkapital nach § 11 Abs. 2 RWG (Passiva 7 zuzüglich 11, soweit der ausgetriebene Reingewinn den Rücklagen nach § 11 RWG zugeführt wird)				1 107 655	69



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Aufwand	Gewinn- u. Verlustrechnung für das Jahr 1943		Ertrag	
	R.M.		R.M.	
1. Ausgaben für Zinsen und gegebenenfalls Kreditprovisionen			1. Einnahmen aus Zinsen und gegebenenfalls Kreditprovisionen	765 724 98
a. Spareinlagenzinsen	508 693	69	2. Einnahmen aus sonstigen Provisionen, Gebühren und dergl.	777 79
b. Zinsen für Giroeinlagen u. Depositen	27 754	68	3. Erträge aus Beteiligungen	4 275 —
c. Zinsen und Provisionen für aufgenommene Gelder	128	30	4. Kursgewinne	
d. sonstige Zinsen	—	—	a. effektive	75 047 75
2. Ausgaben für sonstige Provisionen u. dergl.	—	—	b. buchmäßige	600 —
3. Verwaltungskosten			5. Rückgriff auf die Rücklagen	
a. persönliche			a. Sicherheitsrücklage	— —
1. Gehälter und Löhne	78 738	41	b. Kursrücklage	— —
2. soziale Abgaben	1 552	63	6. Sonstige Erträge	26 253 86
b. sächliche (ohne 4)	22 582	35	davon RM 3 373.08 Grundstücks-erträge	
4. Grundstücksaufwand			7. Sonstige Zuwendungen	— —
a. Unterhaltungskosten	634	60		
b. Versicherungen	204	85		
c. Grundstücksteuern	1 704	48		
5. Steuern (ohne 4c)				
a. Körperschaftsteuer	11 524	—		
b. Vermögensteuer	693	75		
c. Gewerbesteuer	4 052	—		
d. sonstige Steuern	10 424	—		
6. Abschreibungen auf				
a. Gebäude, Grundstücke und Betriebsausstattung	4 498	82		
b. Hypotheken	—	—		
c. sonstige Forderungen	—	—		
7. Kursverluste				
a. effektive	—	—		
b. buchmäßige	250	—		
8. Abführung an die Kursrücklage	—	—		
9. Sonstige Aufwendungen	40 343	87		
10. Gewinn	159 511	25		
Summe	872 679	38	Summe	872 679 38

Bad Oldesloe, den 3. Mai 1944

Der Vorsitzende des Sparkassenvorstandes
Dr. Kieling, Bürgermeister

Der Sparkassenleiter
Cander, Direktor

Zur Veröffentlichung zugelassen auf Grund der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten zu Schleswig
vom 6. Juni 1944 — I. K. 2/6044. —



der bargeldlose Zahlungsverkehr der Sparkassen und Girokassen — einfach, schnell, sicher —

Durchführungsbestimmungen

zur Anordnung des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 14. Juli 1944
-IV 1150/44-betr. Überführung der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad
Oldesloe auf die Sparkasse des Kreises Stormarn und
Auseinandersetzungsbeschluss.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete des Bank- und Sparkassenwesens vom 5.12. 1939.-RGBl. I S.2413-in der Fassung der Verordnung vom 31.12. 1940-RGBl. I 1941 S.19-und im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister des Innern ist von dem Herrn Reichswirtschaftsminister mit Wirkung vom 1. Juli 1944 die Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe in Bad Oldesloe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Sparkasse des Kreises Stormarn in Bad Oldesloe, die nunmehr die Bezeichnung "Kreis- und Stadtparkasse Stormarn in Bad Oldesloe" führt, überführt worden.

I

Zur Durchführung dieser Anordnung bestimme ich folgendes:

- 1.) Die buchmäßige Überführung erfolgt auf der Grundlage der Bilanz der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe zum 30.6. 1944 (Übernahmebilanz).
- 2.) Mit dem Tage der Überführung (1.7.1944) gehen alle Forderungen und Verbindlichkeiten der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Sparkasse des Kreises Stormarn über.
- 3.) Gleichzeitig endet die Haftung der Stadtgemeinde Bad Oldesloe als Gewährträger für die Verbindlichkeiten der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe in Bad Oldesloe. Die Haftung geht vom Tage der Übernahme (1.7.1944) auf den Kreiskommunalverband des Kreises Stormarn als Gewährträger über. Die Stadtgemeinde Bad Oldesloe haftet für die Ordnungsmäßigkeit und Vollständigkeit aller in der Bilanz zum 30.6. 1944 ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten. Die Haftung erstreckt sich insbesondere auf Fehler und Unstimmigkeiten, die nachträglich bei der Prüfung der einzelnen Aktiven und Passiven festgestellt werden sollten.
- 4.) Die Haftung für zweifelhafte Forderungen wird vom Tage der Übernahme, also vom 1.7. 1944 ab, von der Sparkasse des Kreises Stormarn (Kreis- und Stadtparkasse Stormarn) in Bad Oldesloe getragen.
- 5.) Soweit durch die vorstehenden Bestimmungen nicht bereits eine Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten erfolgt, sind für die weiterhin erforderliche Auseinandersetzung die Bestimmungen des zwischen den Beteiligten am 12.4. 1944 abgeschlossenen Auseinandersetzungsvertrages durchzuführen, der gleichzeitig als bindender Bestandteil dieser Durchführungsbestimmungen gilt.

II.

Nach Durchführung der vorstehenden Bestimmungen gilt die zwischen den Beteiligten erforderliche Auseinandersetzung als vollzogen.

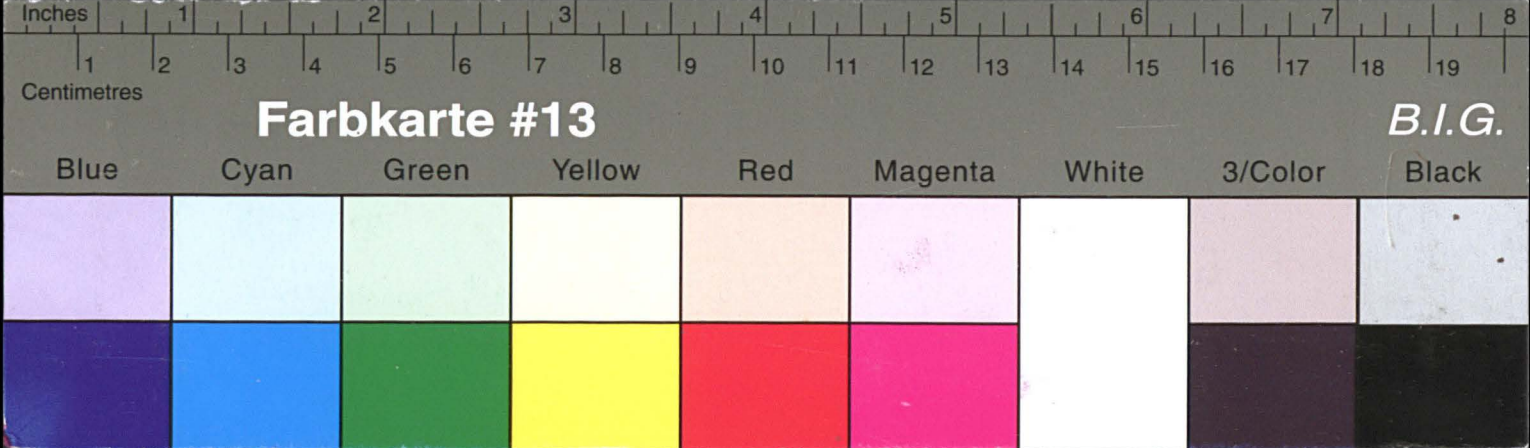


Schleswig, den 27. Januar 1945.

Der Regierungspräsident
Im Auftrage

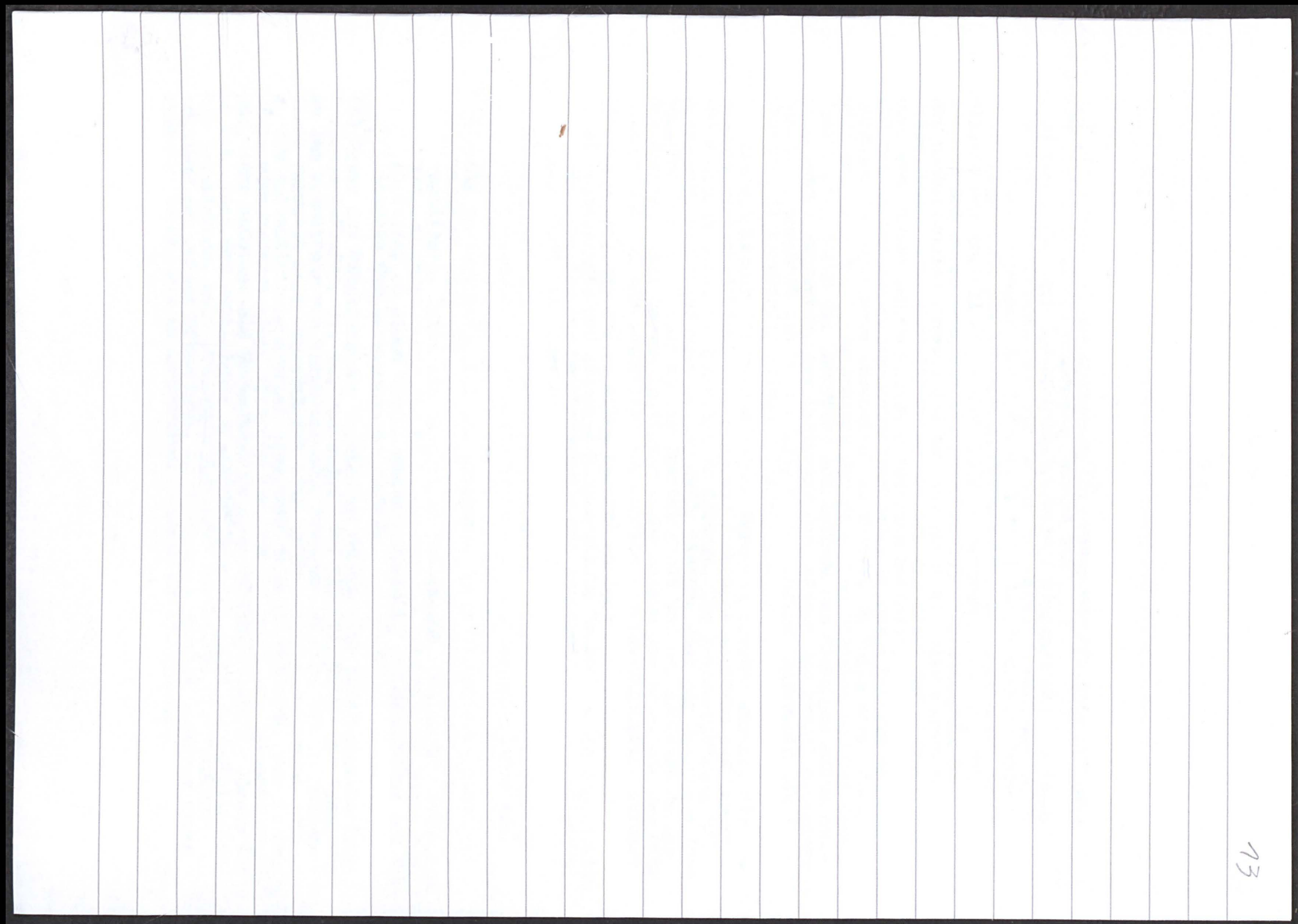
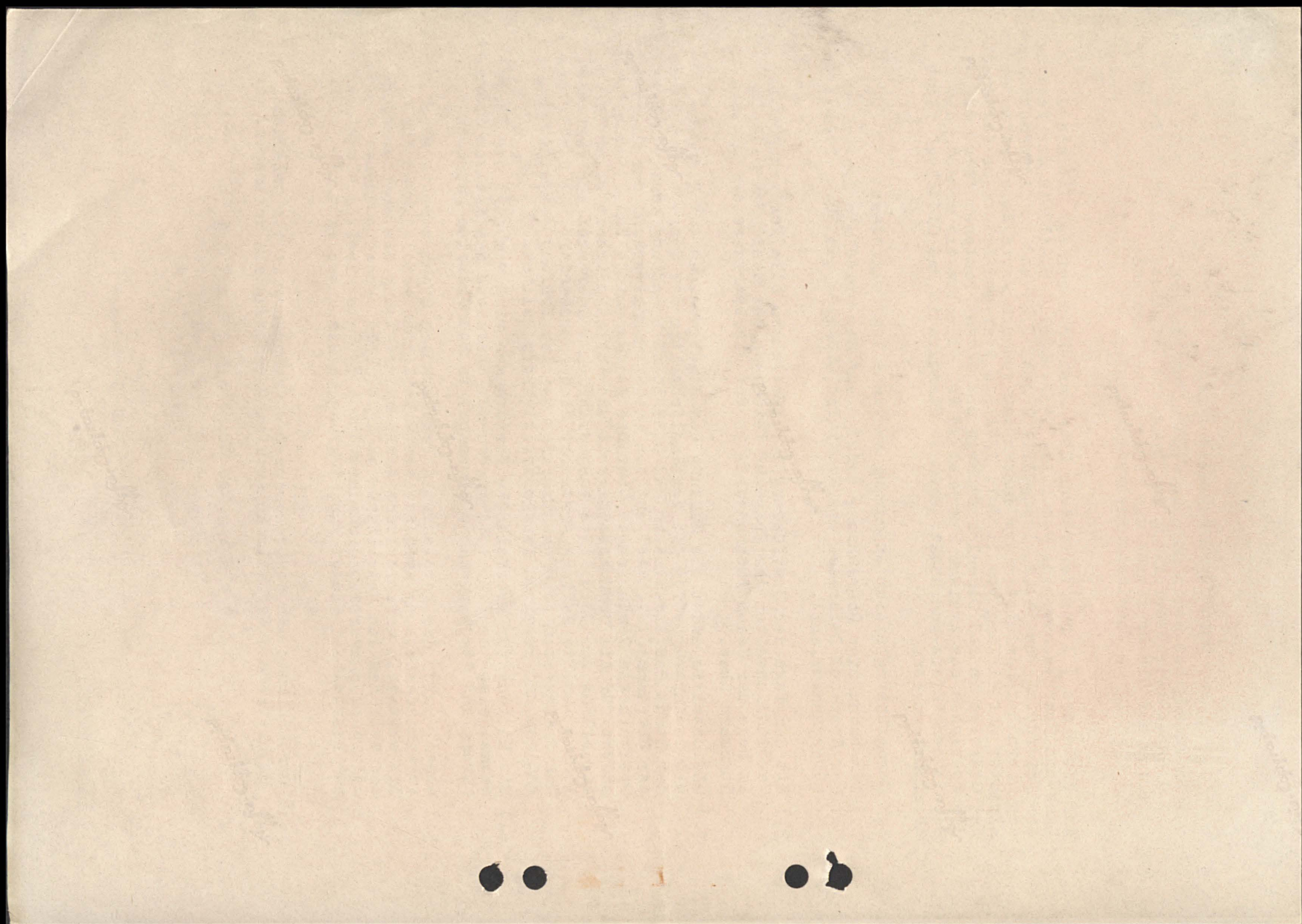
Heisen

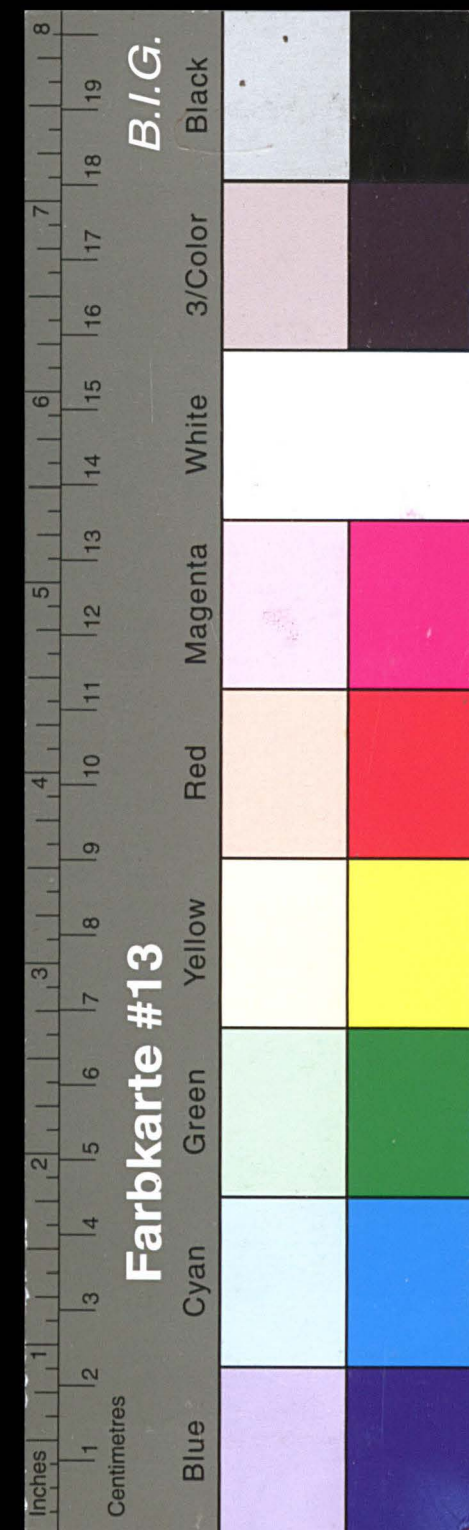
I. K. 2./6440-8.



Kreisarchiv Stormarn E103

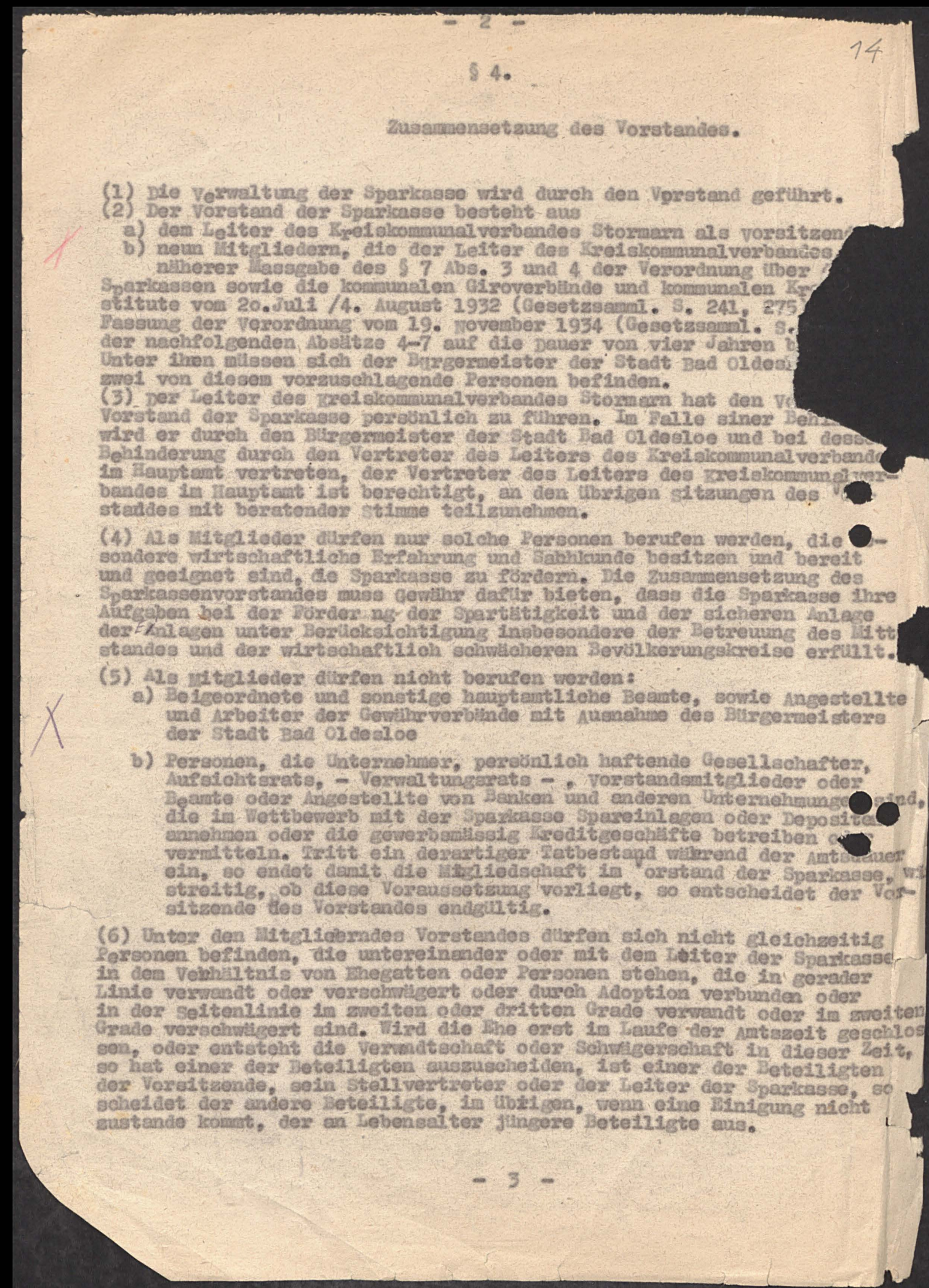
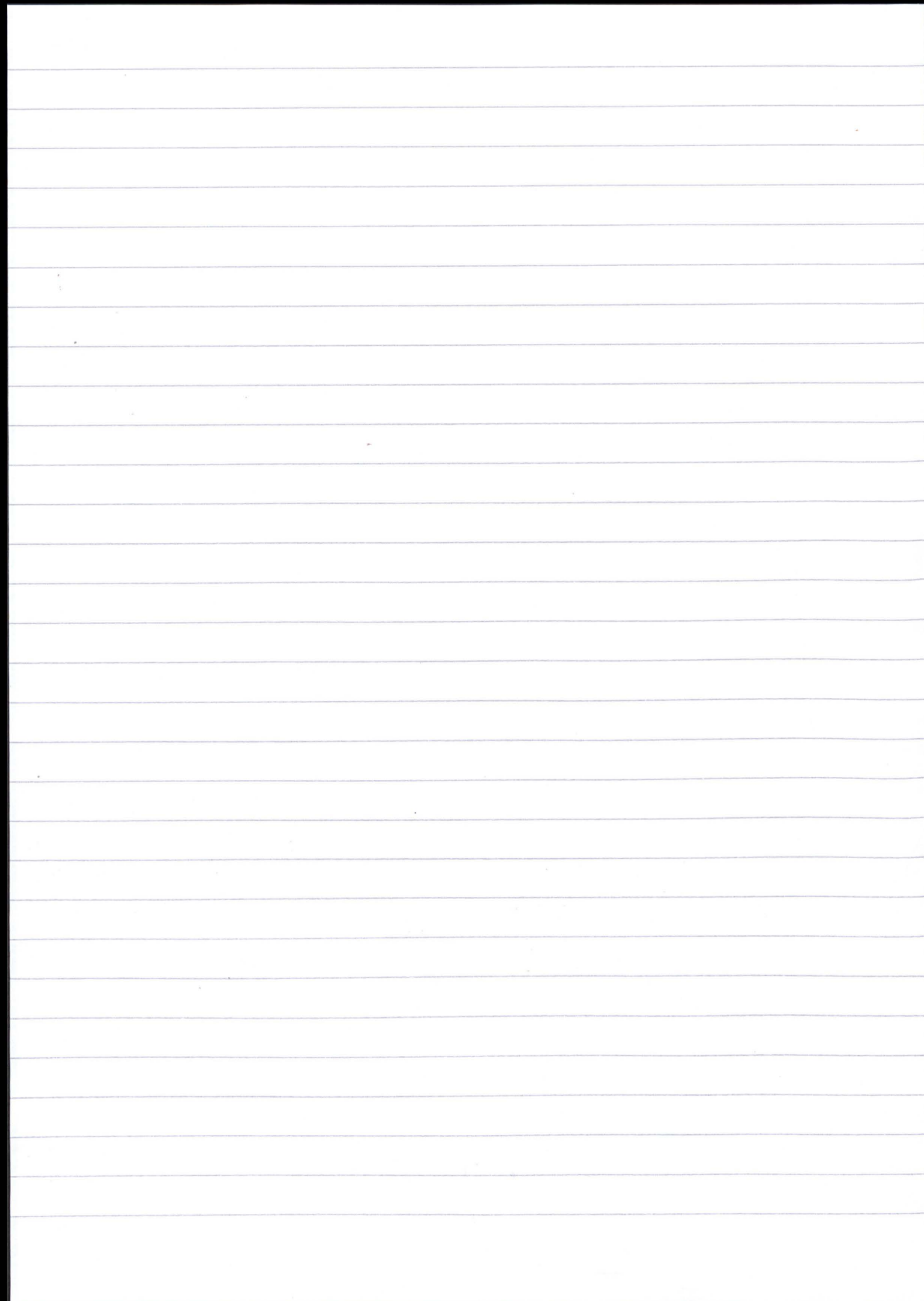
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

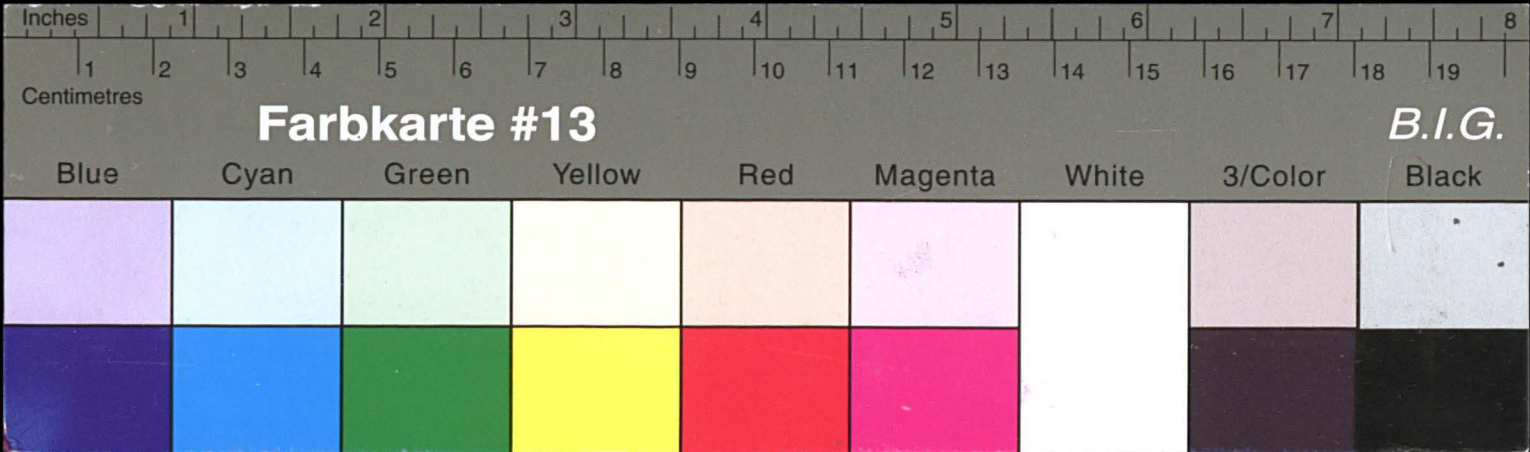




Kreisarchiv Stormarn E103

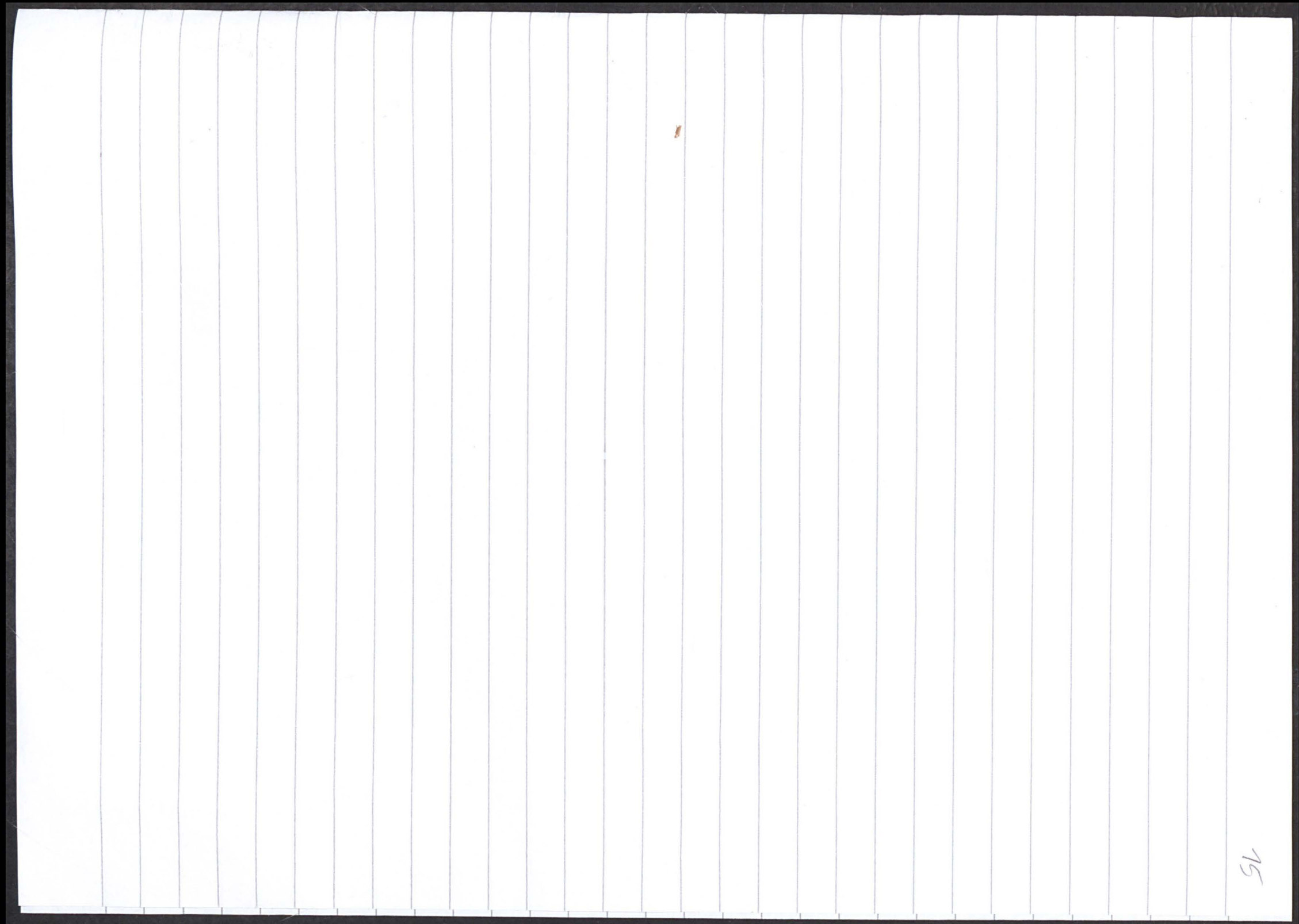
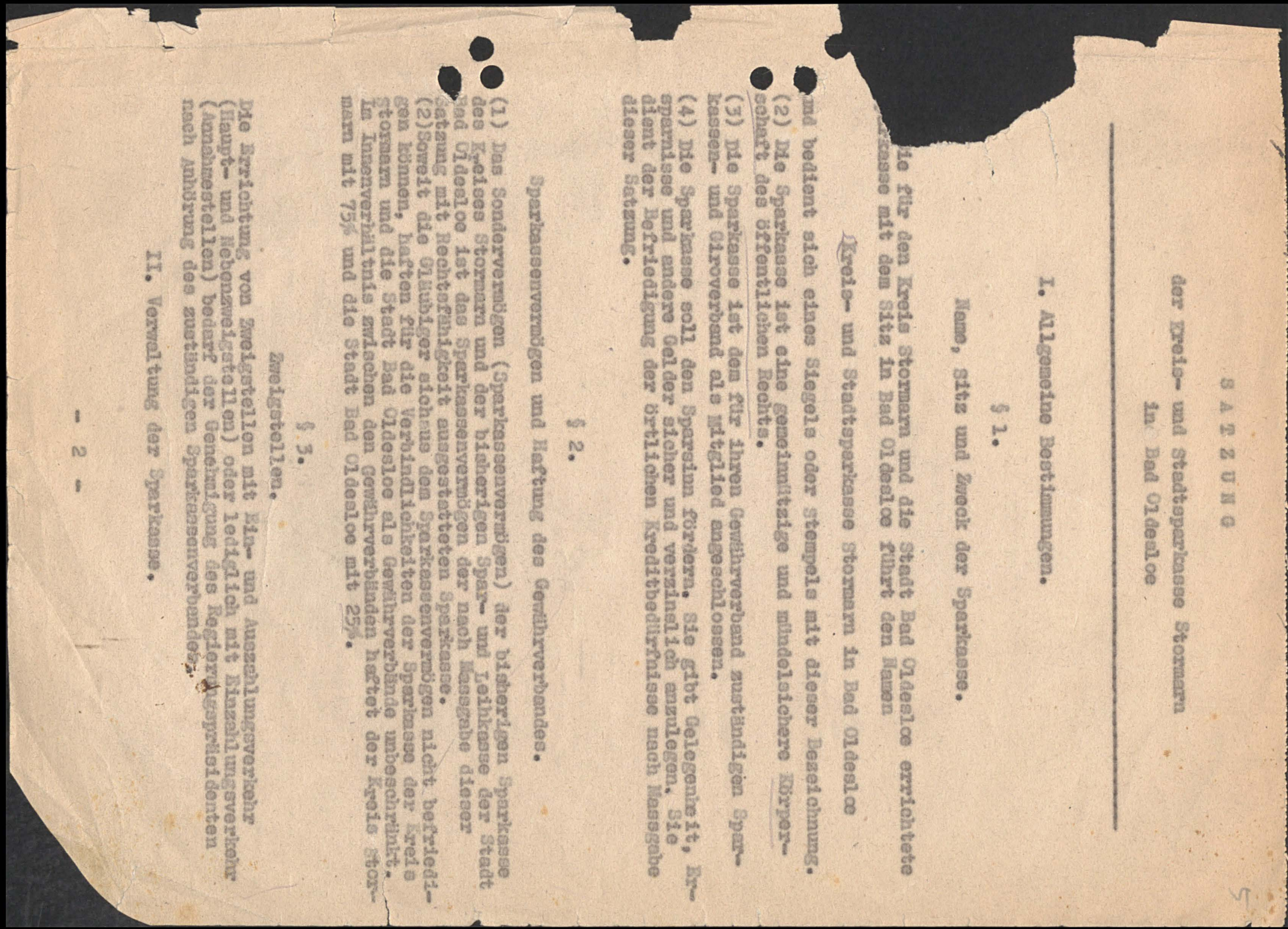
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

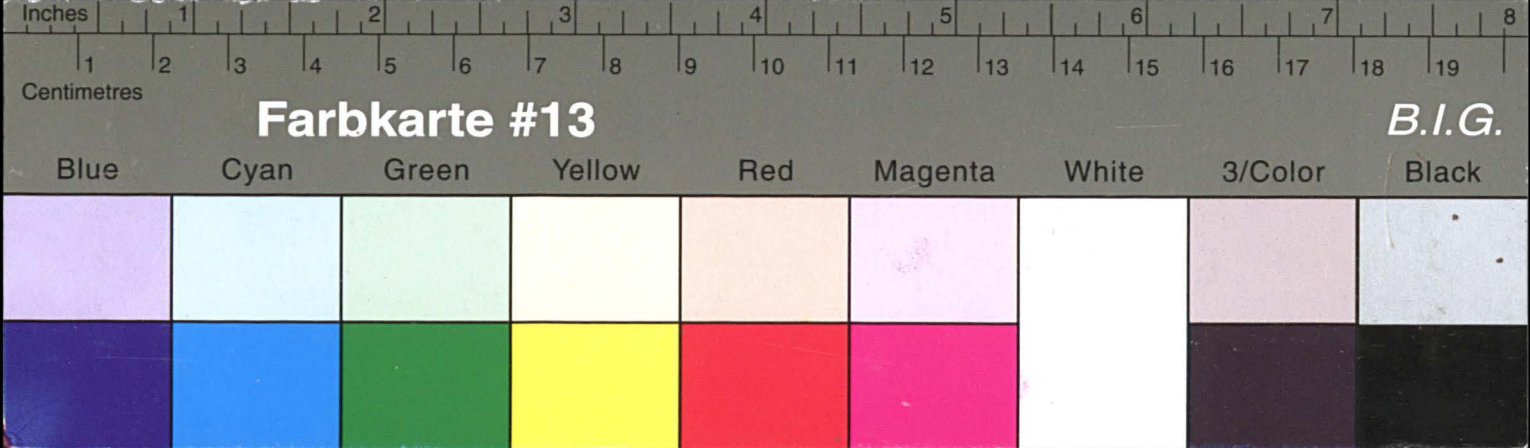




Kreisarchiv Stormarn E103

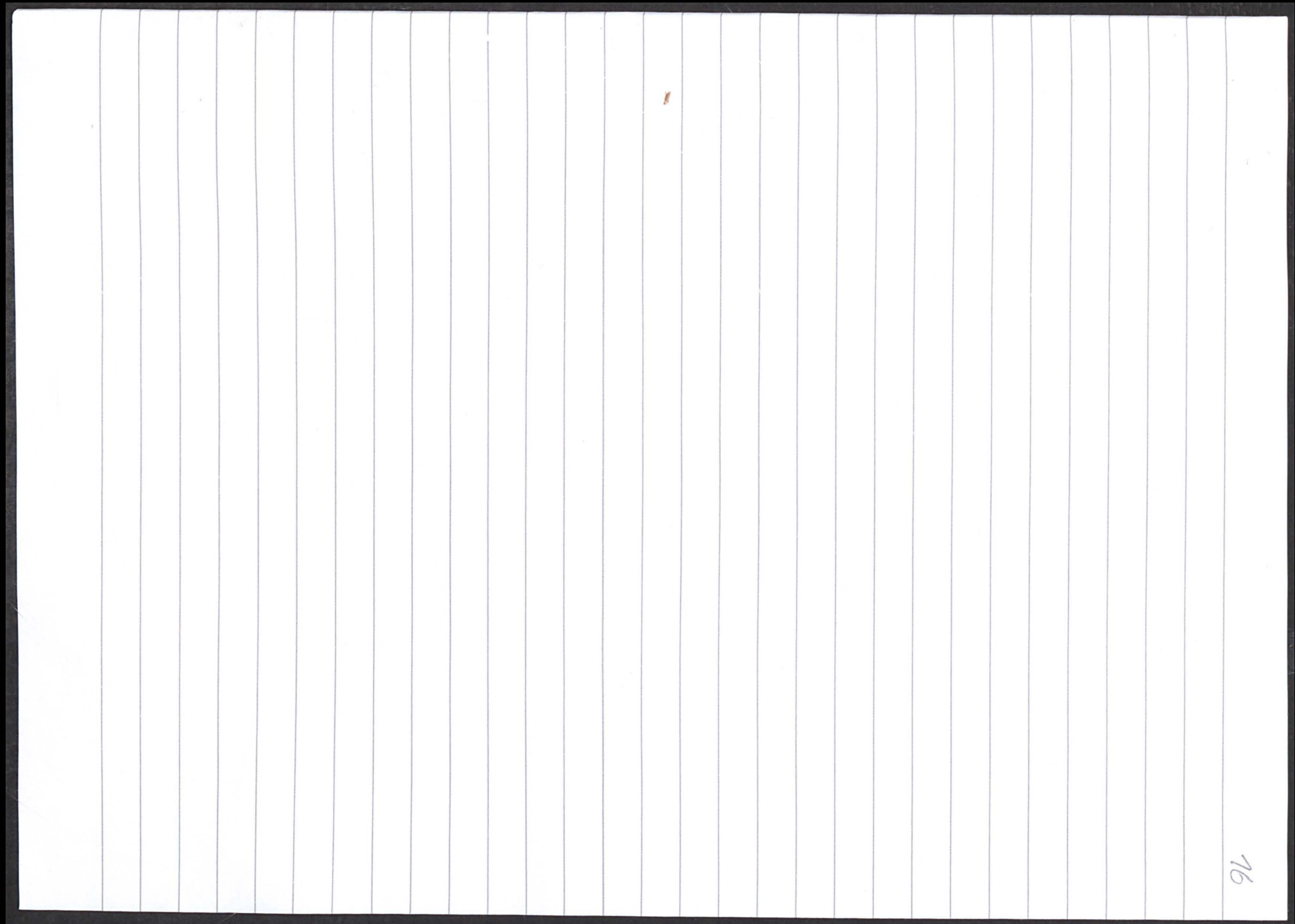
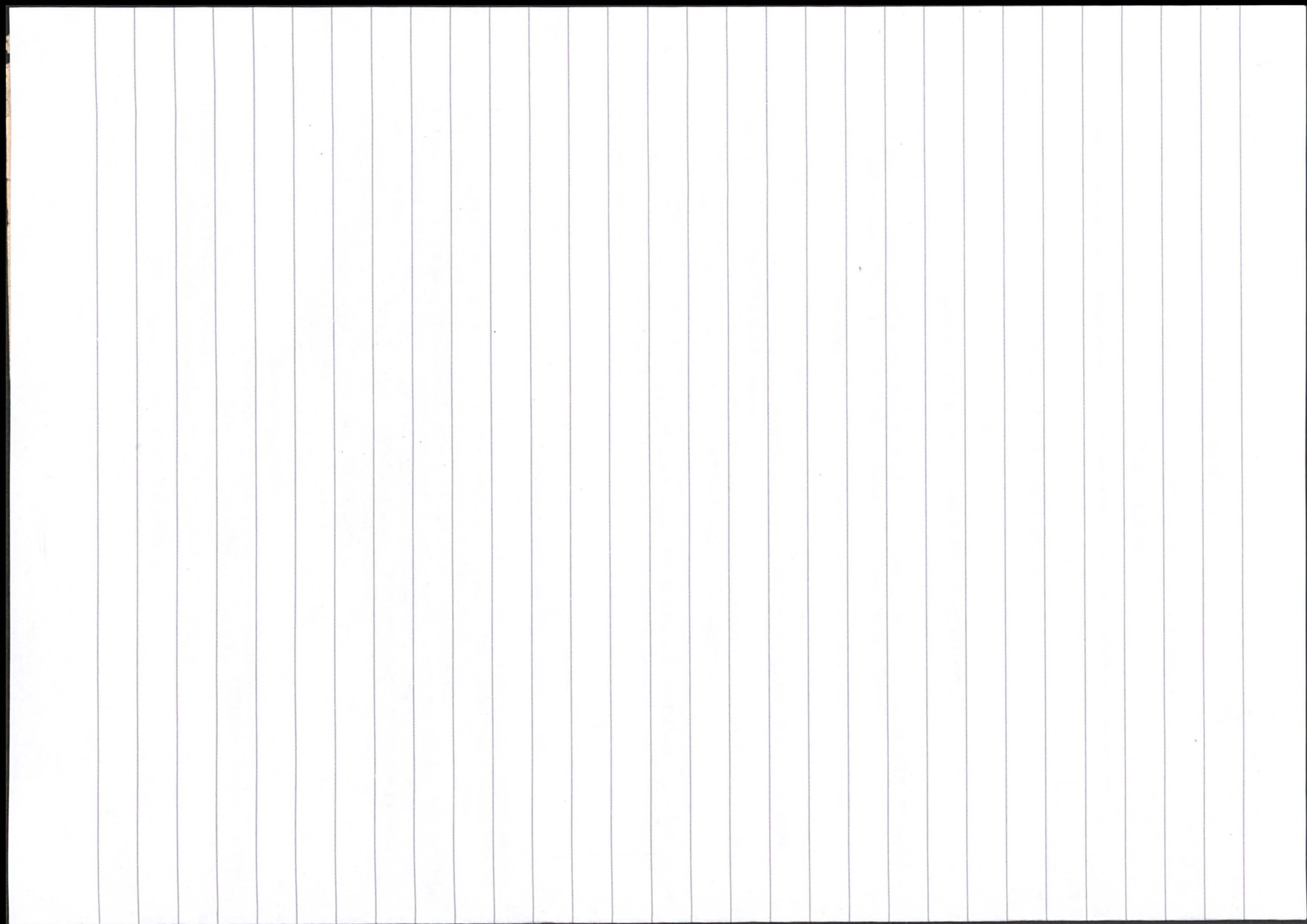
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

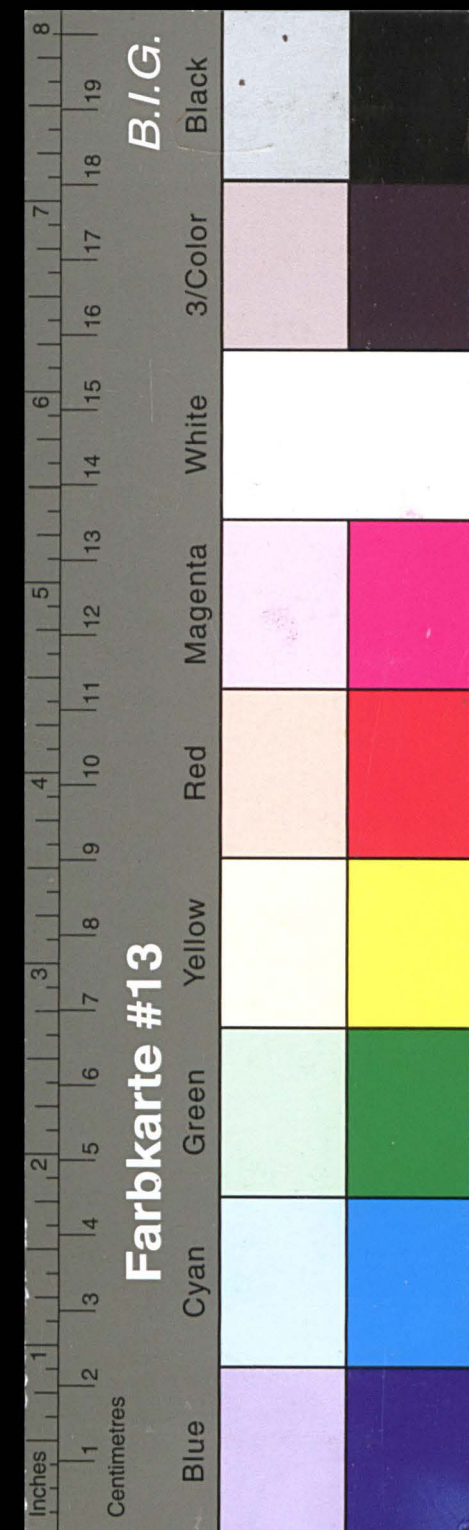




Kreisarchiv Stormarn E103

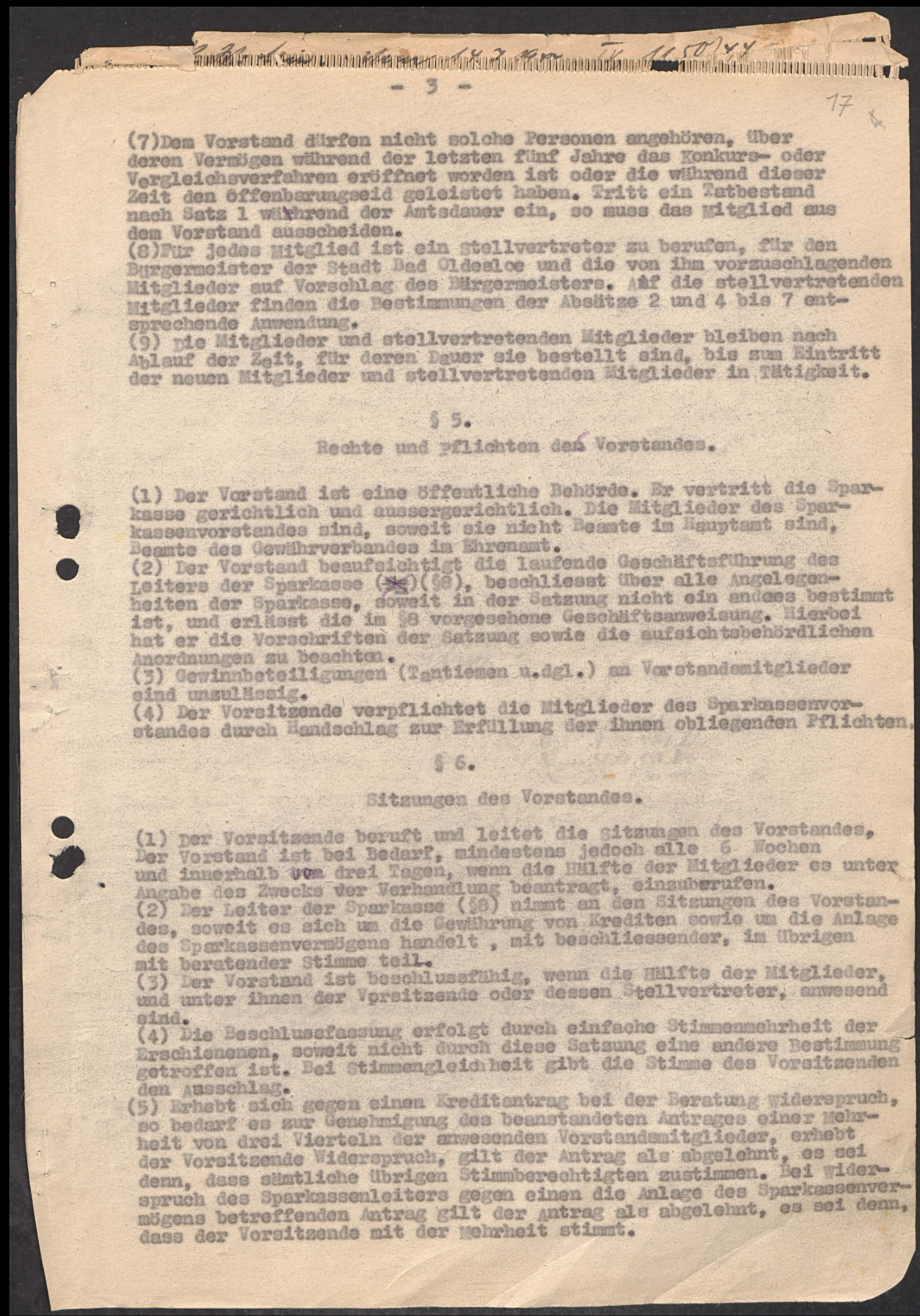
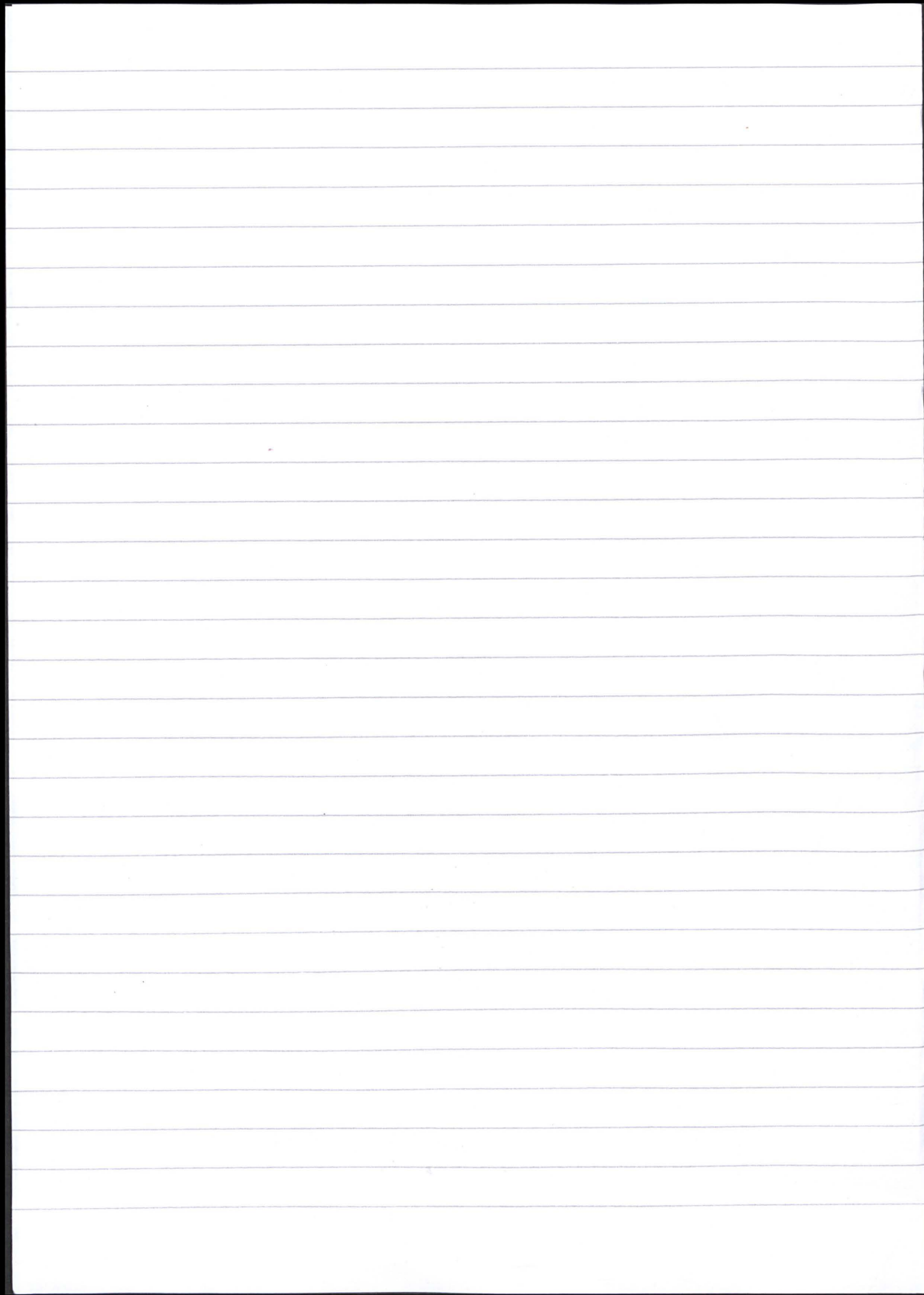
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

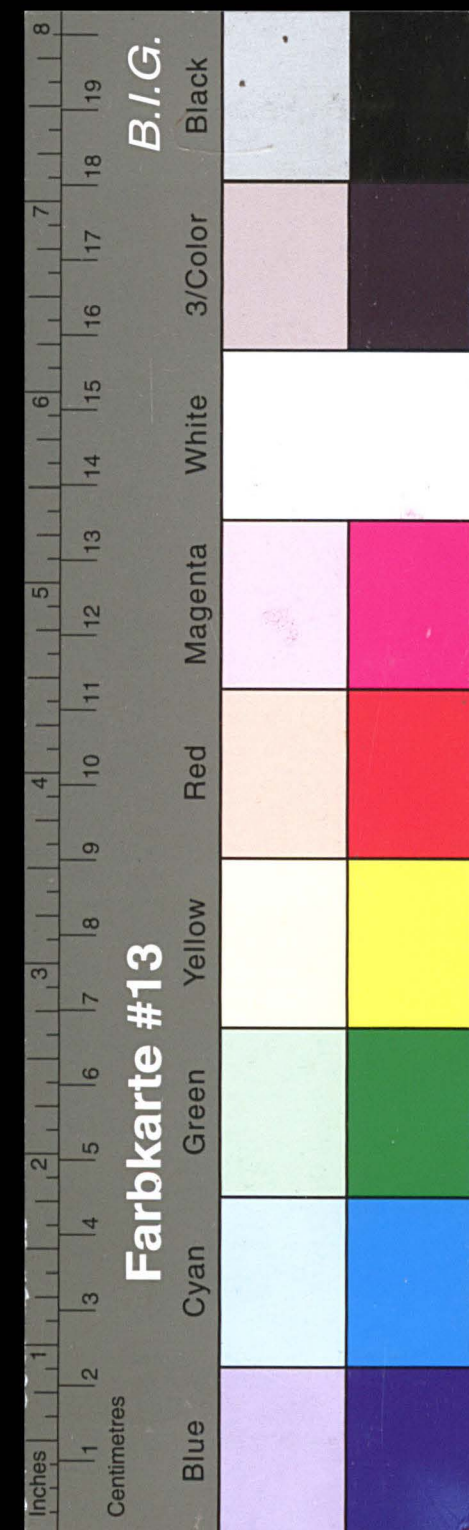




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 4 -

(6) Die Mitglieder des Vorstandes und der Leiter der Sparkasse dürfen an der Beratung und Beschlussfassung über solche Angelegenheiten nicht teilnehmen, an denen sie oder ihre Ehegatten oder Personen, mit denen sie in gerader Linie verwandt oder verschwägert oder durch Adoption verbunden oder in der Seitenlinie im zweiten oder dritten Grade verwandt oder im zweiten Grade verschwägert sind, mit ihren persönlichen oder wirtschaftlichen Sonderinteressen beteiligt sind oder in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben haben oder sonst in anderer als öffentlicher Eigenschaft tätig geworden sind. Ebenso dürfen sie an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen, wenn das Unternehmen, die Wirtschafts- oder Standesorganisation, die Interessenvertretung oder sonst jemand, bei dem sie gegen Entgelt beschäftigt sind, mit ihren persönlichen oder wirtschaftlichen Sonderinteressen beteiligt sind, dies gilt nicht, wenn es sich um Angelegenheiten des eigenen Gewährverbandes der Sparkasse handelt. Ein Sonderinteresse liegt nicht schon dann vor, wenn die in Satz 1 genannten Personen einem Beruf, einem Gewerbe oder einer Bevölkerungsgruppe angehören, deren gemeinsame Interessen durch den Beratungsgegenstand berührt werden. Wird streitig, ob die Voraussetzung des Satz 1 oder Satz 2 vorliegt, so entscheidet der Vorsitzende des Vorstandes endgültig. Wer nach Satz 1 oder nach Satz 2 von der Teilnahme an der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen ist, hat während der Beratung über die Angelegenheit das Beratungszimmer zu verlassen.

(7) Die Beschlüsse des Vorstandes sind in einem Beschlussbuch einzutragen und vom Vorsitzenden und einem Vorstandsmitglied zu unterzeichnen, im Falle des Abs. 5 ist der Widerspruch und das Stimmenverhältnis bei der Beschlussfassung besonders kenntlich zu machen. Auszüge aus dem Beschlussbuch sind zu den Vorgängen zu nehmen.

§ 7.

Kreditausschuss.

- (1) Der Vorstand kann die Bewilligung von Krediten der in den §§ 25, 26, 27 und 29 aufgeführten Art auf einen Kreditausschuss für solche Fälle übertragen, die wegen ihrer Eilbedürftigkeit nicht bis zur nächsten Vorstandssitzung aufgeschoben werden können.
- (2) Der Kreditausschuss besteht aus dem Vorsitzenden des Vorstandes oder seinem Stellvertreter, dem Leiter der Sparkasse und drei von Vorstand für die Dauer seiner Amtszeit zu bestellenden Vorstandsmitgliedern, von denen eines zu den auf Vorschlag des Bürgermeisters der Stadt Bad Oldesloe bestellten Vorstandsmitgliedern gehören muss. Für die drei Vorstandsmitglieder sind Stellvertreter zu bestellen, die ebenfalls dem Vorstand angehören müssen und von denen einer zu den auf Vorschlag des Bürgermeisters der Stadt Bad Oldesloe bestellten Vorstandsmitgliedern gehören muss.
- (3) Der Kreditausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens 3 Mitglieder anwesend sind, im übrigen gelten die Bestimmungen des § 6 Abs. 4, 6 und 7 entsprechend und Absatz 5 mit der Massgabe, dass die beanstandeten Kreditanträge dem Vorstande zur Beschlussfassung zu unterbreiten sind.
- (4) Sämtliche Beschlüsse des Kreditausschusses sind dem Vorstand bei seiner nächsten Sitzung zur Prüfung vorzulegen.

§ 8.

Leiter der Sparkasse.

- (1) Der Leiter der Sparkasse führt verantwortlich die laufenden Geschäfte nach Massgabe der Satzung, der aufsichtsbehördlichen Anordnungen und der vom Vorstand zu erlassenden Geschäftsanweisung, zu

- 5 -

18



- 5 -

den laufenden Geschäften gehört nicht die Bewilligung von Krediten, es sei denn, dass in einer von der Aufsichtsbehörde ausdrücklich genehmigten Geschäftsanweisung dem Leiter der Sparkasse eine solche Befugnis für kleinere Kredite unter Fortsetzung eines Höchstsatzes übertragen ist.

(2) Der Leiter der Sparkasse darf nicht persönlich haftender Gesellschafter, Aufsichtsrat- oder Vorstandsmitglied nicht öffentlich-rechtlicher Unternehmen sein, die Spareinlagen oder Depositionen annehmen oder gewissermaßen Darlehensgeschäfte vermitteln.

(3) Gewinnbeteiligungen (Zerleihen u. dgl.) an den Sparkassenleiter sind unzulässig.

(4) Im Falle seiner Behinderung wird der Leiter der Sparkasse durch seinen vom Vorstand hierzu bestellten Stellvertreter und bei dessen Behinderung durch einen vom Vorsitzenden des Sparkassenvorstandes bestimmten Sparkassenbeamten oder -angestellten vertreten.

§ 9.
Beamte und Angestellte.

(1) Die Anstellung der bei der Sparkasse zu beschäftigenden Beamten (Angestellten) sowie ihre Entlassung erfolgt auf Vorschlag des Sparkassenvorstandes durch den Leiter der Sparkassenverwaltung, vor ihrer Versetzung aus der Sparkasse ist der Sparkassenvorstand zu hören. Zur Anstellung, Versetzung und Entlassung des Leiters der Sparkasse bedarf es ausserdem der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung zur Anstellung kann zurückgenommen werden, wenn der Leiter der Sparkasse den an ihn zu stellenden Anforderungen nicht entspricht.

(2) Die Beamten und Angestellten haben die Bestimmungen der Satzung, die aufsichtsbehördlichen Anordnungen und die Geschäftsanweisung zu beachten. Die Bestimmungen des § 8 Abs. 2 und 3 finden auf sie entsprechende Anwendung.

§ 10.
Ansprechbarkeitspflicht.

Die Mitglieder des Vorstandes, der Stellvertreter des Vorsitzenden sowie der Leiter und die übrigen Beamten und Angestellten der Sparkasse sind zur Ansprechbarkeitspflicht über den Geschäftsverkehr der Sparkasse, insbesondere über deren Gläubiger und Schuldner, verpflichtet.

§ 11.
Rechenschaft.

(1) Auf Wechseln, Schecks, Akkreditiven, Anweisungen, Anweisungen, Guthaben, Bescheinigungen, Schriftstücken über Geschäfte nach den §§ 22 und 34 sowie bei Eintragungen in den Sparsbüchern (§ 14) genügen die Unterschriften von zwei vom Vorstand bestellten Beamten oder Angestellten. Bei Einmündungsgeldern kann der Vorstand mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde den Vorstandsmitgliedern allein rechtswirksam zu unterzeichnen. Alle übrigen Urkunden in Grundbuchs-, - und Grundbuch-, insbesondere sämtliche Urkunden in Grundbuchs-, - und Grundbuch-, Angelegenheiten, Vollmachten, Bürgschaften, Verpfändungsverträge müssen die Unterschrift des Vorsitzenden des Vorstandes oder seines Stellvertreters gemeinsam mit der des Leiters der Sparkasse oder seines Stellvertreters unter Befugung des Stempels oder Stempels der Sparkasse tragen.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 6 -

(2) Urkunden, die den in der Satzung aufgestellten Formvorschriften entsprechen, begründen eine rechtsverbindliche Verpflichtung der Sparkasse.

(3) Die Unterschriften nach Absatz 1 Satz 1 sollen unter der Bezeichnung: "Kreis- und Stadtparkasse Stormarn in Bad Oldesloe"

die Unterschriften nach Absatz 1 Satz 2 sollen unter der Bezeichnung: "Der Vorstand der Kreis- und Stadtparkasse Stormarn in Bad Oldesloe" erfolgen.

(4) Namen unter Unterschriften der nach Abs. 1 Zeichnungsberechtigten sind durch Aushang im Kassenraum bekanntzugeben.

(5) Die Berechtigung, Urkunden und Unterschriften nach Abs. 1 zu vollziehen, wird erforderlichenfalls durch den Vorsitzenden des Vorstandes bescheinigt.

§ 12.

Prüfungen.

(1) Der Vorstand oder von ihm beauftragte Mitglieder haben neben der ordentlichen Prüfung, die der Vorstand anberaunt, mindestens zweimal im Jahre eine unvermutete Prüfung der Sparkasse vorzunehmen. Hierbei sind ausser den Geschäftsbüchern, der Kasse und den Wechseln einschliesslich des Wechselobligos, insbesondere die Anlagewerte und die Unterlagen für grössere Kredite und mindestens stichprobenweise die übrigen Kreditakten zu prüfen. Zu diesen Prüfungen können Revisoren des zuständigen Sparkassenverbandes oder sonstige Prüfungshelfen zugezogen werden.

(2) Daneben ist die Sparkasse verpflichtet, sich den durch die Aufsichtsbehörde selbst oder den in ihrem Auftrage durch den zuständigen Sparkassenverband erfolgenden unvermuteten fachmännischen Prüfungen zu unterwerfen. Die Kosten der Prüfungen hat die Sparkasse zu tragen.

§ 13.

Voranschlag der Verwaltungskosten und Rechnungslegung.

(1) Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Der Vorstand der Sparkasse hat nach Anhörung der zuständigen Organe der Gewährverbände vor Beginn eines jeden Rechnungsjahres einen jährlichen Voranschlag der Verwaltungskosten aufzustellen und der Aufsichtsbehörde vorzulegen, die den Voranschlag genehmigt, oder, wenn sie nicht einverstanden ist, festsetzt.

(3) Nach Ablauf eines jeden Rechnungsjahres hat der Leiter der Sparkasse dem Vorstände die Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung (Jahresabschluss) sowie einen Verwaltungsbericht vorzulegen. Der Jahresabschluss wird unter Einbeziehung der zugrundeliegenden Buchführung und des Verwaltungsberichts nach näherer Anordnung des Reichswirtschaftsministers geprüft und mit dem Prüfungsversuchsbericht dem Vorstand der Sparkasse vorgelegt. Der Vorstand stellt nach Anhörung der zuständigen Organe der Gewährverbände den Jahresabschluss fest und legt sodann die Unterlagen der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung der Jahresbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung (Jahresabschluss) sowie zur Entlastung des Vorstandes der Sparkasse vor.

(4) Spätestens 6 Monate nach Schluss des Rechnungsjahres ist die Bilanz der Sparkasse durch Aushang im Kassenraum und durch Bekanntmachung gemäss § 37 zu veröffentlichen.

- 7 -

- 7 -

III. Geschäftszweige.

A. Sparverkehr.

§ 14.

Sparbücher.

(1) Die Sparkasse nimmt von jedermann Spareinlagen in Höhe von mindestens RM 1.-- an.

(2) Jeder Sparer erhält bei der ersten Einlage ein Sparbuch, das Namen, Stand und Wohnung des Sparerers sowie die Nummer der für ihn angelegten Rechnung angibt und mit dem Siegel oder Stempel der Sparkasse versehen ist. Das Sparbuch enthält ferner die Satzungsbestimmungen über die Zeichnungsberechtigung der Kassenbeamten und über Verzinsung, Rückzahlung und Verjährung der Spareinlagen sowie über das Verfahren bei Verlust, Vernichtung und Fälschung von Sparbüchern.

(3) Jede Ein- und Rückzahlung wird durch zwei gemäss § 11 Abs. 1 bestellte Beamte oder Angestellte mit Angabe des Tages, der Tagebuchnummer und eigenhändiger Unterschrift in das Sparbuch eingetragen. Bei Einmannzweigstellen kann der Vorstand mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde den Verwalter ermächtigen, Ein- und Rückzahlungen allein rechtswirksam zu bescheinigen.

Einzahlungen durch postanweisung, Überweisung, schecküberweisung und dergleichen werden bei der nächsten Vorlegung des Sparbuchs eingetragen.

(4) Die Sparbücher werden mit fortlaufenden Nummern versehen.

§ 15.

verzinsung.

(1) Der Zinsfuss für Spareinlagen wird durch den Vorstand festgesetzt und durch Aushang im Kassenraum bekanntgemacht. Der Zinsfuss hat sich jeweils innerhalb der vom zuständigen Sparkassenverband bestimmten Grenzen zu halten.

(2) Eine Zinsherabsetzung tritt für bestehende Spareinlagen erst in Kraft, nachdem sie durch Aushang im Kassenraum bekanntgemacht worden ist.

(3) In Sonderfällen kann ein anderer als der allgemeine Zinssatz vereinbart werden, der sich ebenfalls innerhalb der vom zuständigen Sparkassenverband bestimmten Grenzen zu halten hat. Solche Vereinbarungen sind im Sparbuch und auf dem Kontoblatt zu vermerken.

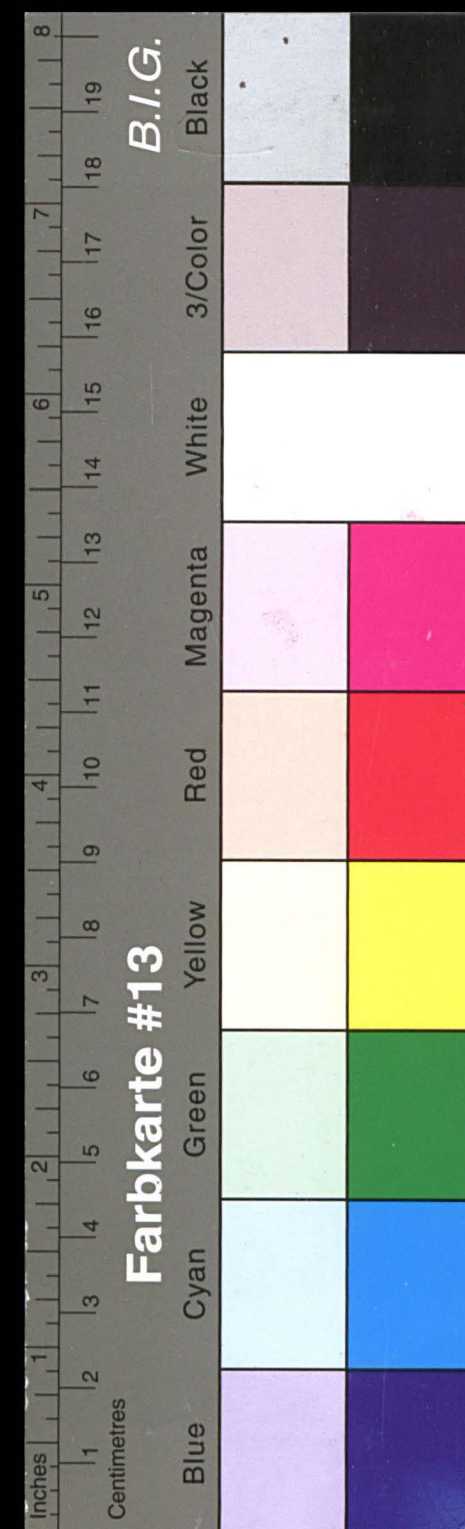
(4) Der Zinslauf beginnt mit dem fünfzehnten Tage nach dem Tage der Einzahlung und läuft bis zum Tage der Rückzahlung. Der Monat wird zu 30 Tagen, das Jahr zu 360 Tagen gerechnet.

(5) Die aufgelaufenen Zinsen werden am Jahresabschluss dem Kapital zugeschrieben und mit diesem vom Beginn des neuen Rechnungsjahres ab verzinst.

(6) Nur volle Reichsmarkbeträge werden verzinst.

(7) Mit Ablauf von 30 Jahren nach Ende des Kalenderjahres, in dem die letzte Einlage oder Rückzahlung bewirkt worden ist, endigt die Verzinsung der Spareinlage. Sind weitere 5 Jahre ohne Vorlage des Sparbuchs verfloßen, so kann nach vorausgegangenem, durch Aushang in den Kassenräumen zu veröffentlicher bekanntmachung das Guthaben in den Kassenräumen zu veröffentlicher bekanntmachung das Guthaben der Sicherheiterklage überwiesen werden. Vorstehende Fristen beginnen bei gesperrten Sparbüchern mit dem Ablauf der Sperre.

- 8 -



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 8 -

§ 16.

Rückzahlung.

- (1) Die Sparkasse zahlt beträge bis zu RM 300.-- ohne vorherige Kündigung sofort aus. Zur Rückzahlung höherer Beträge innerhalb eines Zeitraums von einem Monat ist die Sparkasse jedoch nur verpflichtet, wenn eine rechtzeitige Kündigung (Abs. 2) erfolgt ist.
- (2) Die Kündigungsfrist beträgt, sofern nichts anderes ausdrücklich vereinbart ist, für Beträge von mehr als RM 300.-- bis RM 1.000.-- einen Monat, für Beträge über RM 1.000.-- drei Monate. Mit Kündigungsfrist dürfen innerhalb eines Monats insgesamt nicht mehr als RM 1.000.-- gekündigt werden.
- (3) Die Kasse kann Kündigungen als nicht erfolgt ansehen, wenn der Sparer das Geld nicht binnen drei Tagen nach Fälligkeit abhebt.
- (4) Die Kasse hat das Recht, ihrerseits Spareinlagen zu kündigen. Eine solche Kündigung erfolgt schriftlich oder durch zweimalige öffentliche Bekanntmachung (§ 37) mit einer Kündigungsfrist von mindestens vier Wochen, sofern keine längere Kündigungsfrist vereinbart ist. Die Verzinsung derart gekündigter, zur Verfallzeit nicht abgehobener Spareinlagen erfolgt nach freiem Ermessen der Sparkasse.
- (5) In Einzelfällen kann der Vorstand andere als die in dieser Satzung vorgesehenen Rückzahlungsbedingungen vereinbaren. Solche Vereinbarungen sind im Sparbuch und auf dem Kontoblatt zu vermerken.
- (6) Die Rückzahlung von Einlagen und die Auszahlung von Zinsen darf nur gegen Vorlage des Sparbuchs erfolgen.
- (7) Wird die gesamte Spareinlage zurückgezahlt, so hat der Empfänger das Sparbuch der Sparkasse zurückzugeben.

§ 17.

Berechtigungsausweis, Sicherstellung der Berechtigten. Mündelgelder.

- (1) Die Sparkasse ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, an jeden Vorleger des Sparbuchs Zahlung zu leisten.
- (2) Um unbefugte Abhebung der Spareinlagen zu verhindern, kann der Sparer bestimmen, dass die Sparkasse nur gegen Vorlegung eines besonderen Ausweises oder unter Beachtung einer anderen Sicherungsvereinbarung zahlt. Die Sparkasse kann dafür eine Gebühr erheben, die der Vorstand festsetzt.
- (3) Sparbücher, auf die ein Vormund, ein Pfleger oder eine Mutter, der ein Beistand bestellt ist, nach § 1809 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Einzahlungen leistet, sind durch die Aufschrift "Mündelgeld" kenntlich zu machen. In diesen Fällen darf das Kapital ganz oder teilweise nur mit Genehmigung des Gegenvormundes - Beistandes - oder des Vormundschaftsgerichtes und gegen Ausweis über die Person des Berechtigten ausbezahlt werden.

§ 18.

Sperrung von Sparbüchern.

- (1) Auf Antrag des Sparerers kann die Sparkasse ein Sparbuch bis zu einem bestimmten Zeitpunkt oder bis zum Eintritt eines bestimmten Ereignisses durch Eintragung eines Vermerks sperren, sie darf dann das Guthaben nur nach der Bestimmung dieses Vermerks auszahlen.
- (2) Der Sperrvermerk wird unwirksam, wenn die Person stirbt, zu deren Gunsten der Vermerk eingetragen ist, wenn der bestimmte Zeitpunkt oder das erwartete Ereignis eintritt, oder wenn sich herausstellt, dass es nicht eintreten kann. Vorher darf die Sperre nur mit Genehmigung des Vorstandes aufgehoben werden.
- (3) Der Sperrvermerk bezieht sich auf alle Einlagen und Zinsen, die nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind.

- 9 -

- 9 -

§ 19.

Übertragung von Spareinlagen.

Auf Verlangen überträgt die Sparkasse Spareinlagen an eine andere Sparkasse und übernimmt Einlagen von auswärtigen Sparkassen.

§ 20.

Verfahren bei Verlust, Fälschung oder Vernichtung von Sparbüchern.

- (1) Der Verlust oder die Vernichtung eines Sparbuchs ist unverzüglich der Sparkasse anzuzeigen.
- (2) Wird die Vernichtung eines Sparbuchs dem Vorstand überzeugend nachgewiesen, so kann ein neues Sparbuch ausgefertigt werden.
- (3) Wird die Vernichtung des Sparbuchs nicht überzeugend nachgewiesen, so hat der Vorstand das Sparbuch auf Kosten des Sparerers gerichtlich aufheben zu lassen.
- (4) Wenn ein verlorenes Sparbuch vor Durchführung des Aufgebotverfahrens durch einen Dritten vorgelegt wird, so hat die Sparkasse einen entsprechenden Vermerk einzutragen, darf aber an den Dritten keinerlei Zahlungen leisten, sofern sich nicht entweder der Sparer selbst damit ausdrücklich einverstanden erklärt oder eine vollstreckbare Entscheidung über die Person des Verfügungsberechtigten beigebracht wird.
- (5) Entsteht Verdacht, dass unbefugte Änderungen des Sparbuchs erfolgt sind, so ist das Sparbuch gegen Bescheinigung zurückzubehalten und die Entscheidung des Vorstandes einzuholen. Auf solche Sparbücher werden für die Dauer der Zurückbehaltung weder Ein- noch Rückzahlungen zugelassen.

§ 21.

Sparförderung.

zur Förderung der Spartätigkeit kann der Vorstand besondere Einrichtungen schaffen, wie: Schulsparkassen, Fabriksparkassen, Vereinssparkassen, Sparmarken, Heimsparbüchern, Sparautomaten, Geschenksparbücher, Abholungsverfahren.

B. Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr.

§ 22.

- (1) Die Sparkasse betreibt den Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr nach den ergangenen ministeriellen Anordnungen und nimmt in diesem Verkehr Einlagen über die Sparbücher nicht ausgestellt werden, (Sonstige Einlagen) entgegen. Über diese Einlagen kann durch Scheck oder Giroüberweisung verfügt werden. Die Bestimmungen des § 15, Abs. 1 und Abs. 3, Satz 1 finden entsprechende Anwendung.
- (2) Die Sparkasse hat in ihren Büchern und Bilanzen die "sonstigen Einlagen" (Ziffer 1) von den Spareinlagen getrennt auszuweisen.
- (3) Die Kredite, die aus sonstigen Einlagen gewährt werden, müssen nach den für die Anlegung der Sparkassenbestände geltenden Bestimmungen (§§ 24 ff) gedeckt und in der Regel fristlos kündbar sein.
- (4) Bei der Anlegung sämtlicher im Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr der Sparkasse vorhandenen fremden Gelder dürfen, soweit diese Gelder nicht in büroengängigen Papieren nach dem Tageskurs und in Wechseln Deckung finden, keine längeren Kündigungsfristen gewährt werden.

- 10 -



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 10 -

werden, als für die entsprechenden gegenüberstehenden Passiva
gewährt sind.

C. Sonstige Verpflichtungen.

§ 23.

- (1) Darlehen, insbesondere solche zur Verstärkung der Betriebsmittel, dürfen nicht aufgenommen werden, abgesehen von besonderen Fällen, in denen die Aufsichtsbehörde die Genehmigung dazu erteilt. Lediglich zur Deckung eines vorübergehenden Geldbedarfs dürfen entsprechend kurzfristige Kredite bei den in § 33 bezeichneten Stellen auf Grund Vorstandsbeschlusses aufgenommen werden.
- (2) Beteiligungen sind nur bei der zuständigen Girozentrale zulässig.
- (3) Bürgschaften dürfen durch die Sparkasse nur gegen die für die Gewährung von Darlehen satzungsgemäss vorgeschriebenen Sicherheiten übernommen werden.

D. Anlegung der Sparkassenbestände.

§ 24.

Allgemeines.

- (1) Die Bestände der Sparkasse dürfen nur angelegt werden:
 1. in Realkredit durch Gewährung von Darlehen gegen Hypotheken Grund- oder Rentenschulden. (§25),
 2. in Personalkredit an den Mittelstand und die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise durch Gewährung von
 - a) Darlehen gegen Faustpfand (§26)
 - b) Darlehen gegen Schuldschein, Bürgschaft oder Wechsel (§27),
 3. in Darlehen an Gemeinden oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften (§29),
 4. in Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit Ausnahme der Kredit- und Warengenossenschaften (§230),
 5. in Schuldverschreibungen auf den Inhaber (§31),
 6. in Erwerb ausstehender Geldforderungen (§32),
 7. bei Bankanstalten (§33)
 8. in eigenen Verwaltungsgebäuden sowie erforderlichenfalls in Grundstücken, die im Wege der Zwangsversteigerung erworben werden müssen.
- (2) Die Anlegung der Sparkassenbestände in Krediten zu Spekulationszwecken ist unzulässig.
- (3) Bei der Gewährung von Krediten sind sämtliche Verbindlichkeiten des Kreditnehmers gegenüber der Sparkasse, insbesondere auch solche aus Bürgschaften und wechseln, zu berücksichtigen.

§ 25.

Darlehen gegen Hypothek, Grund- oder Rentenschuld. (Realkredit).

- (1) Darlehen können gegen Bestellung von Hypotheken- oder Grundschulden auf Grundstücke, die im Bezirk des Kreises stormarn oder in den angrenzenden Amtsgerichtsbezirken belegen sind, nach Massgabe der von der obersten Aufsichtsbehörde erlassenen Beleihungsgrundsätze gewährt werden.

- 11 -

- 11 -

- (2) Darlehen können auch gegen Bestellung einer Rentenschuld an den erwähnten Grundstücken gegeben werden. Dabei gilt der jeweilige Ablosungswert der Rentenschuld als ihr Kapitalbetrag.
- (3) Soweit die Sicherheit auf dem Werte von Gebäuden beruht, ist die Beleihung nur zulässig, wenn und solange diese Gebäude bei einer öffentlichen Feuerversicherungsanstalt, bei einer inländischen privaten Versicherungsgesellschaft oder bei einem ausländischen, im Inlande zugelassenen Feuerversicherungsunternehmen bis zur vollen Höhe des durch Feuer zerstörbaren Wertes gegen Feuer versichert sind und, sofern nicht öffentliche Feuerversicherungsanstalten satzungsgemäss die erforderliche Sicherheit gewähren, ein Hypothekensicherungsschein beigebracht wird.

- (4) Hypotheken und Grundschuldensollen in der Regel planmässig getilgt werden.

- (5) Unter den Voraussetzungen der §§ 18 ff. der Verordnung über das Erbbaurecht vom 15. Januar 1919 (Reichsgesetzbl. S. 72) dürfen auch Erbbaurechte beliehen werden.

- (6) In Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden dürfen nicht mehr als insgesamt 50 v.H. der Spareinlagen angelegt werden.

§ 26.

Darlehen gegen Faustpfand (Personalkredit).

Darlehen, die jederzeit zurückgefordert werden können, sind zulässig gegen Bestellung folgender Sicherheiten:

- a) beweglicher Pfänder (Lombardgeschäft) nach den für die Deutsche Reichsbank (gemäss § 13 Abs. 1 Ziff. 5a und d des Gesetzes über die Deutsche Reichsbank vom 15.6.1939 (RGBl. I S. 1015) geltenden Bestimmungen. Ausserdem sind die Schuldverschreibungen des Reiches, der Länder, der inländischen Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Körperschaften sämtlich bis zu 80 v.H. ihres Kurswertes beleihungsfähig. Eine Beleihung von Aktien darf nur nach den für die Preussische Staatsbank jeweils geltenden Bestimmungen, aber nur bis zu 3/4 des nach diesen jeweils geltenden Beleihungssatzes erfolgen. Sinkt der Kurs, so ist das Pfand entsprechend zu ergänzen oder das Darlehen sofort zurückzuzahlen.
- b) Die Sparkasse entschädigt die Verpfänder nicht für Nachteile, die durch Auslösung oder Kündigung der verpfändeten Wertpapiere entstehen.
- b) Sparguthaben deutscher öffentlicher Sparkassen einschliesslich der eigenen, bis zur Höhe des eingezahlten Betrages. Das Darlehen darf nicht ausbezahlt werden, bevor die Sparkasse, die das Sparguthaben ausgestellt hat, durch den Einleger von der Verpfändung benachrichtigt ist und hiervon unter Bestätigung der Richtigkeit des Sparguthabens Mitteilung gemacht hat. Sparguthaben über RM 20.000.- dürfen nur beliehen werden, wenn der Vorstand der Sparkasse, die das Buch ausgestellt hat, die Ordnungsmässigkeit der Einlage bescheinigt.
- c) Hypotheken-, Grund- und Rentenschuldforderungen mit der in § 25 verlangten Sicherheit, wobei es der Sparkasse überlassen bleibt, dem Hypotheken- oder Grundschuldner zugleich namens des Pfandbestellers Mitteilung zu machen.
- d) Sicherheitshypotheken.
- e) Forderungen aus Lebensversicherungen in Deutschland zugelassener Gesellschaften, jedoch nur bis zu 80 v.H. des jeweiligen Rückkaufwertes.
- f) Wechsel, die den Voraussetzungen des § 27 Abs. 4 entsprechen (Wechsel lombard), die Bestimmungen des § 13 Abs. 1 Ziff. 5b des Gesetzes über die Deutsche Reichsbank vom 15.6.1939 (RGBl. I S. 1015) finden entsprechende Anwendung.
- g) anderer Forderungen, die die Sparkasse erwerben darf, bis zu

- 12 -



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 12 -

- 90 v.H. des Nennwertes,
h) Kaufmannswaren, insbesondere des mittleren und Kleingewerbestandes, die im Inlande lagern und nicht dem Verderben unterliegen, bis zu 30 v.H. des von einem vereidigten Handelskammersachverständigen festgestellten jeweiligen Handelswertes,
i) anderer sicherer Werte, insbesondere von Gehalts-, Lohn- und anderen Forderungen, bis zur Hälfte ihres Wertes, Verpfändungen solcher Art dürfen nur erfolgen, wenn es der Vorstand im Einzelfall mit mindestens 3/4-Stimmenmehrheit beschliesst.

§ 27.

Darlehen gegen Schuldschein, Bürgschaft oder Wechsel (Personalkredit).

- (1) Darlehen gegen Schuldschein können auf höchstens 6 Monate oder als Tilgungsdarlehen auf längere Zeit, jedoch mit dem Vorbehalt einer jederzeit zulässigen Kündigung von 14 Tagen, gewährt werden, wenn eine oder mehrere sichere Personen für Kapital, Zinsen und Kosten als Selbstschuldner bürgen oder mithaften. Die Sicherheit der Schuldner und Bürgen hat der Vorstand jährlich zu prüfen.
- (2) Gegen einfachen Schuldschein ohne weitere Sicherheit dürfen Darlehen im Einzelfalle bis zu RM 3.000.— nur auf Grund eines einstimmig gefassten Beschlusses des Kreditausschusses oder des Vorstandes bewilligt werden, sie sind jederzeit fristlos kündbar. Der Gesamtbetrag solcher Darlehen darf nicht über 4 v.H. des Gesamteinlagenbestandes hinausgehen. Der Vorstand hat die Sicherheit solcher Darlehen vierteljährlich zu prüfen.
- (3) Darlehen gegen Wechsel dürfen nur gewährt werden, wenn neben dem Darlehensnehmer noch eine oder mehrere sichere Personen wechselmäßig haften. Der Wechsel muss auf die Sparkasse lauten und spätestens drei Monate nach dem Datum der Ausstellung zahlbar gestellt sein.
- (4) Kredite durch Diskontierung von Wechseln dürfen nur gewährt werden, wenn die Wechsel in Deutschland zahlbar und innerhalb von drei Monaten nach dem Tage des Ankaufs fällig sind. Die Wechsel müssen gute Handelswechsel sein und die Unterschriften von möglichst drei, mindestens aber zwei sicheren und als zahlungsfähig bekannten Verpflichteten tragen. Sie können von der Sparkasse weitergegeben oder rediskontiert werden, jedoch nur an die in § 33 bezeichneten Stellen. (s. § 34').
- (5) Bei den in diesem Paragraphen bezeichneten Darlehen dürfen die Mitglieder des Vorstandes sowie die Beamten und Angestellten der Sparkasse unbeschadet der weitergehenden Beschränkungen des § 14 KWG als Bürgen oder Wechselverpflichtete gemäss Abs. 3 überhaupt nicht und als Schuldner oder Wechselverpflichtete gemäss Abs. 4 nur auf Grund eines mit 3/4 Mehrheit gefassten Vorstandsbeschlusses zugelassen werden.
- (6) Die in diesem Paragraphen bezeichneten Darlehen und Kredite dürfen nur an solche Personen gewährt werden, die im Bezirke des Kreises Stormarn oder in den angrenzenden Amtsgerichtsbezirken ihren Wohnsitz haben.

§ 28.

Gemäss der in § 24 Abs. 1 ziff. 2 getroffenen Abgrenzung des Kreises der Kreditnehmer darf einem einzelnen Kreditnehmer an Personalkrediten insgesamt nicht mehr als 1 v.H. der gesamten Einlagen der Sparkasse gewährt werden. Diese Beschränkung gilt nicht, wenn die einem einzelnen Kreditnehmer gewährten Personalkredite insgesamt RM 20.000.— nicht übersteigen, per einem einzelnen Kreditnehmer zu gewährende Personalkredit darf in keinem Falle den Betrag von RM 100.000.— übersteigen.

- 13 -

- 13 -

§ 29.

Darlehen an Kommunalverbände oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften.

- (1) An Gemeinden, Gemeindeverbände und andere leistungsfähige öffentlich-rechtliche Körperschaften im Deutschen Reich, insbesondere an öffentlich-rechtliche wasserwirtschaftliche Verbände und Bodenverbesserungsgenossenschaften, an die Gesamtheit der an einer Zusammenlegung von Grundstücken Beteiligten sowie an Kirchengemeinden und Gesamtschulverbände können Darlehen gewährt werden. Die Darlehen sollen in der Regel nur an Schuldner innerhalb der Provinz, in der die Sparkasse ihren Sitz hat, ausgegeben werden. Sofern diese Darlehen langfristig gewährt werden, ist eine regelmässige Tilgung festzusetzen, eine förmliche Schuldurkunde auszustellen sowie die etwa erforderliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde nachzuweisen. In der gleichen Weise können Darlehen unter Bürgschaft des Reiches, eines deutschen Landes oder eines kommunalen Verbandes gewährt werden.
- (2) Der Gesamtbetrag der gemäss Abs. 1 zu gewährenden Darlehen darf insgesamt 25 v.H. aller Einlagen nicht übersteigen, dabei werden, soweit es sich um Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände handelt, der Bestand an Inhaberanleihen solcher Darlehensnehmer sowie Bürgschaften und Wechselverpflichtungen, die zugunsten solcher Darlehensnehmer übernommen worden sind, eingerechnet. Die Darlehen dürfen höchstens zur Hälfte des im ganzen zulässigen Betrages langfristig sein.

§ 30.

Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

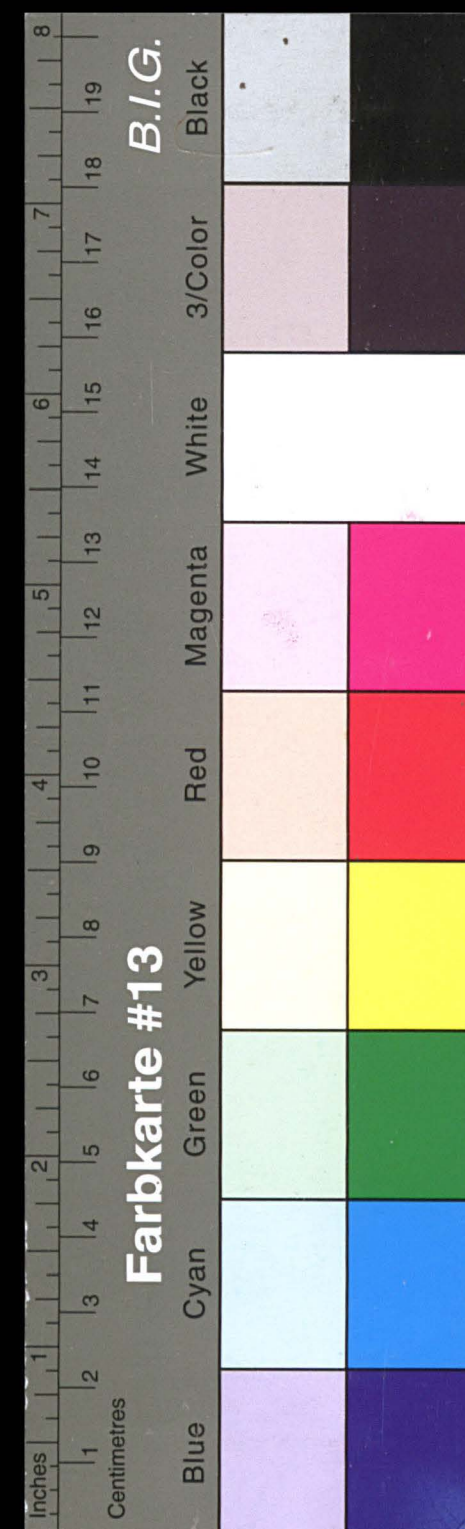
- (1) Die Sparkasse kann Darlehen ohne besondere Sicherheit gewähren an Genossenschaften mit unbeschränkter Haft- oder Nachschusspflicht bis zu 5 v.H. des Gesamtvermögens sämtlicher Genossen, an Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht bis zu 15 v.H. der Geschäftsguthaben der Genossen und der Reserven, jedoch nur
 - a) an Betriebs- (Produktiv-) Genossenschaften, die im Bezirk des Kreises Stormarn bestehen und einem Prüfungsverband angeschlossen sind, nicht aber an Kredit- und Warengenossenschaften,
 - b) gegen Verpflichtung der Genossenschaften, jährlich die Bilanz, den Bericht über die Prüfung durch den Prüfungsverband und ein Verzeichnis der Mitglieder einzureichen, das die im Laufe des Jahres Ein- und Ausgetretenen namentlich aufführt,
 - c) auf kurze oder höchstens sechsmonatige Frist kündbar, bei längerer Frist gegen Tilgungszwang.
- (2) Die Gesamthöhe der ohne besondere Sicherheit an Genossenschaften gewährten Darlehen darf höchstens 10 v.H. des gesamten Einlagenbestandes betragen.
- (3) Wird ein solches Darlehen einer Genossenschaft gewährt, die durch eine Verbandskasse an die Deutsche Zentralgenossenschaftskasse angeschlossen ist, so ist dies dem Direktorium dieser Kasse unter Angabe der bewilligten Darlehenssumme mitzuteilen.
- (4) Der Vorstand der Sparkasse hat mindestens jährlich die Vermögenslage der beliehenden Genossenschaften eingehend zu prüfen.

§ 31.

Anlegung in Schuldverschreibungen auf den Inhaber.

Die Bestände der Sparkasse und der Sicherheitsrücklage können in folgenden Schuldverschreibungen auf den Inhaber angelegt werden, soweit diese nach den gesetzlichen Vorschriften mündelsicher sind.

- 14 -



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 14 -

- a) in Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen des Deutschen Reichs oder eines deutschen Landes;
 - b) in Schuldverschreibungen auf den Inhaber, deren Verzinsung das Deutsche Reich oder ein deutsches Land gewährleistet,
 - c) in Rentenbriefen der Deutschen Landesrentenbank
 - d) in Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die von einer deutschen kommunalen Körperschaft, einem Sparkassen- oder Giroverband oder deren Kreditanstalten ausgestellt sind, innerhalb der durch § 29 Abs. 2 gezogenen Grenze;
 - e) in Pfandbriefen und sonstigen Schuldverschreibungen der Preussischen Landespandbriefanstalt sowie in Pfandbriefen oder gleichartigen Schuldverschreibungen, die eine deutsche öffentliche und infolge staatlicher Veleihung rechtsfähige Kreditanstalt vereinter Grundbesitzer oder eine preussische provinzial - (kommunal) ständische öffentliche Grundkreditanstalt mit staatlicher Genehmigung ausgegeben hat;
 - f) in Inhaberschuldverschreibungen einer deutschen Hypothekenaktienbank auf Darlehen an deutsche Körperschaften des öffentlichen Rechts oder auf Darlehen, für die eine solche Körperschaft die Gewähr leistet.
- Über Art und Mindestbetrag der anzuschaffenden Schuldverschreibungen gelten die Bestimmungen des Gesetzes vom 23.12.1912 (Gesetzsamml. 1913 S.3.)

§ 32.

Die Sparkasse ist befugt, Geldforderungen aus dem Verkaufe oder der Versteigerung von Grundstücken oder Gebäuden, die im Bezirk des Kreises Stormarn oder in den angrenzenden Amtsgerichtsbezirken belegen sind, zu erwerben, vorausgesetzt, dass eine den Bestimmungen der §§ 25-27 entsprechende Sicherheit gewährt wird.

§ 33.

Anlegung von Beständen.

Die Sparkasse kann verfügbare Gelder bei deutschen öffentlich-rechtlichen Bankanstalten, insbesondere bei der zuständigen Girozentrale oder bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung), ausnahmsweise auch bei solchen Privatbanken anlegen, die die Aufsichtsbehörde nach Anhörung des zuständigen Sparkassenverbandes zulässt, oder sie zum Kauf solcher Wechsel verwenden, die an der Börse oder im offenen Markt als Privatskonten gehandelt werden. Die Wechsel müssen spätestens nach 3 Monaten fällig sein.

E. Sonstige Geschäfte.

§ 34.

Die Sparkasse ist befugt, die folgenden sonstigen Geschäfte zu betreiben.

1. An- und Verkauf von Wertpapieren für fremde Rechnung. Beim Kauf muss eine satzungsmässig ausreichende Deckung vorhanden sein, beim Verkauf müssen die Verkaufswerte vorher geliefert sein. Vom An- und Verkauf ausgeschlossen sind solche Wertpapiere, die an den deutschen Börsen nicht notiert werden: (von Wertpapieren, die zwar dort nicht notiert, aber gehandelt werden, darf die Spar-

- 15 -

- 15. -

Sparkasse nur Anleihen öffentlich-rechtlicher Verbände, Schuldverschreibungen und junge Aktien bewährter und sicherer Unternehmen sowie ähnliche Papiere, die nicht offensichtlich Spekulationspapiere sind, für ihre Kunden an- und verkaufen.)

Soweit die Sparkasse für An- und Verkauf von Wertpapieren und ihre Aufbewahrung keine eigenen Einrichtungen besitzt, benutzt sie dazu öffentliche Bankanstalten oder solche Privatbanken, die der Sparkassenverband nach Anhörung des zuständigen Sparkassenverbandes mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde dafür zulässt.

- 2.) An- und Verkauf von Werten und Sorten für fremde Rechnung. Die Bestimmungen in Ziffer 1 gelten entsprechend.
3. Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren unter den vom Vorstand festzusetzenden Bedingungen.
4. Vermietung von Schrankfächern und Aufbewahrung von verschlossenen Depots.
5. Ein- und Auszahlungsverkehr sowie Einziehung von Forderungen.
6. Aufnahme von Hypothekenurkunden und Frachtbriefen (sowie von sonstigen Dokumenten).
7. Weiterbegebung von Wechseln, die den Bestimmungen des § 27 Abs. 4 oder § 33 entsprechen, jedoch nur an die im § 33 bezeichneten Stellen, Ausstellung und Akzeptierung von Wechseln ist unzulässig.
8. Abschluss von Verträgen über eine Arbeitsgemeinschaft mit Verbänden öffentlich-rechtlicher Versicherungsanstalten im Deutschen Reich oder mit Provinzialversicherungsanstalten, insbesondere über Annahme von Anträgen und Einziehung von Beiträgen und sonstigen Leistungen.
9. Weiterleitung von Darlehen, die von öffentlichen Körperschaften oder deren Kreditanstalten zu bestimmten Zwecken zur Verfügung gestellt werden, zu den von diesen vorgesehenen Bedingungen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

I V. Liquidität.

§ 35.

Anlegung von flüssigen Werten.

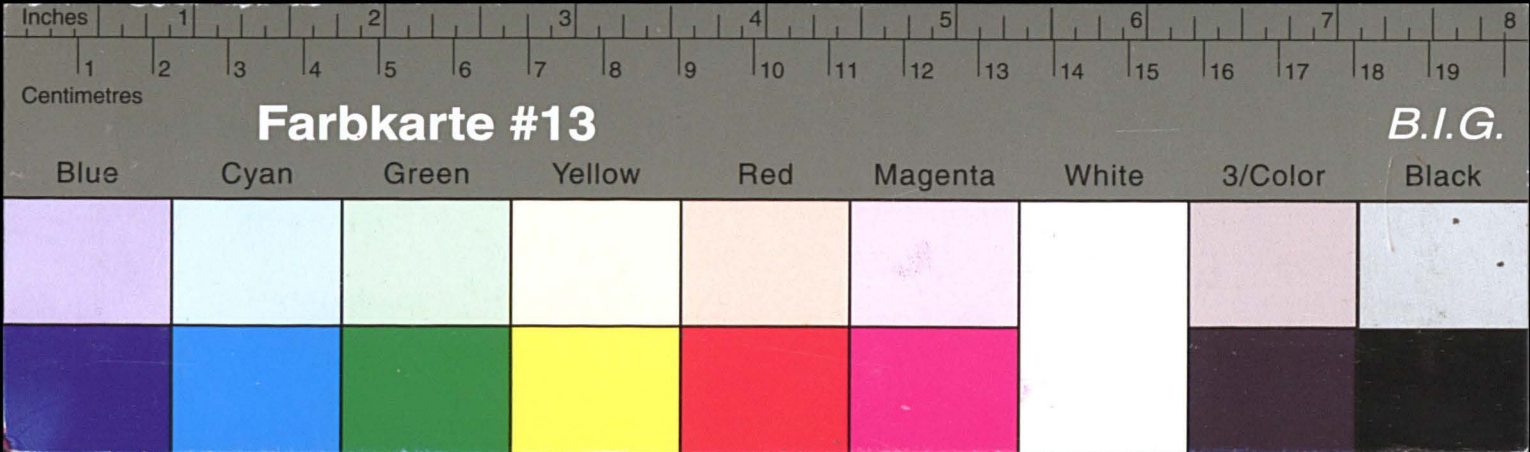
(1) Die Sparkasse hat 30 v.H. der Spareinlagen und 50 v.H. der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten anzulegen. Dabei sind mindestens 10 v.H. der Spareinlagen und mindestens 20 v.H. der sonstigen Einlagen als Liquiditätsreserve zu unterhalten, davon 65 v.H. bei der zuständigen Girozentrale und 35 v.H. wahlweise bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) oder bei der zuständigen Girozentrale. Auf das Liquiditätsguthaben ist bis zur Hälfte anrechenbar der Bestand an Wertpapieren, die der Reichswirtschaftsminister bestimmt.

(2) Als flüssige Werte gelten ausser der in Abs. 1 Satz 2 genannten Liquiditätsreserve bei der Girozentrale und der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) noch

- a) Kassenbestand, Guthaben bei der Reichsbank, bei der Staatsbank, bei Privatnotenbanken oder auf Postscheckkonto;
- b) zum Privatnotendiskont an der Börse gehandelte Wechsel, § 33,
- c) vorübergehende Anlagen bei öffentlich-rechtlichen Bankanstalten sowie bei Privatbanken gemäss § 33.
- d) Wechsel gemäss § 27 Abs. 4,
- e) Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die von der Reichsbank oder einer anderen öffentlich-rechtlichen Bank zum Lombardverkehr zugelassen sind,
- f) jederzeit kündbare Faustpfanddarlehen, soweit sie nach § 26 Abs. 1 a und b gesichert sind.

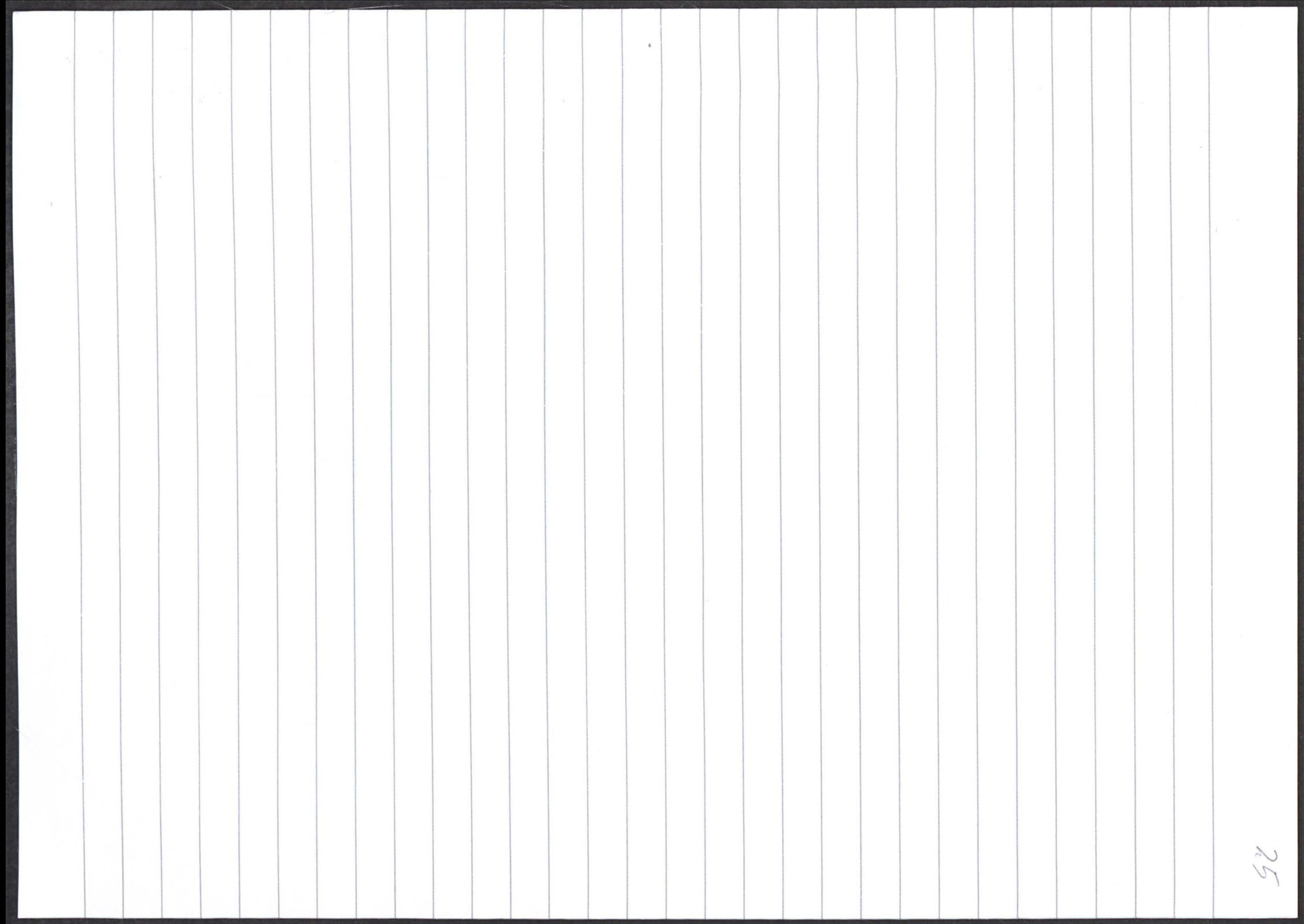
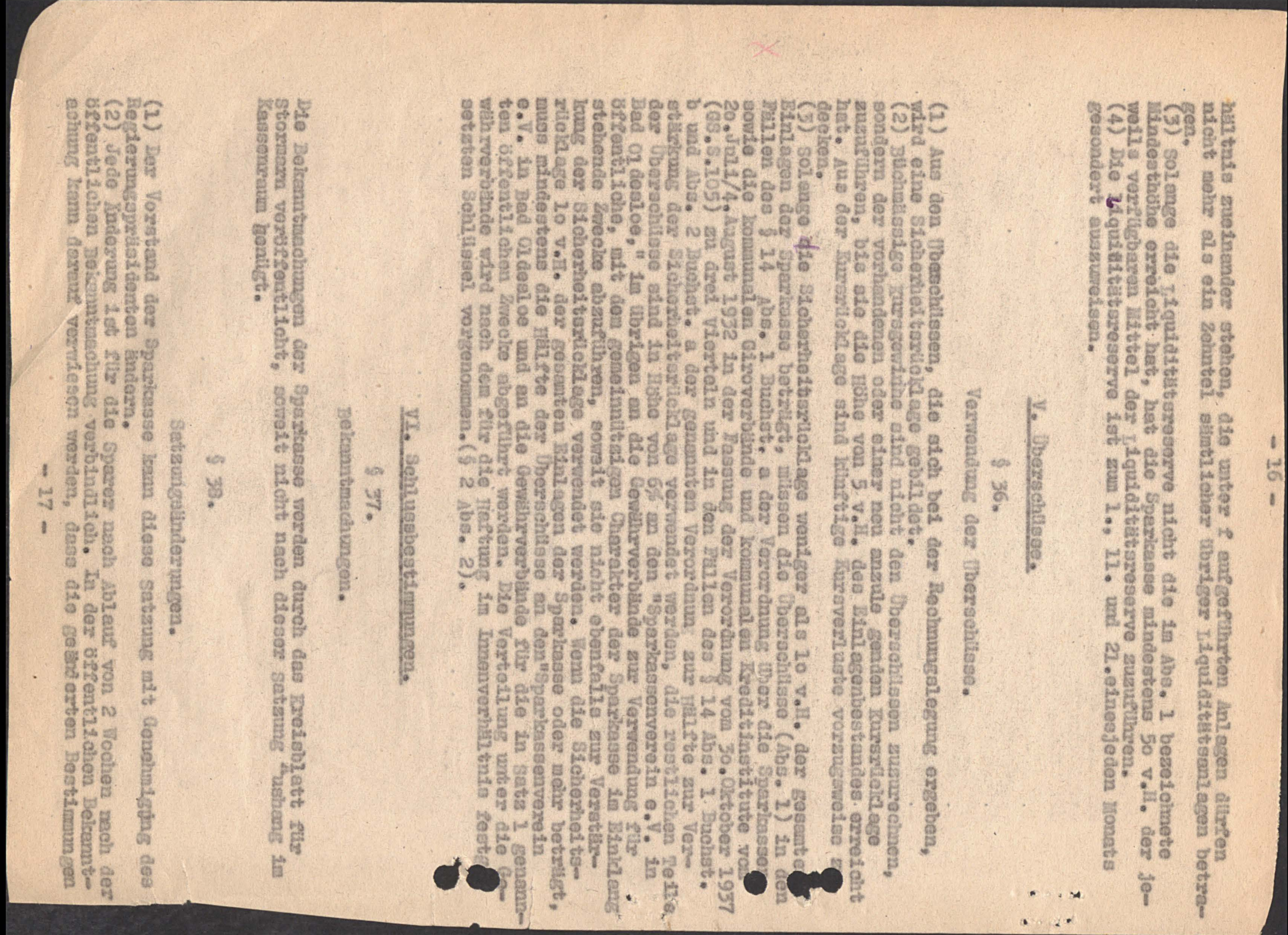
Die unter a - e aufgeführten Anlagen müssen in angemessenen Ver-

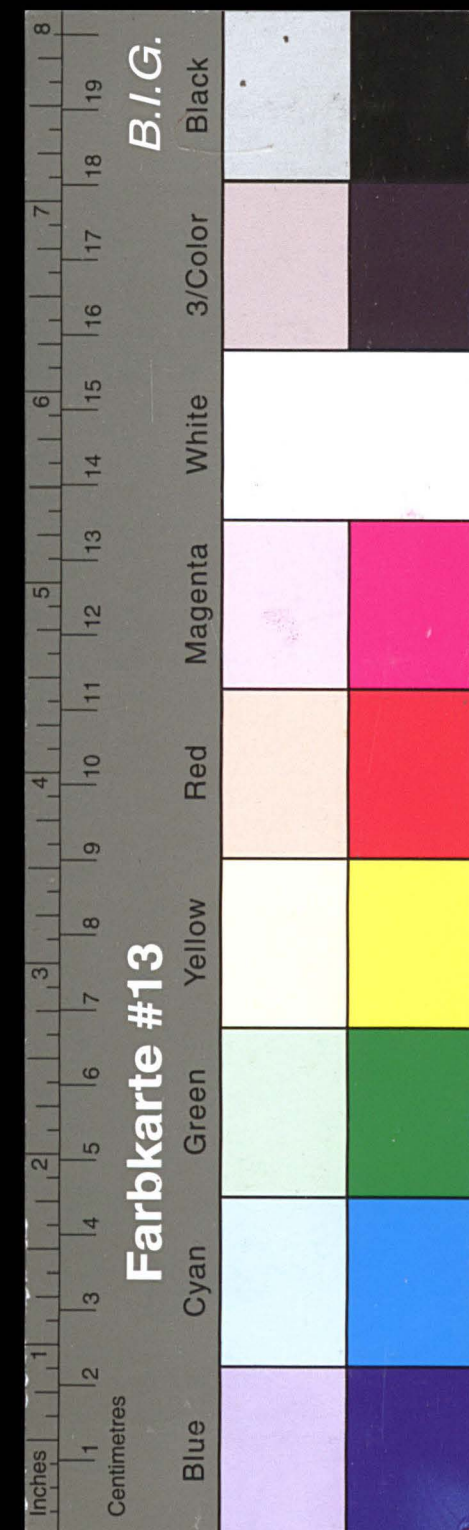
- 16 -



Kreisarchiv Stormarn E103

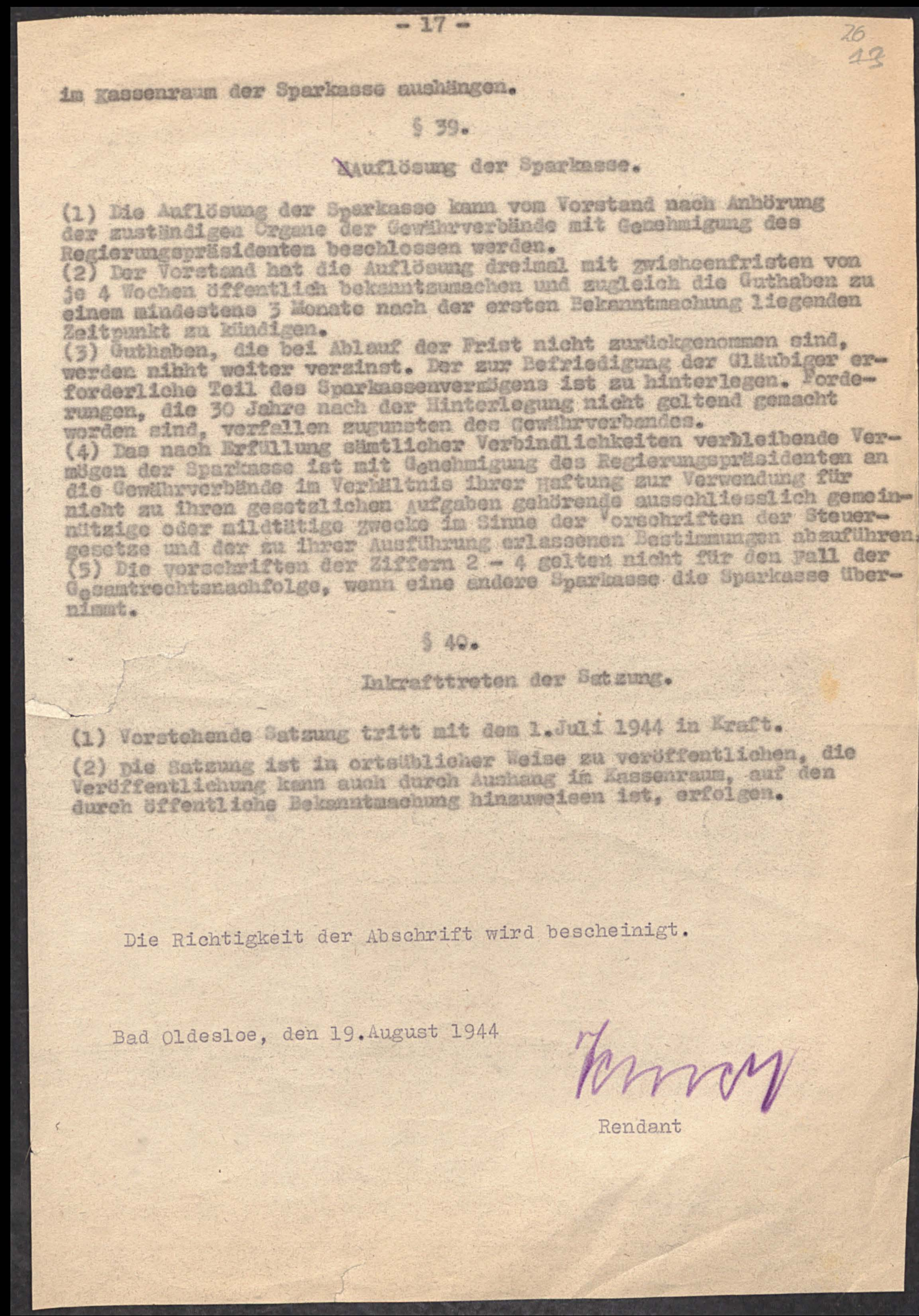
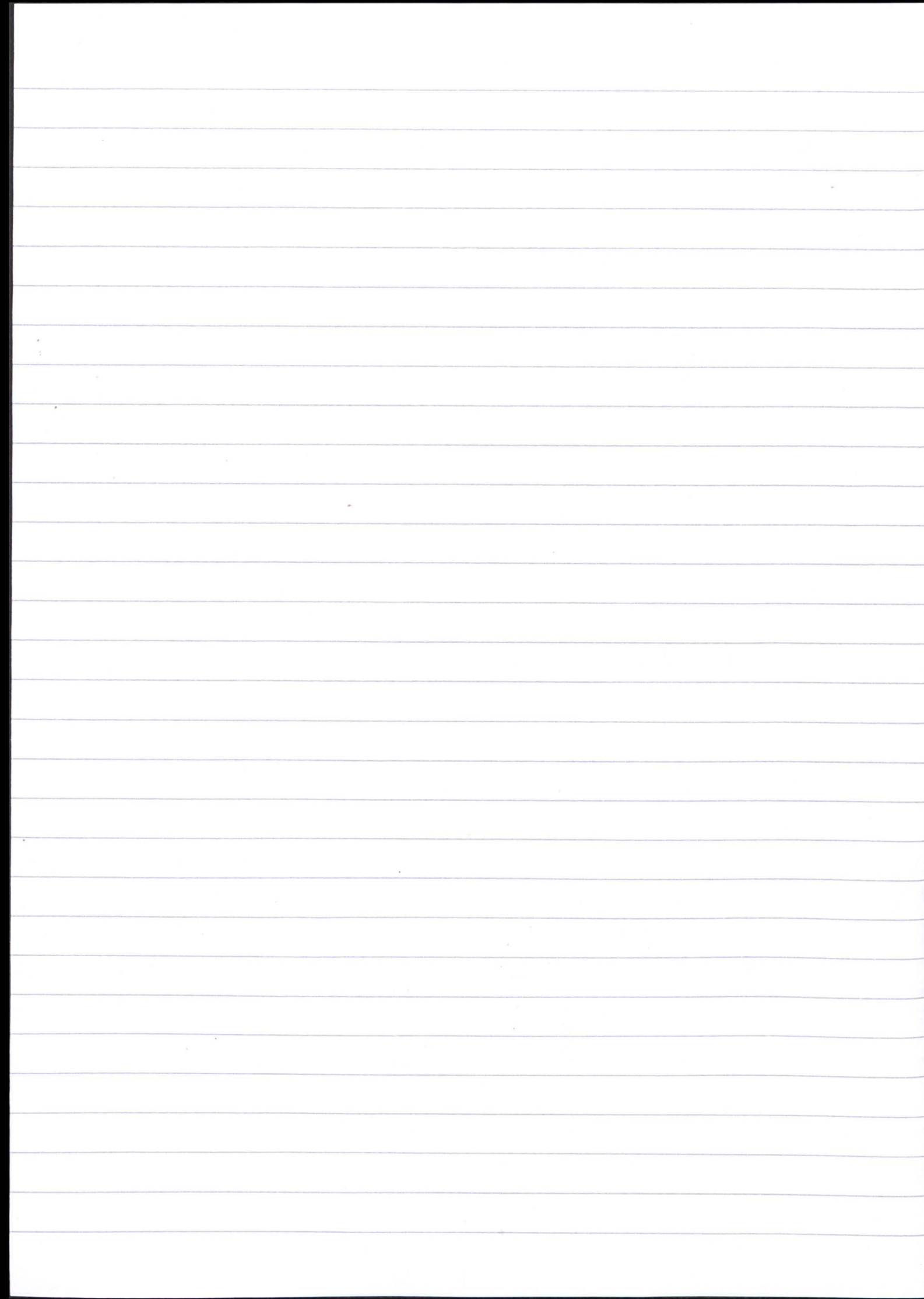
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

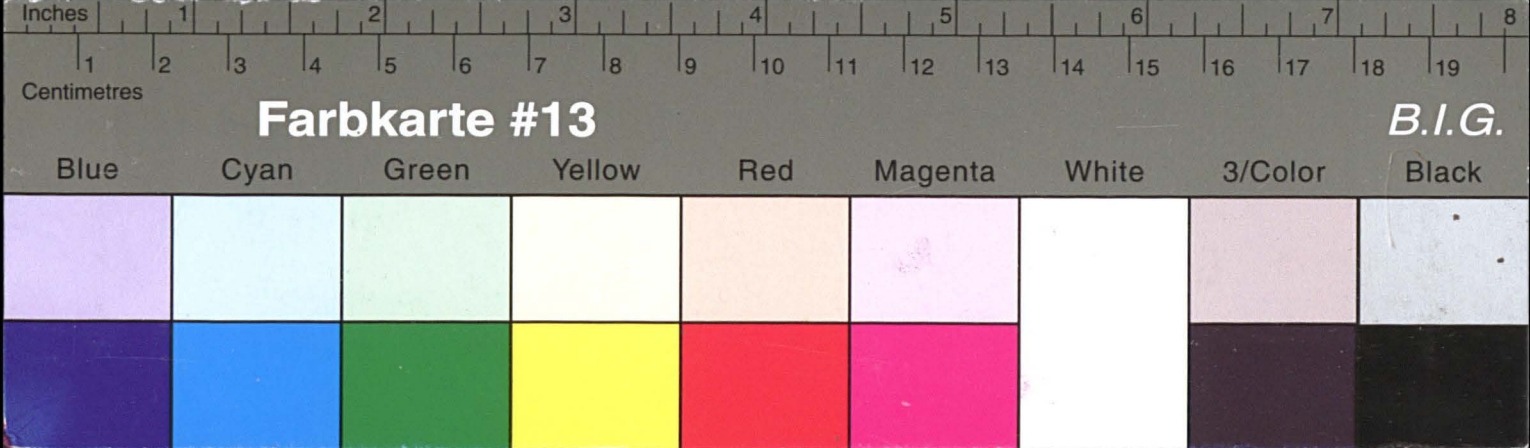




Kreisarchiv Stormarn E103

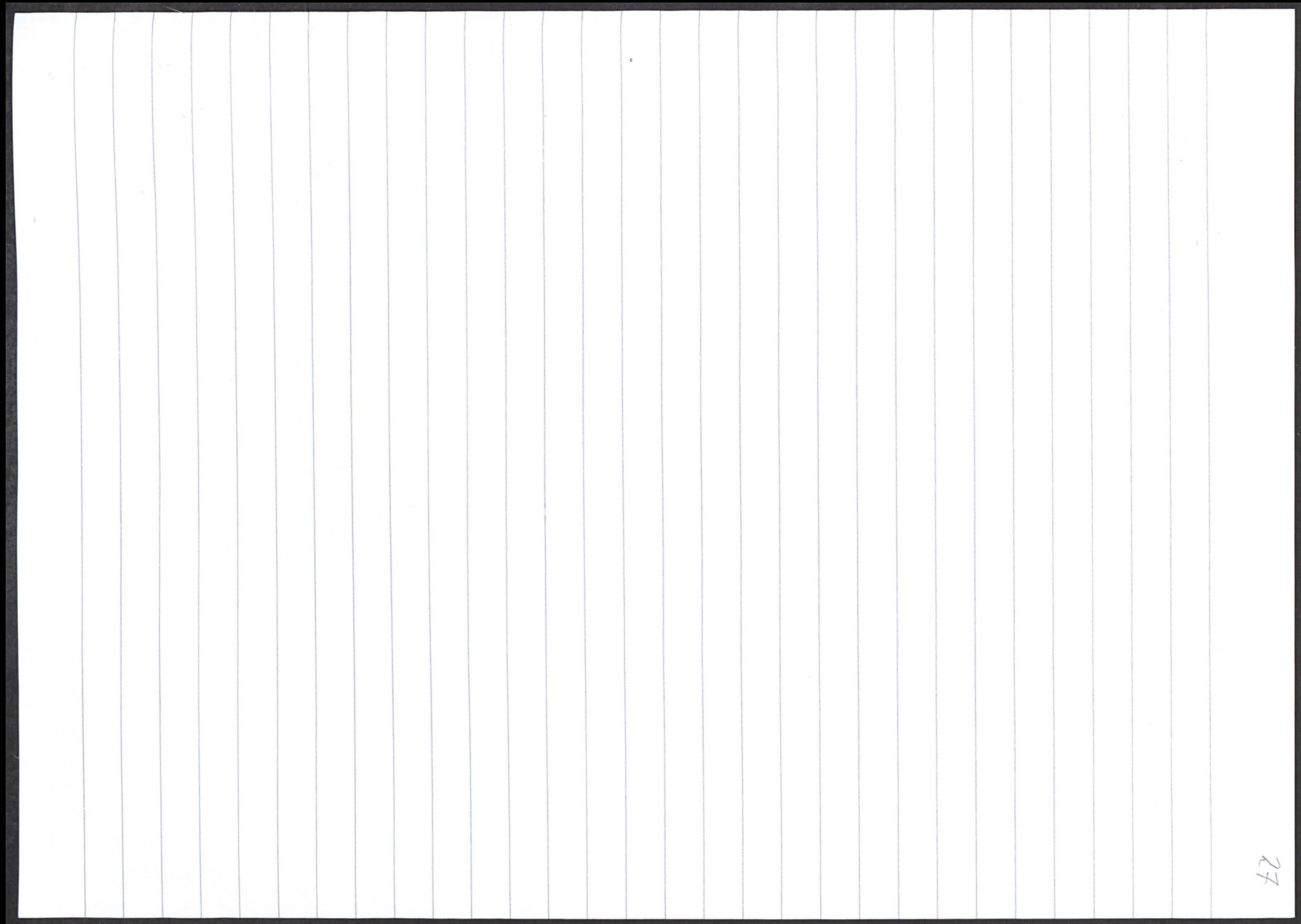
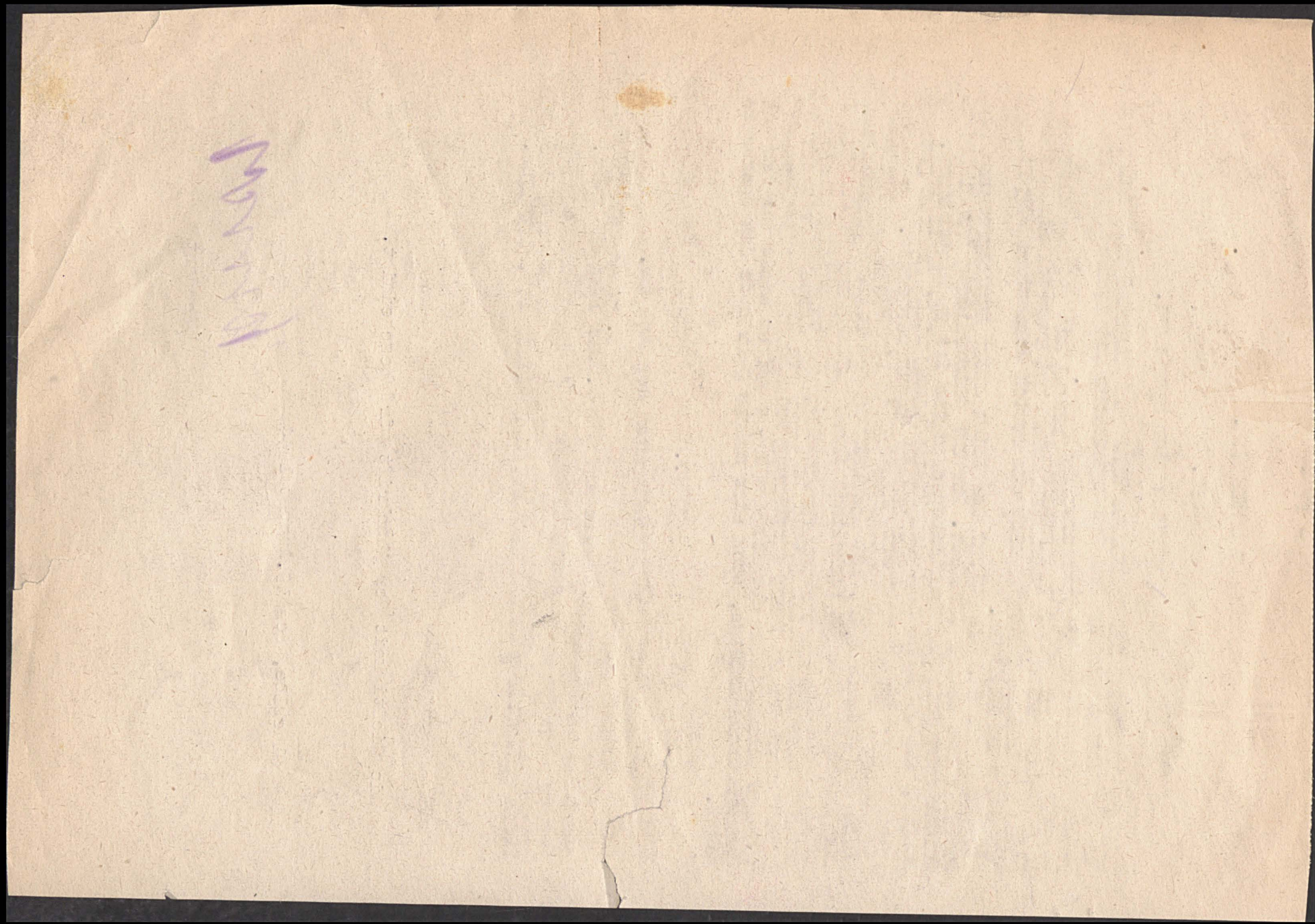
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

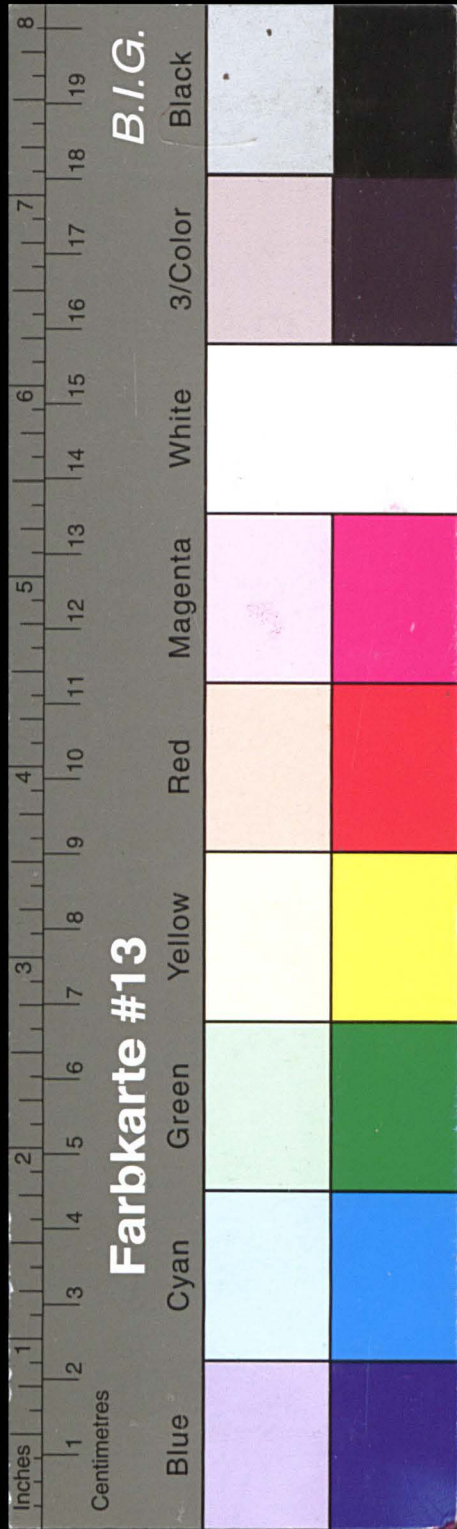




Kreisarchiv Stormarn E103

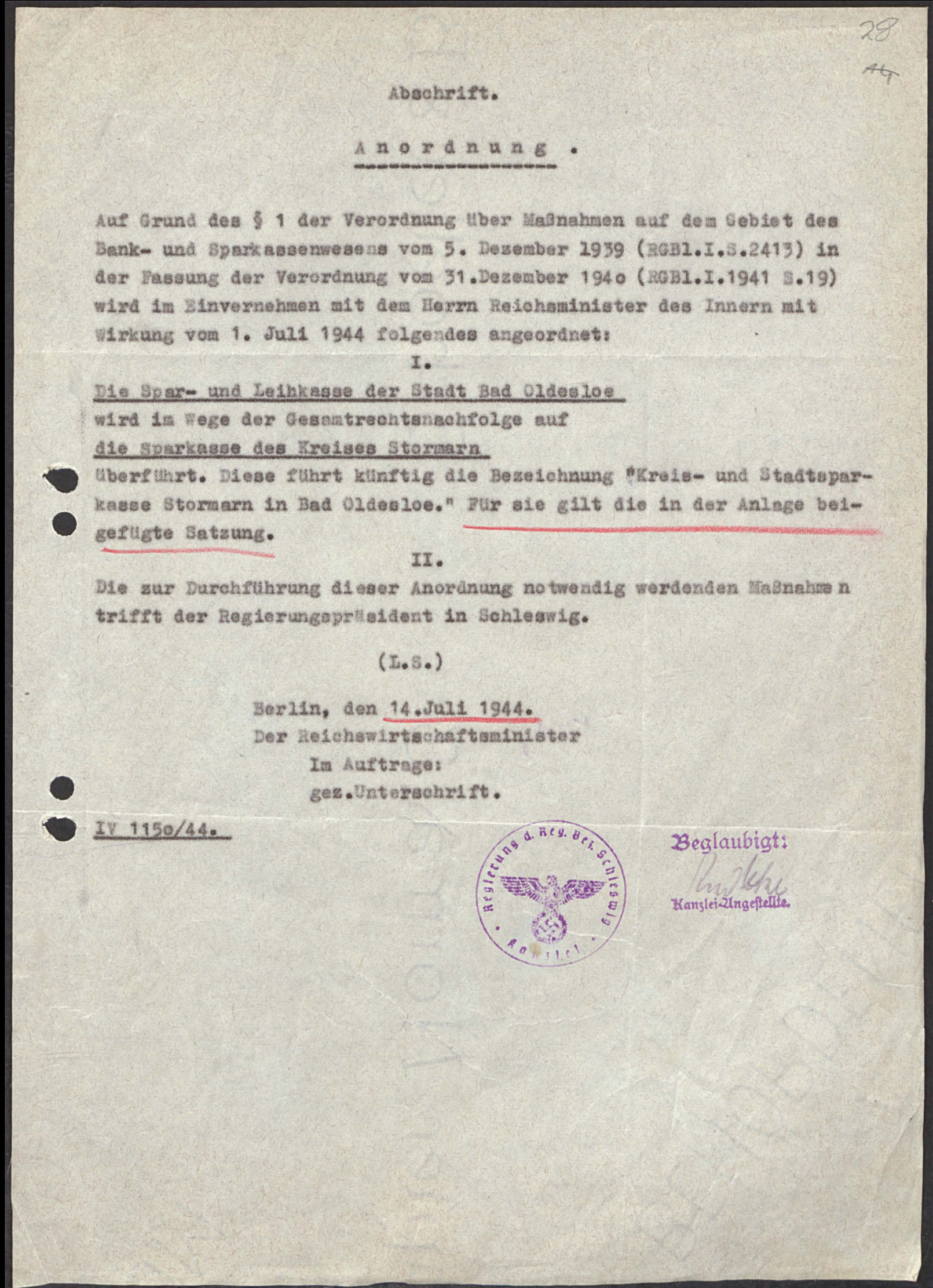
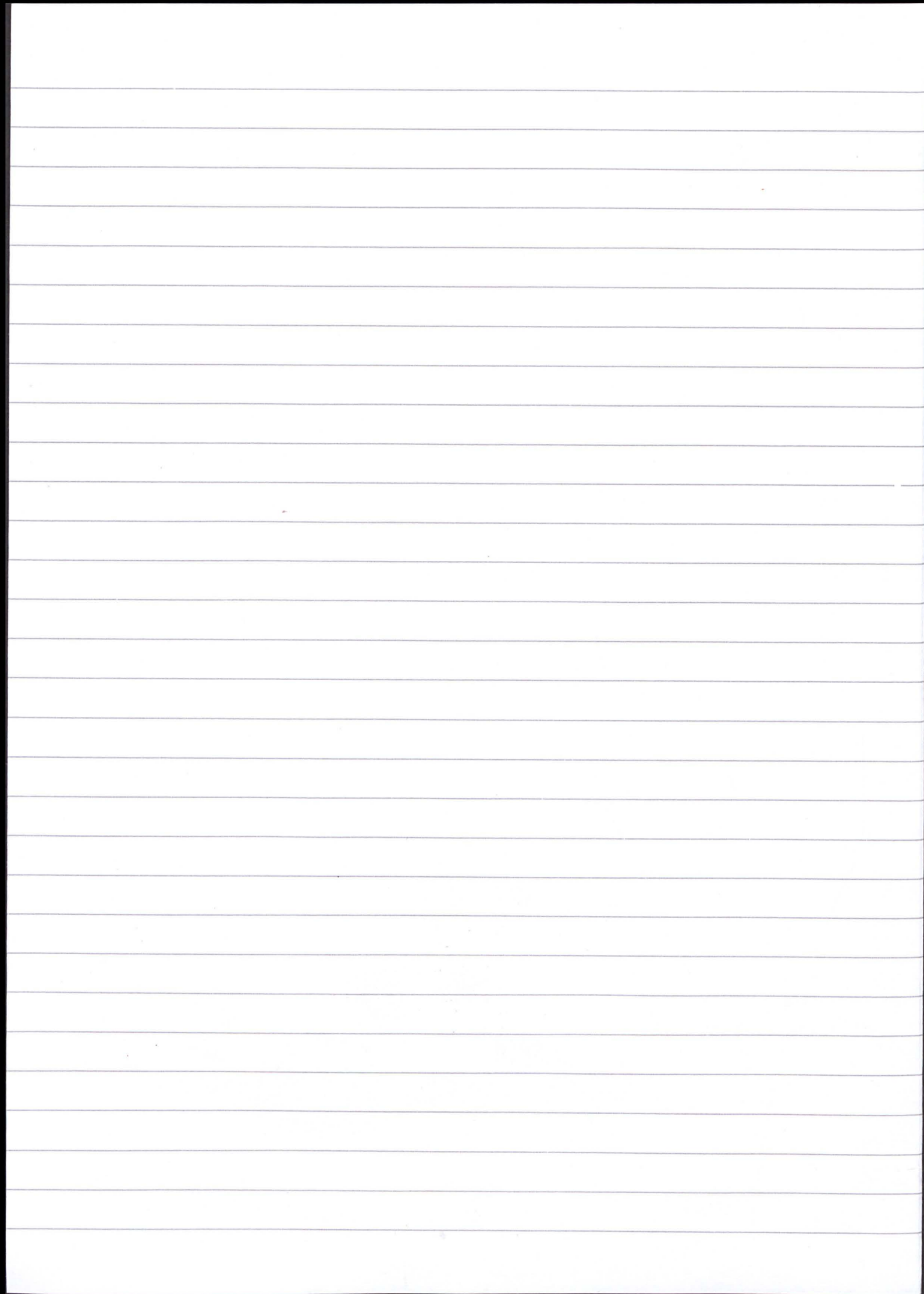
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

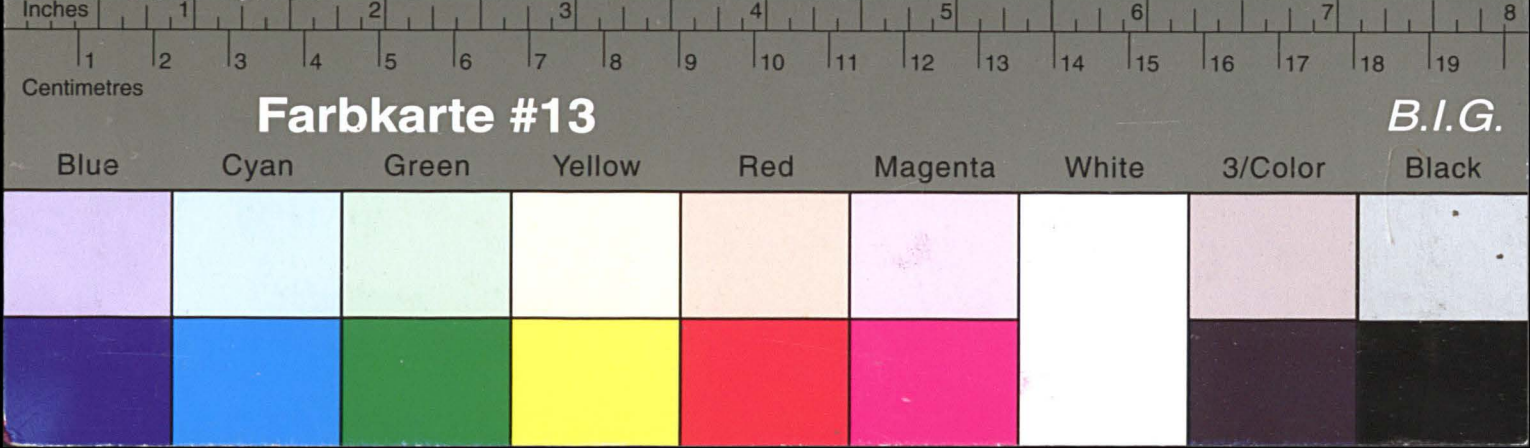




Kreisarchiv Stormarn E103

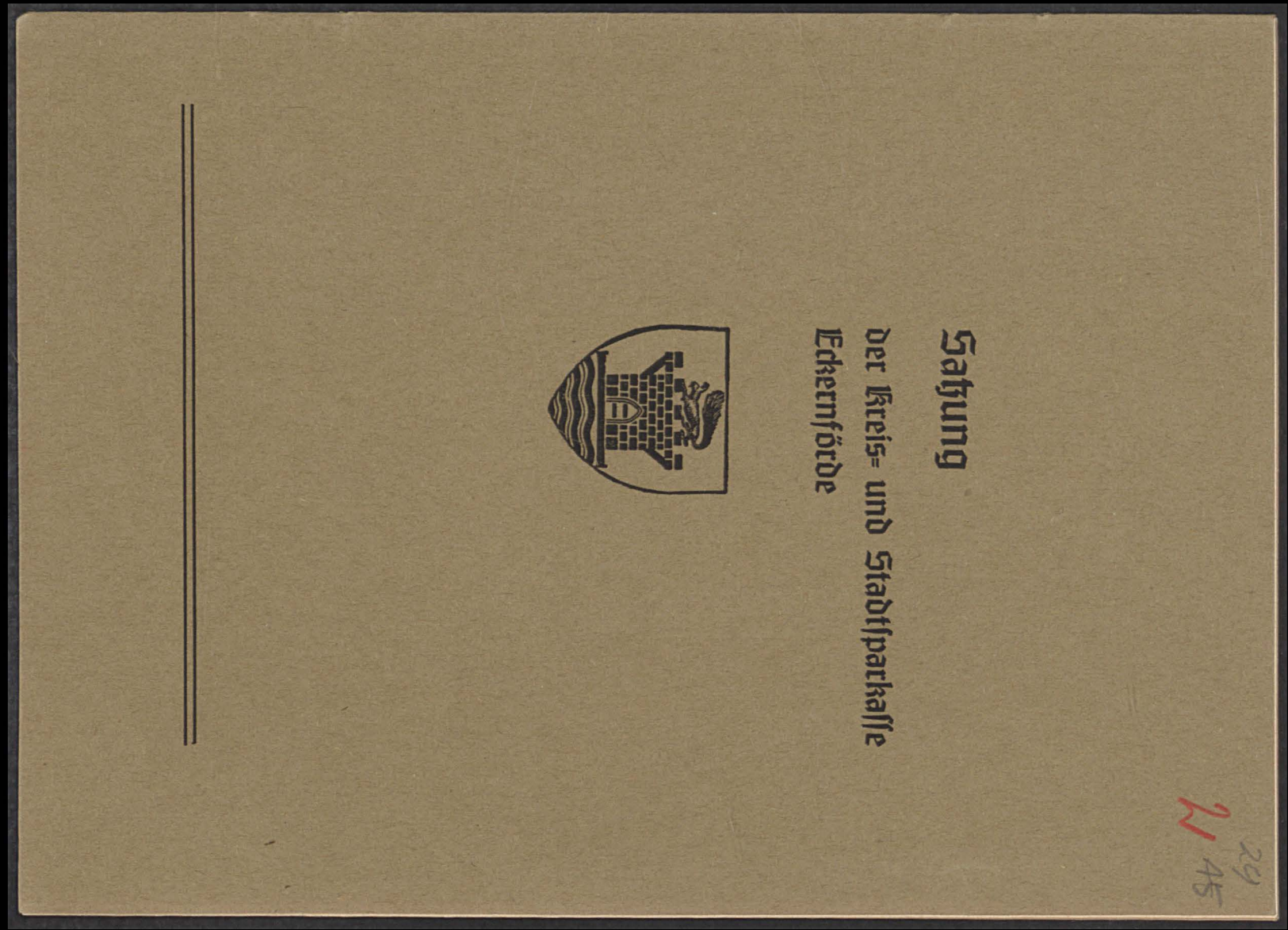
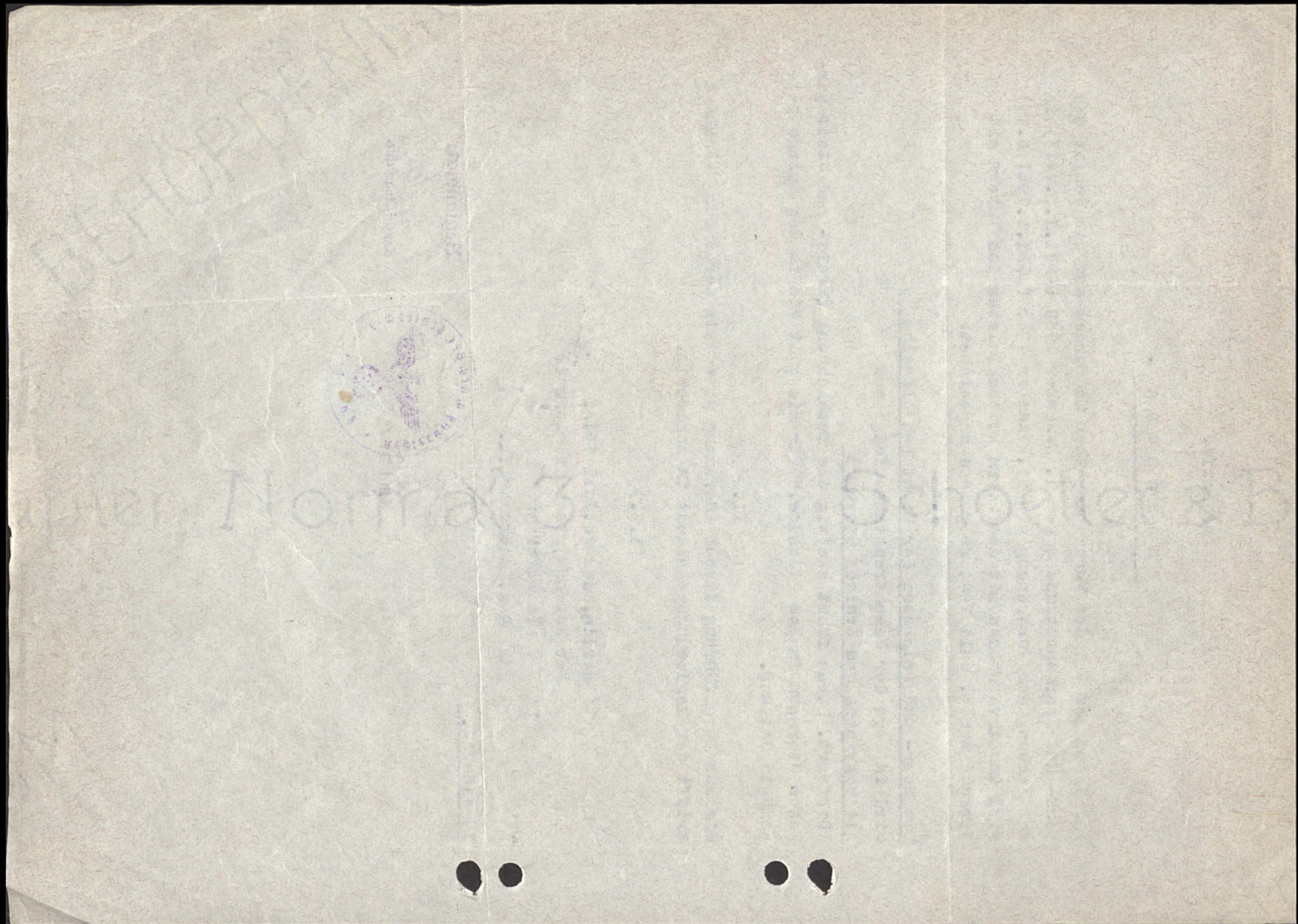
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

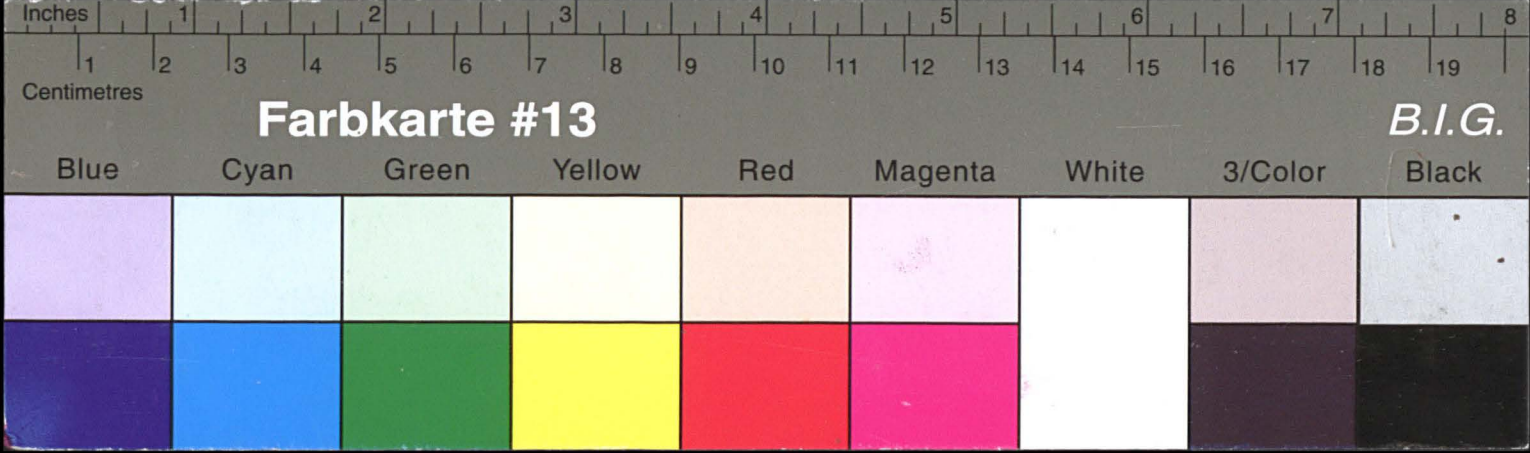




Kreisarchiv Stormarn E103

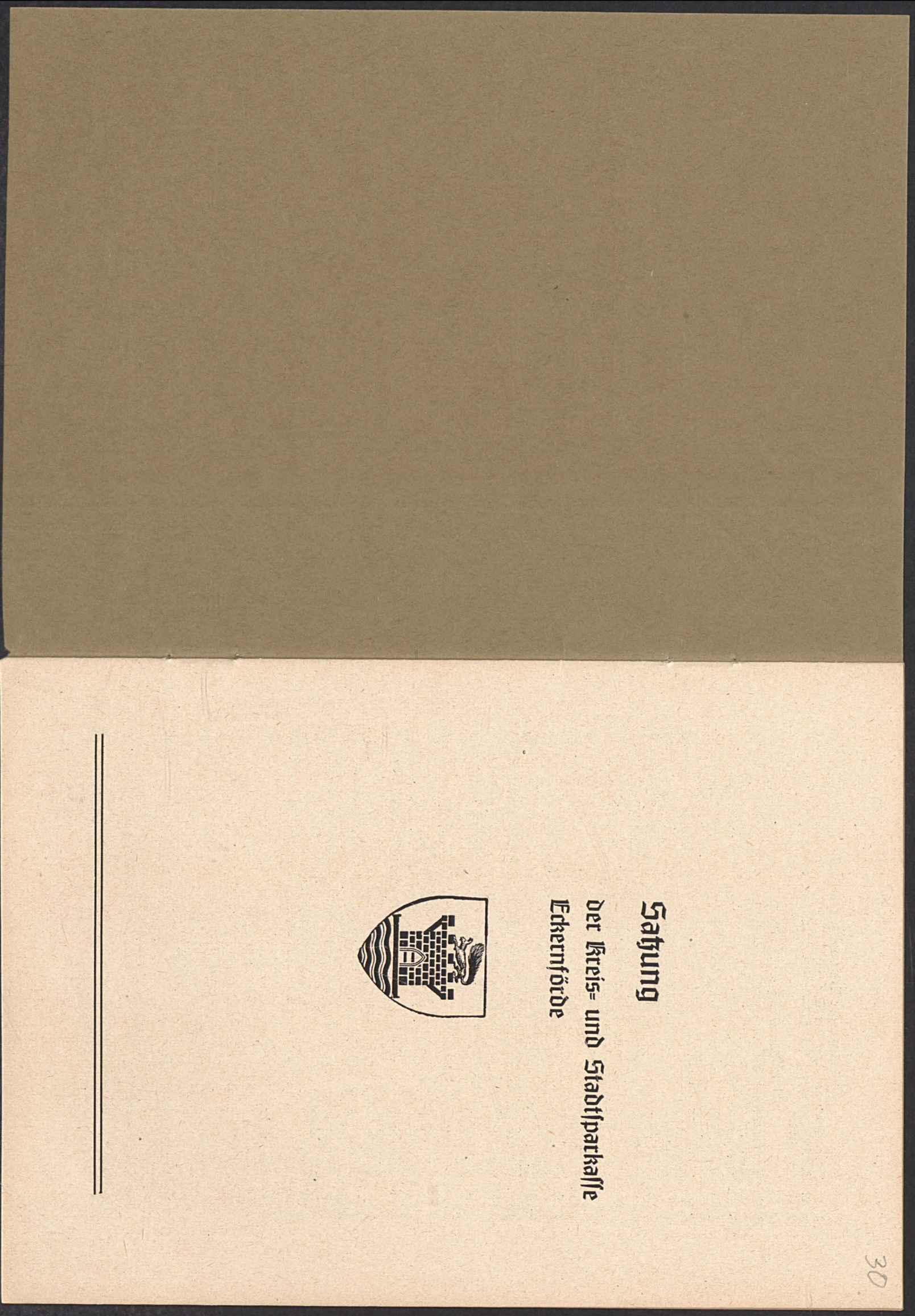
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

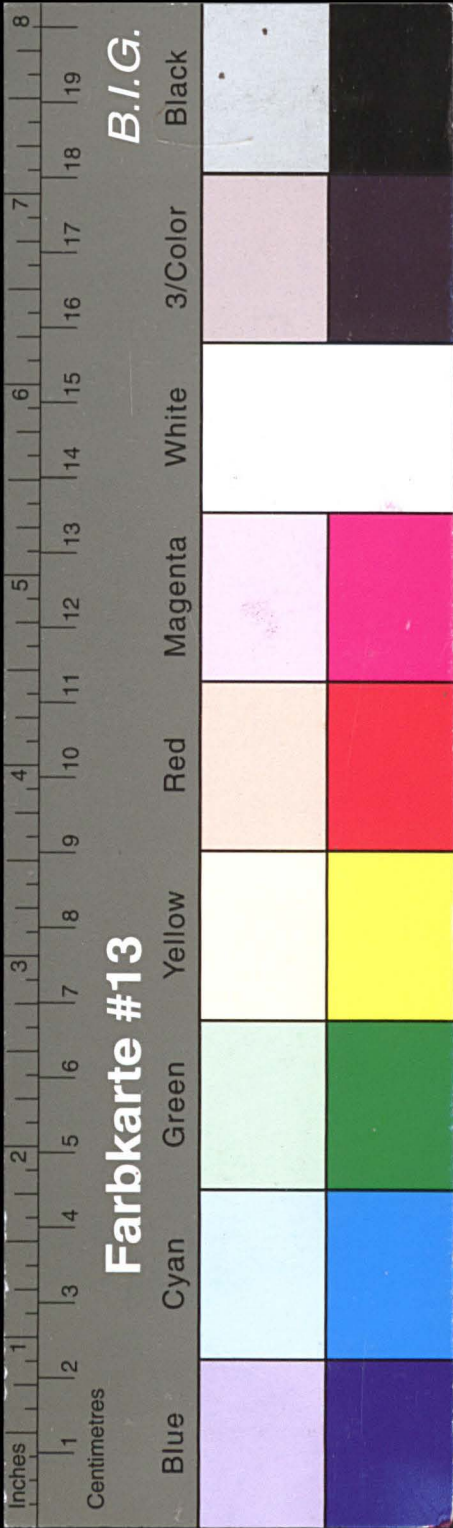




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

I. Allgemeine Bestimmungen.		Seite
§ 1.	Name, Sitz und Zweck der Sparkasse	3
§ 2.	Sparfassenvermögen und Haftung des Gewährverbandes	3
§ 3.	Zweigstellen	3
II. Verwaltung der Sparkasse.		
§ 4.	Zusammensetzung des Vorstandes	3
§ 5.	Rechte und Pflichten des Vorstandes	5
§ 6.	Sitzungen des Vorstandes	5
§ 7.	Kreditausschuß	6
§ 8.	Leiter der Sparkasse	7
§ 9.	Beamte und Angestellte	7
§ 10.	Amtsverschwiegenheit	8
§ 11.	Urkunden	8
§ 12.	Prüfungen	9
§ 13.	Voranschlag der Verwaltungskosten und Rechnungslegung	9
III. Geschäftszweige.		
A. Sparverkehr.		
§ 14.	Sparfassenbücher	9
§ 15.	Verzinsung	10
§ 16.	Rückzahlung	11
§ 17.	Berechtigungsausweis, Sicherstellung der Berechtigten, Mündelgelder	11
§ 18.	Spernung von Sparfassenbüchern	12
§ 19.	Übertragung von Spareinlagen	12
§ 20.	Verfahren bei Verlust, Fälschung oder Vernichtung von Sparfassenbüchern	12
§ 21.	Sparförderung	13
B. Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr.		
§ 22.		13
C. Sonstige Verpflichtungen.		
§ 23.		13
D. Anlegung der Sparfassenbestände.		
§ 24.	Allgemeines	14
§ 25.	Darlehen gegen Hypothek, Grund- oder Rentenschuld (Realkredit) oder Schiffspfandrecht	14
§ 26.	Darlehen gegen Kaufpfand (Perionalkredit)	16
§ 27.	Darlehen gegen Schuldschein, Bürgschaft oder Wechsel (Perionalkredit)	17
§ 28.		18
§ 29.	Darlehen an Kommunalverbände oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften	18
§ 30.	Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	18
§ 31.	Anlegung in Schuldverschreibungen auf den Inhaber	19
§ 32.		20
§ 33.	Anlegung von Beständen	20
E. Sonstige Geschäfte.		
§ 34.		20
IV. Liquidität.		
§ 35.	Anlegung in flüssigen Werten	21
V. Überschüsse.		
§ 36.	Verwendung der Überschüsse	22
VI. Schlußbestimmungen.		
§ 37.	Bekanntmachungen	23
§ 38.	Satzungsänderungen	23
§ 39.	Auflösung der Sparkasse	23
§ 40.	Zutrittsregeln der Sparkasse	24

37

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.
Name, Sitz und Zweck der Sparkasse.

(1) Die für Kreis und Stadt Eckernförde errichtete Sparkasse mit dem Sitz in Eckernförde führt den Namen Kreis- und Stadtspar- und Leihkasse der Stadt Eckernförde und bedient sich eines Siegels oder Stempels mit dieser Bezeichnung.

(2) Die Sparkasse ist eine gemeinnützige (und mündelsichere) Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(3) Die Sparkasse ist dem Sparfassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein als Mitglied angeschlossen.

(4) Die Sparkasse soll den Sparfassen fördern. Sie gibt Gelegenheit, Ersparnisse und andere Gelder sicher und verzinslich anzulegen. Sie dient der Befriedigung der örtlichen Kreditbedürfnisse nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 2.
Sparfassenvermögen und Haftung des Gewährverbandes.

(1) Das Sondervermögen (Sparfassenvermögen) der Kreispar- und Leihkasse der Stadt Eckernförde und der auf sie überführten Spar- und Leihkasse der Stadt Eckernförde ist das Sparfassenvermögen der nach Maßgabe dieser Satzung mit Rechtsfähigkeit ausgestatteten Sparkasse.

(2) Soweit die Gläubiger sich aus dem Sparfassenvermögen nicht befriedigen können, haften für die Verbindlichkeiten der Sparkasse der Kreis- und Stadtspar- und Leihverband Eckernförde als Gewährverband unbeschränkt. Im Innenverhältnis ist die Stadtgemeinde Eckernförde zu 30 v. H. an dieser Haftung beteiligt.

§ 3.
Zweigstellen.

Die Errichtung von Zweigstellen mit Ein- und Auszahlungsverkehr (Haupt- und Nebenzweigstellen) oder lediglich mit Einzahlungsverkehr (Annahmestellen) bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidenten nach Anhörung des zuständigen Sparfassenverbandes.

II. Verwaltung der Sparkasse.

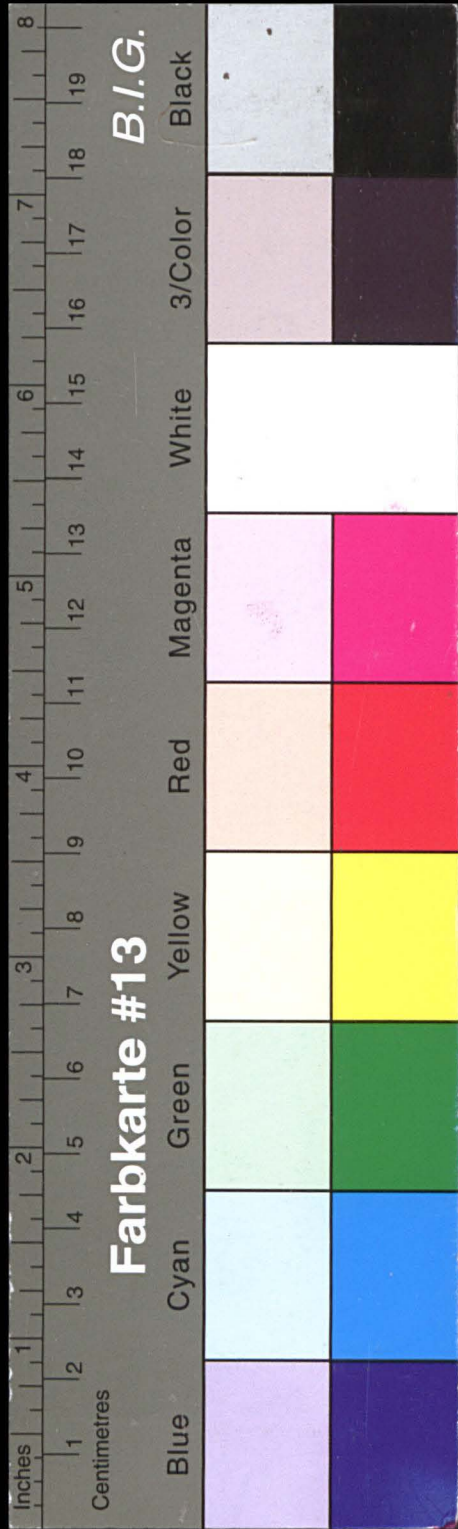
§ 4.
Zusammensetzung des Vorstandes.

(1) Die Verwaltung der Sparkasse wird durch den Vorstand geführt.

(2) Der Vorstand der Sparkasse besteht aus:

a) dem Leiter des Gewährverbandes als Vorsitzendem,

b) neun Mitgliedern, die der Leiter des Gewährverbandes nach näherer Maßgabe des § 7 Abs. 3 und 4 der Verordnung über die Sparfassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 20. Juli/4. August 1932 (Gesetz-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

(4) Die Beschlussfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit der Erschienenen, soweit nicht durch diese Satzung eine andere Bestimmung getroffen ist. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(5) Erhebt sich gegen einen Kreditantrag bei der Beratung Widerspruch, so bedarf es zur Genehmigung des beanstandeten Antrages einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Vorstandsmitglieder; erhebt der Vorsitzende Widerspruch, gilt der Antrag als abgelehnt, es sei denn, daß sämtliche übrigen Stimmberechtigten zustimmen. Bei Widerspruch des Sparkassenleiters gegen einen die Anlage des Sparkassenvermögens betreffenden Antrag gilt der Antrag als abgelehnt, es sei denn, daß der Vorsitzende mit der Mehrheit stimmt.

(6) Die Mitglieder des Vorstandes und der Leiter der Sparkasse dürfen an der Beratung und Beschlussfassung über solche Angelegenheiten nicht teilnehmen, an denen sie oder ihre Ehegatten oder Personen, mit denen sie in gerader Linie verwandt oder verschwägert oder durch Adoption verbunden oder in der Seitenlinie im zweiten oder dritten Grade verwandt oder im zweiten Grade verschwägert sind, mit ihren persönlichen oder wirtschaftlichen Sonderinteressen beteiligt sind oder in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben haben oder sonst in anderer als öffentlicher Eigenschaft tätig geworden sind. Ebenso dürfen sie an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen, wenn das Unternehmen, die Wirtschafts- oder Standesorganisation, die Interessenvertretung oder sonst jemand, bei dem sie gegen Entgelt beschäftigt sind, mit ihren persönlichen oder wirtschaftlichen Sonderinteressen beteiligt sind; dies gilt nicht, wenn es sich um Angelegenheiten des eigenen Gewährverbandes der Sparkasse handelt. Ein Sonderinteresse liegt nicht schon dann vor, wenn die in Satz 1 genannten Personen einem Beruf, einem Gewerbe oder einer Bevölkerungsguppe angehören, deren gemeinsame Interessen durch den Beratungsgegenstand berührt werden. Wird streitig, ob die Voraussetzung des Satz 1 oder Satz 2 vorliegt, so entscheidet der Vorsitzende des Vorstandes endgültig. Wer nach Satz 1 oder nach Satz 2 von der Teilnahme an der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen ist, hat während der Beratung über die Angelegenheit das Beratungszimmer zu verlassen.

(7) Die Beschlüsse des Vorstandes sind in einem Beschlussbuch einzutragen und vom Vorsitzenden und einem Vorstandsmitglied zu unterzeichnen; im Falle des Abs. 5 ist der Widerspruch und das Stimmverhältnis bei der Beschlussfassung besonders kenntlich zu machen. Auszüge aus dem Beschlussbuch sind zu den Vorgängen zu nehmen.

§ 7.

Kreditausschuß.

(1) Der Vorstand kann die Bewilligung von Krediten der in den §§ 25, 26, 27 und 29 aufgeführten Art auf einen Kreditausschuß für

solche Fälle übertragen, die wegen ihrer Eilbedürftigkeit nicht bis zur nächsten Vorstandsitzung aufgeschoben werden können.

(2) Der Kreditausschuß besteht aus dem Vorsitzenden des Vorstandes oder seinem Stellvertreter, dem Leiter der Sparkasse und zwei vom Vorstand für die Dauer seiner Amtszeit zu bestellenden Vorstandsmitgliedern. Für die zwei Vorstandsmitglieder sind Stellvertreter zu bestellen, die ebenfalls dem Vorstand angehören müssen.

(3) Der Kreditausschuß ist beschlußfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind; im übrigen gelten die Bestimmungen des § 6 Absatz 4, 6 und 7 entsprechend und Absatz 5 mit der Maßgabe, daß die beanstandeten Kreditanträge dem Vorstande zur Beschlussfassung zu unterbreiten sind.

(4) Sämtliche Beschlüsse des Kreditausschusses sind dem Vorstand bei seiner nächsten Sitzung zur Prüfung vorzulegen.

§ 8.

Leiter der Sparkasse.

(1) Der Leiter der Sparkasse führt verantwortlich die laufenden Geschäfte nach Maßgabe der Satzung, der aufsichtsbehördlichen Anordnungen und der vom Vorstand zu erlassenden Geschäftsanweisung; zu den laufenden Geschäften gehört nicht die Bewilligung von Krediten, es sei denn, daß in einer von der Aufsichtsbehörde ausdrücklich genehmigten Geschäftsanweisung dem Leiter der Sparkasse eine solche Befugnis für kleinere Kredite unter Festsetzung eines Höchstbetrages übertragen ist.

(2) Der Leiter der Sparkasse darf nicht persönlich haftender Gesellschafter, Aufsichtsrats- oder Vorstandsmitglied nicht öffentlich-rechtlicher Unternehmungen sein, die Spareinlagen oder Depositen annehmen oder gewerbsmäßig Darlehensgeschäfte vermitteln.

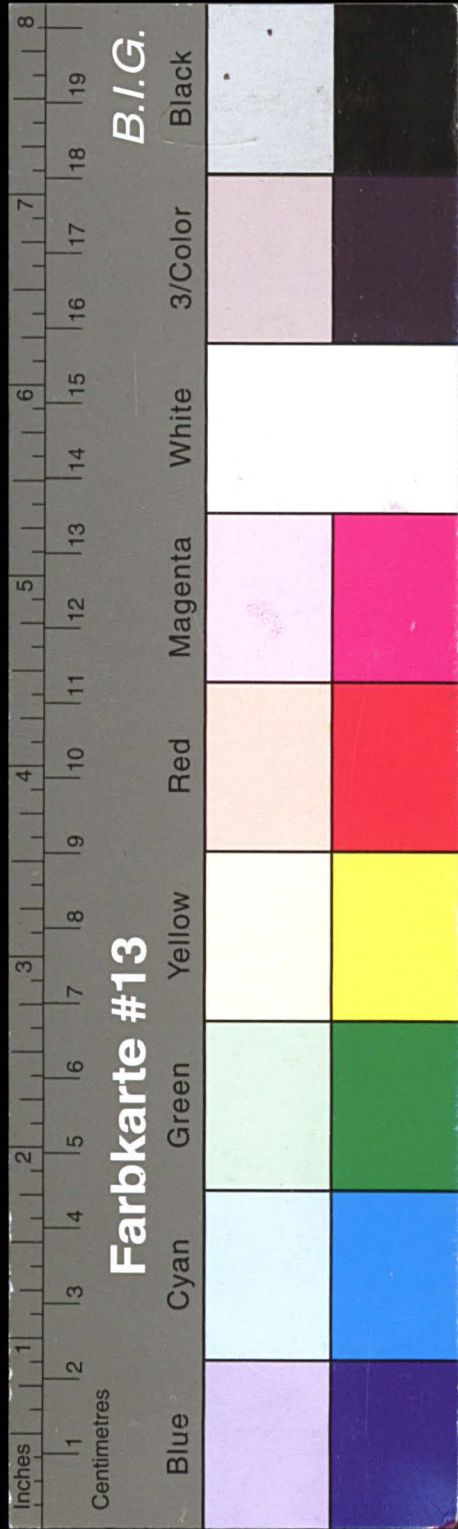
(3) Gewinnbeteiligungen (Tantiemen u. dgl.) an den Sparkassenleiter sind unzulässig.

(4) Im Falle seiner Behinderung wird der Leiter der Sparkasse durch seinen vom Vorstand hierzu bestellten Stellvertreter und bei dessen Behinderung durch einen vom Vorsitzenden des Sparkassenvorstandes bestimmten Sparkassenbeamten oder -angestellten vertreten.

§ 9.

Beamte und Angestellte.

(1) Die Anstellung der bei der Sparkasse zu beschäftigenden Beamten (Angestellten) sowie ihre Entlassung erfolgt auf Vorschlag des Sparkassenvorstandes durch den Leiter des Kreiskommunalverbandes; vor ihrer Versetzung aus der Sparkasse ist der Sparkassenvorstand zu hören. Zur Anstellung, Versetzung und Entlassung des Leiters der Sparkasse bedarf es außerdem der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung zur Anstellung kann zurückgenommen werden, wenn



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

der Leiter der Sparkasse den an ihn zu stellenden Anforderungen nicht entspricht.

(2) Die Beamten und Angestellten haben die Bestimmungen der Satzung, die aufsichtsbehördlichen Anordnungen und die Geschäftsanweisung zu beachten. Die Bestimmungen des § 8 Abs. 2 und 3 finden auf sie entsprechende Anwendung.

§ 10.

Amtsverschwiegenheit.

Die Mitglieder des Vorstandes, der Stellvertreter des Vorsitzenden sowie der Leiter und die übrigen Beamten und Angestellten der Sparkasse sind zur Amtsverschwiegenheit über den Geschäftsverkehr der Sparkasse, insbesondere über deren Gläubiger und Schuldner, verpflichtet.

§ 11.

Urkunden.

(1) Auf Wechseln, Schecks, Akkreditiven, Anweisungen, Ausweisen, Quittungen, Bescheinigungen, Schriftstücken über Geschäfte nach den §§ 22 und 34 sowie bei Eintragungen in den Sparbüchern (§ 14) genügen die Unterschriften von zwei vom Vorstand bestellten Beamten oder Angestellten. Bei Einzahlungen im Kontokorrentverkehr genügt bei geeignetem maschinellen Buchungsbetrieb die Unterschrift des Kassierers in Verbindung mit einem maschinellen Quittungsdruck. Bei Einmahnungswegstellen kann der Vorstand mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde den Verwalter ermächtigen, die in Satz 1 aufgeführten Urkunden und Schriftstücke allein rechtswirksam zu unterzeichnen. Alle übrigen Urkunden, welche die Sparkasse verpflichtet, insbesondere sämtliche Urkunden in Grundstücks- und Grundbuchangelegenheiten, Vollmachten, Bürgschaften, Verpfändungserklärungen müssen die Unterschrift des Vorsitzenden des Vorstandes oder seines Stellvertreters gemeinsam mit der des Leiters der Sparkasse oder seines Stellvertreters unter Beifügung des Siegels oder Stempels der Sparkasse tragen.

(2) Urkunden, die den in der Satzung aufgestellten Formvorschriften entsprechen, begründen eine rechtsverbindliche Verpflichtung der Sparkasse.

(3) Die Unterschriften nach Absatz 1 Satz 1 und 2 sollen unter der Bezeichnung: „Kreis- und Stadtsparkasse Eckernförde“, die Unterschriften nach Absatz 1 Satz 3 sollen unter der Bezeichnung: „Der Vorstand der Kreis- und Stadtsparkasse Eckernförde“ erfolgen.

(4) Namen und Unterschriften der nach Absatz 1 Zeichnungsberechtigten sind durch Aushang im Kassenraum bekanntzugeben.

(5) Die Berechtigung, Urkunden und Unterschriften nach Abs. 1 zu vollziehen, wird erforderlichenfalls durch den Vorsitzenden des Vorstandes bescheinigt.

§ 12.

Prüfungen.

(1) Der Vorstand oder von ihm beauftragte Mitglieder haben neben der ordentlichen Prüfung, die der Vorstand anberaumt, mindestens zweimal im Jahre eine unvermutete Prüfung der Sparkasse vorzunehmen. Hierbei sind außer den Geschäftsbüchern, der Kasse und den Wechseln einschließlich des Wechselobligos, insbesondere die Anlagewerte und die Unterlagen für größere Kredite und mindestens Stichprobenweise die übrigen Kreditakten zu prüfen. Zu diesen Prüfungen können Revisoren des zuständigen Sparkassenverbandes oder sonstige Prüfungsgehilfen zugezogen werden.

(2) Daneben ist die Sparkasse verpflichtet, sich den durch die Aufsichtsbehörde selbst oder den in ihrem Auftrage durch den zuständigen Sparkassenverband erfolgenden unvermuteten fachmännischen Prüfungen zu unterwerfen. Die Kosten der Prüfungen hat die Sparkasse zu tragen.

§ 13.

Voranschlag der Verwaltungskosten und Rechnungslegung.

(1) Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Der Vorstand der Sparkasse hat vor Beginn eines jeden Rechnungsjahres einen jährlichen Voranschlag der Verwaltungskosten aufzustellen und der Aufsichtsbehörde vorzulegen, die den Voranschlag genehmigt, oder, wenn sie nicht einverstanden ist, festsetzt.

(3) Nach Ablauf eines jeden Rechnungsjahrs hat der Leiter der Sparkasse dem Vorstände die Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung (Jahresabluß) sowie einen Verwaltungsbericht vorzulegen. Der Jahresabluß wird unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und des Verwaltungsberichts nach näherer Anordnung des Reichswirtschaftsministers geprüft und mit dem Prüfungsbericht dem Vorstände der Sparkasse vorgelegt. Der Vorstand stellt den Jahresabluß fest und legt sodann die Unterlagen der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung der Jahresbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung (Jahresabluß) sowie zur Entlastung des Vorstandes der Sparkasse vor.

(4) Spätestens 6 Monate nach Schluß des Rechnungsjahres ist die Bilanz der Sparkasse durch Aushang im Kassenraum und durch Bekanntmachung gemäß § 37 zu veröffentlichen.

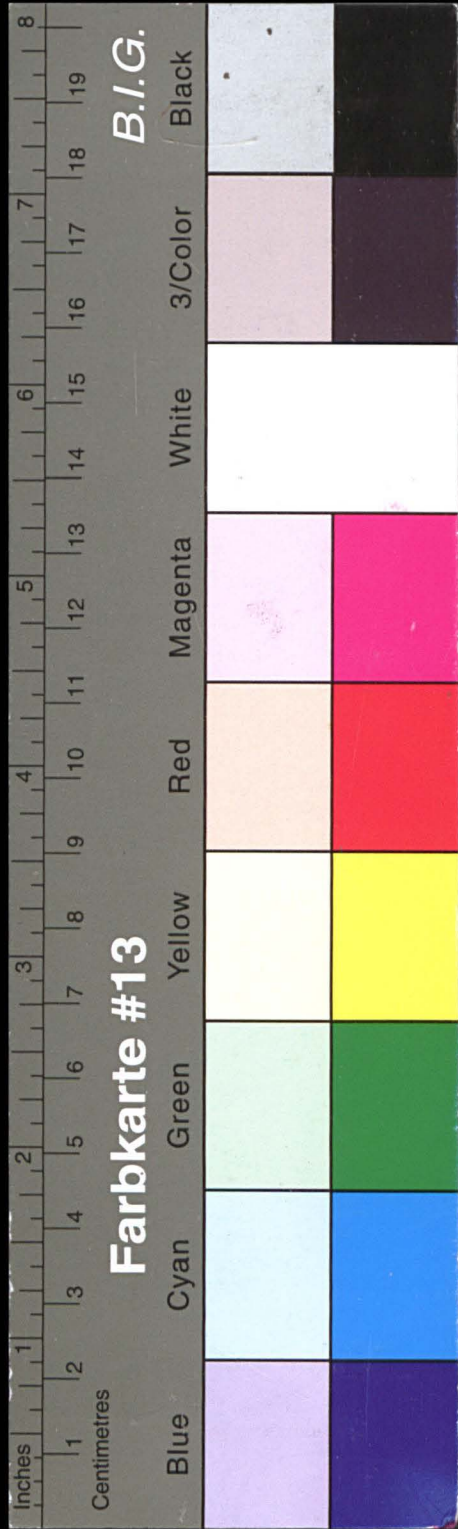
III. Geschäftszweige.

A. Sparverkehr.

§ 14.

Sparkassenbücher.

(1) Die Sparkasse nimmt von jedermann Spareinlagen in Höhe von mindestens 1 RM. an.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

(2) Jeder Sparer erhält bei der ersten Einlage ein Sparkassenbuch, das Namen, Stand und Wohnung des Sparers sowie die Nummer der für ihn angelegten Rechnung angibt und mit dem Siegel oder Stempel der Sparkasse versehen ist. Das Sparkassenbuch enthält ferner die Satzungsbestimmungen über die Zeichnungsberechtigung der Kassenbeamten und über Verzinsung, Rückzahlung und Verjährung der Spareinlagen sowie über das Verfahren bei Verlust, Vernichtung und Fälschung von Sparkassenbüchern.

(3) Jede Ein- und Rückzahlung wird mit Angabe des Tages in das Sparbuch eingetragen und durch die eigenhändigen Unterschriften von zwei gemäß § 11 Absatz 1 bestellten Beamten oder Angestellten bestätigt. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde genügt bei den Zweigstellen und Annahmestellen, die nur einen Verwalter haben, die Unterschrift dieser einen Person, sofern im Einzelfall der Betrag von 500.— RM. nicht überschritten wird. Diese Bestimmung ist durch Aushang in den Zweigstellen und Annahmestellen bekannt zu machen. Bei maschinellen Eintragungen werden Art und Weise der Quittungsleistung und Sicherung durch Aushang in der Sparkasse bzw. im Anhang der Sparbücher bekanntgegeben. Einzahlungen durch Postanweisung, Überweisung, Schecküberendung und dergleichen werden bei der nächsten Vorlegung des Sparbuches eingetragen.

(4) Die Sparbücher werden mit fortlaufenden Nummern versehen.

§ 15.

Verzinsung.

(1) Der Zinsfuß für Spareinlagen wird durch den Vorstand festgesetzt und durch Aushang im Kassenraum bekanntgemacht. Der Zinsfuß hat sich jeweils innerhalb der vom zuständigen Sparkassenverband bestimmten Grenzen zu halten.

(2) Eine Zinsherabsetzung tritt für bestehende Spareinlagen erst in Kraft, nachdem sie durch Aushang im Kassenraum bekanntgemacht worden ist.

(3) In Sonderfällen kann ein anderer als der allgemeine Zinsfuß vereinbart werden, der sich ebenfalls innerhalb der vom zuständigen Sparkassenverband bestimmten Grenzen zu halten hat. Solche Vereinbarungen sind im Sparkassenbuch und auf dem Kontoblatt zu vermerken.

(4) Der Zinslauf beginnt mit dem fünfzehnten Zinstage nach dem Tage der Einzahlung und läuft bis zum Tage der Rückzahlung. Der Monat wird zu 30 Tagen, das Jahr zu 360 Tagen gerechnet.

(5) Die aufgelaufenen Zinsen werden am Jahreschluß dem Kapital zugeschrieben und mit diesem vom Beginn des neuen Rechnungsjahres ab verzinst.

(6) Nur volle Reichsmarkbeträge werden verzinst.

(7) Mit Ablauf von 30 Jahren nach Ende des Kalenderjahres, in dem die letzte Einlage oder Rückzahlung bewirkt worden ist, endigt die

Verzinsung der Spareinlage. Sind weitere 5 Jahre ohne Vorlage des Sparkassenbuchs verflossen, so kann nach vorausgegangener, durch Aushang in den Kassenräumen zu veröffentlichender Bekanntmachung das Guthaben der Sicherheitsrücklage überwiesen werden. Vorstehende Fristen beginnen bei gesperrten Sparkassenbüchern mit dem Ablauf der Sperre.

§ 16.

Rückzahlung.

(1) Die Sparkasse zahlt Beträge bis zu 300 RM. ohne vorherige Kündigung sofort aus. Zur Rückzahlung höherer Beträge innerhalb eines Zeitraums von einem Monat ist die Sparkasse jedoch nur verpflichtet, wenn eine rechtzeitige Kündigung (Abs. 2) erfolgt ist.

(2) Die Kündigungsfrist beträgt, sofern nichts anderes ausdrücklich vereinbart ist, für Beträge von mehr als 300 RM. bis 1000 RM. einen Monat, für Beträge über 1000 RM. drei Monate.

Mit Einmonatsfrist dürfen innerhalb eines Monats insgesamt nicht mehr als 1000 RM. gekündigt werden.

(3) Die Kasse kann Kündigungen als nicht erfolgt ansehen, wenn der Sparer das Geld nicht binnen drei Tagen nach Fälligkeit abhebt.

(4) Die Kasse hat das Recht, ihrerseits Spareinlagen zu kündigen. Eine solche Kündigung erfolgt schriftlich oder durch zweimalige öffentliche Bekanntmachung (§ 37) mit einer Kündigungsfrist von mindestens vier Wochen, sofern keine längere Kündigungsfrist vereinbart ist. Die Verzinsung derart gekündigter, zur Verfallzeit nicht abgehobener Spareinlagen erfolgt nach freiem Ermessen der Sparkasse.

(5) In Einzelfällen kann der Vorstand andere als die in dieser Satzung vorgesehenen Rückzahlungsbedingungen vereinbaren. Solche Vereinbarungen sind im Sparkassenbuch und auf dem Kontoblatt zu vermerken.

(6) Die Rückzahlung von Einlagen und die Auszahlung von Zinsen darf nur gegen Vorlage des Sparkassenbuchs erfolgen.

(7) Wird die gesamte Spareinlage zurückgezahlt, so hat der Empfänger das Sparkassenbuch der Sparkasse zurückzugeben.

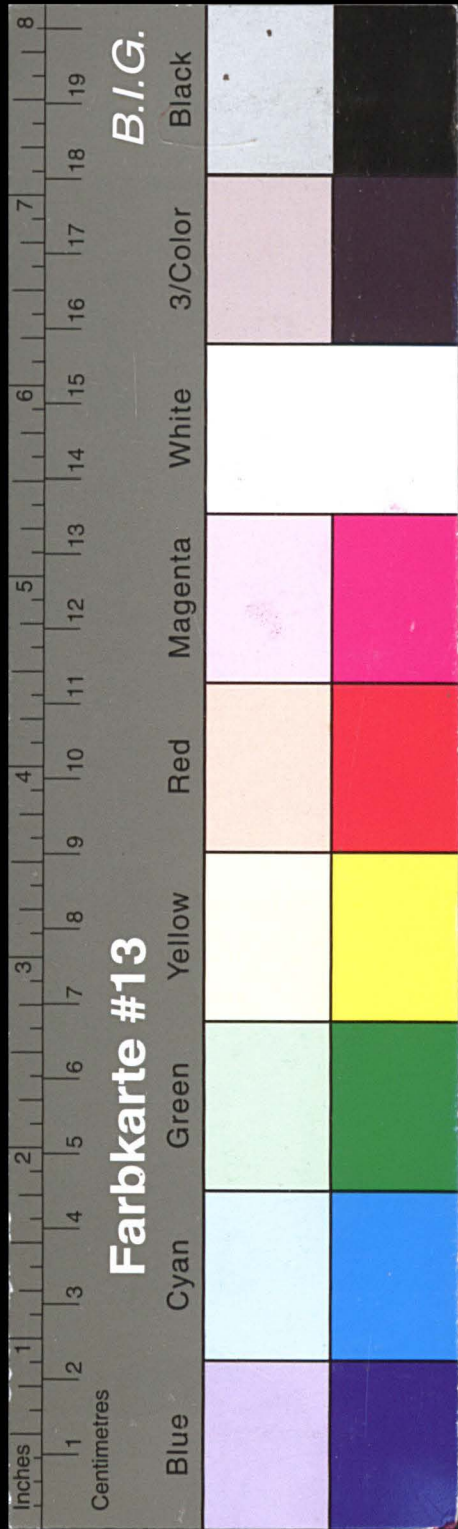
(8) Die Sparkasse ist berechtigt, die Vorlage des Sparbuches jederzeit zu verlangen.

§ 17.

Berechtigungsausweis. Sicherstellung der Berechtigten. Mündelgelder.

(1) Die Sparkasse ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, an jeden Vorleger des Sparkassenbuchs Zahlung zu leisten.

(2) Um unbefugte Abhebung der Spareinlagen zu verhindern, kann der Sparer bestimmen, daß die Sparkasse nur gegen Vorlegung eines besonderen Ausweises oder unter Beachtung einer anderen Sicherungsvereinbarung zahlt. Die Sparkasse kann dafür eine Gebühr erheben, die der Vorstand festsetzt.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

(3) Sparkassenbücher, auf die ein Vormund, ein Pfleger oder eine Mutter, der ein Beistand bestellt ist, nach § 1809 des Bürgerlichen Gesetzbuches Einzahlungen leistet, sind durch die Aufschrift „Mündelgeld“ kenntlich zu machen. In diesen Fällen darf das Kapital ganz oder teilweise nur mit Genehmigung des Gegenvormundes — Beistandes — oder des Vormundschaftsgerichtes und gegen Ausweis über die Person des Berechtigten ausgezahlt werden.

§ 18.

Sperrung von Sparkassenbüchern.

(1) Auf Antrag des Sparers kann die Sparkasse ein Sparkassenbuch bis zu einem bestimmten Zeitpunkt oder bis zum Eintritt eines bestimmten Ereignisses durch Eintragung eines Vermerks sperren; sie darf dann das Guthaben nur nach der Bestimmung dieses Vermerks auszahlen.

(2) Der Sperrvermerk wird unwirksam, wenn die Person stirbt, zu deren Gunsten der Vermerk eingetragen ist, wenn der bestimmte Zeitpunkt oder das erwartete Ereignis eintritt, oder wenn sich herausstellt, daß es nicht eintreten kann. Vorher darf die Sperre nur mit Genehmigung des Vorstandes aufgehoben werden.

(3) Der Sperrvermerk bezieht sich auf alle Einlagen und Zinsen, die nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind.

§ 19.

Übertragung von Spareinlagen.

Auf Verlangen überträgt die Sparkasse Spareinlagen an eine andere Sparkasse und übernimmt Einlagen von auswärtigen Sparkassen.

§ 20.

Verfahren bei Verlust, Fälschung oder Vernichtung von Sparkassenbüchern.

(1) Der Verlust oder die Vernichtung eines Sparkassenbuches ist unverzüglich der Sparkasse anzuzeigen.

(2) Wird die Vernichtung eines Sparkassenbuches dem Vorstand überzeugend nachgewiesen, so kann ein neues Sparkassenbuch ausgestellt werden.

(3) Wird die Vernichtung des Sparkassenbuches nicht überzeugend nachgewiesen, so hat der Vorstand das Sparkassenbuch auf Kosten des Sparers gerichtlich aufheben zu lassen.

(4) Wenn ein verlorenes Sparkassenbuch vor Durchführung des Aufgebotverfahrens durch einen Dritten vorgelegt wird, so hat die Sparkasse einen entsprechenden Vermerk einzutragen, darf aber an den Dritten keinerlei Zahlungen leisten, sofern sich nicht entweder der Sparer selbst damit ausdrücklich einverstanden erklärt oder eine vollstreckbare Entscheidung über die Person des Verfügungsberechtigten beigebracht wird.

(5) Entsteht Verdacht, daß unbefugte Änderungen des Sparkassenbuches erfolgt sind, so ist das Sparkassenbuch gegen Bescheinigung zurückzubehalten und die Entscheidung des Vorstandes einzuholen. Auf solche Sparkassenbücher werden für die Dauer der Zurückbehaltung weder Ein- noch Rückzahlungen zugelassen.

§ 21.

Sparsförderung.

Zur Förderung der Sparsätigkeit kann der Vorstand besondere Einrichtungen schaffen, wie: Schulspartassen, Fabrikspartassen, Vereinsspartassen, Sparmarken, Heimsparbüchern, Sparautomaten, Geschenksparbücher, Abholungsverfahren.

B. Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr.

§ 22.

(1) Die Sparkasse betreibt den Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr nach den ergangenen ministeriellen Anordnungen und nimmt in diesem Verkehr Einlagen, über die Sparbücher nicht ausgestellt werden („Sonstige Einlagen“), entgegen. Über diese Einlagen kann durch Scheck oder Giroüberweisung verfügt werden. Die Bestimmungen des § 15 Abs. 1 und Abs. 3, Satz 1 finden entsprechende Anwendung.

(2) Die Sparkasse hat in ihren Büchern und Bilanzen die „Sonstigen Einlagen“ (Ziffer 1) von den Spareinlagen getrennt auszuweisen.

(3) Die Kredite, die aus sonstigen Einlagen gewährt werden, müssen nach den für die Anlegung der Sparkassenbestände geltenden Bestimmungen (§§ 24 ff.) gedeckt und in der Regel fristlos kündbar sein.

(4) Bei der Anlegung sämtlicher im Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr der Sparkasse vorhandenen fremden Gelder dürfen, soweit diese Gelder nicht in bürfengängigen Papieren nach dem Tageskurs und in Wechseln Deckung finden, keine längeren Kündigungsfristen gewährt werden, als für die entsprechenden gegenüberstehenden Passiva gewährt sind.

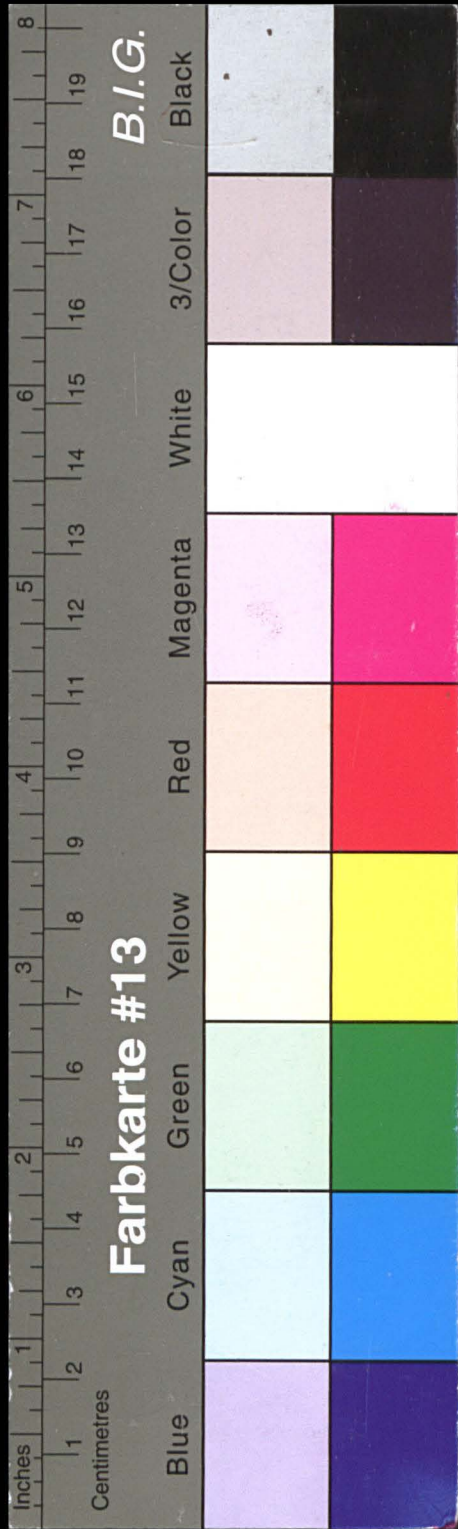
C. Sonstige Verpflichtungen.

§ 23.

(1) Darlehen, insbesondere solche zur Verstärkung der Betriebsmittel, dürfen nicht aufgenommen werden, abgesehen von besonderen Fällen, in denen die Aufsichtsbehörde die Genehmigung dazu erteilt. Lediglich zur Deckung eines vorübergehenden Geldbedarfs dürfen entsprechend kurzfristige Kredite bei den in § 33 bezeichneten Stellen auf Grund Vorstandsbeschlusses aufgenommen werden.

(2) Beteiligungen sind nur bei der zuständigen Girozentrale zulässig.

(3) Bürgschaften dürfen durch die Sparkasse nur gegen die für die Gewährung von Darlehen satzungsmäßig vorgeschriebenen Sicherheiten übernommen werden.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

D. Anlegung der Sparkassenbestände.

§ 24.

Allgemeines.

- (1) Die Bestände der Sparkasse dürfen nur angelegt werden:
1. in Realcredit durch Gewährung von Darlehen gegen Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden oder Schiffspfandrechte (§ 25),
 2. in Personalkredit an den Mittelstand und die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise durch Gewährung von
 - a) Darlehen gegen Faustpfand (§ 26),
 - b) Darlehen gegen Schuldschein, Bürgschaft oder Wechsel (§ 27),
 3. in Darlehen an Gemeinden oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften (§ 29),
 4. in Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit Ausnahme der Kredit- und Warengenossenschaften (§ 30),
 5. in Schuldverschreibungen auf den Inhaber (§ 31),
 6. in Erwerb ausstehender Geldforderungen (§ 32),
 7. bei Bankanstalten (§ 33),
 8. in eigenen Verwaltungsgebäuden sowie erforderlichenfalls in Grundstücken, die im Wege der Zwangsversteigerung erworben werden müssen.
- (2) Die Anlegung der Sparkassenbestände in Krediten zu Spekulationszwecken ist unzulässig.
- (3) Bei der Gewährung von Krediten sind sämtliche Verbindlichkeiten des Kreditnehmers gegenüber der Sparkasse, insbesondere auch solche aus Bürgschaften und Wechseln, zu berücksichtigen.

§ 25.

Darlehen gegen Hypothek, Grund- oder Rentenschuld (Realcredit) oder Schiffspfandrechte.

- (1) Darlehen können gegen Bestellung von Hypotheken- oder Grundschulden auf Grundstücke, die im Bezirk des Gewährverbandes oder in den angrenzenden Kreisen belegen sind, nach Maßgabe der von der obersten Aufsichtsbehörde erlassenen Beleihungsgrundsätze gewährt werden.
- (2) Darlehen können auch gegen Bestellung einer Rentenschuld an den erwähnten Grundstücken gegeben werden. Dabei gilt der jeweilige Ablösungswert der Rentenschuld als ihr Kapitalbetrag.
- (3) Soweit die Sicherheit auf dem Werte von Gebäuden beruht, ist die Beleihung nur zulässig, wenn und solange diese Gebäude bei einer öffentlichen Feuerversicherungsanstalt oder bei einer inländischen privaten Versicherungsgesellschaft bis zur vollen Höhe des durch Feuer zerstörbaren Wertes gegen Feuer versichert sind und, sofern nicht öffentliche Feuerversicherungsanstalten jagungsgemäß die erforderliche Sicherheit gewähren, ein Hypothekensicherungsschein beigebracht wird.

(4) Hypotheken und Grundschulden sollen in der Regel planmäßig getilgt werden.

(5) Unter den Voraussetzungen der §§ 18 ff. der Verordnung über das Erbbaurecht vom 15. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt S. 72) dürfen auch Erbbaurechte beliehen werden.

(6) Darlehen können ferner gegen Bestellung von Schiffspfandrechten an solche Schiffseigentümer gewährt werden, die im Bezirk des Gewährverbandes ihren Wohnsitz haben. Beleihungsfähig sind

- a) gut klassifizierte eiserne Schiffe bis zur Hälfte des jeweiligen Versicherungswertes,
- b) hölzerne Schiffe 1. Klasse bis zu einem Drittel des jeweiligen Versicherungswertes.

Ist der Versicherungswert höher als der Verkaufswert, so ist der gemeine Verkaufswert zugrunde zu legen. Zum Nachweis der Klassifizierung ist alljährlich vom Schuldner die Vorlage des Revisionscheines zu verlangen.

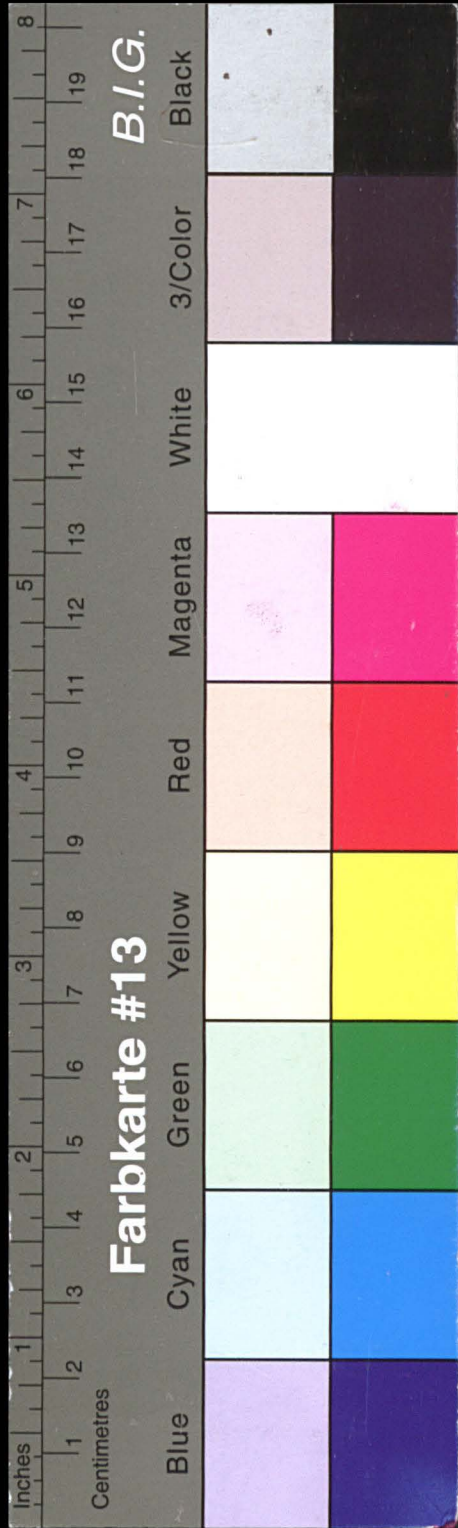
(7) Die Beleihung ist nur zulässig, wenn und solange die Schiffe bis zur vollen Höhe des Wertes bei einer inländischen oder im Inland zugelassenen ausländischen Schiffsversicherungsgesellschaft versichert sind. Der Darlehnsnehmer muß einen Pfandrechts-Sicherungsschein beschaffen, in welchem sich die Schiffsversicherungsgesellschaft verpflichtet, im Schadensfalle, sei es Total- oder Teilschaden, die Schadensvergütung an die Sparkasse zu entrichten oder ihre Beifugung wegen der Auszahlung abzuwarten. Die Schiffsversicherungsgesellschaft muß sich in dem Pfandrechts-Sicherungsschein ferner verpflichten, der Sparkasse mit Einschreibebrief sofort Mitteilung zu machen, falls die Versicherung infolge Kündigung oder Nichtzahlung der Prämie oder aus irgend einem anderen Grunde erlischt oder sich ändert oder wenn auch nur der versicherte Betrag herabgesetzt wird. Sie muß sich weiter verpflichten, die bestehende Versicherung noch vier Wochen, beginnend mit dem Tage der vorbezeichneten Anzeige, zugunsten der Sparkasse aufrecht zu erhalten.

(8) Die Darlehen sind unter besonderen Umständen, z. B. Havarie, Kondemnation o. ä. sofort fällig.

(9) Darlehen auf hölzerne Schiffe dürfen nur zeitlich mit kurzen Rückzahlungsterminen gewährt werden. Die auf eiserne Schiffe gegebenen Darlehen sind je nach dem Alter und der Verwendungsmöglichkeit des Schiffes mit mindestens 10 % jährlich zu tilgen.

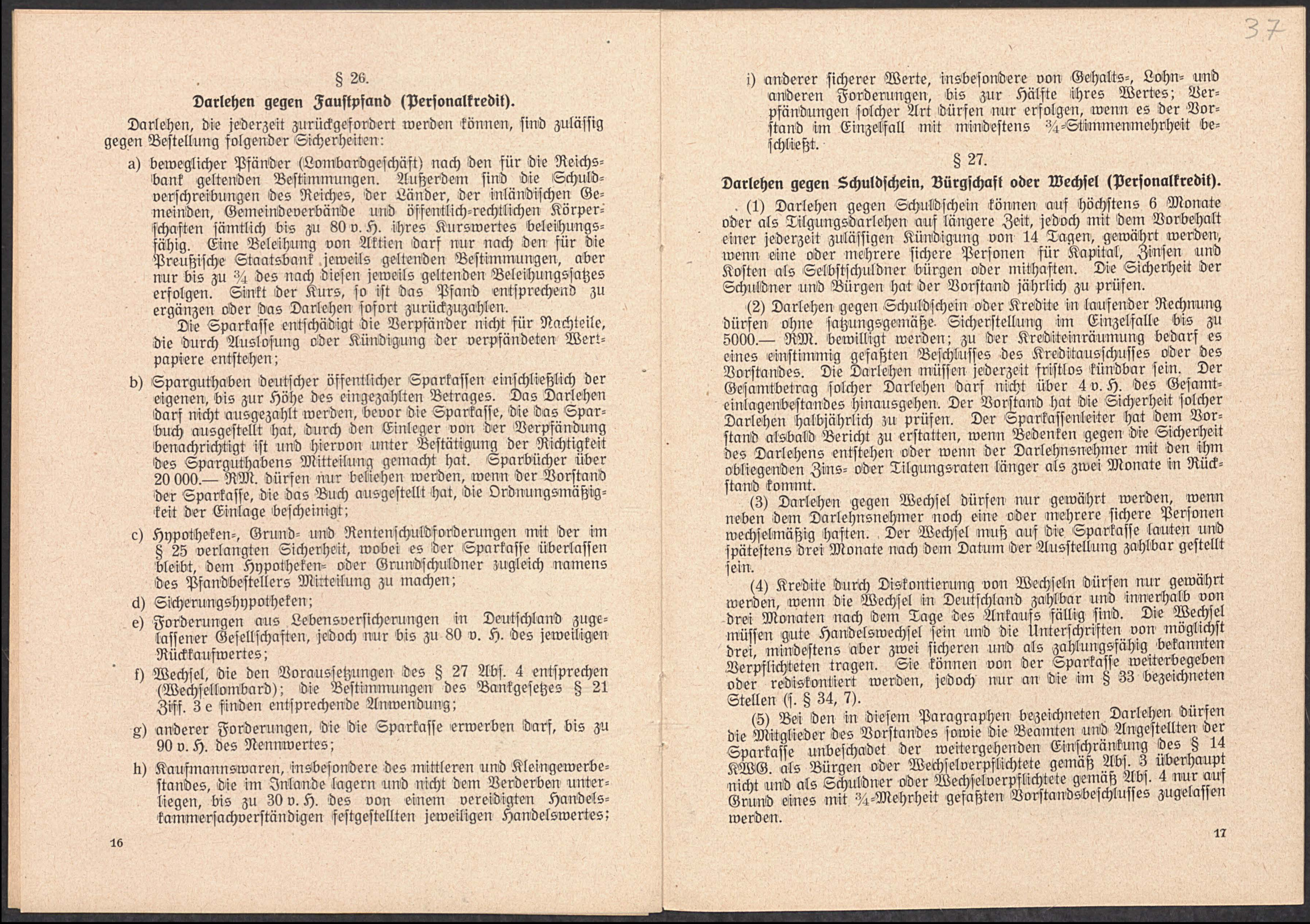
(10) Die Höhe eines Darlehns gegen Schiffspfandrecht darf den Betrag von RM. 10 000.—, bei Neubauten von RM. 25 000.— nicht übersteigen.

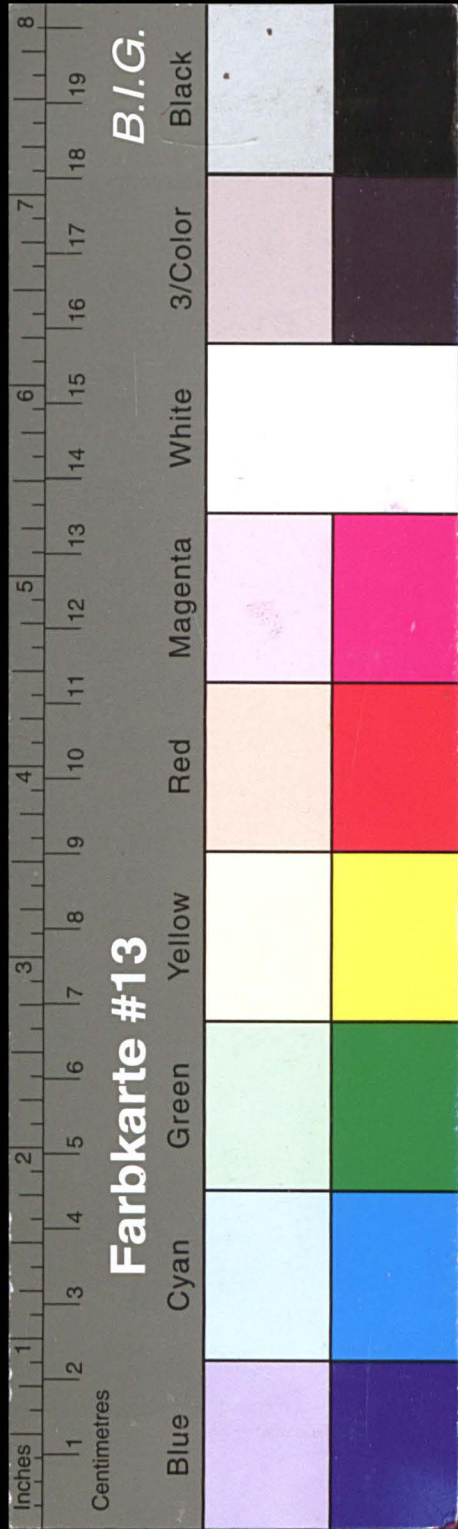
(11) In Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden oder Schiffspfandrechten dürfen nicht mehr als 50 v. H. der Spareinlagen angelegt werden.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

(6) Die in diesem Paragraphen bezeichneten Darlehen und Kredite dürfen nur an solche Personen gewährt werden, die im Bezirke des Gewährverbandes oder in den angrenzenden Kreisen ihren Wohnsitz haben.

§ 28.

Gemäß der im § 24 Abs. 1 Ziff. 2 getroffenen Abgrenzung des Kreises der Kreditnehmer darf einem einzelnen Kreditnehmer an Personalkrediten insgesamt nicht mehr als $\frac{1}{2}$ v. H. der gesamten Einlagen der Sparkasse gewährt werden. Diese Beschränkung gilt nicht, wenn die einem einzelnen Kreditnehmer gewährten Personalkredite insgesamt 20 000 RM. nicht übersteigen. Der einem einzelnen Kreditnehmer zu gewährende Personalkredit darf in keinem Falle den Betrag von 100 000.— RM. übersteigen.

§ 29.

Darlehen an Kommunalverbände oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften.

(1) An Gemeinden, Gemeindeverbände und andere leistungsfähige öffentlich-rechtliche Körperschaften im Deutschen Reich, insbesondere an öffentlich-rechtliche wasserwirtschaftliche Verbände und Bodenverbesserungsgenossenschaften, an die Gesamtheit der an einer Zusammenlegung von Grundstücken Beteiligten sowie an Kirchengemeinden und Gesamtschulverbände können Darlehen gewährt werden. Die Darlehen sollen in der Regel nur an Schuldner innerhalb der Provinz, in der die Sparkasse ihren Sitz hat, ausgegeben werden. Sofern diese Darlehen langfristig gewährt werden, ist eine regelmäßige Tilgung festzusetzen, eine förmliche Schuldburkunde auszustellen sowie die etwa erforderliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde nachzuweisen. In der gleichen Weise können Darlehen unter Bürgschaft des Reiches, eines deutschen Landes oder eines kommunalen Verbandes gewährt werden.

(2) Der Gesamtbetrag der gemäß Abs. 1 zu gewährenden Darlehen darf insgesamt 25 v. H. aller Einlagen nicht übersteigen; dabei werden, soweit es sich um Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände handelt, der Bestand an Inhaberanleihen solcher Darlehensnehmer sowie Bürgschaften und Wechselverpflichtungen, die zugunsten solcher Darlehensnehmer übernommen worden sind, eingerechnet. Die Darlehen dürfen höchstens zur Hälfte des im ganzen zulässigen Betrages langfristig sein.

§ 30.

Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

(1) Die Sparkasse kann Darlehen ohne besondere Sicherheit gewähren an Genossenschaften mit unbefränkter Haft- oder Nachschußpflicht bis zu 10 v. H. des Gesamtvermögens sämtlicher Genossen, an Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht bis zu 25 v. H. der Geschäftsguthaben der Genossen und der Reserven, jedoch nur

- 38
- an Betriebs- (Produktiv-) Genossenschaften, die im Bezirk des Gewährverbandes oder in den angrenzenden Kreisen bestehen und einem Prüfungsverband angeschlossen sind, nicht aber an Kredit- und Warengenossenschaften,
 - gegen Verpflichtung der Genossenschaften, jährlich die Bilanz, den Bericht über die Prüfung durch den Prüfungsverband und ein Verzeichnis der Mitglieder einzureichen, das die im Laufe des Jahres Ein- und Ausgetretenen namentlich aufführt,
 - auf kurze oder höchstens sechsmonatige Frist kündbar, bei längerer Frist gegen Tilgungszwang.

(2) Die Gesamthöhe der ohne besondere Sicherheit an Genossenschaften gewährten Darlehen darf höchstens 10 v. H. des gesamten Einlagenbestandes betragen.

(3) Wird ein solches Darlehen einer Genossenschaft gewährt, die durch eine Verbandskasse an die Deutsche Zentralgenossenschaftskasse angeschlossen ist, so ist dies dem Direktorium dieser Kasse unter Angabe der bewilligten Darlehenssumme mitzuteilen.

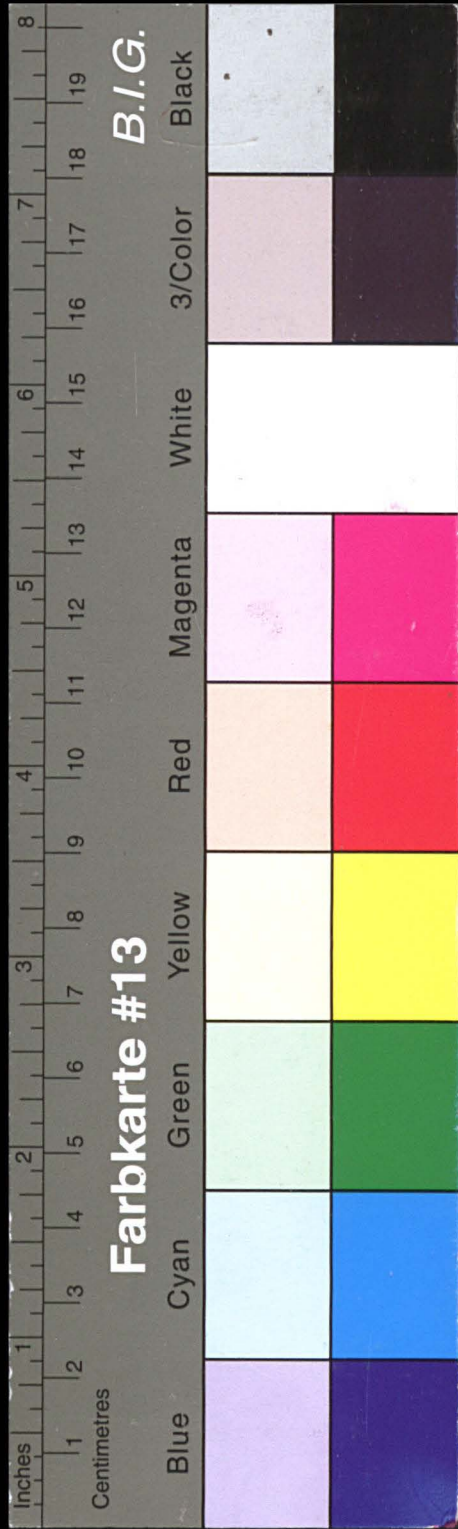
(4) Der Vorstand der Sparkasse hat mindestens jährlich die Vermögenslage der beliehenen Genossenschaften eingehend zu prüfen.

§ 31.

Anlegung in Schuldverschreibungen auf den Inhaber.

Die Bestände der Sparkasse und der Sicherheitsrücklage können in folgenden Schuldverschreibungen auf den Inhaber angelegt werden, soweit diese nach den gesetzlichen Vorschriften mündelsicher sind:

- in Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schaßanweisungen des Deutschen Reichs oder eines deutschen Landes;
- in Schuldverschreibungen auf den Inhaber, deren Verzinsung das Deutsche Reich oder ein deutsches Land gewährleistet;
- in Rentenbriefen der Deutschen Landesrentenbank;
- in Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die von einer deutschen kommunalen Körperschaft, einem Spartassen- oder Giroverband oder deren Kreditanstalten ausgestellt sind, innerhalb der durch § 29 Abs. 2 gezogenen Grenze;
- in Pfandbriefen und sonstigen Schuldverschreibungen der Preussischen Landespfandbriefanstalt sowie in Pfandbriefen oder gleichartigen Schuldverschreibungen, die eine deutsche öffentliche und infolge staatlicher Verleihung rechtsfähige Kreditanstalt vereinter Grundbesitzer oder eine preussische provincial-(kommunal-) ständische öffentliche Grundkreditanstalt mit staatlicher Genehmigung ausgegeben hat;
- in Inhaberschuldverschreibungen einer deutschen Hypothekenaktienbank auf Darlehen an deutsche Körperschaften des öffentlichen Rechts oder auf Darlehen, für die eine solche Körperschaft die Gewähr leistet.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

über Art und Mindestbetrag der anzuschaffenden Schuldverschreibungen gelten die Bestimmungen des Gesetzes vom 23. 12. 1912 (Gesetzsammlung 1913 S. 3).

§ 32.

Die Sparkasse ist befugt, Geldforderungen aus dem Verkaufe oder der Versteigerung von Grundstücken oder Gebäuden, die im Bezirk des Gewährverbandes oder in den angrenzenden Kreisen belegen sind, zu erwerben, vorausgesetzt, daß eine den Bestimmungen der §§ 25—27 entsprechende Sicherheit gewährt wird.

§ 33.

Anlegung von Beständen.

Die Sparkasse kann verfügbare Gelder bei deutschen öffentlich-rechtlichen Bankanstalten, insbesondere bei der zuständigen Girozentrale oder bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung), ausnahmsweise auch bei solchen Privatbanken anlegen, die die Aufsichtsbehörde nach Anhörung des zuständigen Sparkassenverbandes zuläßt, oder sie zum Ankauf solcher Wechsel verwenden, die an der Börse oder im offenen Markt als Privatdiskonten gehandelt werden. Die Wechsel müssen spätestens nach drei Monaten fällig sein.

E. Sonstige Geschäfte.

§ 34.

Die Sparkasse ist befugt, die folgenden sonstigen Geschäfte zu betreiben:

1. An- und Verkauf von Wertpapieren für fremde Rechnung. Beim Kauf muß eine fahungsmäßig ausreichende Deckung vorhanden sein, beim Verkauf müssen die Verkaufswerte vorher geliefert sein. Vom An- und Verkauf ausgeschlossen sind solche Wertpapiere, die an den deutschen Börsen nicht notiert werden; (von Wertpapieren, die zwar dort nicht notiert, aber gehandelt werden, darf die Sparkasse nur Anleihen öffentlich-rechtlicher Verbände, Schuldverschreibungen und junge Aktien bewährter und sicherer Unternehmungen sowie ähnliche Papiere, die nicht offensichtlich Spekulationspapiere sind, für ihre Kunden an- und verkaufen.)

Soweit die Sparkasse für An- und Verkauf von Wertpapieren und ihre Aufbewahrung keine eigenen Einrichtungen besitzt, benutzt sie dazu öffentliche Bankanstalten oder solche Privatbanken, die der Sparkassenvorstand nach Anhörung des zuständigen Sparkassenverbandes mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde dafür zuläßt.

2. An- und Verkauf von Devisen und Sorten für fremde Rechnung. Die Bestimmungen in Ziffer 1 gelten entsprechend.

3. Vermahrung und Verwaltung von Wertpapieren unter den vom Vorstand festzusetzenden Bedingungen.
4. Vermietung von Schrankfächern und Aufbewahrung von verschlossenen Depots.
5. Ein- und Auszahlungsverkehr sowie Einziehung von Forderungen.
6. Aufnahme von Hypothekennurkunden und Frachtbriefen (sowie von sonstigen Dokumenten).
7. Weiterbegebung von Wechseln, die den Bestimmungen des § 27 Abs. 4 oder § 33 entsprechen, jedoch nur an die im § 33 bezeichneten Stellen; Ausstellung und Akzeptierung von Wechseln ist unzulässig.

(Während der Dauer des Bestehens der Devisengesetzgebung dürfen an ausländischen Plätzen zahlbare Wechsel und Schecks, die von der Sparkasse in ihrer Eigenschaft als Devisenbank angekauft sind, an die Reichsbank weiterbegeben werden.)

8. Abschluß von Verträgen über eine Arbeitsgemeinschaft mit Verbänden öffentlich-rechtlicher Versicherungsanstalten im Deutschen Reich oder mit Provinzialversicherungsanstalten, insbesondere über Annahme von Anträgen und Einziehung von Beiträgen und sonstigen Leistungen.
9. Weiterleitung von Darlehen, die von öffentlichen Körperschaften oder deren Kreditanstalten zu bestimmten Zwecken zur Verfügung gestellt werden, zu den von diesen vorgesehenen Bedingungen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

IV. Liquidität.

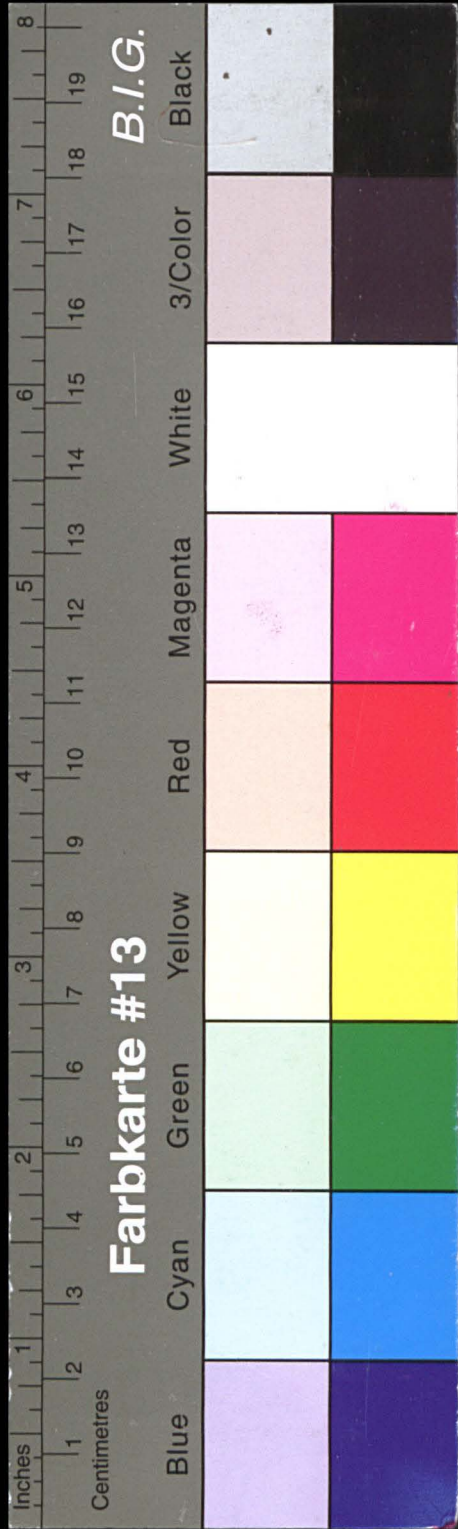
§ 35.

Anlegung in flüssigen Werten.

(1) Die Sparkasse hat 30 v. H. der Spareinlagen und 50 v. H. der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten anzulegen. Dabei sind mindestens 10 v. H. der Spareinlagen und mindestens 20 v. H. der sonstigen Einlagen als Liquiditätsreserve zu unterhalten, davon 65 v. H. bei der zuständigen Girozentrale und 35 v. H. wahlweise bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) oder bei der zuständigen Girozentrale. Auf das Liquiditätsguthaben ist bis zur Hälfte anrechenbar der Bestand an Wertpapieren, den der Reichswirtschaftsminister bestimmt.

(2) Als flüssige Werte gelten außer der in Abs. 1 Satz 2 genannten Liquiditätsreserve bei der Girozentrale und der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) noch

- a) Kassenbestand, Guthaben bei der Reichsbank, bei der Staatsbank oder auf Postcheckkonto;
- b) zum Privatdiskont an der Börse gehandelte Wechsel, § 33;



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- c) vorübergehende Anlagen bei öffentlich-rechtlichen Bankanstalten sowie bei Privatbanken gemäß § 33;
- d) Wechsel gemäß § 27 Abs. 4;
- e) Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die von der Reichsbank oder einer anderen öffentlich-rechtlichen Bank zum Lombardverkehr zugelassen sind;
- f) jederzeit kündbare Faustpfanddarlehen, soweit sie nach § 26 Abs. 1 a und b gesichert sind.

Die unter a bis e aufgeführten Anlagen müssen in angemessenem Verhältnis zueinander stehen; die unter f aufgeführten Anlagen dürfen nicht mehr als ein Zehntel sämtlicher übriger Liquiditätsanlagen betragen.

(3) Solange die Liquiditätsreserve nicht die im Abs. 1 bezeichnete Mindesthöhe erreicht hat, hat die Sparkasse mindestens 50 v. H. der jeweils verfügbaren Mittel der Liquiditätsreserve zuzuführen.

V. Überschüsse.

§ 36.

Verwendung der Überschüsse.

(1) Aus den Überschüssen, die sich bei der Rechnungslegung ergeben, wird eine Sicherheitsrücklage gebildet.

(2) Buchmäßige Kursgewinne sind nicht den Überschüssen zuzurechnen, sondern der vorhandenen oder einer neu anzulegenden Kursrücklage zuzuführen, bis sie die Höhe von 5 v. H. des Einlagenbestandes erreicht hat. Aus der Kursrücklage sind künftige Kursverluste vorzugsweise zu decken.

(3) Solange die Sicherheitsrücklage weniger als 10 v. H. der gesamten Einlagen der Sparkasse beträgt, müssen die Überschüsse (Abs. 1) in den Fällen des § 14 Abs. 1 Buchst. a der Verordnung über die Sparkassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 20. Juli / 4. August 1932 in der Fassung der Verordnung vom 30. Oktober 1937 (GS. S. 105) zu drei Vierteln und in den Fällen des § 14 Abs. 1 Buchst. b und Abs. 2 Buchst. a der genannten Verordnung zur Hälfte zur Verstärkung der Sicherheitsrücklage verwendet werden; von dem restlichen Teil der Überschüsse sind 70 % an den Kreis und 30 % an die Stadt Eckernförde zur Verwendung für öffentliche, mit dem gemeinnützigen Charakter der Sparkasse im Einklang stehende Zwecke abzuführen, soweit sie nicht ebenfalls zur Verstärkung der Sicherheitsrücklage verwendet werden. Wenn die Sicherheitsrücklage 10 v. H. der gesamten Einlagen der Sparkasse oder mehr beträgt, muß mindestens die Hälfte der Überschüsse und hiervon wiederum 70 % an den Kreis und 30 % an die Stadt Eckernförde für die in Satz 1 genannten öffentlichen Zwecke abgeführt werden.

(4) Eine Verwendung der Überschüsse zu anderen Zwecken als zur Verstärkung der Sicherheitsrücklage oder zur Abführung an den Gewährverband und die Stadt Eckernförde ist unzulässig.

VI. Schlußbestimmungen.

§ 37.

Bekanntmachungen.

Die Bekanntmachungen der Sparkasse werden durch das Kreisblatt des Kreises Eckernförde veröffentlicht, soweit nicht nach dieser Satzung Aushang im Rassenraum genügt.

§ 38.

Satzungsänderungen.

(1) Der Vorstand der Sparkasse kann diese Satzung mit Genehmigung des Regierungspräsidenten ändern.

(2) Jede Änderung ist für die Sparer nach Ablauf von zwei Wochen nach der öffentlichen Bekanntmachung verbindlich. In der öffentlichen Bekanntmachung kann darauf verwiesen werden, daß die geänderten Bestimmungen im Rassenraum der Sparkasse aushängen.

§ 39.

Auflösung der Sparkasse.

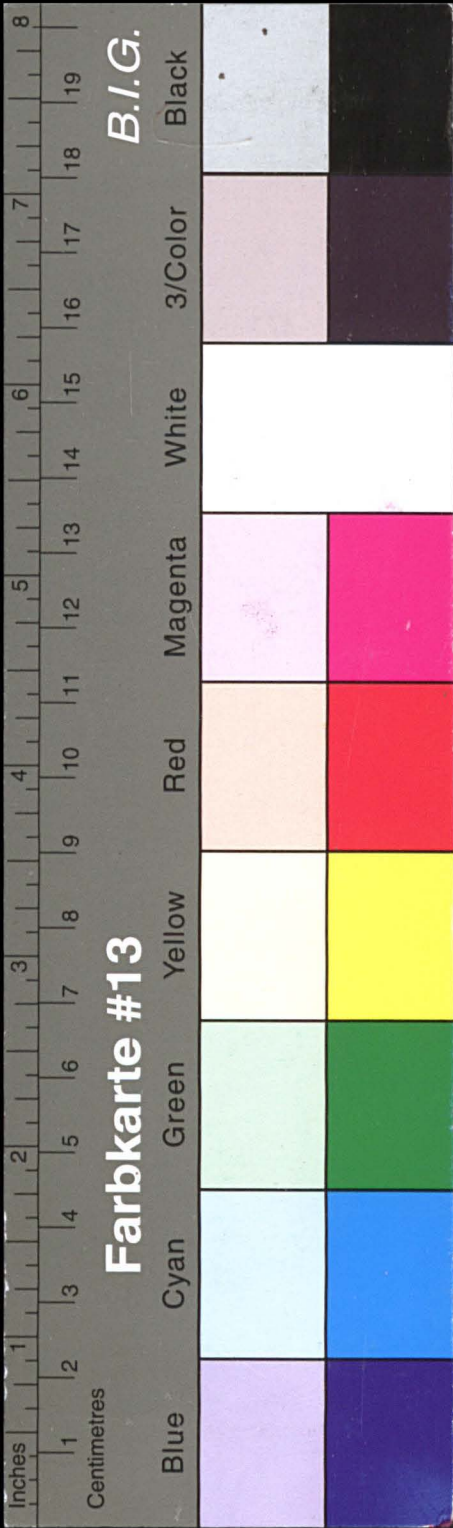
(1) Die Auflösung der Sparkasse kann vom Vorstand der Sparkasse mit Genehmigung des Regierungspräsidenten beschlossen werden.

(2) Der Vorstand hat die Auflösung dreimal mit Zwischenfristen von je vier Wochen öffentlich bekanntzumachen und zugleich die Guthaben zu einem mindestens drei Monate nach der ersten Bekanntmachung liegenden Zeitpunkt zu kündigen.

(3) Guthaben, die bei Ablauf der Frist nicht zurückgenommen sind, werden nicht weiter verzinst. Der zur Befriedigung der Gläubiger erforderliche Teil des Sparkassenvermögens ist zu hinterlegen. Forderungen, die 30 Jahre nach der Hinterlegung nicht geltend gemacht worden sind, verfallen zugunsten des Gewährverbandes.

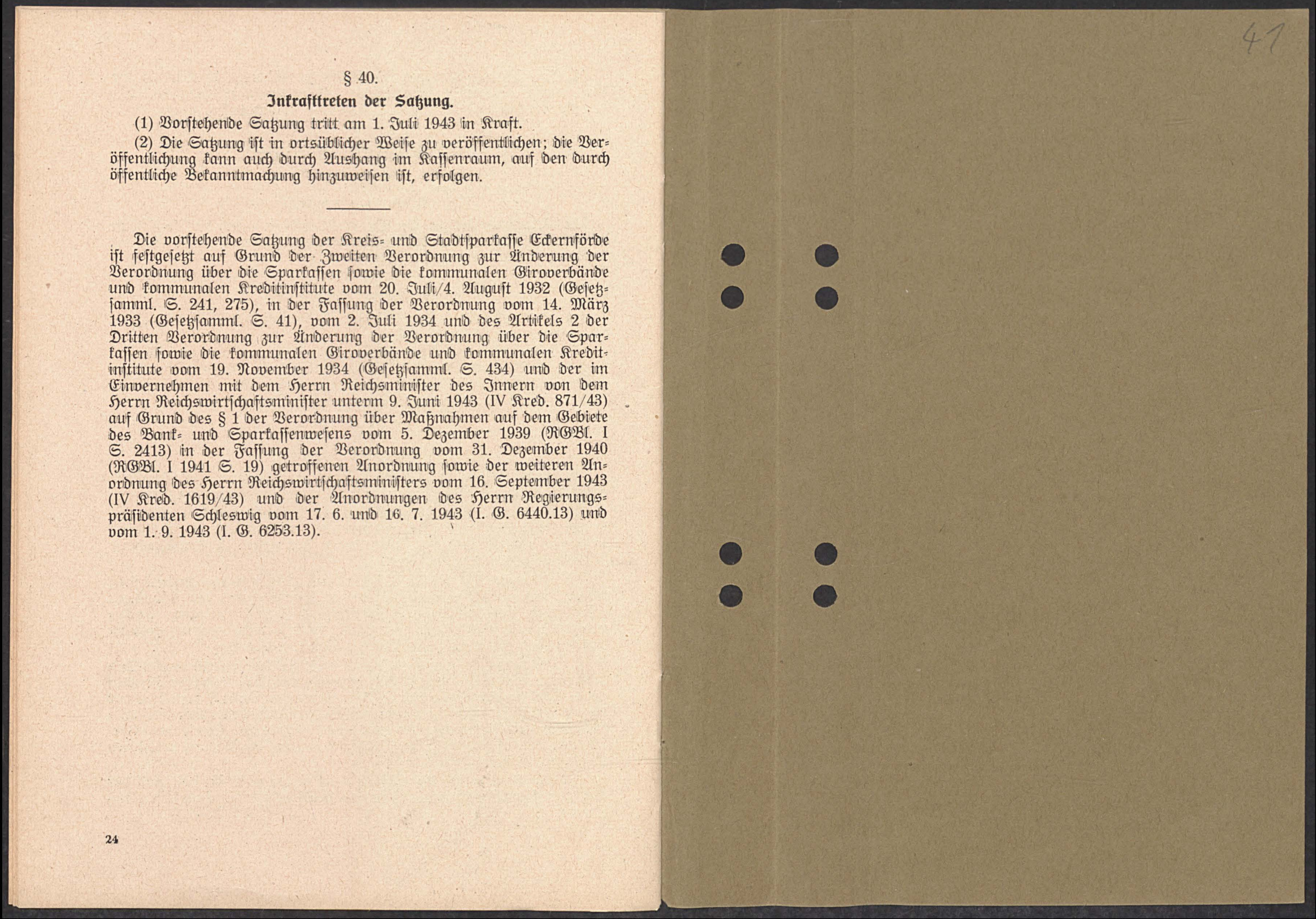
(4) Das nach Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen der Sparkasse ist mit Genehmigung des Regierungspräsidenten zu 70 v. H. an den Kreis und zu 30 v. H. an die Stadt Eckernförde zur Verwendung für nicht zu deren gesetzlichen Aufgaben gehörende ausschließlich gemeinnützige oder mildtätige Zwecke im Sinne der Vorschriften der Steuer Gesetze und der zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen abzuführen.

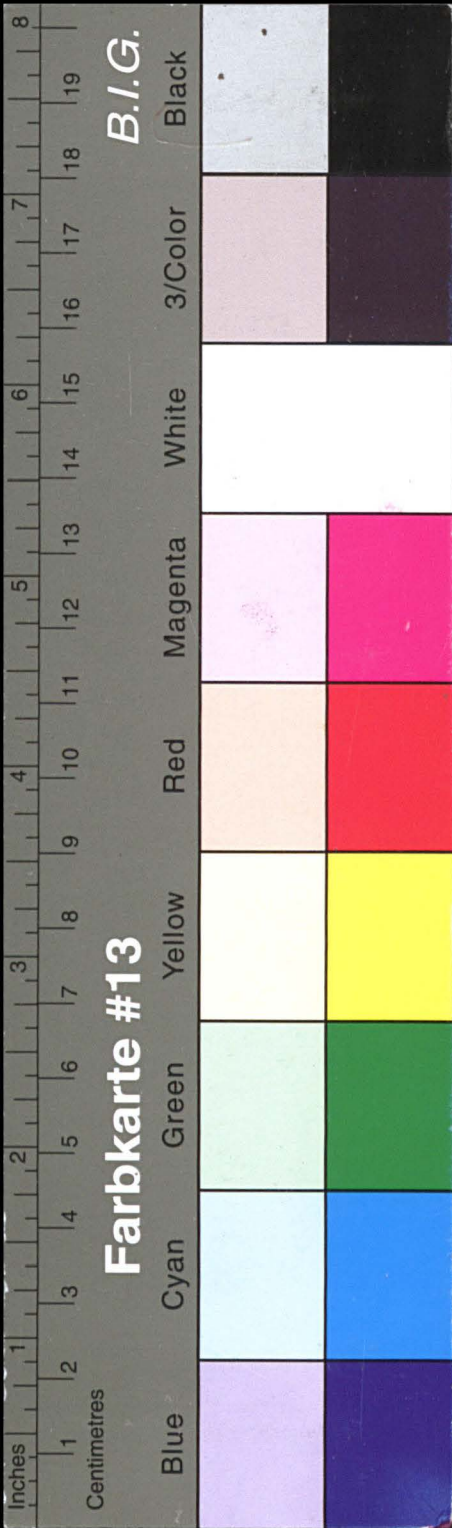
(5) Die Vorschriften der Ziffern 2—4 gelten nicht für den Fall der Gesamtrechtsnachfolge, wenn eine andere Sparkasse die Sparkasse übernimmt.



Kreisarchiv Stormarn E103

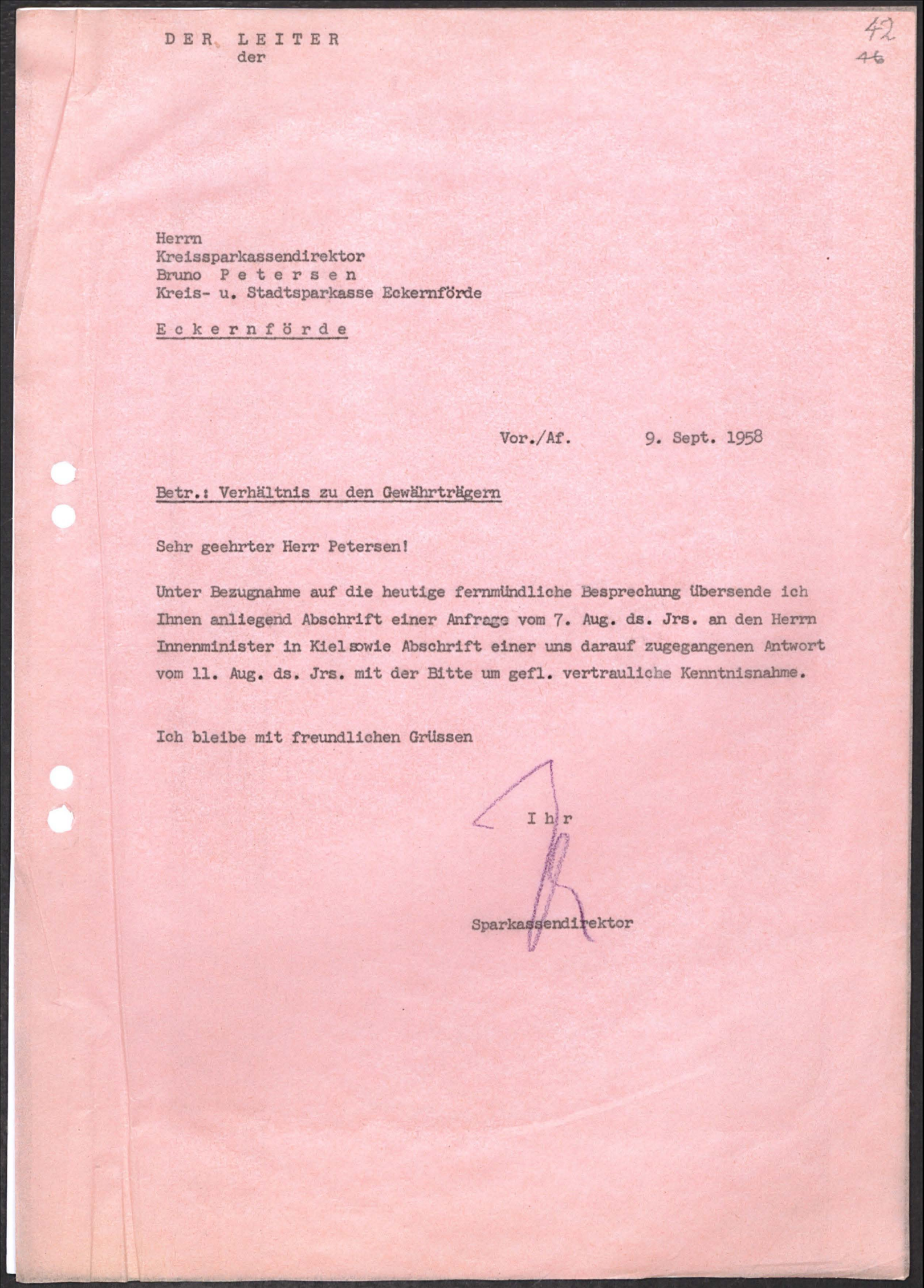
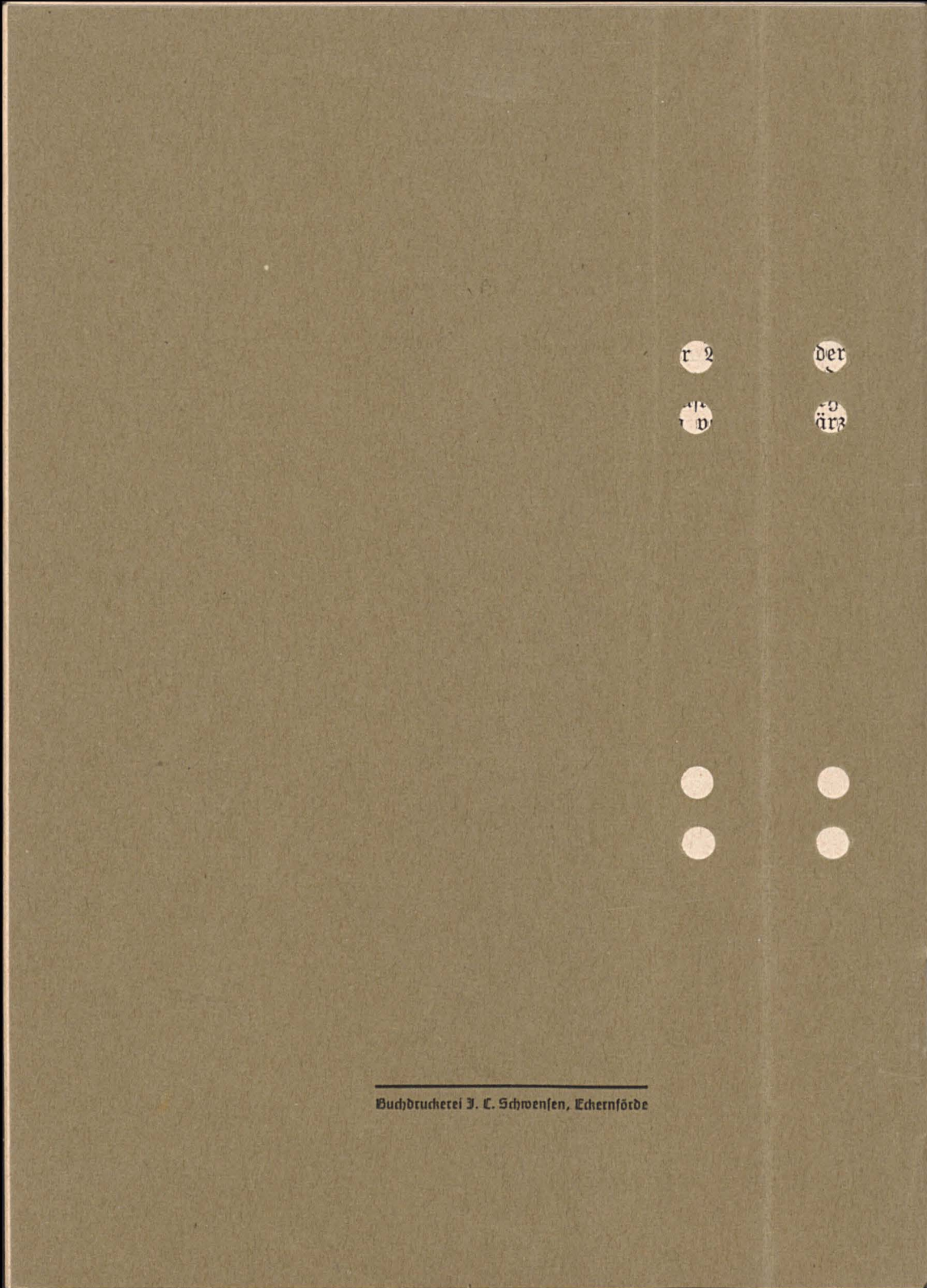
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

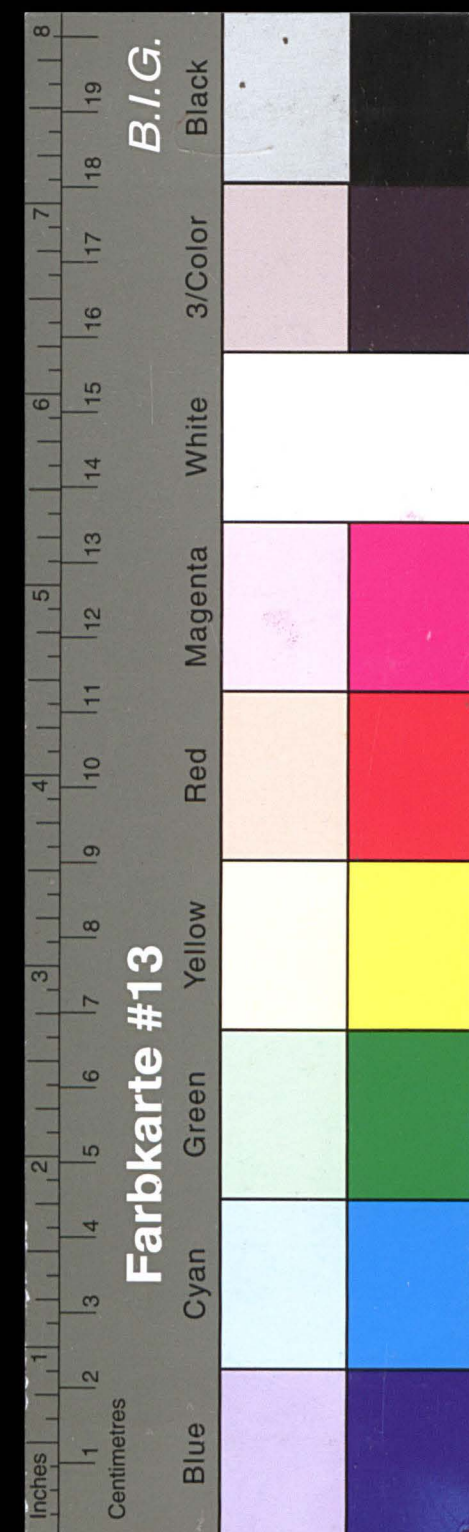




Kreisarchiv Stormarn E103

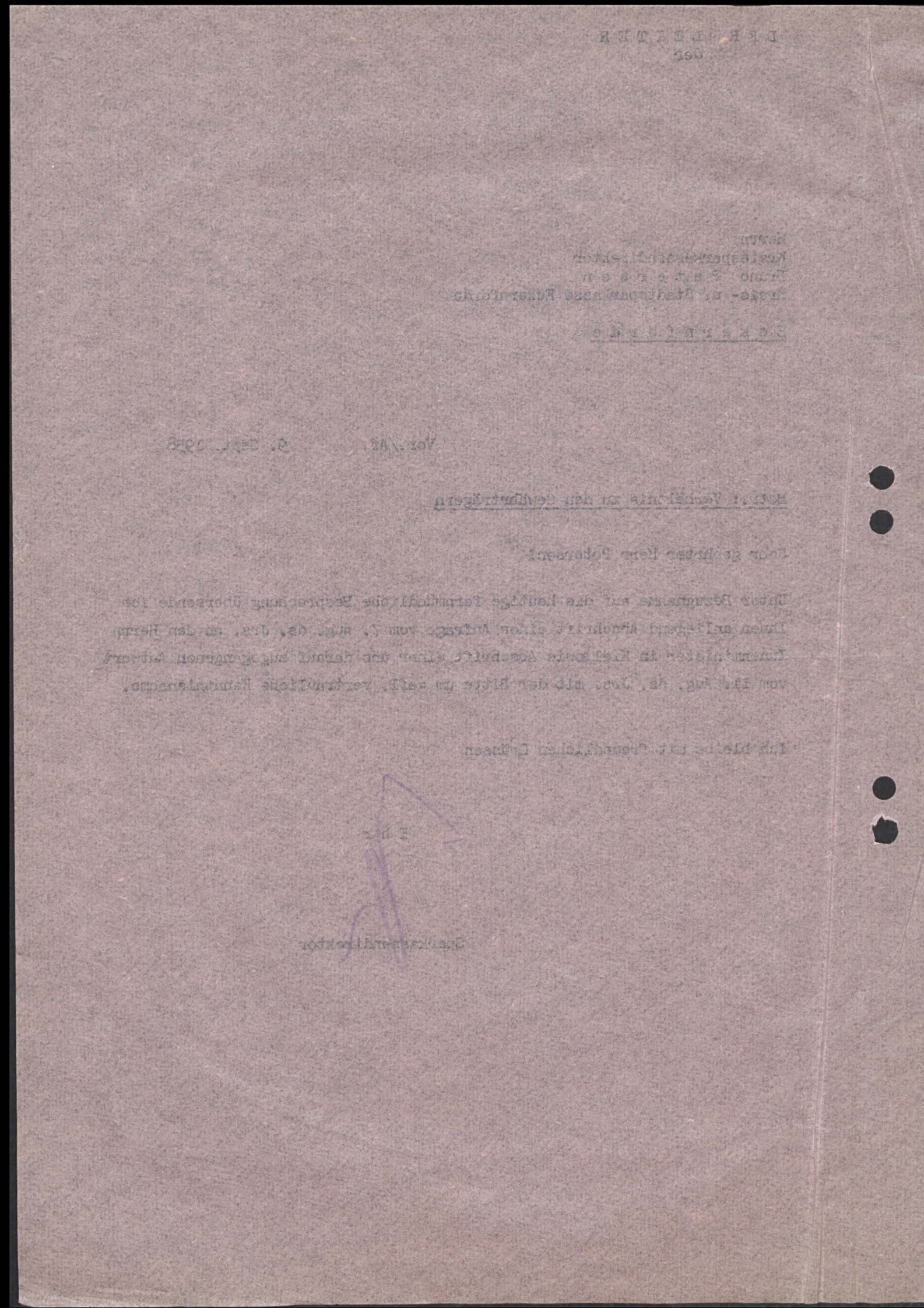
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552






Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



43
17

 **Stadt Bad Oldesloe** *Monby 1524*
Der Bürgermeister. in Schleswig-Holstein

Herrn
Sparkassendirektor Sander

Bad Oldesloe.
+++++

Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens: Geschäftszeichen und Tag unseres Schreibens:
28. Dezember 1943.

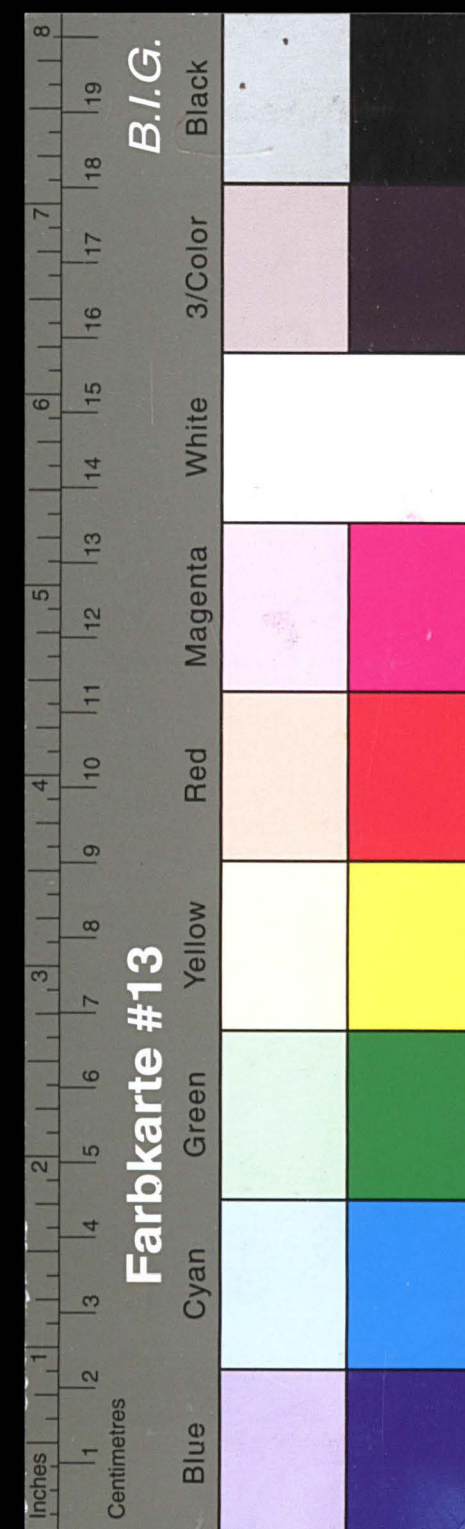
Betrifft: Entwurf des Auseinandersetzungsvertrages zwischen Kreis
Stormarn und Stadt Bad Oldesloe.

Ich habe den mir vorgelegten Entwurf durchge-
sehen und gehe im wesentlichen mit dem Entwurf überein. Die we-
sentlichste Frage ist die in II zu § 2 angeschnittene über die
Haftung und Gewinnbeteiligung des Kreises und der Stadt. M.E. kann
das gegenwärtige Bilanzverhältnis auf Seiten des Kreises nicht
ohne weiteres zugrunde gelegt werden, da dies für die Zukunft ein
völlig schiefes Bild ergeben würde. Wenn die Kreissparkasse aus
Hamburg-Wandsbek zurückgezogen wird, so wird sich zwangsläufig
eine Änderung ihrer Bilanz und auch ihres Spareinlagenbestandes
ergeben. Auch die wesentliche Zerstörung von Wandsbek wird mit
dazu beitragen, daß die bisherige Bilanzsumme und auch der Einla-
genbestand kaum gehalten werden können. Ich kann mir auch nicht
denken, daß die geplante Übernahme von Glashütte, Trittau und
Bargteheide einen entsprechenden Ausgleich bringen wird. Es müßte
also billigerweise versucht werden, hier ein Prozentverhältnis
herauszustellen, das einigermaßen günstig für die Stadt ist und
den wirklichen Verhältnissen Rechnung trägt. (Einige kleine redak-
tionelle Änderungen werden sich in dem Vertrag notwendig machen.

So wird an verschiedenen Stellen von der
Stadtgemeinde Wandsbek gesprochen. Wandsbek existiert als selbst-
ständige Stadtgemeinde ja nicht mehr; man könnte also hierfür nur
Hamburg-Wandsbek setzen, wenn man sich nicht überhaupt mit dem
Begriff "Hansestadt Hamburg" begnügen will (vergl. zu § 27, 32
usw.).

Zu

— Anlagen	Drahtwort Magistrat Bad Oldesloe	Fernruf 241 u. 242	Geldverkehr Stadtkasse Bad Oldesloe	Postscheck Hamburg 12737	Bankkonto Spar- und Leihkasse Bad Oldesloe
-----------	--	--------------------------	---	--------------------------------	--



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Zu § 36 Absatz 3 ist der letzte Absatz für uns recht zweischneidig und bedarf der Änderung. Wenn der bisherige Wortlaut "Die restlichen Teile der Überschüsse sind an die Gewährverbände zur Verwendung für öffentliche, mit dem gemeinnützigen Charakter der Sparkasse im Einklang stehende Zwecke abzuführen, soweit sie nicht ebenfalls zur Verstärkung der Sicherheitsrücklage verwandt werden" beibehalten wird, so besteht hiermit die Möglichkeit, die Stadt von einer Gewinnbeteiligung durch einen einfachen Sparkassenvorstandsbeschluß auszuschließen. Es könnte dann einfach verfügt werden, daß die Überschüsse zur Verstärkung der Sicherheitsrücklage verwandt werden und die Stadt würde keine Möglichkeit haben, auf den Überschuß Anspruch zu erwerben. Der Satz "soweit sie nicht ebenfalls zur Verstärkung der Sicherheitsrücklage verwandt werden" müßte daher in Wegfall kommen.

Zu § 39 Absatz 1 muß es heißen "Fühlungnahme", zu § 39 Absatz 4 "ihrer gesetzlichen Aufgabe" (nicht Übergabe).

Zu § 36 Absatz 4 scheint mir die Lösung für die Beibehaltung des Sparkassenvereins ganz glücklich gewählt zu sein. Man würde hier auf etwa 5 - 6 % wohl kommen müssen.

Sollte über die geplante Überleitung etwas Neues bekannt werden, so bitte ich, mich unverzüglich zu verständigen.

Heil Hitler!

1. Anlage.

Mithling

Der Bürgermeister
Dr. K/Wi.

Bad Oldesloe, den 10.3.1944

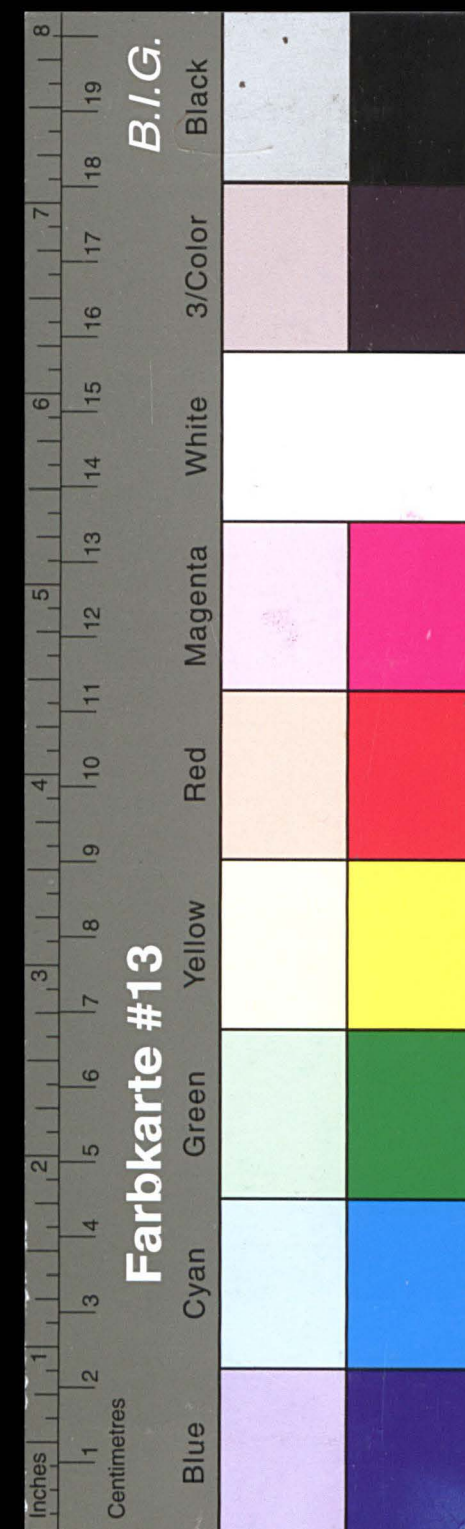
1.

Vermerk

Am 1.3.44 habe ich in Kiel mit Landes-Oberverwaltungsrat Dr. M ü t h l i n g und später auch mit dem Vorsteher des Sparkassen-Giro-Verbandes, Regierungsrat a.D. Dr. L a u x, über den Stand unserer Sparkassenangelegenheit gesprochen. Ich erfuhr dabei, daß beabsichtigt ist, in der Zeit vom 21.-23. März 1944, unter Vorsitz des Ministerialrats Dr. R o s b o r g vom Reichswirtschaftsministerium und unter Heranziehung des Ministerialrats H e i n r i c h vom Innenministerium, eine Besprechung in Bad-Oldesloe über die schwebenden Sparkassenfragen des Kreises Stormarn stattfinden zu lassen. An dieser Besprechung sollen teilnehmen: Landeshauptmann Dr. S c h o w, Landes-Oberverwaltungsrat Dr. M ü t h l i n g, Verbandsvorsteher Dr. L a u x, k.-Landrat C a r l s Dir. S a n d e r und ich. Wahrscheinlich wird die Besprechung am 21. oder 22. März in Bad Oldesloe abgehalten werden.

Es bestand sowohl bei Herrn Dr. Mithling als bei Herrn Regierungsrat Dr. Laux Klarheit darüber, daß, nachdem der Sitz der Kreissparkasse nach Bad Oldesloe verlegt werden soll, eine Vereinigung zwischen Kreis- und Stadtparkasse unvermeidbar geworden ist. Ich habe erklärt, daß ich dieser Vereinigung auch keinen Widerstand entgegensetzen würde, da es sinnlos sei, eine Konkurrenz der beiden Unternehmen am selben Platz zu entfesseln. Ferner habe ich die Frage behandelt, in welcher Form die Auseinandersetzung durchgeführt werden soll. Darüber bestand Unklarheit. Oberverwaltungsrat Mithling glaubte, daß man uns sicher einigermaßen entgegenkommen würde und der von mir gegebenen Vorschlag einer Vereinigung zu einer kombinierten Kreis-Stadtparkasse wohl als tragbar angesehen werde. Er meinte, daß wir darüber hinaus sicher auch noch Entschädigung bekommen könnten für das Gebäude, die Maschinen usw.

Regierungsrat Dr. Laux widersprach aus zwingenden Gründen dieser letzteren Ansicht. Er hält allerdings unseren Vorschlag auf Bildung einer Kreis-Stadtparkasse für durchaus richtig. Es komme dann nur noch darauf an, ein möglichst günstiges Beteiligungsverhältnis herzustellen. Außerdem werde auch er unseren Wunsch auf Beibehaltung des Sparkassenvereins nachhaltig unterstützen. vertraulich teilte er mir auch mit, daß er bereits diese beiden Gedankengänge der Regierung gegenüber vertreten und auch dem Landeshauptmann eine solche Lösung empfohlen habe.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Am 9.3.44 wurde mit Regierungsrat Dr. L a u x in der Sparkasse hier noch einmal eingehend der gesamte Fragenkomplex durchgesprochen. Er verwies auf den Auseinandersetzungsvertrag von Kreis und Stadt Eckernförde, zu dem er uns, zu getreuen Händen, die Unterlagen vorlegte. Noch einmal wurde festgestellt, daß ein Nebeneinanderbestehen der Beiden Institute in Bad Oldesloe völlig unmöglich sei. Für die Stadt müsse es nunmehr möglichst darauf ankommen, den größtmöglichen Vorteil heraus zu wirtschaften, um bei der Auseinandersetzung nicht allzu ungünstig abzuschneiden. Im großen und ganzen seien derartige Auseinandersetzungen sehr ungünstig für die beteiligten Städte ausgefallen. Unser Vorschlag auf Errichtung einer vereinigten Kreis-Stadtparkasse sei die beste Lösung, die für Oldesloe gefunden werden könne. Wenn auch der Kreis Stormarn zustimme, sei dies für die weitere Beurteilung der Frage durch die höheren Stellen sehr wesentlich. Fraglich sei für die Auseinandersetzung, welches Beteiligungsverhältnis man annehmen wolle. Gehe man von den Bilanzsummen aus, so ergäbe sich hieraus 127 Millionen Kreissparkasse zu 26 Millionen Bad Oldesloe, also ein Maßstab 1 zu 6, gehe man dagegen von den Reserven 3,2 Millionen Kreissparkasse zu 948 Tausend Bad Oldesloe aus, so verschiebe sich das Bild sehr wesentlich zu Gunsten der Stadt. Es würde dann ein Beteiligungsverhältnis von 1 zu 3 herauskommen. Das bedeute aber auch, daß die Stadt mit 25 %, der Kreis mit 75 % im Innerverhältnis als Gewährträger haften. Mit Rücksicht darauf, daß einschneidende Veränderungen sicherlich bezüglich der im Hamburgischen Gebiet belegenen Filialen der Kreissparkasse eintreten würden und sich dadurch die Bilanzsumme sehr wesentlich ändern werde, daß ferner aber auch die Übernahme von Trittau und Bargtheide mit zusammen 26 Millionen von der Kreissparkasse beabsichtigt sei, seien die Bilanzzahlen sehr unsicher und das Ausgehen von den Reserven gerechtfertigt. Unter Vorschlag der Beteiligung 25 zu 75 % wurde von Herrn Dr. Laux für richtig gehalten.

Weiter war auch die Verankerung des Sparkassenvereins Gegenstand ausführlicher Erörterungen. Die gesamte Rechtslage wurde durchgesprochen und vorgesehen, daß der Sparkassenverein mit 5 % des Jahresreingewinns des neuen Instituts beteiligt werden solle.

Da es wohl möglich sei, mit dem Kreis eine entsprechende Einigung herbeizuführen, hielt Herr Dr. Laux unseren Vorschlag auf sofortigen Abschluß des Auseinandersetzungsvertrages für richtig. Er empfahl, den Entwurf, den wir ihm im Grundzug vorgetragen haben, alsbald zu unterzeichnen, um Schwierigkeiten möglichst vorzubeugen, die evtl. auf Grund veränderter Bedingungen später entstehen könnten.

Die Möglichkeiten die sich ergeben würden wenn wider Erwarten die höheren Stellen der Bildung der Kreis-Stadtparkasse nicht zustimmen würden, wurden ebenfalls gestreift. Die Stadt hätte dann nur mit einem verhältnismäßig kleinen Abfindungsbetrag zu rechnen, den der Kreis, der wenig leistungsfähig sei (nicht die Kreissparkasse!), zahlen müsse. Auch müsse man dann zum mindesten noch den Versuch machen, ein Beteiligungsverhältnis für die spätere Zeit festzustellen. Herr Dr. Laux sagte aber bindend zu, unsere Vorschläge, wie jetzt vorliegend, wärmstens zu unterstützen.

2. Zum Vorgang Spar- und Leihkasse.

3. In Abschrift

Herrn Sparkassendirektor S a n d e r
zur gefl. Kenntniss.

Auseinandersetzungsvertrag

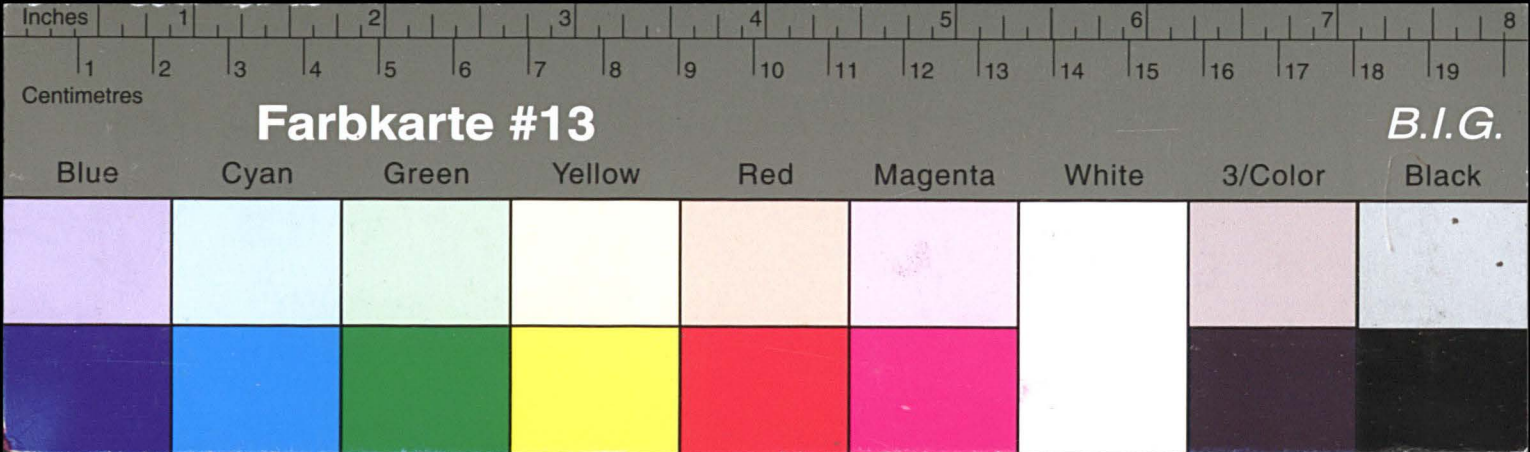
Über die Vereinigung der Sparkasse des Kreises
Stormarn mit der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad
Oldesloe.

Vorbehaltlich der noch zu erlassenden Anordnung des Herrn Reichswirtschaftsministers sowie der aufsichtsbehördlichen Genehmigungen wird zwischen dem Kreiskommunalverband Stormarn, vertreten durch den Landrat und der Stadtgemeinde Bad Oldesloe, vertreten durch den Bürgermeister, bei letzteren nach Anhörung der Gemeinderäte, folgender Vertrag geschlossen.

Der Vertrag soll Bestandteil der zu erlassenden Anordnung über die Vereinigung der beiden Kreditinstitute sein. Bei der bevorstehenden Vereinigung der beiden Kreditinstitute ist den Umständen besondere Bedeutung beizumessen, dass der Kreissitz nach Oldesloe verlegt werden muss und die Stadtparkasse Bad Oldesloe das weitaus älteste Institut im Kreise ist, das für die Stadt Bad Oldesloe eine überragende Bedeutung erlangt hat.

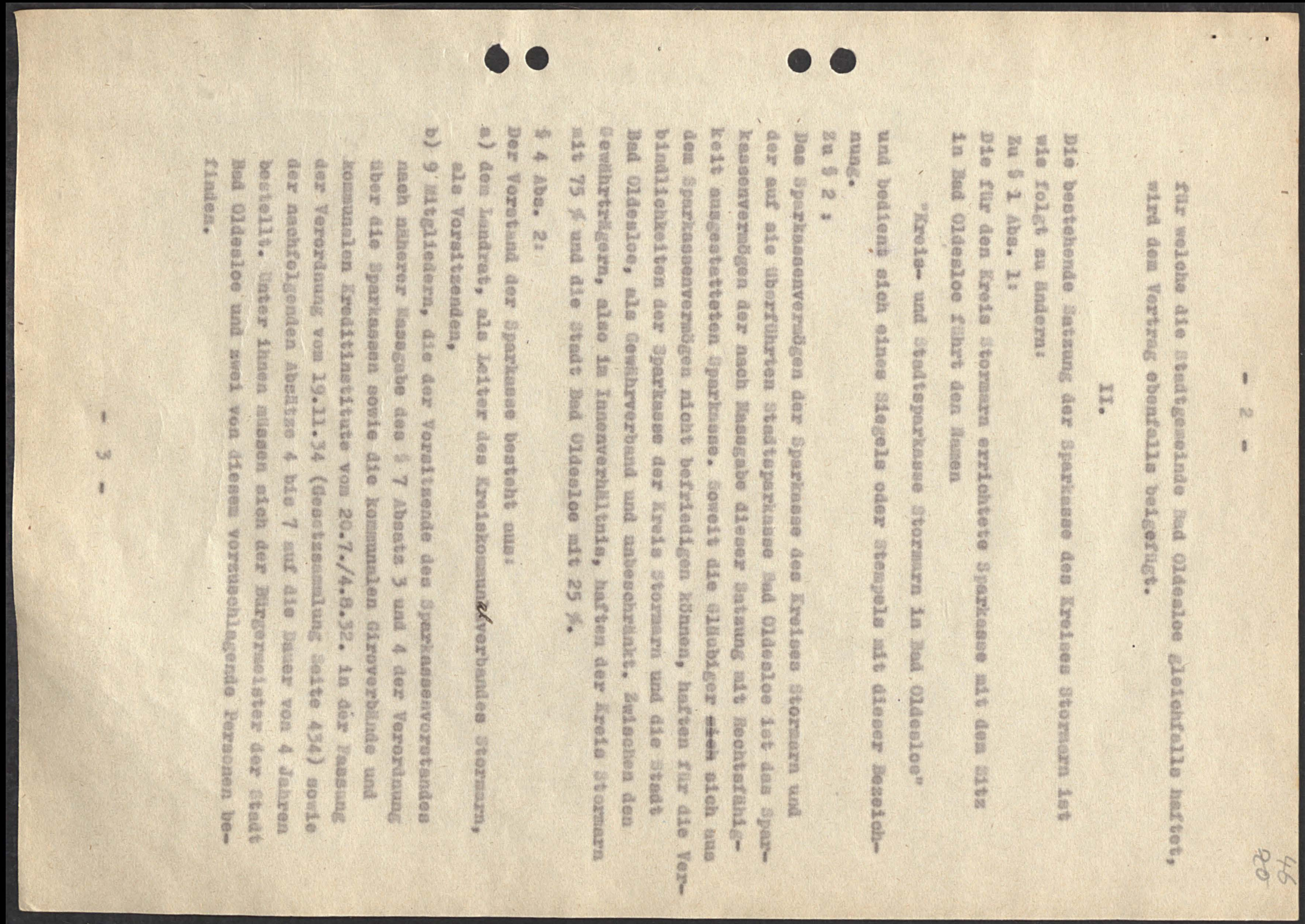
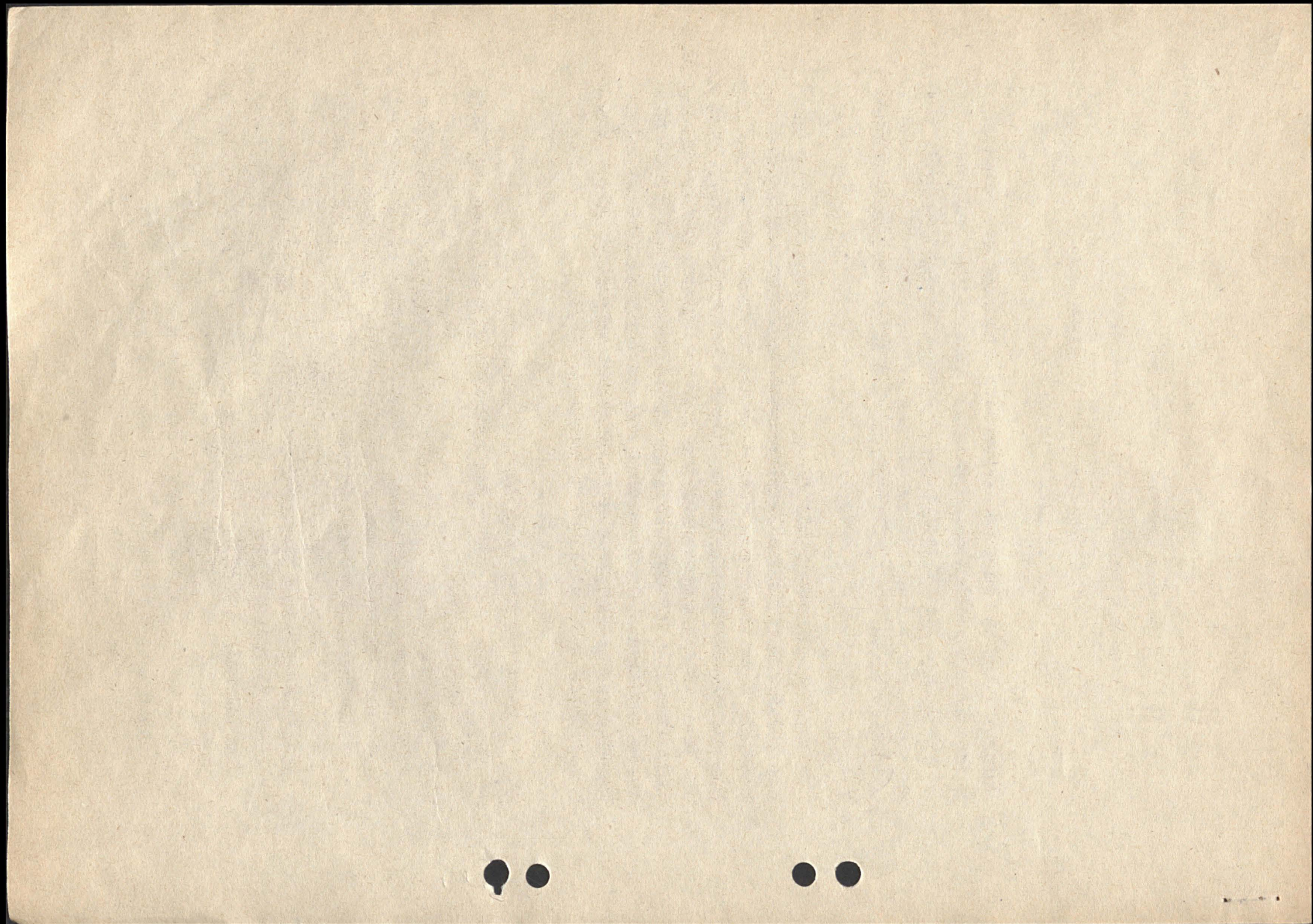
I.

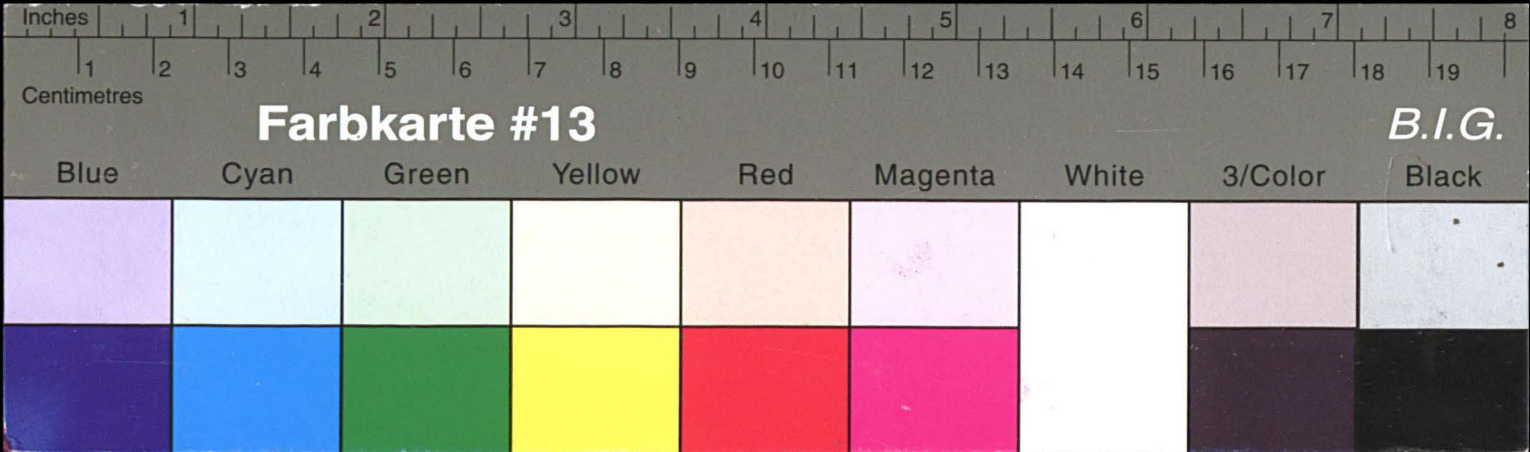
- 1.) Die Stadtparkasse Bad Oldesloe geht mit Wirkung vom 1.7.1944 im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Sparkasse des Kreises Stormarn über. Für die Übernahme des Vermögens und der Schulden wird die Bilanz per 30.6.1944 zu Grunde gelegt, die diesen Vertrag als Anlage beizufügen ist.
- 2.) Die Stadtgemeinde Bad Oldesloe haftet für die Ordnungsmäßigkeit und Vollständigkeit aller in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten. Die Haftung erstreckt sich insbesondere auf alle Fehler und Unstimmigkeiten, die nachträglich bei der Prüfung der einzelnen Aktiven und Passiven festgestellt werden sollten.
- 3.) Die von der Stadtparkasse Bad Oldesloe zur Verwahrung und Verwaltung übernommenen Wertpapiere und sonstige offenen und geschlossenen Depots werden in gleicher Rechtsfolge übertragen. Ein Verzeichnis dieser zu übernehmenden Wertpapiere und Depots-



Kreisarchiv Stormarn E103

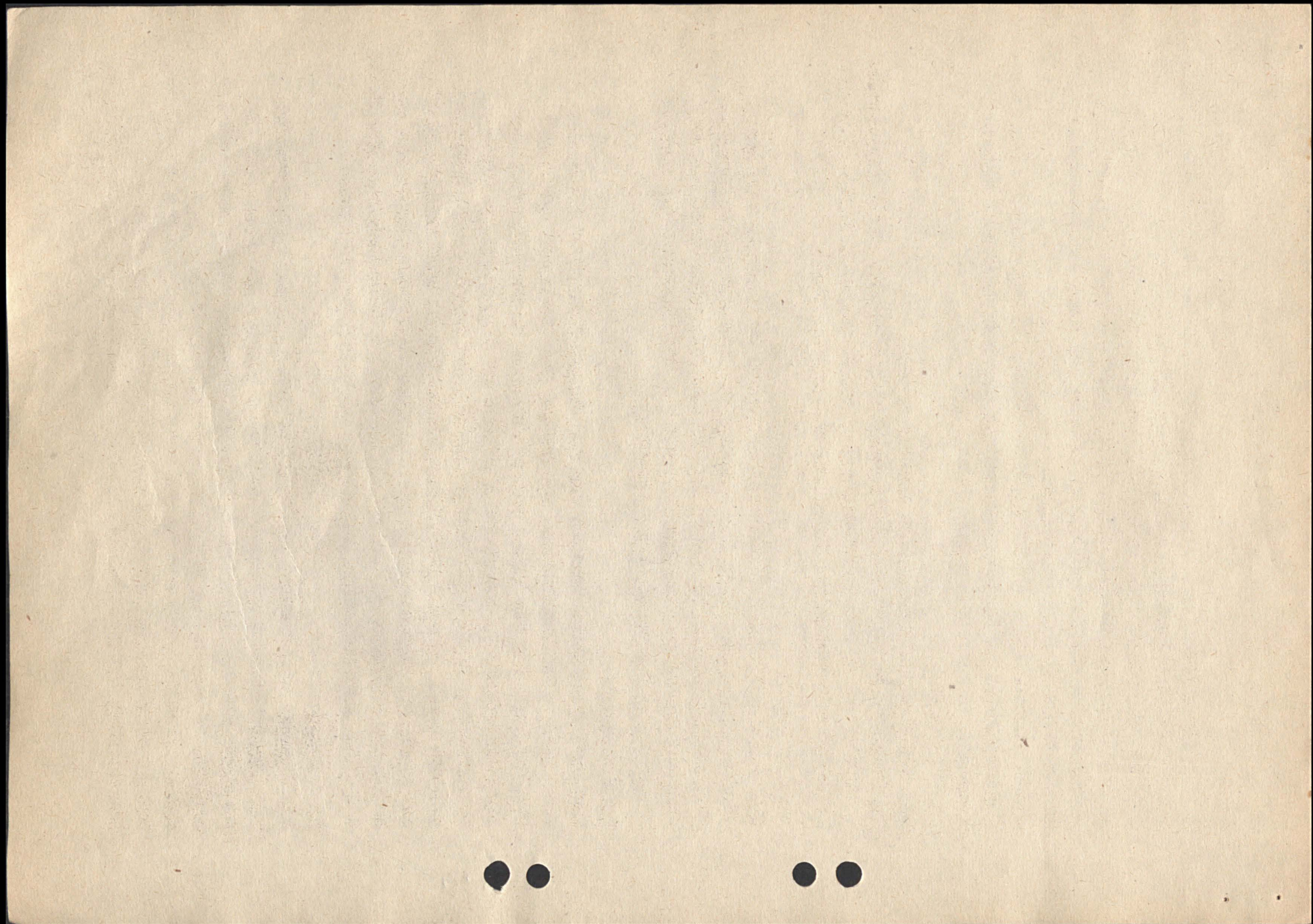
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



47-
27

- 3 -

Zu § 4 Abs. 3 :

Der Leiter des Kreis Kommunalverbandes Stormarn hat den Vorsitz im Vorstand persönlich zu führen. Im Falle seiner Verhinderung wird er von Bürgermeister der Stadt Bad Oldesloe und bei dessen Verhinderung von Vertreter des Leiters des Kreis Kommunalverbandes Stormarn im Hauptamt vertreten.

Der Vertreter des Landrats im Hauptamt ist berechtigt, an den übrigen Sitzungen des Vorstandes mit beratender Stimme teilzunehmen.

Zu § 4 Abs. 5:

Als Mitglieder dürfen nicht berufen werden:

a) Beigeordnete und sonstige hauptamtliche Beamte sowie Angestellte und Arbeiter der Gewehrverhände, soweit nicht in Absatz 2 Buchstabe b ausdrücklich Ausnahmen vorgesehen sind.

Zu § 4 Abs. 8:

Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu berufen. Für den Bürgermeister der Stadt Bad Oldesloe und für die von ihm vorschlagenden Mitglieder auf Vorschlag des Bürgermeisters. Auf die stellvertretenden Mitglieder finden die Bestimmungen der Absätze 2 und 4 bis 7 entsprechende Anwendung.

Zu § 7 Abs. 2:

Der Kreditausschuss besteht aus dem Vorsitzenden des Vorstandes oder seinem Stellvertreter, dem Leiter der Sparkasse und drei von Vorstand für die Dauer seiner Amtszeit zu bestellenden Vorstandsmitgliedern, von denen 1 zu den auf Vorschlag des Bürgermeisters der Stadt Bad Oldesloe bestimmten Vorstandsmitgliedern gehören muss. Für die drei Vorstandsmitglieder sind Stellvertreter zu bestimmen, die ebenfalls dem Vorstand angehören müssen und von denen ein Mitglied zu den auf Vorschlag des Bürgermeisters der Stadt Bad Oldesloe bestimmten Vorstandsmitgliedern gehören muss.

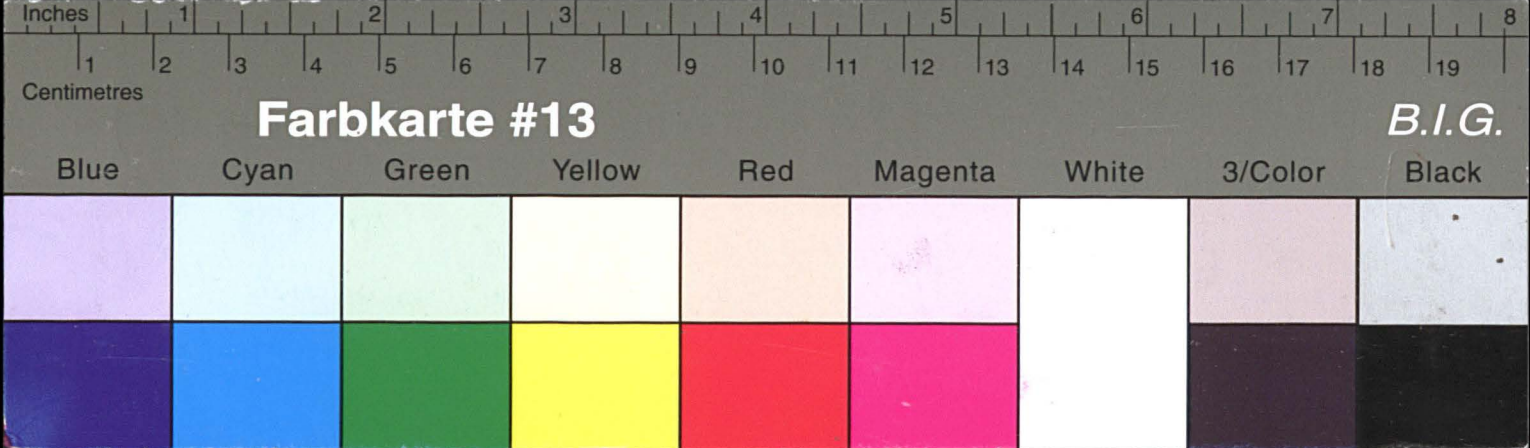
Zu § 9 Abs. 1:

Die Einstellung der bei der Sparkasse zu beschaffenden Beamten und Angestellten sowie ihre Entlassung erfolgt auf Vorschlag des Sparkassenvorstandes durch dessen Vorsitzenden. Bei ihrer Vereinstzung aus der Sparkasse ist der Sparkassenvorstand zu hören.

Zur Einstellung, Versetzung und Entlassung des Leiters der Sparkasse bedarf es ausserdem der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

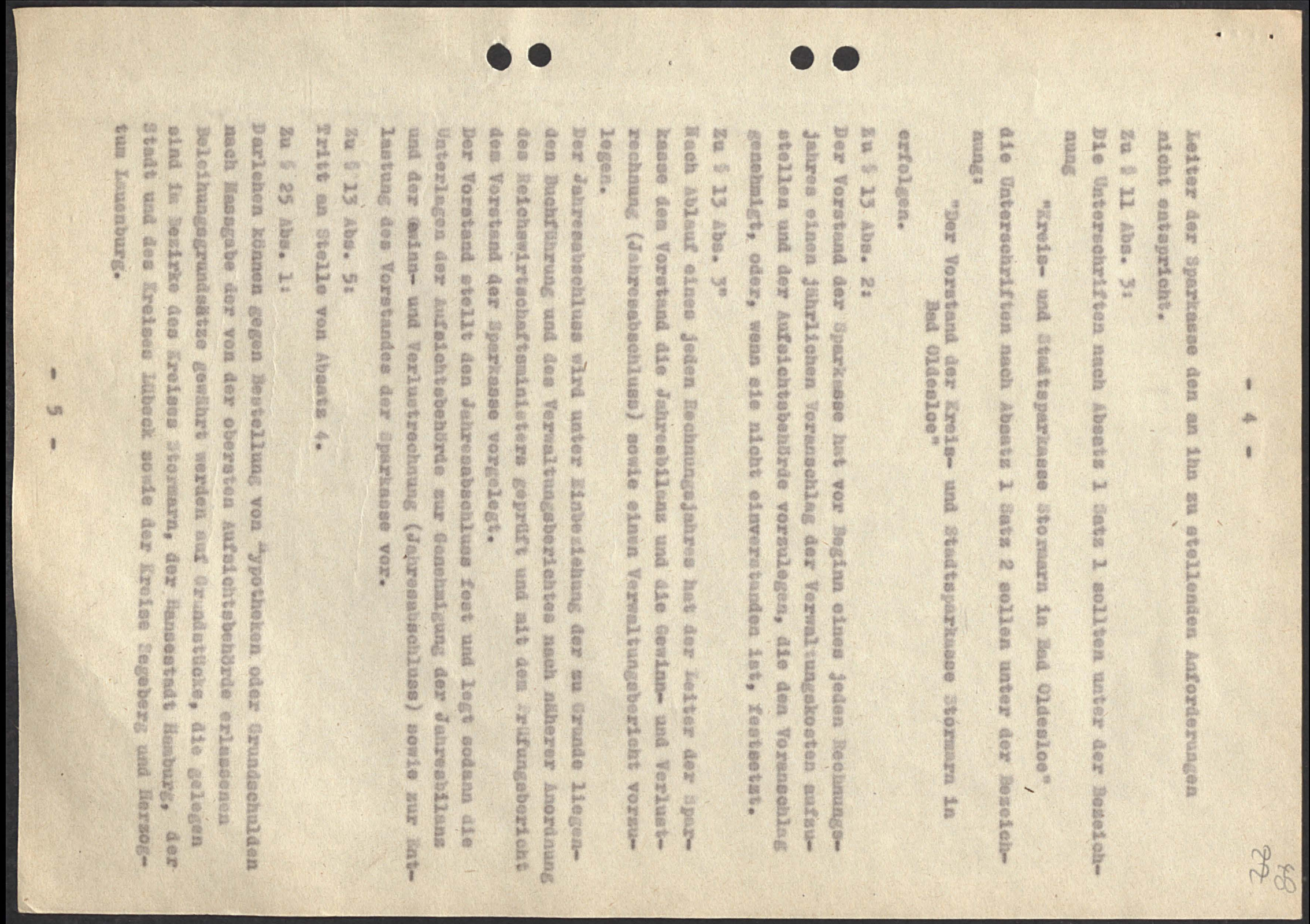
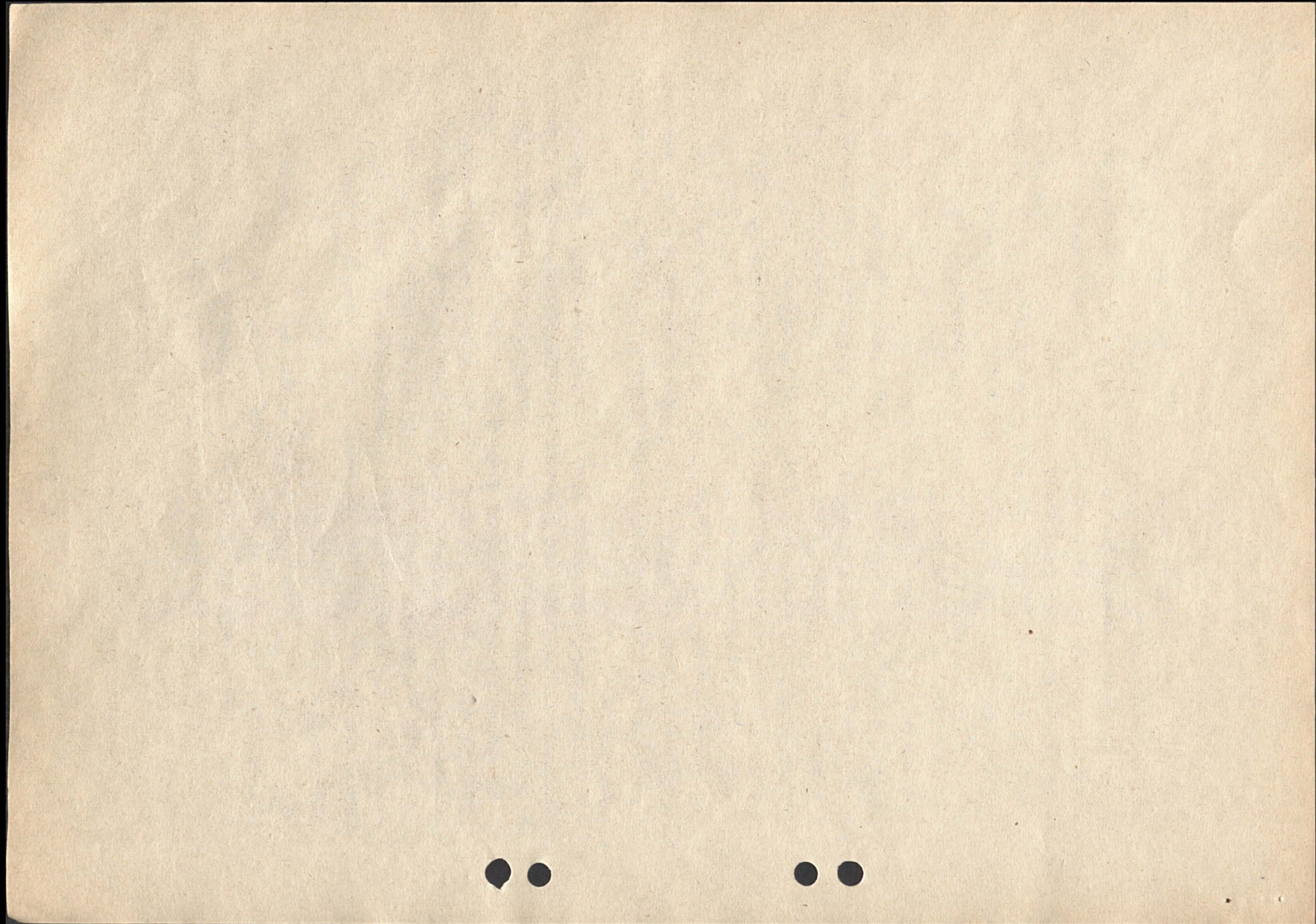
Die Genehmigung zur Einstellung kann zurückgenommen werden, wenn der

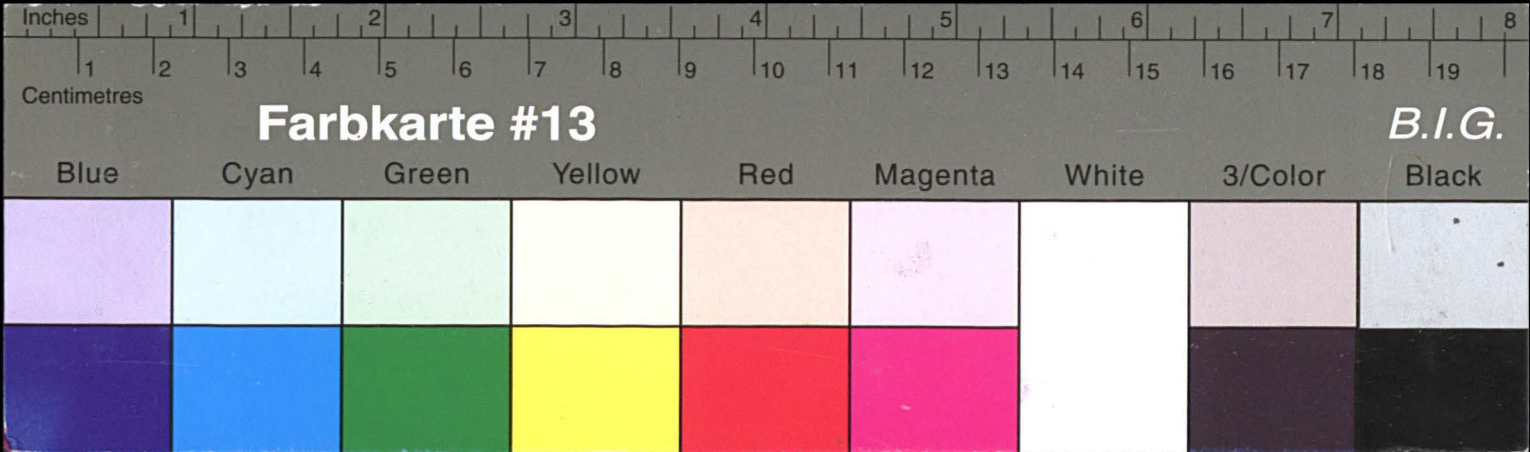
- 4 -



Kreisarchiv Stormarn E103

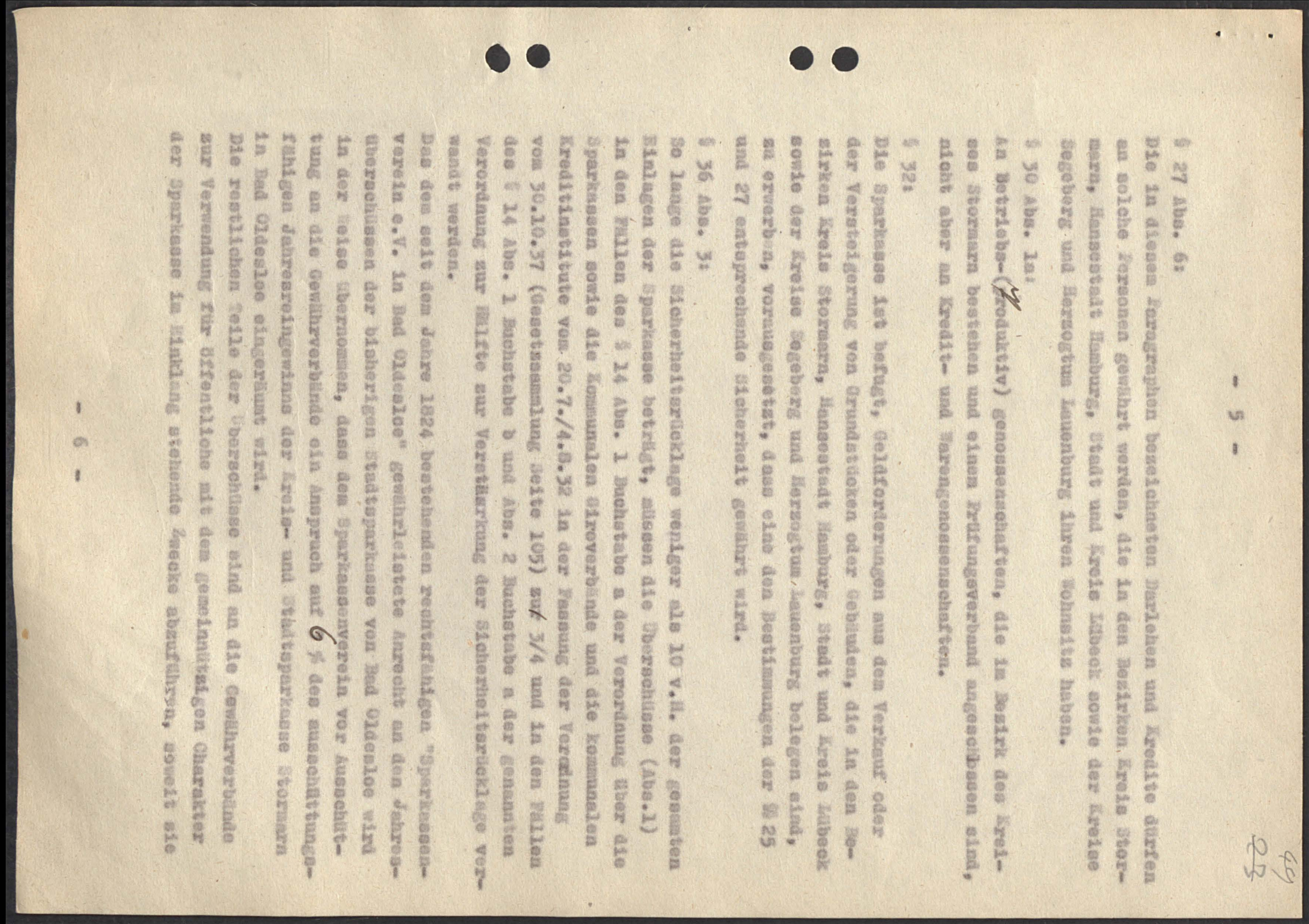
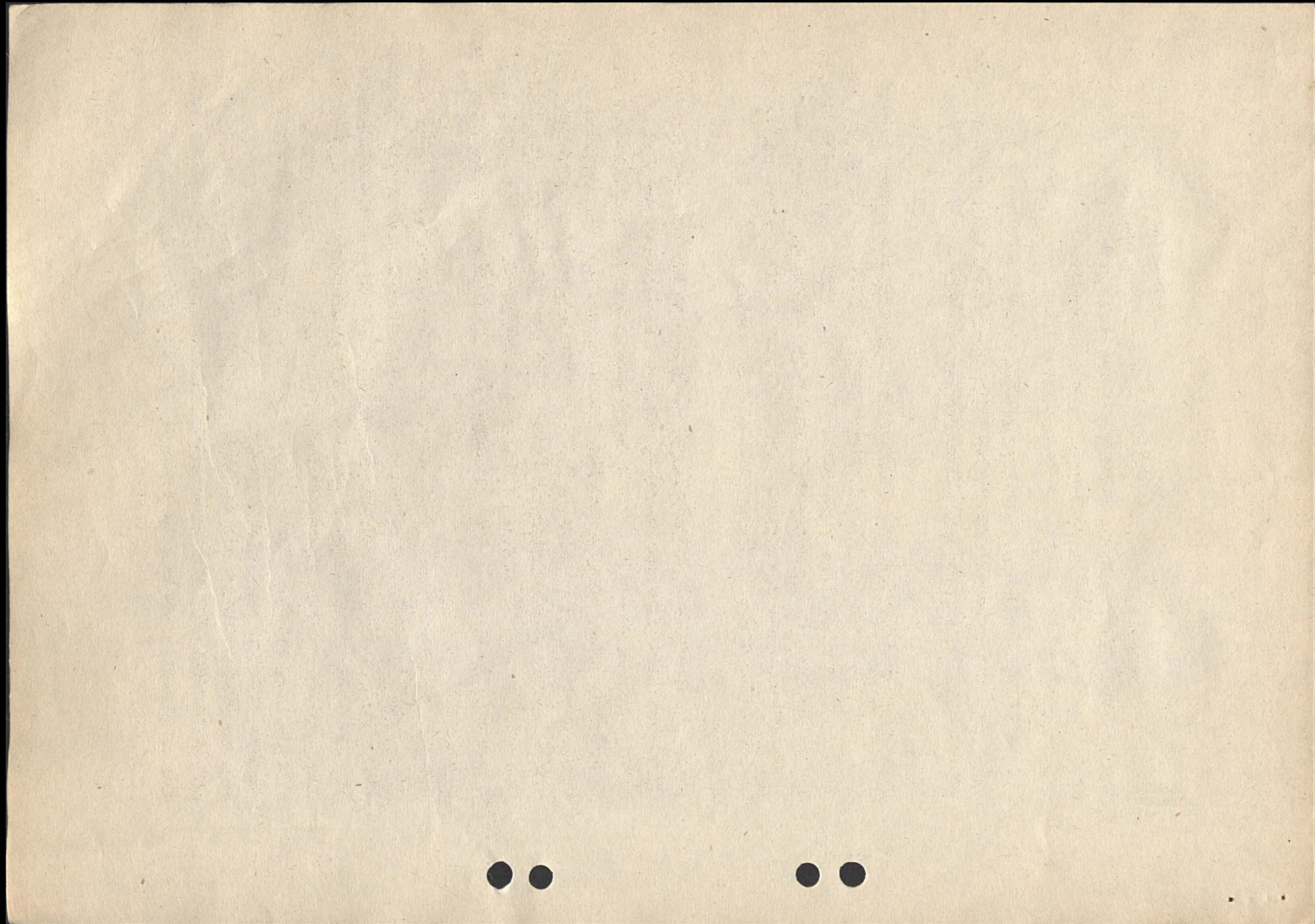
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

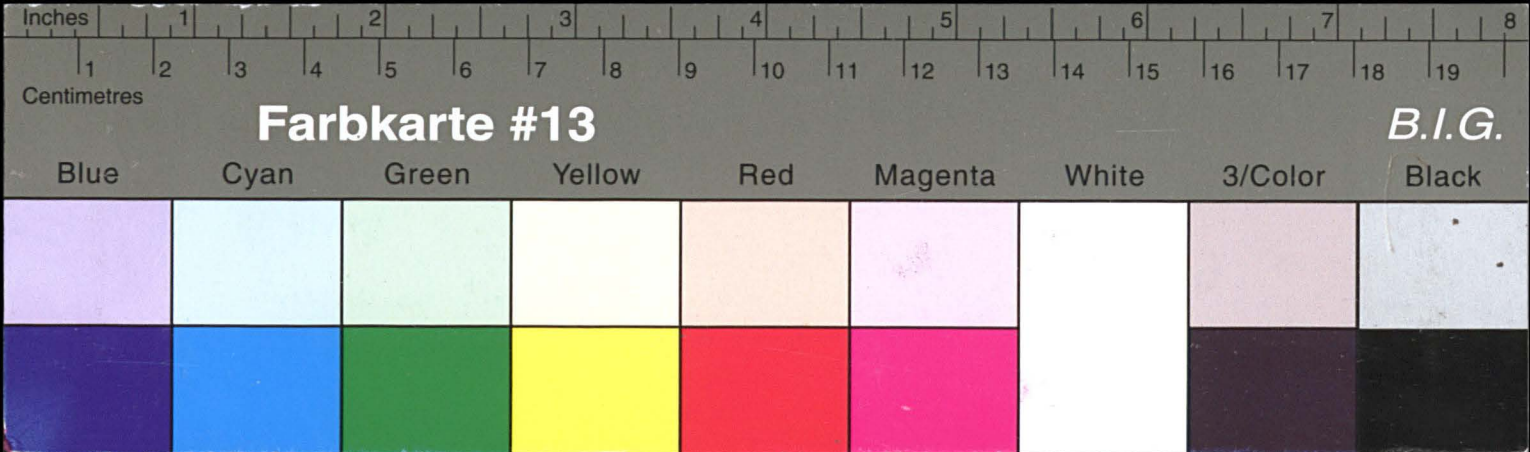




Kreisarchiv Stormarn E103

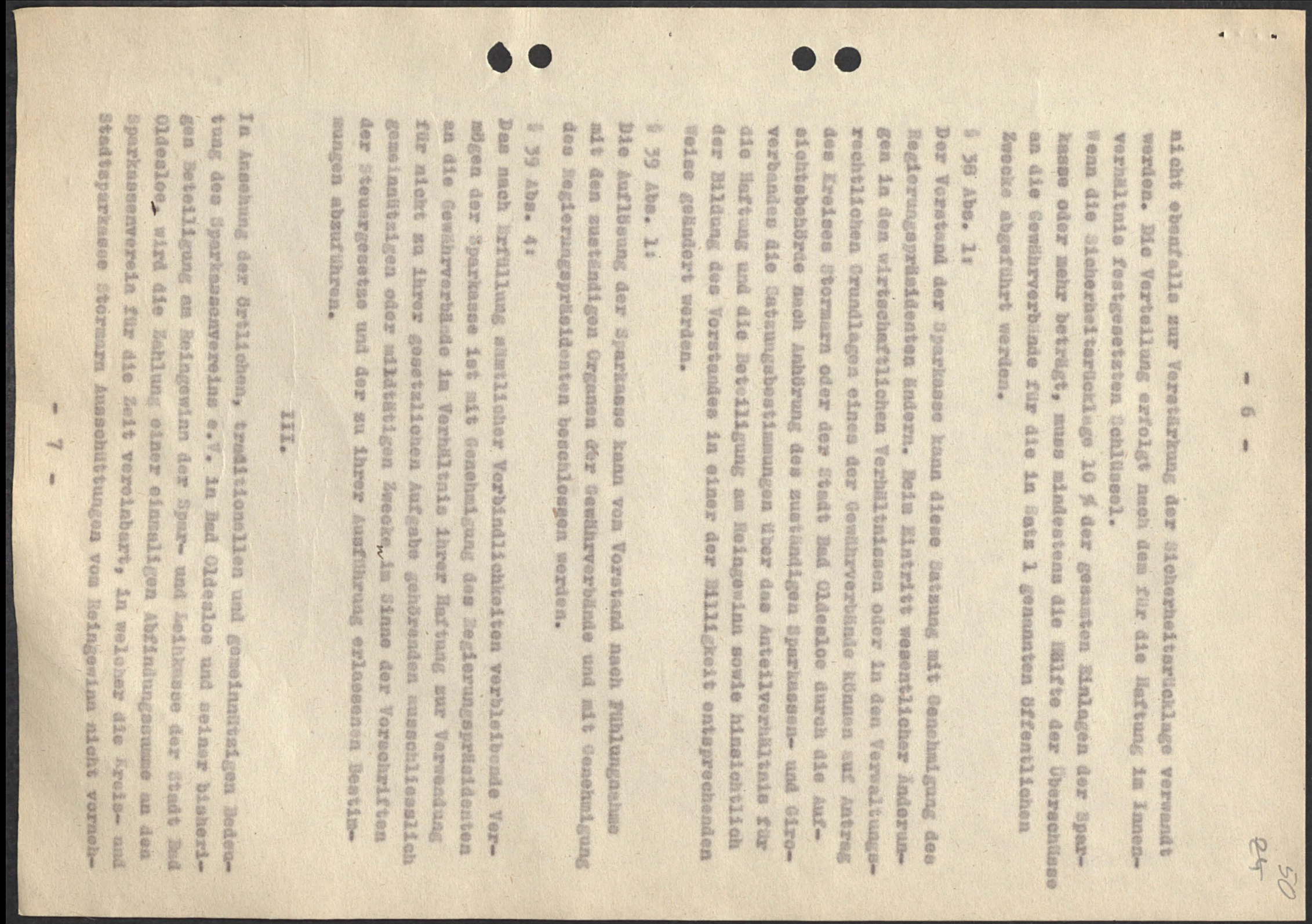
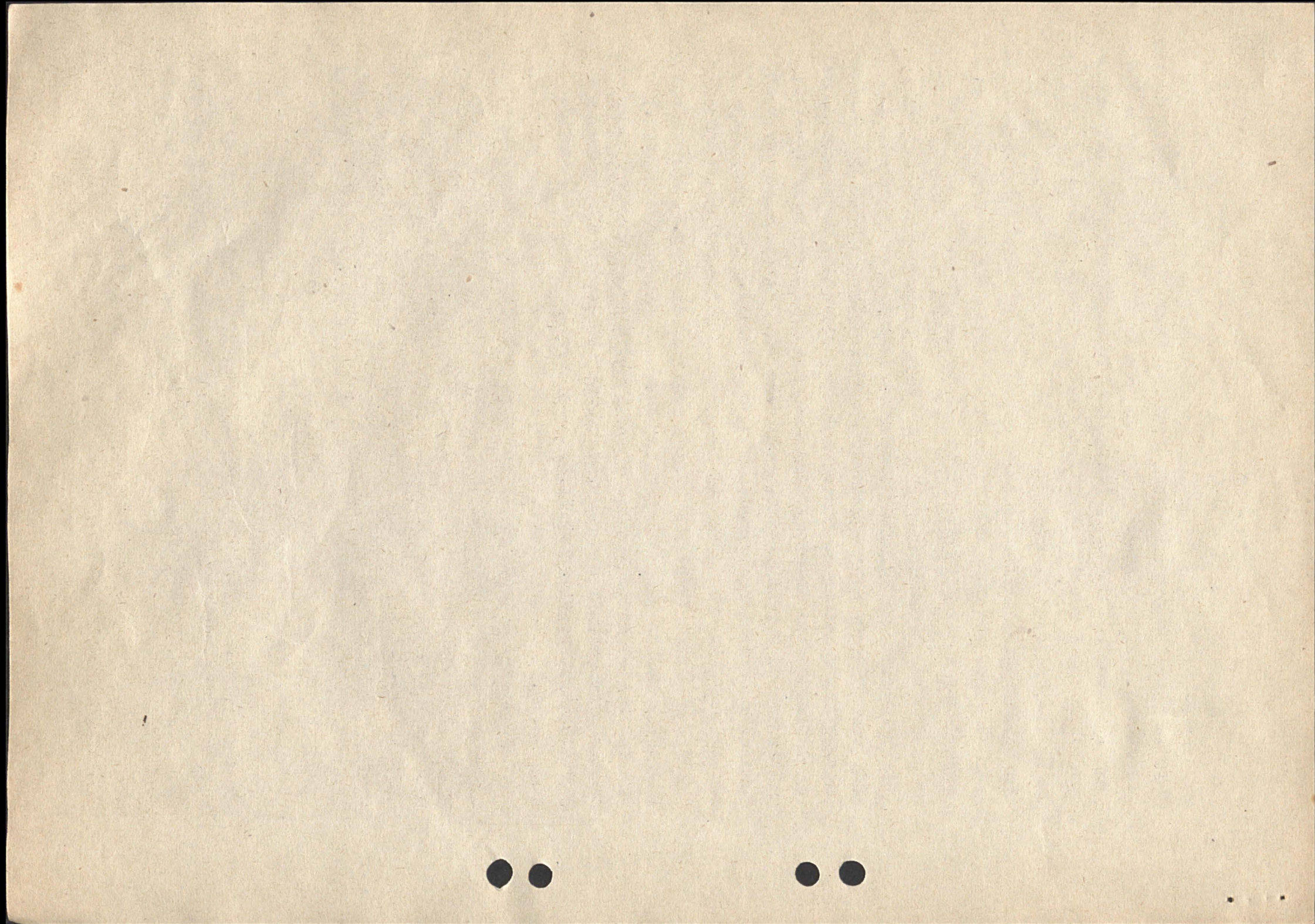
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

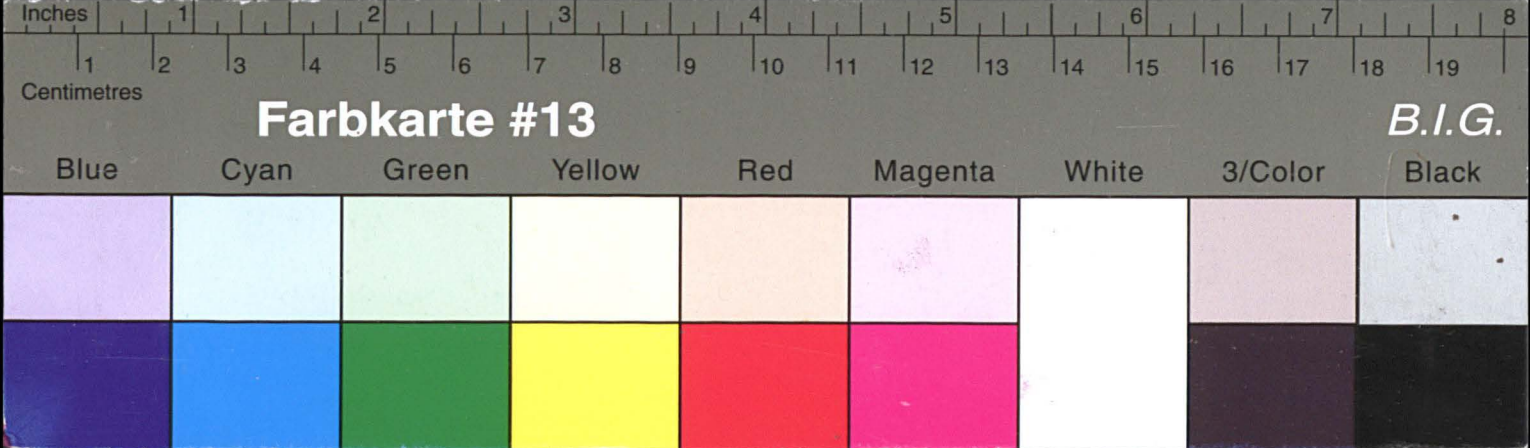




Kreisarchiv Stormarn E103

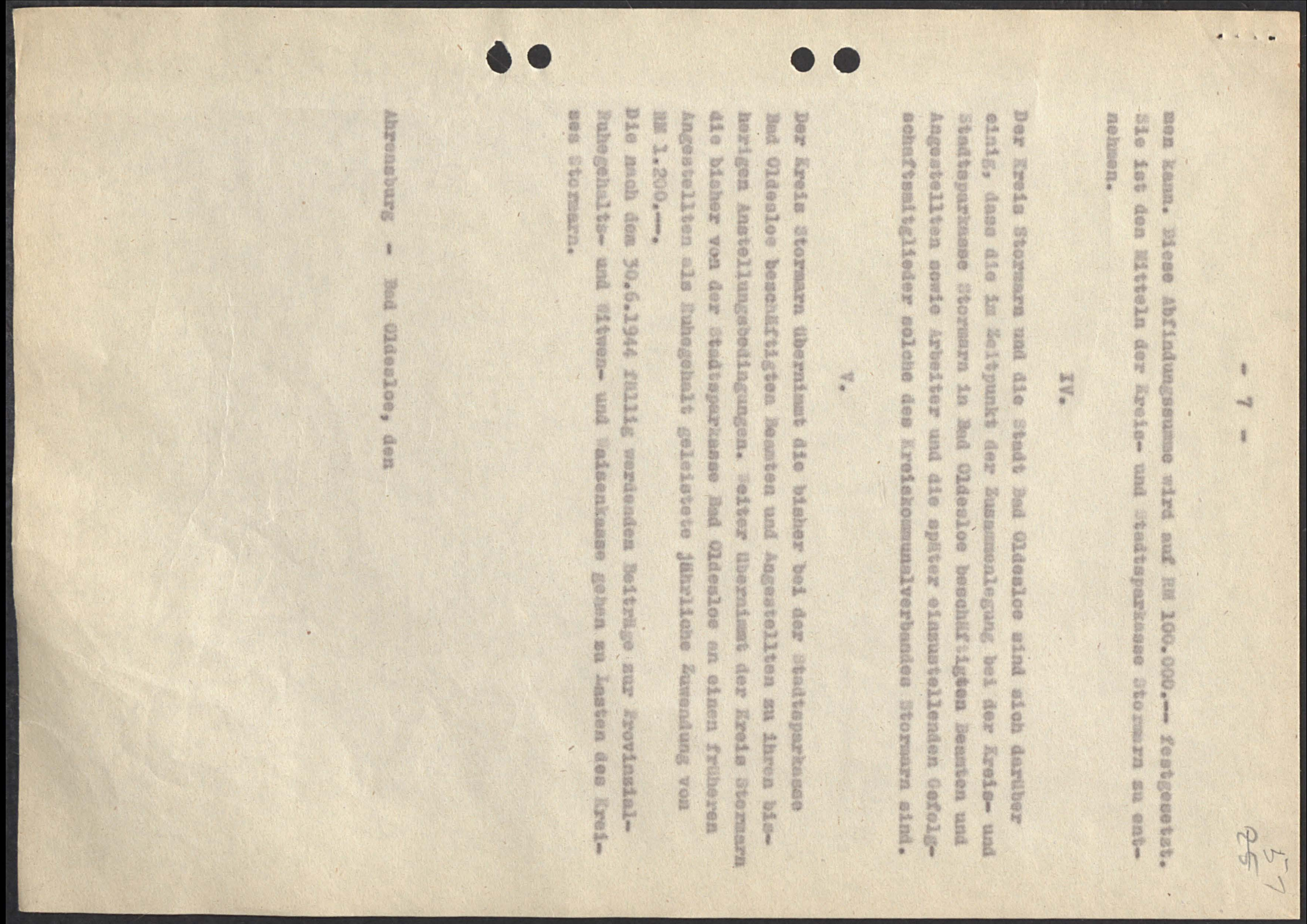
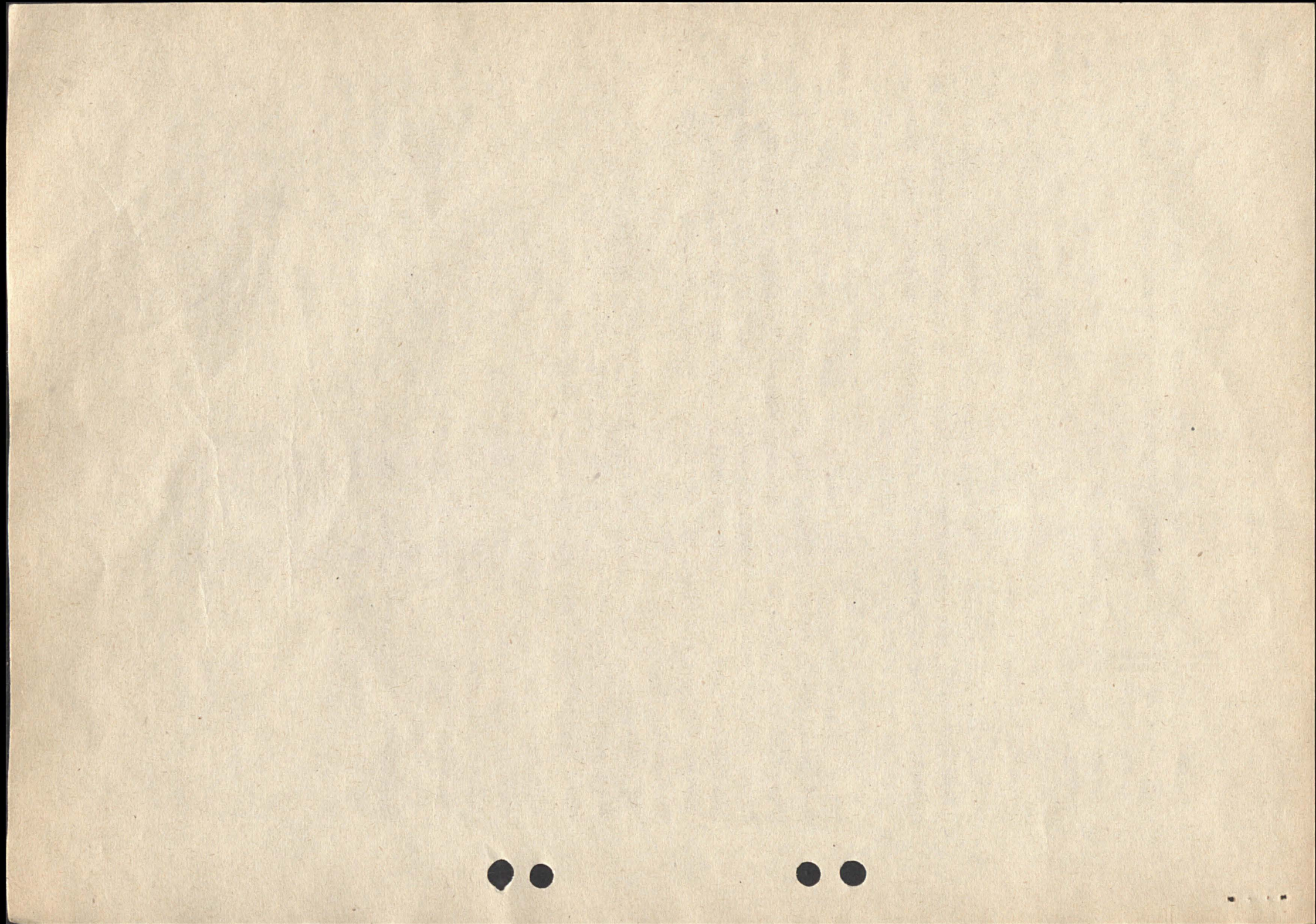
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

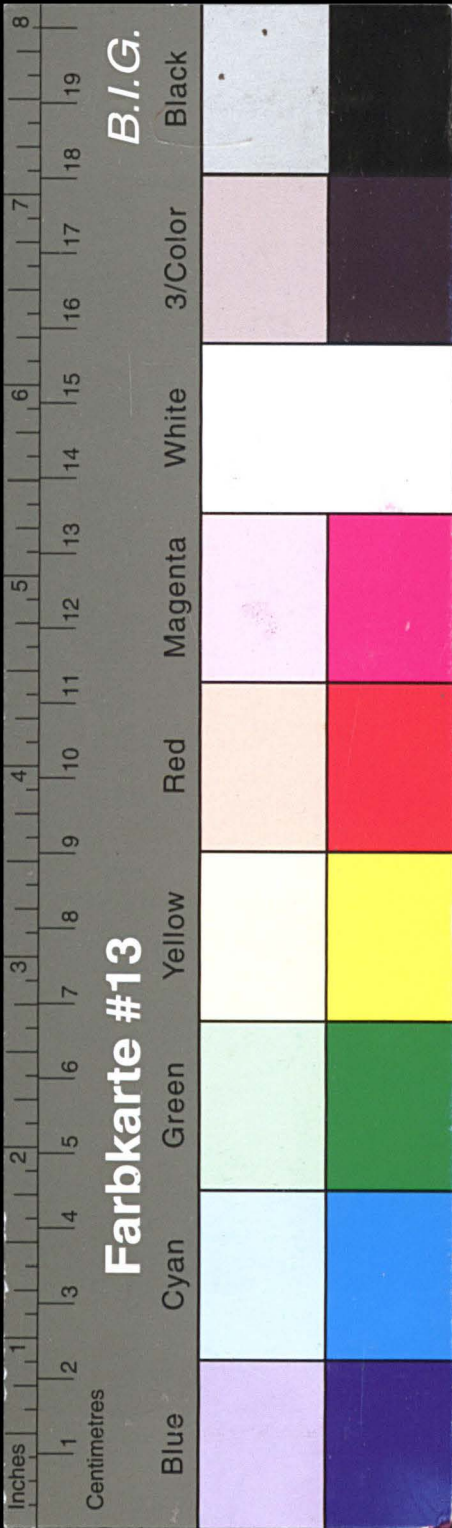




Kreisarchiv Stormarn E103

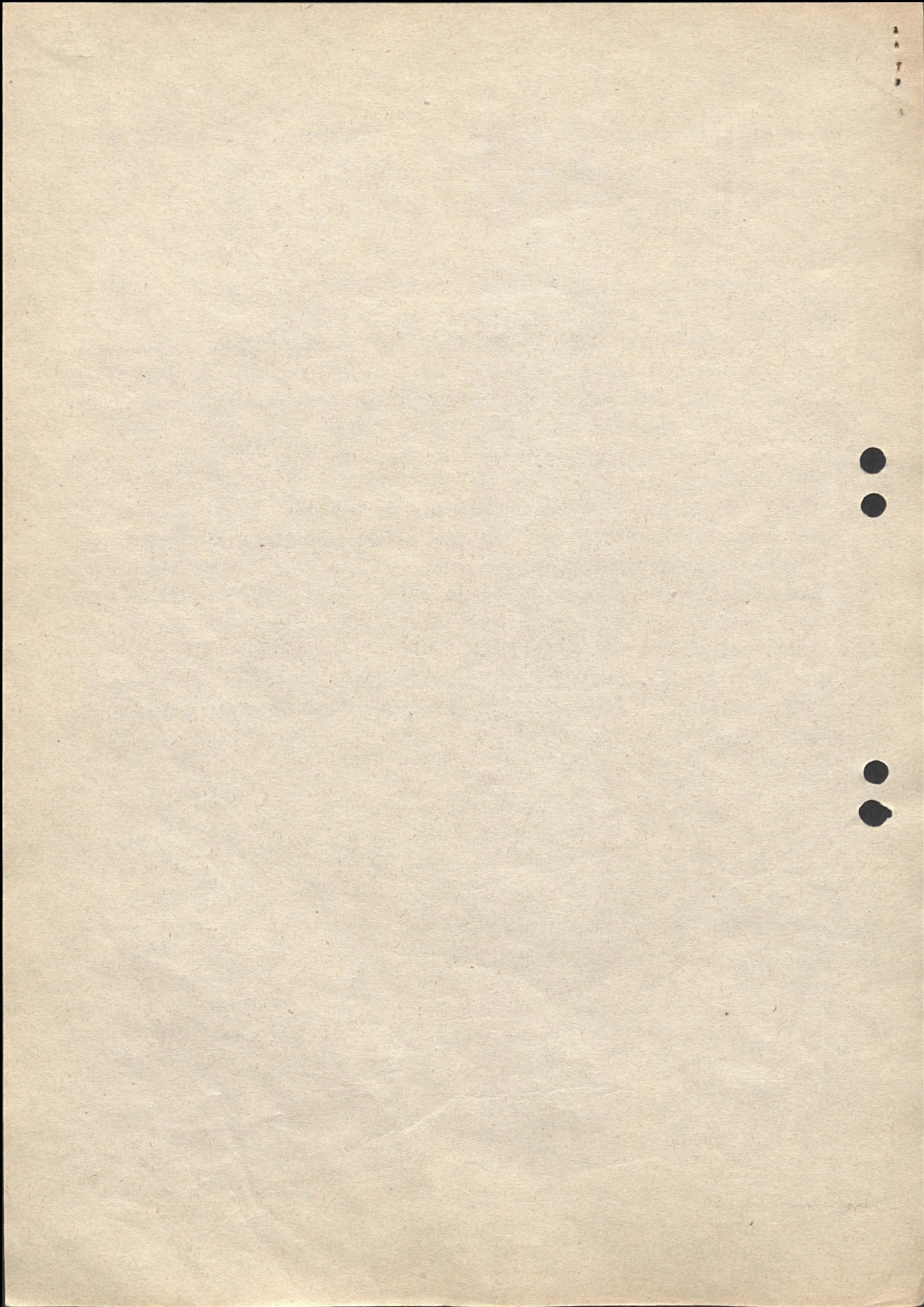
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



58
96

Entwurf.

Der Landrat des
Kreises Stormarn.

Ahrensburg, den 14.3.44.

An den
Herrn Regierungspräsidenten
Schleswig

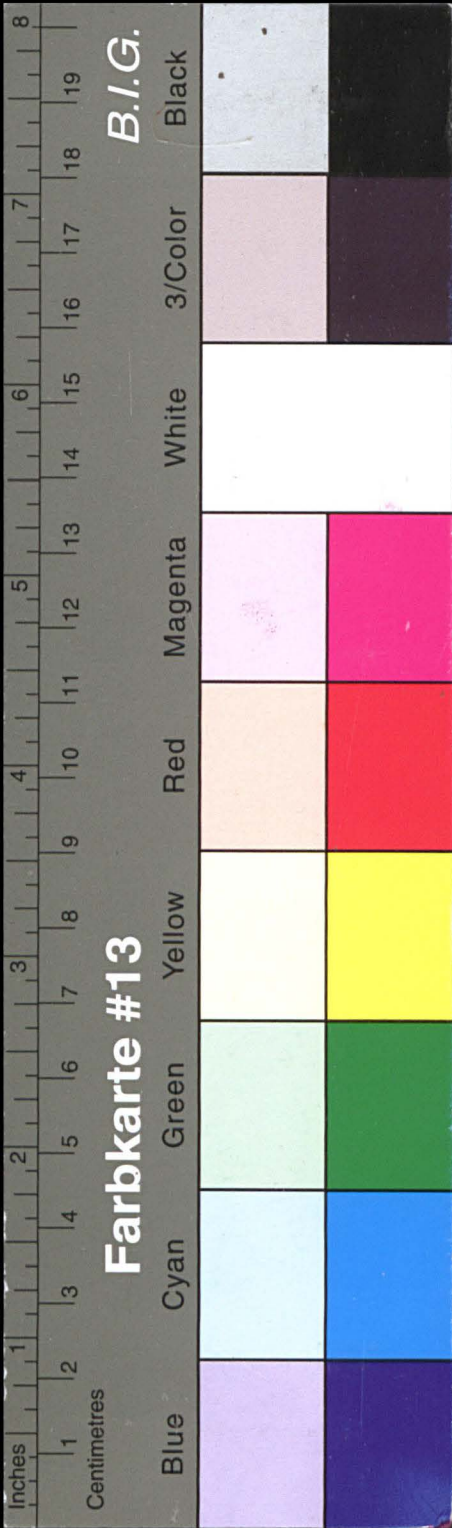
Im Zuge der bevorstehenden Neuordnung des Sparkassenwesens im Kreise Stormarn habe ich mit dem Bürgermeister der Stadt Bad Oldesloe einen Vorvertrag über die Vereinigung der Stadtparkasse Bad Oldesloe mit der Sparkasse des Kreises Stormarn geschlossen.

Den Vertrag übersende ich nebst einer weiteren Ausfertigung als Anlage und bitte um Zustimmung.

Dem Herrn Landeshauptmann als Reichsverteidigungskommissar sowie dem Sparkassen und Giroverband für Schleswig-Holstein habe ich Abschriften des Vertrages zugehen lassen.

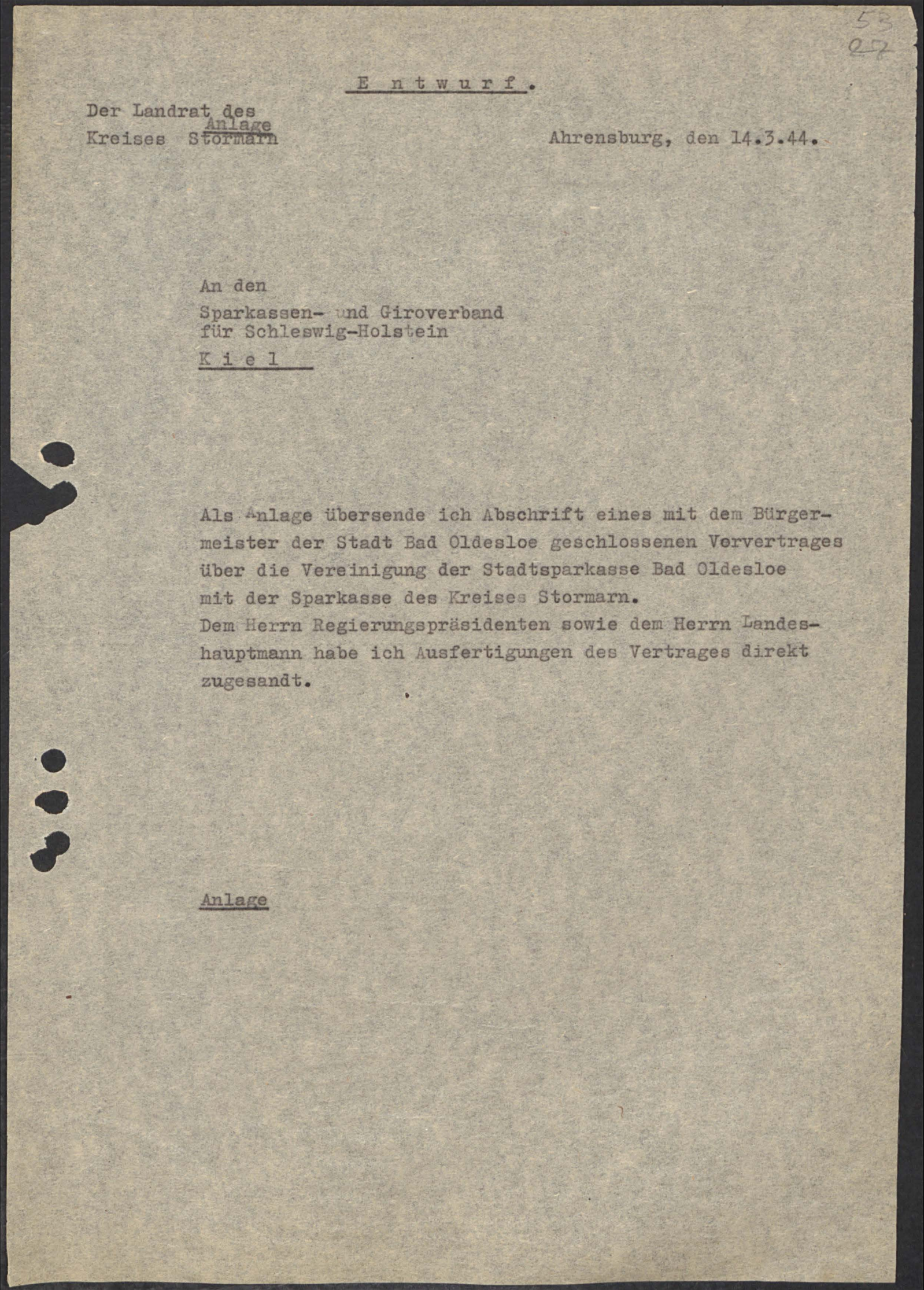
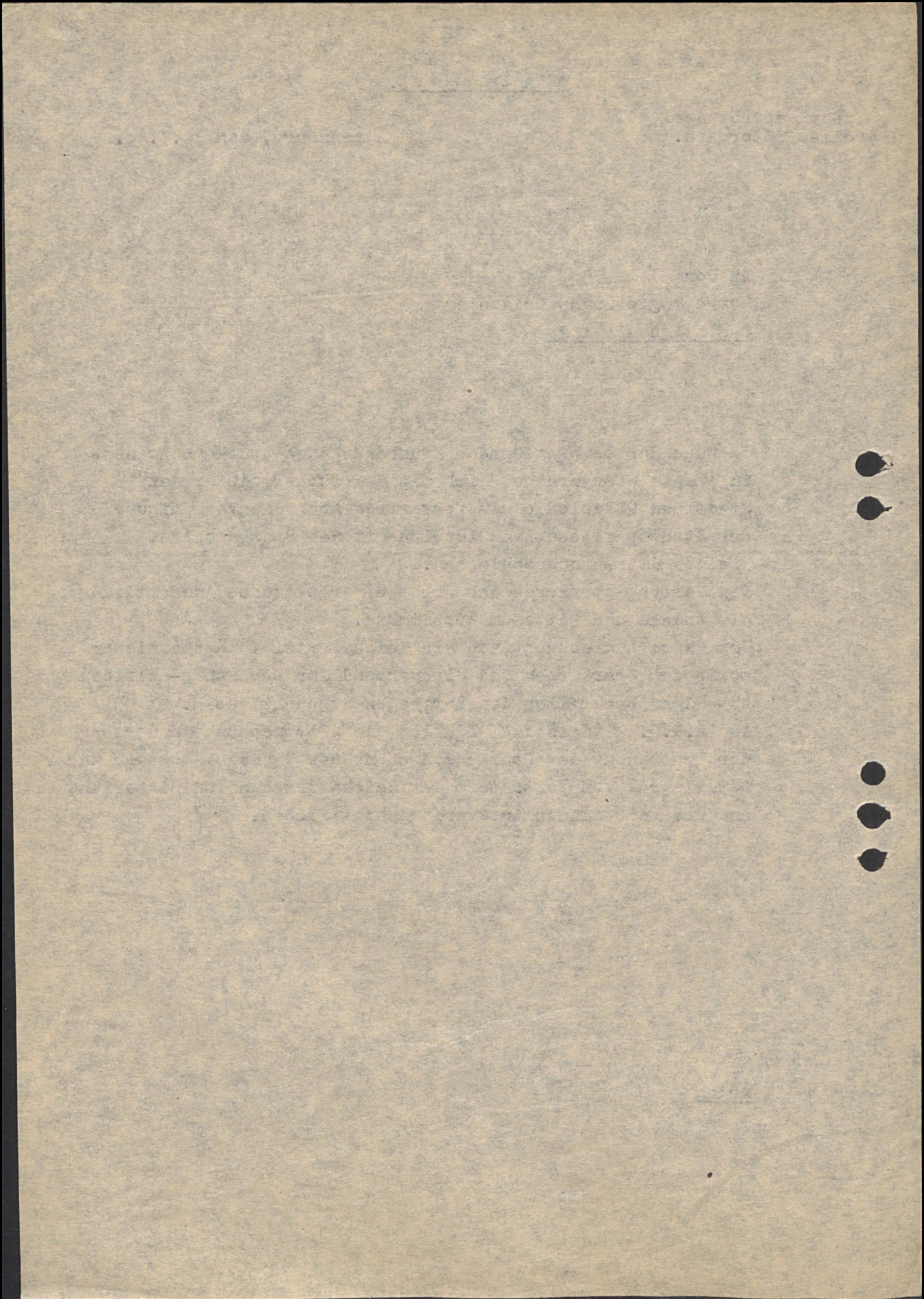
Am 22.d.M. wird in Bad Oldesloe eine Besprechung in der Frage der Neuordnung des Sparkassenwesens des Kreises Stormarn unter Beteiligung von Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsinnenministeriums stattfinden.

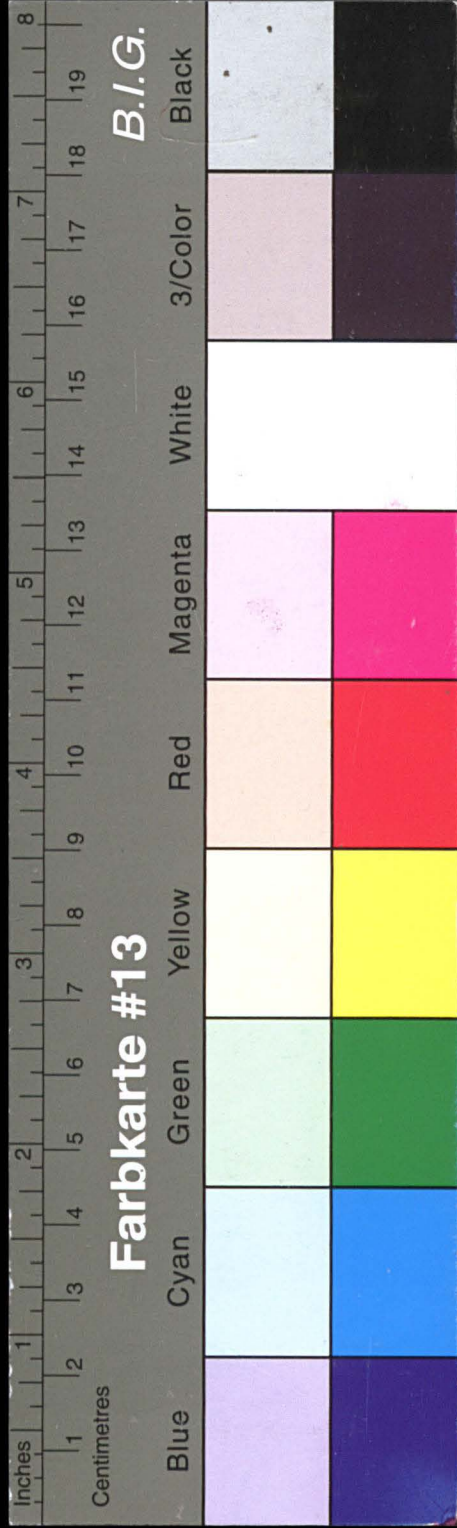
Anlage



Kreisarchiv Stormarn E103

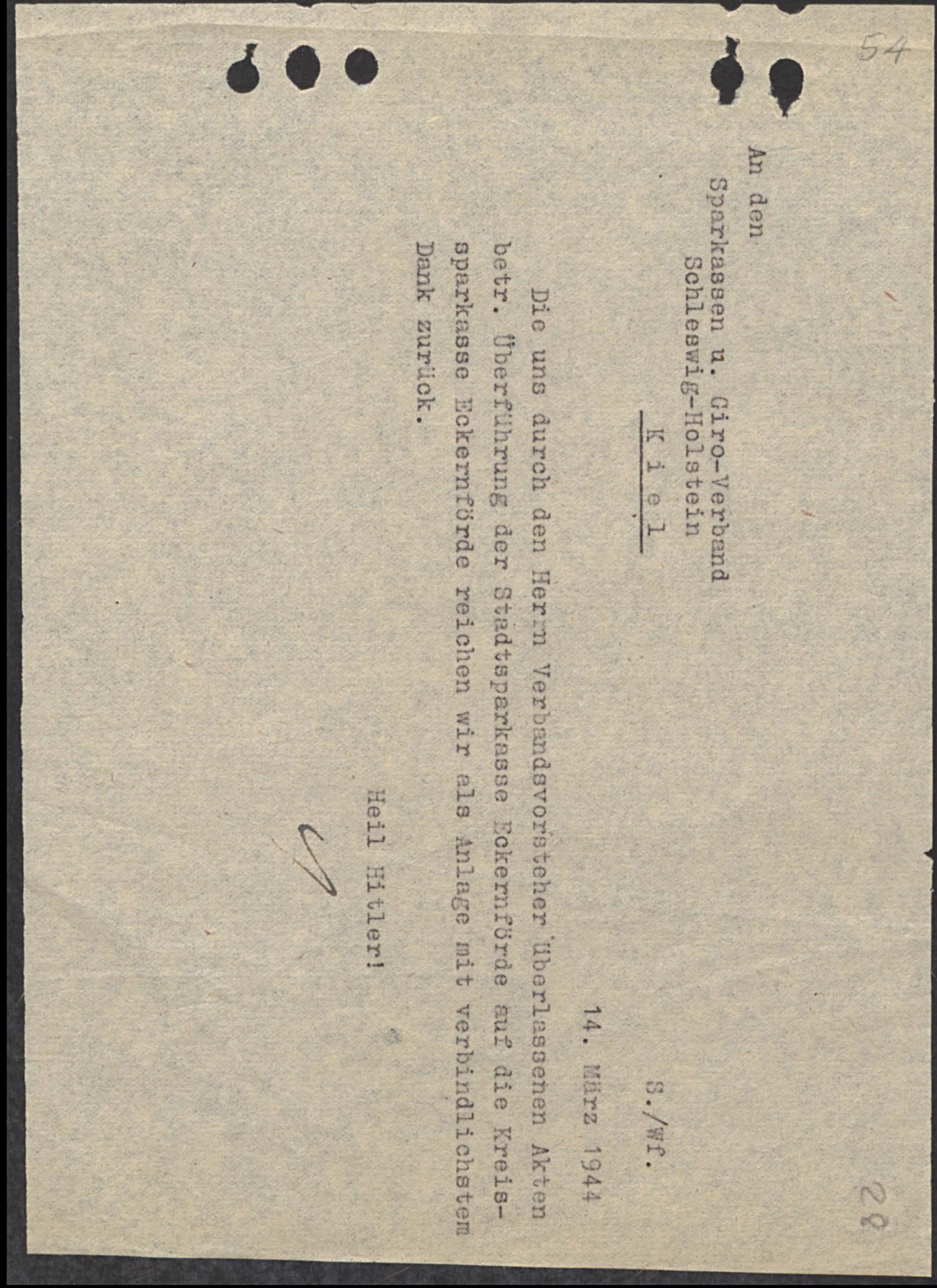
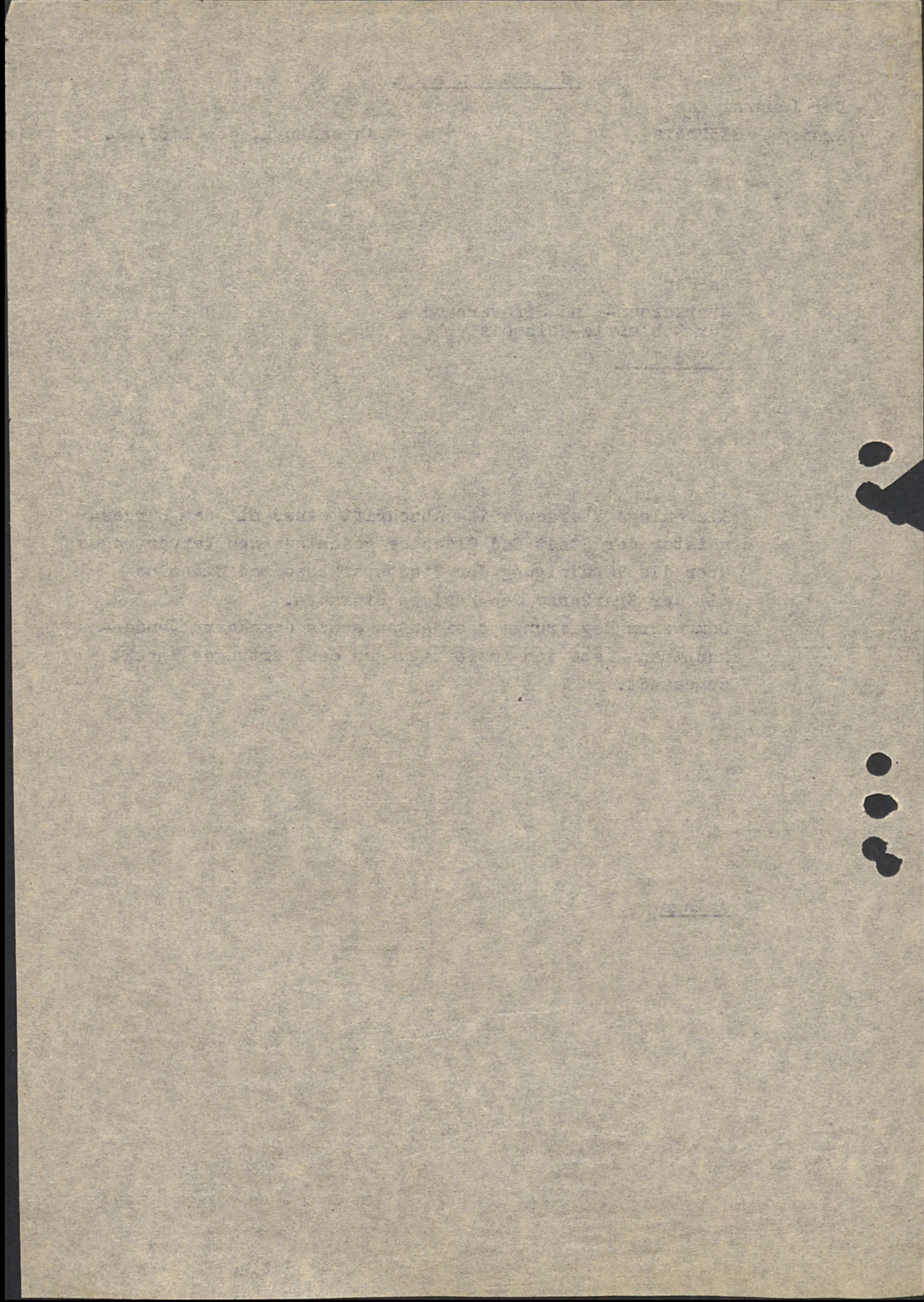
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

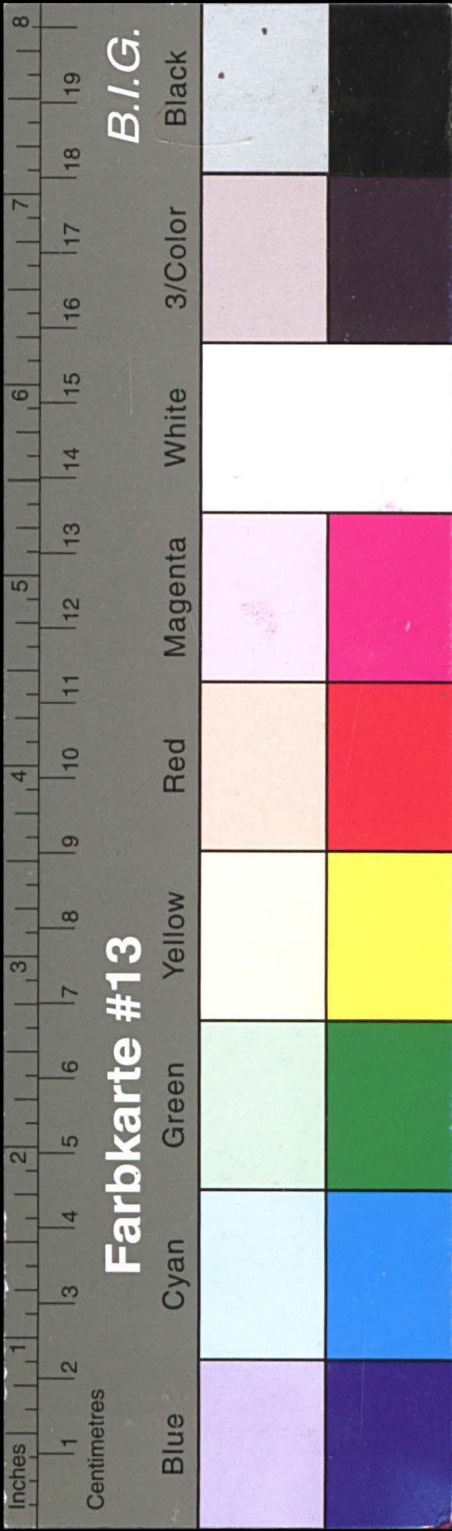




Kreisarchiv Stormarn E103

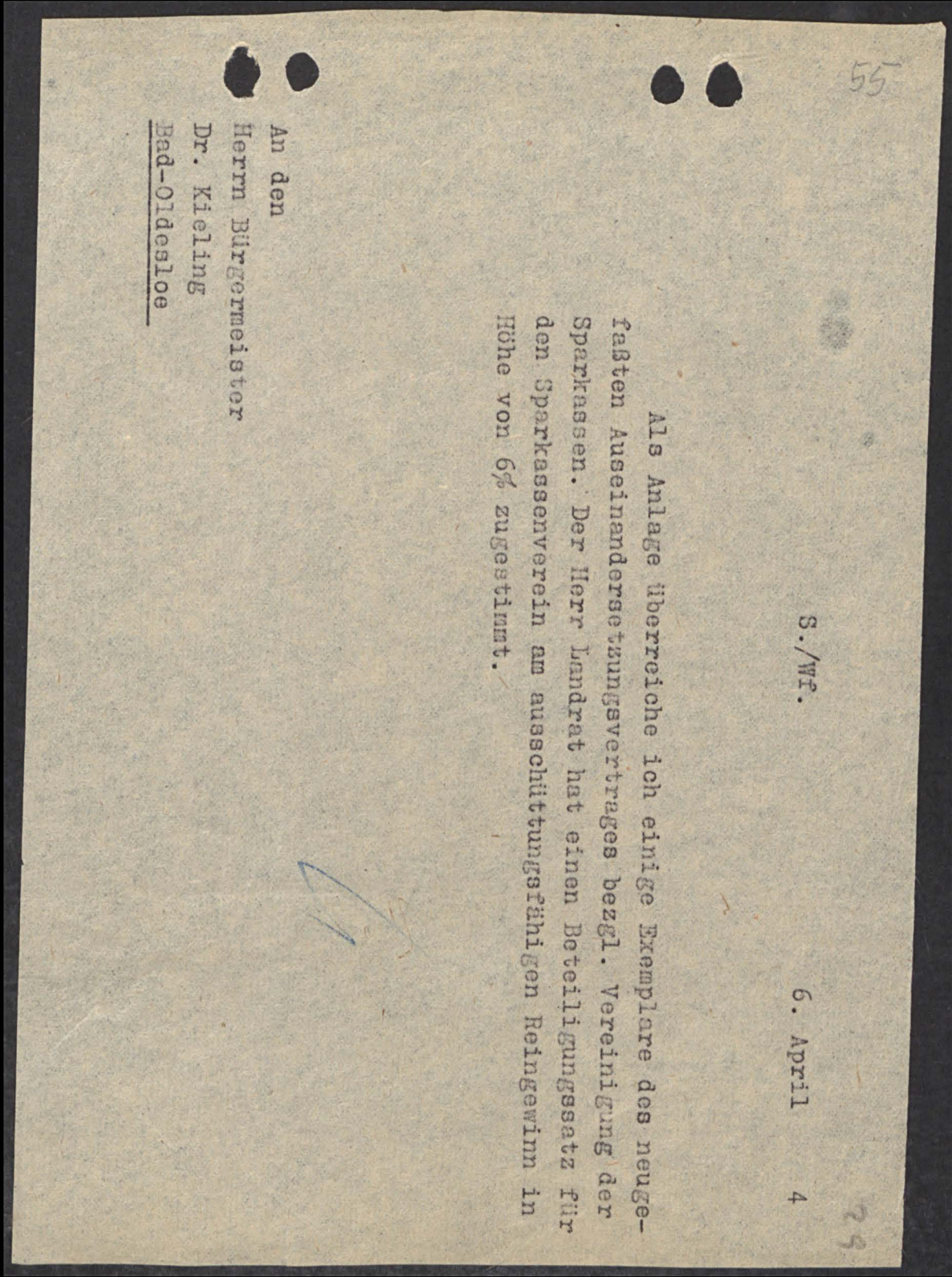
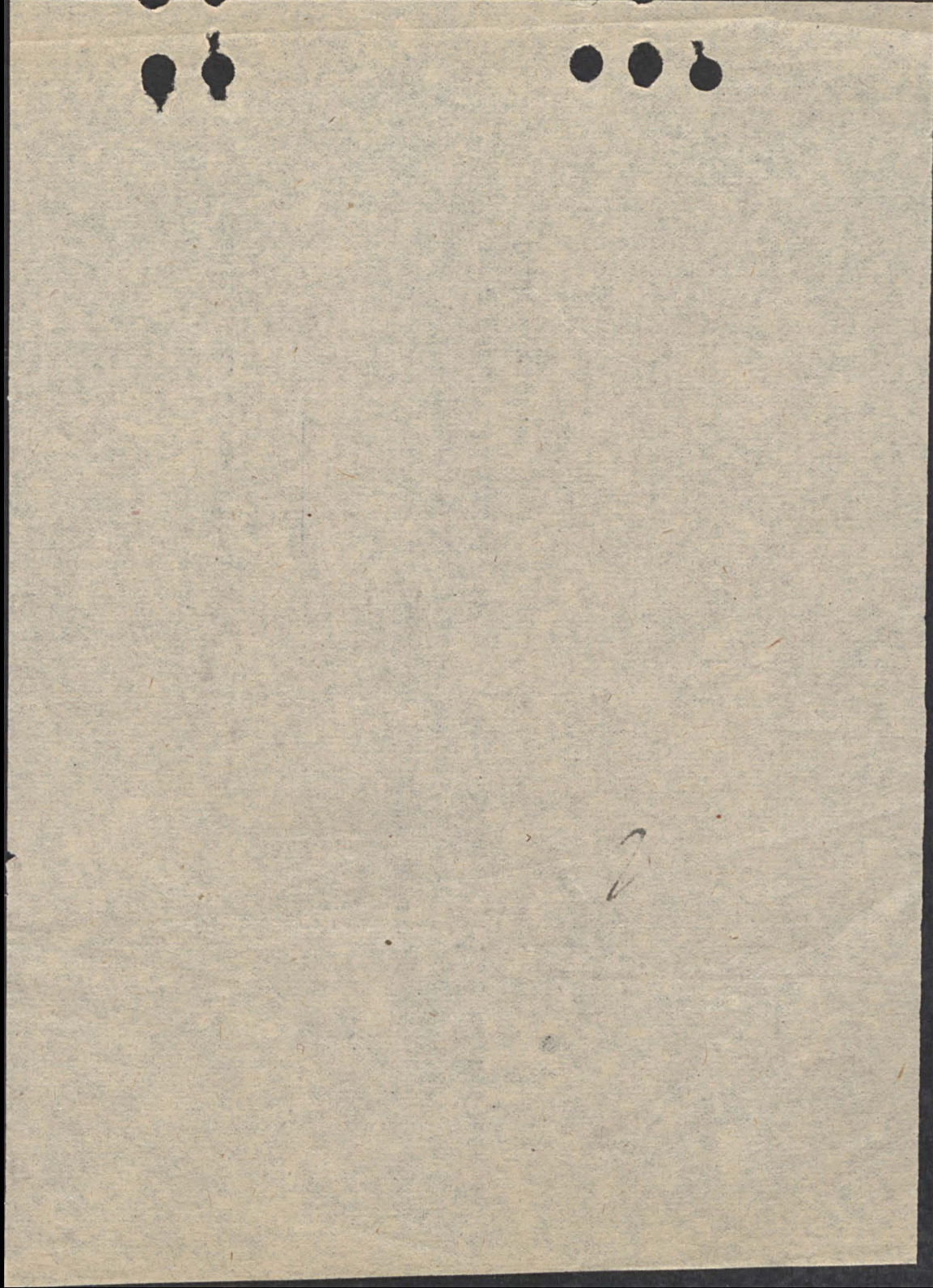
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

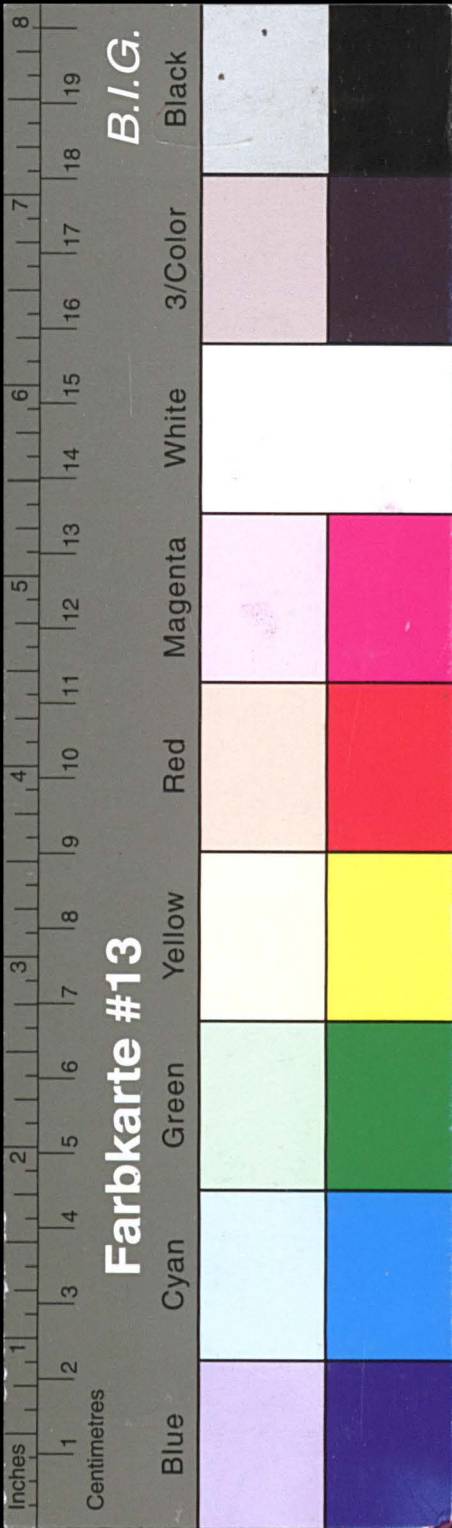




Kreisarchiv Stormarn E103

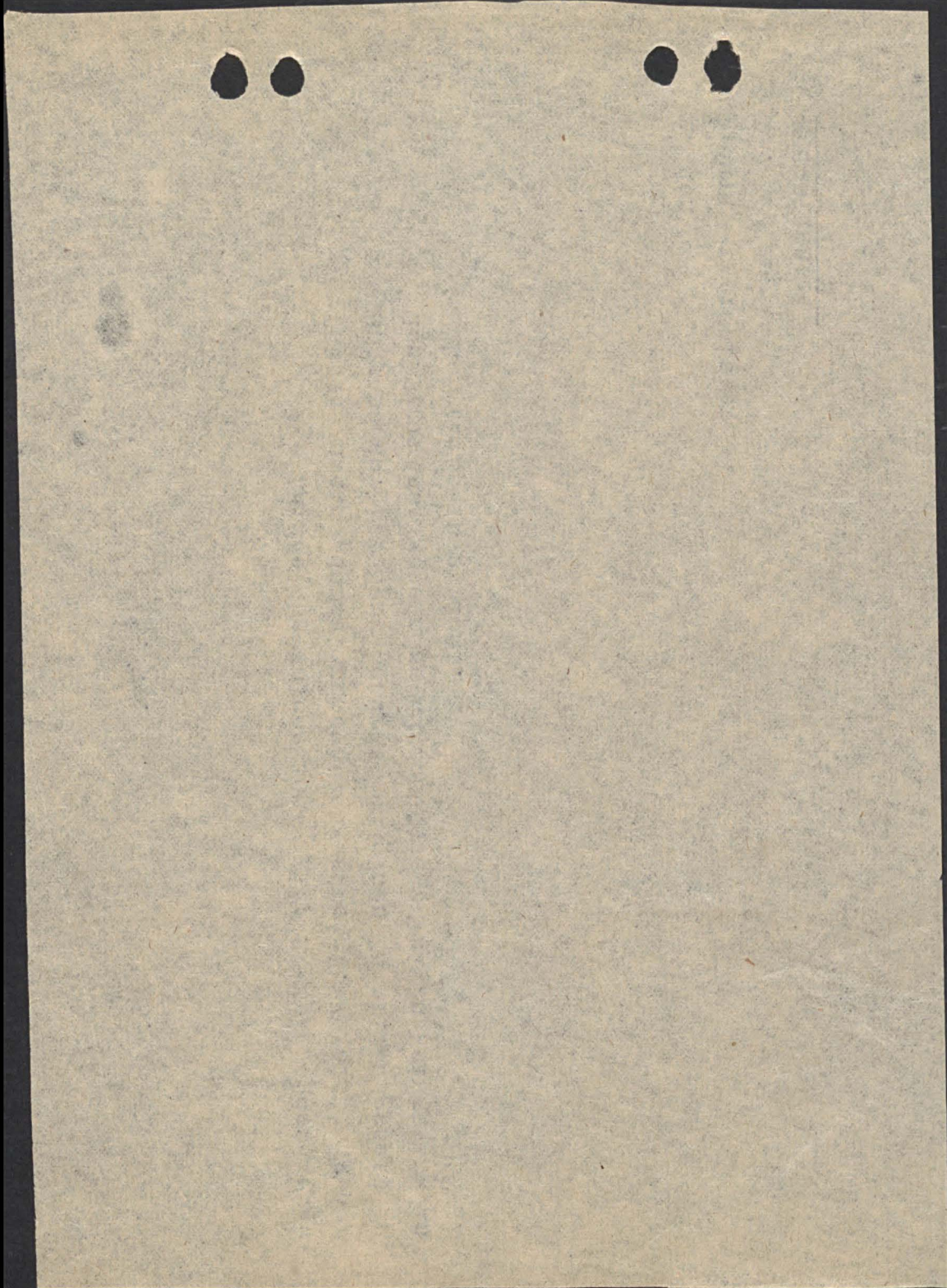
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



56
Ahrensburg, den 6. April 44.
Sa/Str. 30

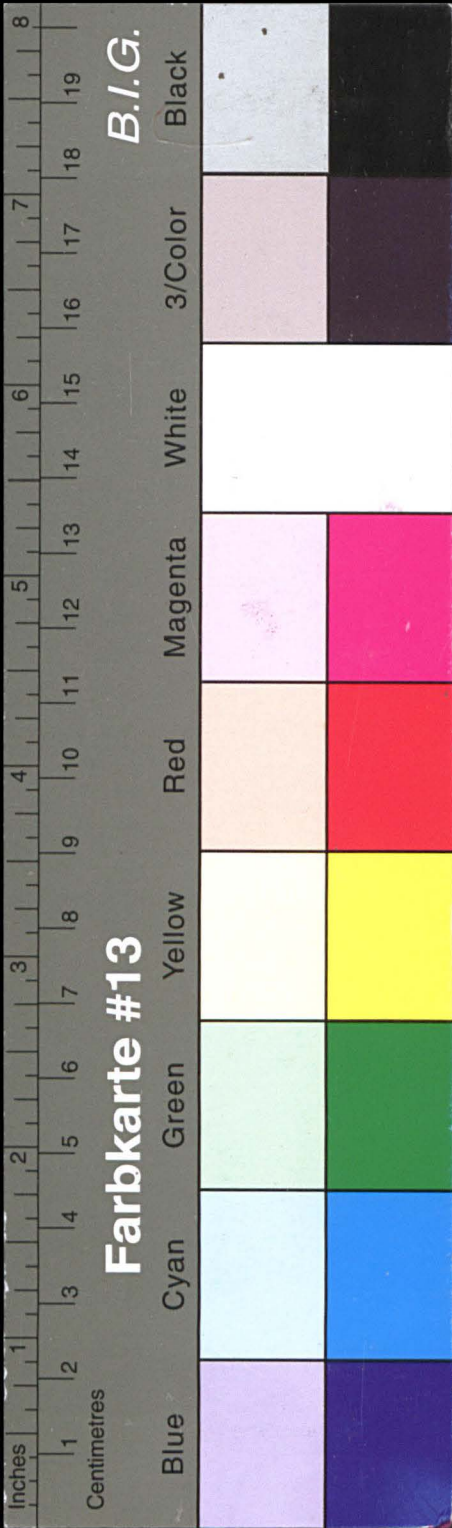
An den
Herrn Landrat
des Kreises Stormarn

Ahrensburg
=====

Als Anlage überreiche ich den neuen Entwurf des
Auseinandersetzungsvertrages über die Vereinigung
der Sparkasse des Kreises Stormarn mit der Spar-
und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe, sowie den
Entwurf einer Eingabe an den Herrn Regierungs-
präsidenten mit Bezug auf die Verfügung vom 28. 3.
1944.-


SPARKASSE DES KREISES STORMARN .

Anl.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



SPARKASSE DES KREISES STORMARN

FERNSPRECHER: 28 60 41 BIS 28 60 45
GESCHÄFTSZEIT:
WERTTAGLICH VON 8 BIS 18 UHR
SONNABENDS VON 8 BIS 13 UHR

Eventuelle Unstimmigkeiten
bitten wir unserer Revisi-
onsabteilung mitteilen zu
wollen.

Betrifft: **Giro-Konto** Nr.:

HAMBURG-WANDSBEK - SCHLOSSTR. 20 - STORMARNHAUS

Der Stand Ihres Kontos wurde bei Abschluß unserer Bücher am **31. 12. 1941** wie folgt festgestellt:

	SOLL		HABEN	
	RM.	Rpf.	RM.	Rpf.
Nettosaldo zu				
Ihren / unseren Gunsten				

Wir bitten, uns die Richtigkeit durch Vollziehung und Rücksendung der Anlage binnen 14 Tagen zu bestätigen.
Umgehende Rückgabe der Anlage ist aus Revisionsgründen unbedingt erforderlich.
Gleichzeitig machen wir Sie höflichst darauf aufmerksam, daß für den Geschäftsverkehr mit unseren Kunden nur die Allgemeinen Geschäftsbedingungen maßgebend sind.

Heil Hitler!

Sparkasse des Kreises Stormarn
Revisions-Abteilung

Form. Nr. 318. 12. 41. 500. FPN.
Saldenbestätigung.

57

Der Bürgermeister
Dr. K. Mi.

Bed. Oldesloe, den 13.4.1944

Herrn
Mr.-Sparkassendirektor S a n d e r
h i e r

2 Anlagen

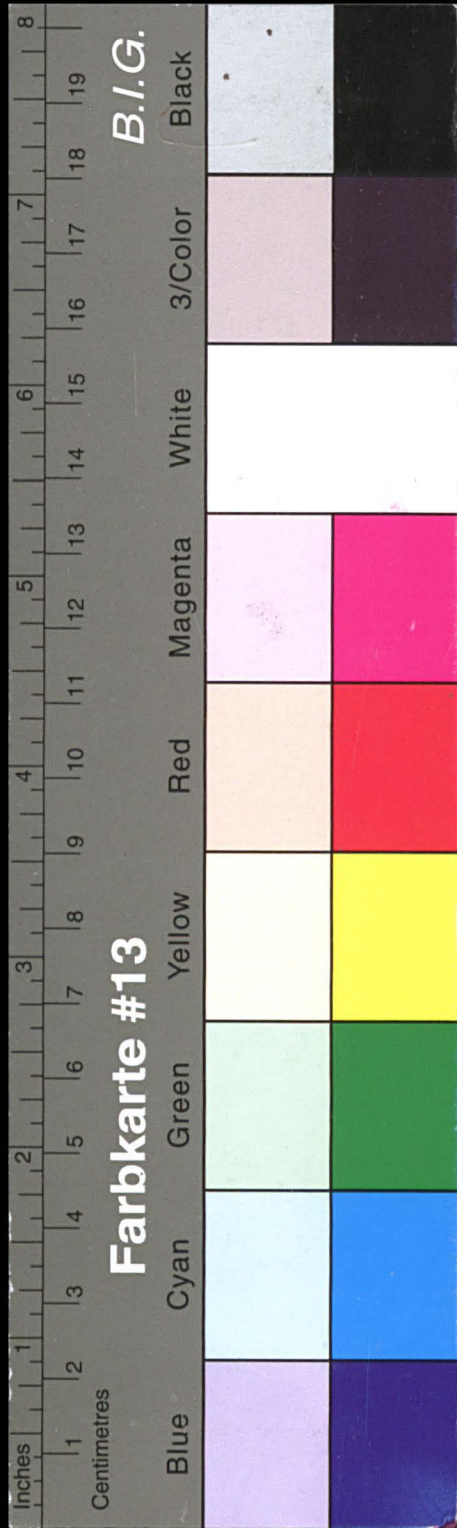
In der Anlage übersende ich nach Unterzeichnung zwei Exemplare des Auseinandersetzungsvertrages über die Vereinigung der Sparkasse des Kreises Stormarn mit der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad. Oldesloe. Ich habe keine Änderungswünsche.

Gern habe ich davon Kenntnis genommen, daß der Herr Landrat einen Beteiligungssatz für den Sparkassenverein am ausschüttungsfähigen Reingewinn in Höhe von 6 % zugestimmt hat.

Heil Hitler!

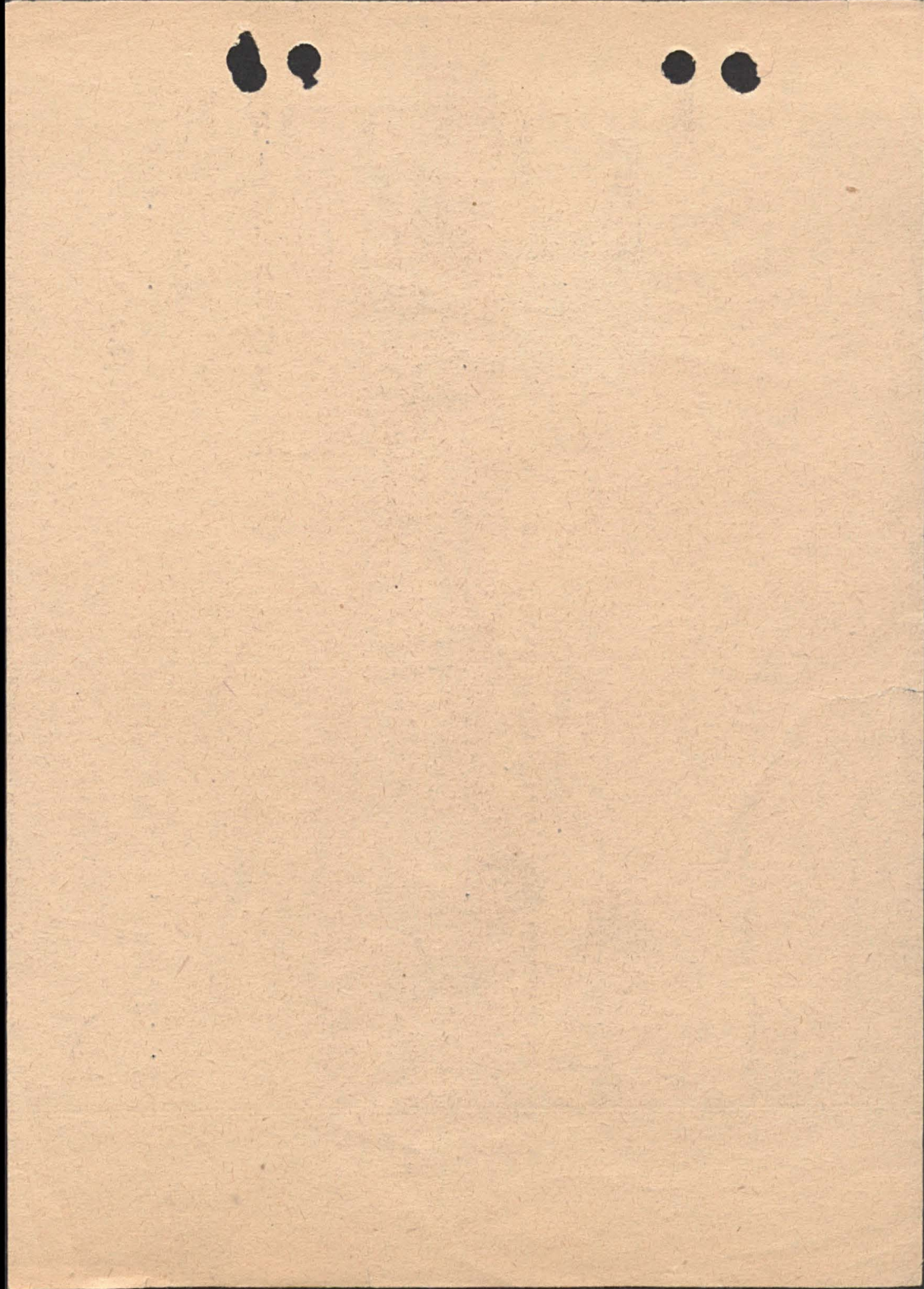
[Handwritten signature]

31



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Der Landrat
des Kreises Stormarn

32.58
1214.44

E n t w u r f
=====

An den
Herrn Regierungspräsidenten
in S c h l e s w i g
=====

Zur Verfügung vom 28.3.1944 Nr. 74644-13 durch den Herrn Verbandsvorsteher des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein, Kiel.

Als Anlage überreiche ich in doppelter Ausfertigung den neuen mit dem Bürgermeister der Stadt Bad Oldesloe geschlossenen Auseinandersetzungsvertrag über die Vereinigung der Sparkasse des Kreises Stormarn mit der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe zu einer

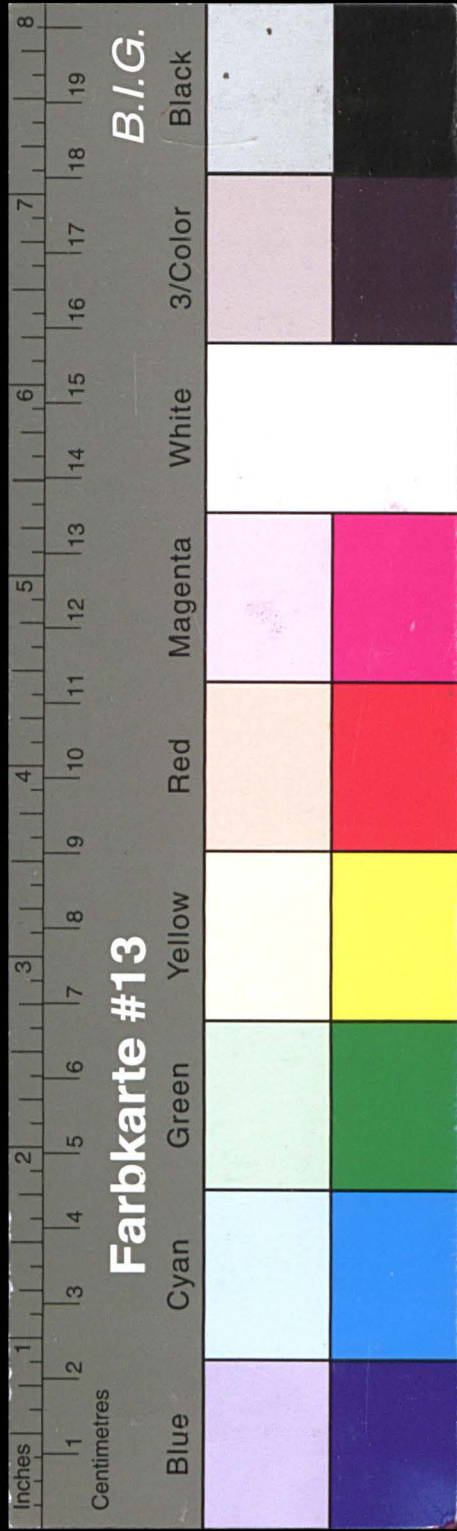
"Kreis- und Stadtparkasse Stormarn"

in Bad Oldesloe.

Die Bestimmung über die Beteiligung des Sparkassenvereins e.V. in Bad Oldesloe ist in den § 36 Abs. 3 aufgenommen worden. Für die dem Verein nach bisherigem Recht zustehenden Ansprüche ist eine Abfindungssumme von RM 100.000.-- vereinbart und in Abschn. III des Auseinandersetzungsvertrages festgelegt.

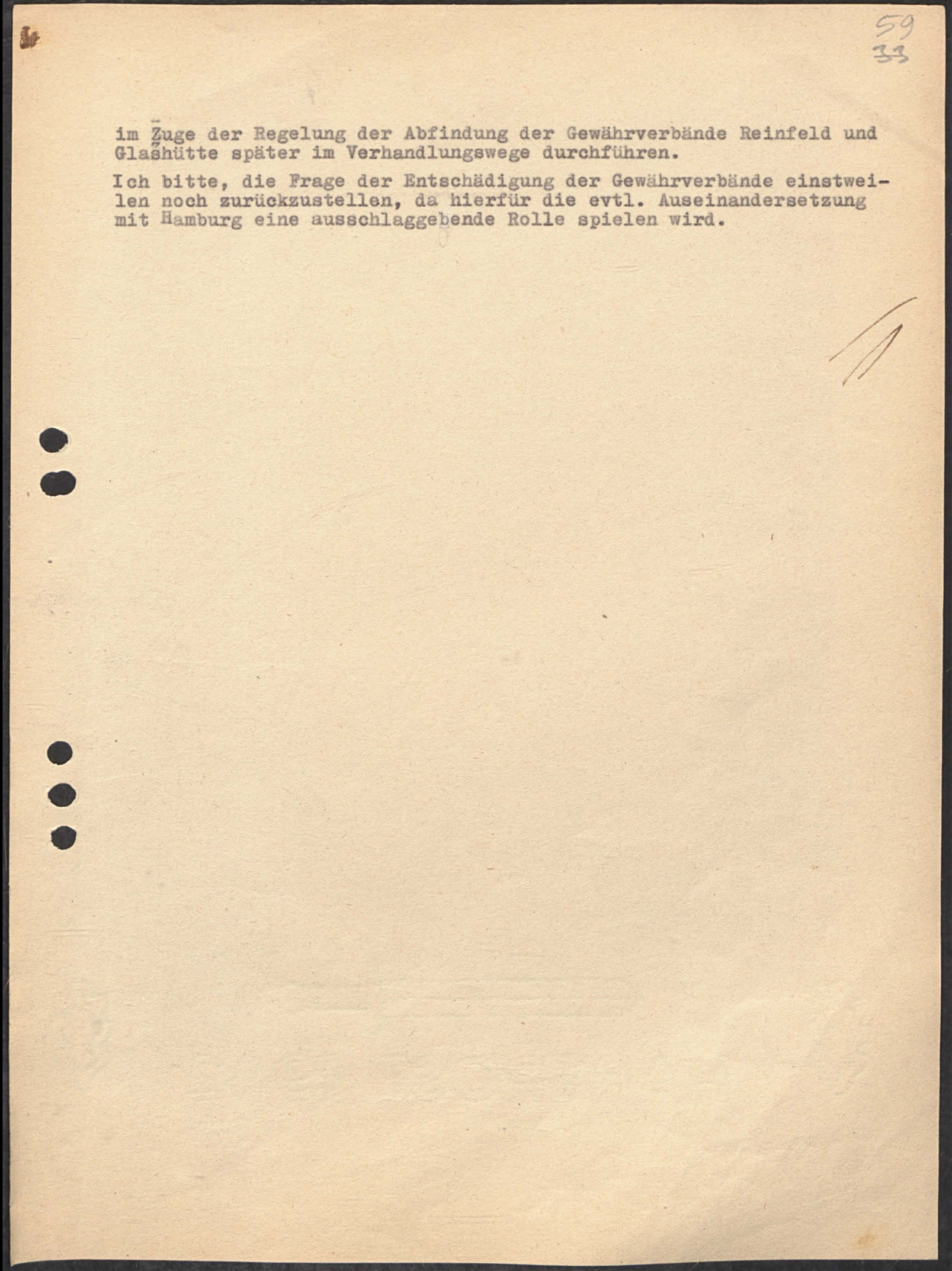
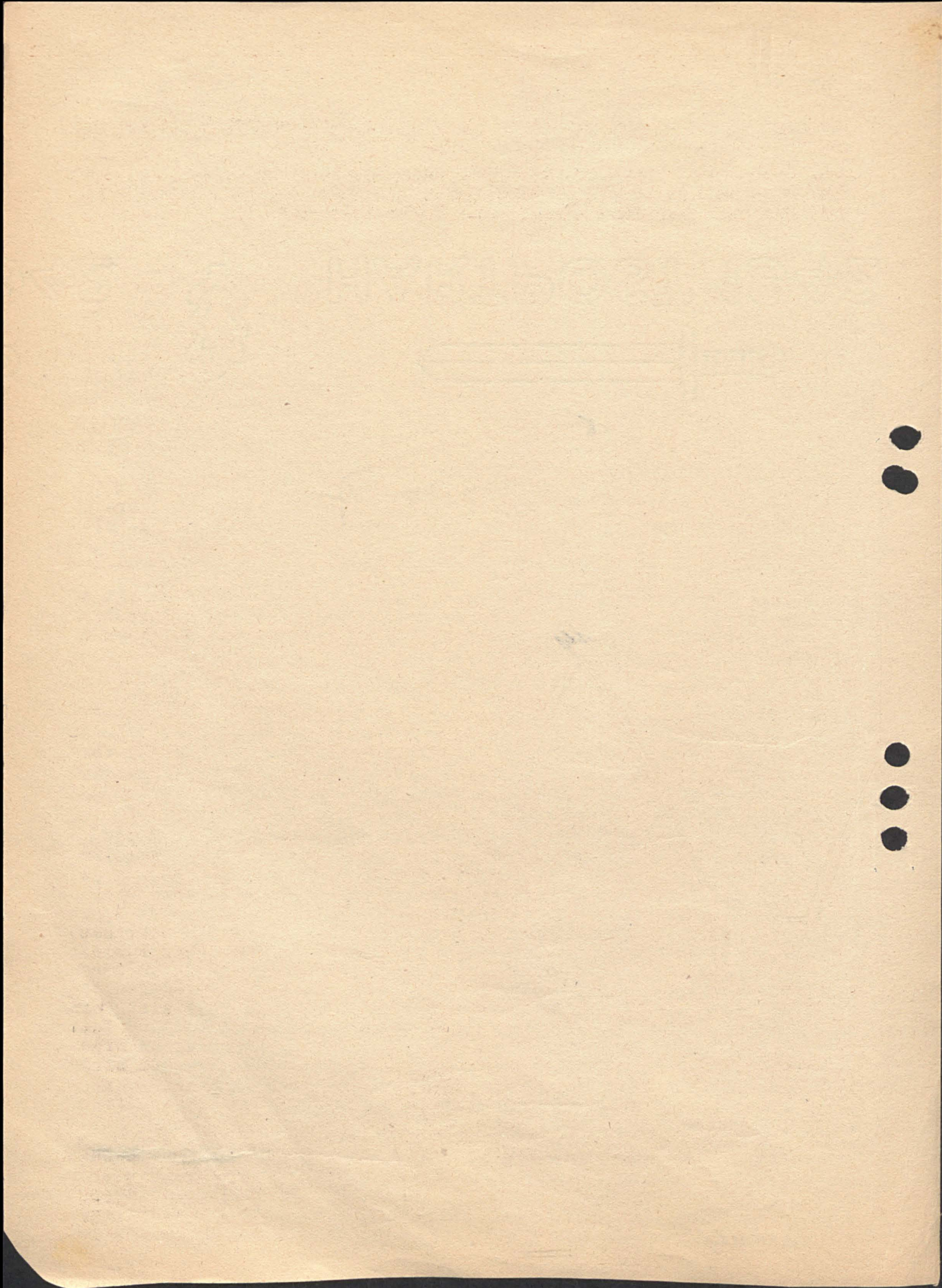
Ich bitte, von einer Änderung des Betreuungsgebietes der künftigen Kreis- und Stadtparkasse abzusehen und es bei der vorgeschlagenen Regelung zu belassen, weil einmal dieses Gebiet bereits heute in der Satzung der Sparkasse des Kreises Stormarn festgelegt ist und zum anderen auch zum grössten Teile zu den Ausleihebezirken der neu anzugliedernden Sparkassen im Kreise Stormarn gehört. Es kommt hinzu, dass die Sparkassen des Kreises Stormarn in den bezeichneten Gebieten erhebliche Ausleihungen und Geschäftsbeziehungen haben, die nicht ohne weiteres zu lösen sind. Die Ausleihebezirke anderer Sparkassen der Provinz greifen ebenfalls vielfach in das Gebiet anderer Kreise über, ohne dass sich hieraus besondere Schwierigkeiten ergeben haben, da es sich meistens um Bezirke handelt, die wirtschaftlich zu bestimmten Sparkassenstellen orientiert sind. Neu-Ausleihungen in Gebiete ausserhalb des Kreises sind praktisch äusserst selten. Es handelt sich dann nur um alte Kunden der Sparkasse, welche auf besonderen Wunsch diese Verbindung aufrecht erhalten wollen.

Ich bitte, die Angliederung der Zweckverbands- Sparkasse Trittau und der Gemeinde-Sparkasse Bargteheide an die Sparkasse des Kreises Stormarn ebenfalls zum 1. Juli 1944 zu erwirken. Die Überleitung dieser Sparkassen bitte ich im Wege der Gesamtrechtsnachfolge zu beantragen. Die Entschädigungssumme an die Gewährverbände festzusetzen, werde ich



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

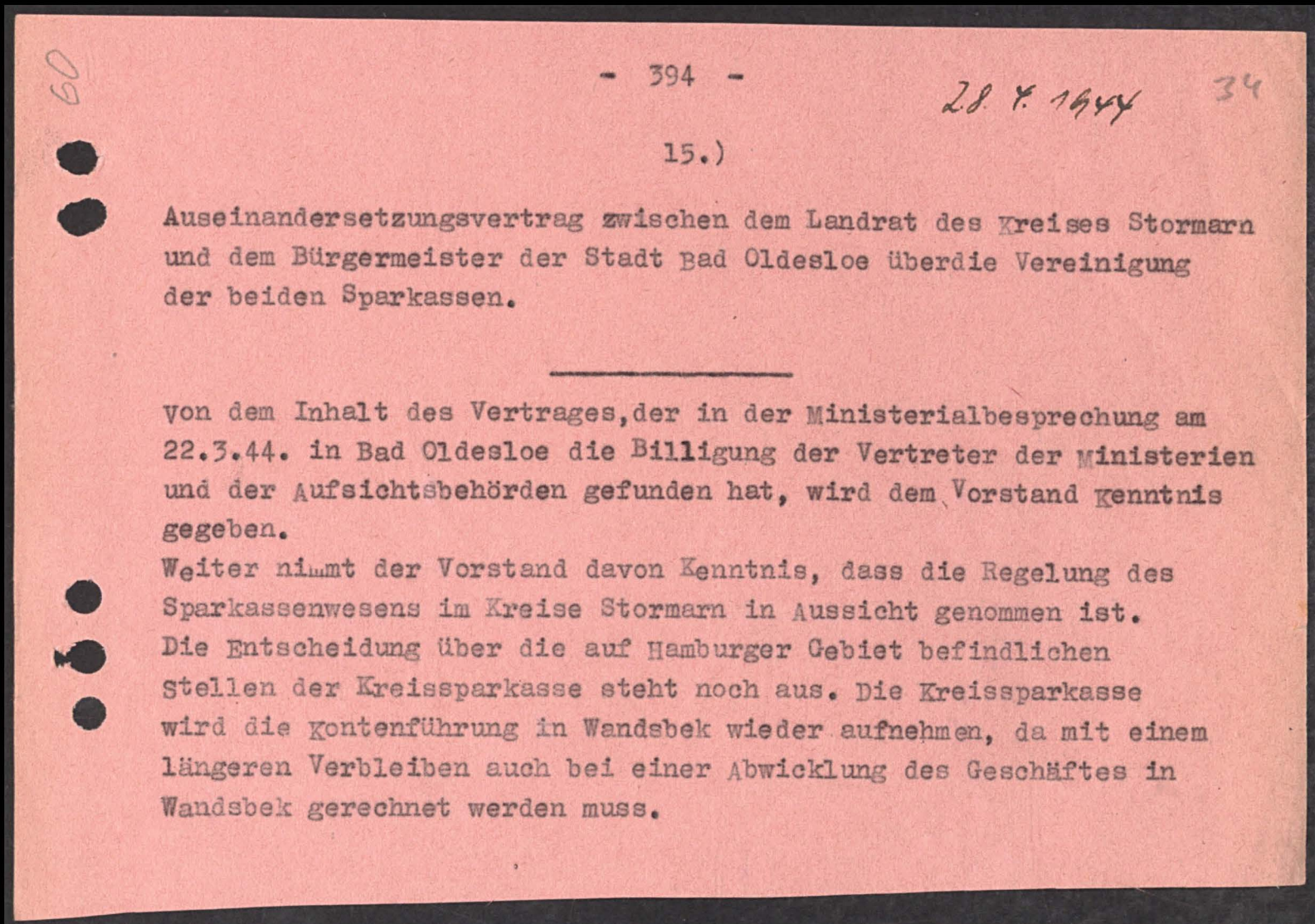


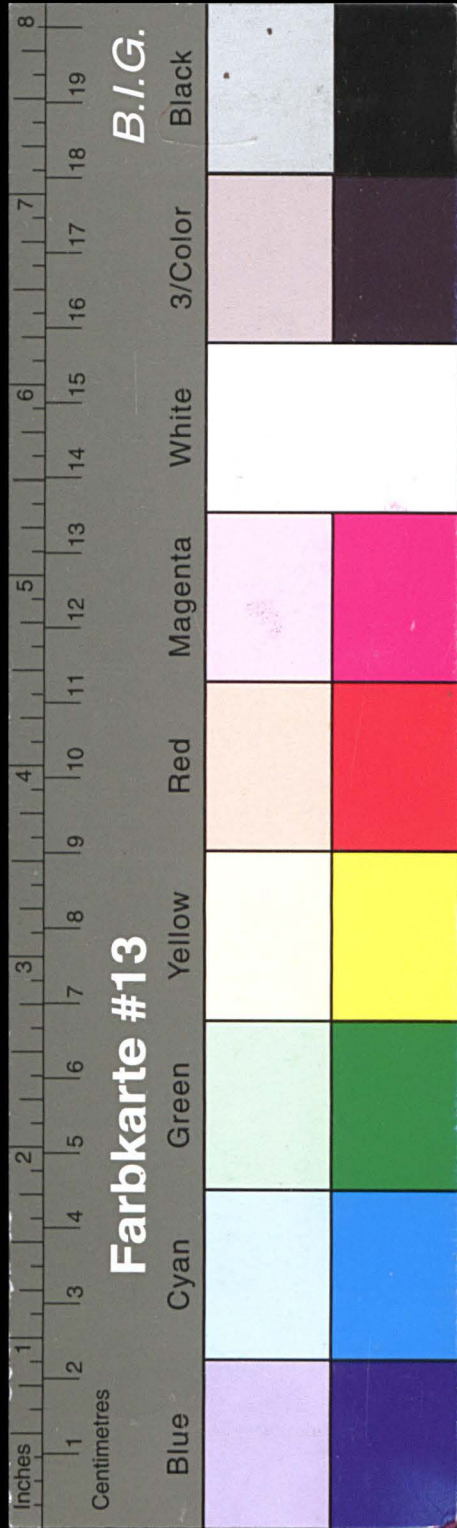
im Zuge der Regelung der Abfindung der Gewährverbände Reinfeld und
Glashütte später im Verhandlungswege durchführen.

Ich bitte, die Frage der Entschädigung der Gewährverbände einstwei-
len noch zurückzustellen, da hierfür die evtl. Auseinandersetzung
mit Hamburg eine ausschlaggebende Rolle spielen wird.

Kreisarchiv Stormarn E103

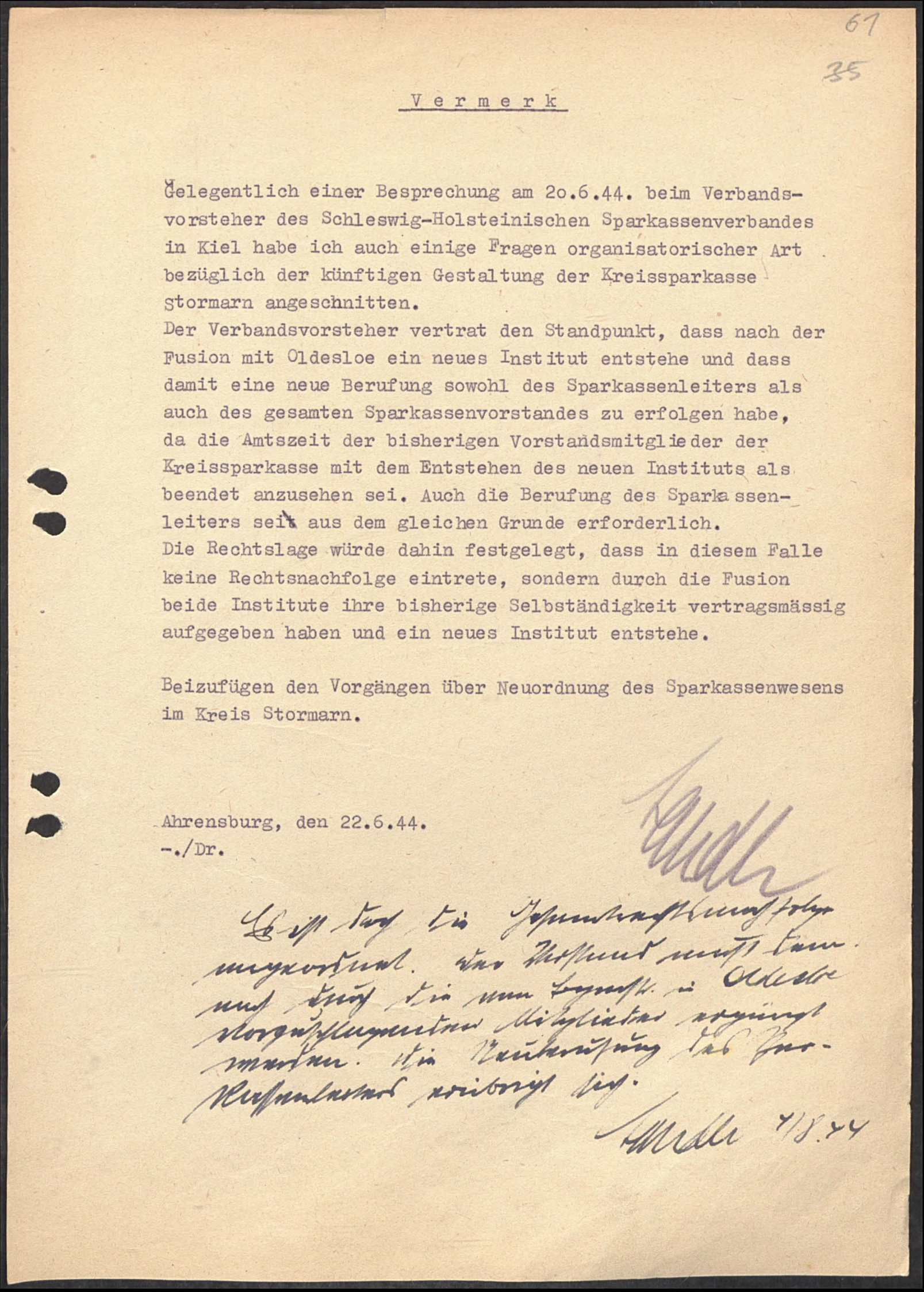
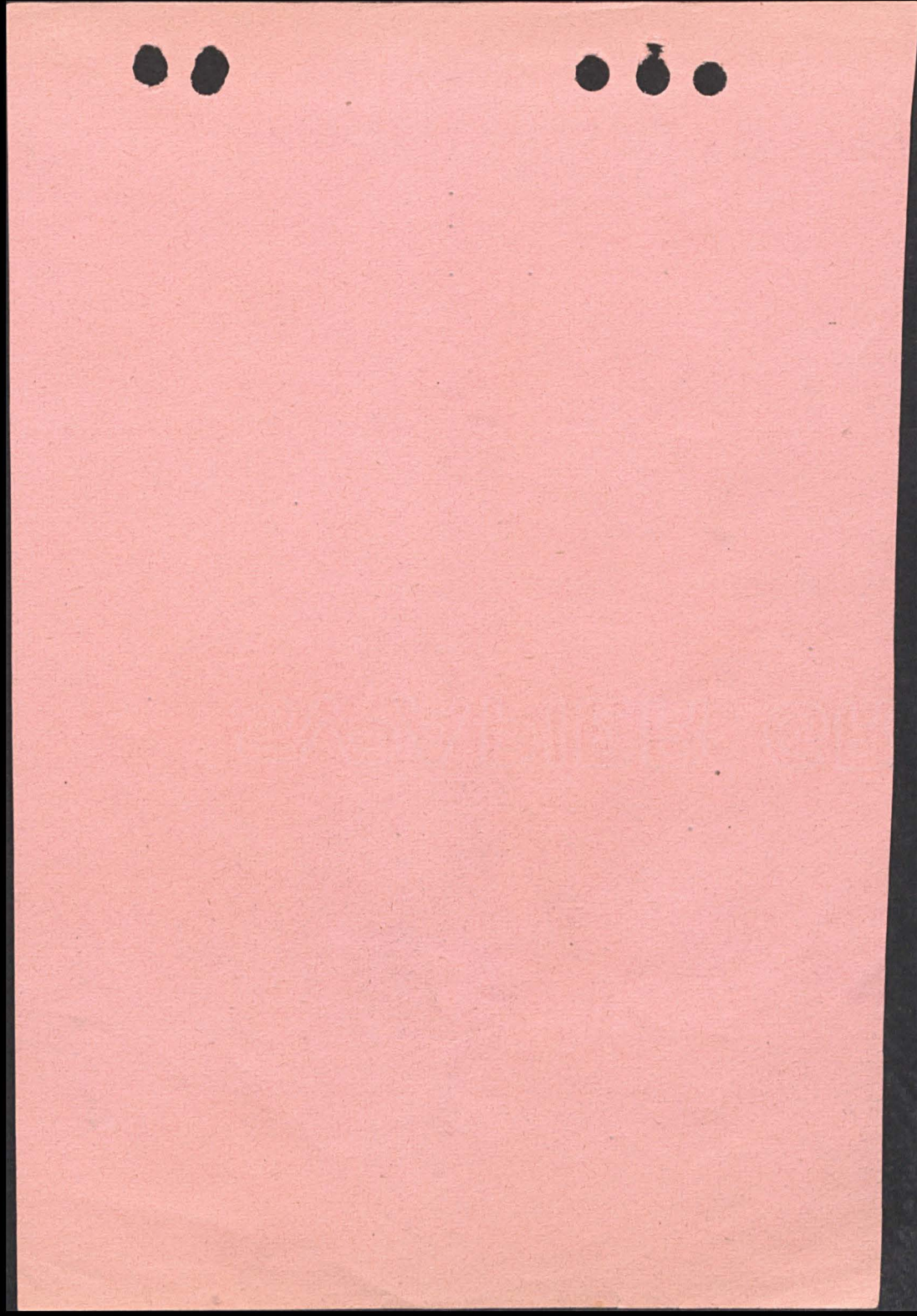
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

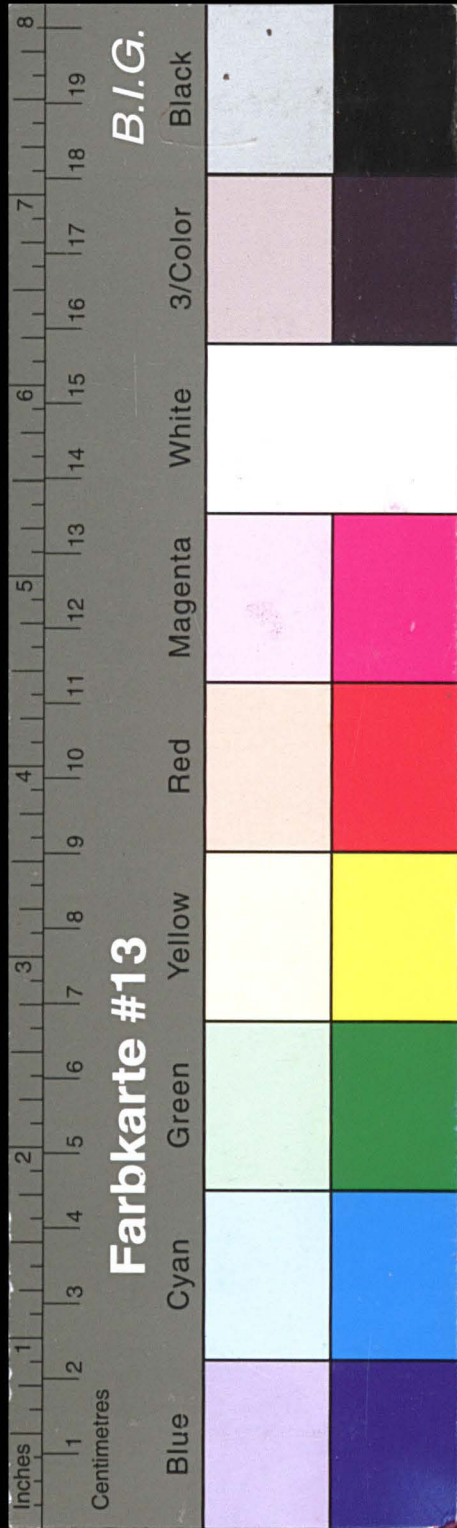




Kreisarchiv Stormarn E103

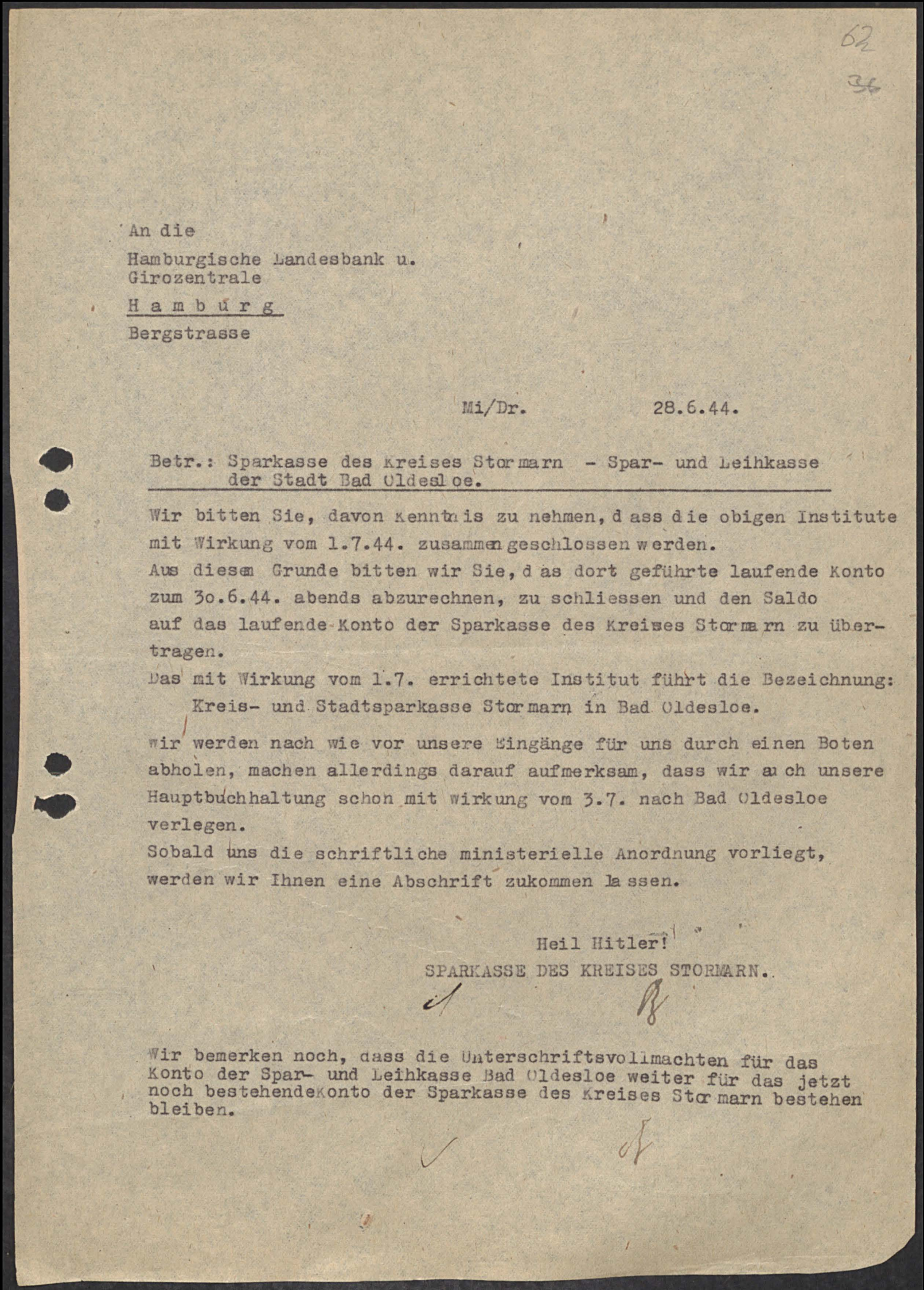
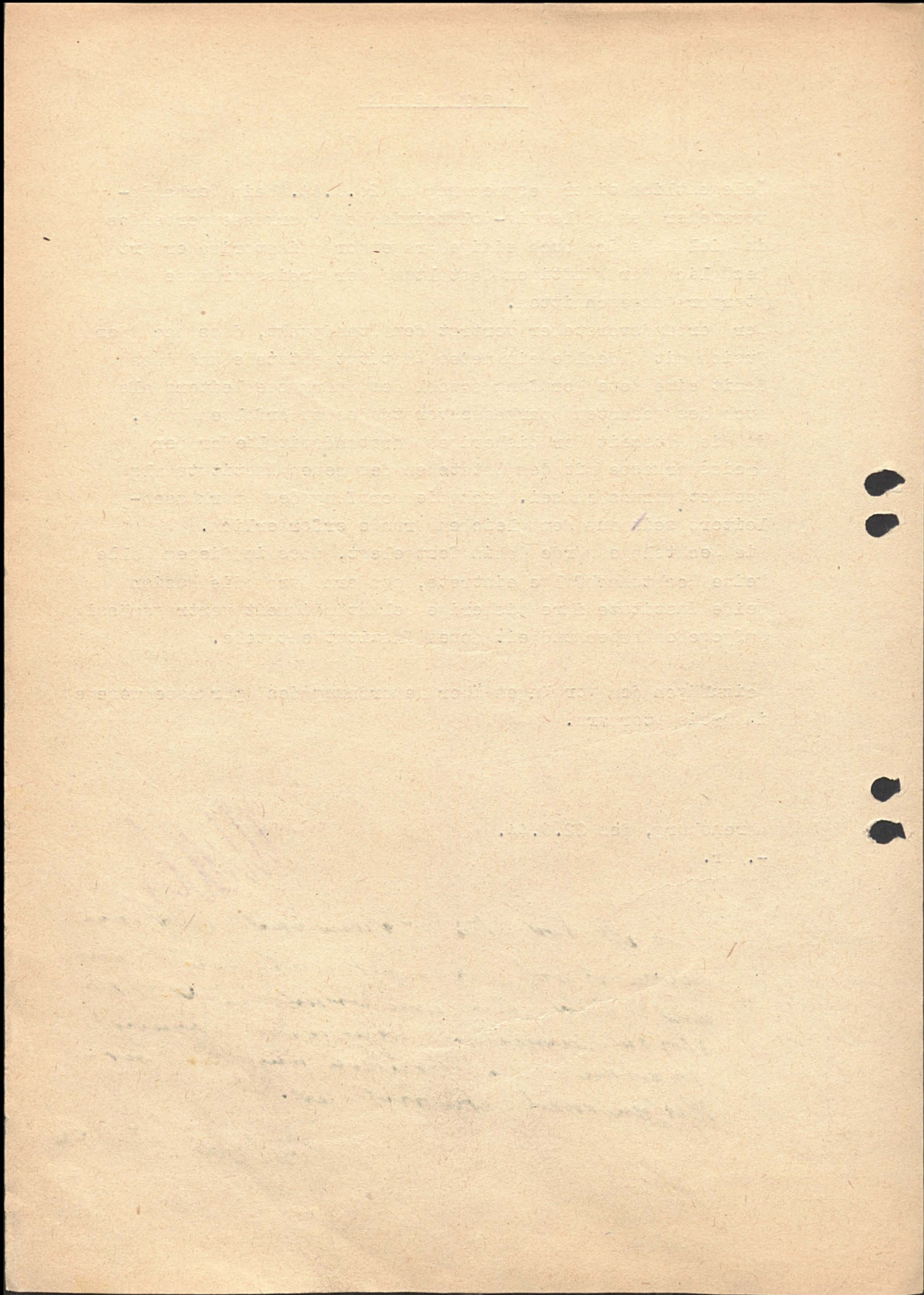
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



An die
Hamburgische Landesbank u.
Girozentrale
H a m b u r g
Bergstrasse

Mi/Dr. 28.6.44.

Betr.: Sparkasse des Kreises Stormarn - Spar- und Leihkasse
der Stadt Bad Oldesloe.

Wir bitten Sie, davon Kenntnis zu nehmen, dass die obigen Institute
mit Wirkung vom 1.7.44. zusammengeschlossen werden.

Aus diesem Grunde bitten wir Sie, das dort geführte laufende Konto
zum 30.6.44. abends abzurechnen, zu schliessen und den Saldo
auf das laufende Konto der Sparkasse des Kreises Stormarn zu über-
tragen.

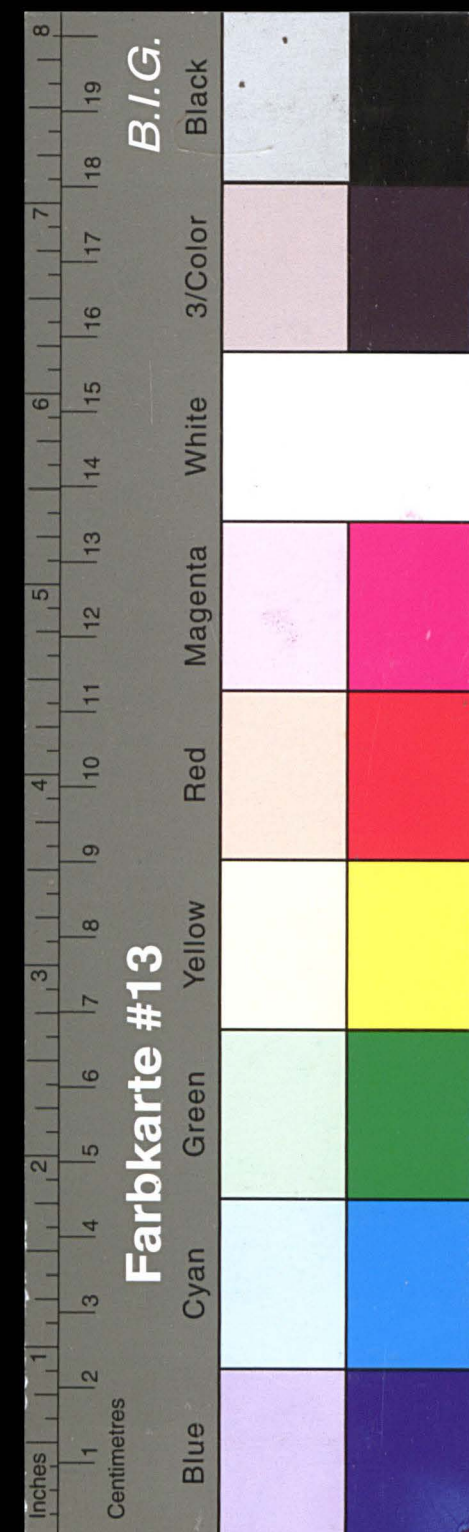
Das mit Wirkung vom 1.7. errichtete Institut führt die Bezeichnung:
Kreis- und Stadtsparkasse Stormarn in Bad Oldesloe.

wir werden nach wie vor unsere Eingänge für uns durch einen Boten
abholen, machen allerdings darauf aufmerksam, dass wir auch unsere
Hauptbuchhaltung schon mit Wirkung vom 3.7. nach Bad Oldesloe
verlegen.

Sobald uns die schriftliche ministerielle Anordnung vorliegt,
werden wir Ihnen eine Abschrift zukommen lassen.

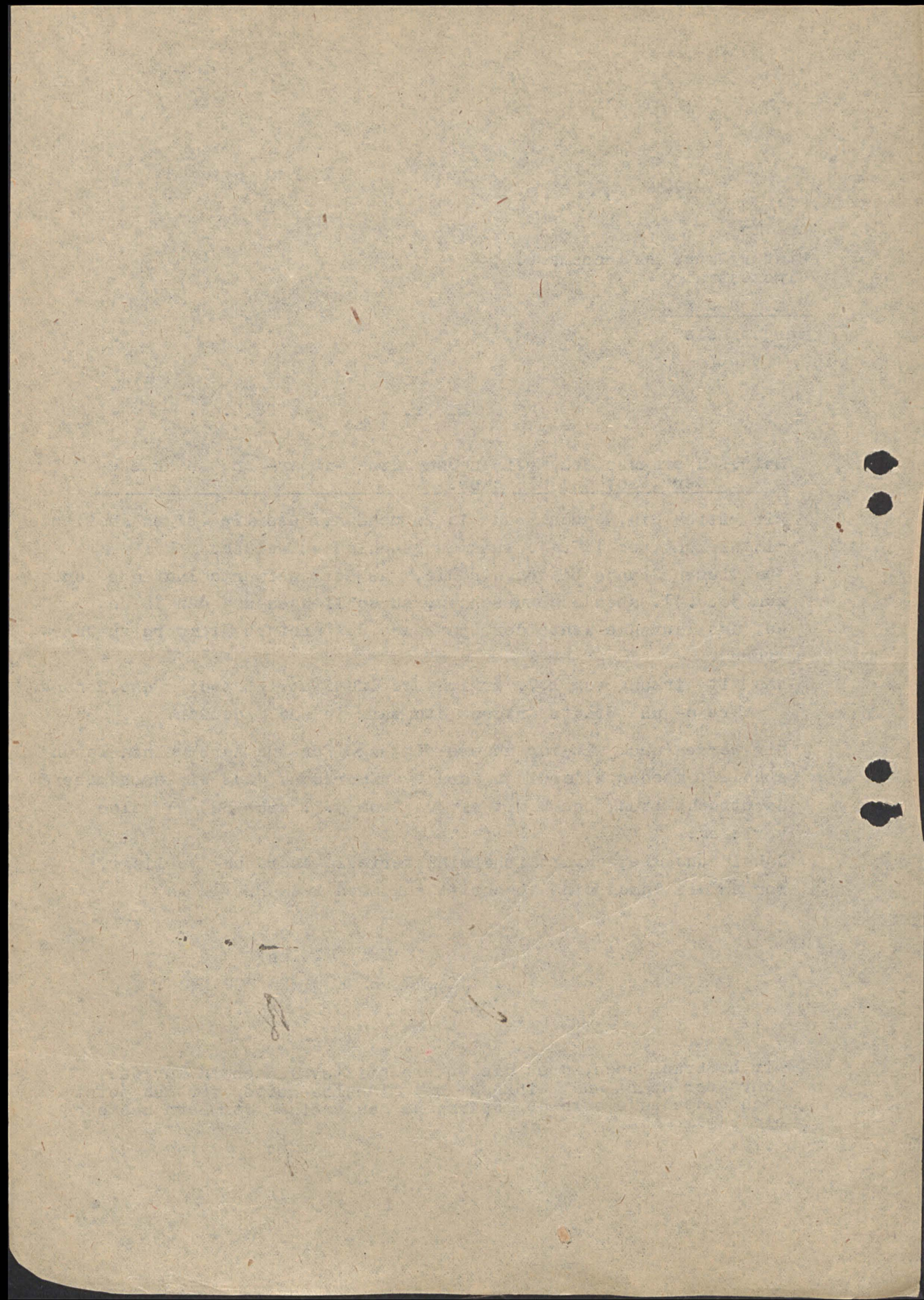
Heil Hitler!
SPARKASSE DES KREISES STORMARN.
[Signature]

Wir bemerken noch, dass die Unterschriftsvollmachten für das
Konto der Spar- und Leihkasse Bad Oldesloe weiter für das jetzt
noch bestehende Konto der Sparkasse des Kreises Stormarn bestehen
bleiben.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



An die
Landesbank u. Girozentrale
für Schleswig-Holstein
K i e l

Mi-Dr.

28.6.44.

Betr.: Sparkasse des Kreises Stormarn - Spar- und Leihkasse
der Stadt Bad Oldesloe.

Wir bitten Sie, davon Kenntnis zu nehmen, dass die obigen Institute
mit Wirkung vom 1.7.44. zusammengeschlossen werden.

Aus diesem Grunde bitten wir Sie, das dort geführte laufende Konto
zum 30.6.44. abends abzurechnen, zu schliessen und den Saldo
auf das laufende Konto der Sparkasse des Kreises Stormarn zu über-
tragen.

Das mit Wirkung vom 1.7. errichtete Institut führt die Bezeichnung:
Kreis- und Stadtparkasse Stormarn in Bad Oldesloe.

Sämtliche Eingänge für uns bitten wir mit Wirkung vom 1.7. zu
richten nach Bad Oldesloe.

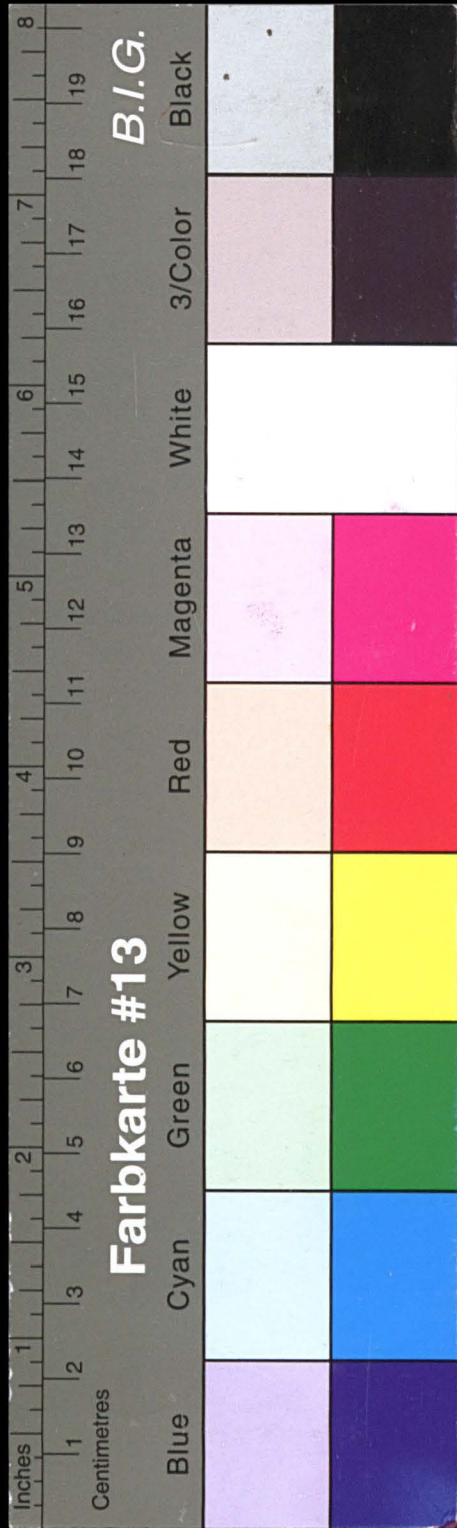
Sobald uns die schriftliche ministerielle Anordnung vorliegt,
werden wir Ihnen eine Abschrift zukommen lassen.

Heil Hitler!
Sp. fallen

Heil Hitler!
SPARKASSE DES KREISES STORMARN.

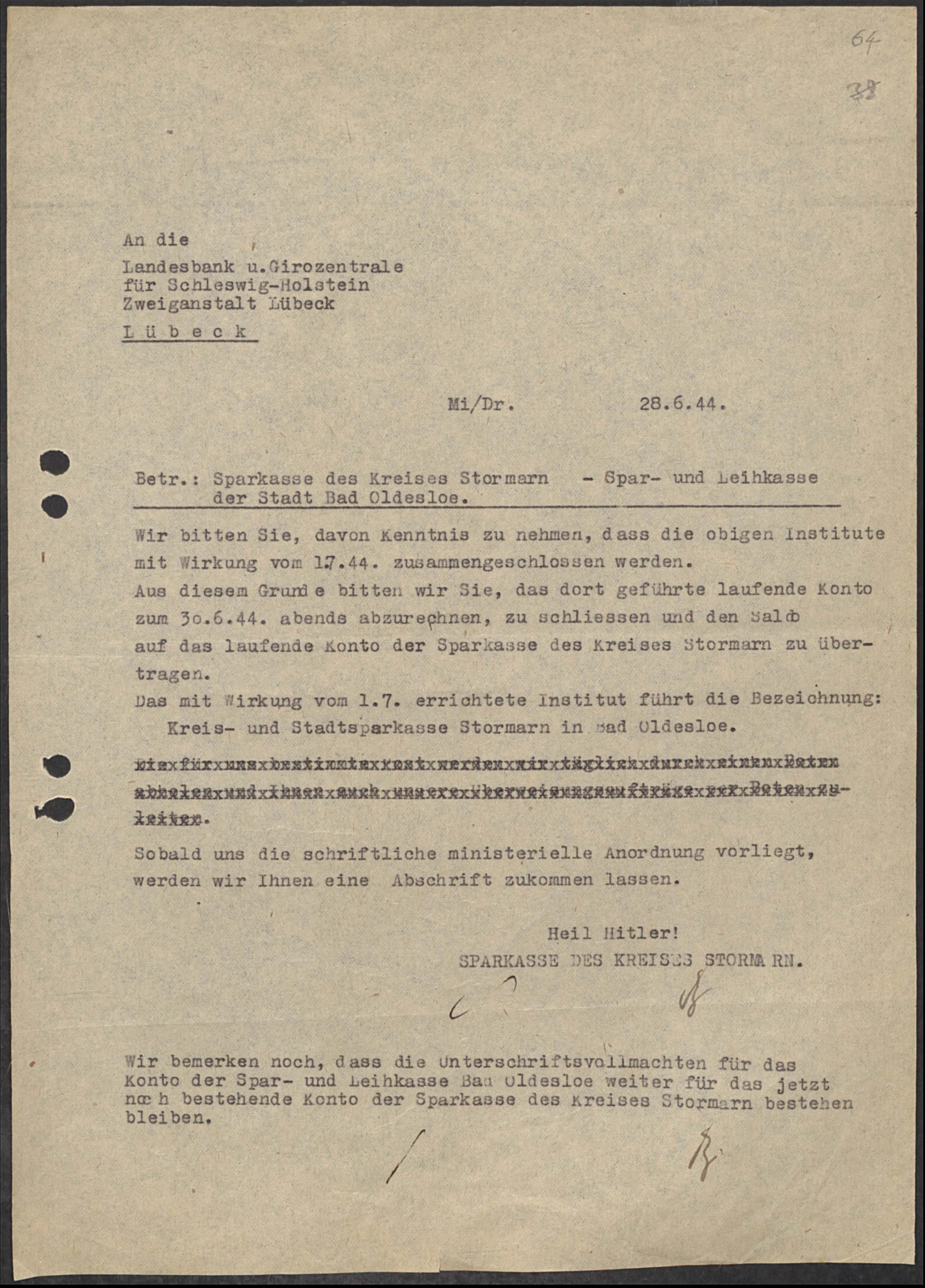
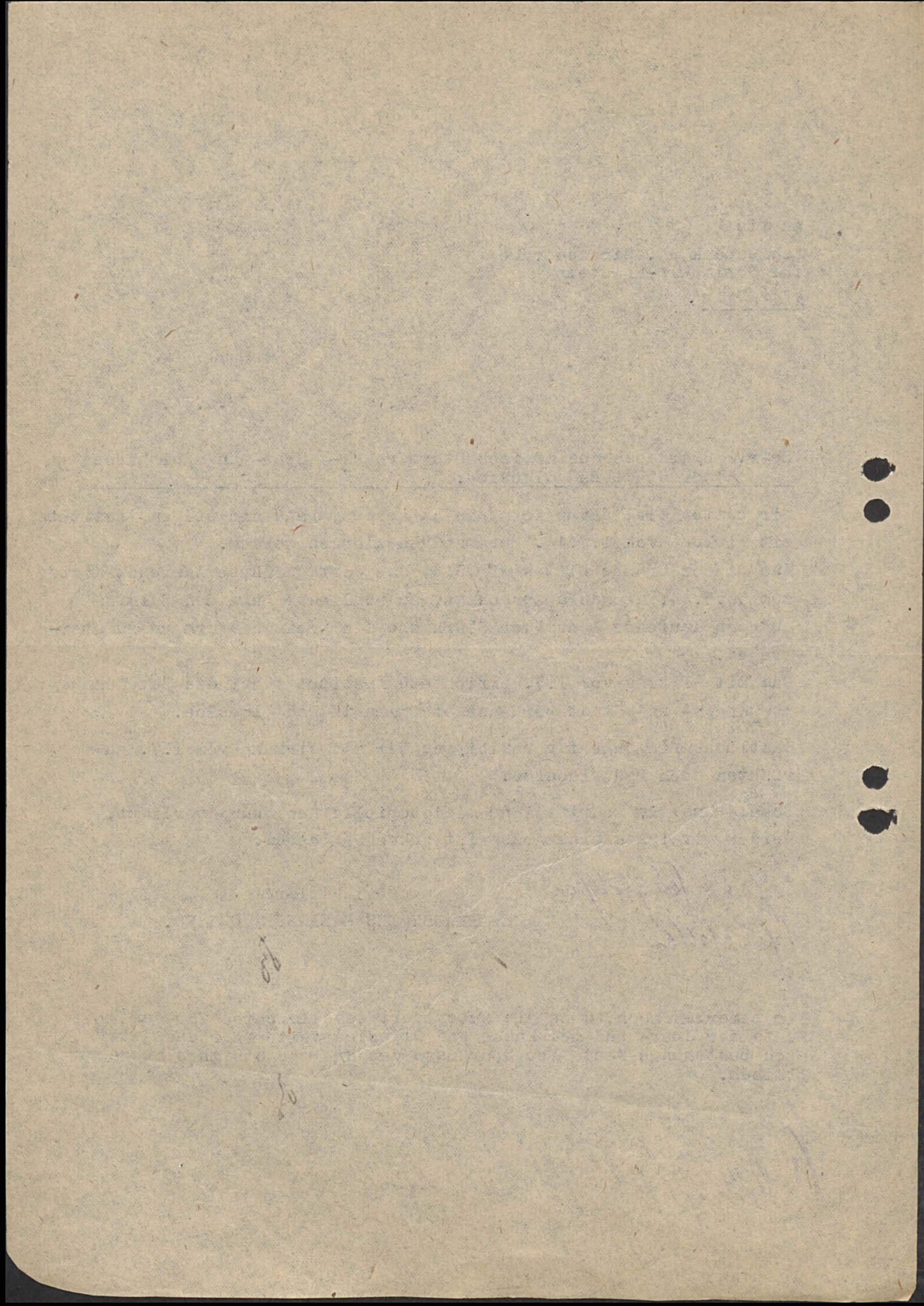
Wir bemerken noch, dass die Unterschriftsvollmachten für das
Konto der Spar- und Leihkasse Bad Oldesloe weiter für das jetzt
noch bestehende Konto der Sparkasse des Kreises Stormarn bestehen
bleiben.

fa. Hötting. Lohr. Oltmann. anlagen



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



An die
Landesbank u. Girozentrale
für Schleswig-Holstein
Zweiganstalt Lübeck
L ü b e c k

Mi/Dr. 28.6.44.

Betr.: Sparkasse des Kreises Stormarn - Spar- und Leihkasse
der Stadt Bad Oldesloe.

Wir bitten Sie, davon Kenntnis zu nehmen, dass die obigen Institute
mit Wirkung vom 1.7.44. zusammengeschlossen werden.
Aus diesem Grunde bitten wir Sie, das dort geführte laufende Konto
zum 30.6.44. abends abzurechnen, zu schliessen und den Saldo
auf das laufende Konto der Sparkasse des Kreises Stormarn zu über-
tragen.

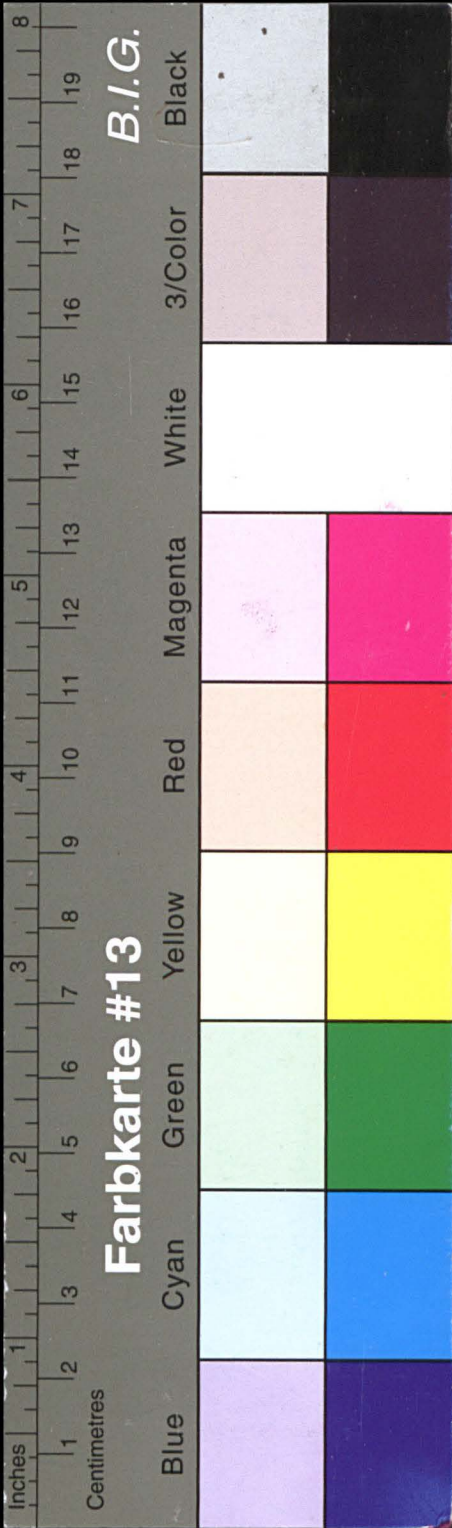
Das mit Wirkung vom 1.7. errichtete Institut führt die Bezeichnung:
Kreis- und Stadtsparkasse Stormarn in Bad Oldesloe.

~~Wir bitten Sie, das dort geführte laufende Konto zum 30.6.44. abends abzurechnen, zu schliessen und den Saldo auf das laufende Konto der Sparkasse des Kreises Stormarn zu übertragen.~~

Sobald uns die schriftliche ministerielle Anordnung vorliegt,
werden wir Ihnen eine Abschrift zukommen lassen.

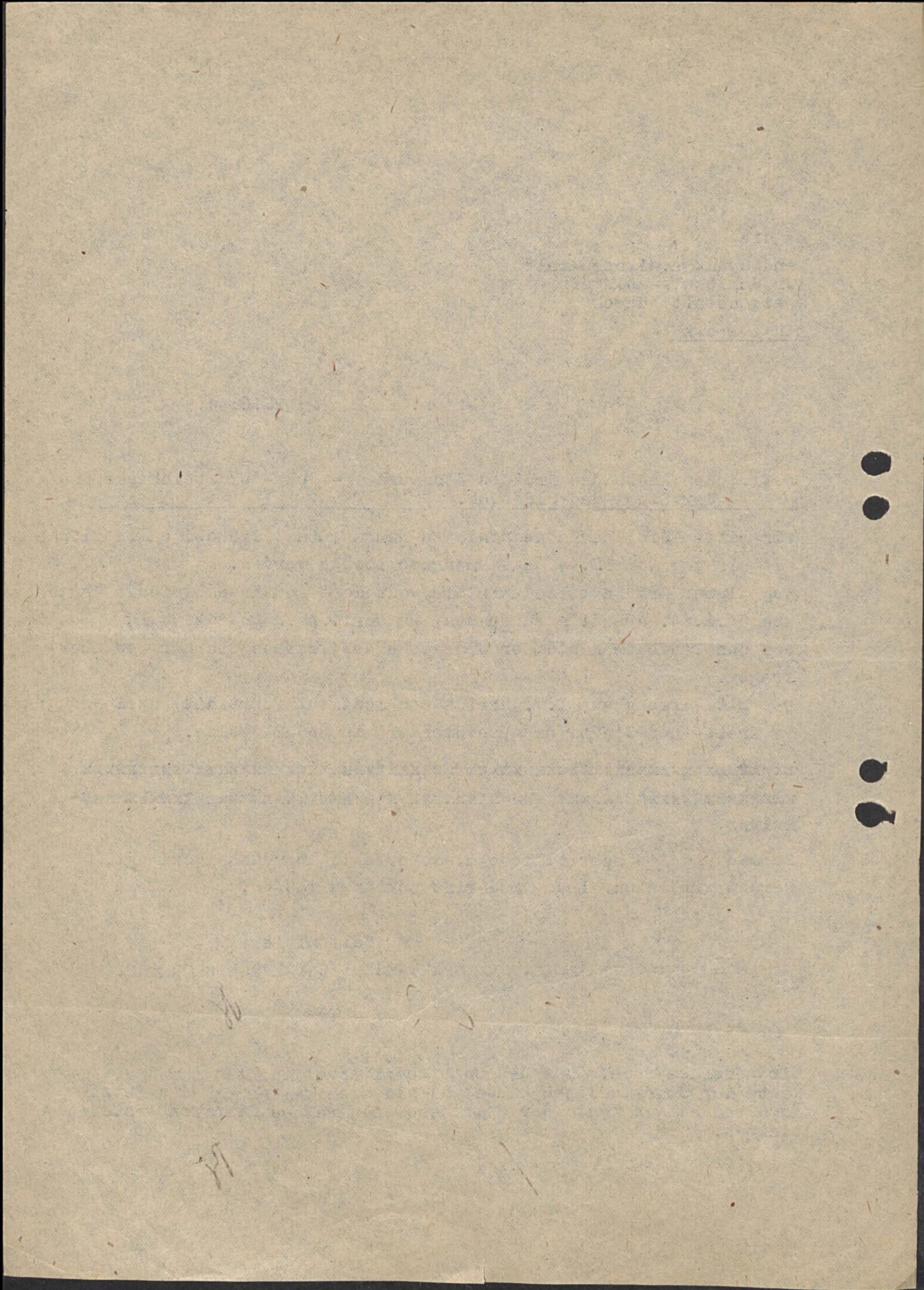
Heil Hitler!
SPARKASSE DES KREISES STORMARN.

Wir bemerken noch, dass die Unterschriftsvollmachten für das
Konto der Spar- und Leihkasse Bad Oldesloe weiter für das jetzt
noch bestehende Konto der Sparkasse des Kreises Stormarn bestehen
bleiben.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



65
39

Landesbank und Girozentrale Schleswig-Holstein
Zweiganstalten in Lübeck und Heide

KIEL, Fernruf: 8081

Telegr.-Anschr.: Landesbank
Reichsbank-Girokonto, Nr. 23/5
Postscheckkonto Hambg. Nr. 13 328

An die
Kreis- und Stadtparkasse
Stormarn,
Bad Oldesloe

Ihre Zeichen: Ihre Nachricht vom: Unser Zeichen: V Wa/K. Datum: 30. Juni 1944.

Betr.: Sparkasse d.Kr.Stormarn - Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe.

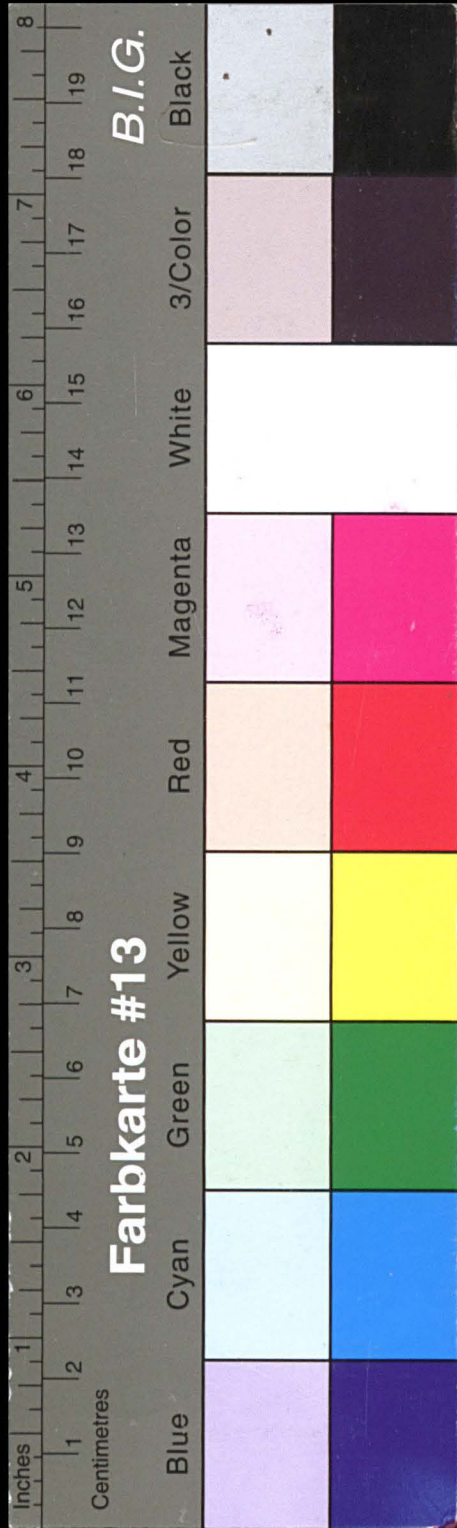
Wir haben davon Kenntnis genommen, dass die obigen Institute mit Wirkung vom 1. Juli ds.Js. ab unter der Bezeichnung
Kreis- und Stadtparkasse Stormarn in Bad Oldesloe
zusammengeschlossen werden.
Sämtliche Eingänge für Sie werden wir wunschgemäß mit Wirkung vom 1. Juli an nach Bad Oldesloe richten. Hinsichtlich der Abrechnung des bei uns geführten lfd. Kontos werden Sie seitens unserer Buchhaltung eine besondere Mitteilung erhalten.
Die Umschreibung des bei uns bestehenden Depots auf den Namen der Kreis- und Stadtparkasse Stormarn in Bad Oldesloe haben wir vorgenommen. Stets gern zu Ihren Diensten.

Heil Hitler!
Landesbank und Girozentrale
Schleswig-Holstein.

Z. d. A. N.

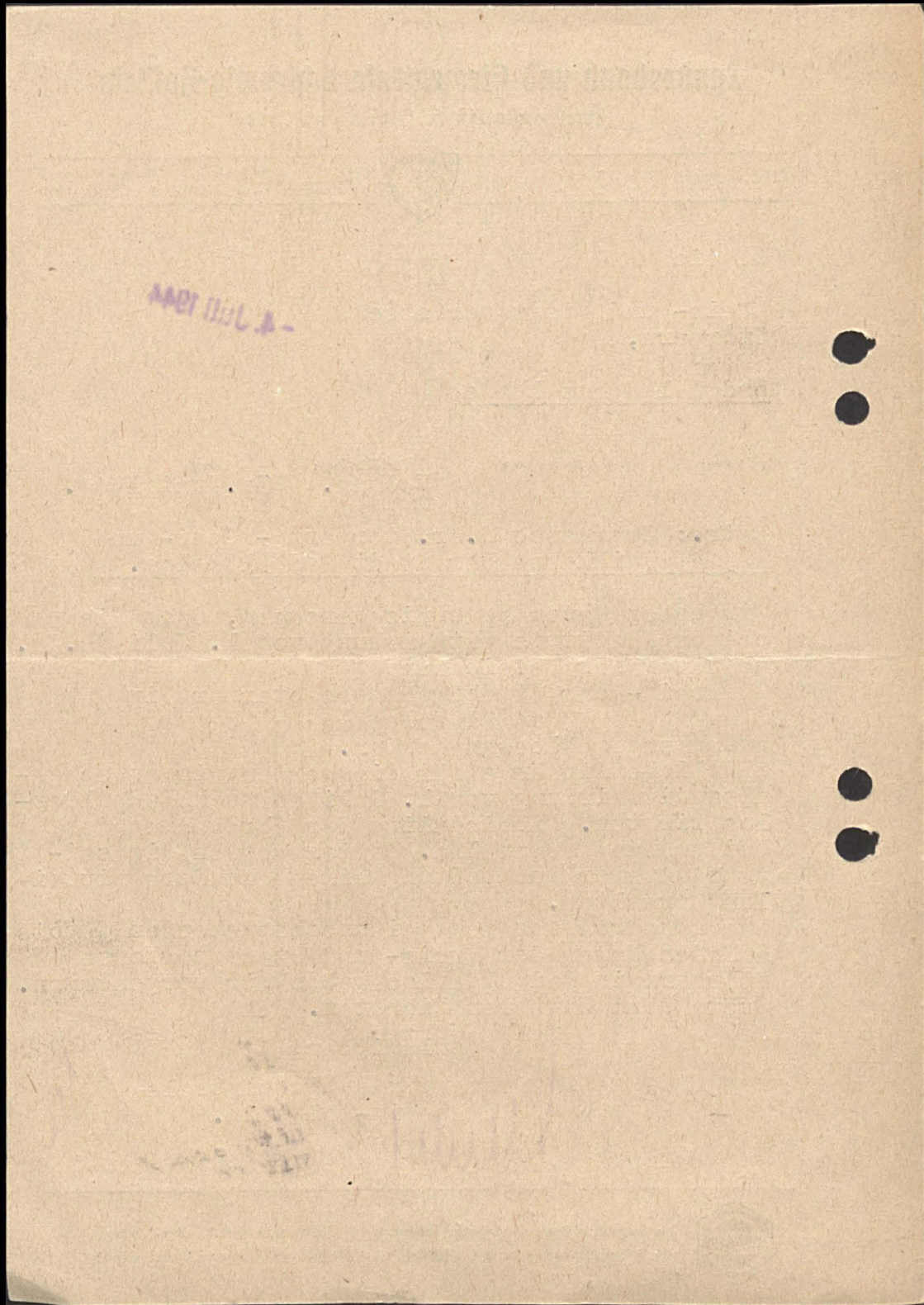
369b 244 15000
E-0079

der bargeldlose Zahlungsverkehr der Sparkassen und Girokassen - einfach, schnell, sicher -
4,2 Millionen Spargirokonten in Großdeutschland. • 200 Milliarden Reichsmark Umsatz im Jahre




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



66 40

Landesbank und Girozentrale Schleswig-Holstein
Zweiganstalten in Lübeck und Heide

KIEL, Fernruf:  Telegr.-Anschr.: Landesbank Reichsbank-Girokonto, Nr. 23/5 Postscheckkonto Hamb. Nr. 13 328

An die
Kreis- und Stadtparkasse
Stormarn,
(24) Bad Oldesloe.
=====

Ihre Zeichen: 28.6.44. Ihre Nachricht vom: Unser Zeichen: Di./St. Datum: 30. Juni 1944.


Betr.: Sparkasse des Kreises Stormarn - Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe.

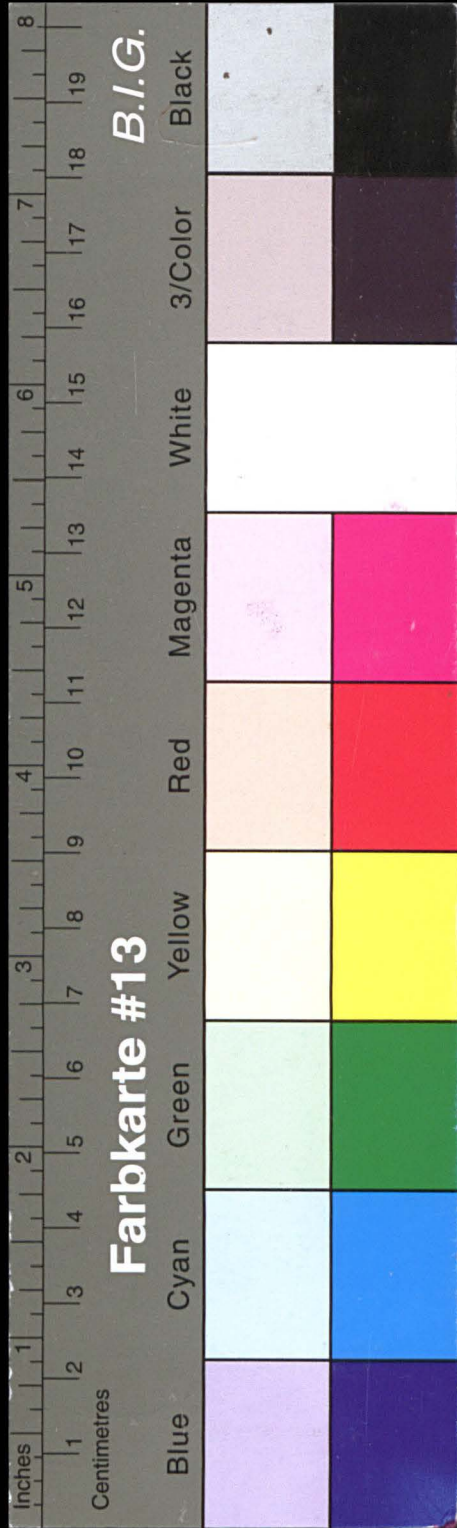
Wir bestätigen den Empfang des Schreibens der Sparkasse des Kreises Stormarn wegen des Zusammenschlusses der Sparkasse des Kreises Stormarn und der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe. Für die von uns zu beantragende Berichtigung des Girostellenverzeichnisses benötigen wir noch folgende Angaben:

- 1) Wird das Konto der Gemeinschaftskasse Kreis- und Stadtparkasse Bad Oldesloe ab 1.7.1944 unter der bisherigen Spargiro-Kennnummer der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe 38/3 *überführt?*
- 2) Welche Regelung ist vorgesehen bezüglich der bisherigen Hauptstelle in Hamburg-Wandsbek und der bisherigen Haupt- und Nebenzweigstellen in Hamburg-Wandsbek der früheren Sparkasse des Kreises Stormarn?

Heil Hitler!
Landesbank und Girozentrale
Schleswig-Holstein

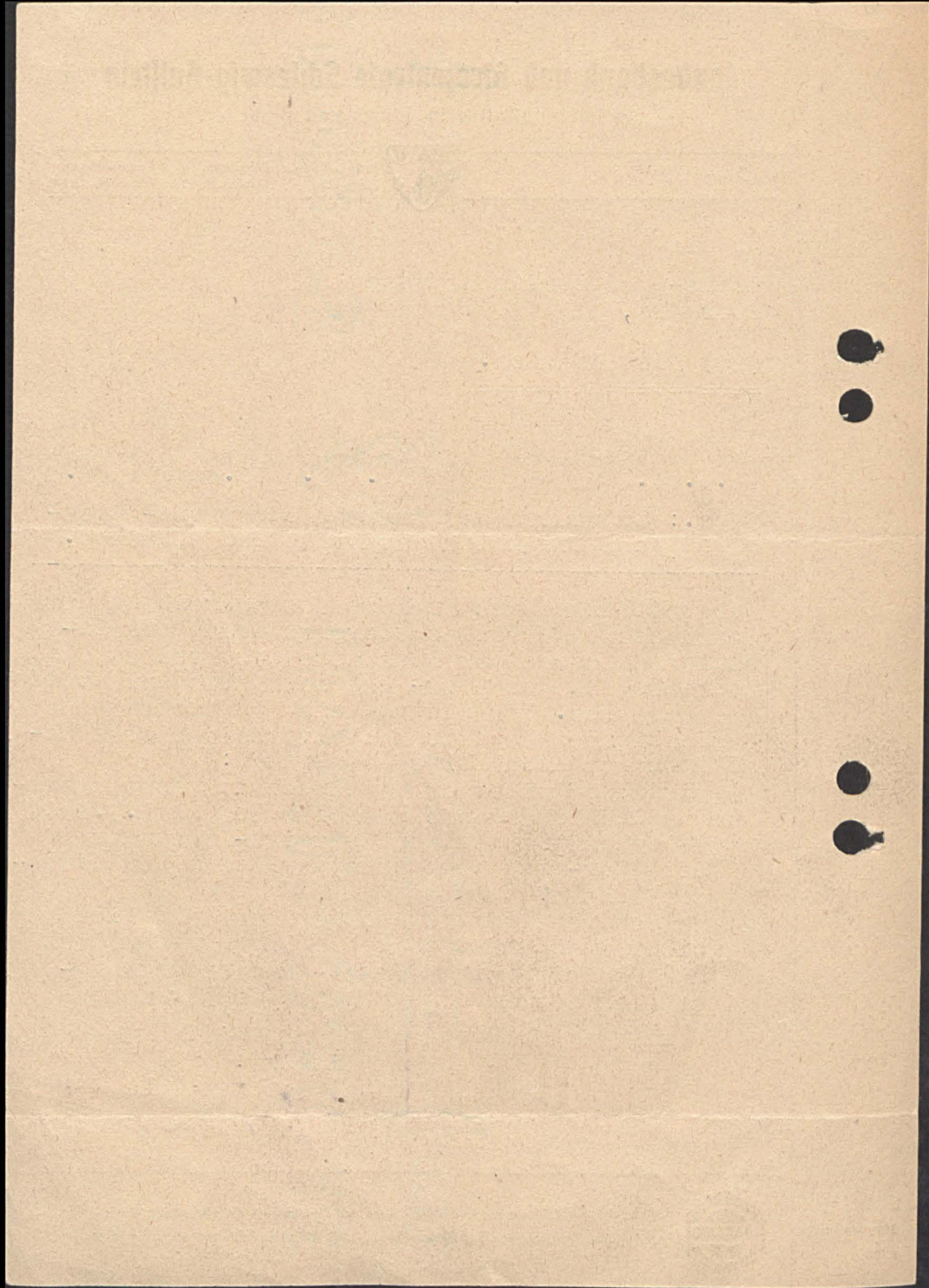
369b 244 15000
E/0079

 der bargeldlose Zahlungsverkehr der Sparkassen und Girokassen - einfach, schnell, sicher -
4,2 Millionen Spargirokonten in Großdeutschland. - 200 Milliarden Reichsmark Umsatz im Jahre



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Der Vorstand
der
Landesbank und Girozentrale
Schleswig-Holstein.
Lbdir.H/H.

Kiel, am 4.Juli 1944.
Sophienblatt 1.

An den
Vorstand
der
Kreis-und Stadtparkasse Stormarn
in Bad Oldesloe.

Sehr geehrte Herren!

Aus einer Mitteilung der Sparkasse des Kreises Stormarn vom 28.6.ds.Jrs.haben wir erfahren, dass die Sparkasse des Kreises Stormarn und die Spar-und Leihkasse der Stadt Oldesloe mit Wirkung vom 1.7.44 zusammengeschlossen werden und dass das neue Institut den Namen "Kreis-und Stadtparkasse Stormarn in Bad Oldesloe" erhalten hat.

Wir wünschen Ihrem neuen Institut eine erfolgreiche Tätigkeit in Ihrem Wirtschaftsbezirk zum Wohle der Einwohner des Kreises Stormarn und der Stadt Bad Oldesloe und hoffen, dass die Entwicklung des neuen Instituts nicht hinter der Entwicklung der bisherigen beiden grossen Sparkassen zurückbleiben wird.

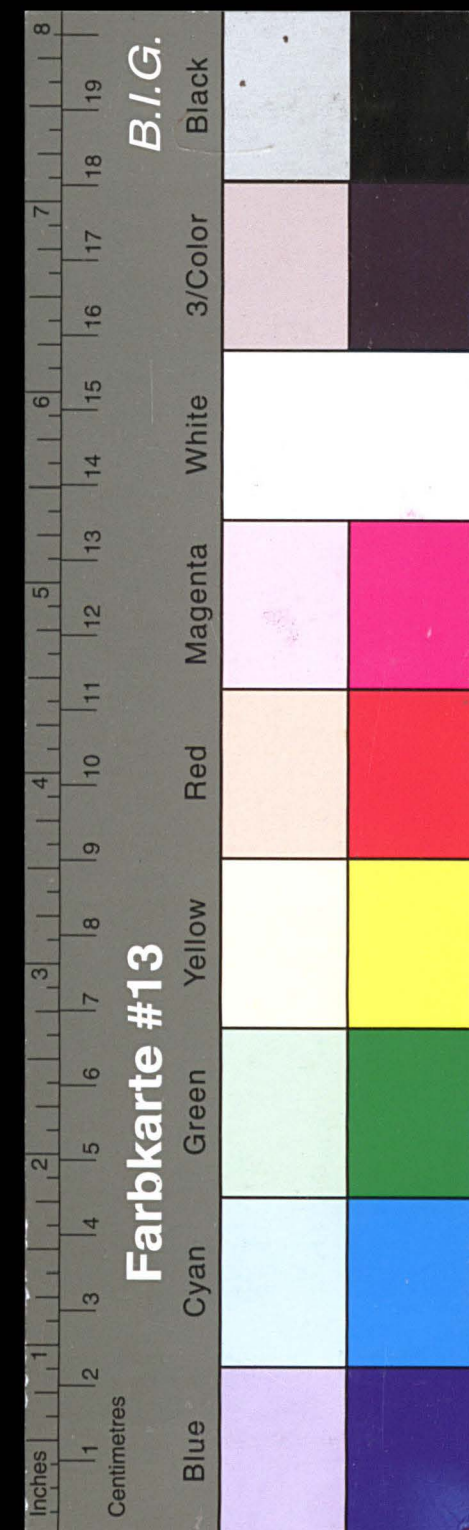
Wir geben weiter unserem Wunsche Ausdruck, dass sich die bisherige angenehme Zusammenarbeit mit uns und unserer Zweiganstalt Lübeck unvermindert fortsetzen wird.

In diesem Sinne grüssen wir Sie mit

Heil Hitler!

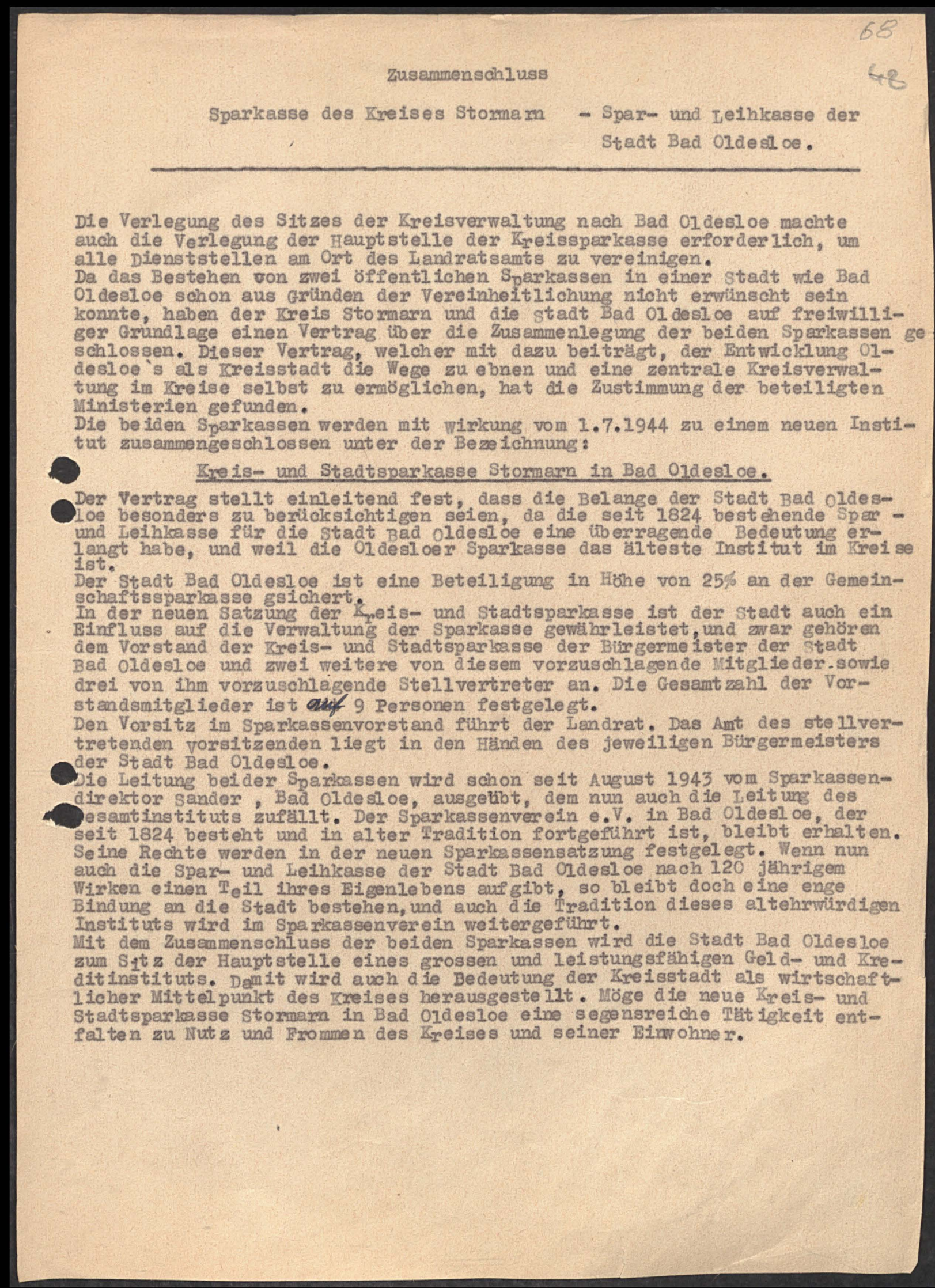
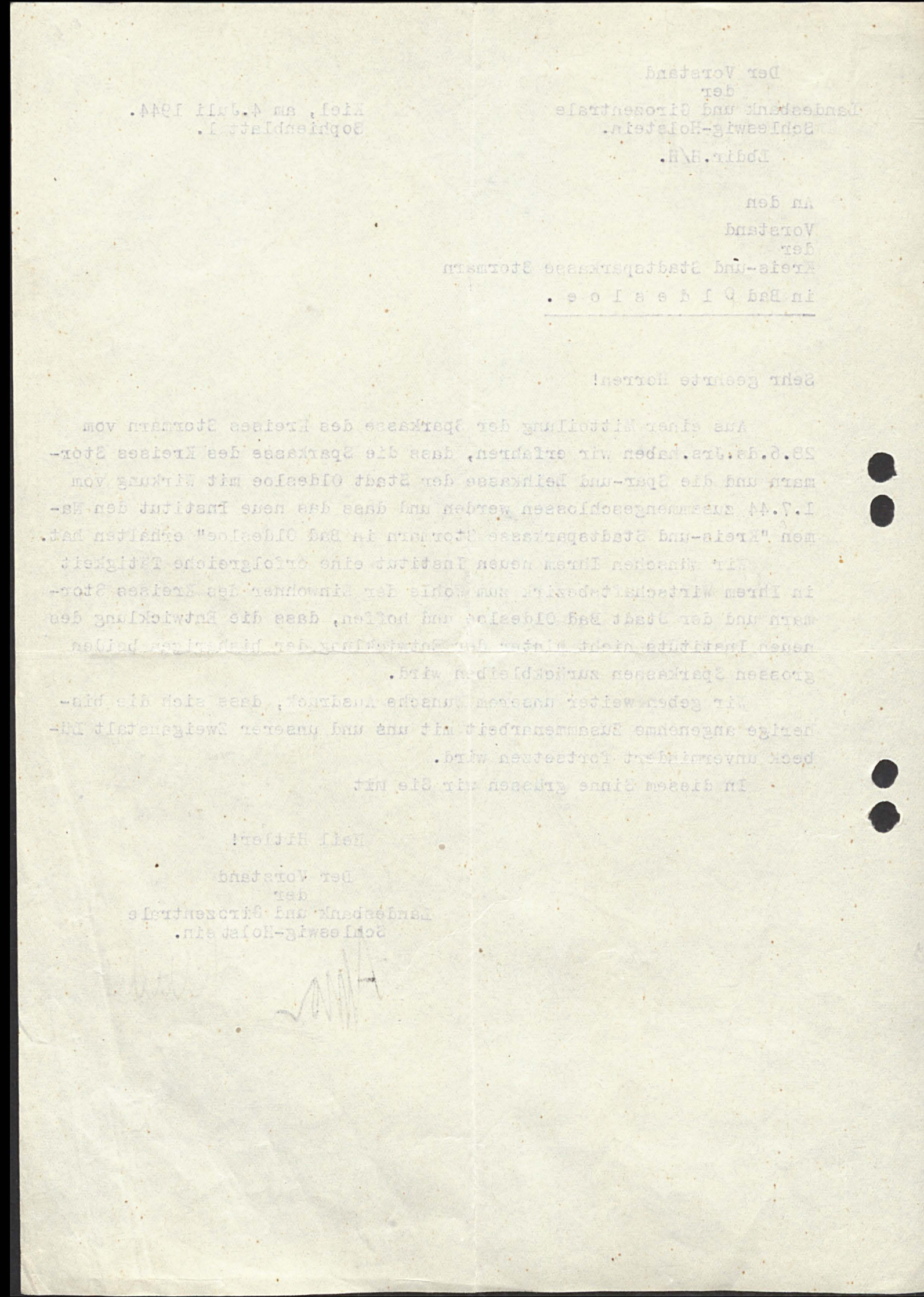
Der Vorstand
der
Landesbank und Girozentrale
Schleswig-Holstein.

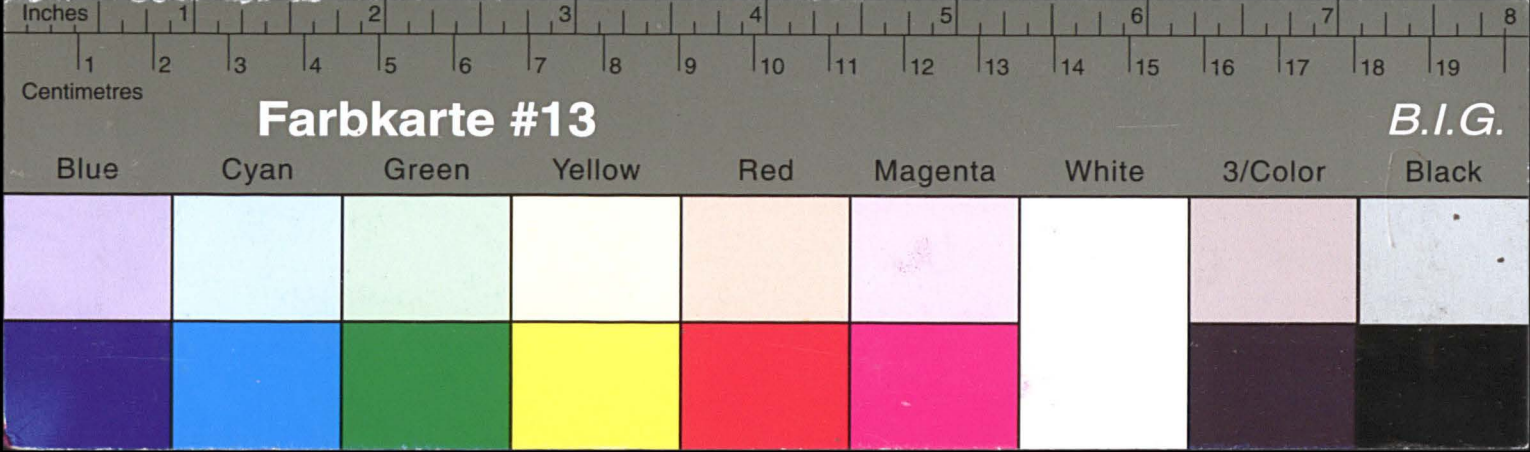
Am *Kand*



Kreisarchiv Stormarn E103

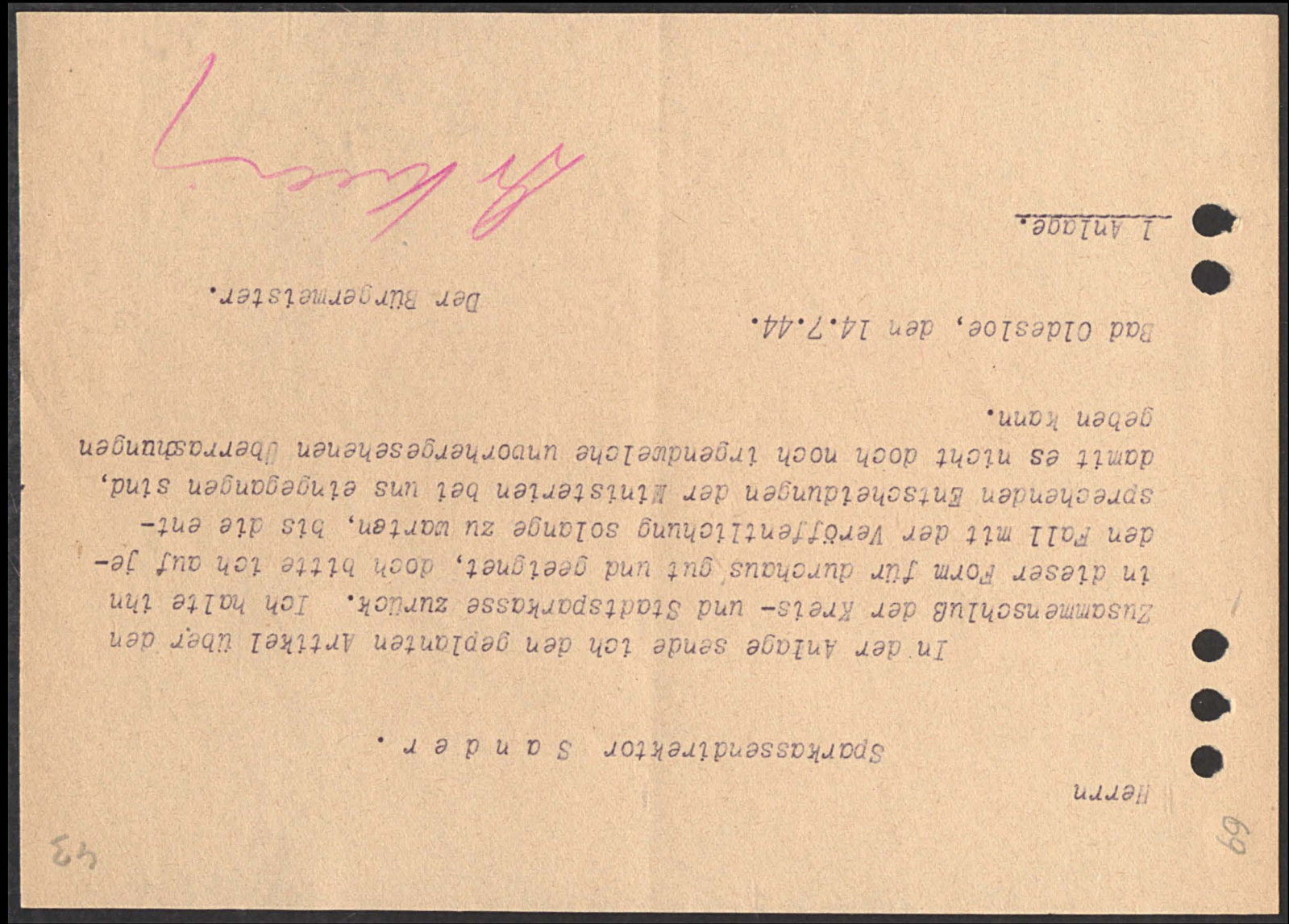
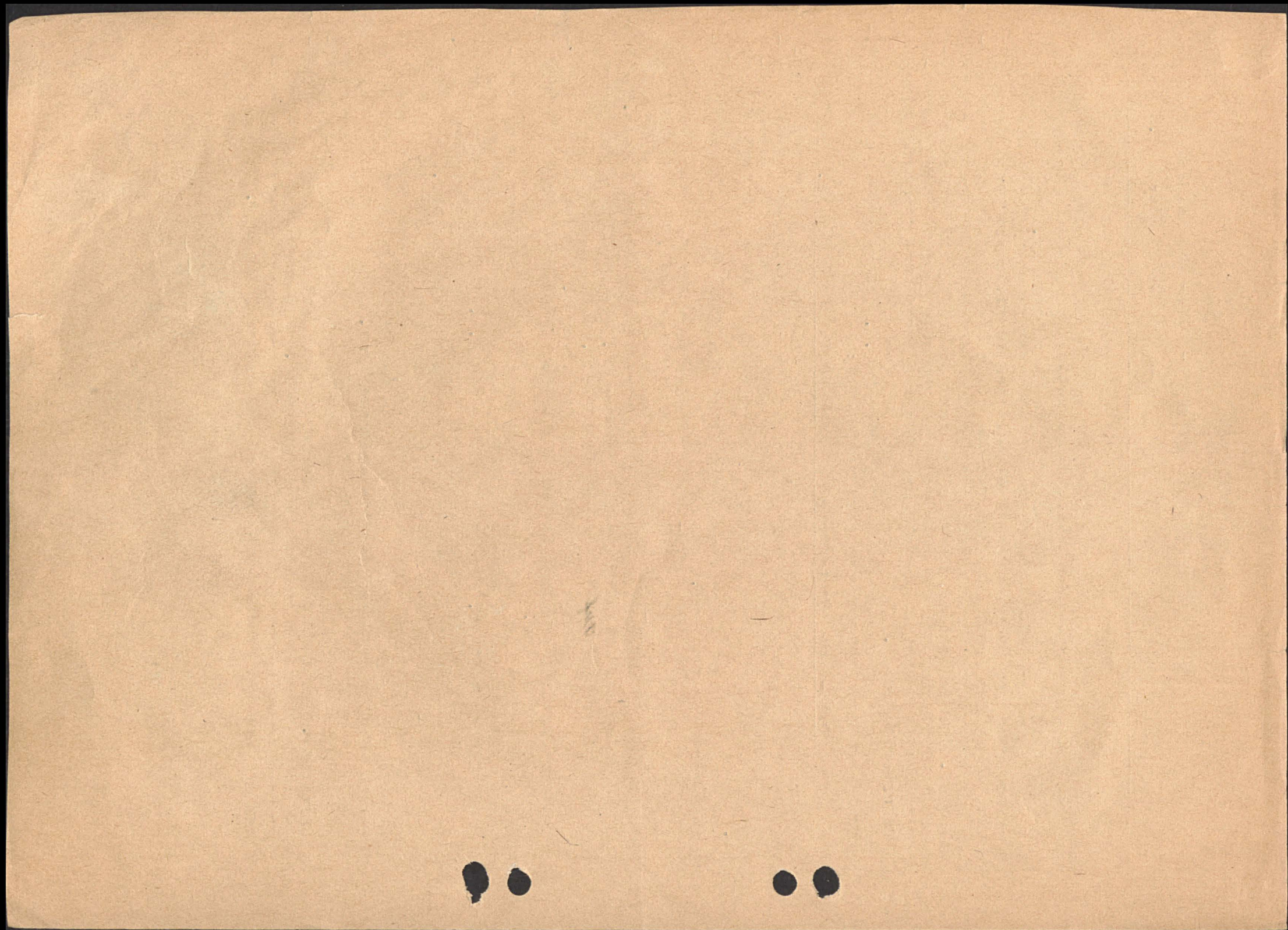
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

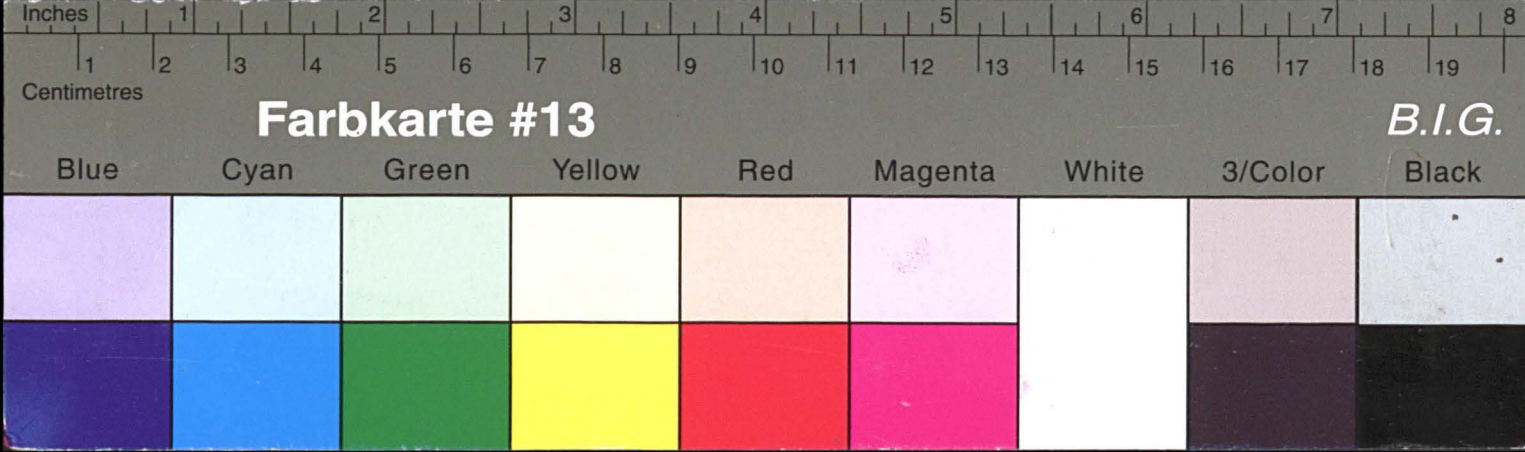




Kreisarchiv Stormarn E103

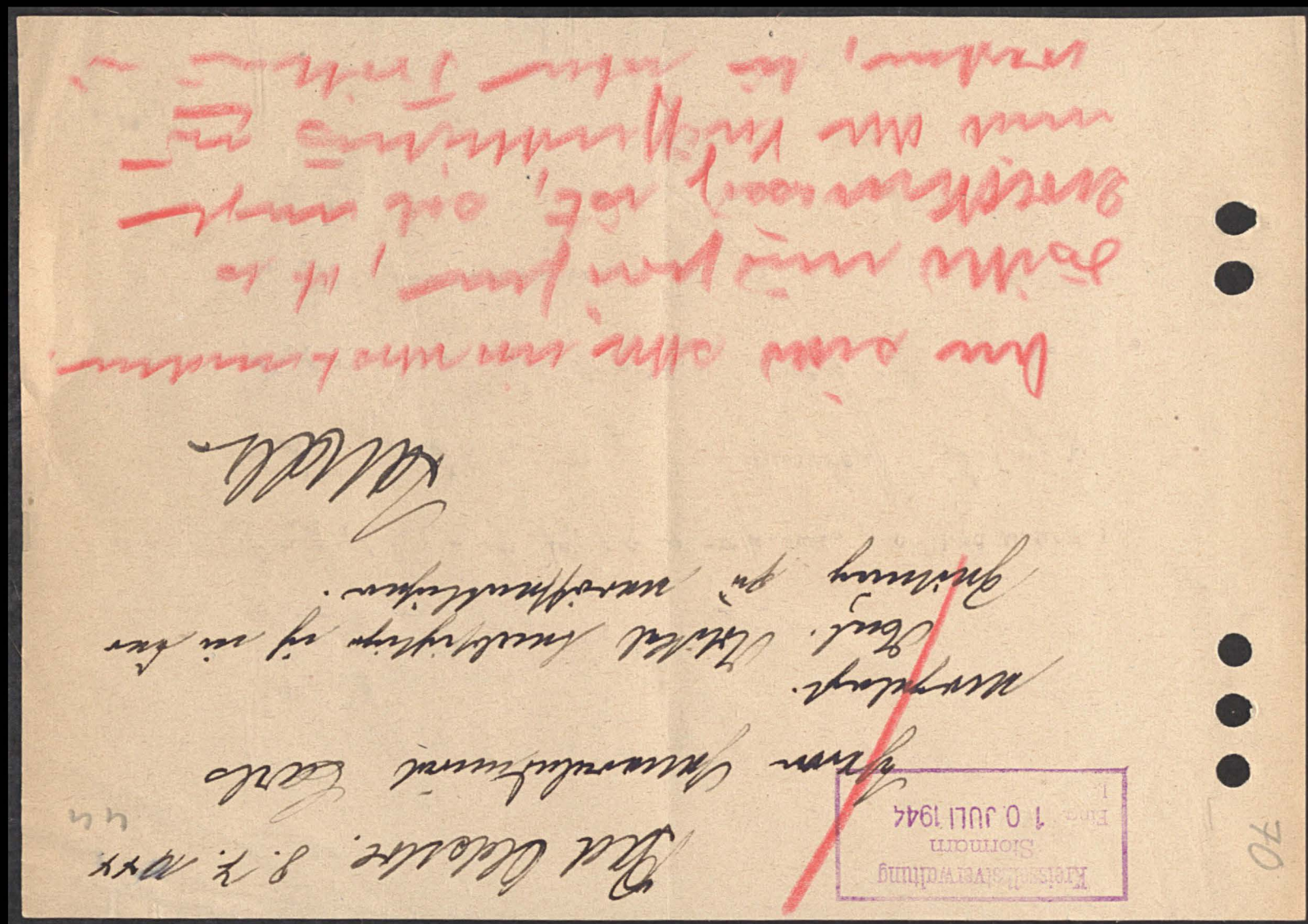
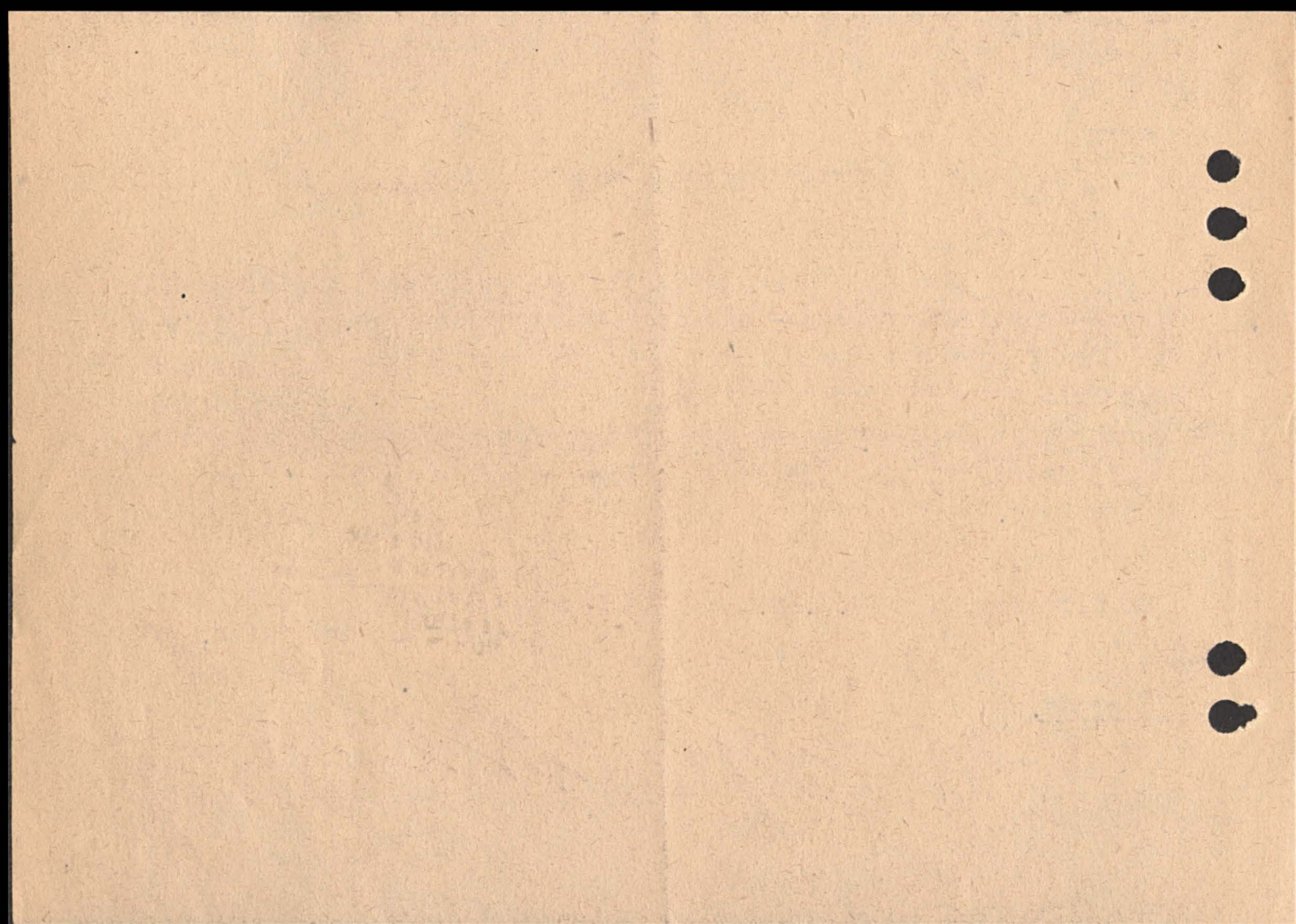
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

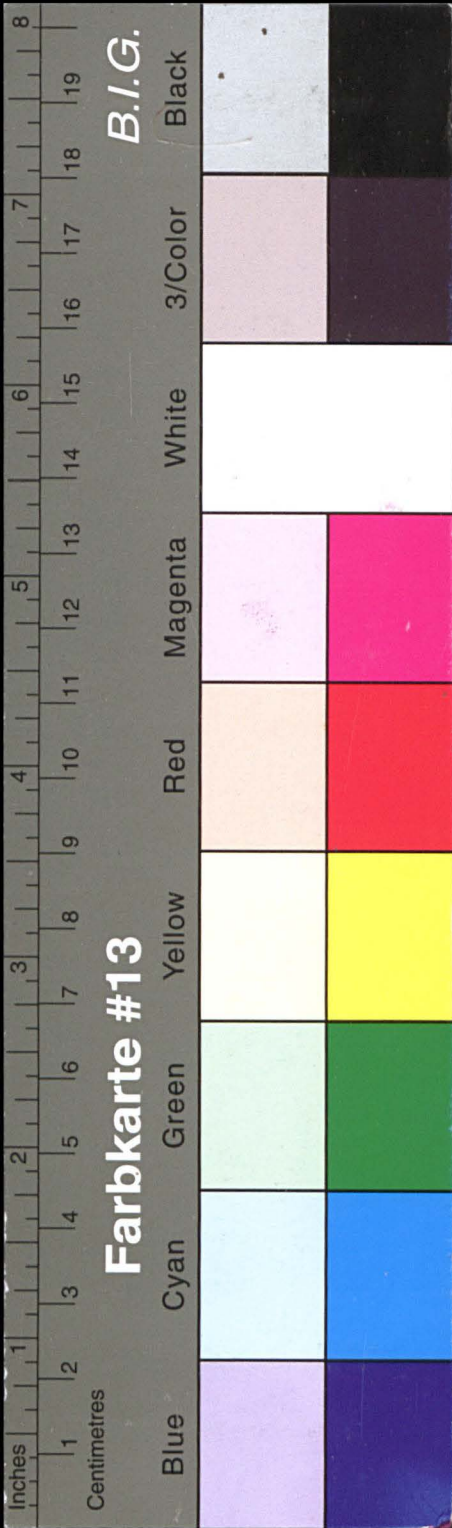




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

*Empfehlung - Einheitsstil -
dem ist, wenn dann
bisher keine Meinung
zu geben, wenn man
rechtlich keine Möglichkeit zu
haben.*

77
45

z.Zt.Ahrensburg i.H.

An die
Reichsbankstelle
L ü b e c k
=====

Mi/Str. 22. Juli 1944.

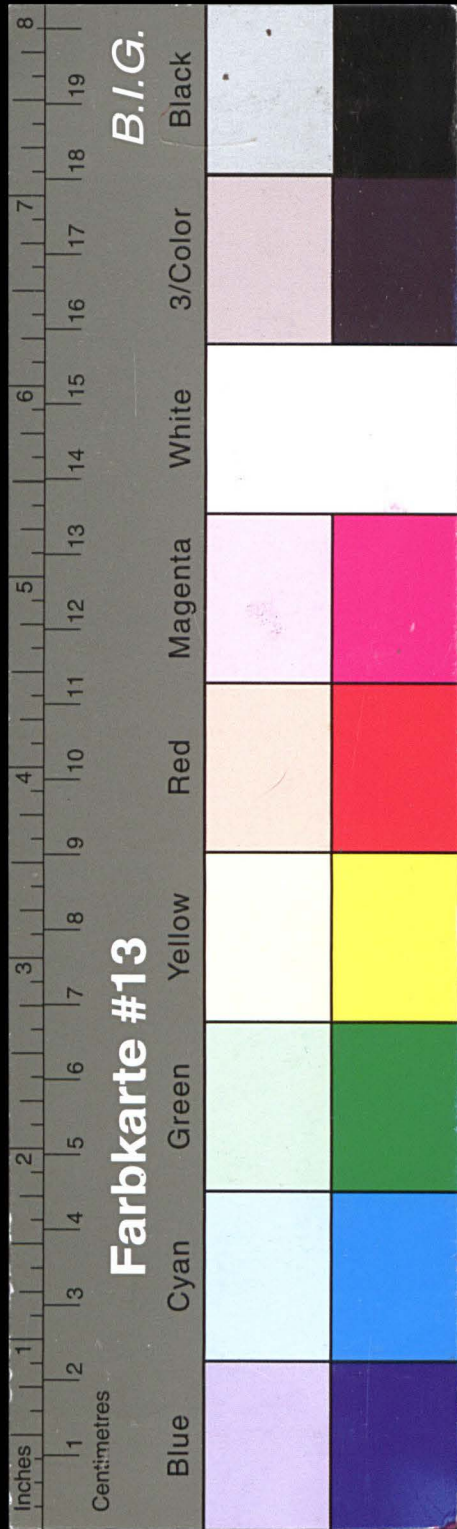
Betr: Sparkasse des Kreises Stormarn,
Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe.

Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, dass die obigen Institute mit Wirkung vom 1.Juli 1944 zur

Kreis- und Stadtparkasse Stormarn
in Bad Oldesloe

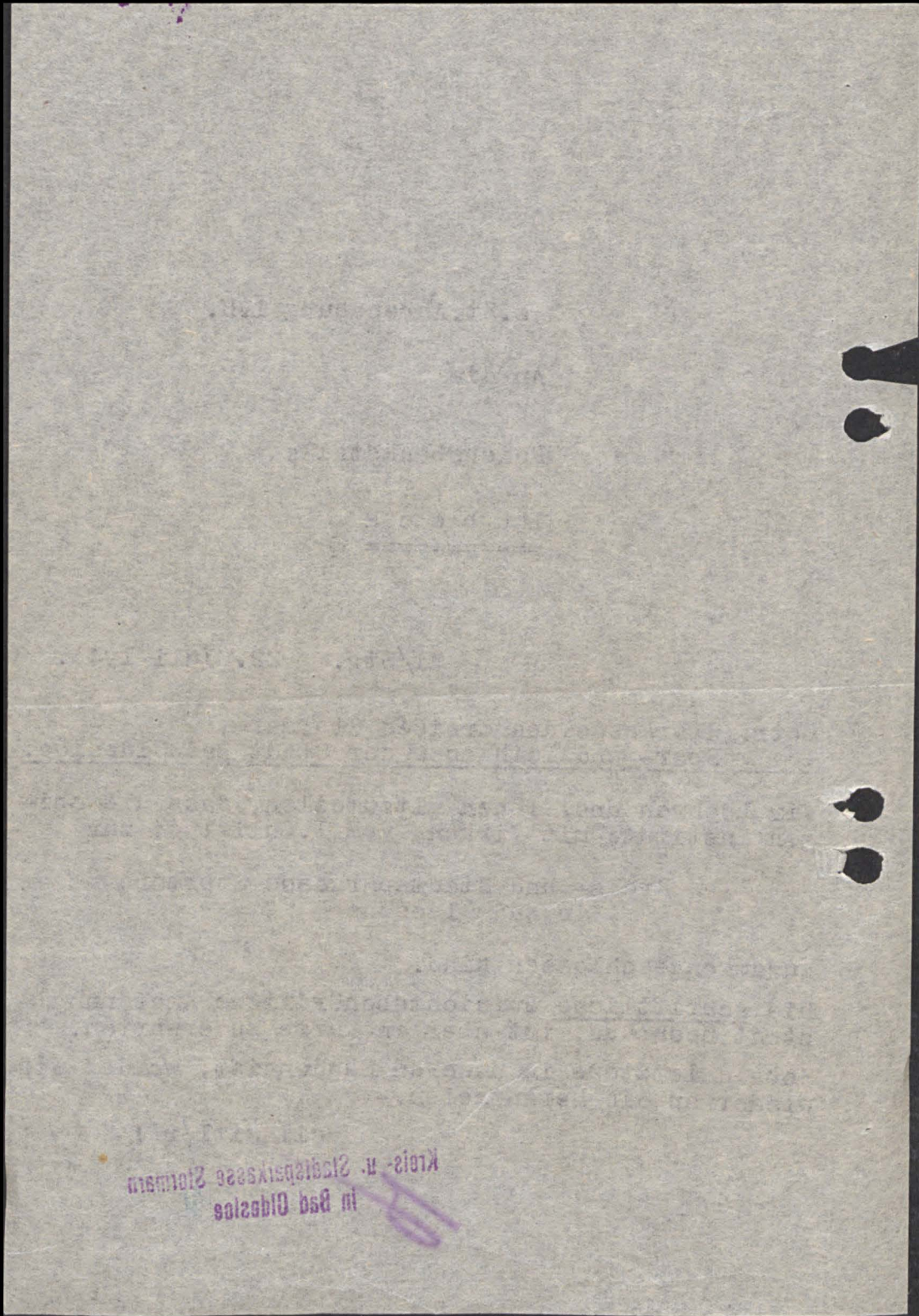
zusammengeschlossen sind.
Die schriftliche aufsichtsbehördliche Anordnung steht noch aus, ist aber in Kürze zu erwarten.
Sobald letztere in unseren Händen ist, werden wir wieder an Sie herantreten.-

Heil Hitler !
Kreis- u. Stadtparkasse Stormarn
in Bad Oldesloe



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



72
46

Abschrift

A n o r d n u n g

Auf Grund des § 1 der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet des Bank- und Sparkassenwesens vom 5. Dezember 1939 (RGBl. I. S. 2413) in der Fassung der Verordnung vom 31. Dezember 1940 (RGBl. I. 1941 S. 19) wird im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister des Innern mit Wirkung vom 1. Juli 1944 folgendes angeordnet:

I.

Die Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe
wird im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die
Sparkasse des Kreises Stormarn
überführt. Diese führt künftig die Bezeichnung "Kreis- und
Stadtsparkasse Stormarn in Bad Oldesloe". Für sie gilt die in
der Anlage beigefügte Satzung.

II.

Die zur Durchführung dieser Anordnung notwendig werdenden Maßnahmen trifft der Regierungspräsident in Schleswig.



Berlin, den 14. Juli 1944.
Der Reichswirtschaftsminister
i. A.
L. S. gez. Unterschrift

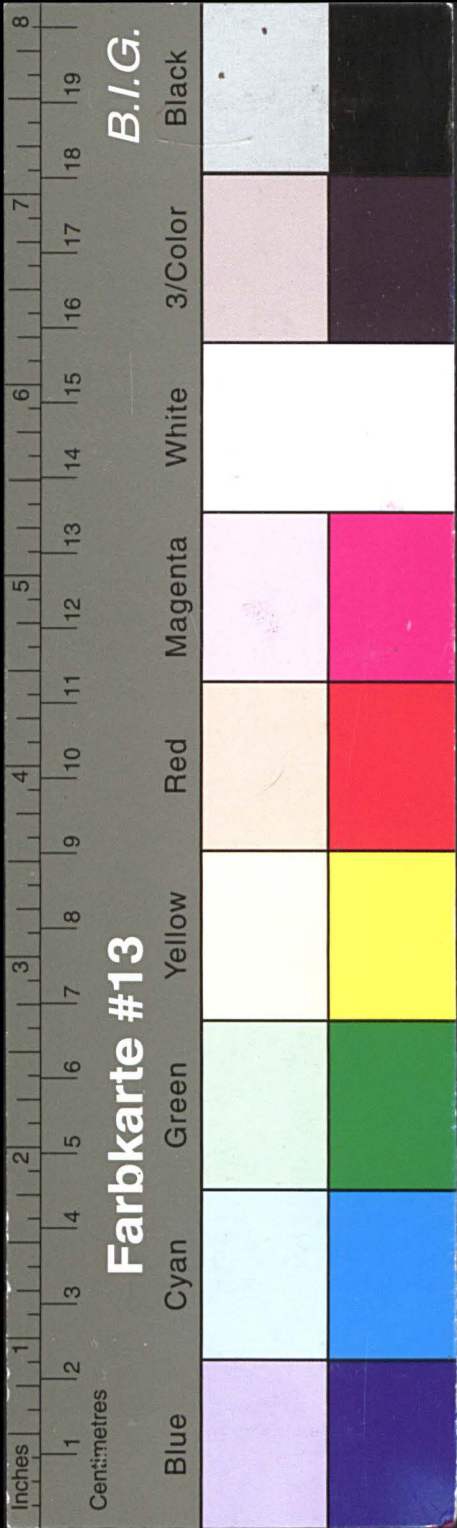
IV 1150/44.

Die Richtigkeit obiger Abschrift bescheinigt:

Bad Oldesloe, den 31. Juli 1944

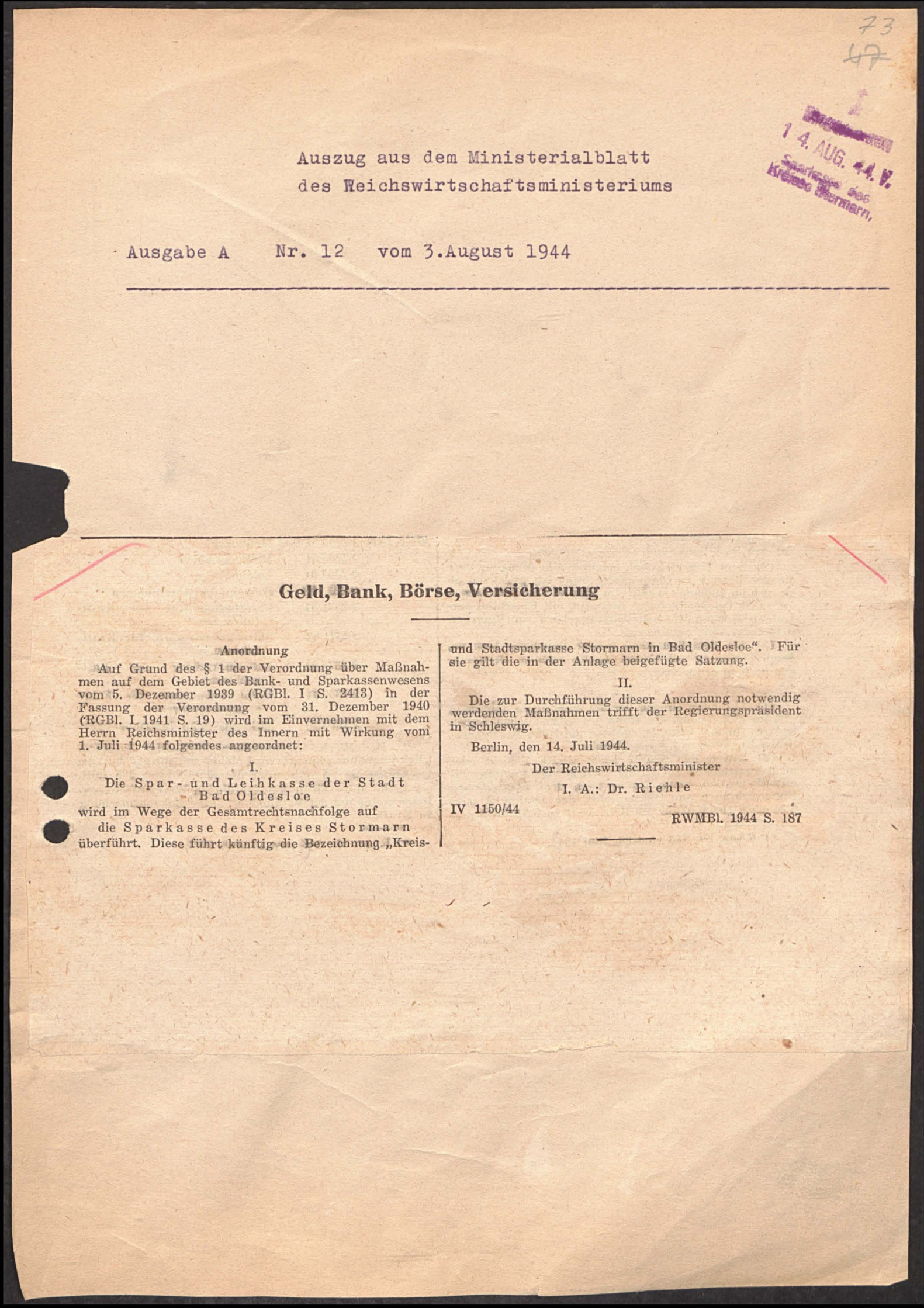
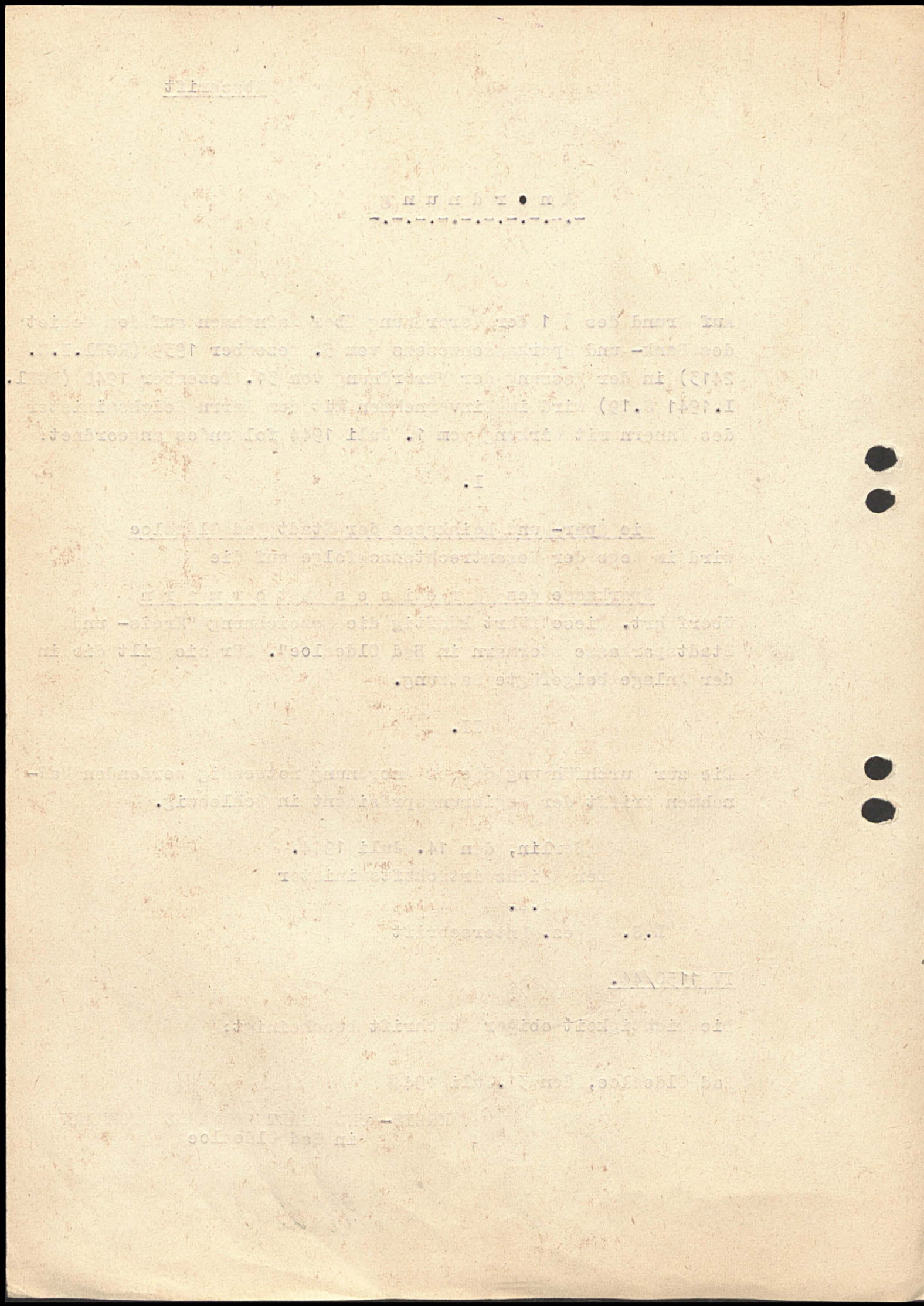
KREIS- UND STADTSPARKASSE STORMARN
in Bad Oldesloe



Kreisarchiv Stormarn E103

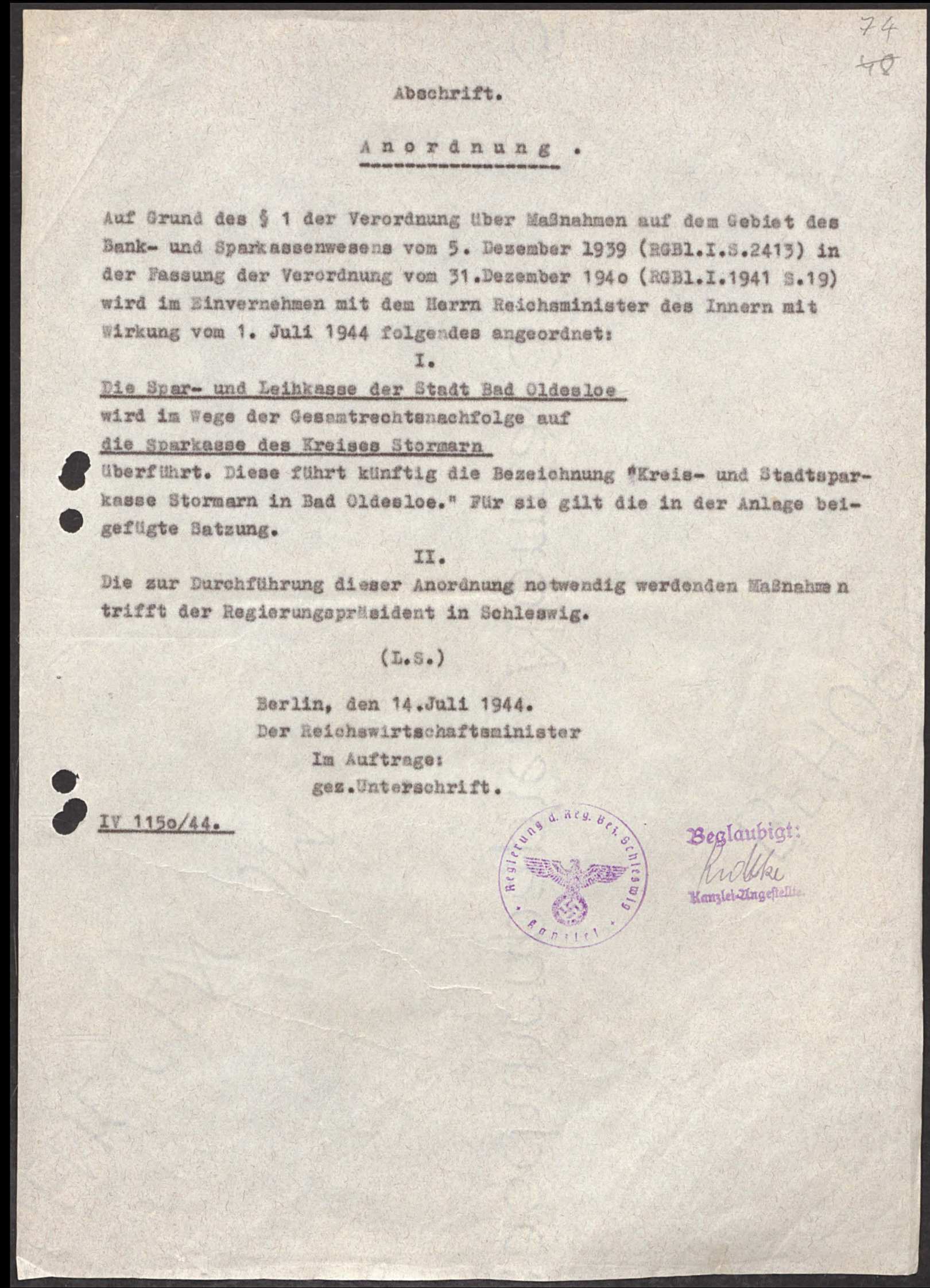
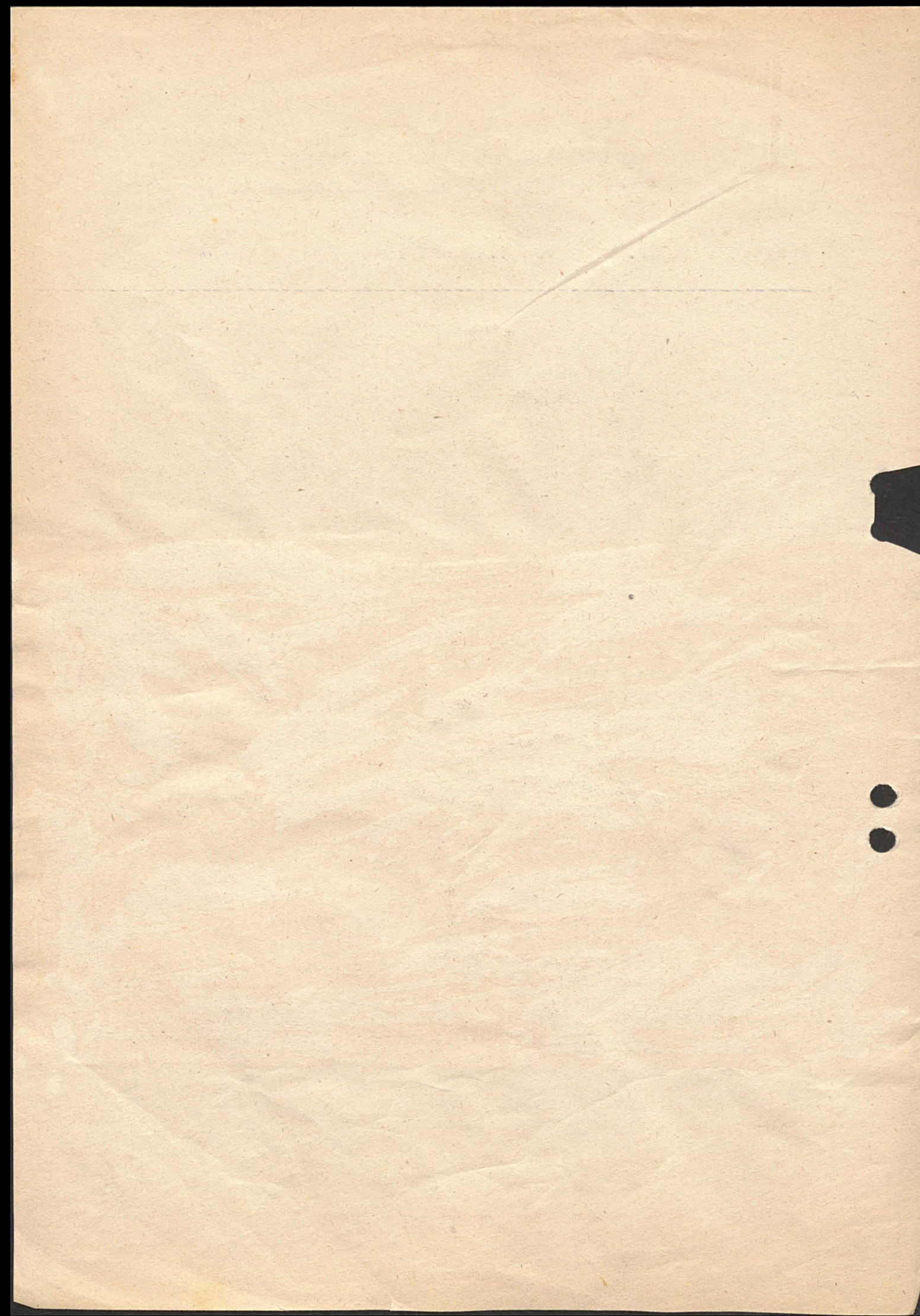
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





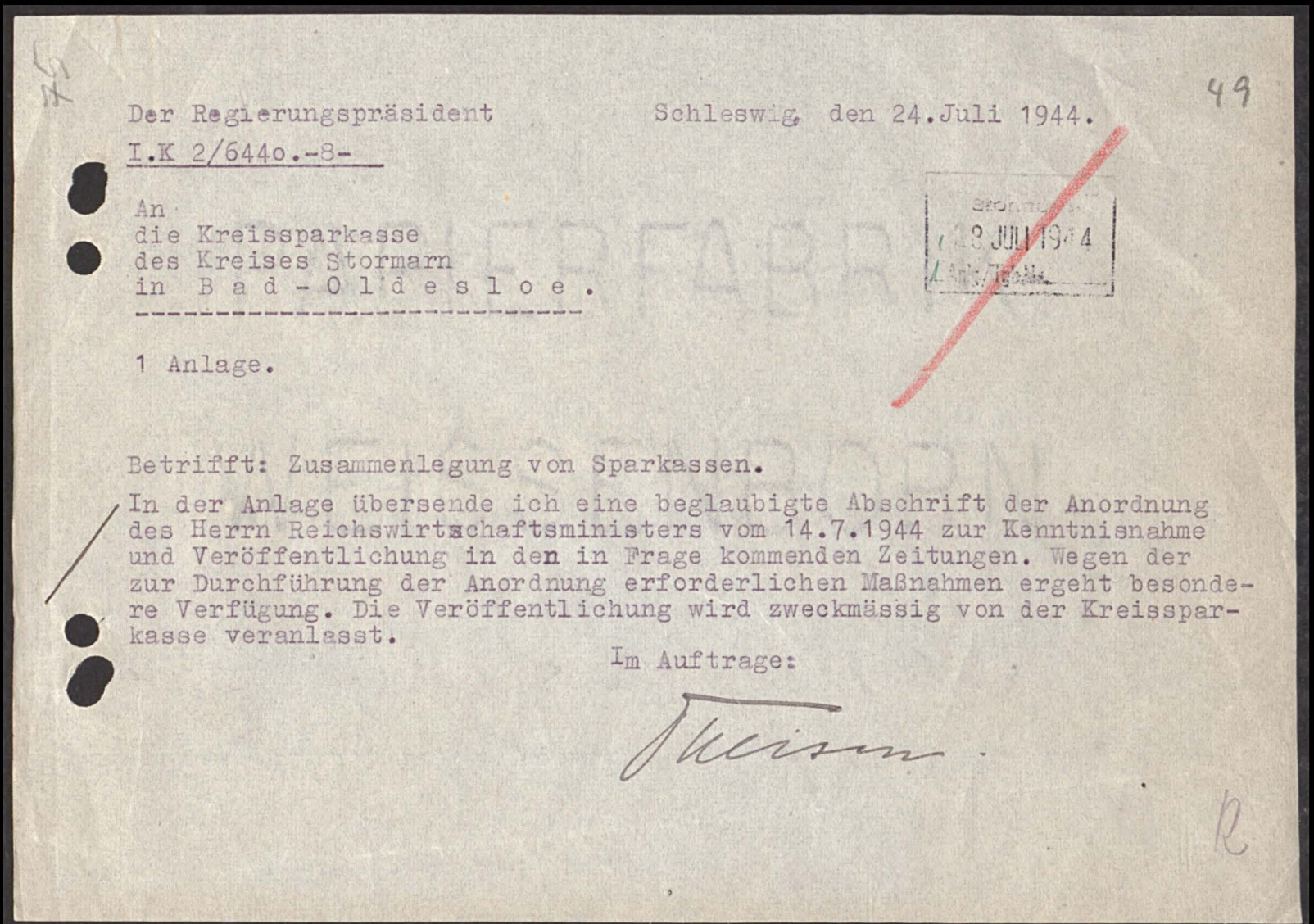
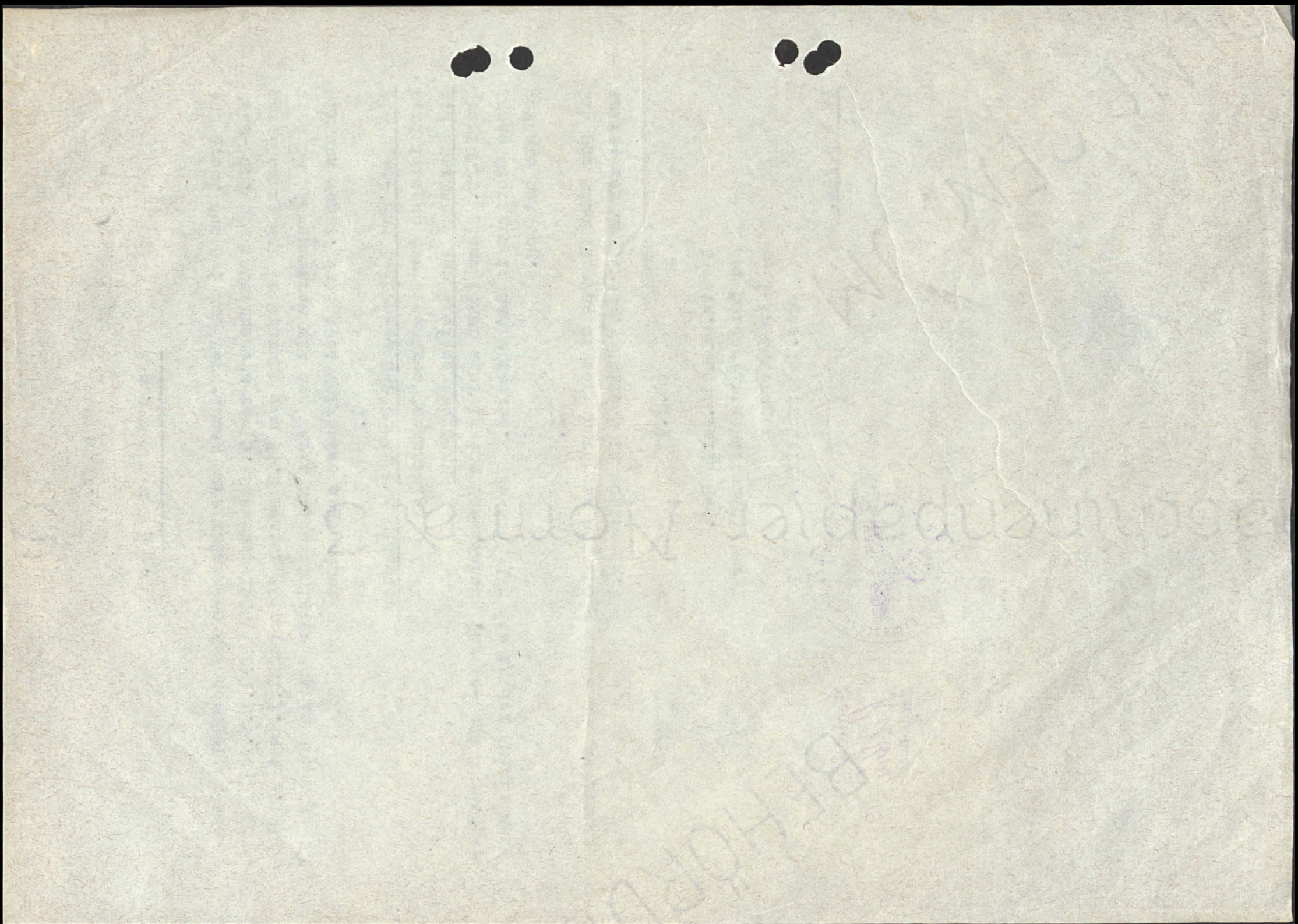
Kreisarchiv Stormarn E103

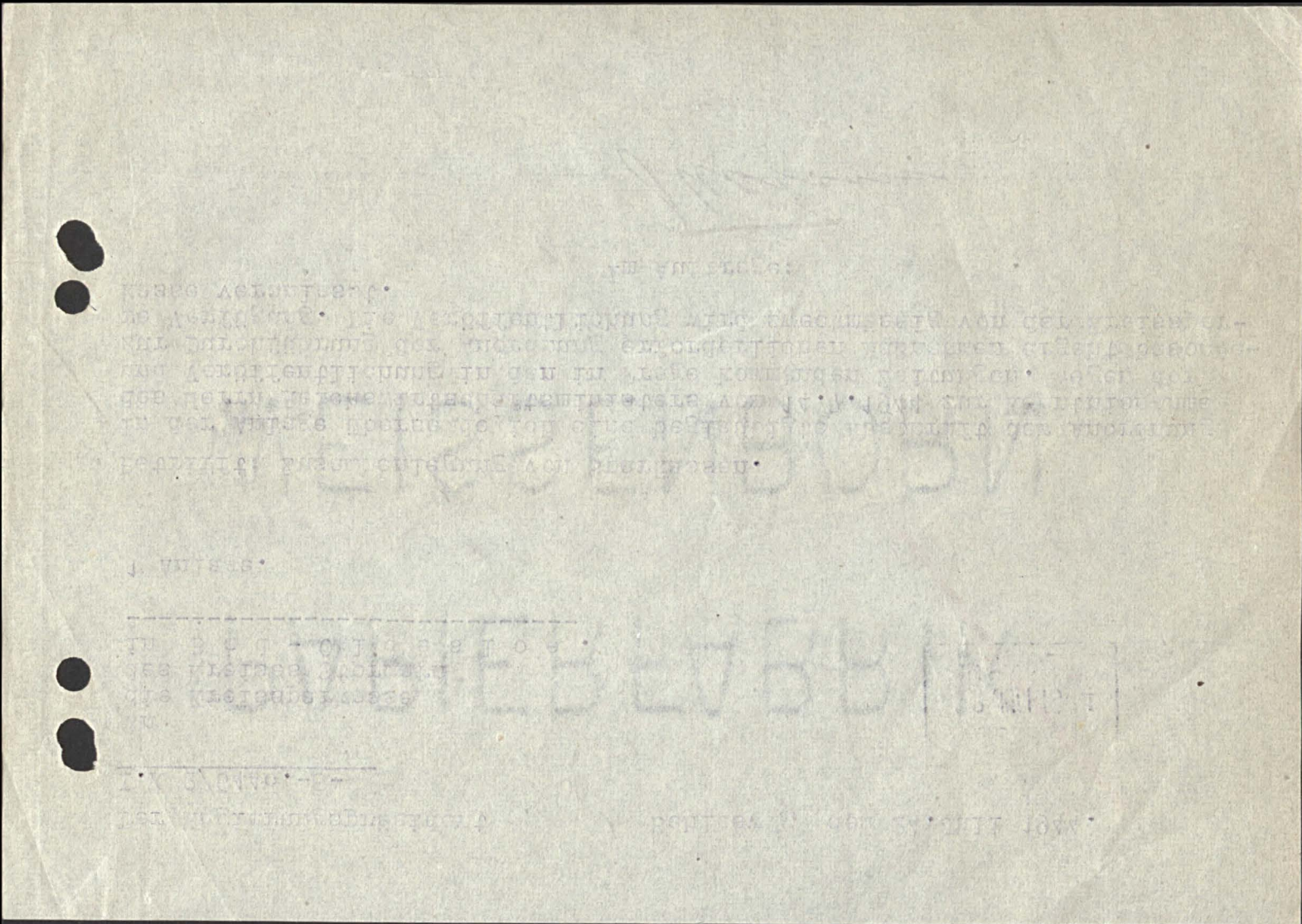
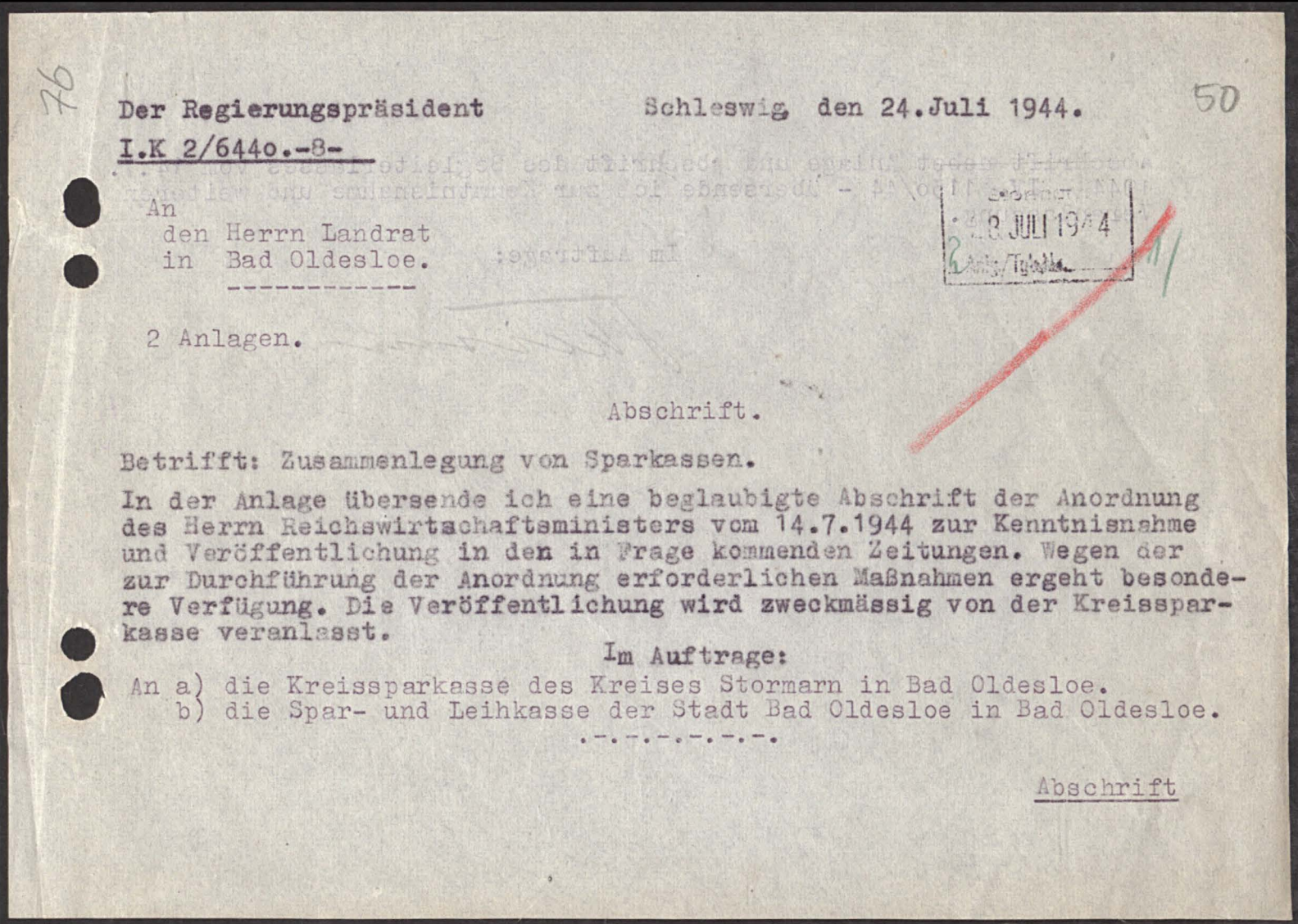
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

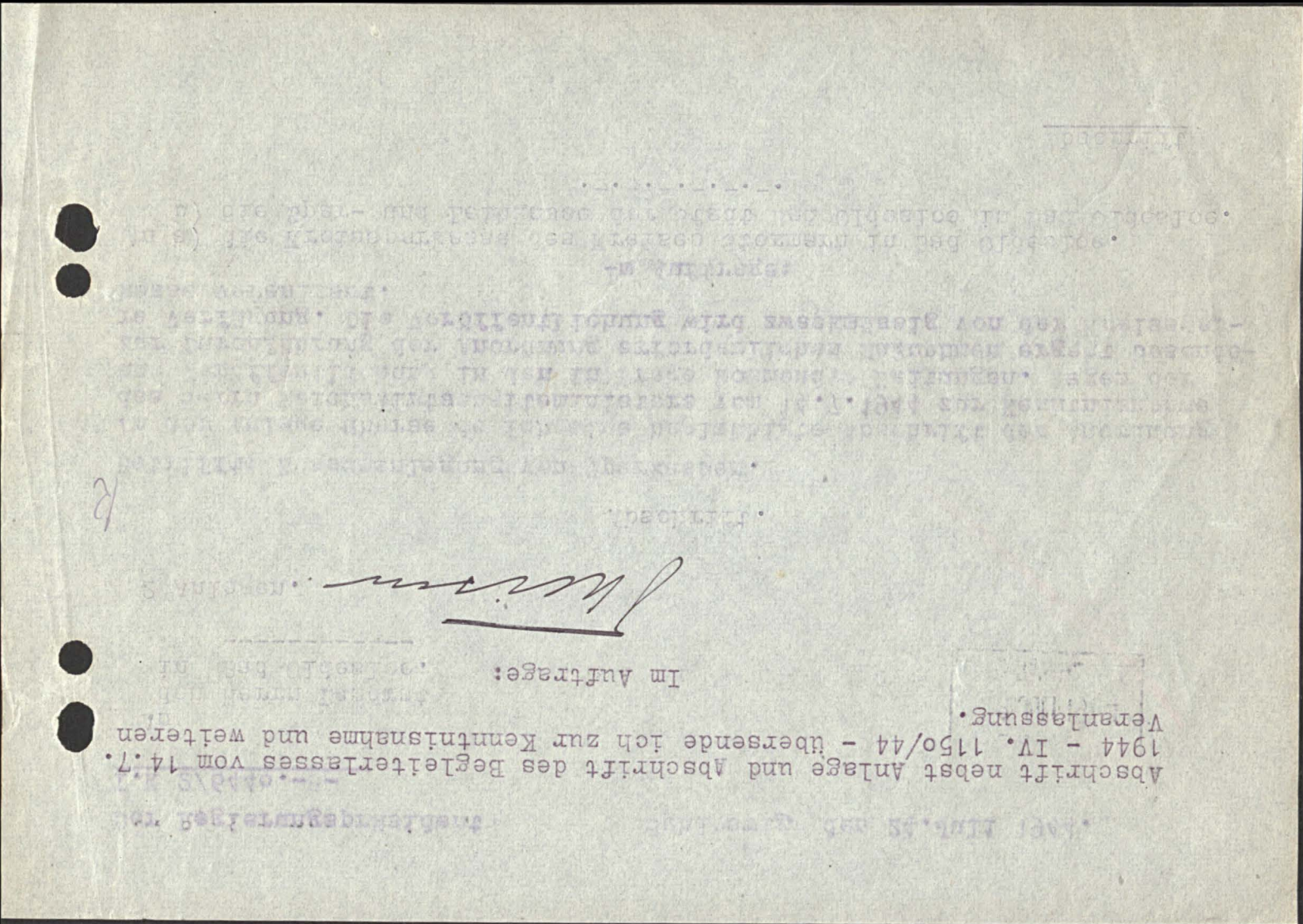
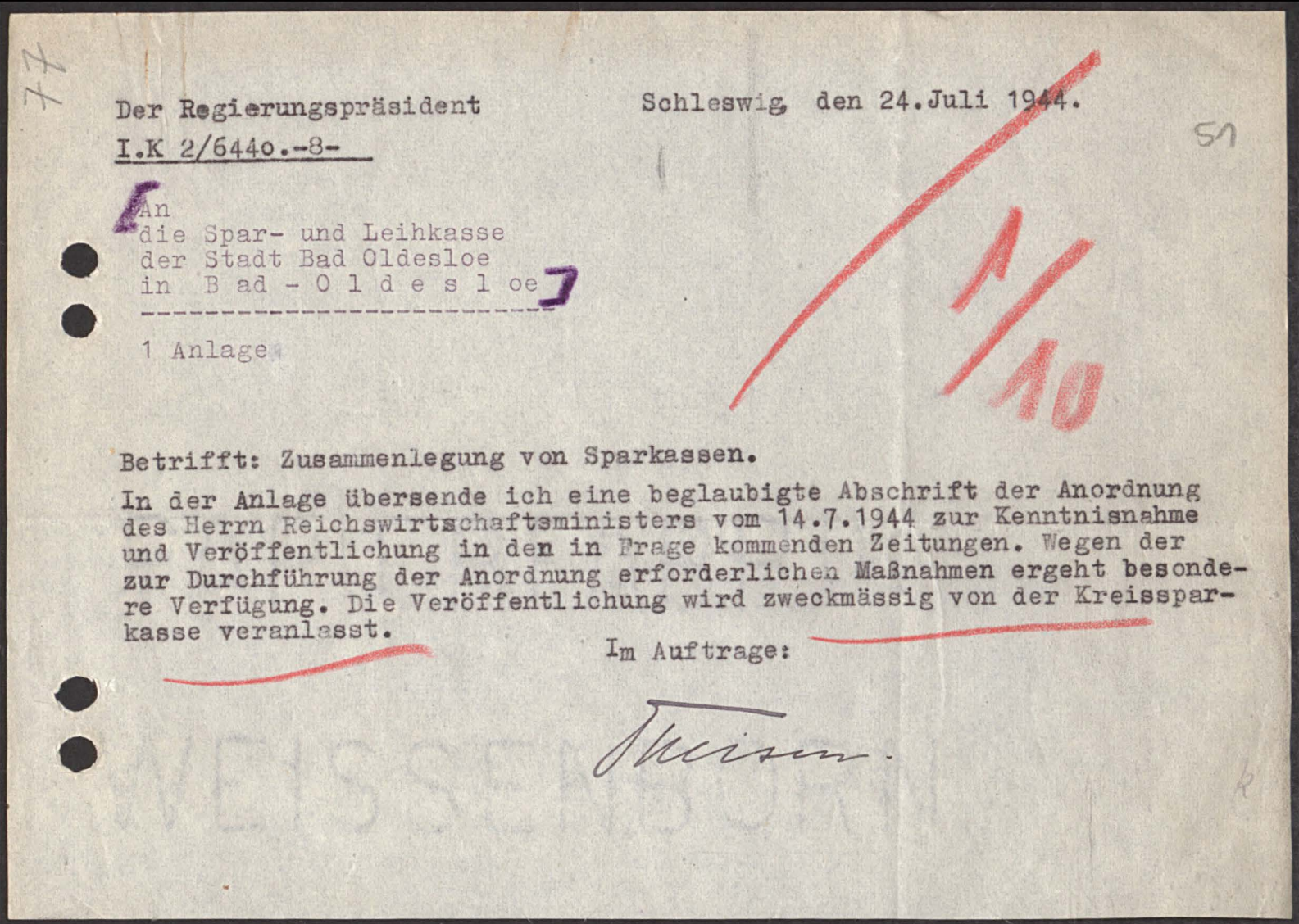


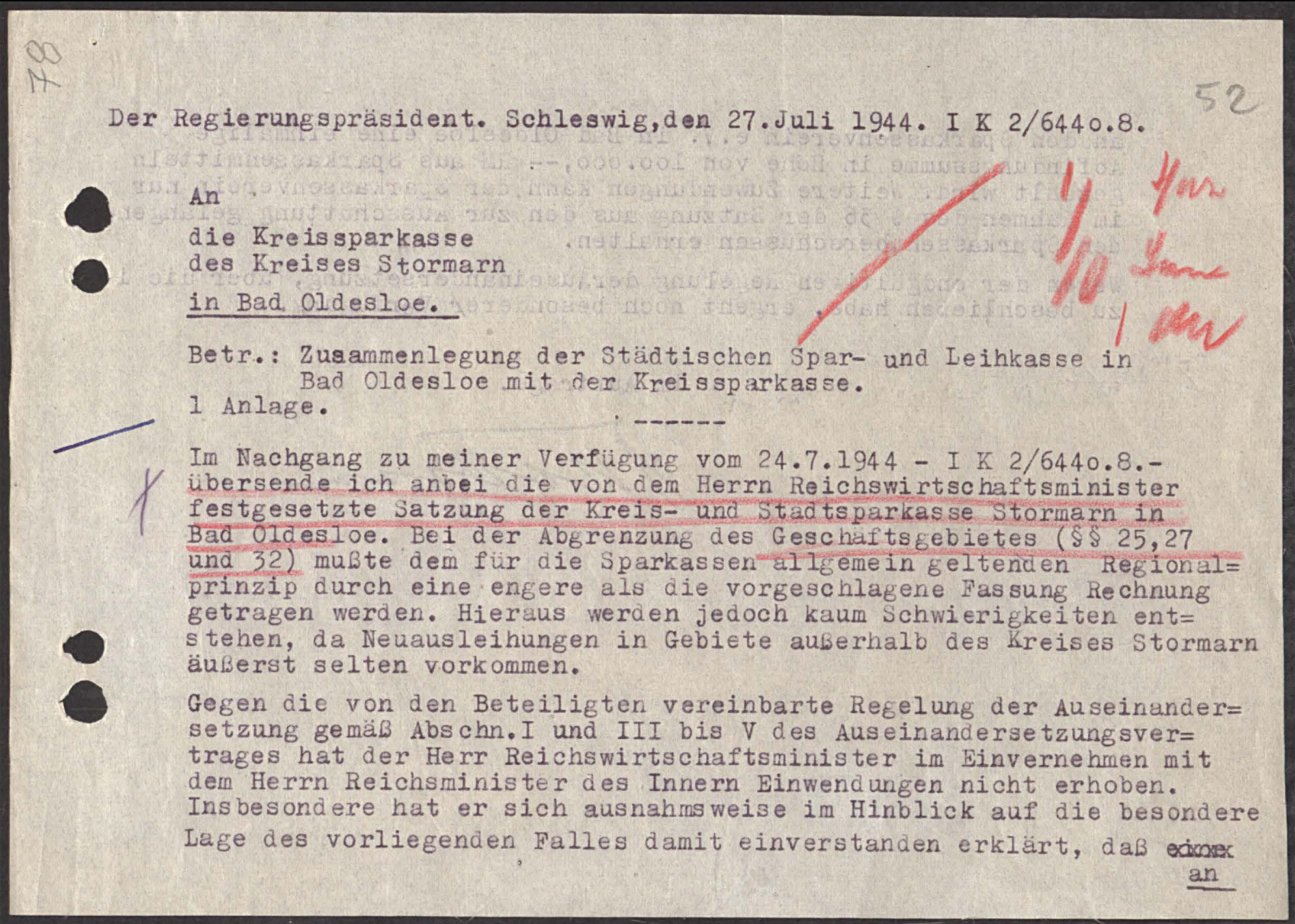
Kreisarchiv Stormarn E103

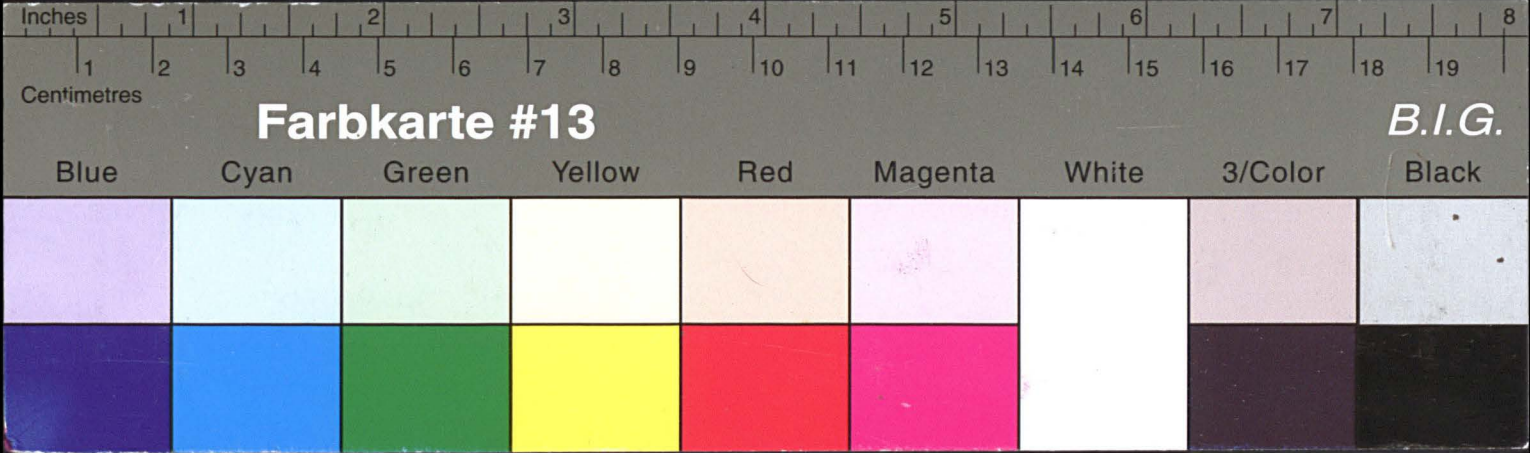
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





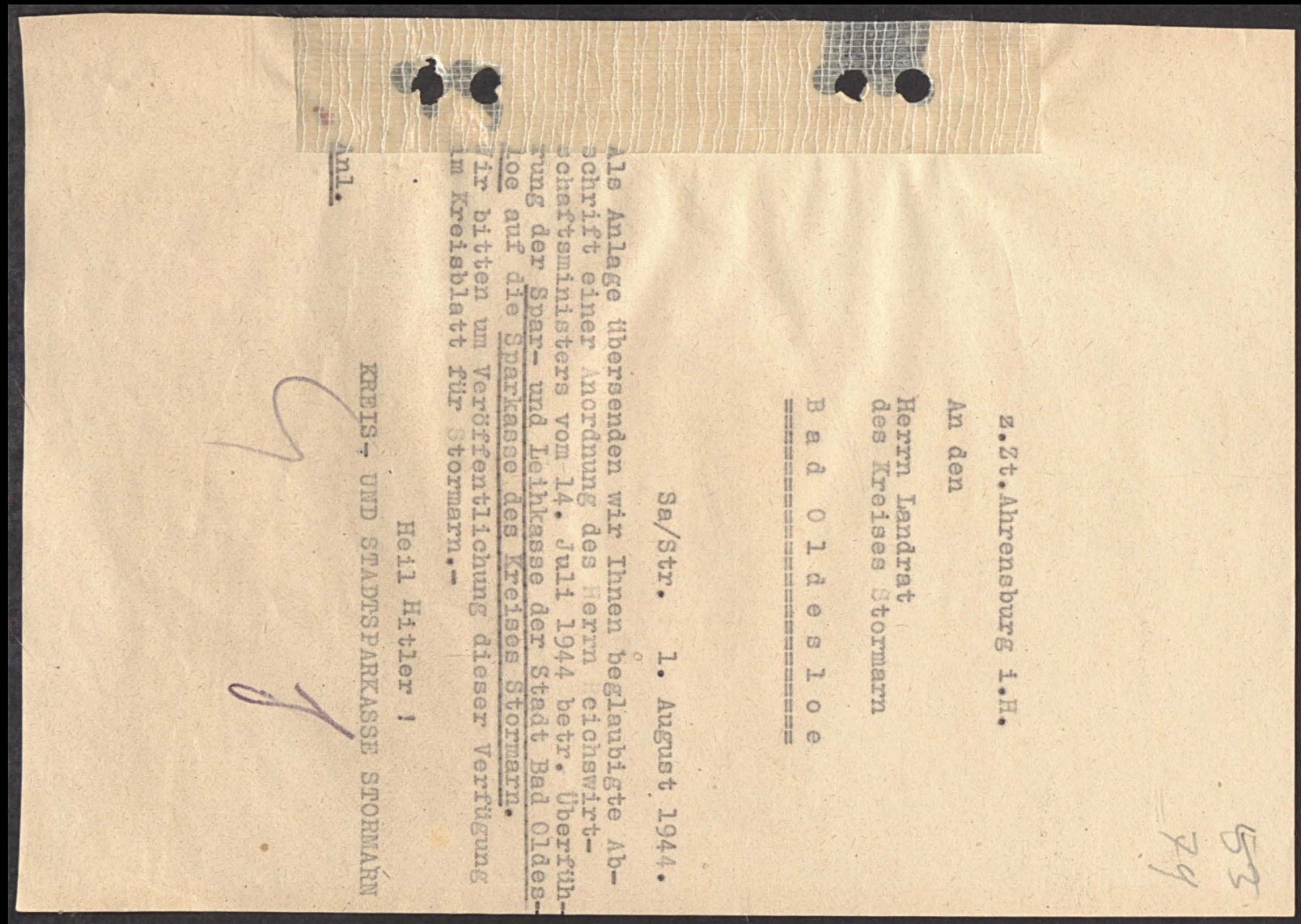
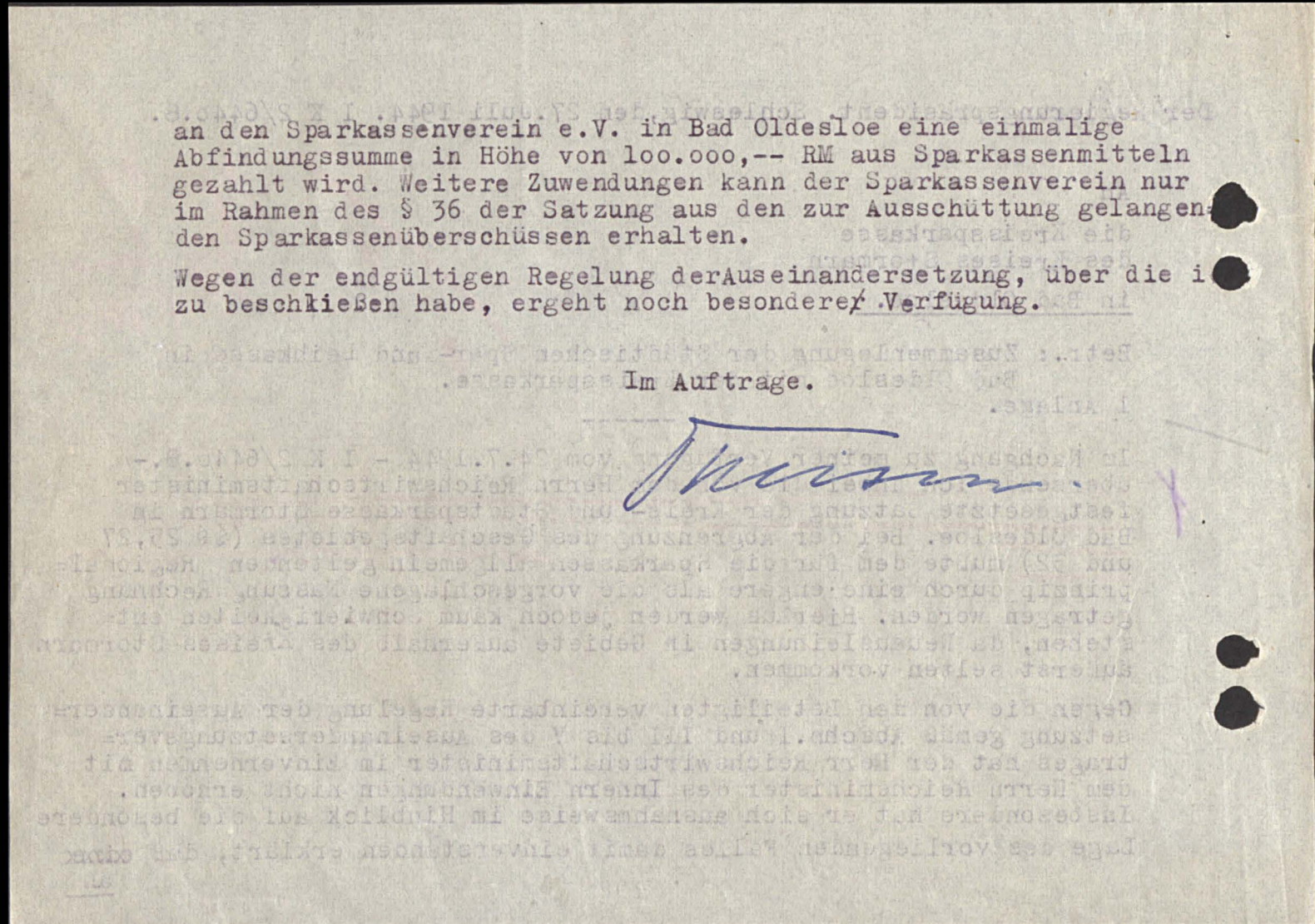


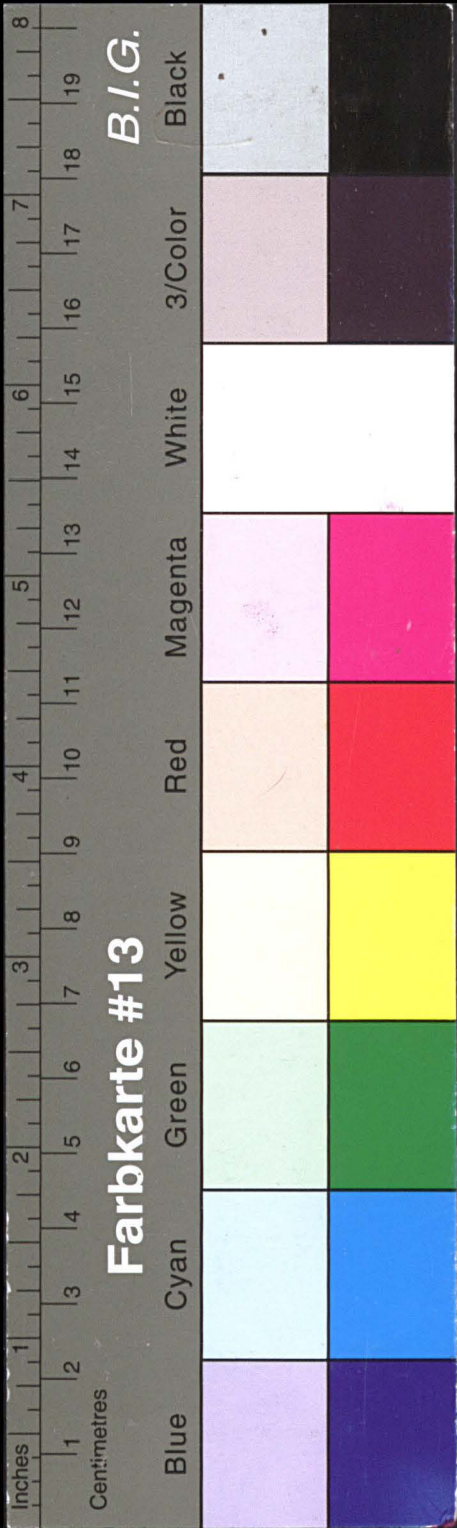




Kreisarchiv Stormarn E103

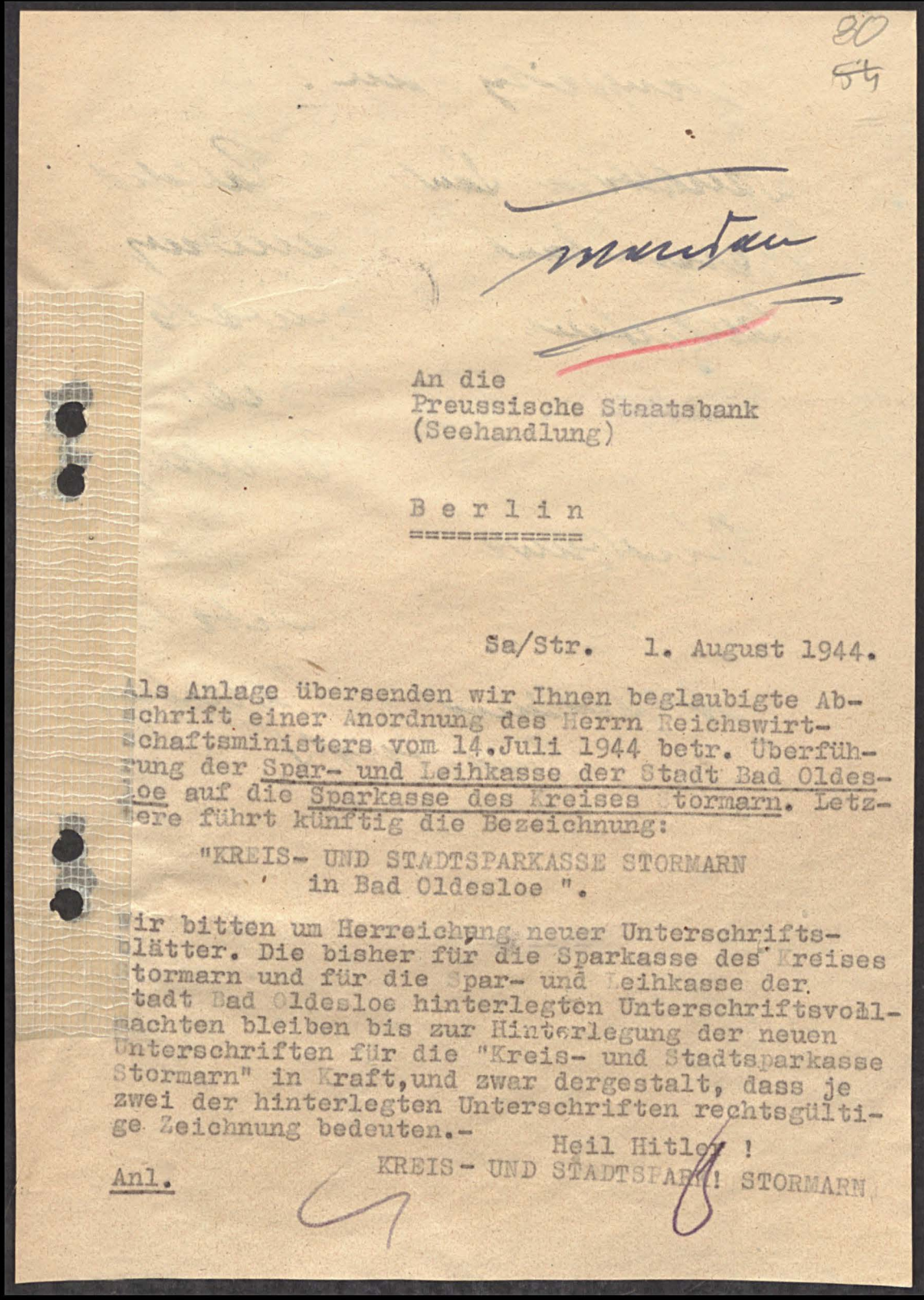
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



An die
Preussische Staatsbank
(Seehandlung)

B e r l i n
=====

Sa/Str. 1. August 1944.

Als Anlage übersenden wir Ihnen beglaubigte Abschrift einer Anordnung des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 14. Juli 1944 betr. Überführung der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe auf die Sparkasse des Kreises Stormarn. Letztere führt künftig die Bezeichnung:

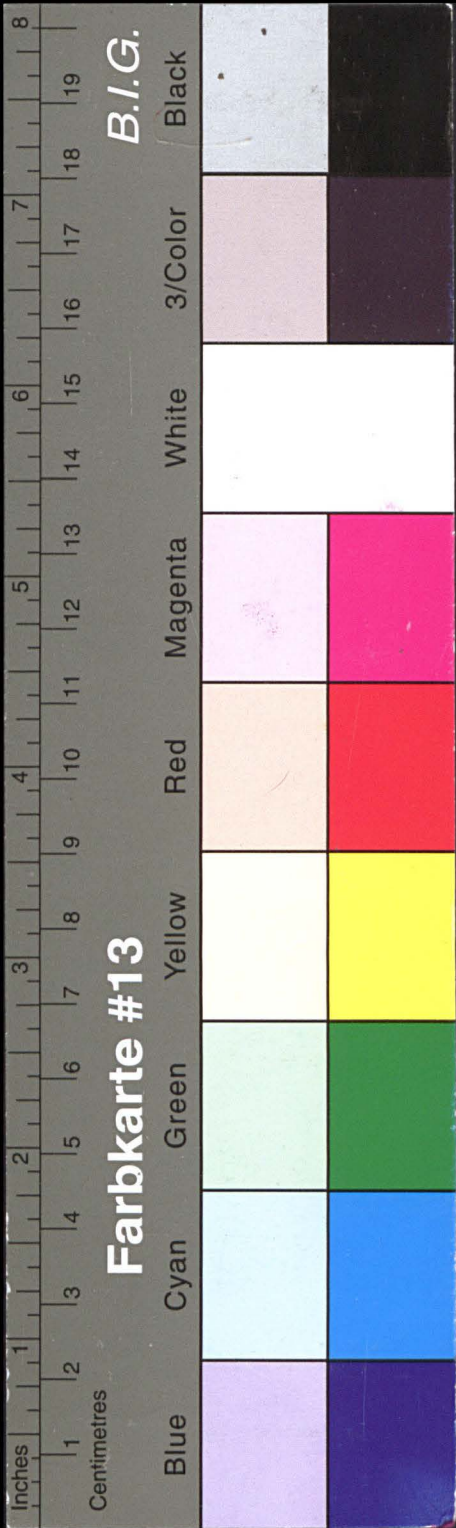
"KREIS- UND STADTSPARKASSE STORMARN
in Bad Oldesloe".

Wir bitten um Herreichung neuer Unterschriftsblätter. Die bisher für die Sparkasse des Kreises Stormarn und für die Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe hinterlegten Unterschriftsvollmachten bleiben bis zur Hinterlegung der neuen Unterschriften für die "Kreis- und Stadtparkasse Stormarn" in Kraft, und zwar dergestalt, dass je zwei der hinterlegten Unterschriften rechtsgültige Zeichnung bedeuten.

Heil Hitler!

KREIS- UND STADTSPARKASSE STORMARN

Anl.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Übersendung an:

<i>Wandsbeker Bank</i>	<i>Reichsbank</i>
<i>Versicherungsbank</i>	<i>Hamburg</i>
<i>Landesbank</i>	<i>Lübeck</i>
"	<i>Lübeck</i>
"	<i>Hamburg</i>
<i>Reichsbank</i>	"
"	<i>Lübeck</i>
<i>Sparkasse</i>	<i>Hamburg</i>
<i>H. Nordstern</i>	

87
55

z.Zt. Ahrensburg i.H.

An das
Finanzamt Hamburg-Wandsbek

H a m b u r g
=====

Steinstrasse 7

Sa/Str. 1. August 1944

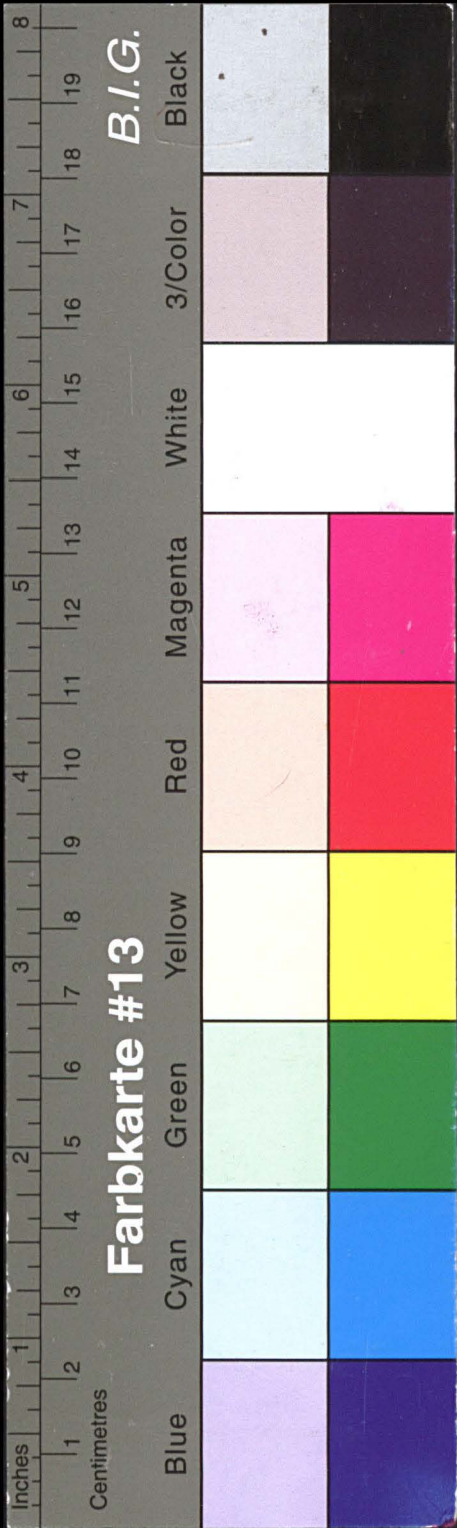
Als Anlage übersenden wir Ihnen beglaubigte Abschrift einer Anordnung des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 14. Juli 1944 betr. Überführung der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe auf die Sparkasse des Kreises Stormarn. Letztere führt künftig die Bezeichnung:

"KREIS- UND STADTSPARKASSE STORMARN
in Bad Oldesloe".

Heil Hitler !

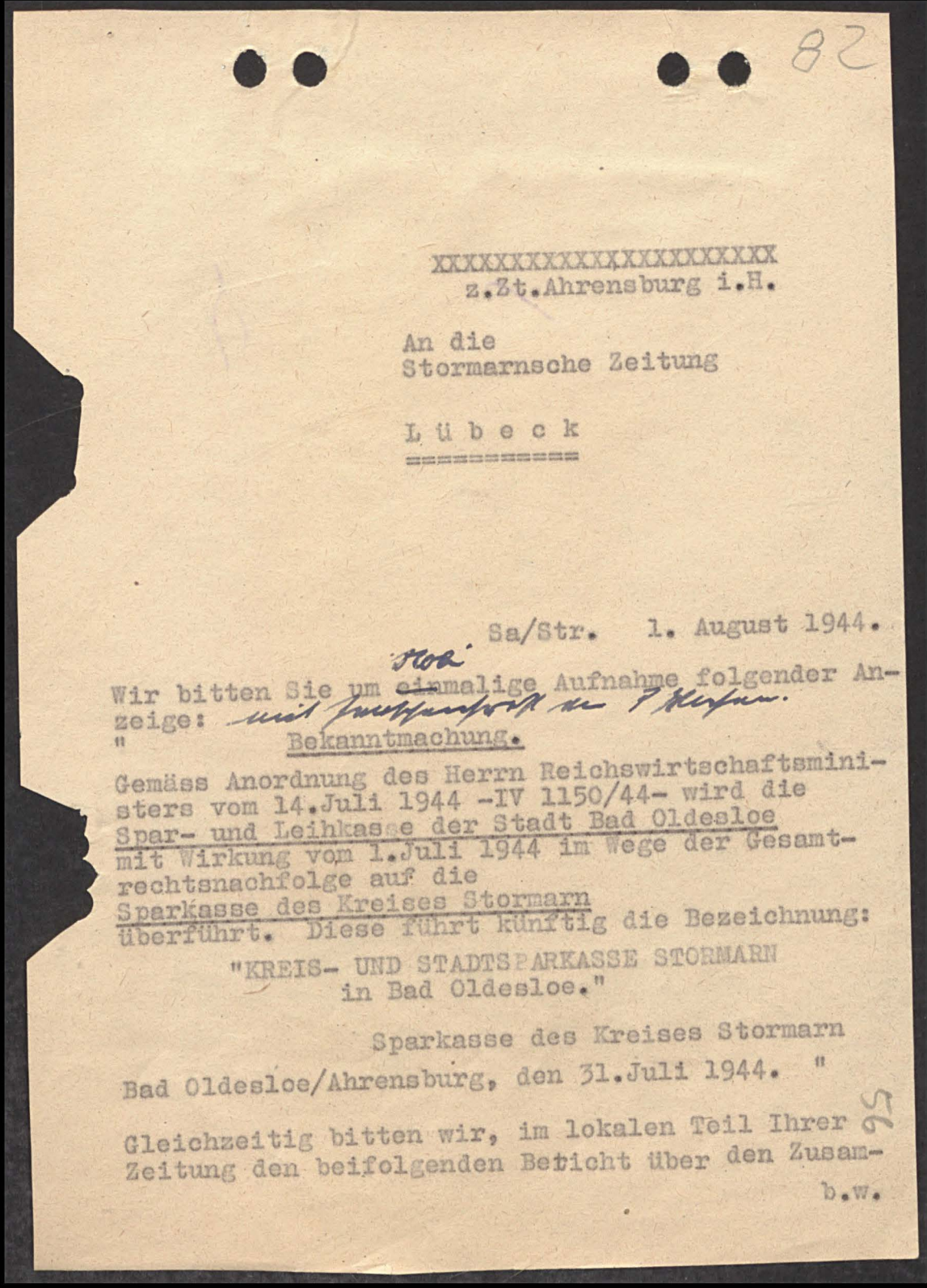
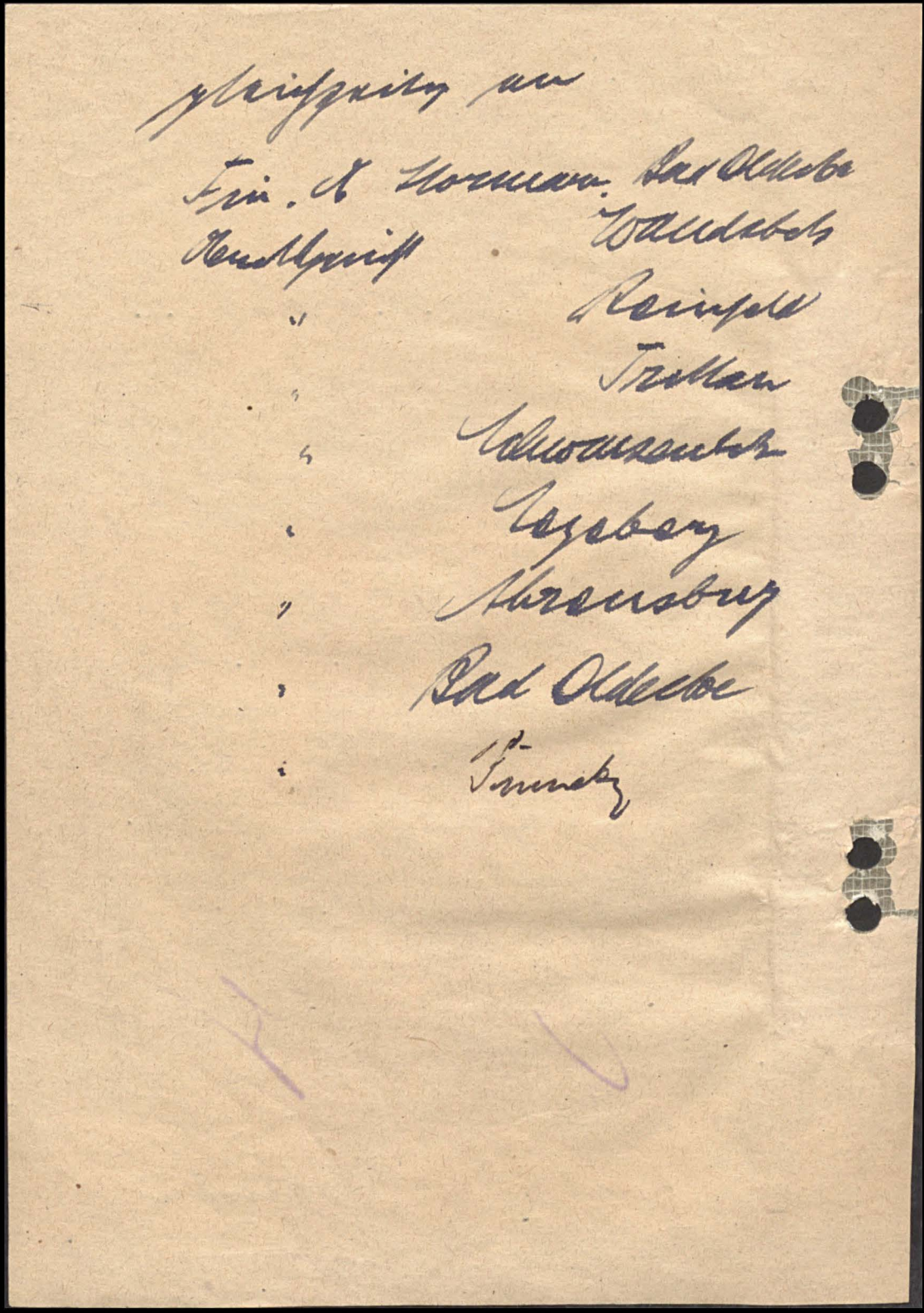
KREIS- UND STADTSPARKASSE STORMARN

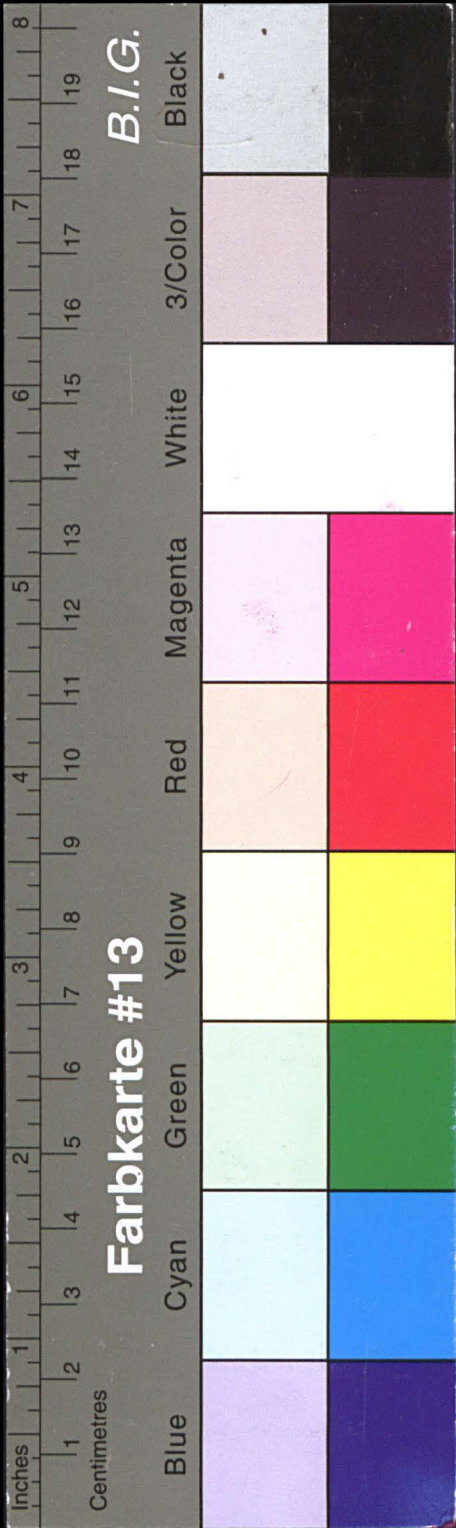
Anl. *U* *Wandsbeker*



Kreisarchiv Stormarn E103

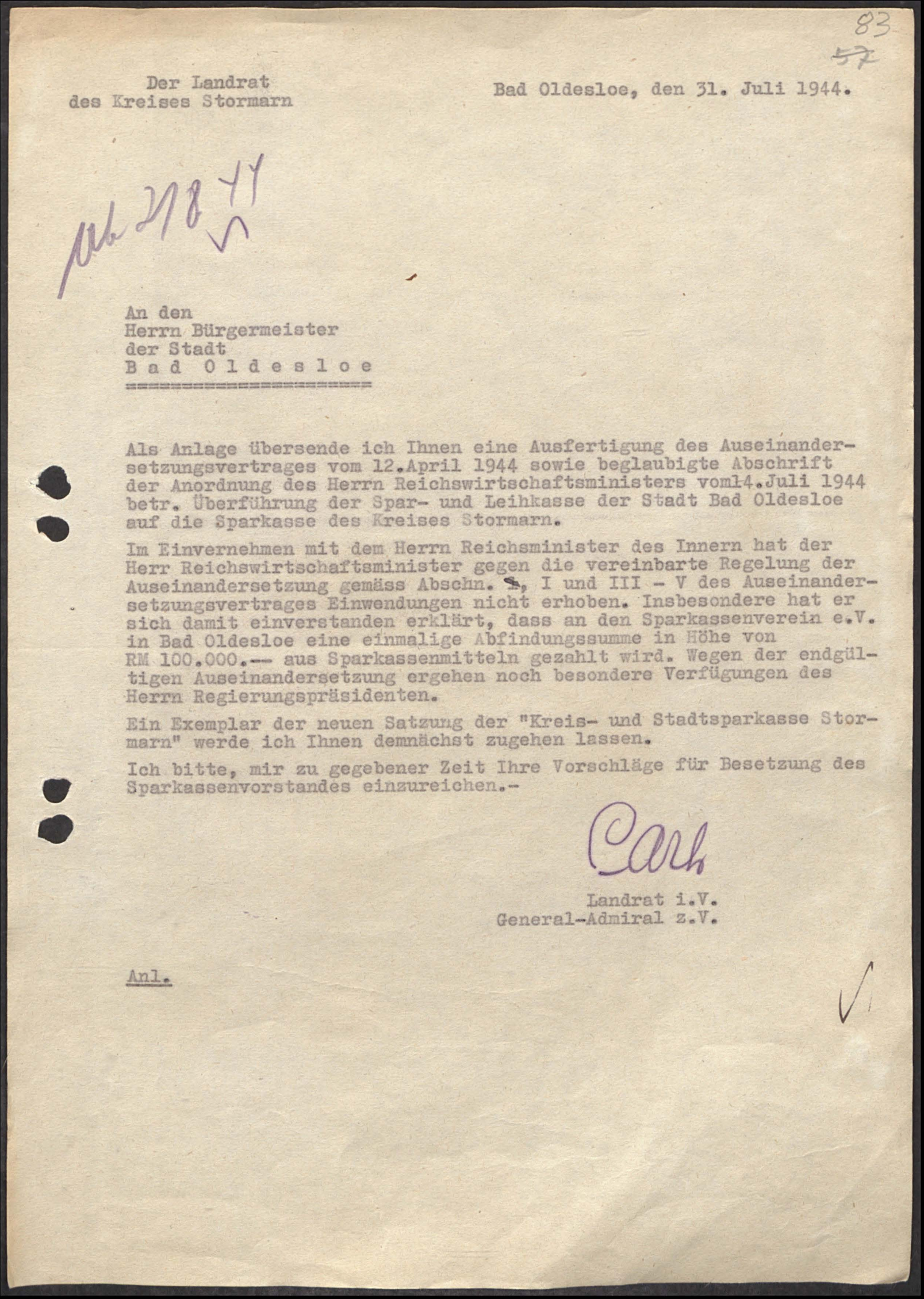
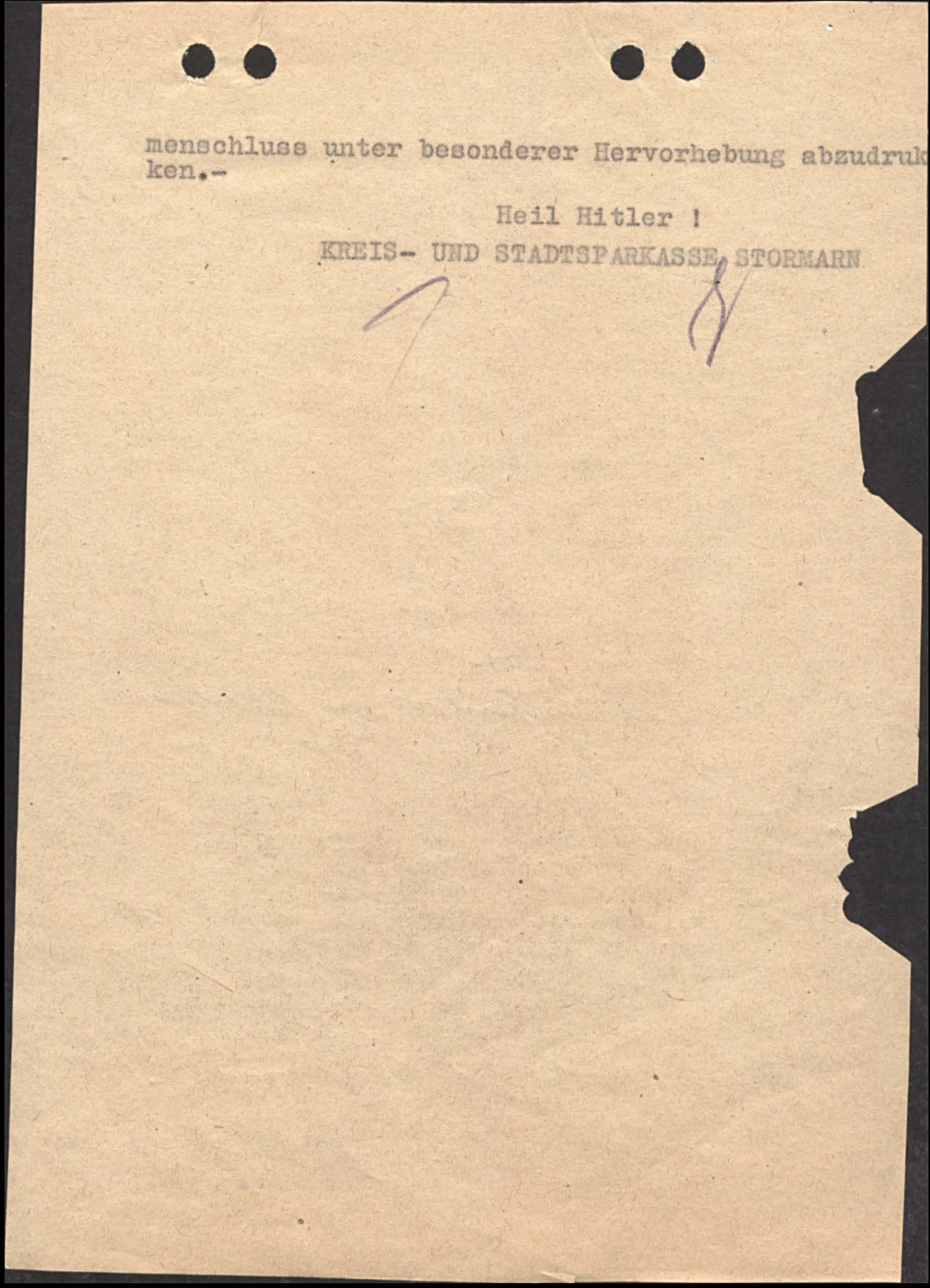
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Der Landrat
des Kreises Stormarn

Bad Oldesloe, den 31. Juli 1944.

An den
Herrn Bürgermeister
der Stadt
Bad Oldesloe
=====

Als Anlage übersende ich Ihnen eine Ausfertigung des Ausein-
setzungsvertrages vom 12. April 1944 sowie beglaubigte Abschrift
der Anordnung des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 14. Juli 1944
betr. Überführung der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe
auf die Sparkasse des Kreises Stormarn.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister des Innern hat der
Herr Reichswirtschaftsminister gegen die vereinbarte Regelung der
Auseinandersetzung gemäss Abschn. I und III - V des Auseinander-
setzungsvertrages Einwendungen nicht erhoben. Insbesondere hat er
sich damit einverstanden erklärt, dass an den Sparkassenverein e.V.
in Bad Oldesloe eine einmalige Abfindungssumme in Höhe von
RM 100.000.-- aus Sparkassenmitteln gezahlt wird. Wegen der endgül-
tigen Auseinandersetzung ergehen noch besondere Verfügungen des
Herrn Regierungspräsidenten.

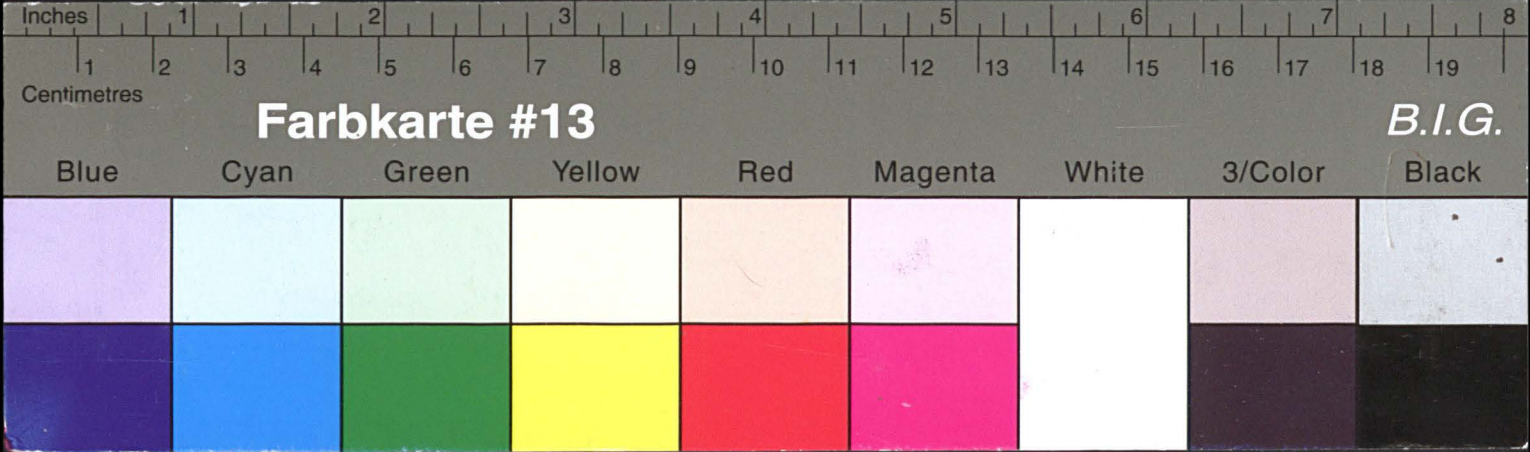
Ein Exemplar der neuen Satzung der "Kreis- und Stadtparkasse Stor-
marn" werde ich Ihnen demnächst zugehen lassen.

Ich bitte, mir zu gegebener Zeit Ihre Vorschläge für Besetzung des
Sparkassenvorstandes einzureichen.--

Carl

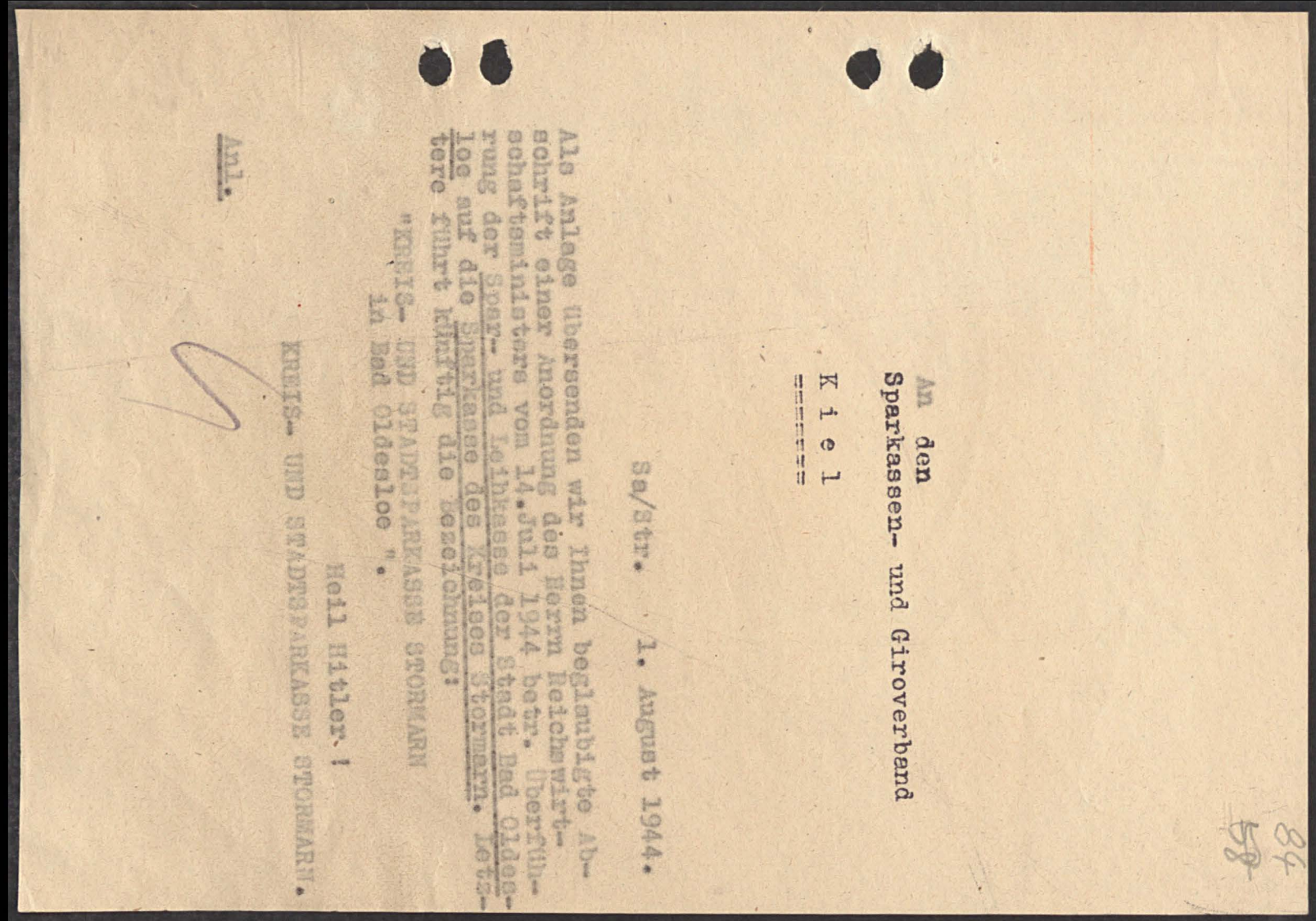
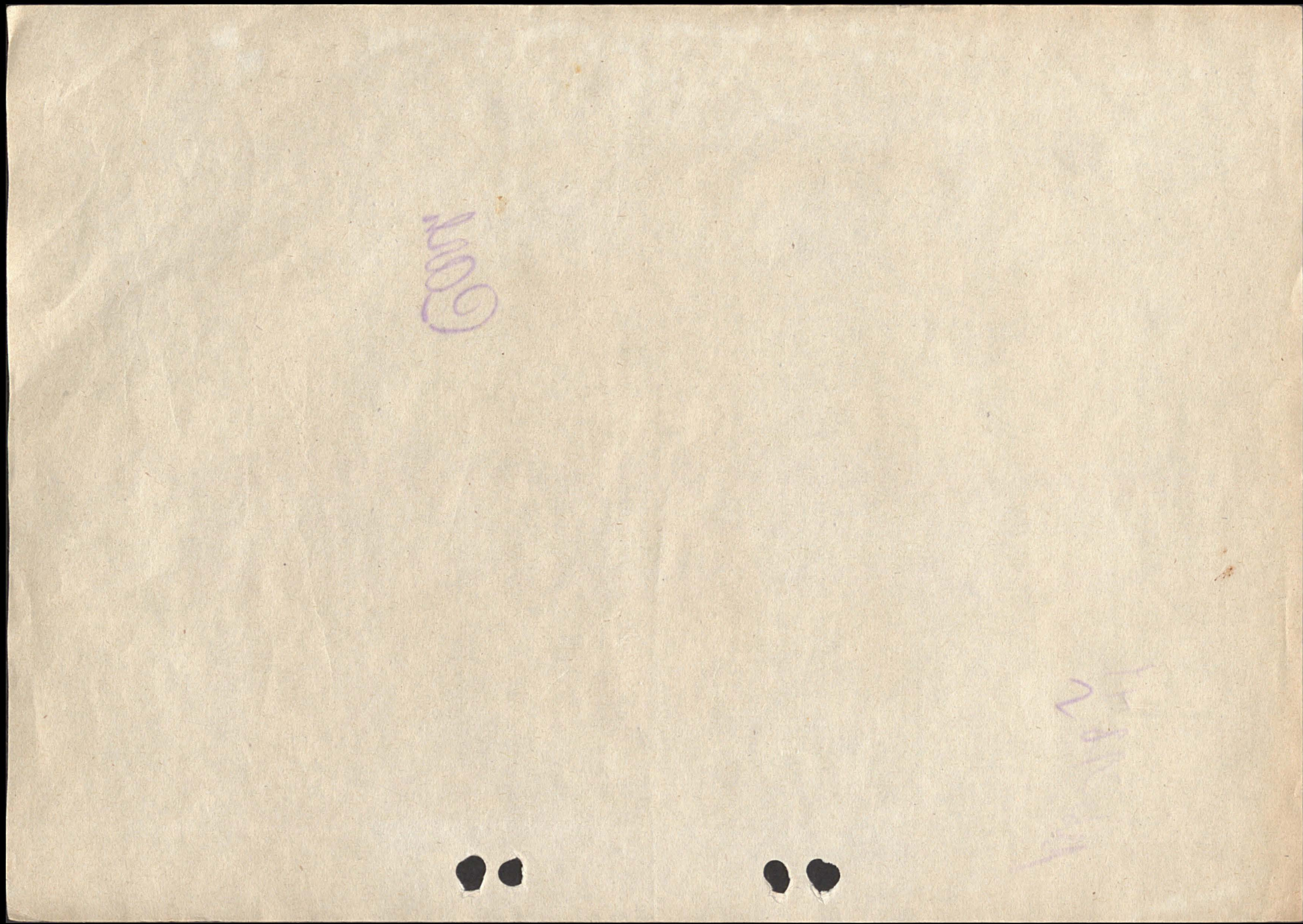
Landrat i.V.
General-Admiral z.V.

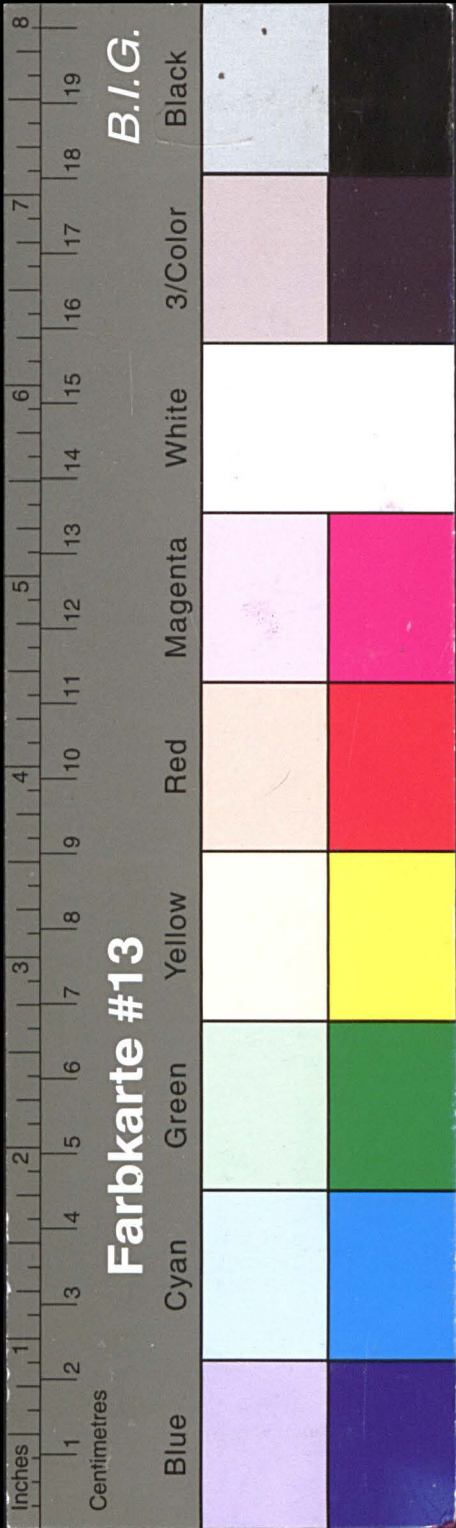
Anl.



Kreisarchiv Stormarn E103

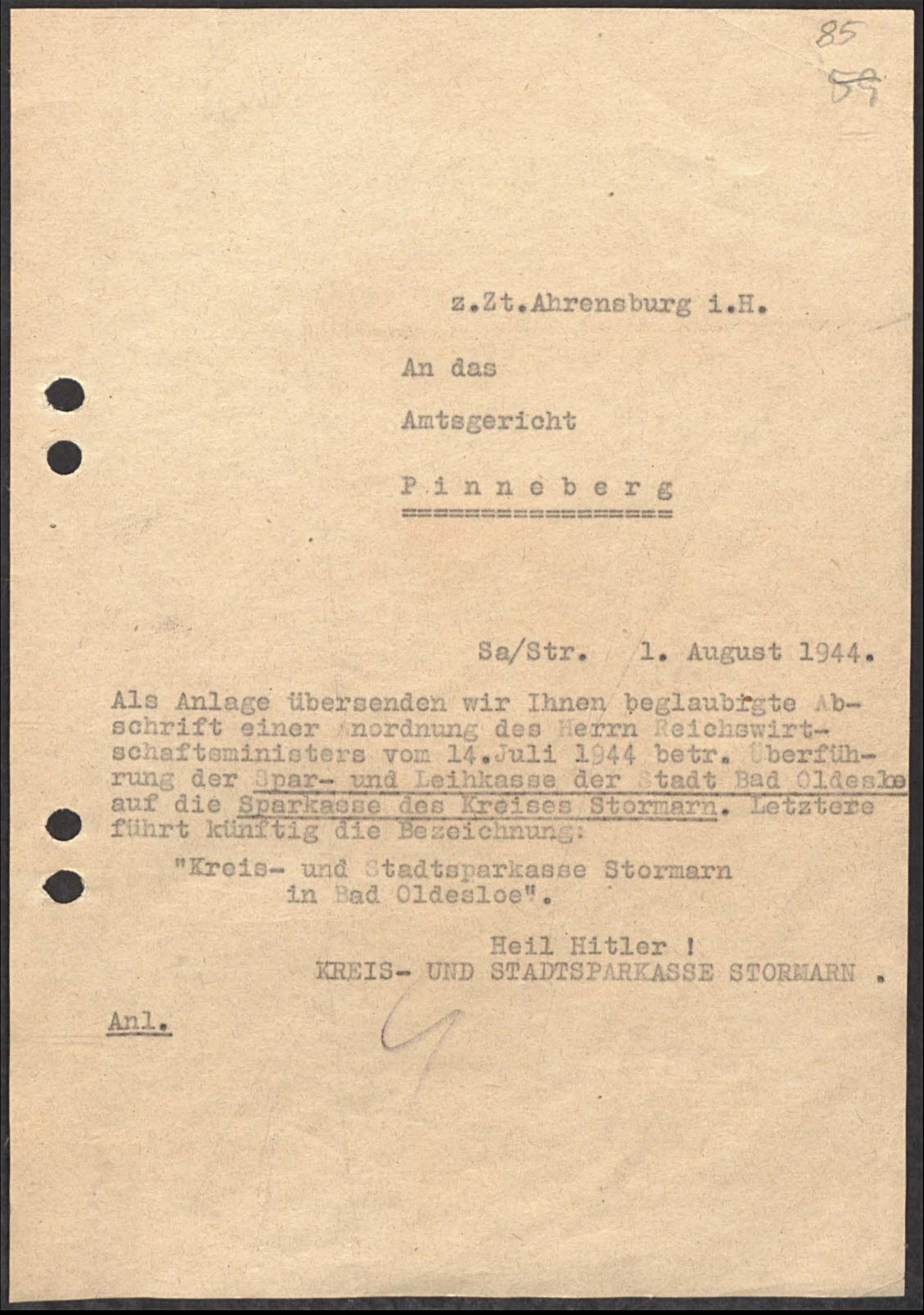
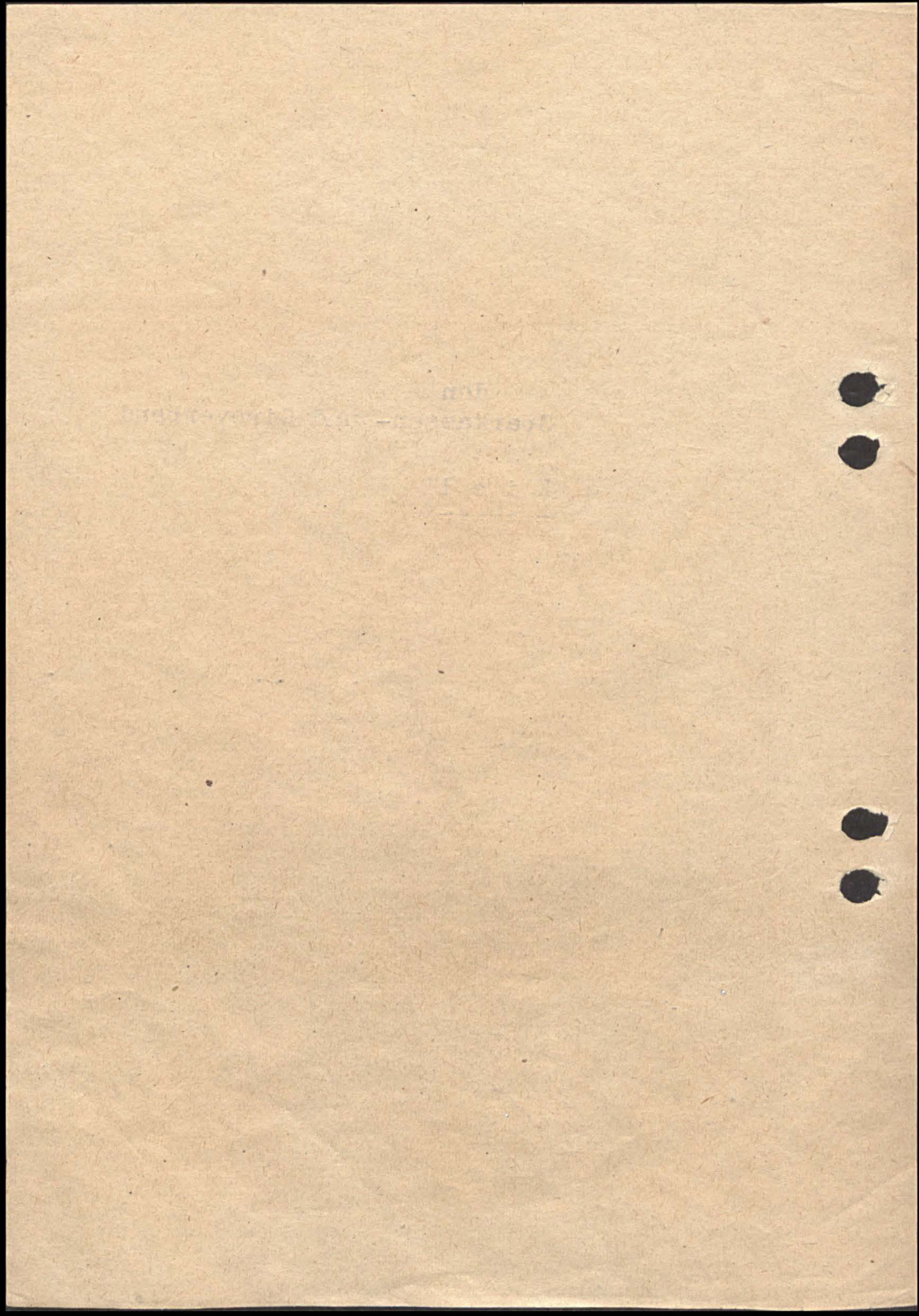
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



85
59

z.Zt.Ahrensburg i.H.

An das
Amtsgericht

P i n n e b e r g

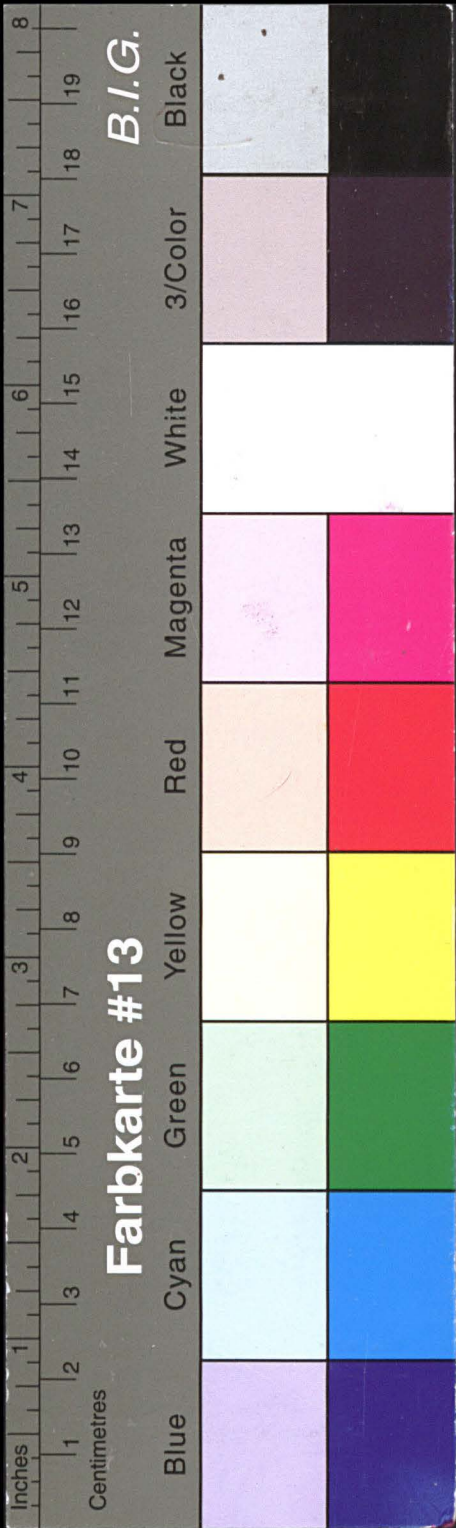
Sa/Str. 1. August 1944.

Als Anlage übersenden wir Ihnen beglaubigte Abschrift einer Anordnung des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 14.Juli 1944 betr. Überführung der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe auf die Sparkasse des Kreises Stormarn. Letztere führt künftig die Bezeichnung:

"Kreis- und Stadtparkasse Stormarn
in Bad Oldesloe".

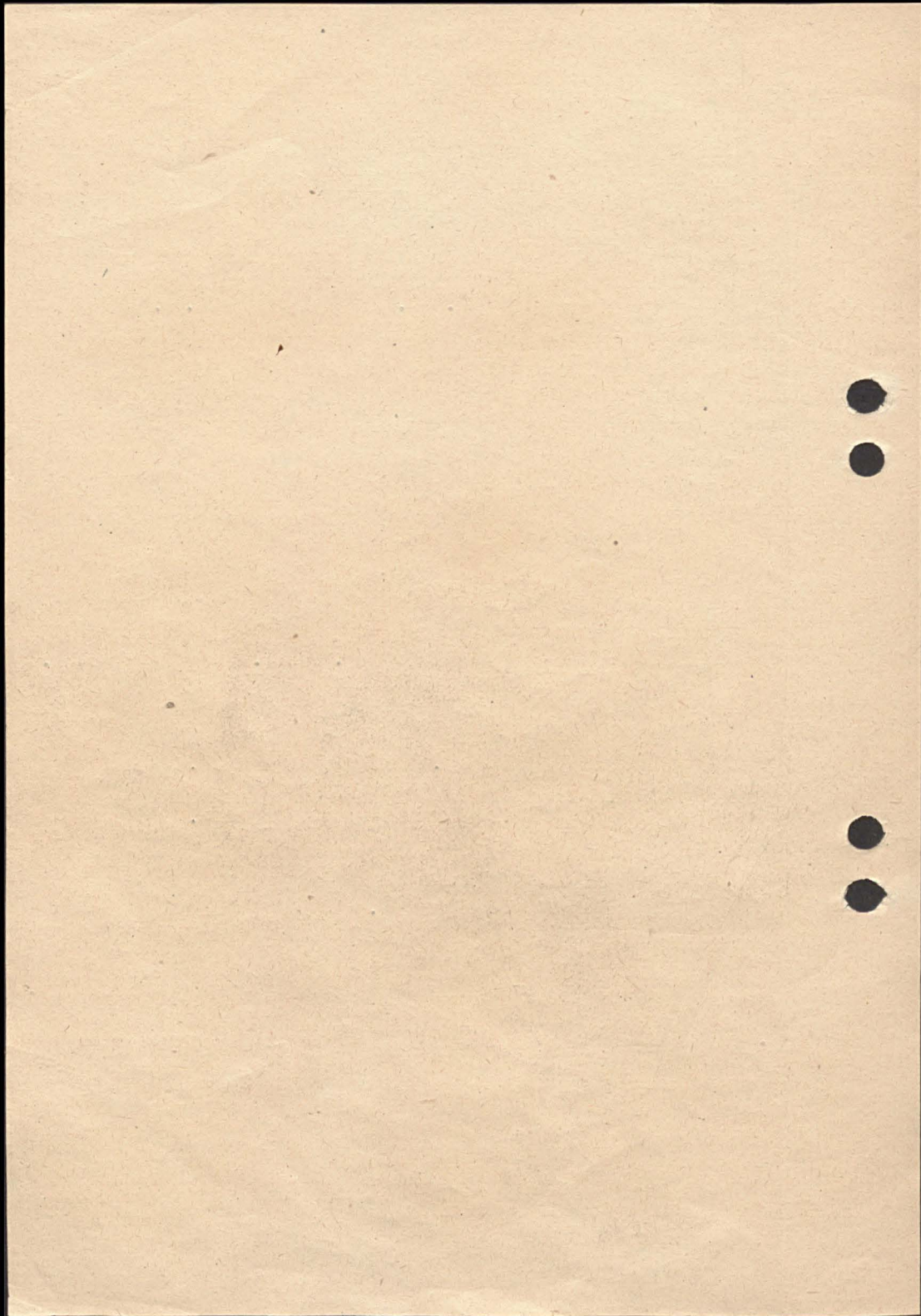
Heil Hitler !
KREIS- UND STADTPARKASSE STORMARN .

Anl.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



86
60

z.Zt.Ahrensburg i.H.

An den
Herrn Landeshauptmann
der Provinz Schlesw.-Holst.

K i e l
=====

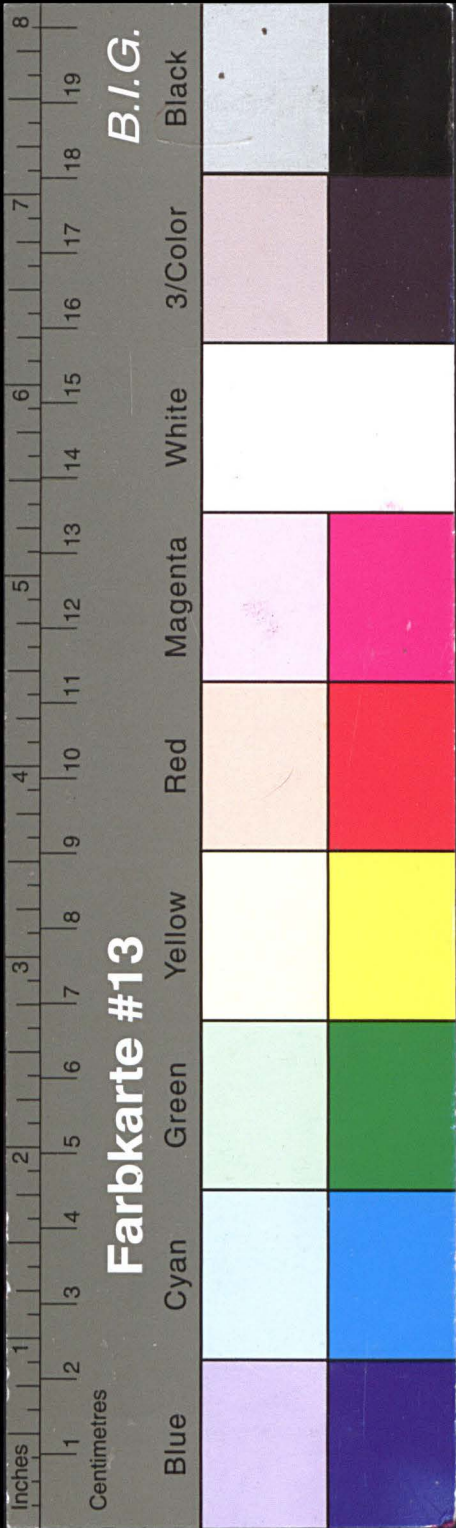
Sa=Str. 1. August 1944.

Als Anlage übersenden wir Ihnen beglaubigte Abschrift einer Anordnung des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 14.Juli 1944 betr. Überführung der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe auf die Sparkasse des Kreises Stormarn. Letztere führt künftig die Bezeichnung

"KREIS- UND STADTSPARKASSE STORMARN
in Bad Oldesloe".

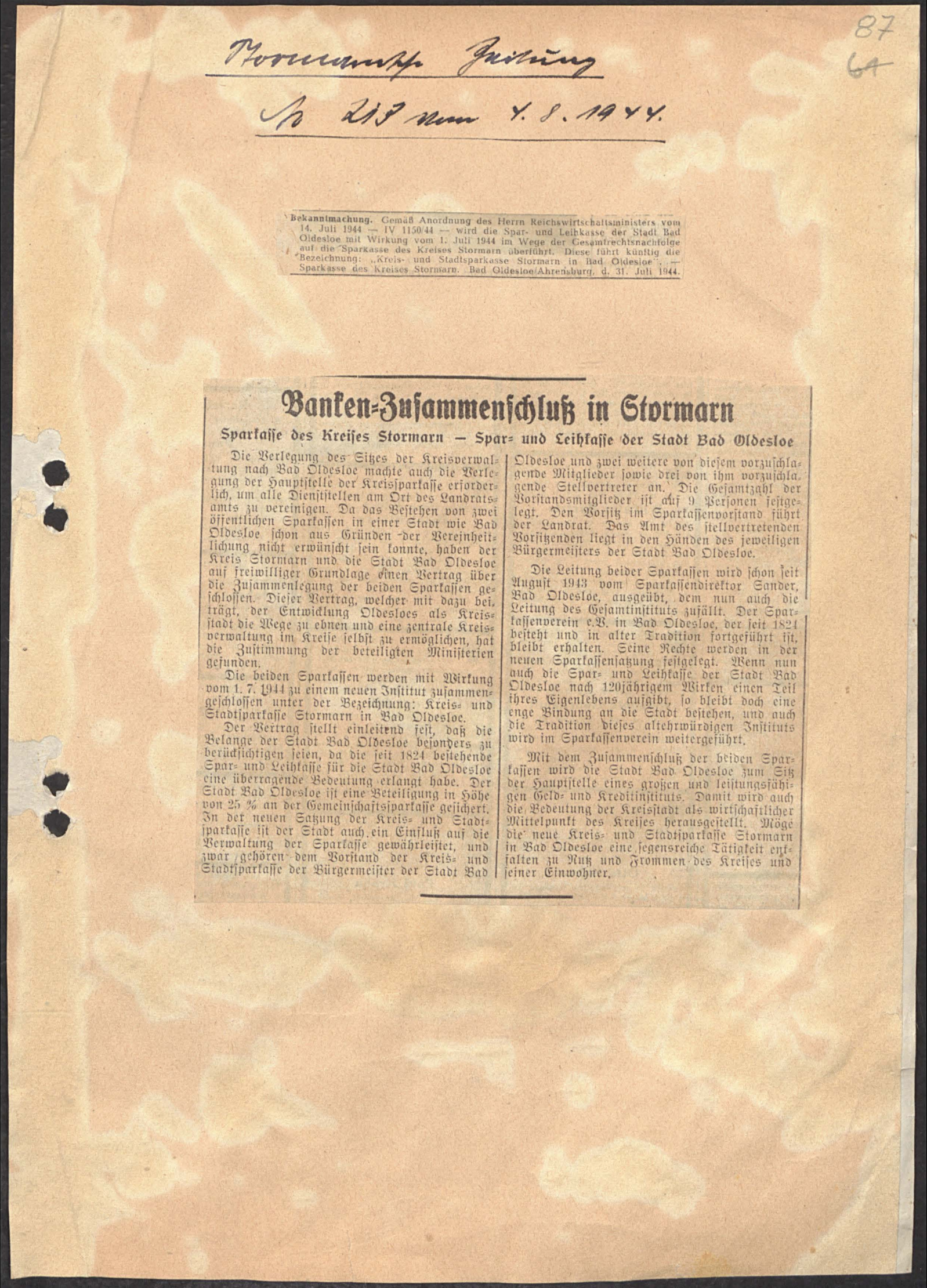
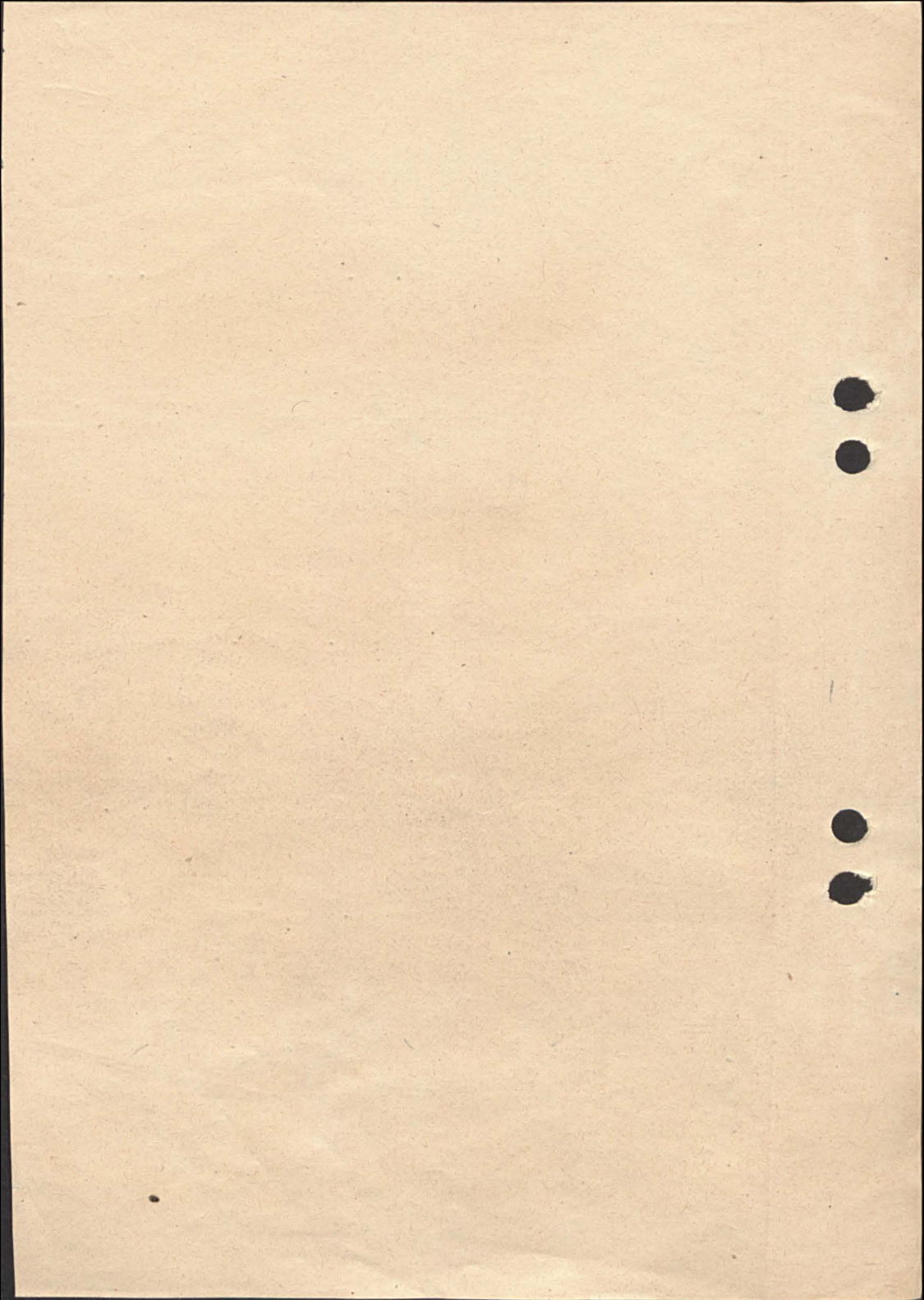
Heil Hitler !
KREIS- UND STADTSPARKASSE STORMARN

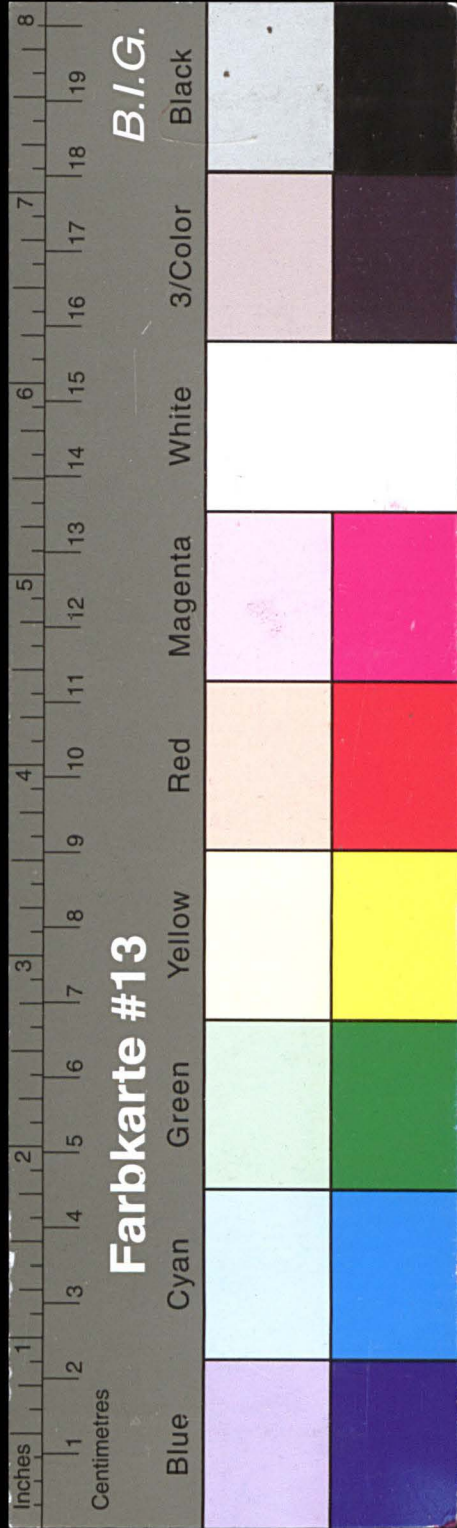
Anl.



Kreisarchiv Stormarn E103

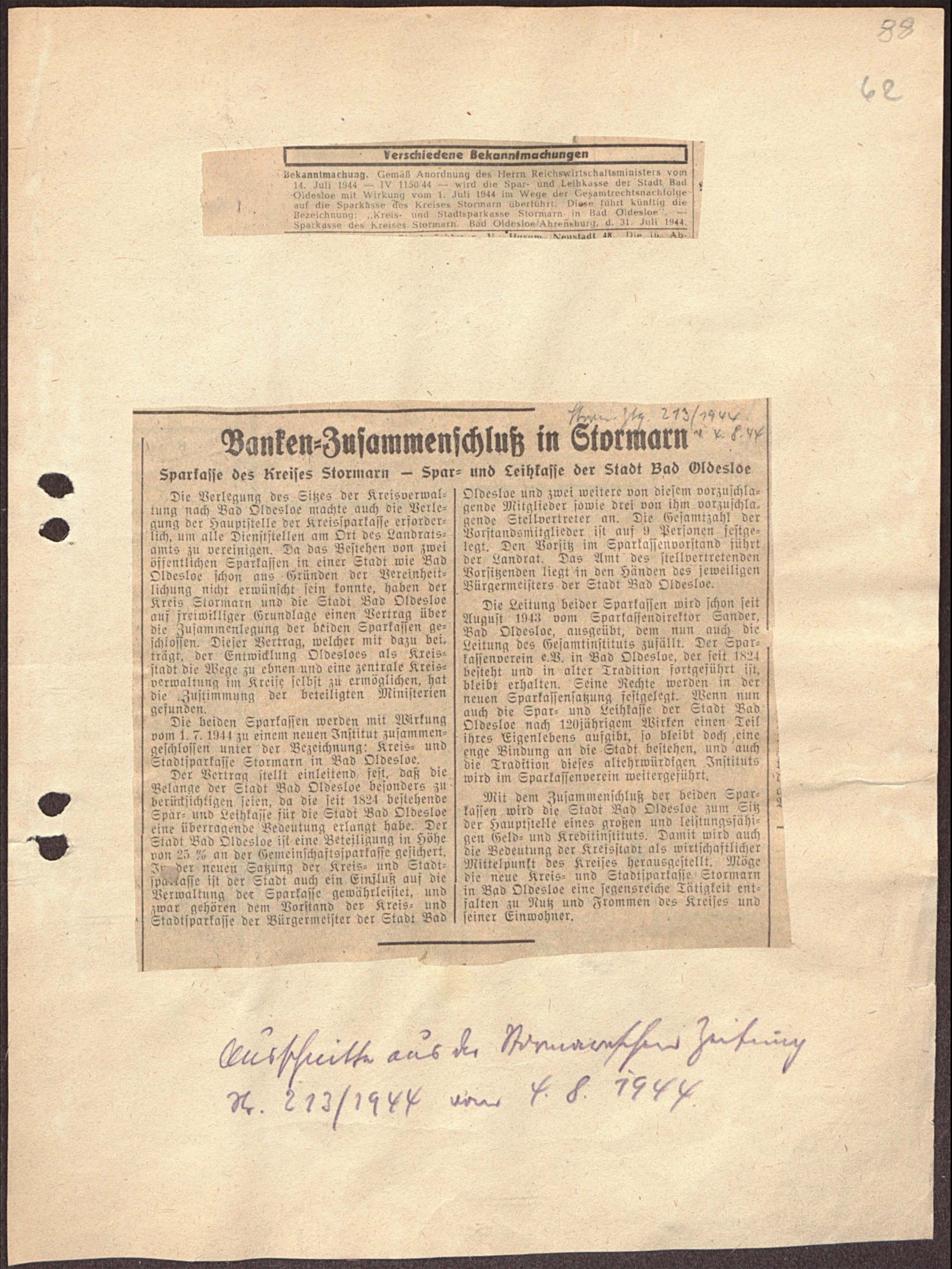
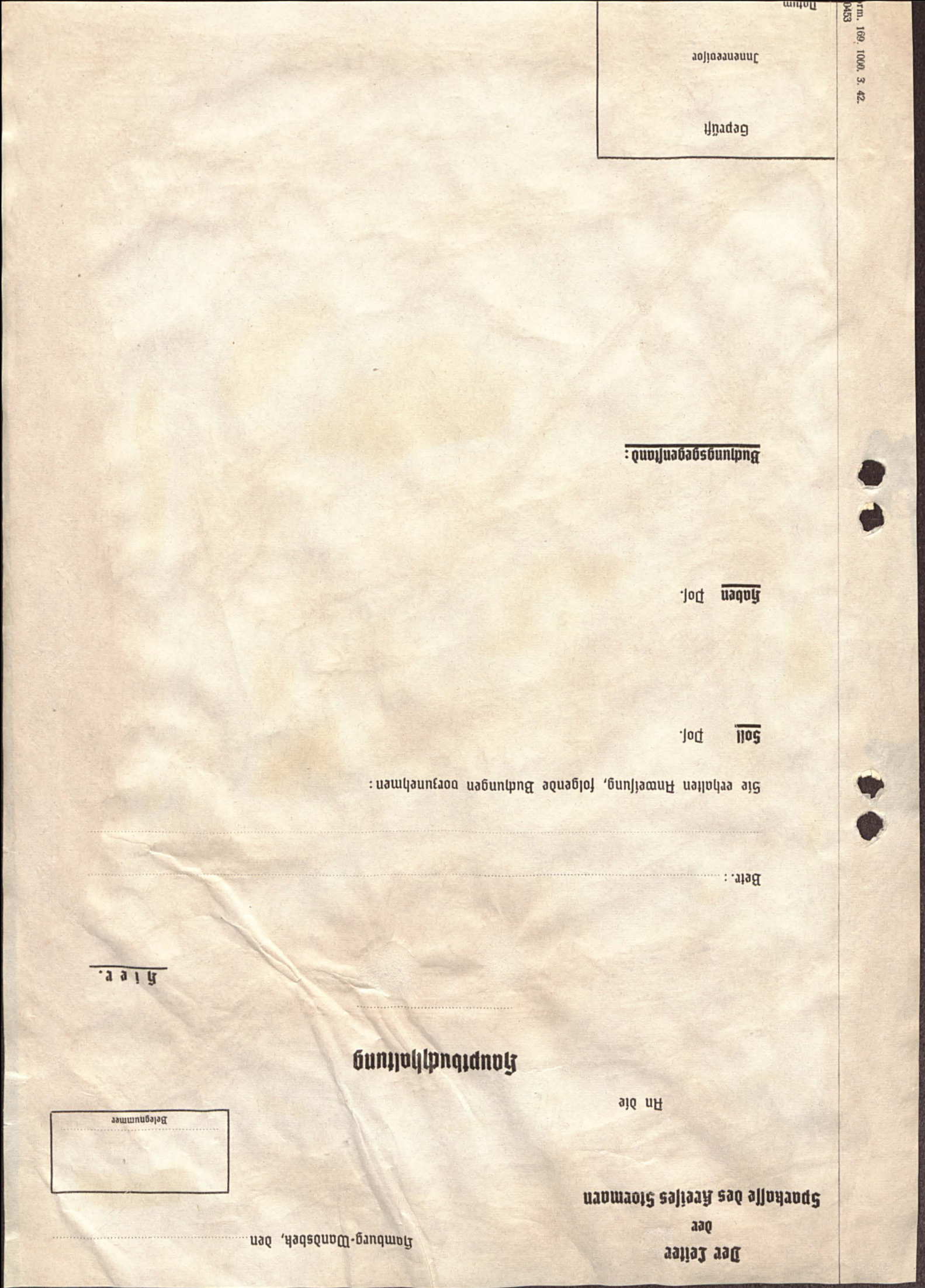
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





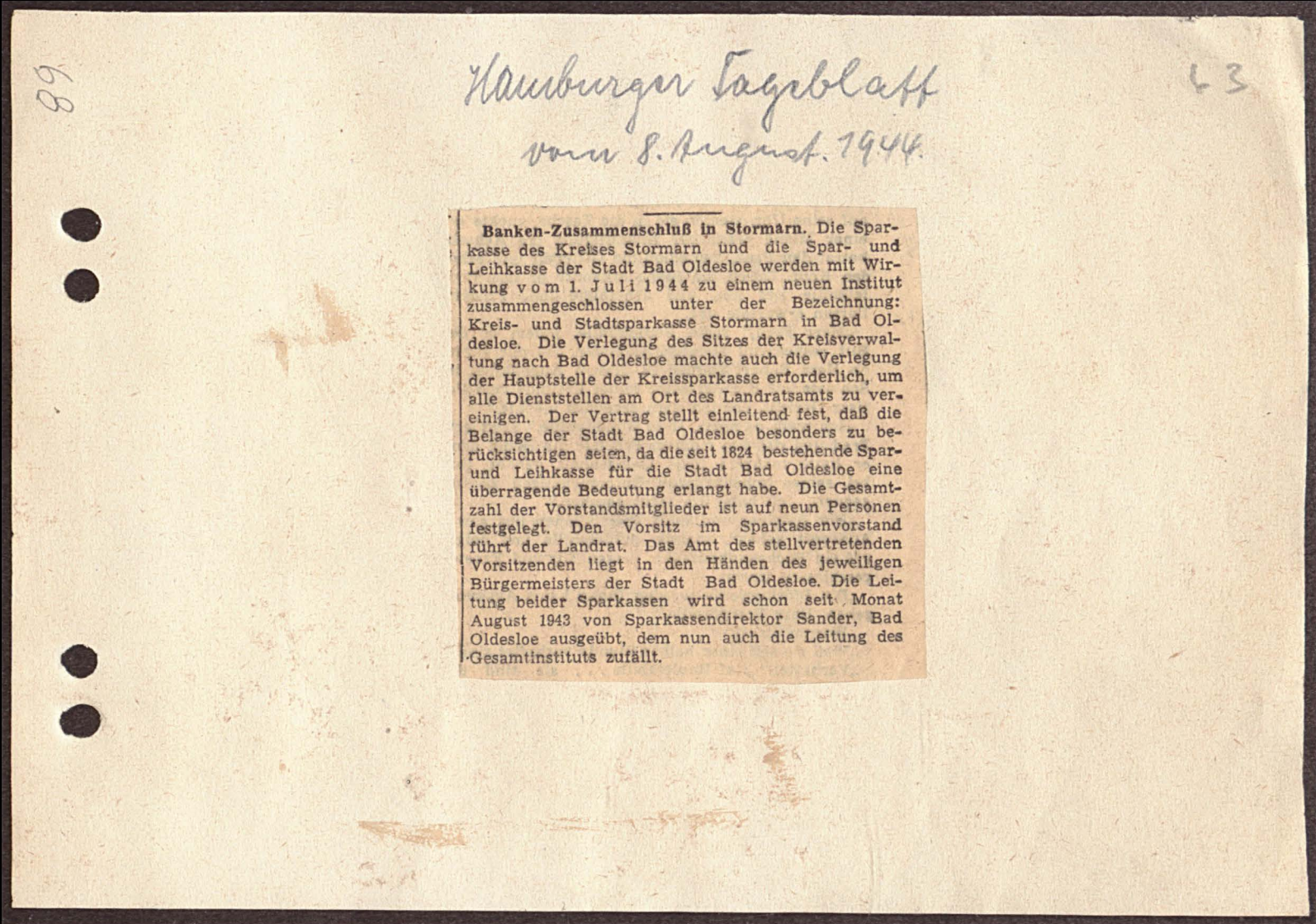
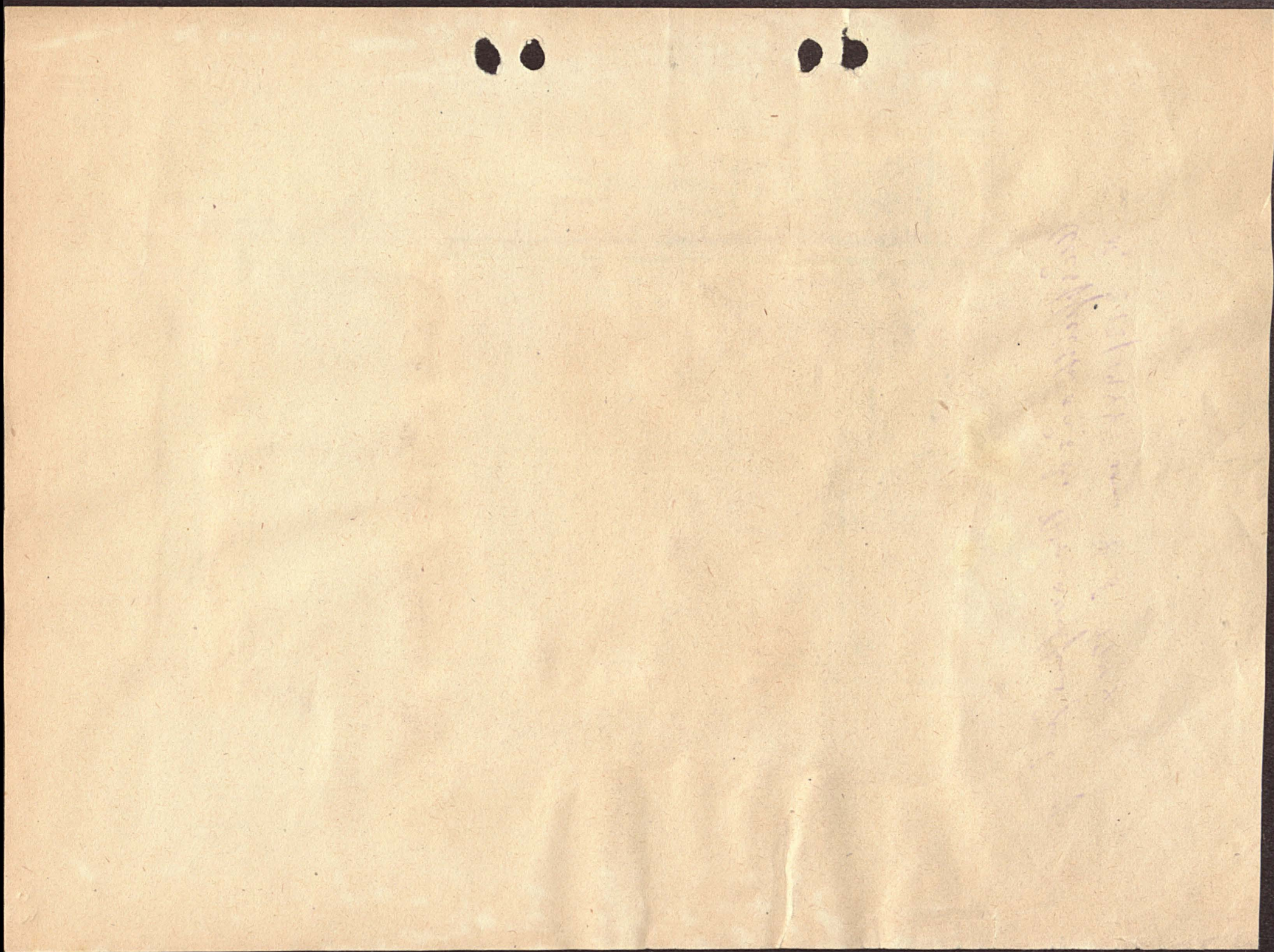
Kreisarchiv Stormarn E103

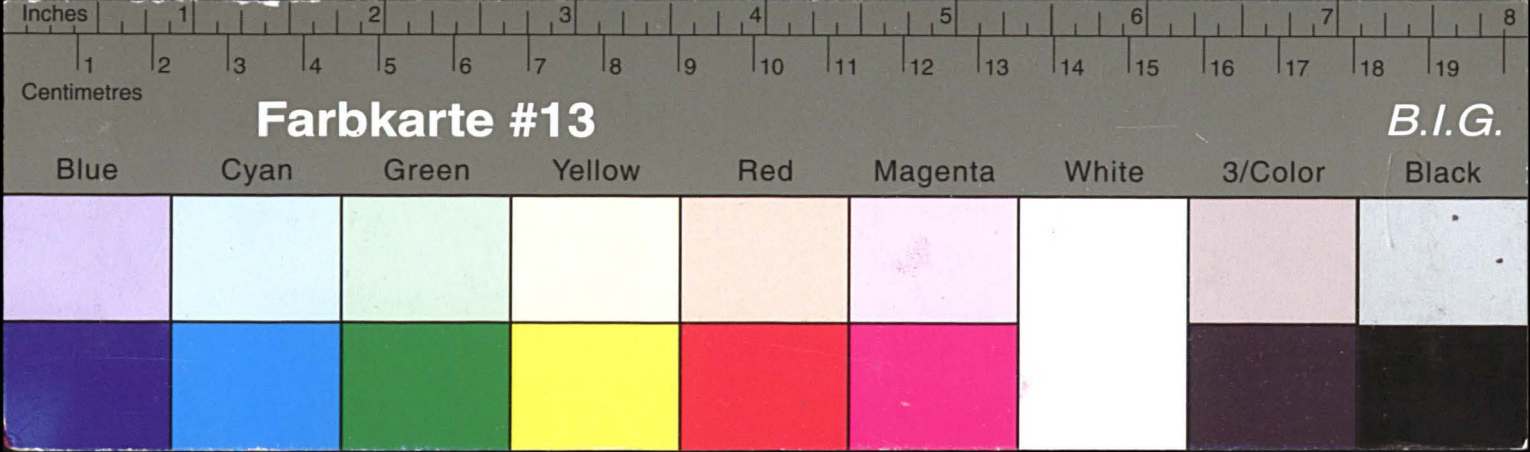
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Kreisarchiv Stormarn E103

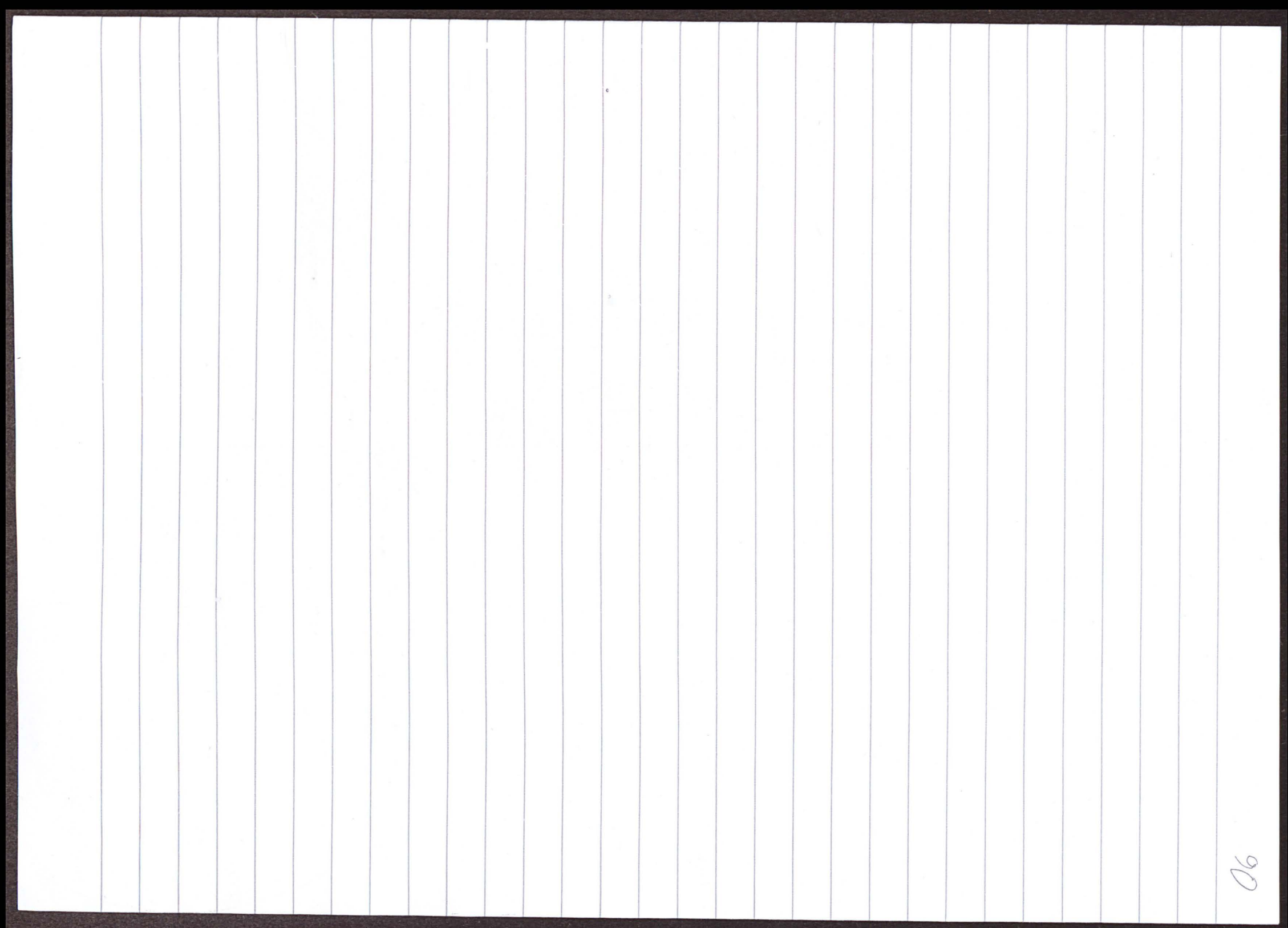
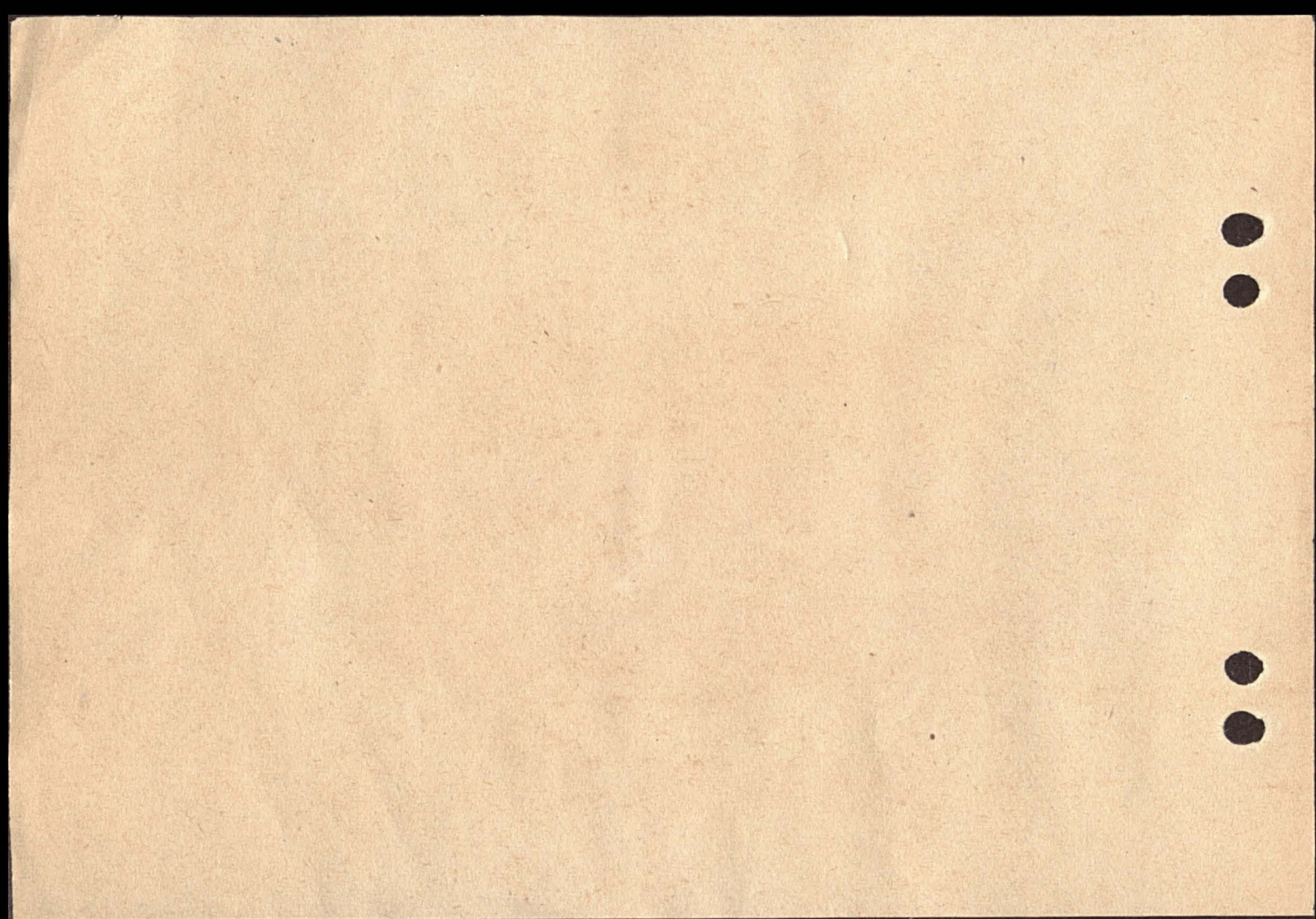
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

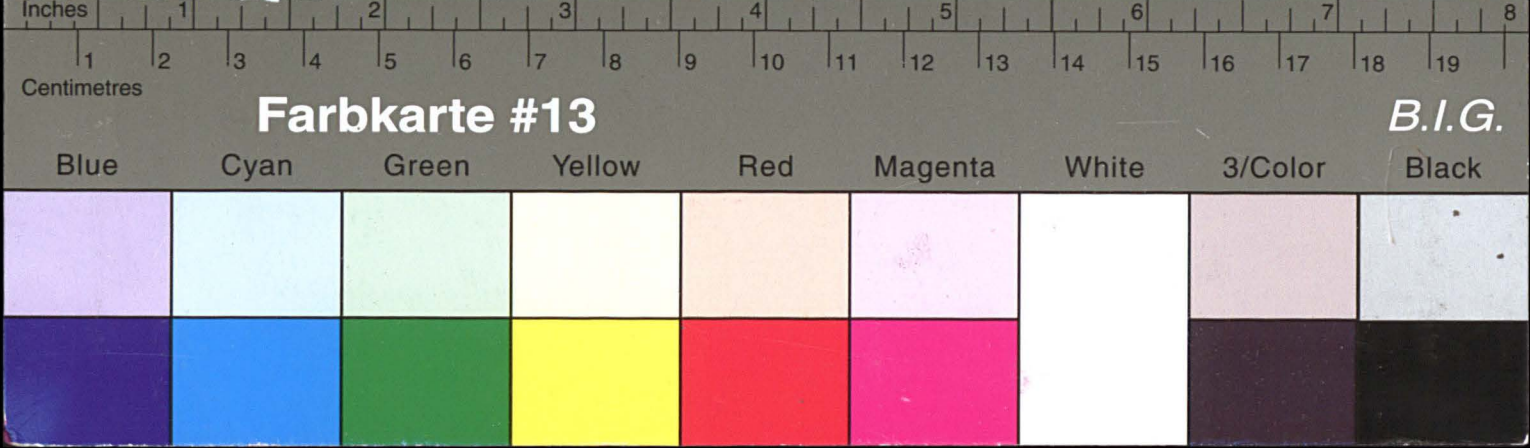




Kreisarchiv Stormarn E103

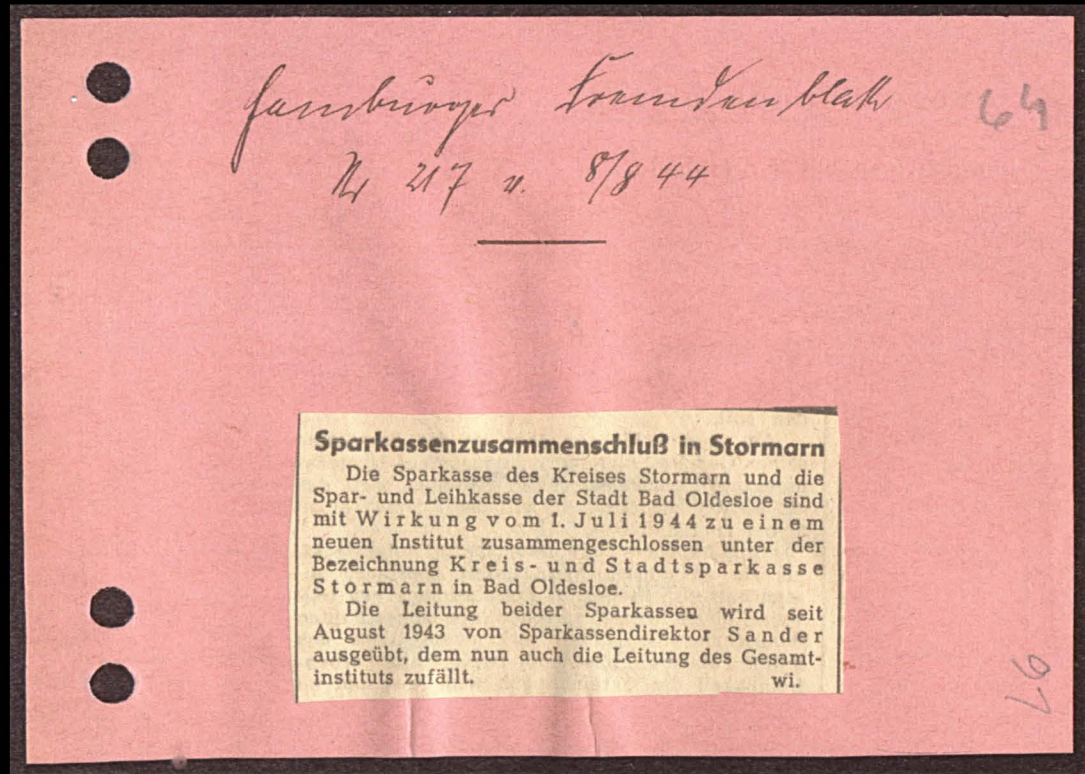
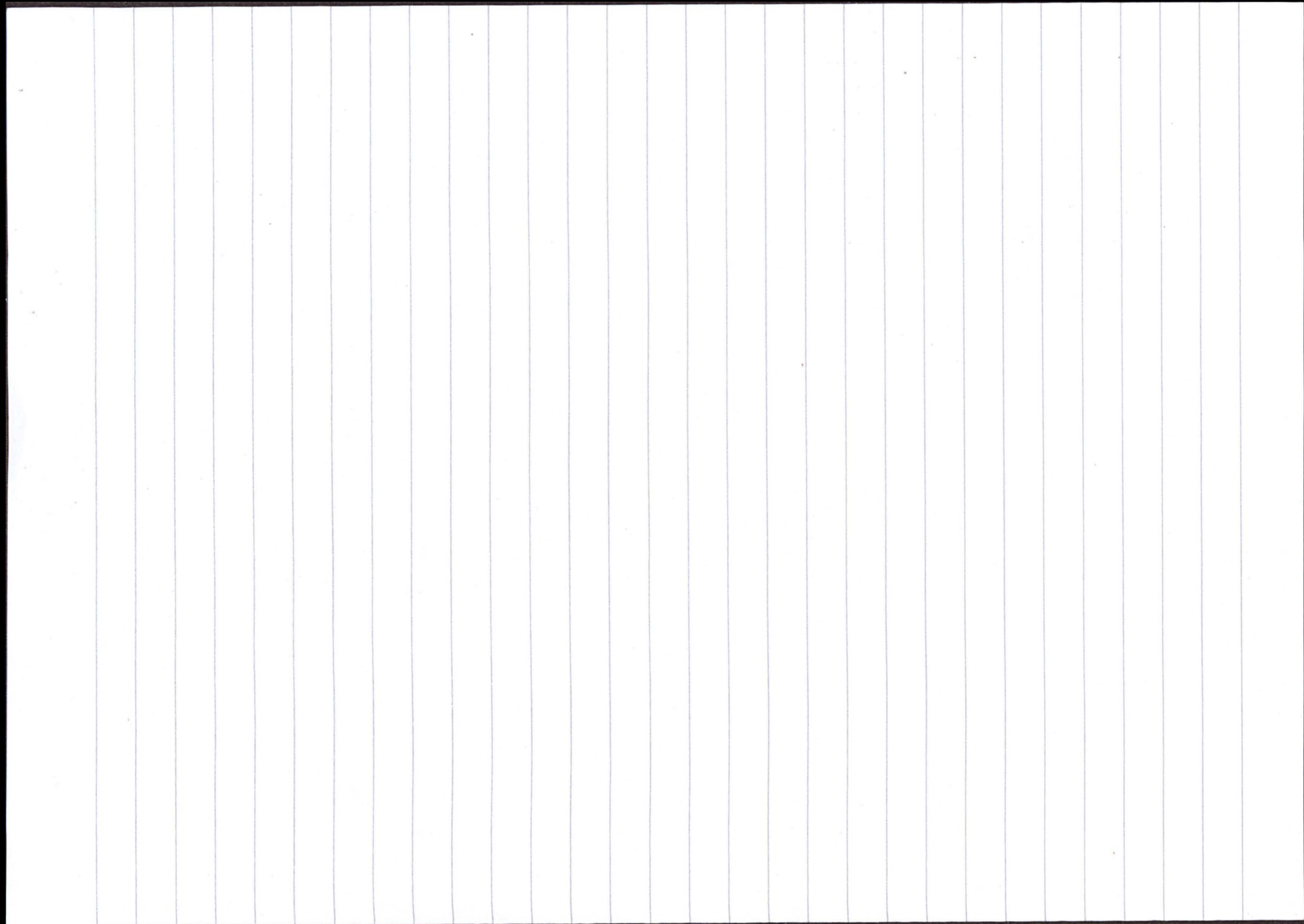
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

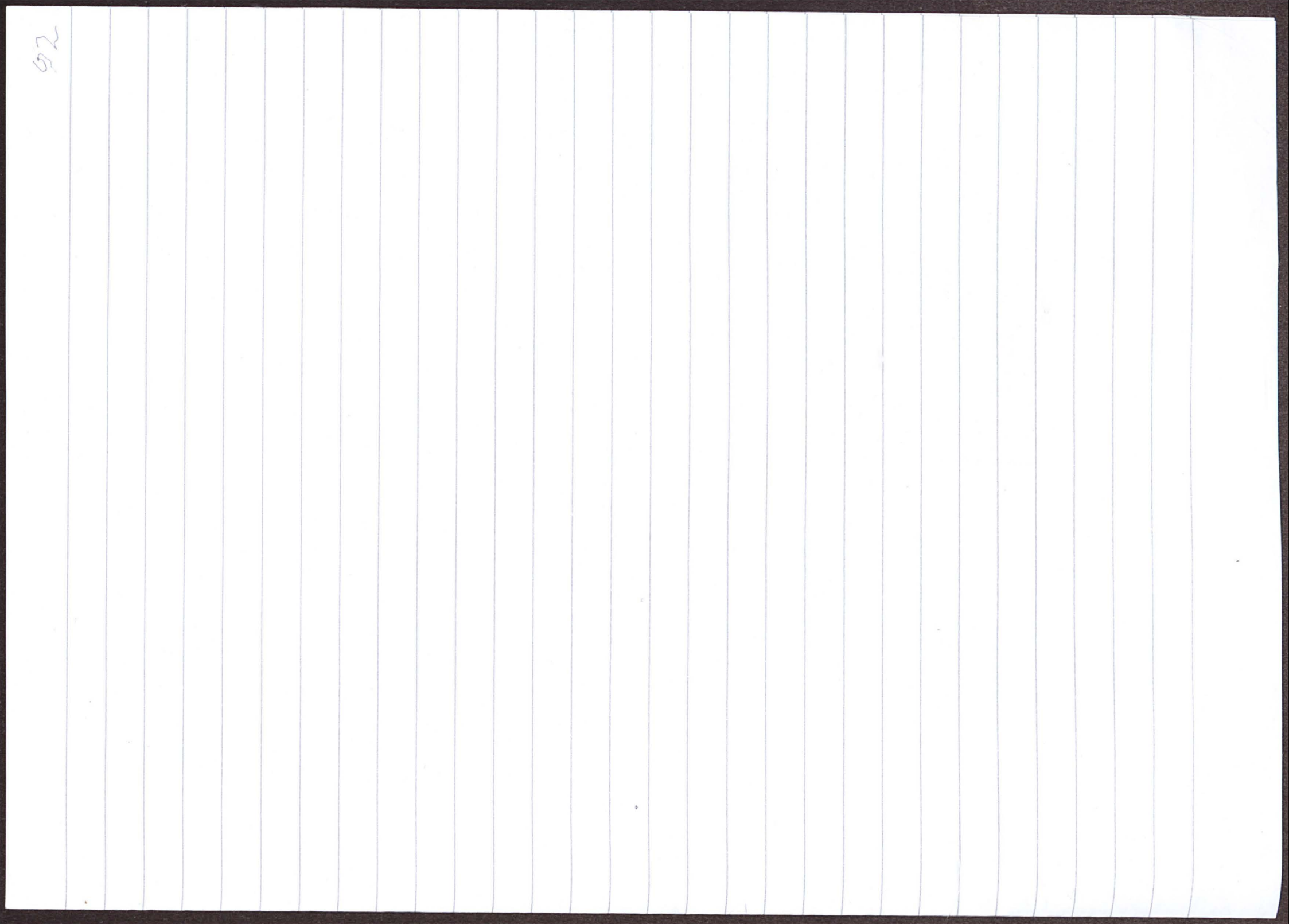




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Ueberweisungsauftrag Ueberweisen Sie *R.M.*

Stadtsparkasse in Bad Oldesloe

Reichsmark (in Worten) _____

An (Empfänger)

Kontonummer _____
auf dessen Konto bei oder auf ein anderes Konto des Begünstigten*)

Niederlassung u. Dep.-Kasse _____

*) Soll die Ueberweisung auf ein anderes Konto ausgeschlossen sein, so sind die Worte „oder auf ein anderes,“ zu durchstreichen.

Verwendungszweck (Mitteilungen an den Empfänger) _____

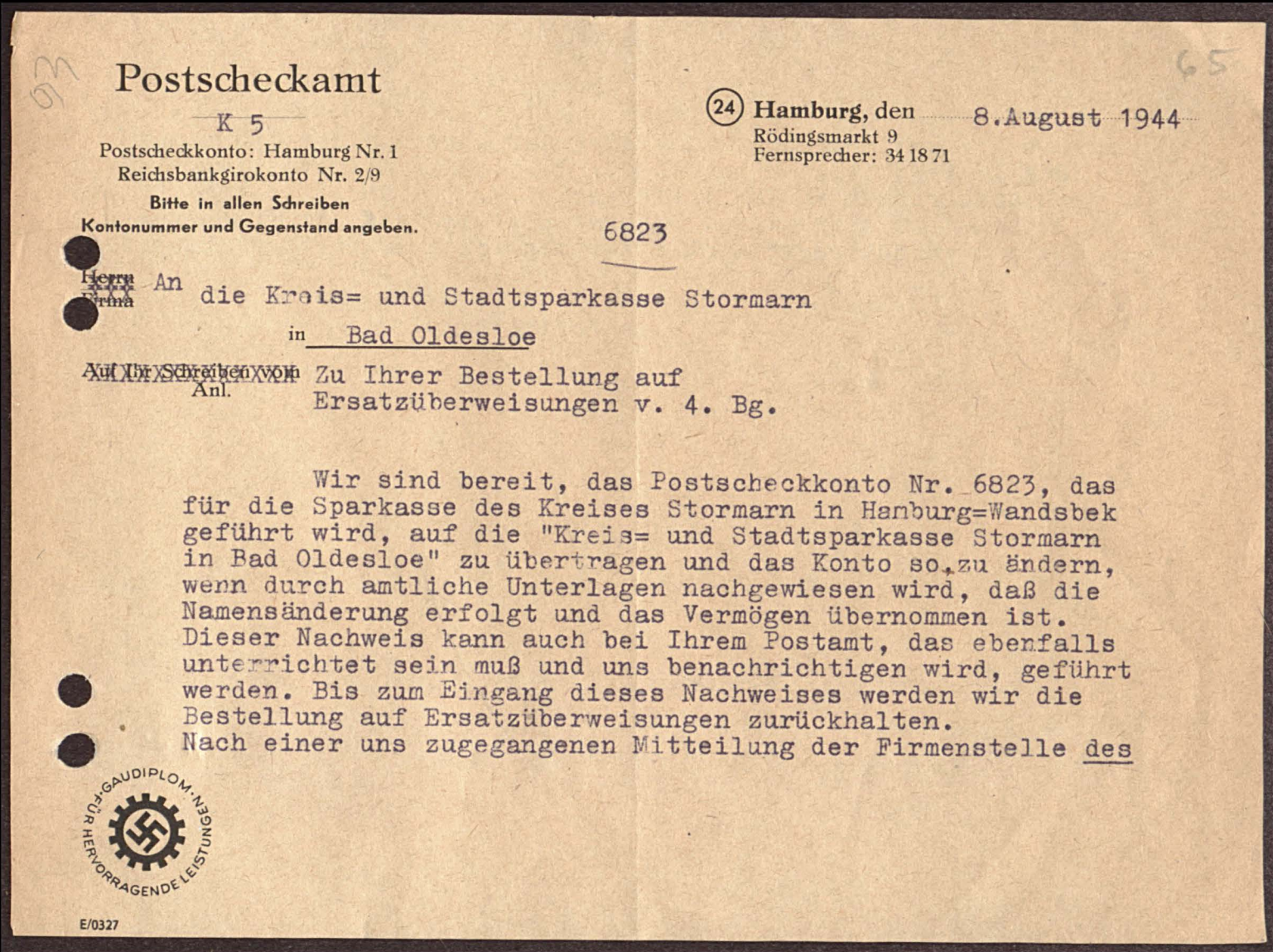
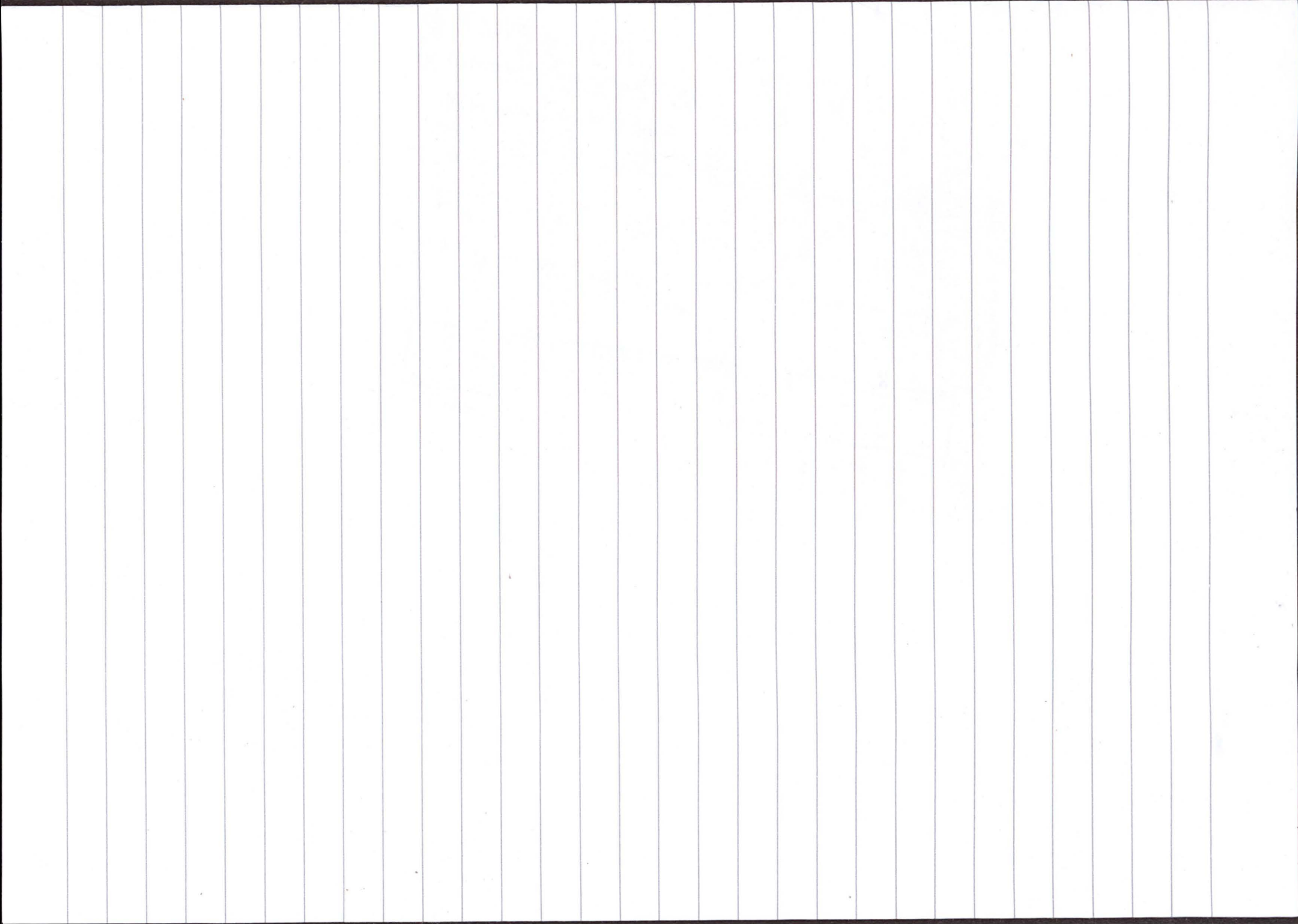
Auftraggeber _____ Beim Gebrauch eines Stempels alle 3 Durchschriften stempeln _____

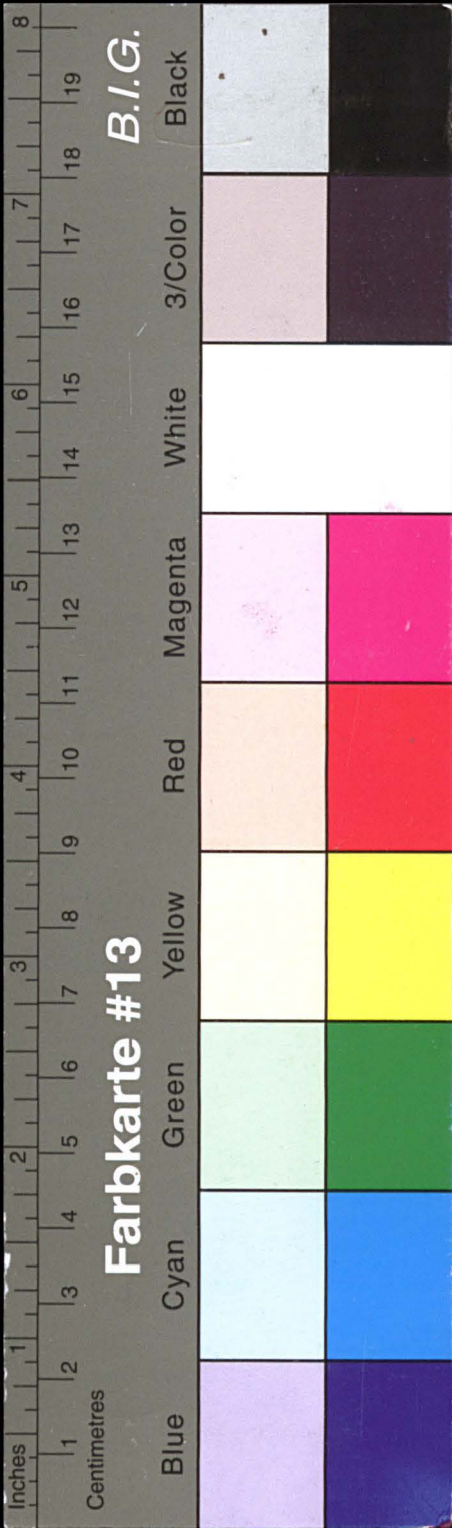
Depositenkasse _____

Kontonummer _____

Bad Oldesloe, _____







Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

des Postamts Hamburg 1 hat sich der Vorstand der Sparkasse des Kreises Stormarn geändert. Sollen die hier vorliegenden Unterschriften in Kraft bleiben? Z.F. ist uns dies vom Vorstand zu bestätigen. Andernfalls sind uns die Ihnen zu-
gesandten Unterschriftenblätter möglichst umgehend einzusenden.

In Vertretung

[Handwritten signature]

94
66

z.Zt.Ahrensburg i.H.

An das
Postscheckamt

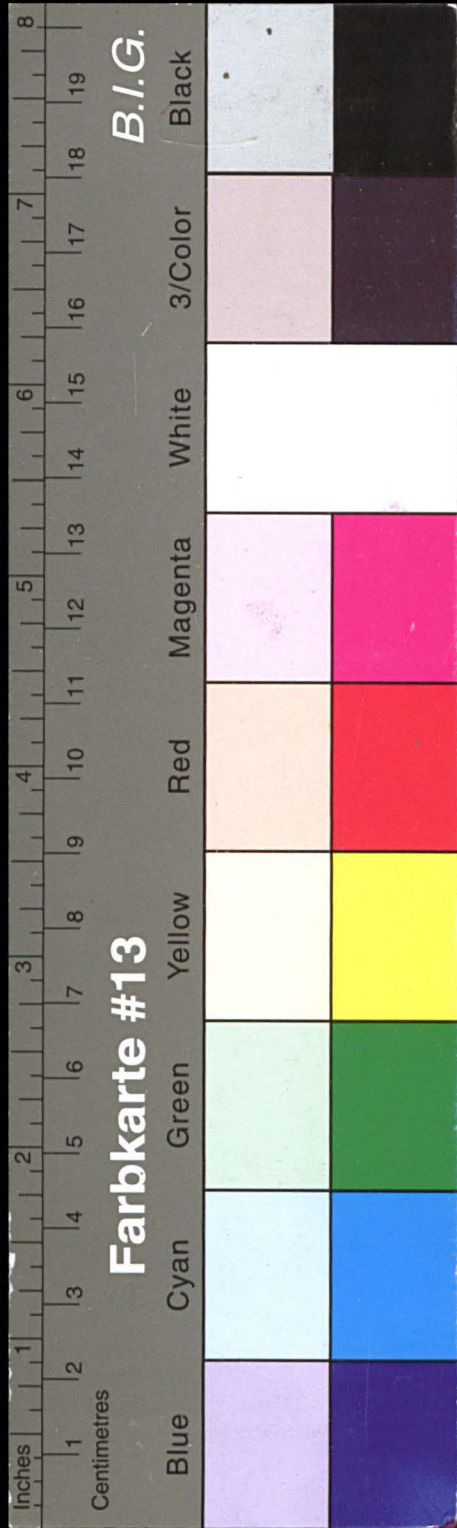
H a m b u r g
=====
Rödingsmarkt 9

K 5 8.8.44 Sa/Str. 9. Aug. 1944.

Auf Ihr Schreiben vom 8.ds.Mts. übersenden wir Ihnen als Anlage eine beglaubigte Abschrift der Verfügung des Reichswirtschaftsministeriums über die Namensänderung unseres Instituts.
Die Vertretung des Vorstandes nach aussen hin geschieht durch den Vorsitzenden des Sparkassenvorstandes, bzw. dessen Vertreter, gemeinsam mit dem Sparkassenleiter, bzw. dessen Vertreter.
Vorsitzender des Sparkassenvorstandes ist z.Zt:Herr Generaladmiral z.V. C a r l s , dessen Vertreter: Herr Bürgermeister Dr. Knieling, Bad Oldesloe; Leiter der Sparkassen:Herr Sparkassendirektor S a n d e r , dessen Vertreter: Herr Amtmann G r o t h .
Die Unterschriften der Herren, ausser derjenigen des Herrn Bürgermeister Dr.Knieling, sind bei Ihnen hinterlegt. Die Unterschrift des Letzgenannten werden wir Ihnen auf Wunsch später nachreichen.-

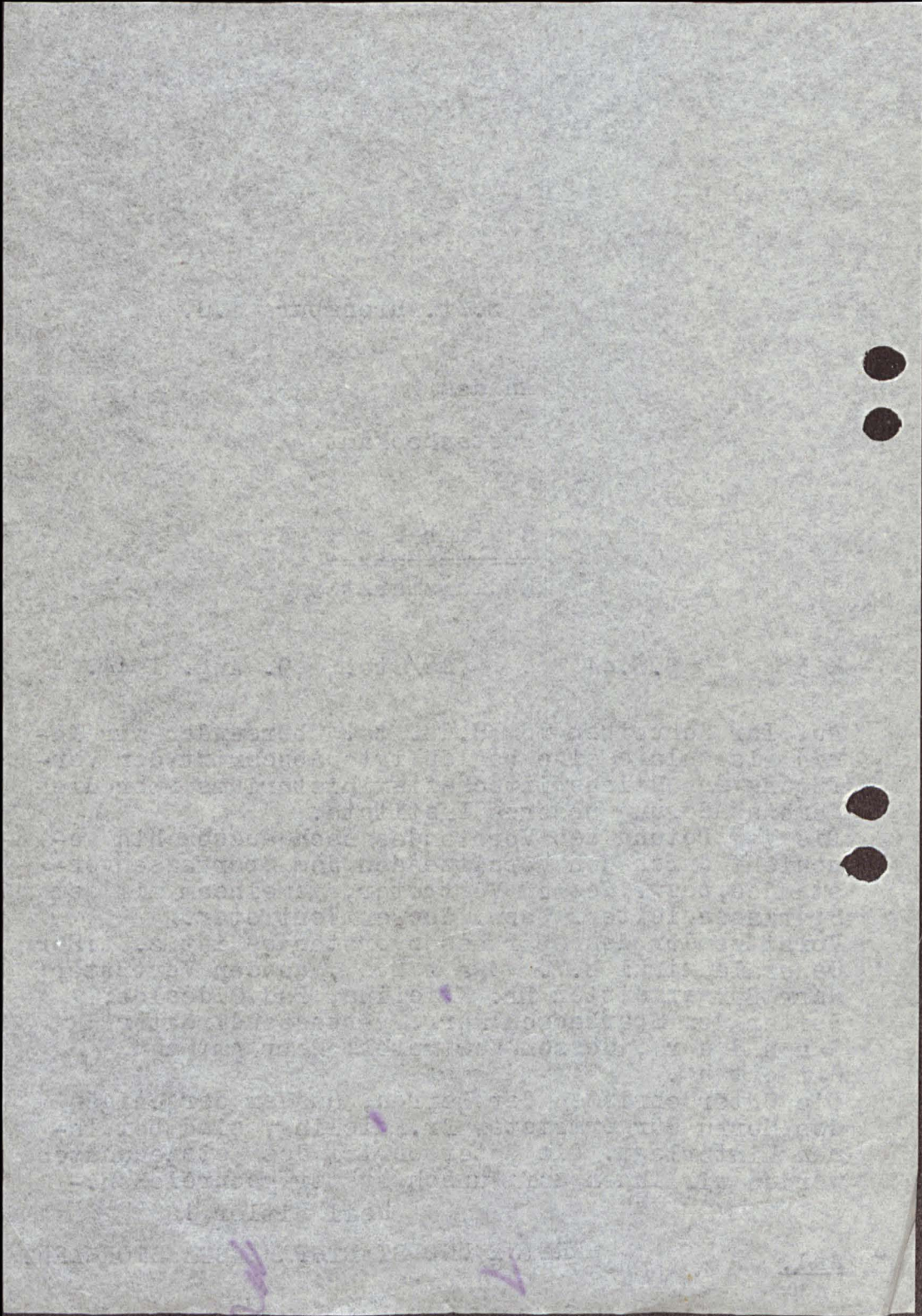
Heil Hitler !

Anl. KREIS- UND STADTSPARKASSE STORMARN.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



95
67

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

An den
Herrn Oberpräsidenten der
Verwaltung d. Provinzialver-
bandes,
K i e l,
Gartenstraße 7

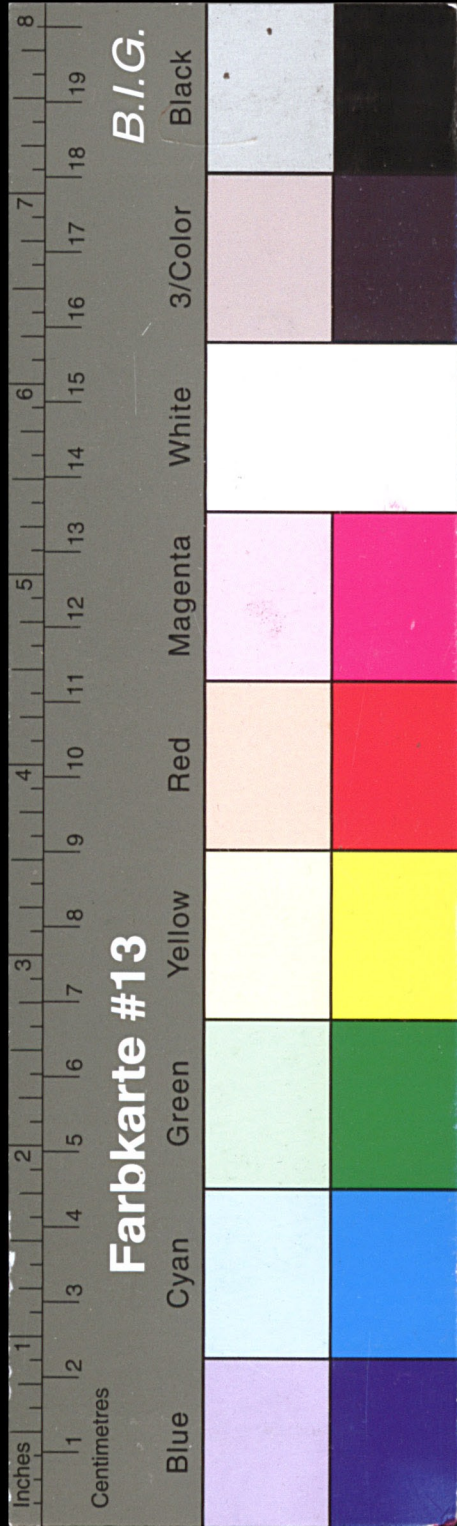
z. Zt. Ahrensburg
Mi./Sch. . 11. 8. 1944

Betr.: Sparkasse des Kreises Stormarn und Spar-
und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe.

Wir bitten Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß die
Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe mit
Wirkung vom 1. Juli 1944 im Wege der Gesamtrechts-
nachfolge auf die Sparkasse des Kreises Stormarn
übergegangen ist, und daß die Kreissparkasse in
Zukunft firmiert:


KREIS- UND STADTSPARKASSE STORMARN
Kurzbezeichnung: „Kreissparkasse Stormarn.“
Eine Abschrift der ministeriellen Anordnung über-
reichen wir Ihnen zu Ihrer gefl. Kenntnisnahme.

Allen Schriftwechsel bezüglich der ~~von früher ver-~~
d. A. Nr. b.w.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



SPARKASSE DES KREISES STORMARN

HAMBURG-WANDSBEEK - SCHLOSSSTR. 20 - STORMARNHAUS

FERNSPRECHER: 28 60 41 BIS 28 60 45
GESCHÄFTSZEIT:
WERKTÄGLICH VON 8 BIS 15 UHR
SONNABENDS VON 8 BIS 14 UHR

BANKEN:
HAMBURGISCHE LANDESBANK
HAMBURG - REICHSBANKHAUPT-
STELLE HAMBURG
POSTCHECKKONTO HAMBURG 68 23

Eilt!

UNSERE ZEICHEN

Revision

TAG

Betr.: Saldenanerkennung Girokonto Nr.


Bei Prüfung der Saldenbestätigungen haben wir festgestellt, daß wir leider noch nicht in den Besitz Ihrer Bestätigung, die wir Ihnen per zugestellt haben, gelangt sind.

Da wir die Bestätigungen zu Revisionszwecken dringend benötigen, empfangen Sie hierbei nochmals ein ausgefülltes Saldenanerkennnis mit der Bitte, uns dasselbe binnen 3 Tagen rechtsgültig unterschreiben zurückzusenden.

Heil Hitler!

SPARKASSE DES KREISES STORMARN

I. Mahnung, Form. Nr. 306, 2000. 3. 38, FPN.



SPARKASSE DES KREISES STORMARN

HAMBURG-WANDSBEEK - SCHLOSSSTR. 20 - STORMARNHAUS

FERNSPRECHER: 28 60 41 BIS 28 60 45
GESCHÄFTSZEIT:
WERKTÄGLICH VON 8 BIS 15 UHR
SONNABENDS VON 8 BIS 14 UHR

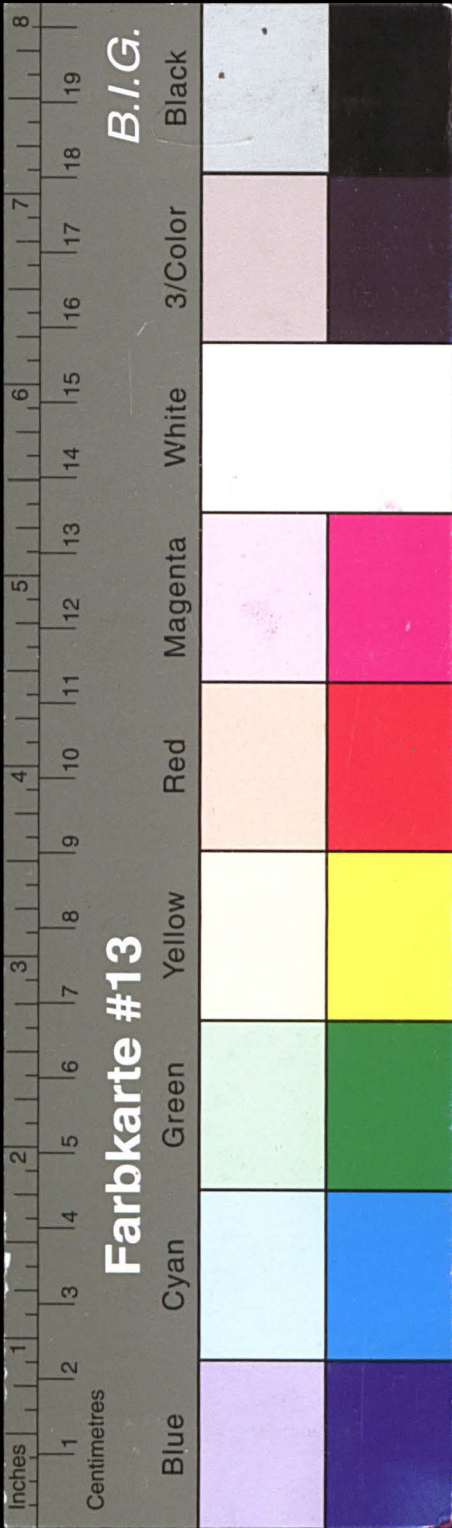
BANKEN:
HAMBURGISCHE LANDESBANK
HAMBURG - REICHSBANKHAUPT-
STELLE HAMBURG
POSTCHECKKONTO HAMBURG 68 23

Anlage

Heil Hitler!


KREISSPARKASSE STORMARN.

9/89



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



SPARKASSE DES KREISES STORMARN

HAMBURG-WANDSBEK - SCHLOSSSTR. 20 - STORMARNHAFEN

GESCHÄFTSZEIT:
WERTTAGLICH VON 9 BIS 15 UHR
SONNABENDS VON 9 BIS 14 UHR

BANKEN:
HAMBURGISCHE LANDESBANK
HAMBURG - REICHSBANKHAUPT-
STELLE HAMBURG
POSTCHECKKONTO HAMBURG 68 23

Heil Hitler!

SPARKASSE DES KREISES STORMARN

1. Mahnung, Form. Nr. 396, 2000, 3. 38, FPN.

97
69

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

An die
Gauwirtschaftskammer
Lübeck,

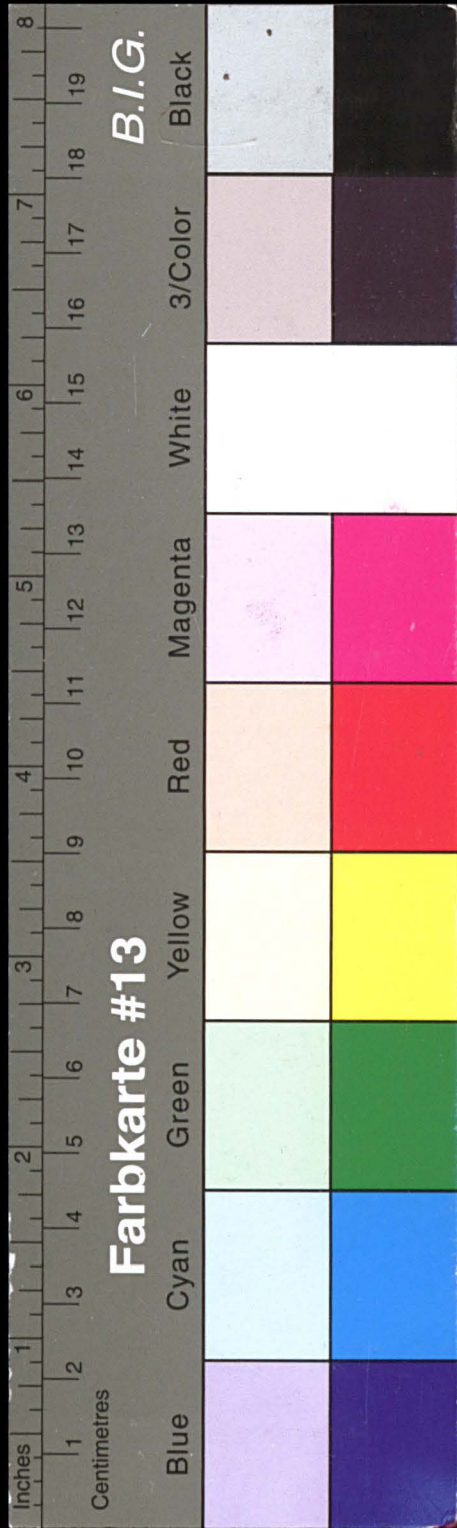
L ü b e c k

z.Zt. Ahrensburg
Mi./Sch. 11.8.1944

Betr.: Sparkasse des Kreises Stormarn, früher
Hamburg-Wandsbek; Spar- und Leihkasse
der Stadt Bad Oldesloe.

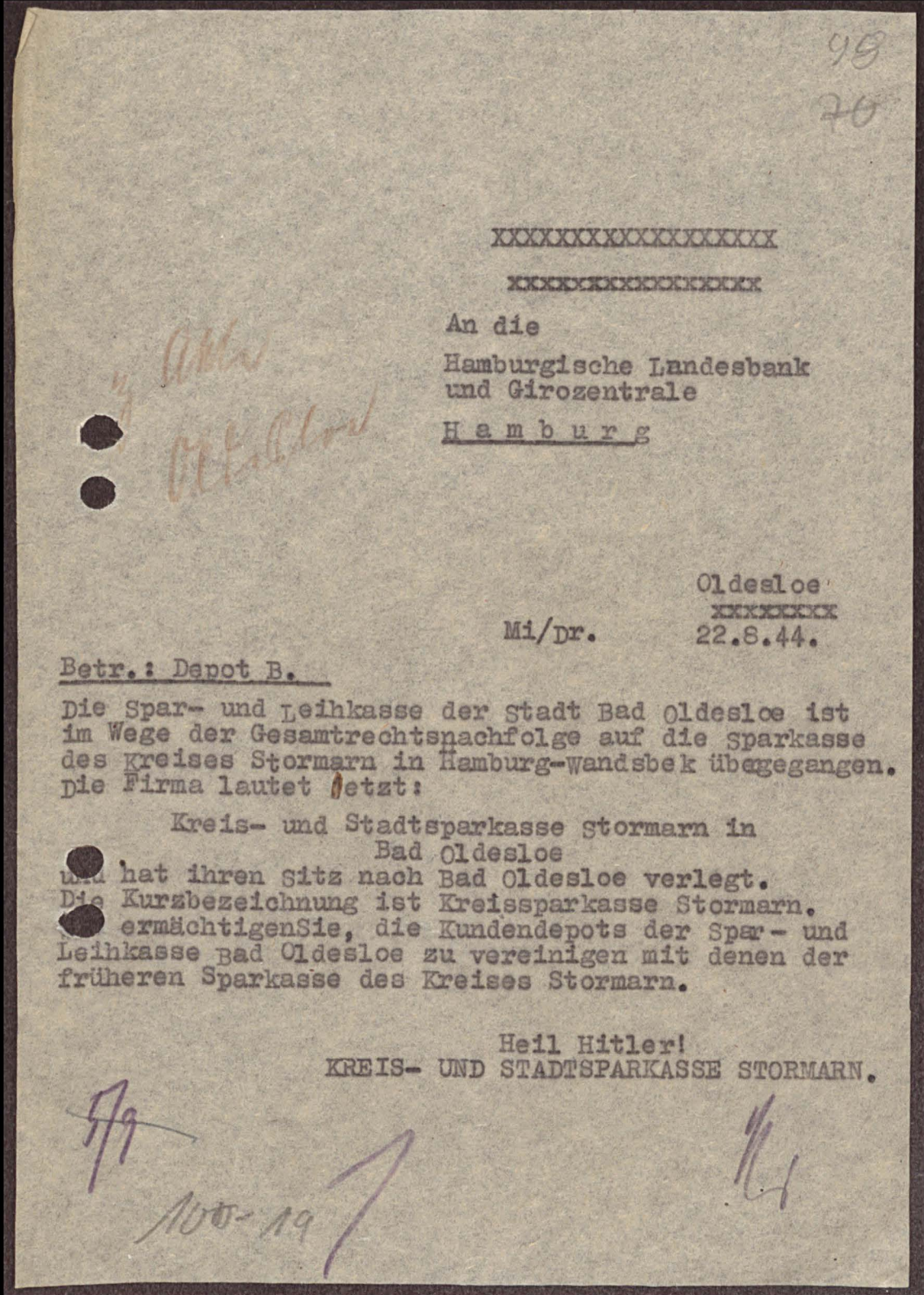
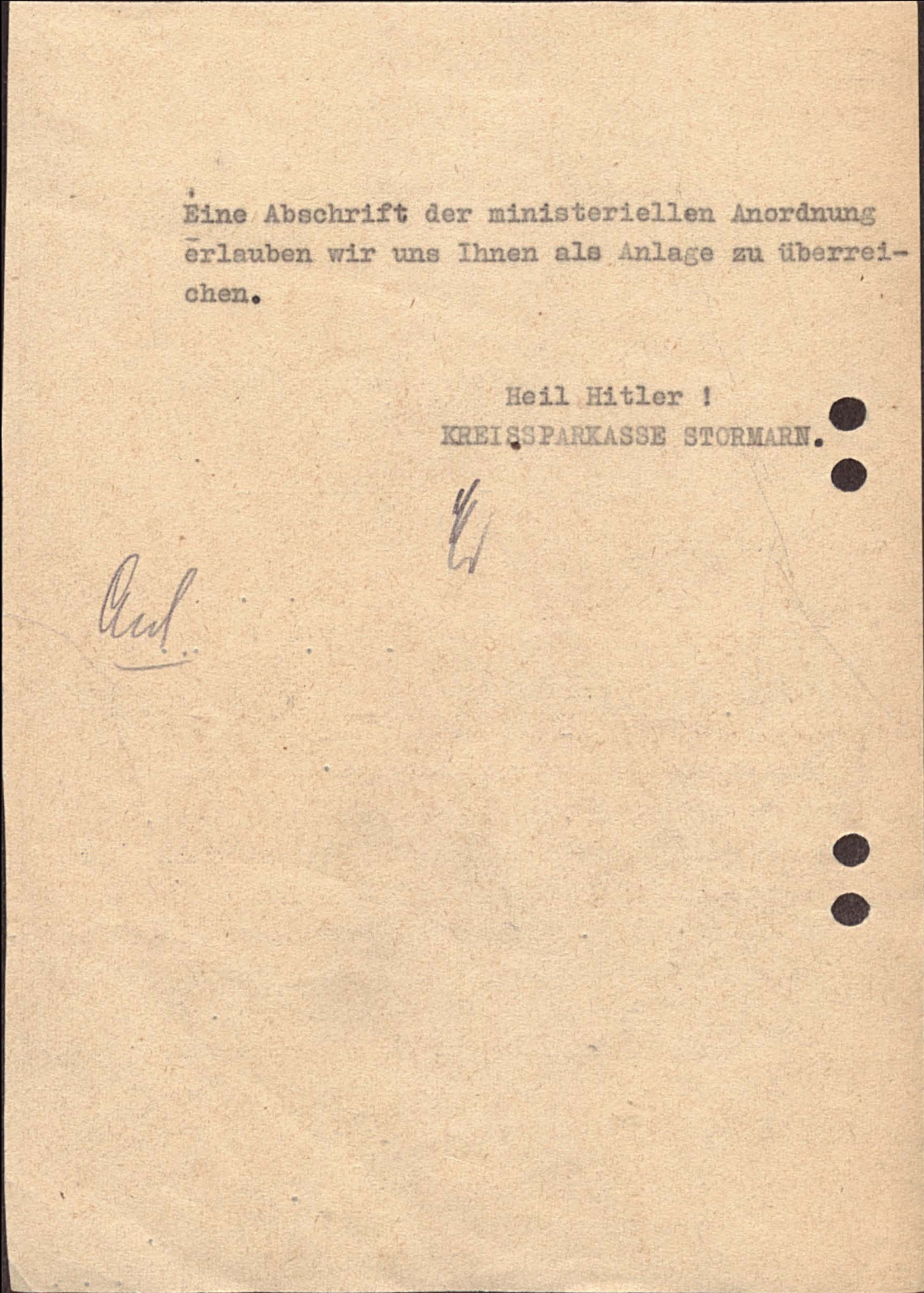
Wir bitten Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß
auf Grund aufsichtsbehördlicher Anordnung die
Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe mit
Wirkung vom 1. Juli 1944 im Wege der Gesamtrechts-
nachfolge auf die Sparkasse des Kreises Stormarn
in Hamburg-Wandsbek übergegangen ist. Letztere
hat ihre Firma geändert in
KREIS- UND STADTSPARKASSE STORMARN
in Bad Oldesloe
(Kurzbezeichnung)
KREISSPARKASSE STORMARN,
und ihren Sitz nach Bad Oldesloe verlegt.

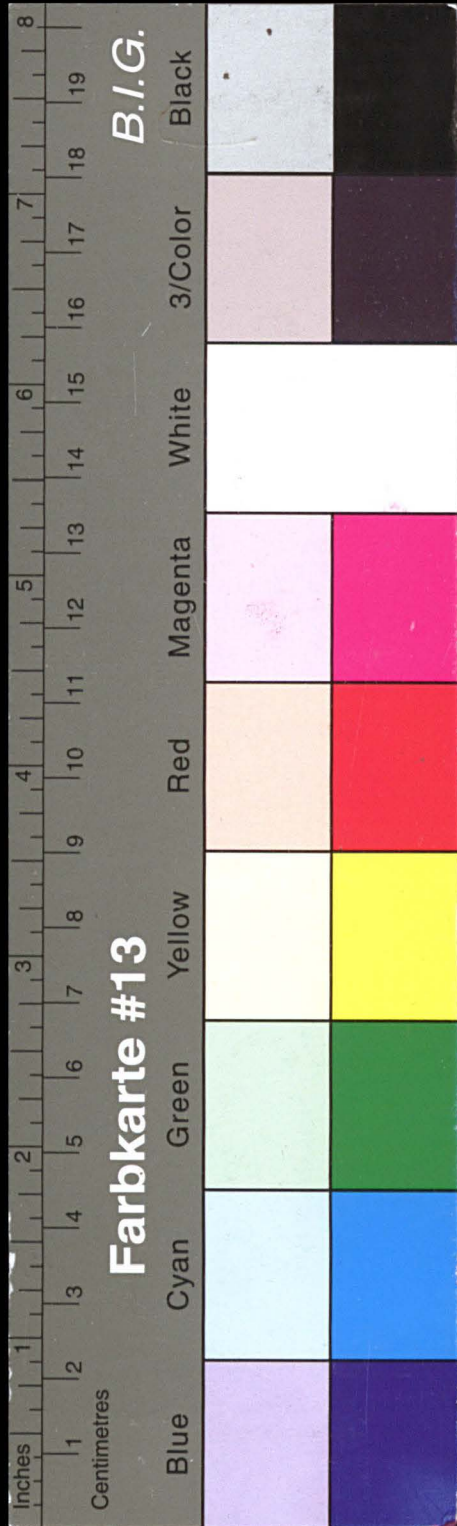
b.w.



Kreisarchiv Stormarn E103

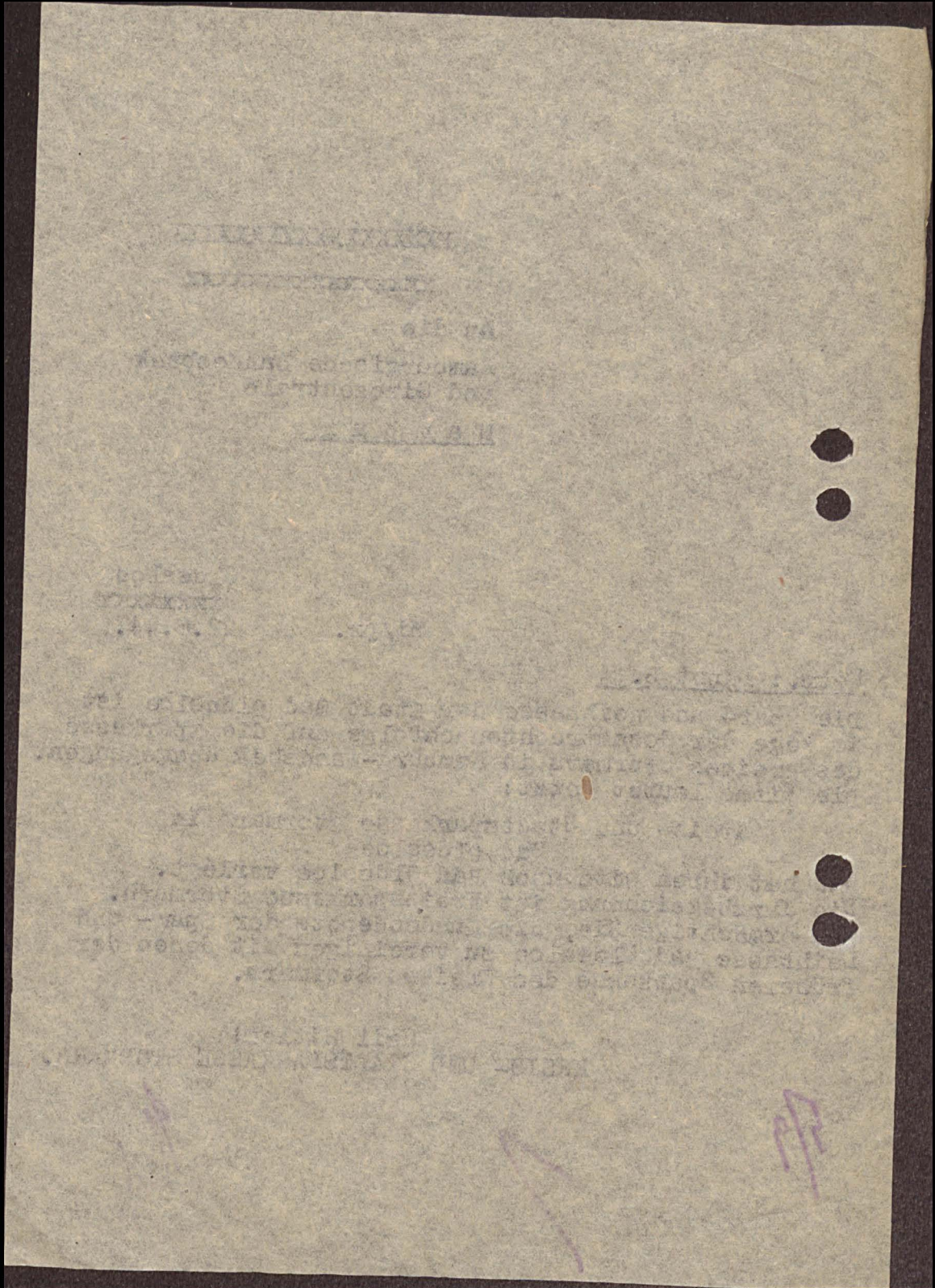
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Landesbank und Girozentrale
Schleswig-Holstein
Kiel, den 25. August 1944.

Bil. Buchh. Di/Hb.

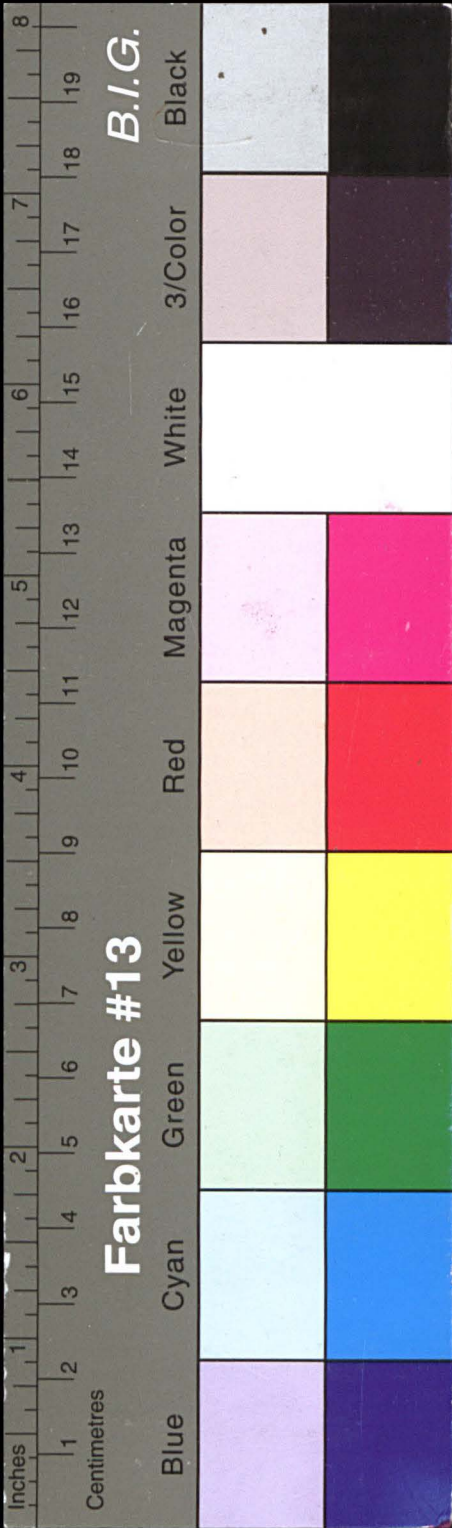
13. Sep. 1944

Kreis- und Stadtparkasse Stormarn
Bad Oldesloe.

Betrifft: Girostellenverzeichnis.

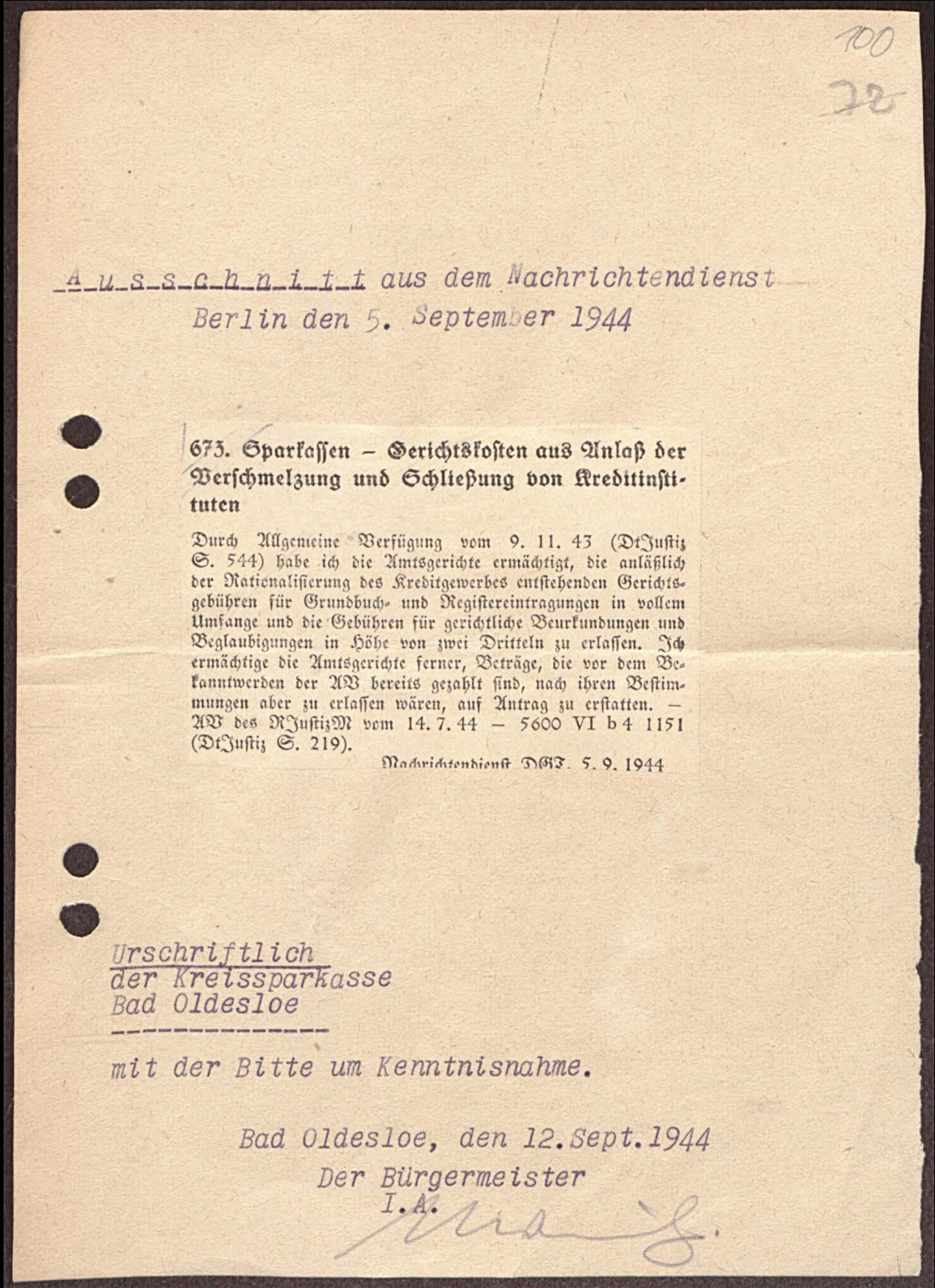
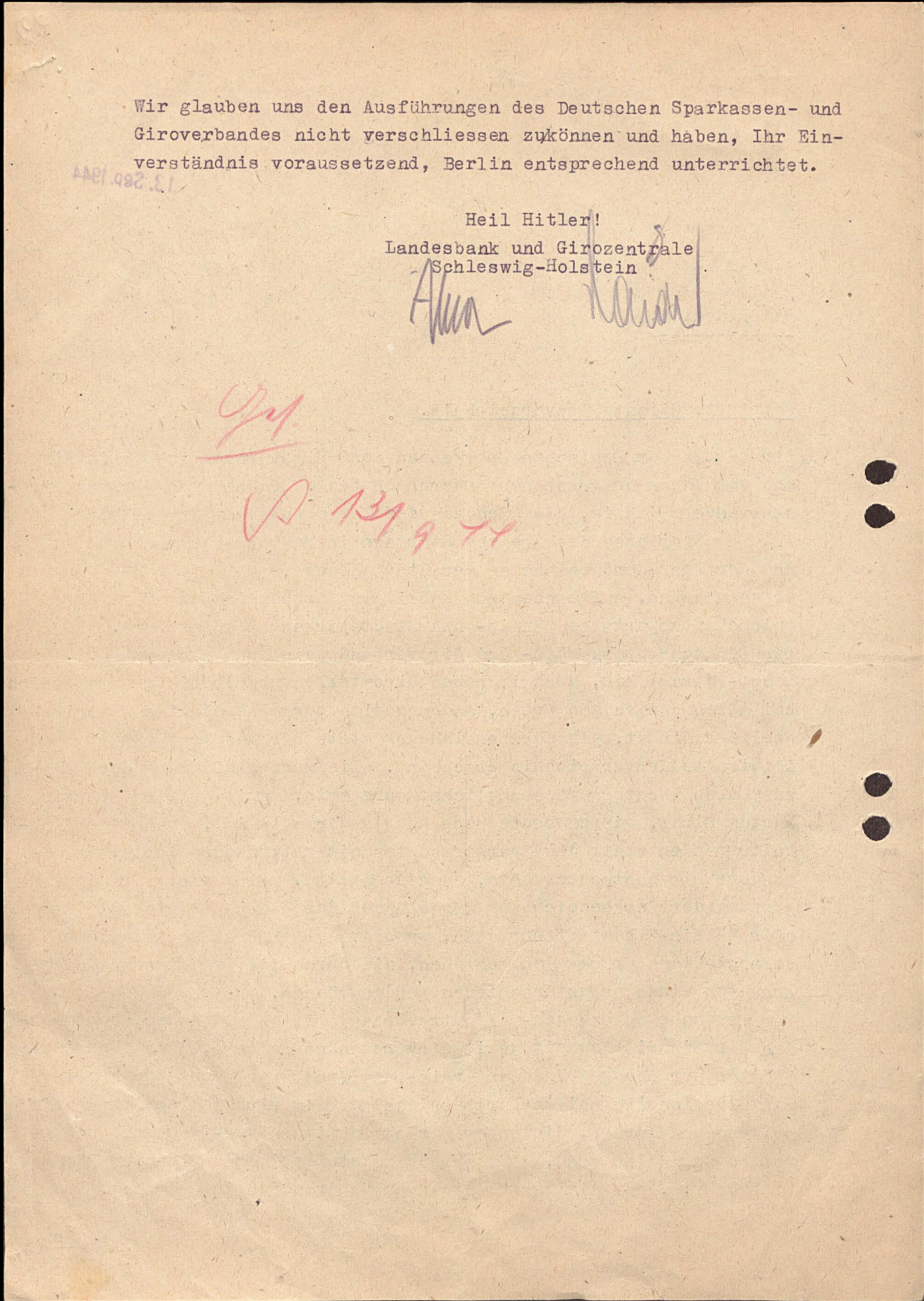
Wir hatten dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband in Berlin die uns von Ihnen aufgegebenen Änderungen bzw. Ergänzungen für das Girostellenverzeichnis, die sich aus der Zusammenlegung der früheren Sparkasse des Kreises Stormarn in Hamburg-Wandsbek und der Spar- und Leihkasse der Stadt Oldesloe ergeben haben, aufgegeben und dabei als Kurzbezeichnung für Ihre Gemeinschaftsparkasse "Kreis- und Stadtparkasse" aufgeführt. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband weist uns nunmehr -u.E. mit Recht- darauf hin, dass im neuen Girostellenverzeichnis grundsätzlich bei allen denjenigen Orten, an denen sich nur eine einzige Spargirostelle befindet, als Kurzbezeichnung stets nur das Wort "Sparkasse" im Girostellenverzeichnis erscheint. Die Kurzbezeichnung der Sparkassen soll naturgemäss möglichst kurz sein, damit auf den Spargirokarten nicht, wie es heute noch häufig der Fall ist, aus Bequemlichkeitsgründen statt des Spargirokontos ein netzfremdes Konto, insbesondere ein Postscheckkonto, angegeben wird. Ein Grund für die Ergänzung der Kurzbezeichnung "Sparkasse" durch Zusätze wie "Stadt-" oder "Kreis-" besteht nur dann, wenn am selben Ort Stellen von 2 verschiedenen Sparkassen bestehen, die durch die Ergänzungsbezeichnung von einander unterschieden werden müssen. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband bittet uns daher, aus Gründen der Einheitlichkeit damit einverstanden zu sein, dass für die Stellen der neu gegründeten Kreis- und Stadtparkasse Stormarn in Bad Oldesloe diejenigen Kurzbezeichnungen im Girostellenverzeichnis aufgenommen werden, die unter Berücksichtigung vorstehender Ausführungen zu wählen sind. Für Ihre Hauptstelle in Bad Oldesloe käme demnach z.B. nur die Kurzbezeichnung "Sparkasse" in Betracht.

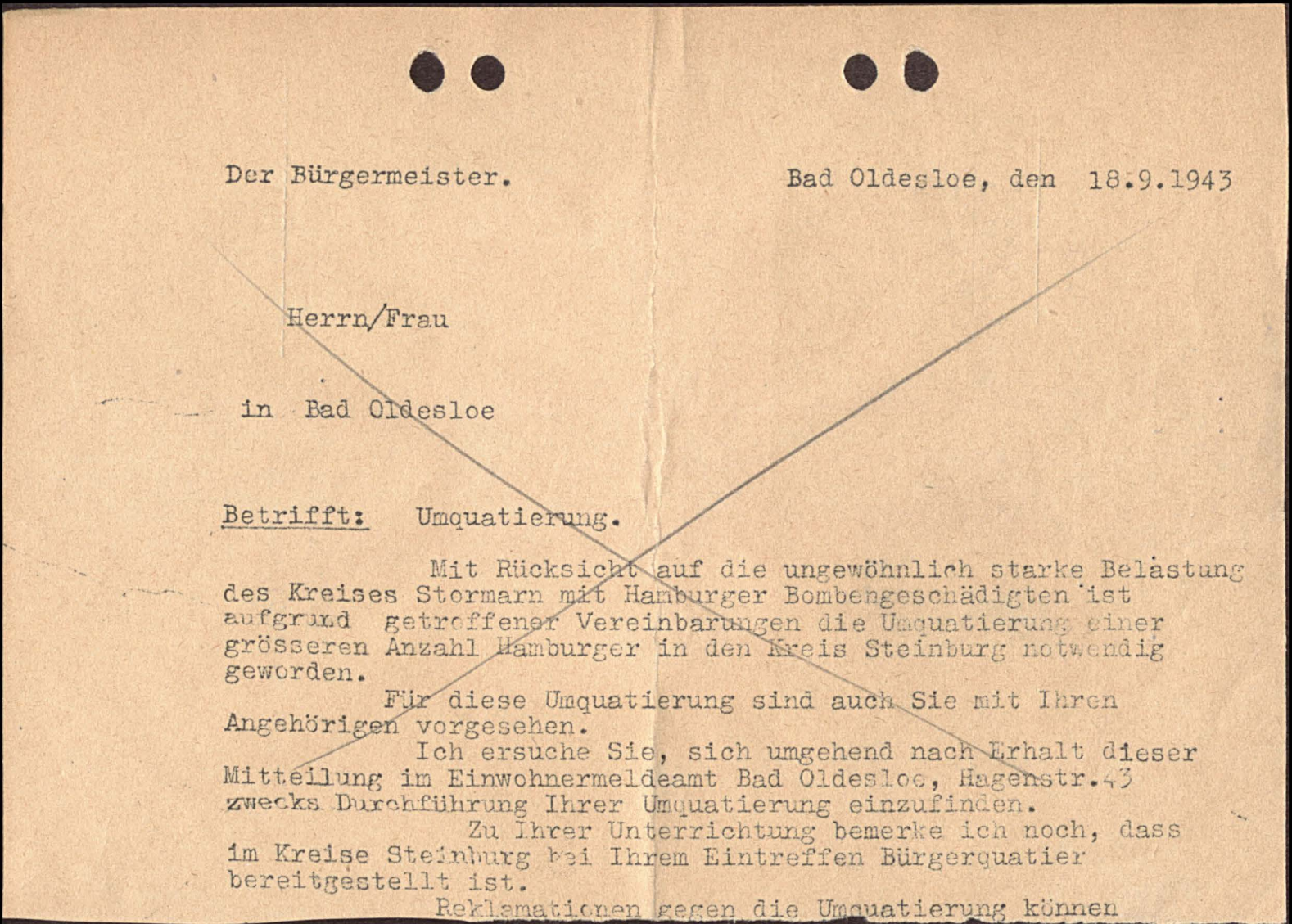
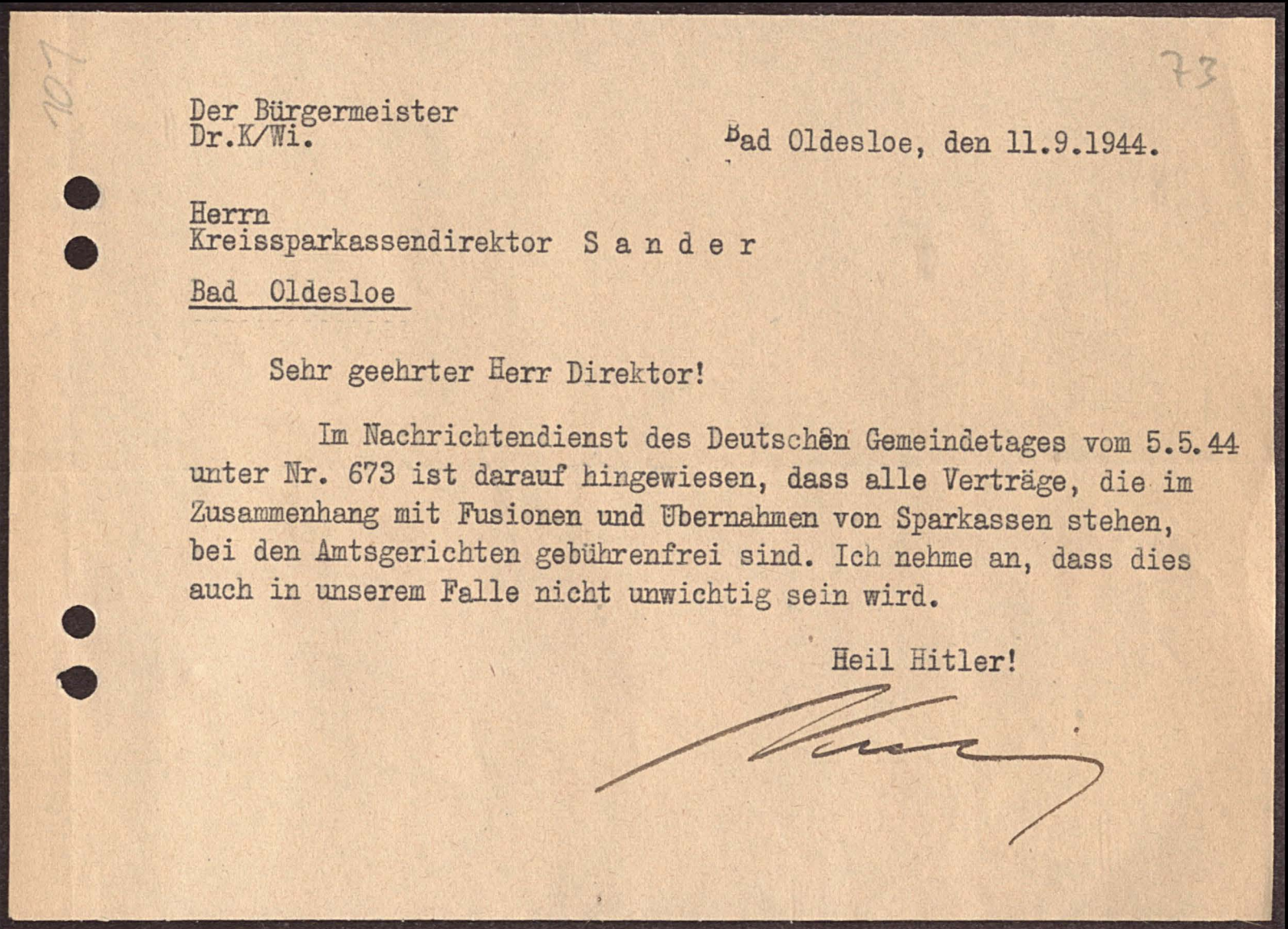
Wir

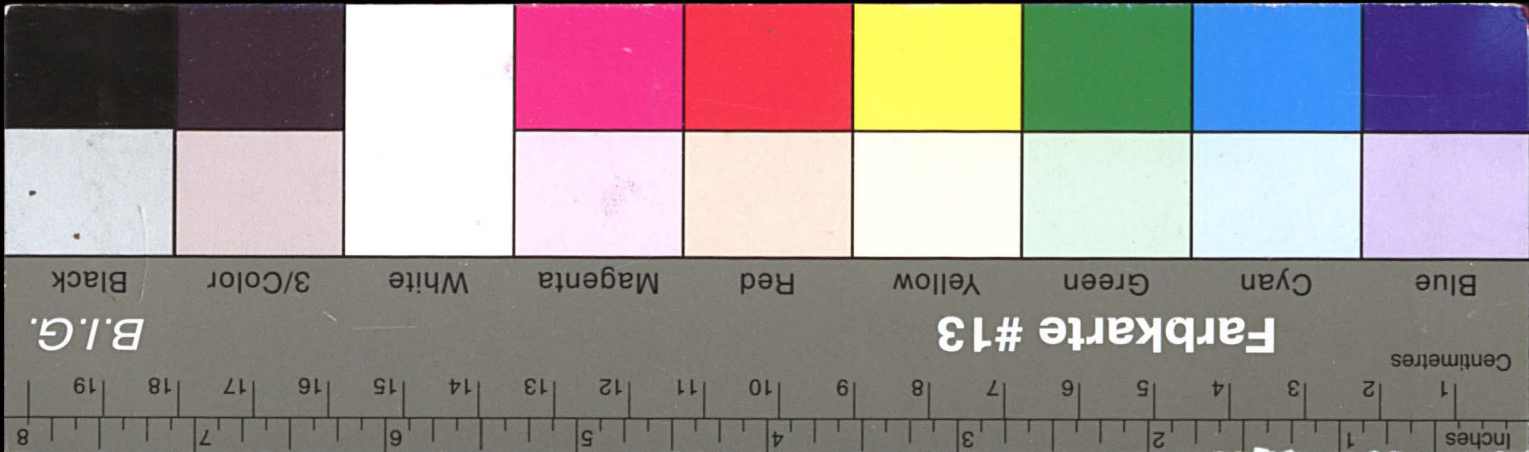


Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

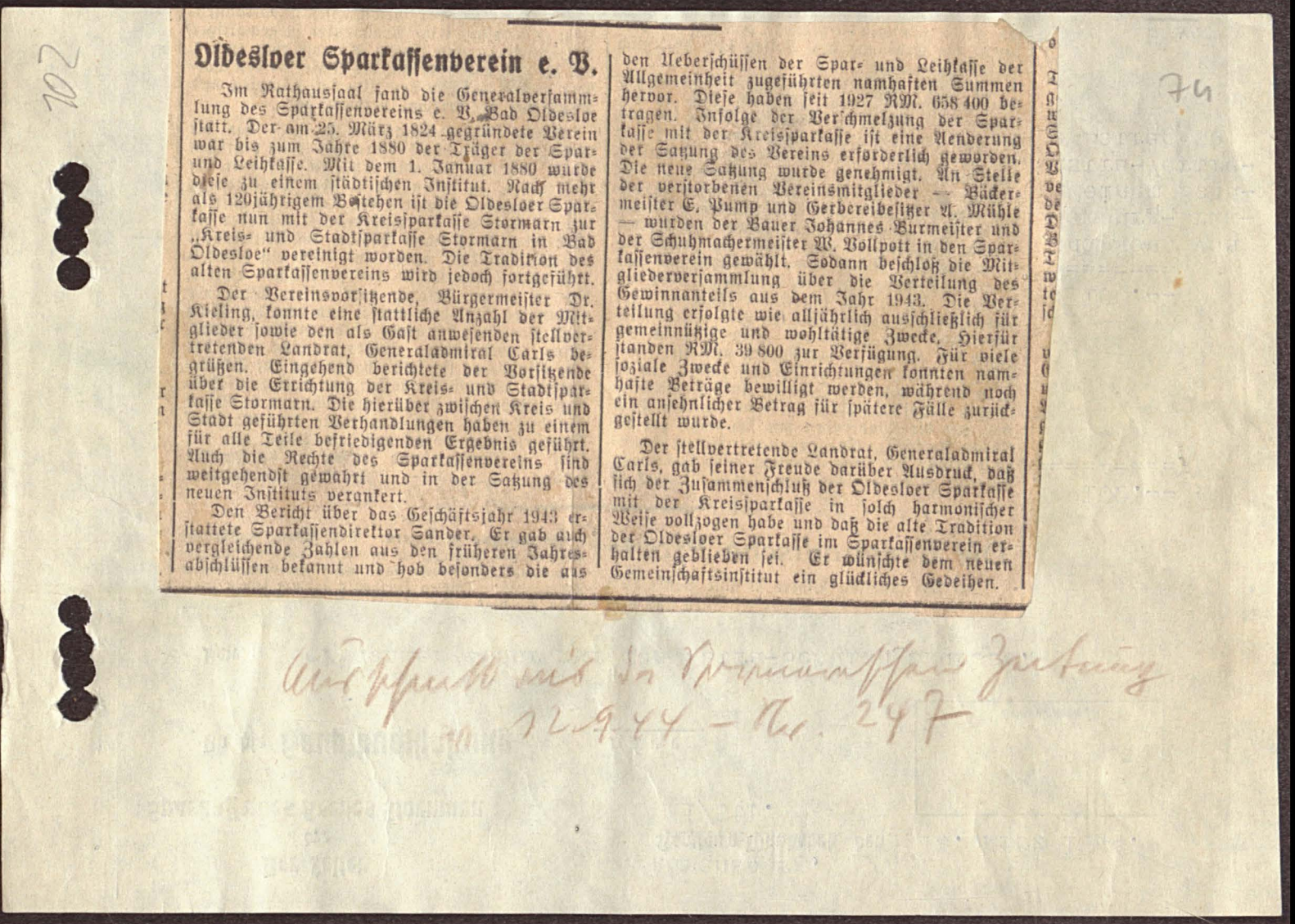






Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Der Leiter
der
Sparkasse des Kreises Stormarn

Ahrensburg,
~~Hamburg-Wandsbek~~, den 14. März 1944.
Mi/Str.

An die **Hauptbuchhaltung** hier.

Betr.: Teilnehmergebühr für den Astra-Schulungskursus.

Sie erhalten Anweisung, folgende Buchungen vorzunehmen:

Soll	Dof. 941-12 Sonstige persönliche Ausgaben	RM 100.-- =====
haben	Dof. Karl Brunswig A.-G., Hamburg, Mönkedamm 15, Konto bei der Deutschen Bank, Fil. Hamburg, zur Rechnung Nr. 537 vom 29. Febr. ds. Js.	RM 100.-- =====

Die Gefolgschaftsmitglieder Waitzenmann und Köhn von den Hauptzweigstellen Hamburg-Sasel und Hamburg-Bramfeld haben in der Zeit vom 24.2.-26.2. an einem Schulungskursus bei der Karl Brunswig A.-G. (Astra-Vertretung) teilgenommen. Hierfür ist der obige Betrag zu zahlen. -

Geprüft
Kidmann
Innenaufsor
14. März 1944
Datum

Form. Nr. 168 1006. I. 42 E10453

b. w.

103
75

An den
Herrn Regierungspräsidenten
Schleswig

-./Dr. 12.9.44.

Zur Verfügung vom 27.7.44. I K 2/6440.8.

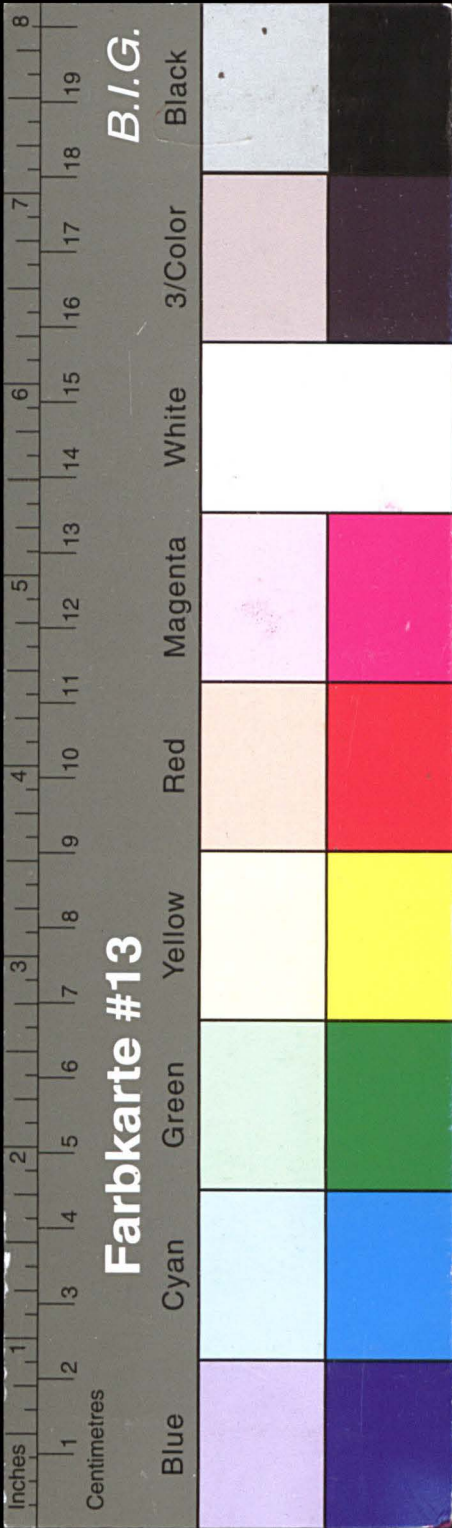
Betrifft: Zusammenlegung der Spar- und Leihkasse der Stadt
Bad Oldesloe mit der Sparkasse des Kreises Stormarn.

Als Anlage überreichen wir in doppelter Ausfertigung die
Zeitungsveröffentlichung betreffs Überführung der Spar- und
Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe auf die Sparkasse des Kreises
Stormarn.

In Erfüllung des Auseinandersetzungsvertrages haben wir die
Zahlung der einmaligen Abfindungssumme in Höhe von
RM 100.000.-- an den Sparkassenverein e.V. in Bad Oldesloe
geleistet.

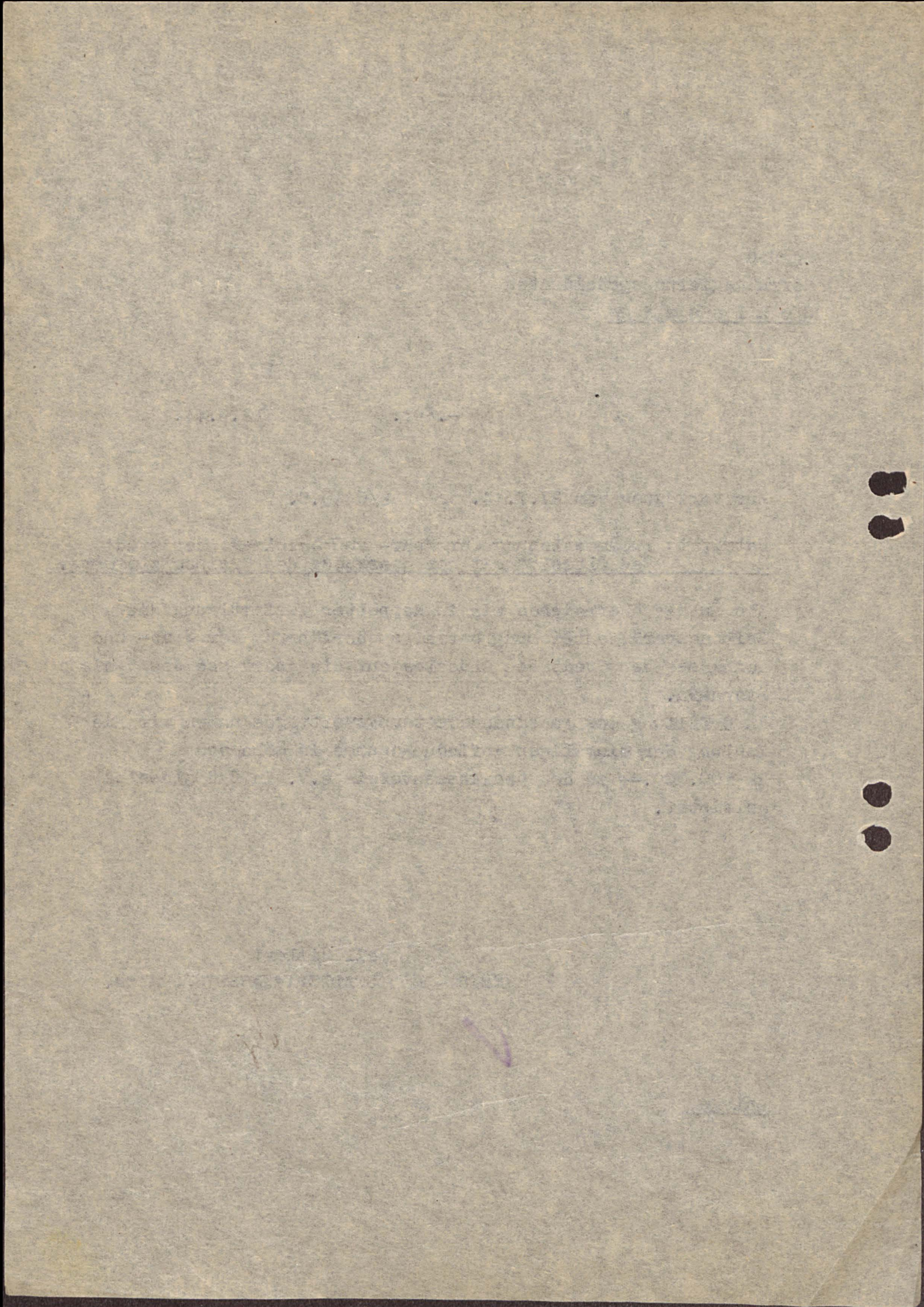
Heil Hitler!
KREIS - UND STADTSPARKASSE STORMARN.

Anlage



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



104
36

12.9.44.

An den
sparkassen- und Girover-
band für Schleswig-Holstein
K i e l
Klinke 24

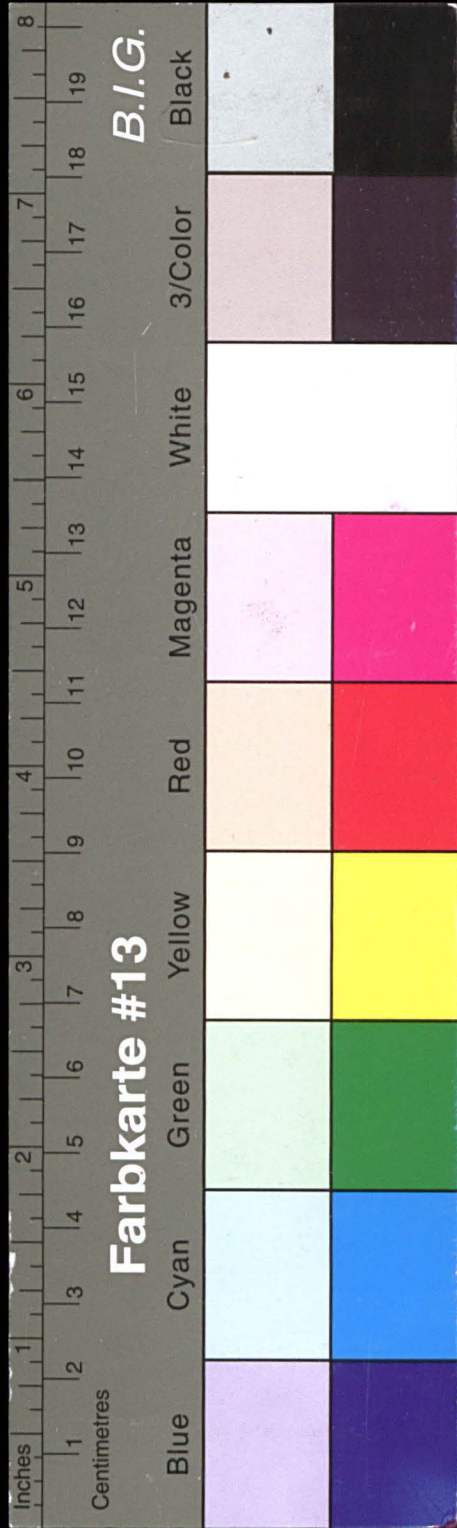
-./Dr.

Zusammenlegung der Spar- und Leihkasse der
stadt Bad Oldesloe mit der Sparkasse des
Kreises Stormarn.

Anliegend überreichen wir Ihnen durchschlag
eines von uns an den Herrn Regierungspräsi-
denten in schleswig gerichteten Schreibens
zur gefl. Kenntnis.

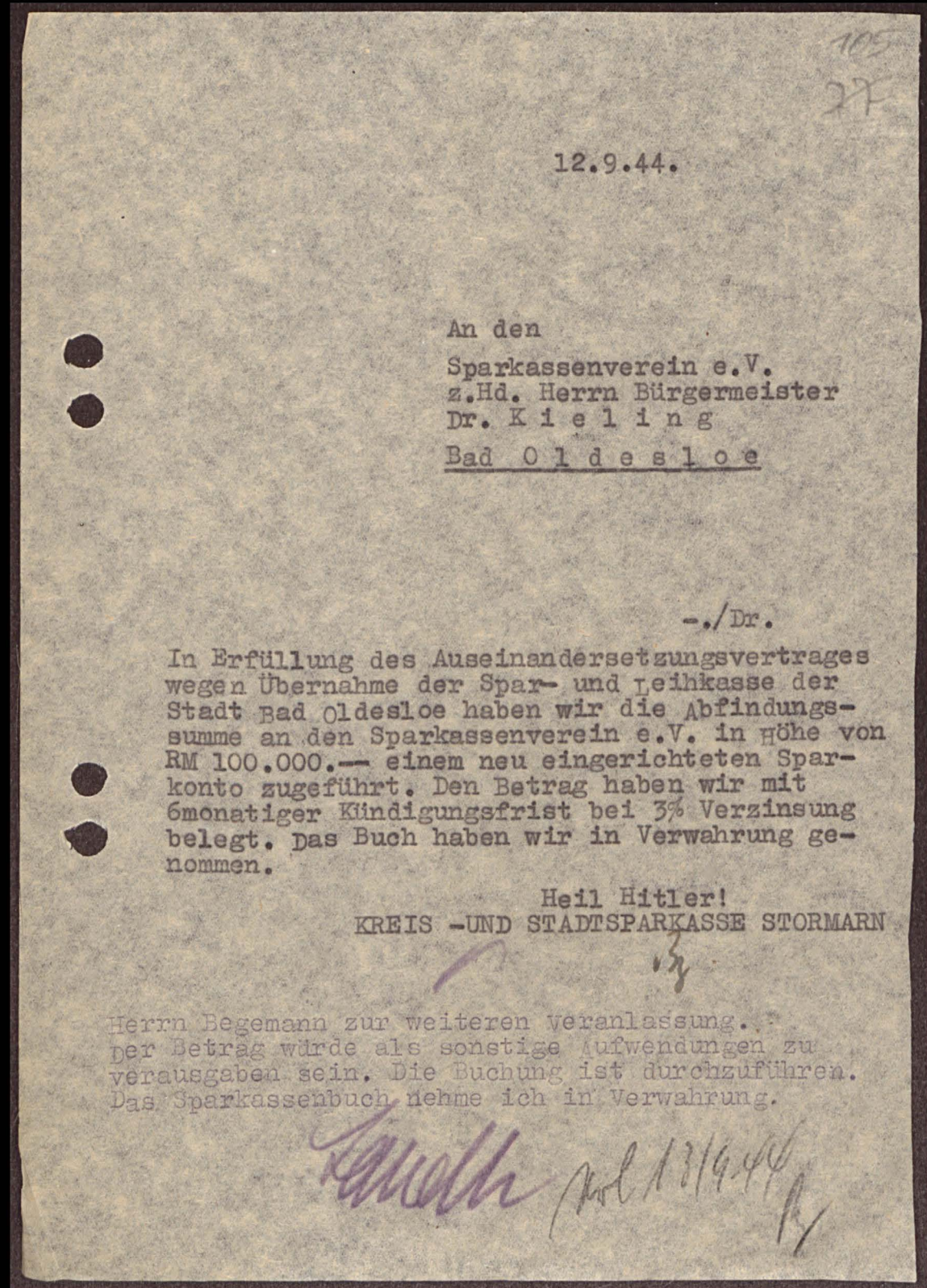
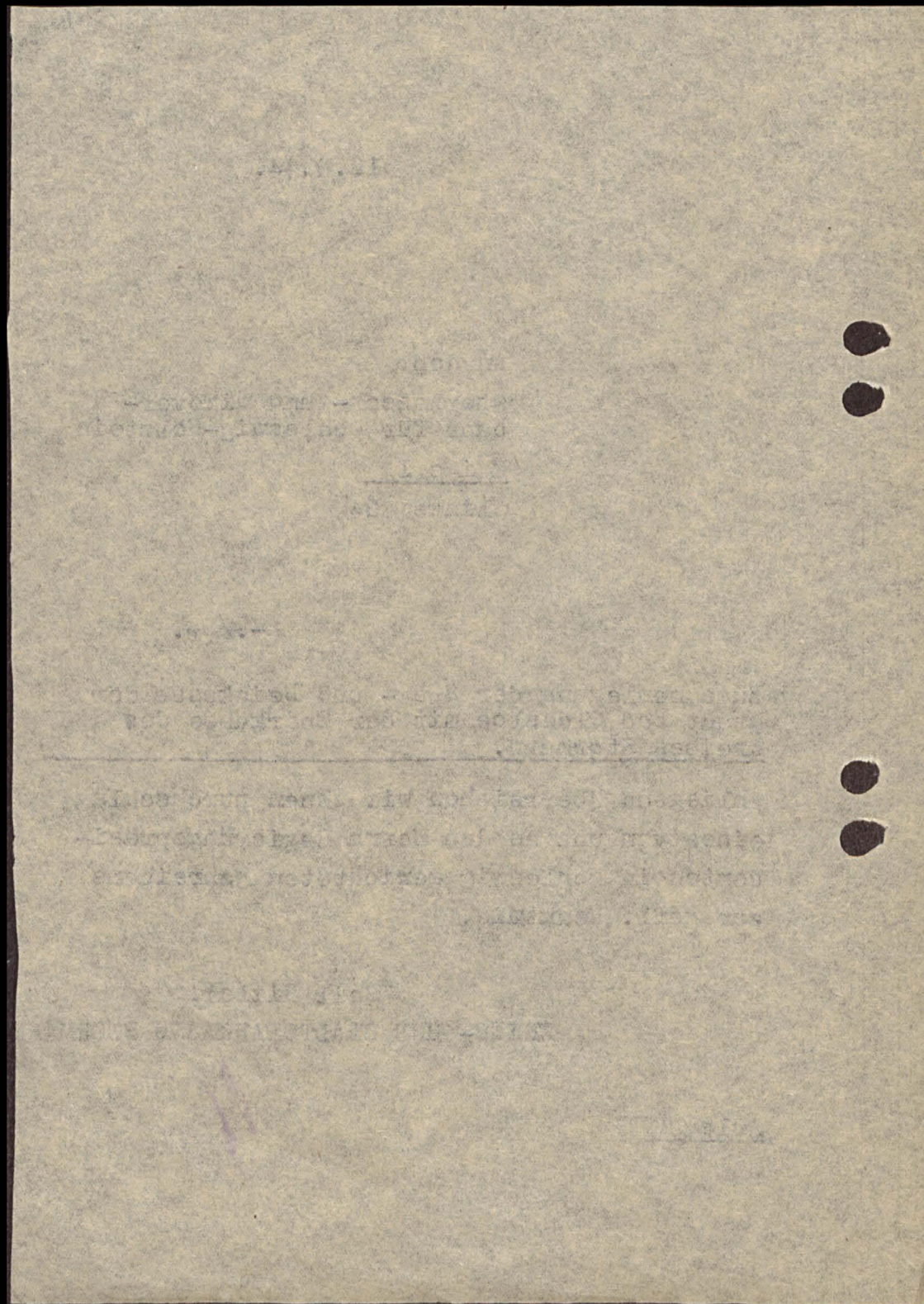
„Heil Hitler!
KREIS- UND STADTSPARKASSE STORMARN

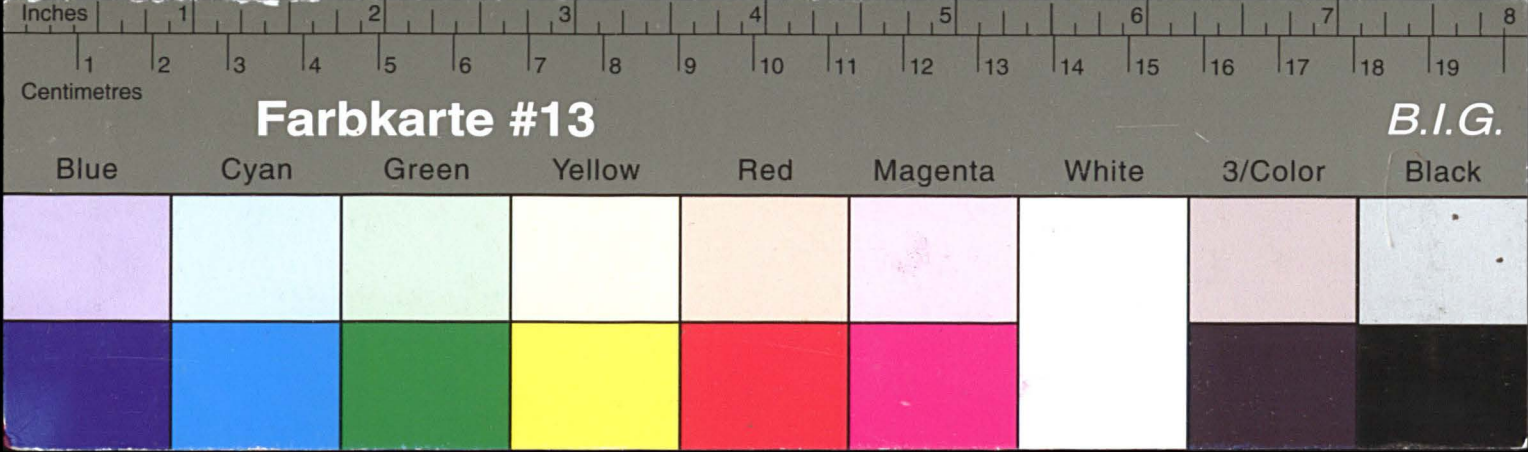
Anlage



Kreisarchiv Stormarn E103

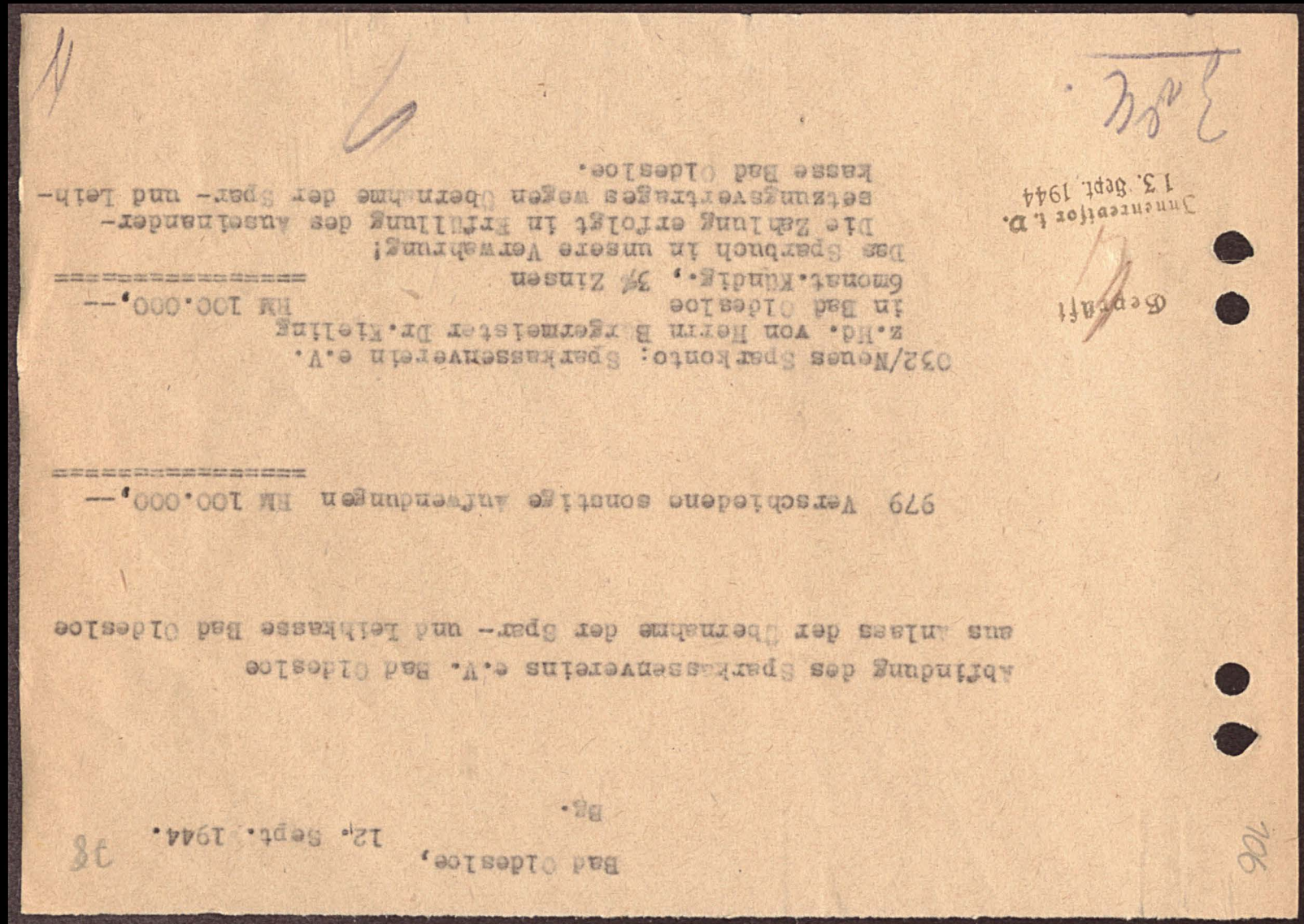
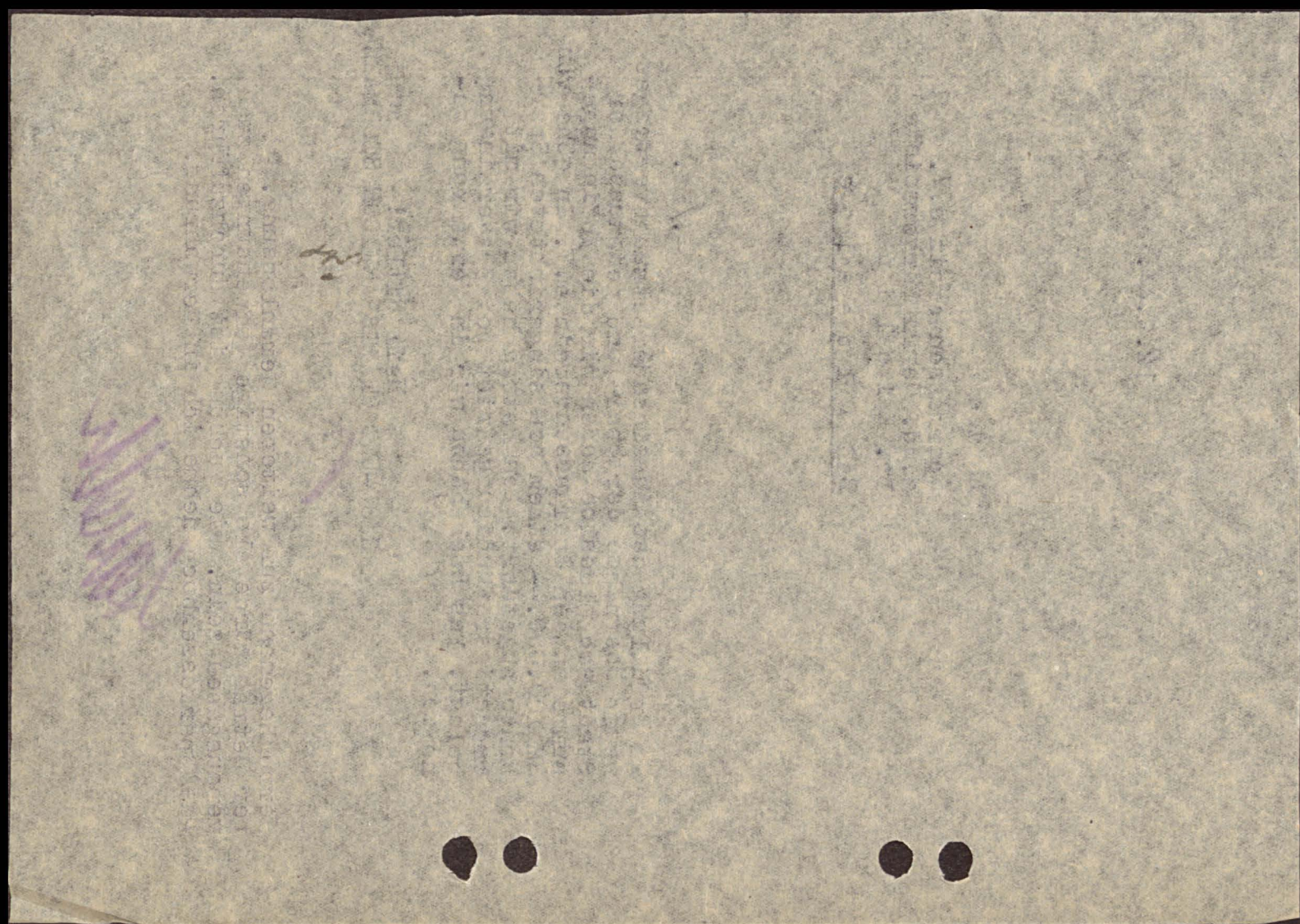
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



107

Postcheckamt
K 5-6823

Postcheckkonto: Hamburg Nr. 1
Reichsbankgirokonto Nr. 2/9

Bitte in allen Schreiben
Kontonummer und Gegenstand angeben.

Kreis=u.Stadtparkasse in Bad Oldesloe
~~Haupt~~Hauptzweigstelle Hamburg=Wandsbek
Firma


in Bad Oldesloe

Auf Ihr Schreiben vom -
- Anl.

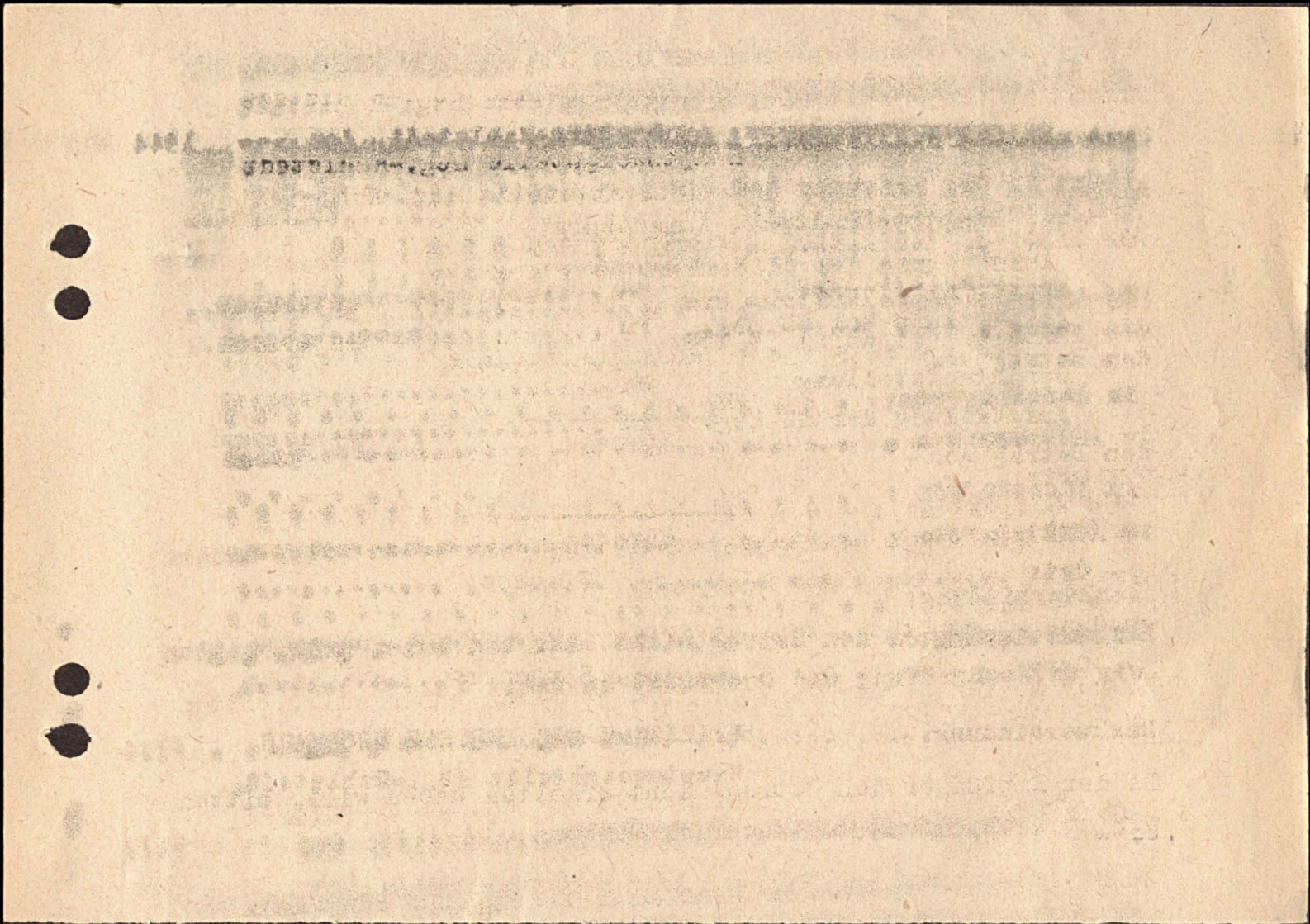
Mit Ihrer Heftbestellung vom 15.9. wünschen Sie die Änderung Ihrer Kontobezeichnung in "Kreis=u.Stadtparkasse Stormarn in Bad Oldesloe". Ihr Postcheckkonto 6823 wird hier z.Zt. unter der Bezeichnung "Kreis=u.Stadtparkasse Stormarn in Bad Oldesloe,Hauptzweigstelle Hamburg=Wandsbek" geführt, während alle für das Konto bestimmten Postschecksendungen nach Bad Oldesloe gesandt werden.

Da der Eindruck auf den Heften genau mit der Kontobezeichnung übereinstimmen muß, bitten wir um Mitteilung, ob die Kontobezeichnung in "Kreis=u. Stadtparkasse Stormarn in Bad Oldesloe, Bad Oldesloe" geändert werden soll.

In Vertretung
[Signature]


E/0327

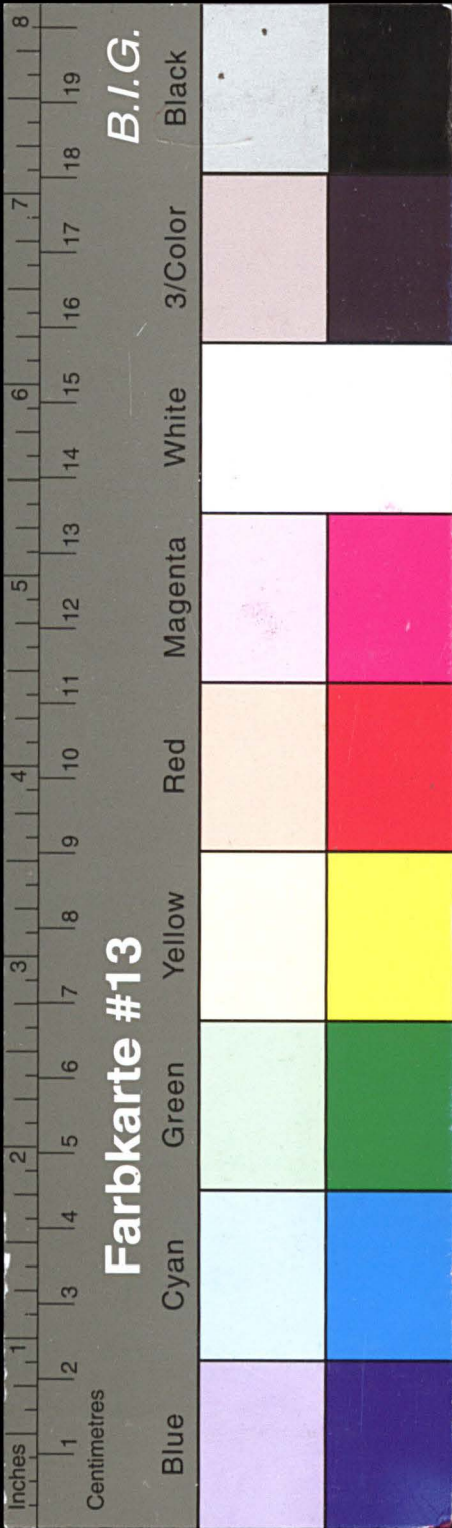
24 Hamburg, den 20.September 1944
Rödingsmarkt 9
Fernsprecher: 34 18 71



Kreisarchiv Stormarn E103

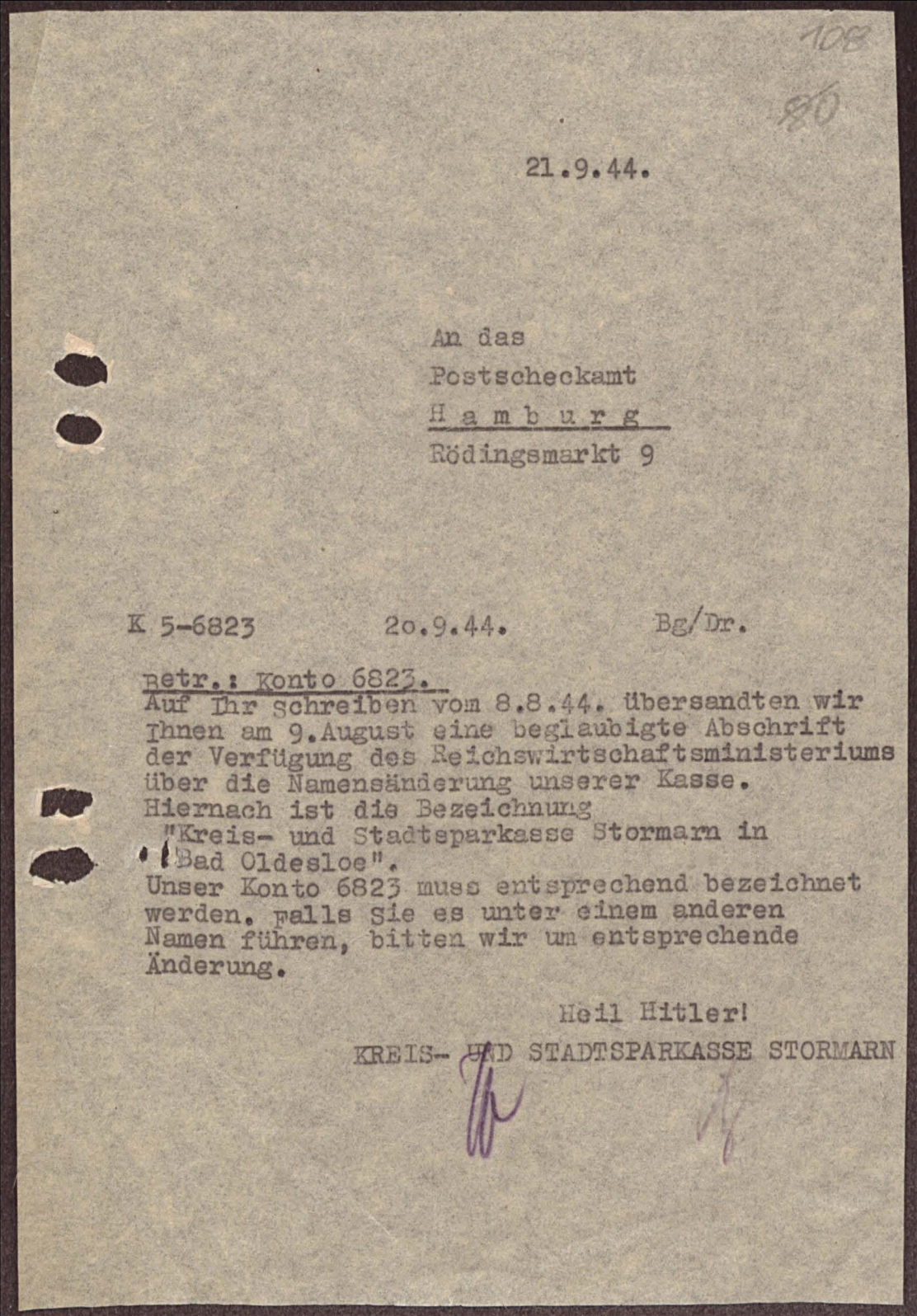
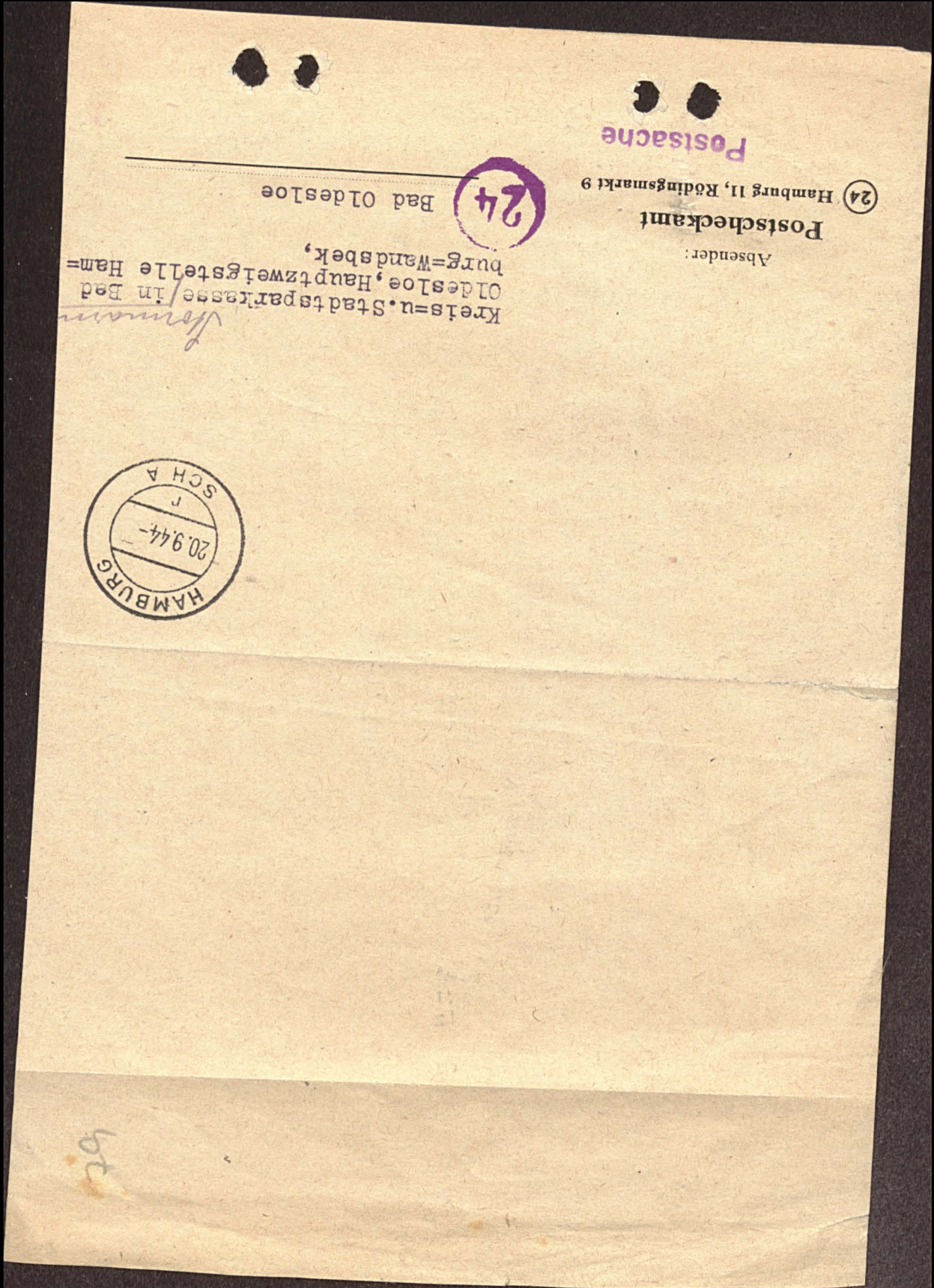
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

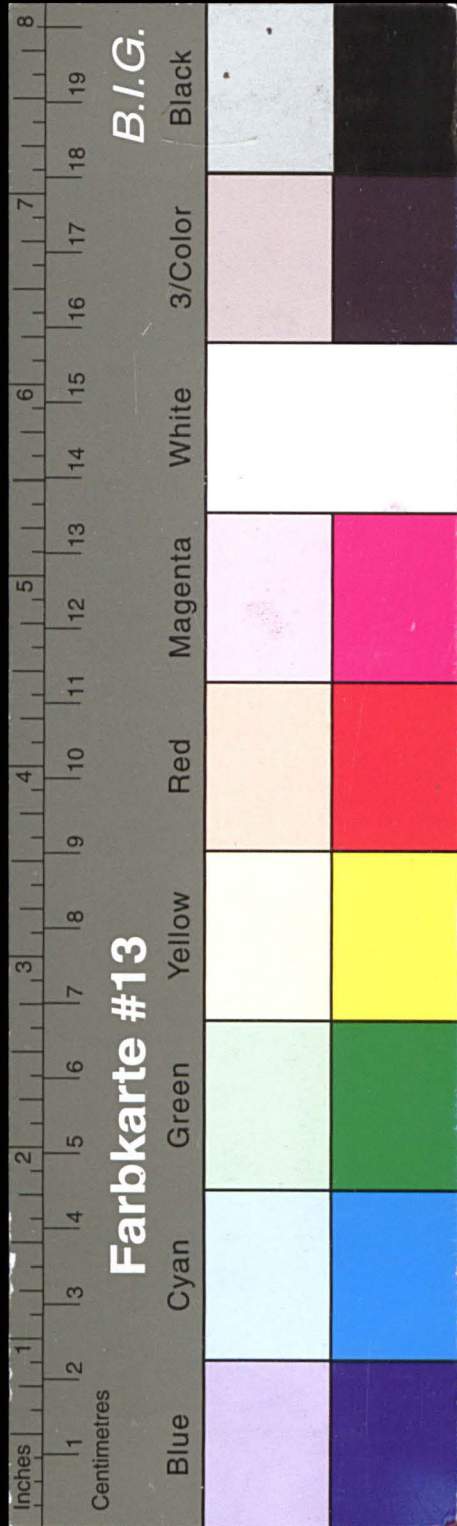




Kreisarchiv Stormarn E103

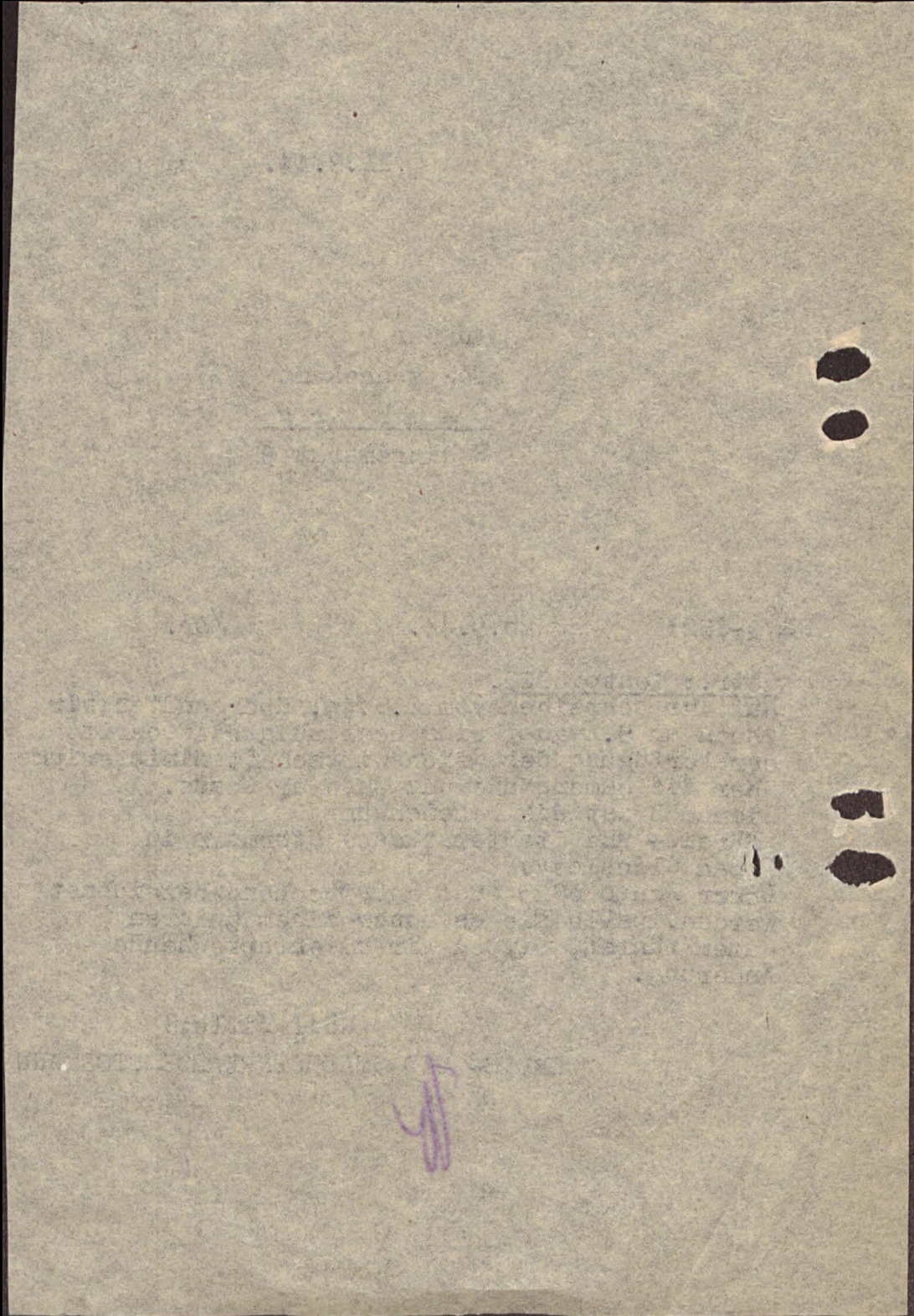
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



104
81

Verhandlung vom 26. 9. 1944

4 2.)

Mit Wirkung vom 1.7.43. ist die Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe auf die Sparkasse des Kreises Stormarn überführt worden unter zu Grundelegung des zwischen Kreis und Stadt geschlossenen Vertrages. Die Kreissparkasse Stormarn führt jetzt den Namen: Kreis- und Stadtparkasse Stormarn in Bad Oldesloe. Die neue Satzung ist vom Reichswirtschaftsministerium festgelegt worden. Dem Vorstand wird hiervon Kenntnis gegeben. Der neue Vorstand der Kreis- und Stadtparkasse Stormarn konnte noch nicht berufen werden, da die Vorschläge des Bürgermeisters der Stadt Bad Oldesloe noch ausstehen.

Der alte Sparkassenvorstand der Kreissparkasse bleibt in seiner bisherigen Zusammensetzung bestehen. Es haben jedoch Neuberufungen zu erfolgen für das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Hansen, Elmenhorst, für das verstorbene Vorstandsmitglied Hoff, Rethwisch, und für das gefallene stellvertretende Vorstandsmitglied Emil Kaiser, Wellingsbüttel.

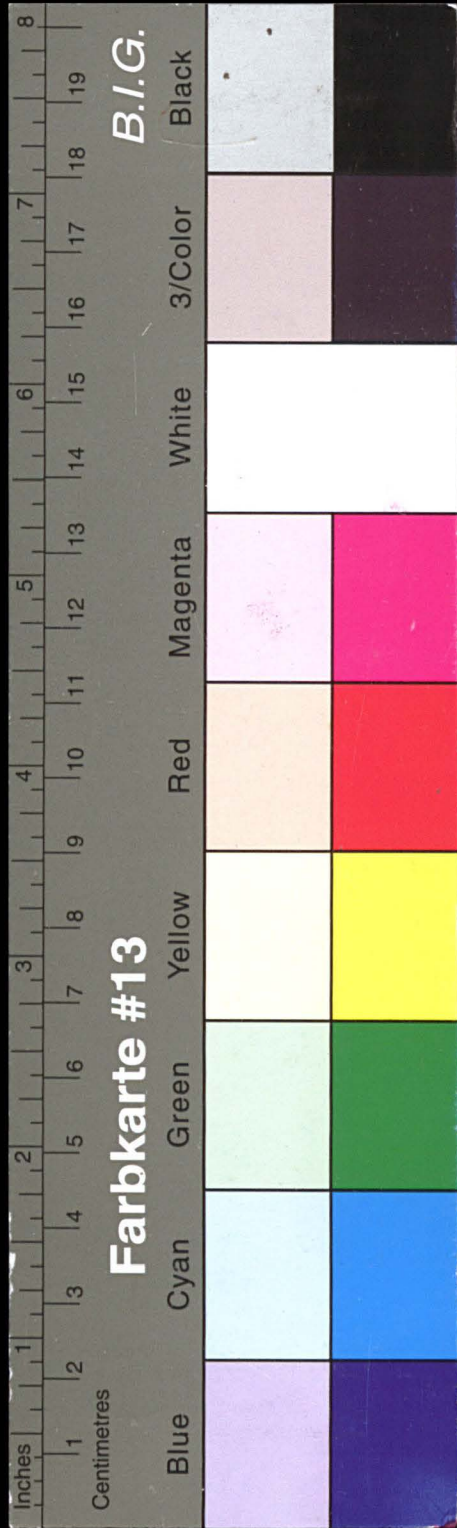
3.)

Die verwaltungsbaracke der Kreissparkasse in Bad Oldesloe wird in einigen Tagen bezugsfertig sein. Alsdann wird die gesamte Verwaltung nach Oldesloe verlegt werden. Die Stelle Wandsbek wird weitergeführt, da eine Entscheidung bezüglich der Hamburger Geschäftsstellen der Kreissparkasse noch nicht ergangen ist.

Der Vorstand nahm eine Besichtigung der verwaltungsbaracke vor.

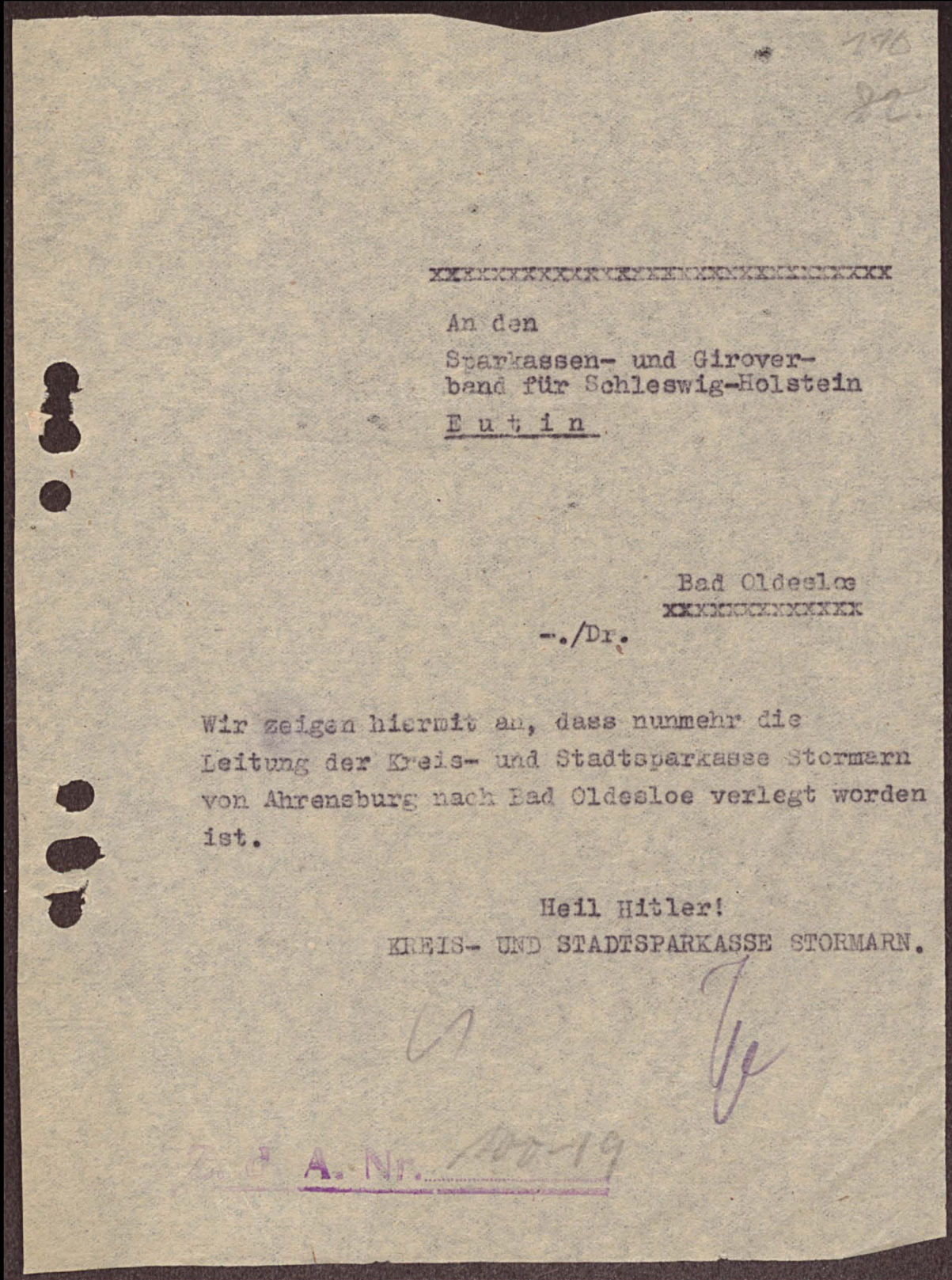
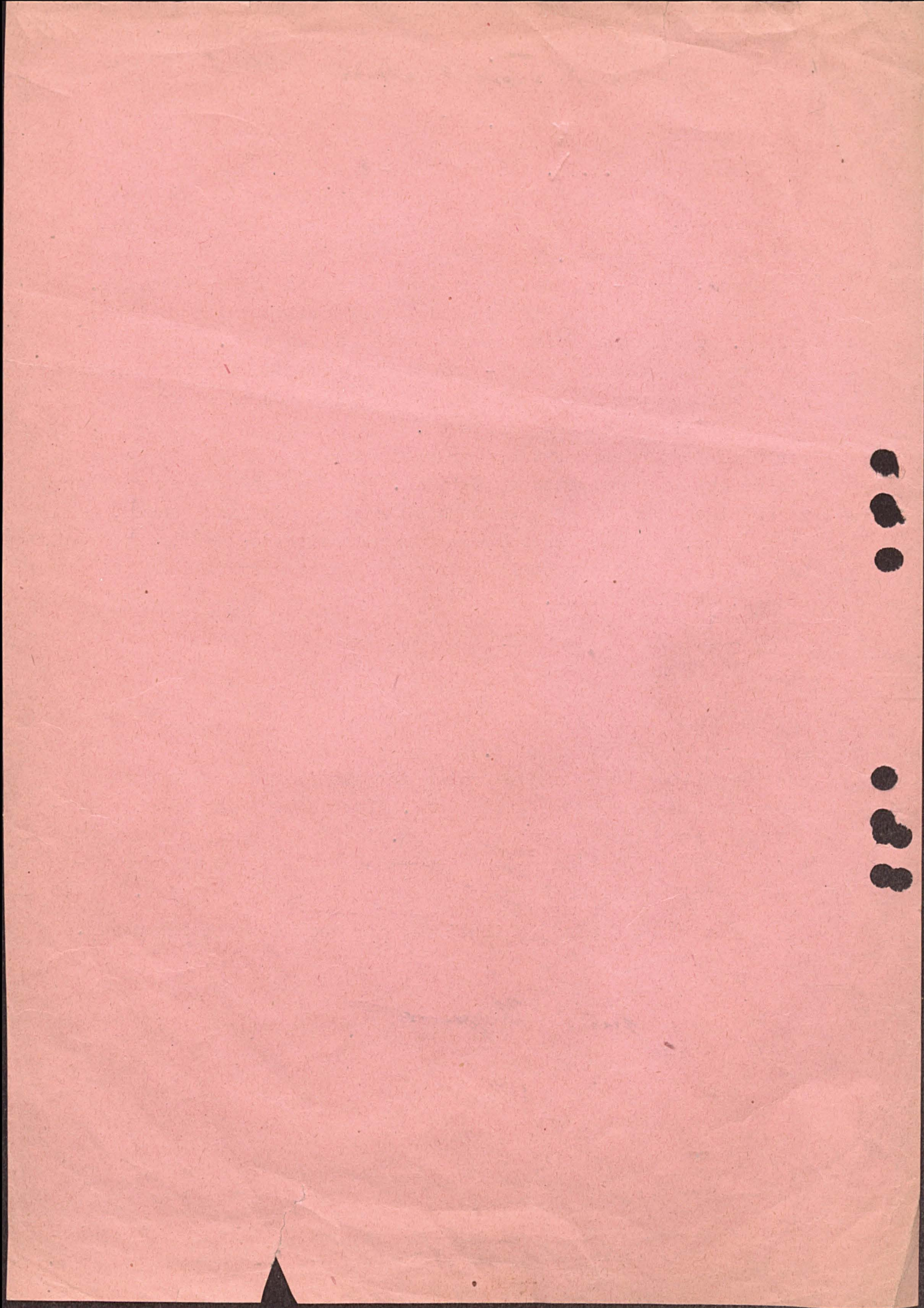
Zum Verzug.
V. 27.9.44

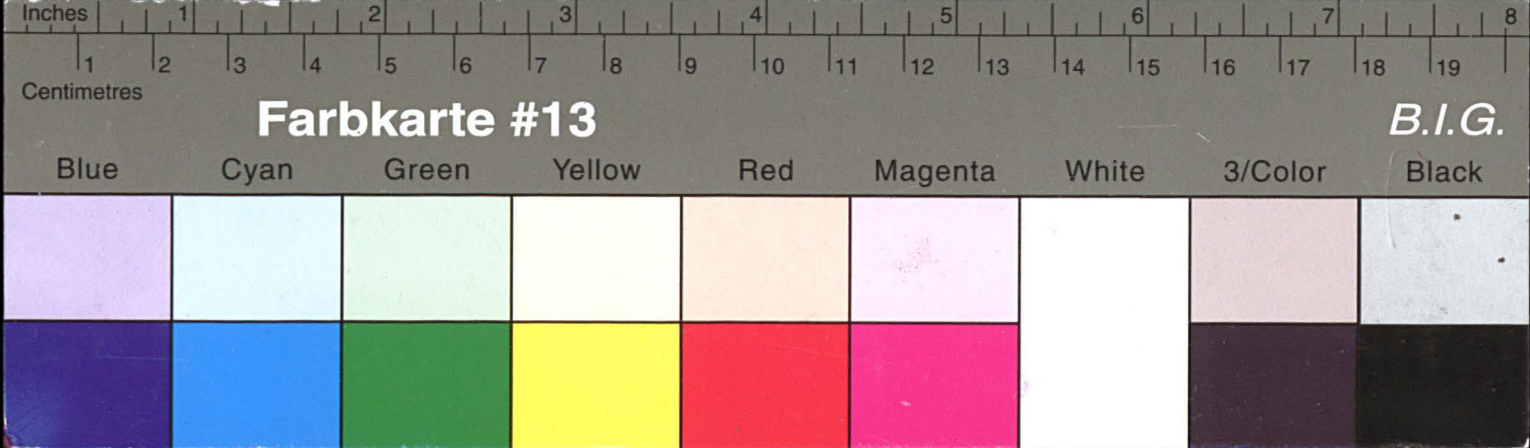
Z. d. A. Nr. 100-19



Kreisarchiv Stormarn E103

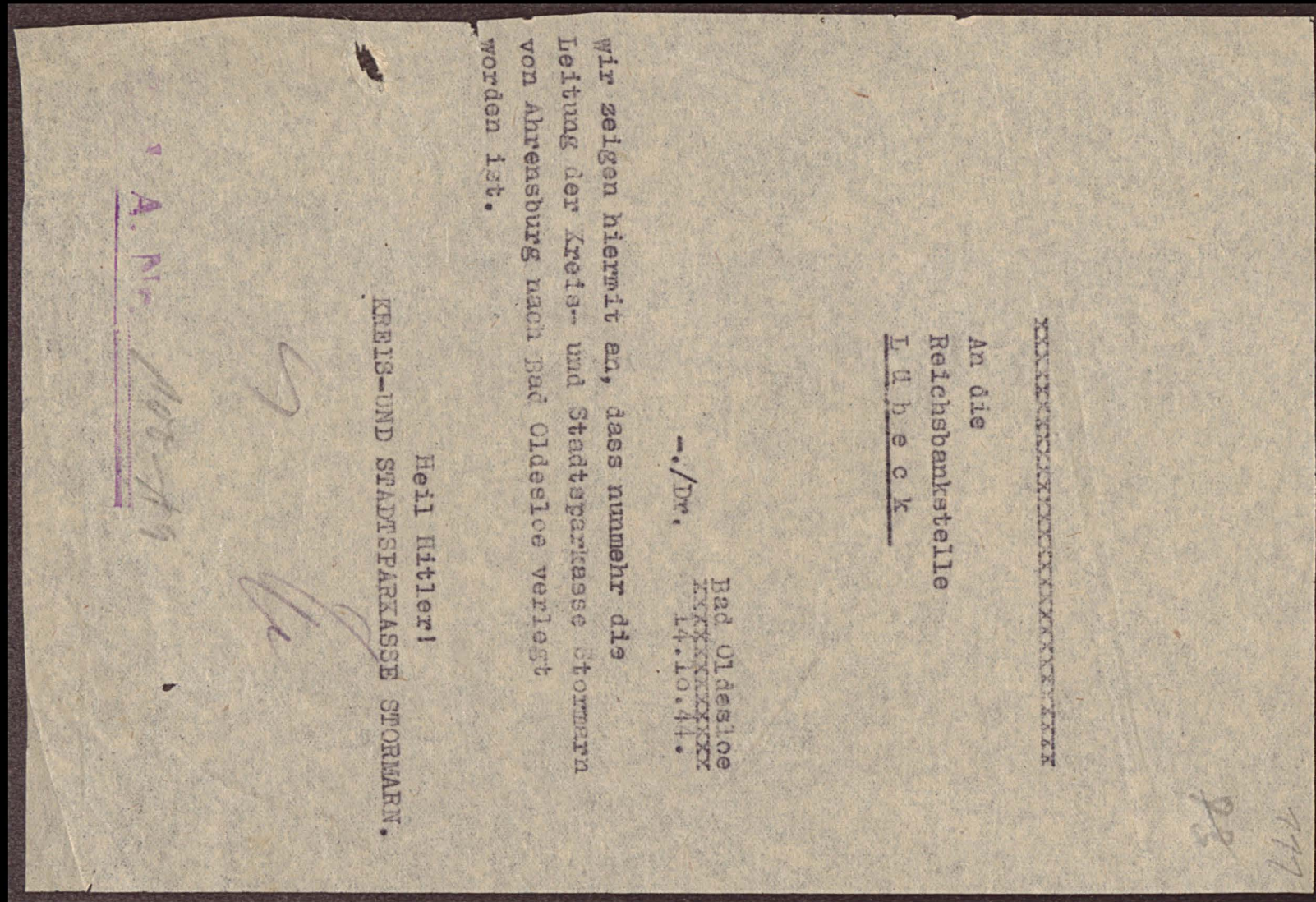
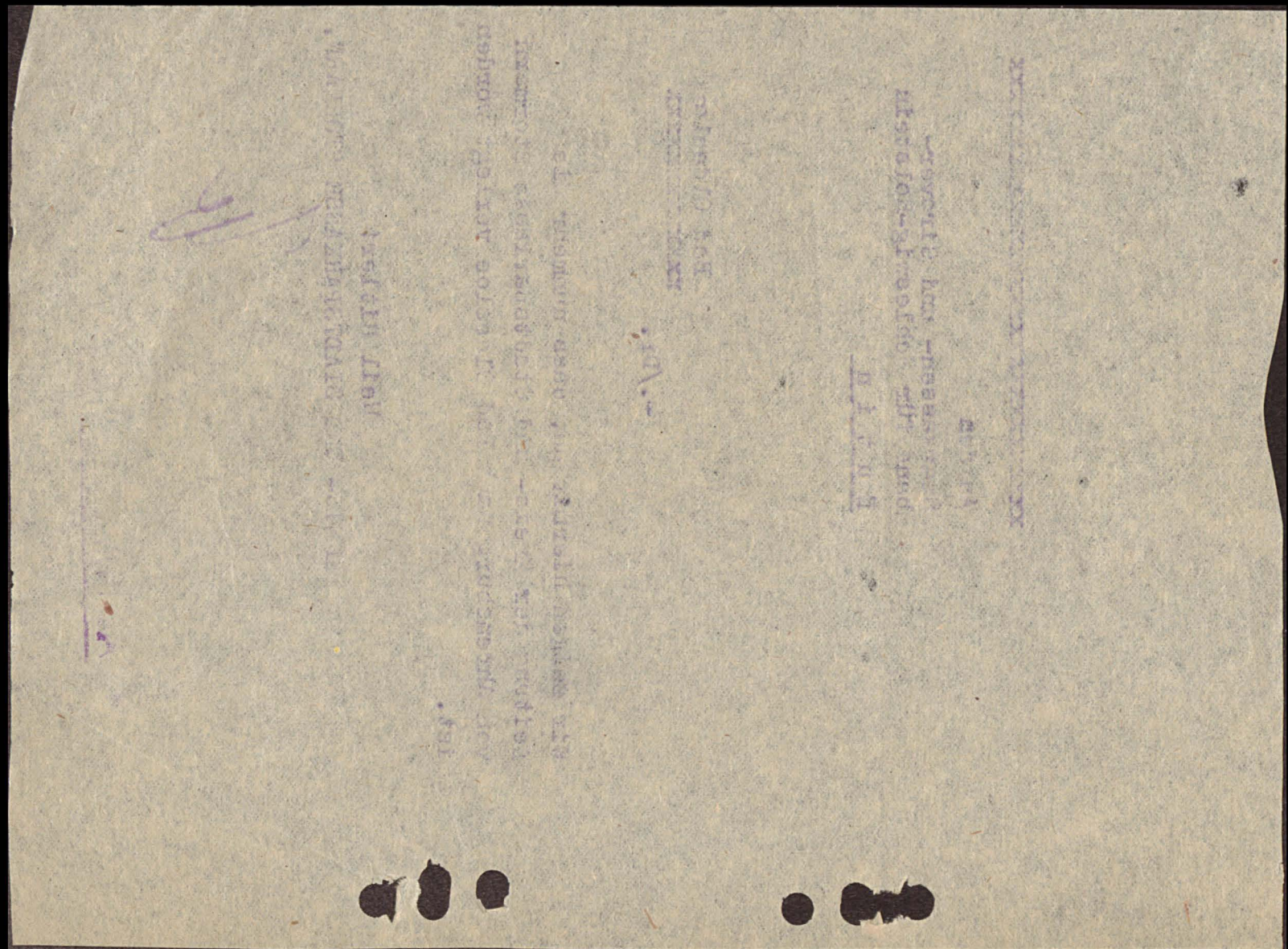
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

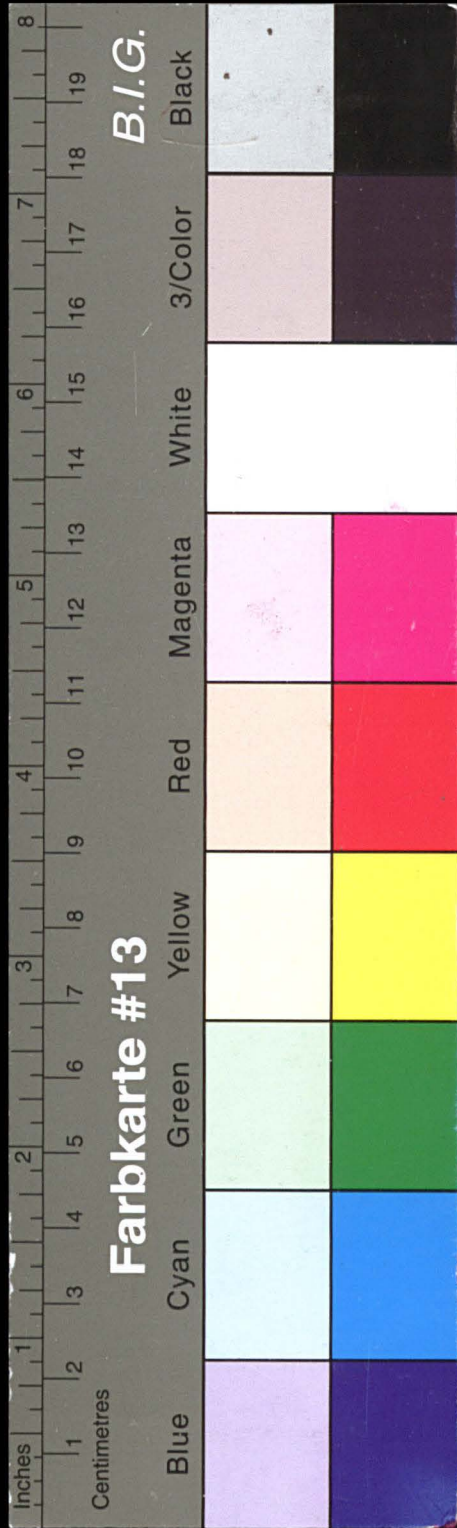




Kreisarchiv Stormarn E103

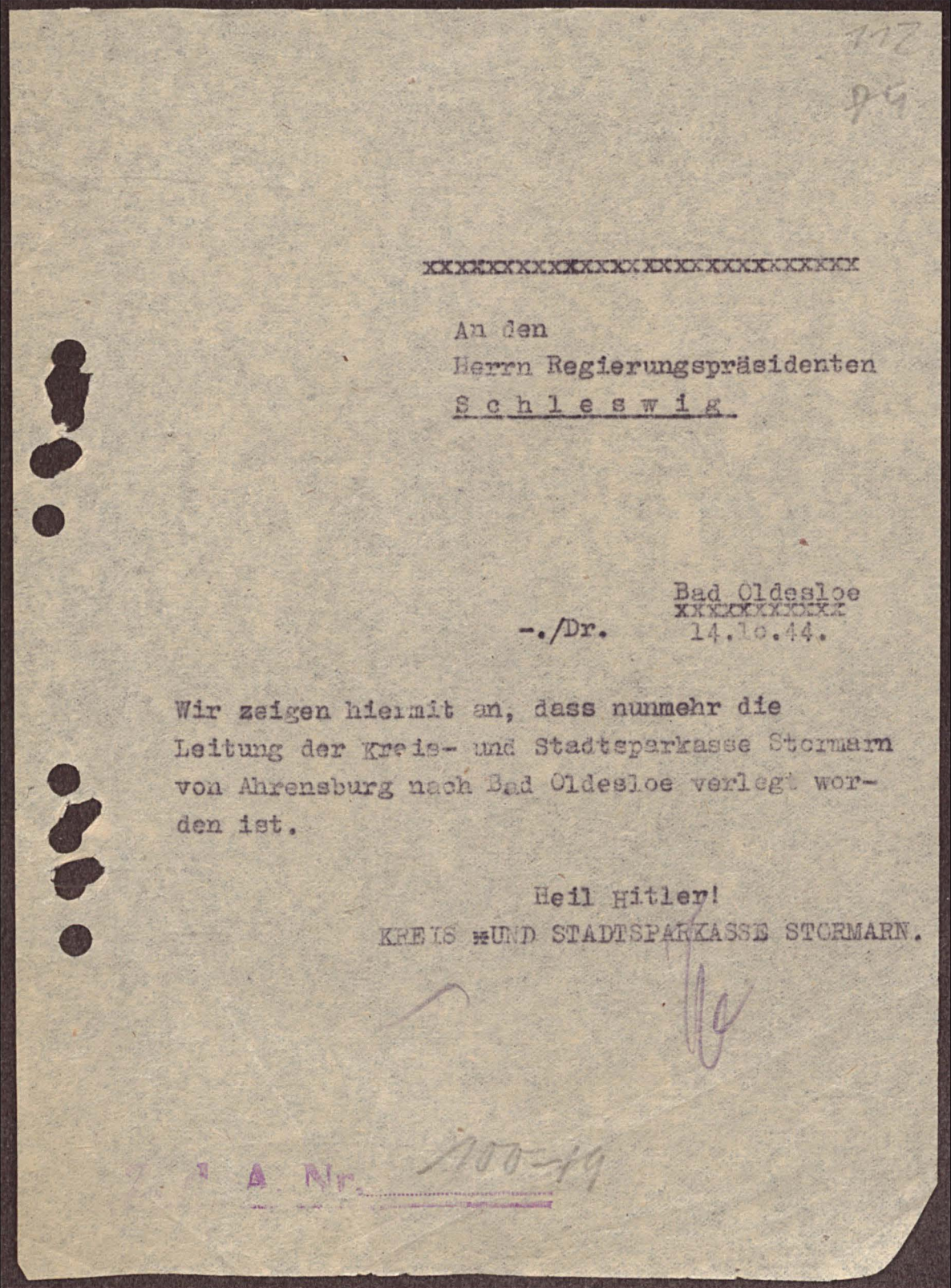
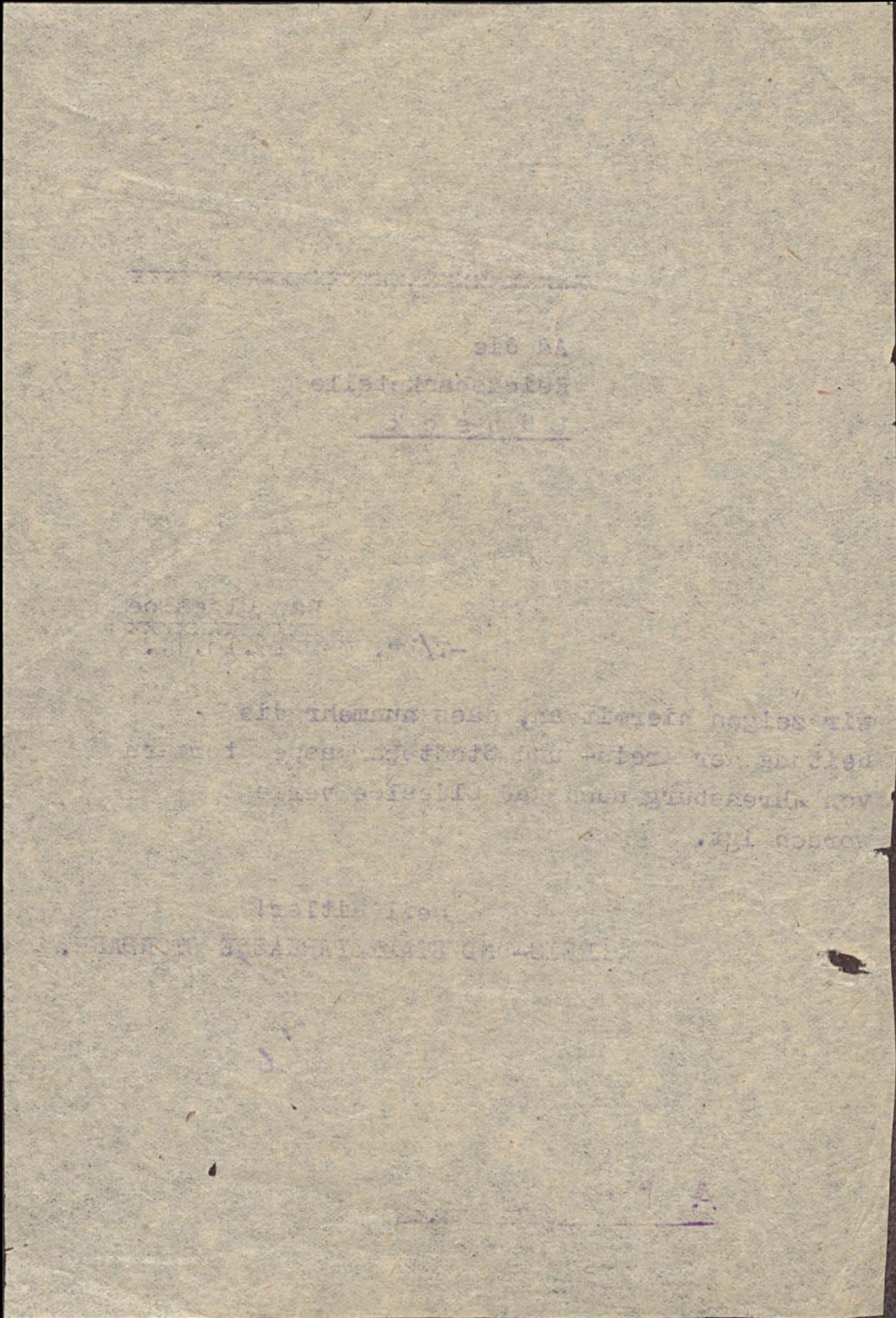
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

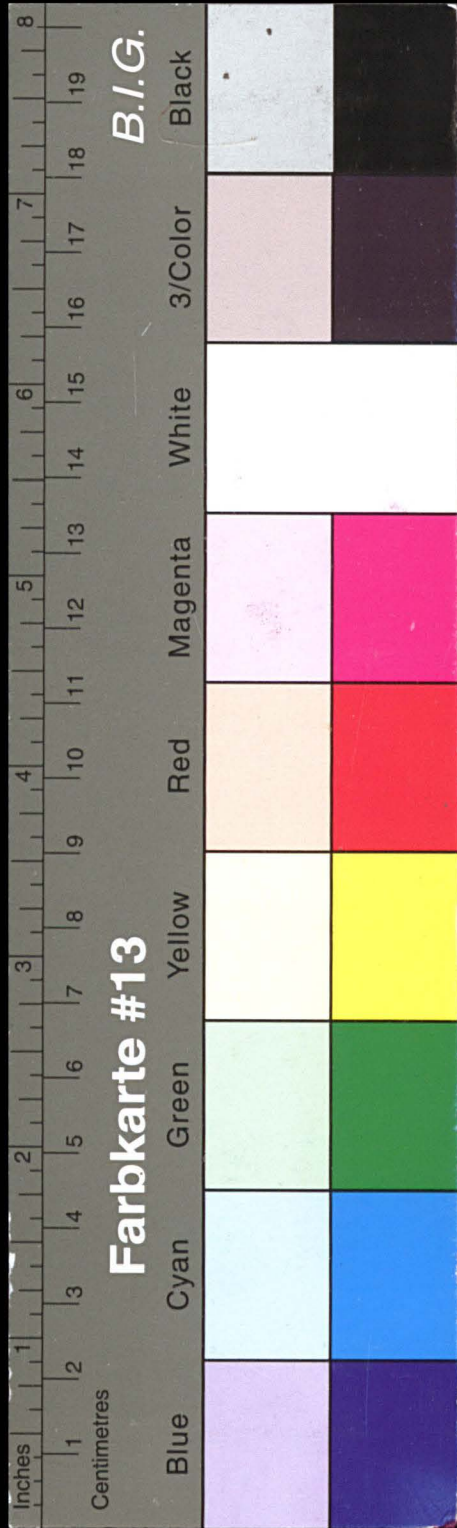




Kreisarchiv Stormarn E103

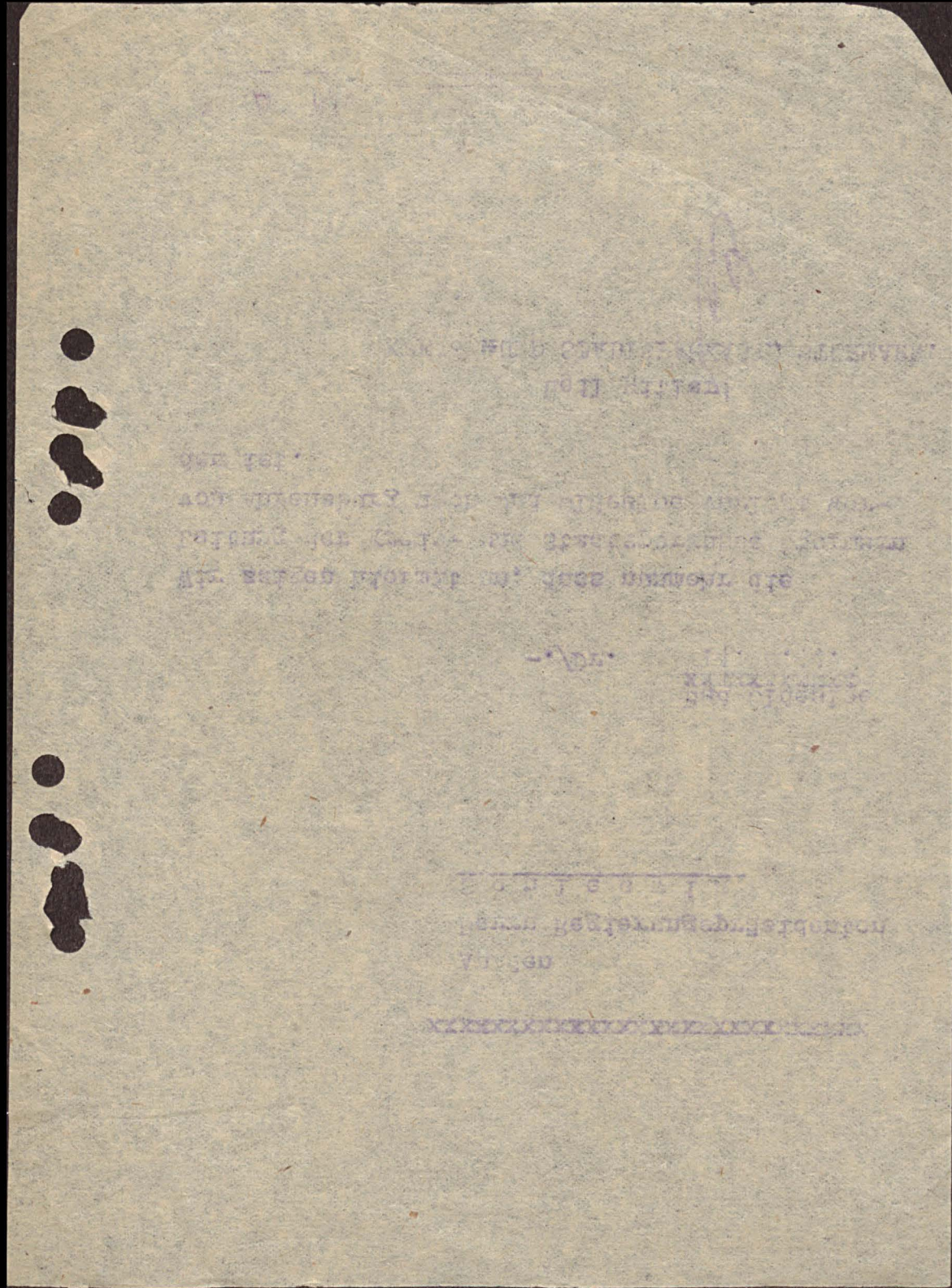
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



83

173

85

Öffentlicher Anzeiger

zum Amtsblatt der Regierung in Schleswig

Stück 40

Ausgegeben in Schleswig, am 21. Oktober

1944

Gerichtliche Angelegenheiten

Zwangsversteigerungssachen

440. Beschluß.
Das Zwangsversteigungsverfahren des in Wilster belegenen, im Grundbuch von Wilster Band 32, Blatt 1732, auf den Namen des verstorbenen Apothekers Fritz Erdmann in Wilster eingetragenen Grundstücks wird einstweilen eingestellt.
Itzehoe, den 9. Oktober 1944.
— K 3/42 — Das Amtsgericht.

441. Ausschlußurteil.
Durch Ausschlußurteil vom 30. 8. 1944 ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Grömitz Band IX, Blatt 306, in Abt. III unter Nr. 1 für die Witwe Elisabeth Brandt geb. Pagels in Grömitz eingetragene Aufwertungshypothek von 511,50 Goldmark für kraftlos erklärt.
Eutin, den 26. September 1944.
F 5/43 N Amtsgericht.

442. Ausschlußurteil.
Durch Ausschlußurteil vom 15. September 1944 wird der Brief über die für die Kirchspiel-Spar- und Leihkasse G. m. b. H. in Hanerau im Grundbuch von Steinfeld Band IV, Blatt 79 (Eigentümer: Heinrich Wischmann in Steinfeld), in Abteilung III unter Nr. 12 eingetragen gewesene Hypothek von 1000,— Goldmark für kraftlos erklärt.
Itzehoe, den 22. September 1944.
2. F. 7/44 Das Amtsgericht.

443. Ausschlußurteil.
Durch Ausschlußurteil vom 29. September 1944 ist der Brief über die für die Stadt Altona, jetzt Hamburg, im Grundbuch von Lohbarbek Bl. 41 (Eigentümerin Alma Elsabe Borgolte in Lohbarbek) in Abt. III unter Nr. 8 eingetragene Aufwertungshypothek von 1246,83 Goldmark für kraftlos erklärt worden.
Itzehoe, den 4. Oktober 1944.
2 F. 6/44 Das Amtsgericht.

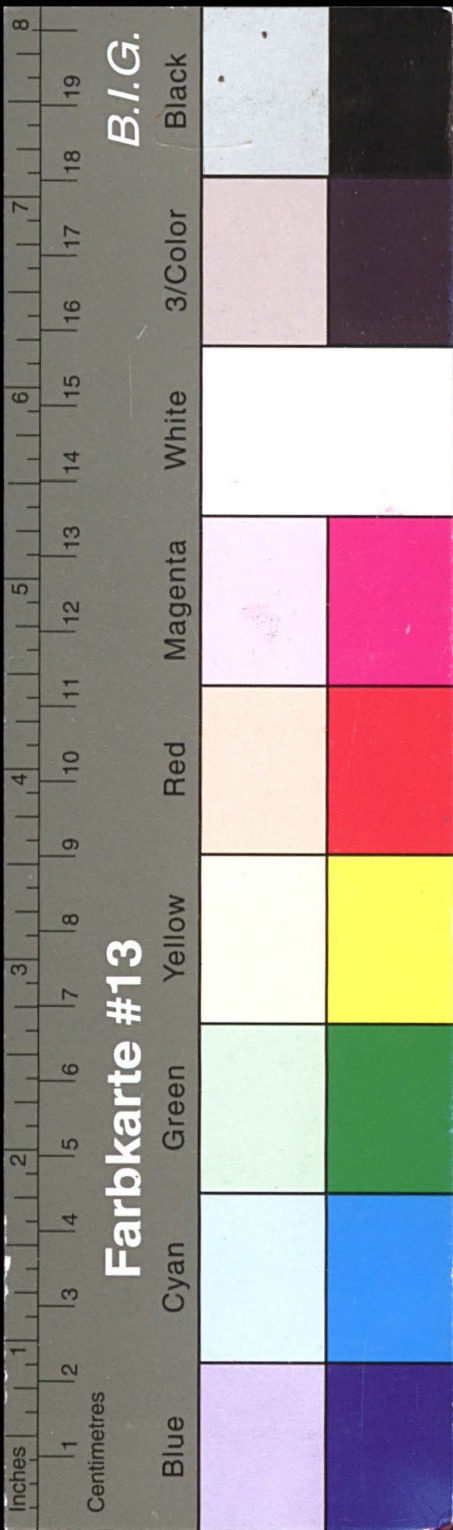
444. Ausschlußurteil.
Durch Ausschlußurteil vom 11. Oktober 1944 ist der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Lübeck, St. Lorenz, Blatt 202, zu Lasten des Grundstücks Maiblumenstraße 9 in Abt. III unter Nr. 20 für den Kaufmann Hans Georg Alois

Kroeger in Lübeck eingetragene Grundschuld von 3000,— Goldmark nebst 10 v. H. Zinsen seit dem 1. Mai 1926 für kraftlos erklärt.
Lübeck, den 12. Oktober 1944.
— 7 F 2/44 — Das Amtsgericht, Abt. 7.

445. Ausschlußurteil.
Der Hypothekenbrief über die für den Bauern Hermann Johannßen in Kronprinzenkoog im Grundbuch von Kronprinzenkoog VIII, 391 in Abt. III unter Nr. 49 eingetragene Hypothekenforderung von 280,— *R.M.* wird für kraftlos erklärt.
Meldorf, den 9. 10. 1944. Das Amtsgericht.

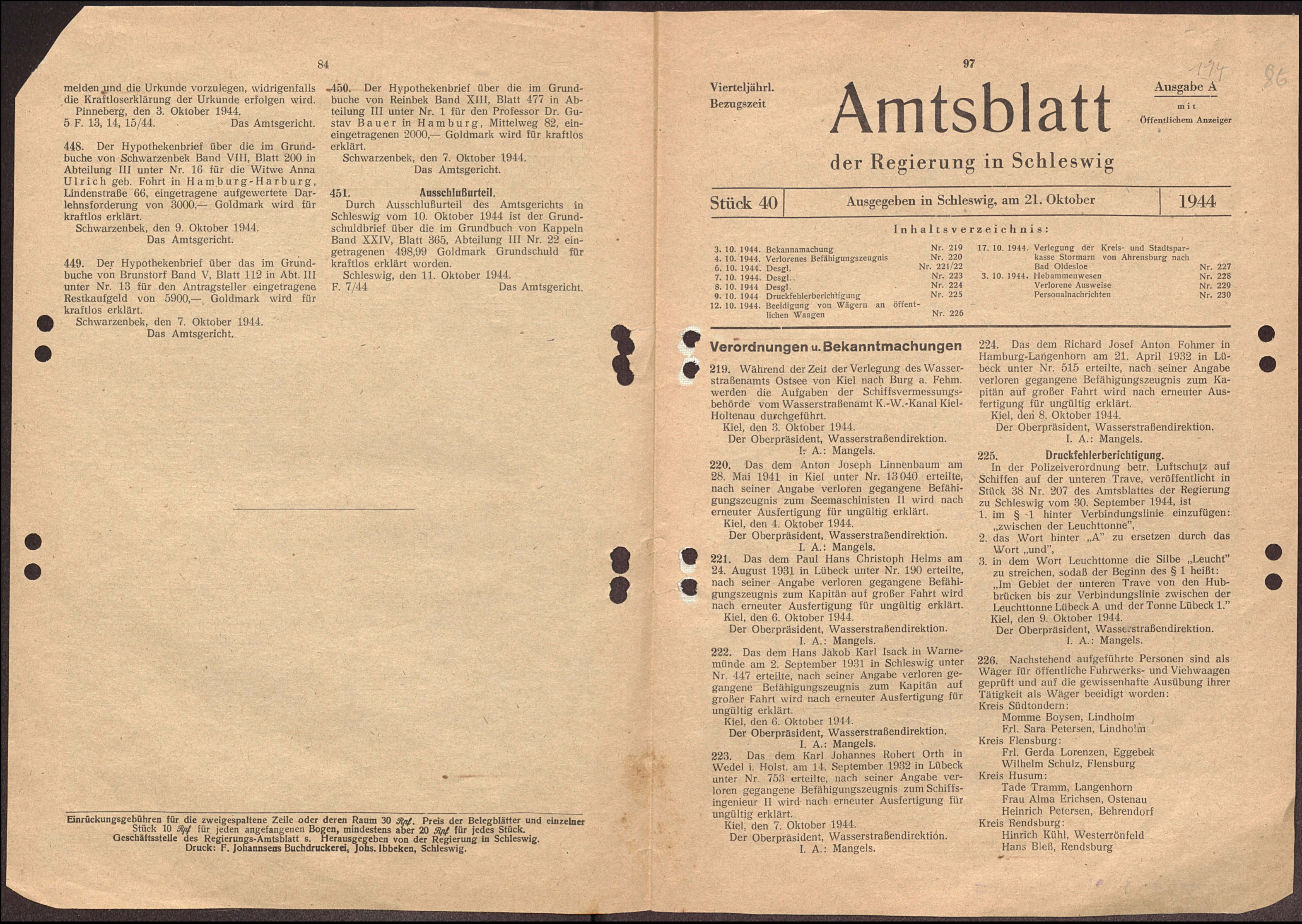
446. Die mit Zustimmung ihres Ehemannes handelnde Ehefrau Margaretha Maaß geb. Hansen in Heidgraben-Mitte hat das Aufgebot des Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Burg Band 60, Blatt 2358 in Abt. III unter Nr. 17 für die Antragstellerin eingetragene Grundschuld von 2000,— Goldmark beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 20. Februar 1945, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebots-terminen seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Meldorf, den 11. 10. 1944. Das Amtsgericht.

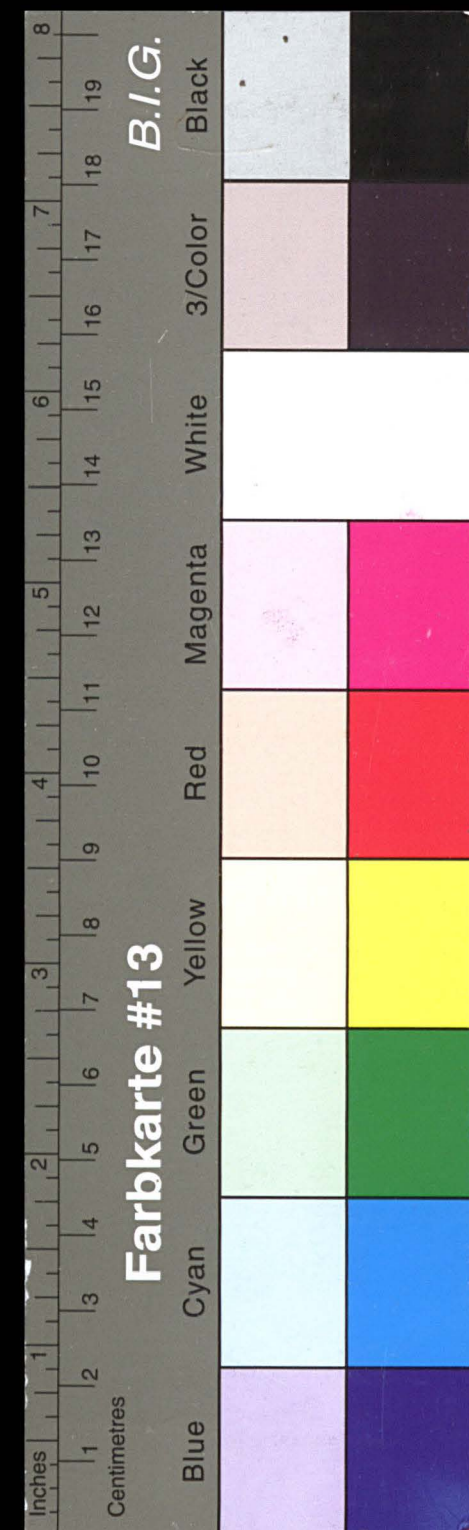
447. Es haben beantragt:
1. Der Posthalter Ernst Steenbock in Henstedt als Testamentsvollstrecker über den Nachlaß des Rentners Hinrich Sorgenfrei in Henstedt das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Friedrichsgabe Blatt 114 in Abt. III unter Nr. 1 für Johann Hinrich Sorgenfrei eingetragene Hypothek von 625,— Reichsmark — 5 F. 13/44 —,
2. die Witwe Martha Strupp in Pinneberg — vertreten durch Rechtsanwalt Brockstedt in Pinneberg — das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Pinneberg Blatt 864, Abt. III Nr. 5 für die Antragstellerin eingetragene Hypothek von 500,— *R.M.* — 5 F. 14/44 —,
3. Dr. Georg Boyksen in Pinneberg das Aufgebot des Sparkassenbuches Nr. 30138 der Kreissparkasse zu Pinneberg, lautend auf den Namen des Leutnants Broder Boyksen in Pinneberg, — 5 F. 15/44 —.
Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 26. Januar 1945, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine ihre Rechte anzu-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Thomas Rathje, Wasbek
Frau Helene Rathje, Wasbek
Otto Husmann, Osterstedt
Heinrich Börgert, Nortorf
Willy Wriedt, Nortorf
Paul Rose, Nortorf
Andreas Hameister, Nortorf
Heinrich Bock, Nortorf
Carl Möller, Nortorf
Frau Marie Möller, Nortorf
Hermann Clausen, Nortorf
Werner Grupp, Nortorf

Kreis Eckernförde:
Johannes Ströh, Fleckeby
Otto Hammerich, Fleckeby
Johannes Ohlerich, Güby
Thomas Johannsen, Güby
Detlef Kray, Hummelfeld
Frau Bertha Lammers, Hummelfeld
Frau Elli Bothmann, Osterby
Frau Berentje Ehlers, Damendorf
Hans Frahm, Ascheffel
Frl. Grete Bothmann, Hütten-Damendorf
Adolf Koll, Hütten
Joseph Lehmacher, Ascheffel
Frau Helga Reimer, Brekendorf
Johann Blaas, Brekendorf
Ernst Schmidt, Brekendorf
Frau Hedwig Schmidt, Brekendorf

Kreis Oldenburg:
August Reese, Neukirchen
Adolf Oeverdiek, Heiligenhafen
Otto Pusback, Oldenburg i. H.
Heinrich Piper, Oldenburg i. H.
Christian Hauschildt, Oldenburg i. H.
Robert Frahm, Oldenburg i. H.
Max Haase, Neustadt i. H.
Hermann Paasch, Neustadt i. H.
Kiel, den 12. Oktober 1944.

Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein.
(Eichdirektion.)
I. A.: Schülke.

227. Hiermit gebe ich bekannt, daß nunmehr die
Leitung der Kreis- und Stadtparkasse Stormarn
von Ahrensburg nach Bad Oldesloe verlegt wor-
den ist.
Schleswig, den 17. Oktober 1944.
Der Regierungspräsident.
I. A.: Theisen.

I. K. 2./6261—8—

228. Hebammenniederlassung Mollhagen.

Der Hebamme Frau Martha Wittkamp geb.
Nissen ist die Niederlassungserlaubnis auf Grund
§ 10 des Hebammengesetzes vom 21. Dezember
1938 erteilt worden.
Als Wohnsitz wird ihr Eichede angewiesen.
Bad Oldesloe, den 3. Oktober 1944.
Der Landrat.
I. V.: Carls.

Bezugspreis: Vierteljährlich: Ausgabe A 3,— RM, Ausgabe B 1,50 RM.
Einrückungsgebühren für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum 30 Rp. Preis der Belegblätter und einzelner
Stück 10 Rp. für jeden angefangenen Bogen, mindestens aber 20 Rp. für jedes Stück.
Geschäftsstelle des Regierungs-Amtsblattes. Herausgegeben von der Regierung in Schleswig.
Druck: F. Johannsens Buchdruckerei, Johs. Ibbeken, Schleswig.

98

229. Folgende Ausweise sind abhanden gekommen
und werden deshalb für ungültig erklärt:

Führerschein für 1938 für Rudolf Stoffers,
Elmenhorst, geboren 29. März 1905 in Seth,
Kreis Segeberg, wohnhaft in Elmenhorst, Kreis
Stormarn.

Zulassungsschein vom 28. 12. 1939 für den
Kraftwagen IP 159 405 für Bernhard Ruser, Boo-
stedt.

Zulassungsschein vom 14. 3. 1944 für den
Kraftwagen IP 126 139 für Kreisausschuß (Kreis-
kommunalverwaltung) Eutin.

Zulassungsschein vom 9. 6. 1939 für den
Kraftwagen IP 33 386 für Peter Högel, Flens-
burg, Harrisleer Straße 48.

Führerschein vom 4. 1. 1944 für Nicolaus
Grettoors, geboren 22. Mai 1922 in Bukmütz,
wohnhaft in Büsum, Hafenstraße 7, Kreis Nord-
dithmarschen.

Führerschein vom 15. 7. 1929 für Maximil-
ian Kraus, geboren 2. 8. 1897 in Bad Abbach, wo-
nhaft in Kellinghusen, Kreis Steinburg.

Führerschein vom 1. 2. 1939 für Gerd Zieg-
ler, geboren 6. Juli 1917 in Kiel, wohnhaft in K-
Chemnitzstraße 15.

Zulassungsschein vom 11. 6. 1941 für
Kraftwagen IP 60 802 für Rud. Schrader, F-
lingen.

Führerschein vom 14. 7. 1943 für Kazim-
ir Kusik, geboren 5. Februar 1924 in Burgsta-
d, wohnhaft in Rellingen/Holst., Hauptstraße 45.

Führerschein vom 20. 10. 1943 für Karl Schnei-
der, geboren 21. 3. 1903 in Reichenbach, wohnhaft
Hamburg 20, Göernerstraße 1.

Zulassungsschein vom 14. 6. 1939 für
Kraftwagen IP 170 711 für Willy Beuck, Fu-
nternehmer in Plön.

Führerschein vom 2. 8. 1937 für Fritz Ho-
pfer, geboren 13. Dezember 1873 in Behrensda-
m, wohnhaft in Kronshagen, Kopperpähler Allee.

Zulassungsschein vom 27. 6. 1939 für
Kraftwagen IP 71 979 für Conrad Engelha-
rd, Koldenbüttel.

Zulassungsschein vom 16. 1. 1939 für das
Krad IP 110 068 für Hermann Mertens, Wester-
hever.

Personalnachrichten

230. Der ap. Regierungsbauiinspektor Johannes
Rathjen vom Marschenbauamt (Wasserwirtschafts-
amt) in Husum, z. Zt. bei der Wehrmacht, ist zum
Regierungsbauiinspektor unter Verleihung einer
Planstelle der Reichsbesoldungsgruppe A 4 c 2 be-
nannt worden.

83

Öffentlicher Anzeiger zum Amtsblatt der Regierung in Schleswig

Stück 40

Ausgegeben in Schleswig, am 21. Oktober

1944

Gerichtliche Angelegenheiten

Zwangsversteigerungssachen

440. **Beschluß.**
Das Zwangsversteigerungsverfahren des in
Wilster belegenen, im Grundbuch von Wilster
Band 32, Blatt 1732, auf den Namen des verstor-
benen Apothekers Fritz Erdmann in Wilster
eingetragenen Grundstücks wird einstweilen ein-
gestellt.
Itzehoe, den 9. Oktober 1944.
— K 3/42 — Das Amtsgericht.

Aufgebote

441. **Ausschlußurteil.**
Durch Ausschlußurteil vom 30. 8. 1944 ist
der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von
Grömitz Band IX, Blatt 306, in Abt. III unter Nr. 1
für die Witwe Elisabeth Brandt geb. Pagels in
Grömitz eingetragene Aufwertungshypothek
von 511,50 Goldmark für kraftlos erklärt.
Eutin, den 26. September 1944.
— 5/43 N — Amtsgericht.

442. **Ausschlußurteil.**
Durch Ausschlußurteil vom 15. September 1944
wird der Brief über die für die Kirchspiel-Spar-
und Leihkasse G. m. b. H. in Hanerau im Grund-
buch von Steinfeld Band IV, Blatt 79 (Eigentümer:
Heinrich Wischmann in Steinfeld), in Ab-
teilung III unter Nr. 12 eingetragen gewesene Hy-
pothek von 1000,— Goldmark für kraftlos erklärt.
Itzehoe, den 22. September 1944.
2. F. 7/44 Das Amtsgericht.

443. **Ausschlußurteil.**
Durch Ausschlußurteil vom 29. September 1944
ist der Brief über die für die Stadt Altona, jetzt
Hamburg, im Grundbuch von Lohbarbek Bl. 41
(Eigentümerin Alma Elsabe Borgolte in Loh-
barbek) in Abt. III unter Nr. 8 eingetragene
Aufwertungshypothek von 1246,83 Goldmark für
kraftlos erklärt worden.
Itzehoe, den 4. Oktober 1944.
2. F. 6/44 Das Amtsgericht.

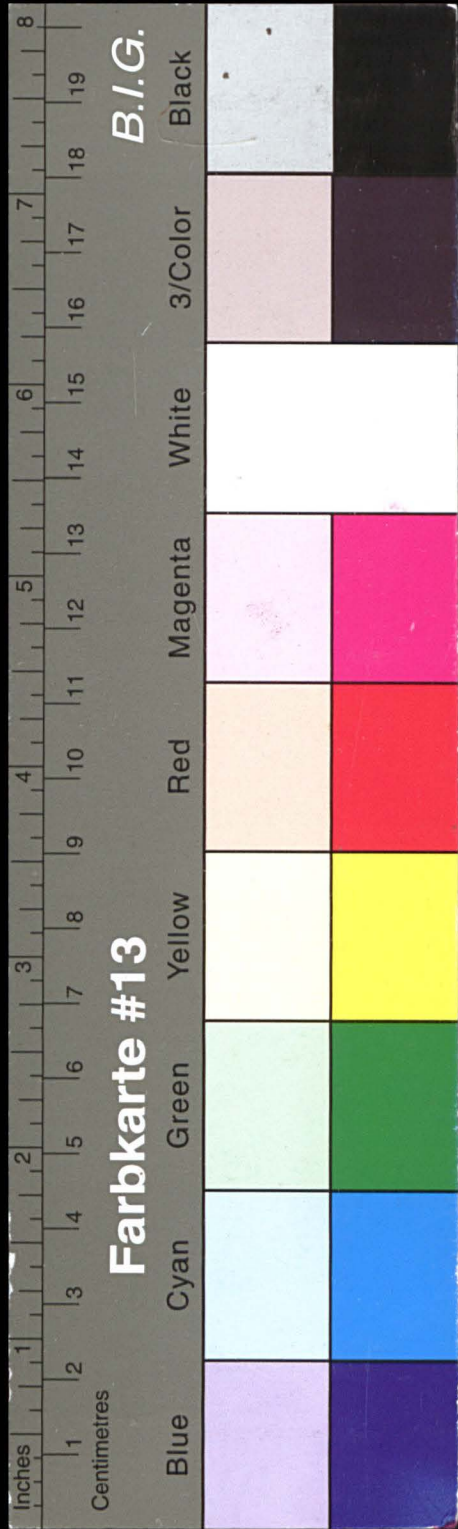
444. **Ausschlußurteil.**
Durch Ausschlußurteil vom 11. Oktober 1944
ist der Grundschuldbrief über die im Grundbuch
von Lübeck, St. Lorenz, Blatt 202, zu Lasten des
Grundstücks Maiblumenstraße 9 in Abt. III unter
Nr. 20 für den Kaufmann Hans Georg Alois

Kroeger in Lübeck eingetragene Grundschuld
von 3000,— Goldmark nebst 10 v. H. Zinsen seit
dem 1. Mai 1926 für kraftlos erklärt.
Lübeck, den 12. Oktober 1944.
— 7 F 2/44 — Das Amtsgericht, Abt. 7.

445. **Ausschlußurteil.**
Der Hypothekenbrief über die für den Bauern
Hermann Johannßen in Kronprinzen-
koog im Grundbuch von Kronprinzenkoog VIII,
391 in Abt. III unter Nr. 49 eingetragene Hypo-
thekenforderung von 280,— RM wird für kraftlos
erklärt.
Meldorf, den 9. 10. 1944. Das Amtsgericht.

446. Die mit Zustimmung ihres Ehemannes han-
delnde Ehefrau Margaretha Maaß geb. Hansen
in Heidgraben-Mitte hat das Aufgebot des
Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von
Burg Band 60, Blatt 2358 in Abt. III unter Nr. 17
für die Antragstellerin eingetragene Grundschuld
von 2000,— Goldmark beantragt. Der Inhaber
der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in
dem auf den 20. Februar 1945, 10 Uhr, vor dem
unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebots-
termine seine Rechte anzumelden und die Urkunde
vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung
der Urkunde erfolgen wird.
Meldorf, den 11. 10. 1944. Das Amtsgericht.

447. Es haben beantragt:
1. Der Posthalter Ernst Steenbock in Henstedt als
Testamentsvollstrecker über den Nachlaß des
Rentners Hinrich Sorgenfrei in Henstedt
das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die
im Grundbuch von Friedrichsgabe Blatt 114 in
Abt. III unter Nr. 1 für Johann Hinrich Sor-
genfrei eingetragene Hypothek von 625,—
Reichsmark — 5 F. 13/44 —,
2. die Witwe Martha Strupp in Pinneberg
— vertreten durch Rechtsanwalt Brockstedt in
Pinneberg — das Aufgebot des Hypotheken-
briefes über die im Grundbuch von Pinneberg
Blatt 864, Abt. III Nr. 5 für die Antragstellerin
eingetragene Hypothek von 500,— RM — 5 F.
14/44 —,
3. Dr. Georg Boyksen in Pinneberg das
Aufgebot des Sparkassenbuches Nr. 30 138 der
Kreissparkasse zu Pinneberg, lautend auf den
Namen des Leutnants Broder Boyksen in Pin-
neberg, — 5 F. 15/44 —.
Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert,
spätestens in dem auf den 26. Januar 1945, vor-
mittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht
anberaumten Aufgebotstermine ihre Rechte anzu-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

84

melden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Pinneberg, den 3. Oktober 1944.
5 F. 13, 14, 15/44. Das Amtsgericht.

448. Der Hypothekenbrief über die im Grundbuche von Schwarzenbek Band VIII, Blatt 200 in Abteilung III unter Nr. 16 für die Witwe Anna Ulrich geb. Fohrt in Hamburg-Harburg, Lindenstraße 66, eingetragene aufgewertete Darlehnsforderung von 3000,— Goldmark wird für kraftlos erklärt.
Schwarzenbek, den 9. Oktober 1944.
Das Amtsgericht.

449. Der Hypothekenbrief über das im Grundbuche von Brunstorf Band V, Blatt 112 in Abt. III unter Nr. 13 für den Antragsteller eingetragene Restkaufgeld von 5900,— Goldmark wird für kraftlos erklärt.
Schwarzenbek, den 7. Oktober 1944.
Das Amtsgericht.

450. Der Hypothekenbrief über die im Grundbuche von Reinbek Band XIII, Blatt 477 in Abteilung III unter Nr. 1 für den Professor Dr. Gustav Bauer in Hamburg, Mittelweg 82, eingetragenen 2000,— Goldmark wird für kraftlos erklärt.
Schwarzenbek, den 7. Oktober 1944.
Das Amtsgericht.

451. **Ausschlußurteil.**
Durch Ausschlußurteil des Amtsgerichts in Schleswig vom 10. Oktober 1944 ist der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Kappeln Band XXIV, Blatt 365, Abteilung III Nr. 22 eingetragenen 498,99 Goldmark Grundschuld für kraftlos erklärt worden.
Schleswig, den 11. Oktober 1944.
F. 7/44 Das Amtsgericht.

Einrückungsgebühren für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum 30 *Rpf.*. Preis der Belegblätter und einzelner Stück 10 *Rpf.* für jeden angefangenen Bogen, mindestens aber 20 *Rpf.* für jedes Stück.
Geschäftsstelle des Regierungs-Amtsblatt s. Herausgegeben von der Regierung in Schleswig.
Druck: F. Johannsens Buchdruckerei, Johs. Ibbeken, Schleswig.

Vierteljährl.
Bezugszeit

97

Ausgabe A
mit
Öffentlichem Anzeiger

Amtsblatt

der Regierung in Schleswig

Stück 40

Ausgegeben in Schleswig, am 21. Oktober

1944

Inhaltsverzeichnis:

3. 10. 1944. Bekannnamachung	Nr. 219	17. 10. 1944. Verlegung der Kreis- und Stadtspar-	
4. 10. 1944. Verlorenes Befähigungszeugnis	Nr. 220	kasse Stormarn von Ahrensburg nach	
6. 10. 1944. Desgl.	Nr. 221/22	Bad Oldesloe	Nr. 227
7. 10. 1944. Desgl.	Nr. 223	3. 10. 1944. Hebammenwesen	Nr. 228
8. 10. 1944. Desgl.	Nr. 224	Verlorenes Ausweise	Nr. 229
9. 10. 1944. Druckfehlerberichtigung	Nr. 225	Personalnachrichten	Nr. 230
12. 10. 1944. Beerdigung von Wägern an öffent-	Nr. 226		
lichen Waagen			

Verordnungen u. Bekanntmachungen

219. Während der Zeit der Verlegung des Wasserstraßenamts Ostsee von Kiel nach Burg a. Fehm. werden die Aufgaben der Schiffsvermessungsbehörde vom Wasserstraßenamt K.-W.-Kanal-Kiel-Holtenau durchgeführt.
Kiel, den 3. Oktober 1944.
Der Oberpräsident, Wasserstraßendirektion.
I. A.: Mangels.

220. Das dem Anton Joseph Linnenbaum am 28. Mai 1941 in Kiel unter Nr. 13040 erteilte, nach seiner Angabe verloren gegangene Befähigungszeugnis zum Seemaschinisten II wird nach erneuter Ausfertigung für ungültig erklärt.
Kiel, den 4. Oktober 1944.
Der Oberpräsident, Wasserstraßendirektion.
I. A.: Mangels.

221. Das dem Paul Hans Christoph Helms am 24. August 1931 in Lübeck unter Nr. 190 erteilte, nach seiner Angabe verloren gegangene Befähigungszeugnis zum Kapitän auf großer Fahrt wird nach erneuter Ausfertigung für ungültig erklärt.
Kiel, den 6. Oktober 1944.
Der Oberpräsident, Wasserstraßendirektion.
I. A.: Mangels.

222. Das dem Hans Jakob Karl Isack in Warnemünde am 2. September 1931 in Schleswig unter Nr. 447 erteilte, nach seiner Angabe verloren gegangene Befähigungszeugnis zum Kapitän auf großer Fahrt wird nach erneuter Ausfertigung für ungültig erklärt.
Kiel, den 6. Oktober 1944.
Der Oberpräsident, Wasserstraßendirektion.
I. A.: Mangels.

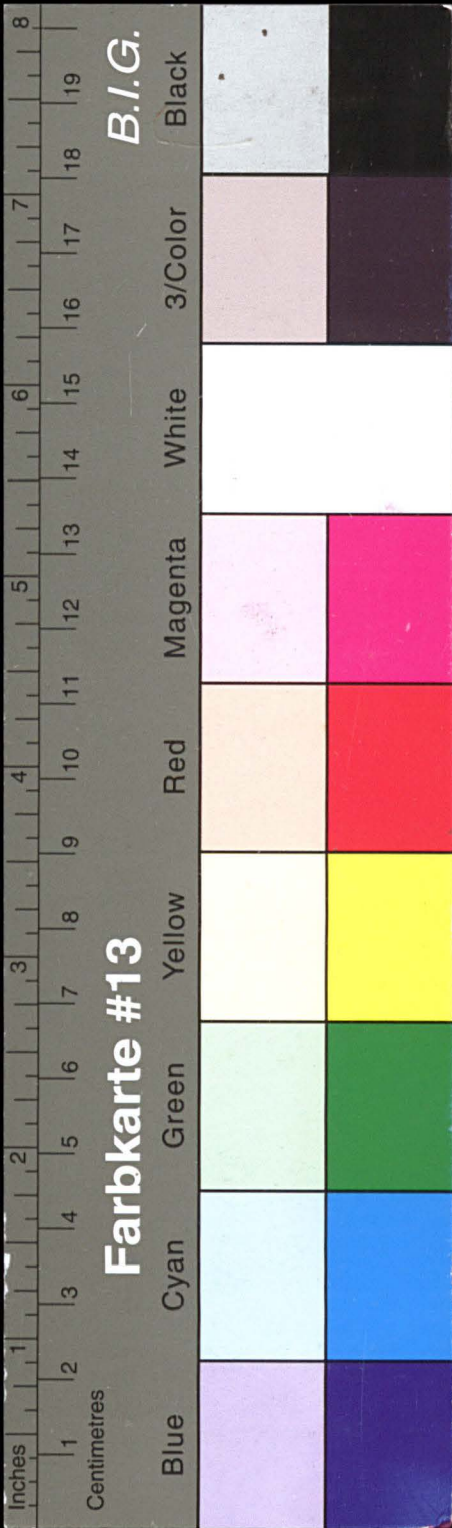
223. Das dem Karl Johannes Robert Orth in Wedel i. Holst. am 14. September 1932 in Lübeck unter Nr. 753 erteilte, nach seiner Angabe verloren gegangene Befähigungszeugnis zum Schiffsingenieur II wird nach erneuter Ausfertigung für ungültig erklärt.
Kiel, den 7. Oktober 1944.
Der Oberpräsident, Wasserstraßendirektion.
I. A.: Mangels.

224. Das dem Richard Josef Anton Fohmer in Hamburg-Langenhorn am 21. April 1932 in Lübeck unter Nr. 515 erteilte, nach seiner Angabe verloren gegangene Befähigungszeugnis zum Kapitän auf großer Fahrt wird nach erneuter Ausfertigung für ungültig erklärt.
Kiel, den 8. Oktober 1944.
Der Oberpräsident, Wasserstraßendirektion.
I. A.: Mangels.

225. **Druckfehlerberichtigung.**
In der Polizeiverordnung betr. Luftschutz auf Schiffen auf der unteren Trave, veröffentlicht in Stück 38 Nr. 207 des Amtsblattes der Regierung zu Schleswig vom 30. September 1944, ist
1. im § 1 hinter Verbindungslinie einzufügen: „zwischen der Leuchttonne“,
2. das Wort hinter „A“ zu ersetzen durch das Wort „und“,
3. in dem Wort Leuchttonne die Silbe „Leucht“ zu streichen, sodaß der Beginn des § 1 heißt: „Im Gebiet der unteren Trave von den Hubbrücken bis zur Verbindungslinie zwischen der Leuchttonne Lübeck A und der Tonne Lübeck I.“
Kiel, den 9. Oktober 1944.
Der Oberpräsident, Wasserstraßendirektion.
I. A.: Mangels.

226. Nachstehend aufgeführte Personen sind als Wäger für öffentliche Fuhrwerks- und Viehwaagen geprüft und auf die gewissenhafte Ausübung ihrer Tätigkeit als Wäger beeidigt worden:

Kreis Südtondern:
Momme Boysen, Lindholm
Frl. Sara Petersen, Lindholm
Kreis Flensburg:
Frl. Gerda Lorenzen, Eggebek
Wilhelm Schulz, Flensburg
Kreis Husum:
Tade Tramm, Langenhorn
Frau Alma Erichsen, Osternau
Heinrich Petersen, Behrendorf
Kreis Rendsburg:
Hinrich Kühn, Westerröndfeld
Hans Bleß, Rendsburg



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Thomas Rathje, Wasbek
Frau Helene Rathje, Wasbek
Otto Husmann, Osterstedt
Heinrich Börgert, Nortorf
Willy Wriedt, Nortorf
Paul Rose, Nortorf
Andreas Hameister, Nortorf
Heinrich Bock, Nortorf
Carl Möller, Nortorf
Frau Marie Möller, Nortorf
Hermann Clausen, Nortorf
Werner Grupp, Nortorf

Kreis Eckernförde:
Johannes Ströh, Fleckeby
Otto Hammerich, Fleckeby
Johannes Öhlerich, Güby
Thomas Johannsen, Güby
Detlef Kray, Hummelfeld
Frau Bertha Lammers, Hummelfeld
Frau Elli Bothmann, Osterby
Frau Berentje Ehlers, Damendorf
Hans Frahm, Ascheffel
Frl. Grete Bothmann, Hütten-Damendorf
Adolf Koll, Hütten
Joseph Lehmacher, Ascheffel
Frau Helga Reimer, Brekendorf
Johann Blaas, Brekendorf
Ernst Schmidt, Brekendorf
Frau Hedwig Schmidt, Brekendorf

Kreis Oldenburg:
August Reese, Neukirchen
Adolf Oeverdick, Heiligenhafen
Otto Pusback, Oldenburg i. H.
Heinrich Piper, Oldenburg i. H.
Christian Hauschildt, Oldenburg i. H.
Robert Frahm, Oldenburg i. H.
Max Haase, Neustadt i. H.
Hermann Paasch, Neustadt i. H.
Kiel, den 12. Oktober 1944.
Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein.
(Eichdirektion.)
I. A.: Schülke.

227. Hiermit gebe ich bekannt, daß nunmehr die
Leitung der Kreis- und Stadtparkasse Stormarn
von Ahrensburg nach Bad Oldesloe verlegt wor-
den ist.

Schleswig, den 17. Oktober 1944.
Der Regierungspräsident.
I. A.: Theisen.

IK 2./6261-8-

228. Hebammenniederlassung Mollhagen.

Der Hebamme Frau Martha Wittkamp geb.
Nissen ist die Niederlassungserlaubnis auf Grund
§ 10 des Hebammengesetzes vom 21. Dezember
1938 erteilt worden.

Als Wohnsitz wird ihr Eichede angewiesen.
Bad Oldesloe, den 3. Oktober 1944.

Der Landrat.
I. V.: Carls.

Bezugspreis: Vierteljährlich: Ausgabe A 3,- RM, Ausgabe B 1,50 RM.
Einrückungsgebühren für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum 30 *Rpf.* Preis der Belegblätter und einzelner
Stück 10 *Rpf.* für jeden angefangenen Bogen, mindestens aber 20 *Rpf.* für jedes Stück.
Geschäftsstelle des Regierungs-Amtsblattes. Herausgegeben von der Regierung in Schleswig.
Druck: F. Johannsens Buchdruckerei, Johs. Ibbeken, Schleswig.

98

229. Folgende Ausweise sind abhanden gekommen
und werden deshalb für ungültig erklärt:

Führerschein für 1938 für Rudolf Stoffers,
Elmenhorst, geboren 29. März 1905 in Seth,
Kreis Segeberg, wohnhaft in Elmenhorst, Kreis
Stormarn.

Zulassungsschein vom 28. 12. 1939 für den
Kraftwagen IP 159 405 für Bernhard Ruser, Boo-
stedt.

Zulassungsschein vom 14. 3. 1944 für den
Kraftwagen IP 126 139 für Kreisausschuß (Kreis-
kommunalverwaltung) Eutin.

Zulassungsschein vom 9. 6. 1939 für den
Kraftwagen IP 33 386 für Peter Högel, Flens-
burg, Harrisleer Straße 48.

Führerschein vom 4. 1. 1944 für Nicolaus
Grettoors, geboren 22. Mai 1922 in Bukmurz,
wohnhaft in Büsum, Hafenstraße 7, Kreis Norder-
dithmarschen.

Führerschein vom 15. 7. 1929 für Maximilian
Kraus, geboren 2. 8. 1897 in Bad Abbach, wohn-
haft in Kellinghusen, Kreis Steinburg.

Führerschein vom 1. 2. 1939 für Gerd Ziegler,
geboren 6. Juli 1917 in Kiel, wohnhaft in Kiel,
Chemnitzstraße 15.

Zulassungsschein vom 11. 6. 1941 für den
Kraftwagen IP 60 802 für Rud. Schrader, Rel-
lingen.

Führerschein vom 14. 7. 1943 für Kazimir
Kusik, geboren 5. Februar 1924 in Burgstadt,
wohnhaft in Rellingen/Holst., Hauptstraße 45.

Führerschein vom 20. 10. 1943 für Karl Schneider,
geboren 21. 3. 1903 in Reichenbach, wohnhaft in
Hamburg 20, Göernerstraße 1.

Zulassungsschein vom 14. 6. 1939 für den
Kraftwagen IP 170 711 für Willy Beuck, Fuhr-
unternehmer in Plön.

Führerschein vom 2. 8. 1937 für Fritz Horn,
geboren 13. Dezember 1873 in Behrendorf,
wohnhaft in Kronshagen, Kopperpähler Allee 35.

Zulassungsschein vom 27. 6. 1939 für den
Kraftwagen IP 71 979 für Conrad Engelhardt,
Koldenbüttel.

Zulassungsschein vom 16. 1. 1939 für das
Krad IP 110 068 für Hermann Mertens, Wester-
hever.

Personalnachrichten

230. Der ap. Regierungsbauinspektor Johannes
Rathjen vom Marschenbauamt (Wasserwirtschafts-
amt) in Husum, z. Zt. bei der Wehrmacht, ist zum
Regierungsbauinspektor unter Verleihung einer
Planstelle der Reichsbesoldungsgruppe A 4 c 2 er-
nannt worden.

177

Der Regierungspräsident Schleswig, den 14. Dezember 1944 S. Nr. I.K.2./6440.-8-

An
die Kreis- und Stadtparkasse
Stormarn
in B a d - O l d e s l o e
Kreis- und Stadtparkasse
Stormarn

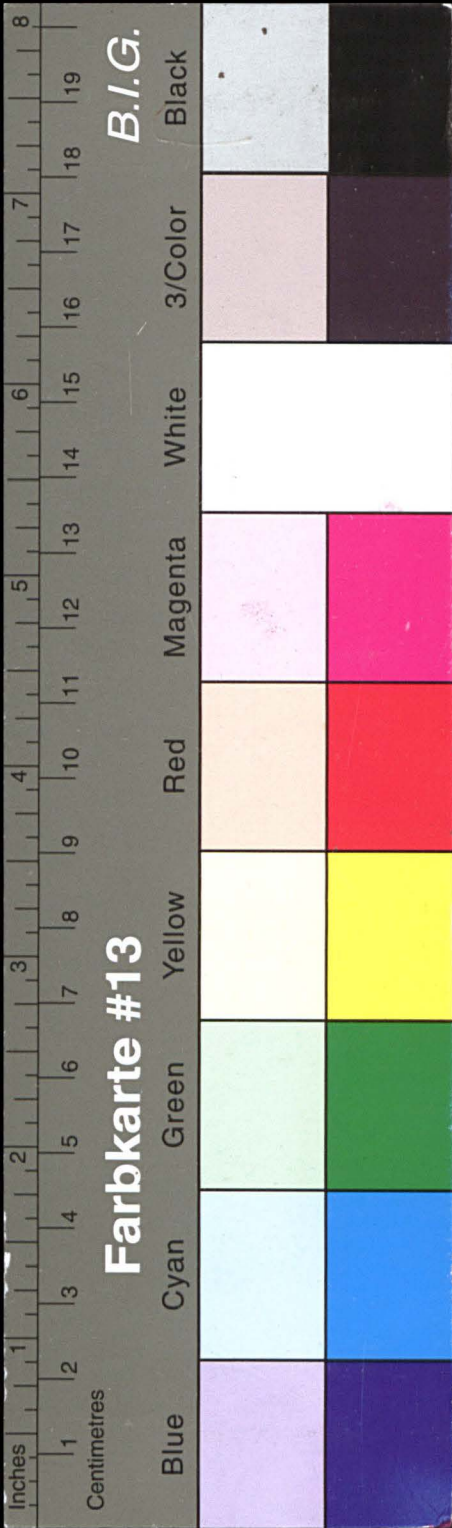
18. DEZ 1944

Ich bitte, mir möglichst umgehend
a.) 2 Abschriften des Auseinandersetzungsvertrages über die Ver-
einigung der Sparkasse des Kreises Stormarn mit der Spar-
und Leihkasse der Stadt Bad-Oldesloe,
b.) 2 Stücke der neuen Satzung der Kreis- und Stadtparkasse
Stormarn, wie sie durch Erlass des Herrn Reichswirtschafts-
ministers vom 14.7.1944, IV 1150/44 festgesetzt worden ist,
vorzulegen.

In Vertretung:

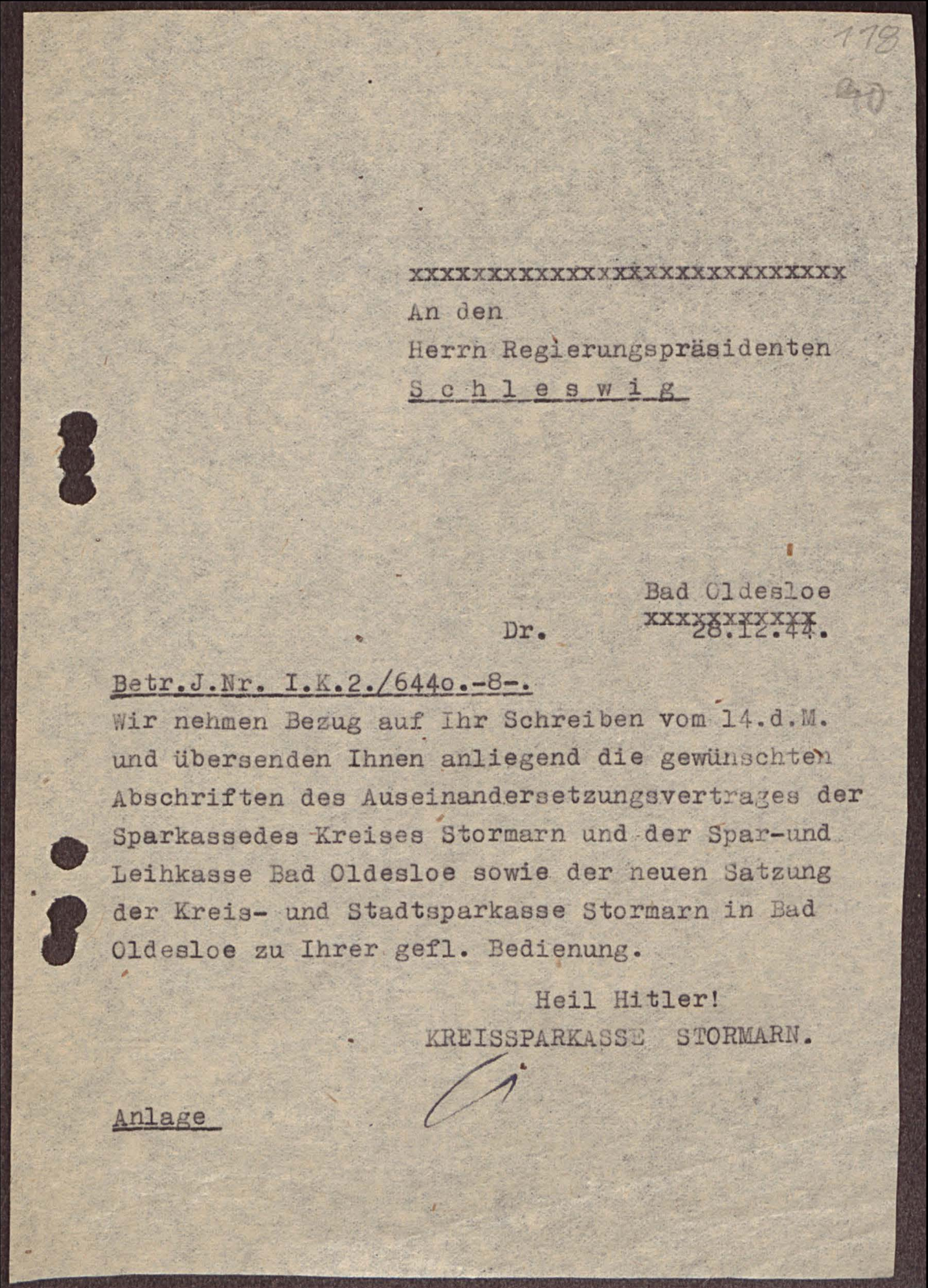
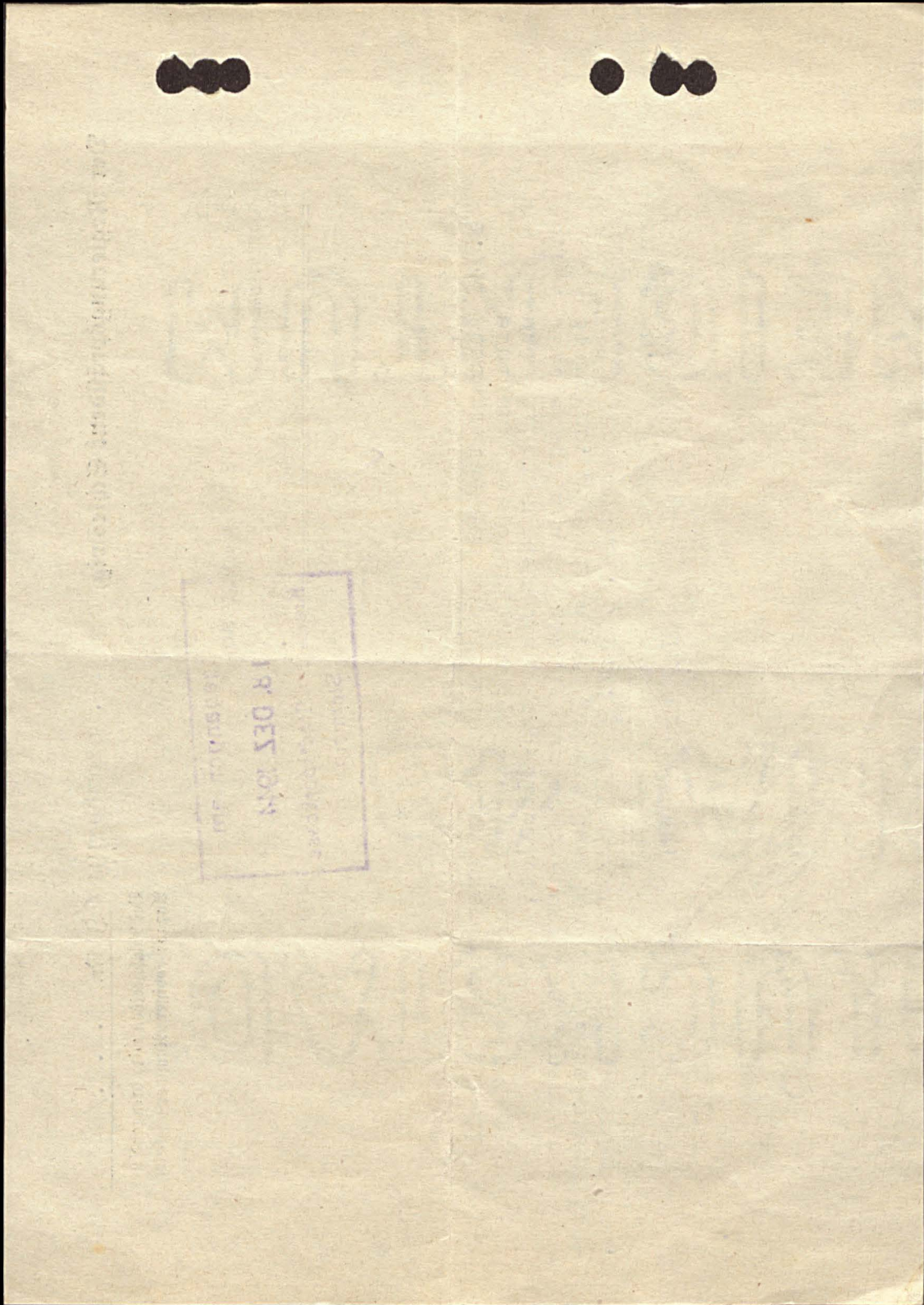
Bei Rückfragen wird bittend um
Angabe obiger Nummer gebeten.

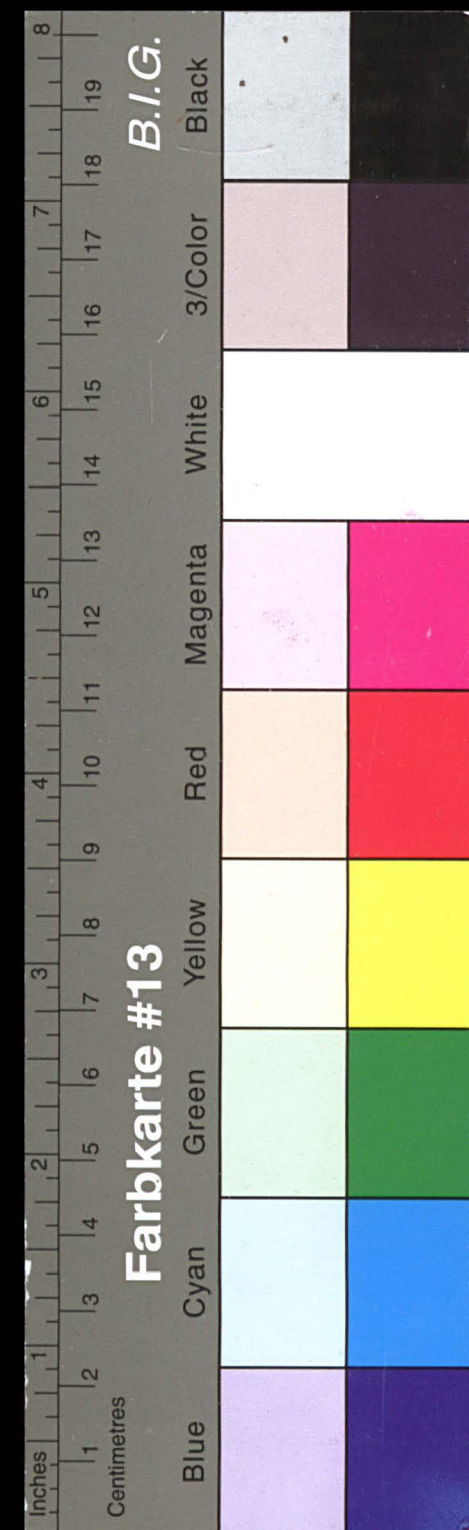
99



Kreisarchiv Stormarn E103

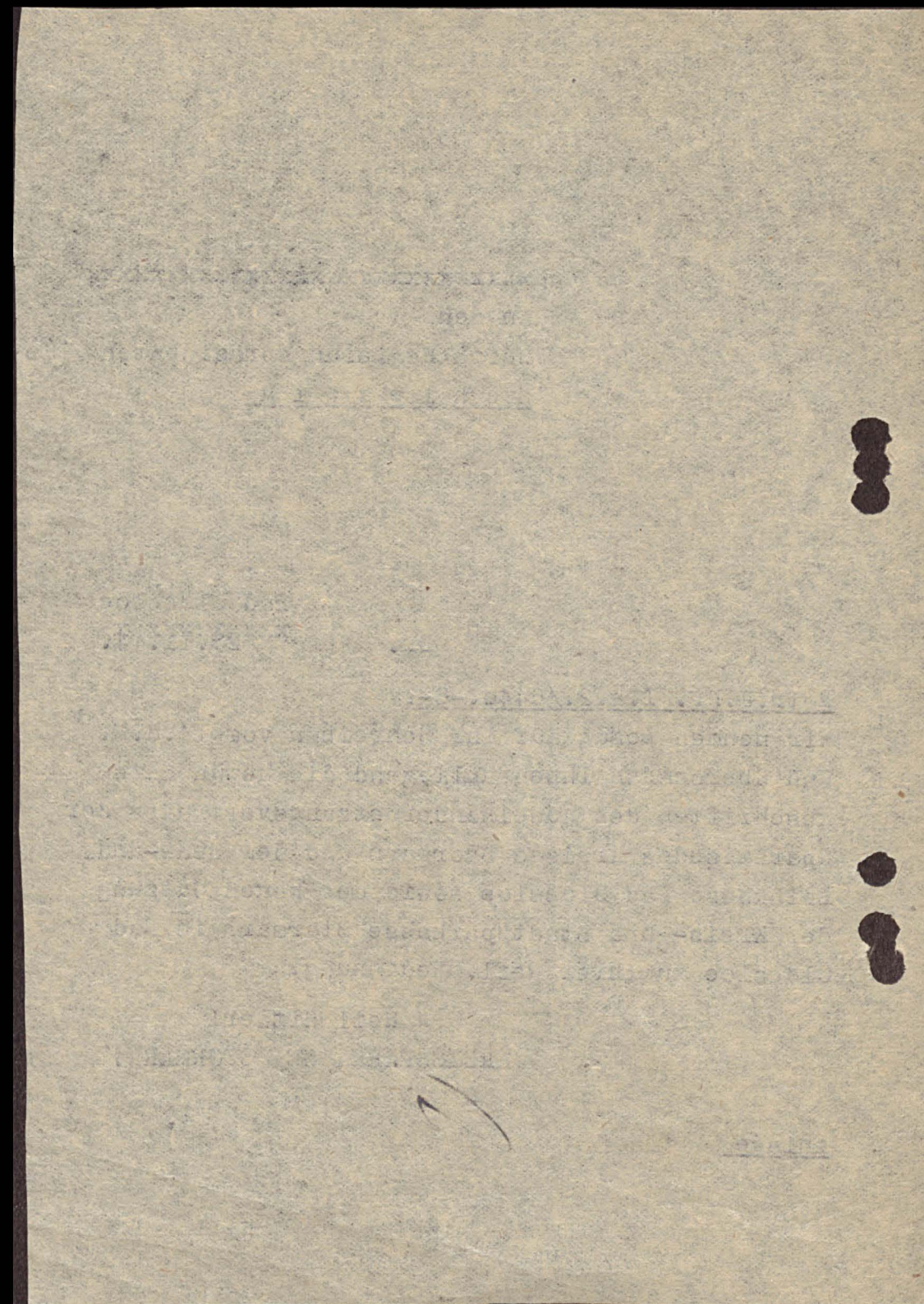
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



779
97

Durchführungsbestimmungen

zur Anordnung des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 14. Juli 1944
-IV 1150/44-betr. Überführung der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad
Oldesloe auf die Sparkasse des Kreises Stormarn und
Auseinandersetzungsbeschuß.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete des
Bank- und Sparkassenwesens vom 5.12. 1939.-RGBl. I S.2413-in der Fassung
der Verordnung vom 31.12. 1940-RGBl. I 1941 S.19-und im Einvernehmen mit
dem Herrn Reichsminister des Innern ist von dem Herrn Reichswirtschafts-
minister mit Wirkung vom 1. Juli 1944 die Spar- und Leihkasse der Stadt
Bad Oldesloe in Bad Oldesloe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf
die Sparkasse des Kreises Stormarn in Bad Oldesloe, die nunmehr die
Bezeichnung "Kreis- und Stadtsparkasse Stormarn in Bad Oldesloe" führt,
überführt worden.

I

Zur Durchführung dieser Anordnung bestimme ich folgendes:

- 1.) Die buchmäßige Überführung erfolgt auf der Grundlage der Bilanz
der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe zum 30.6. 1944
(Übernahmebilanz).
- 2.) Mit dem Tage der Überführung (1.7.1944) gehen alle Forderungen und
Verbindlichkeiten der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe
im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Sparkasse des Kreises
Stormarn über.
- 3.) Gleichzeitig endet die Haftung der Stadtgemeinde Bad Oldesloe
als Gewährträger für die Verbindlichkeiten der Spar- und Leihkasse
der Stadt Bad Oldesloe in Bad Oldesloe. Die Haftung geht vom Tage
der Übernahme (1.7.1944) auf den Kreiskommunalverband des Kreises
Stormarn als Gewährträger über. Die Stadtgemeinde Bad Oldesloe
haftet für die Ordnungsmäßigkeit und Vollständigkeit aller in
der Bilanz zum 30.6. 1944 ausgewiesenen Forderungen und Verbind-
lichkeiten. Die Haftung erstreckt sich insbesondere auf Fehler und
Unstimmigkeiten, die nachträglich bei der Prüfung der einzelnen
Aktiven und Passiven festgestellt werden sollten.
- 4.) Die Haftung für zweifelhafte Forderungen wird vom Tage der Über-
nahme, also vom 1.7. 1944 ab, von der Sparkasse des Kreises Stormarn
(Kreis- und Stadtsparkasse Stormarn) in Bad Oldesloe getragen.
- 5.) Soweit durch die vorstehenden Bestimmungen nicht bereits eine
Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten erfolgt, sind für
die weiterhin erforderliche Auseinandersetzung die Bestimmungen
des zwischen den Beteiligten am 12.4. 1944 abgeschlossenen Ausein-
andersetzungsvertrages durchzuführen, der gleichzeitig als binden-
der Bestandteil dieser Durchführungsbestimmungen gilt.

II.

Nach Durchführung der vorstehenden Bestimmungen gilt die zwischen
den Beteiligten erforderliche Auseinandersetzung als vollzogen.

Schleswig, den 27. Januar 1945.

Der Regierungspräsident
Jm Auftrage

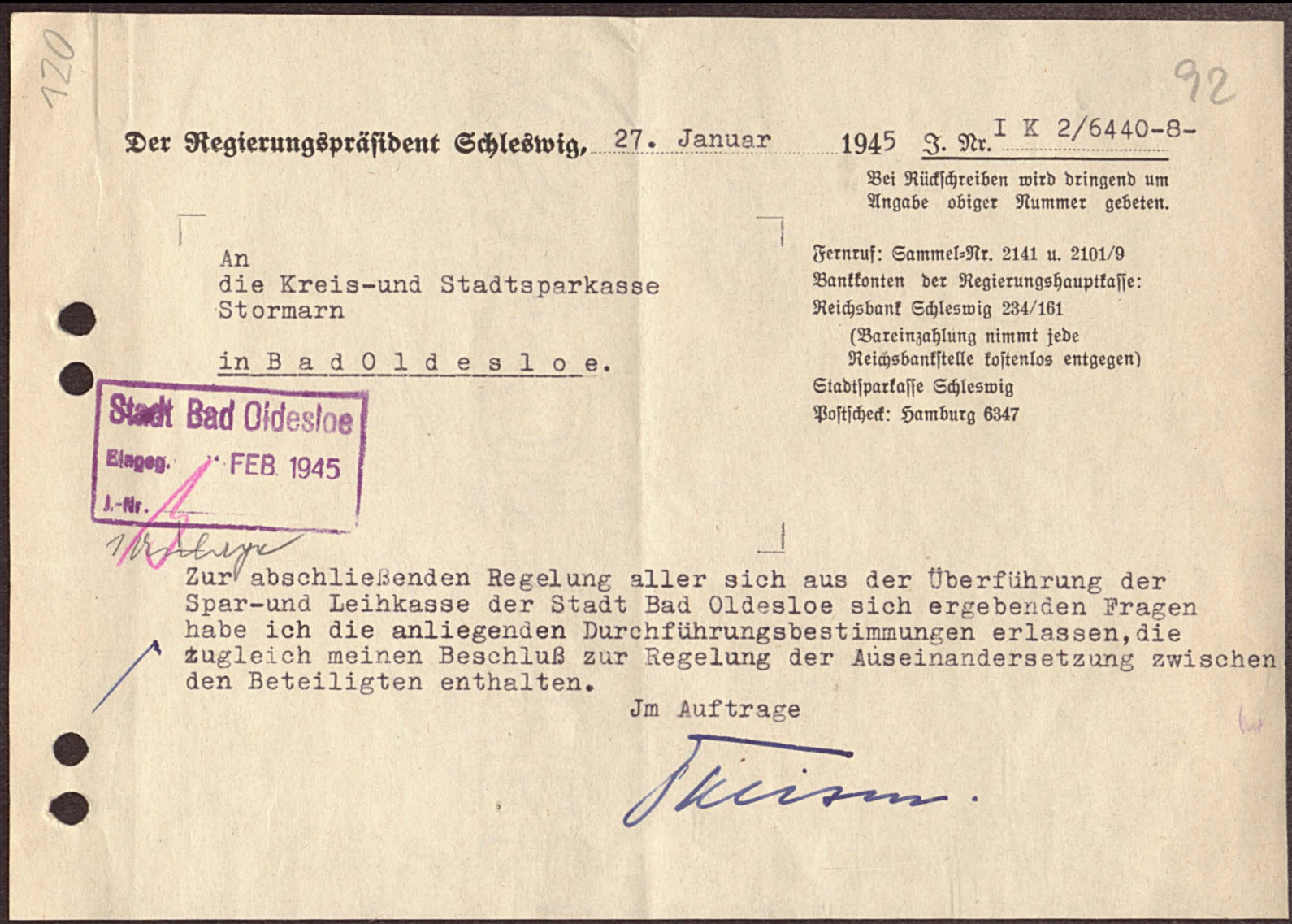
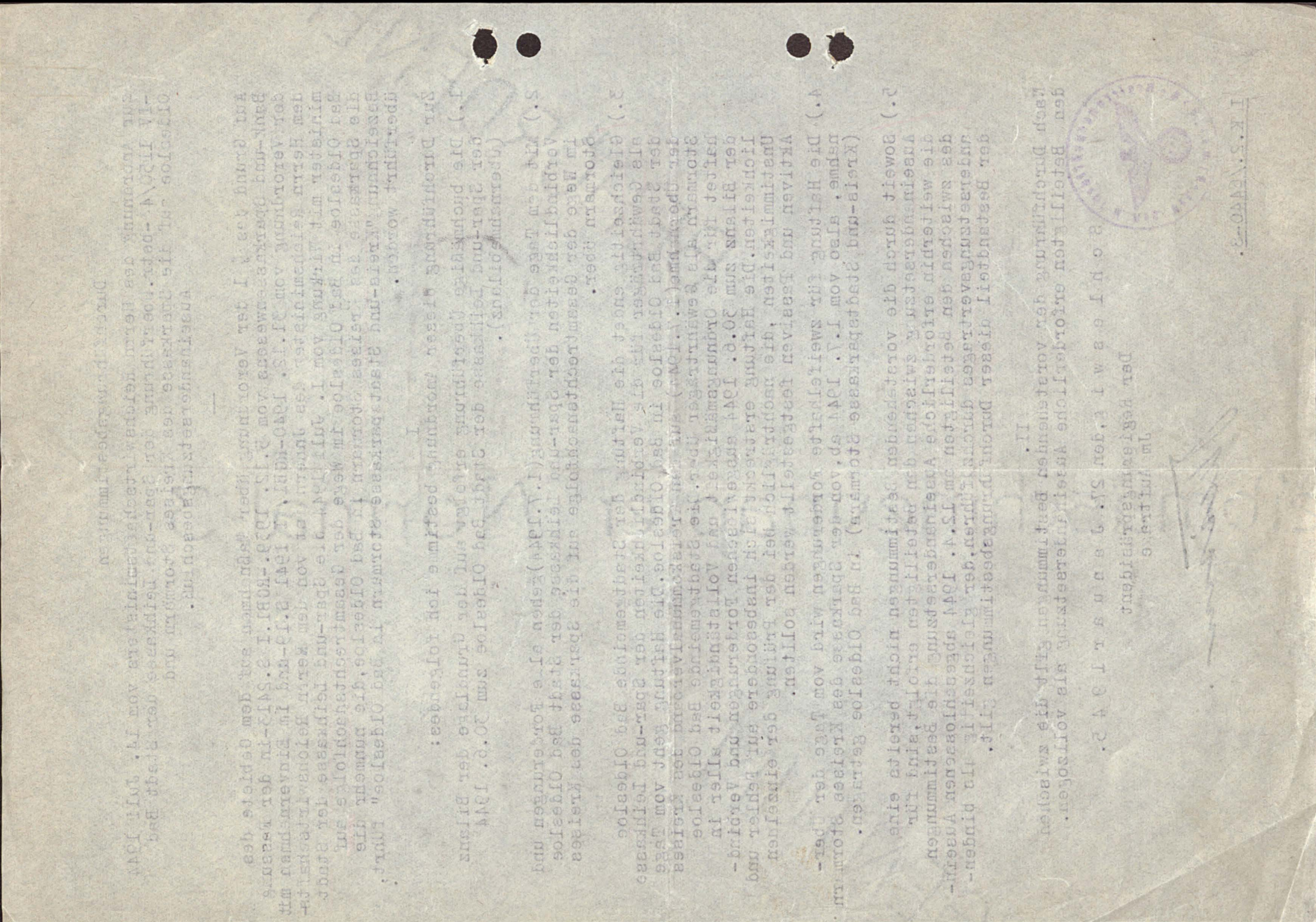


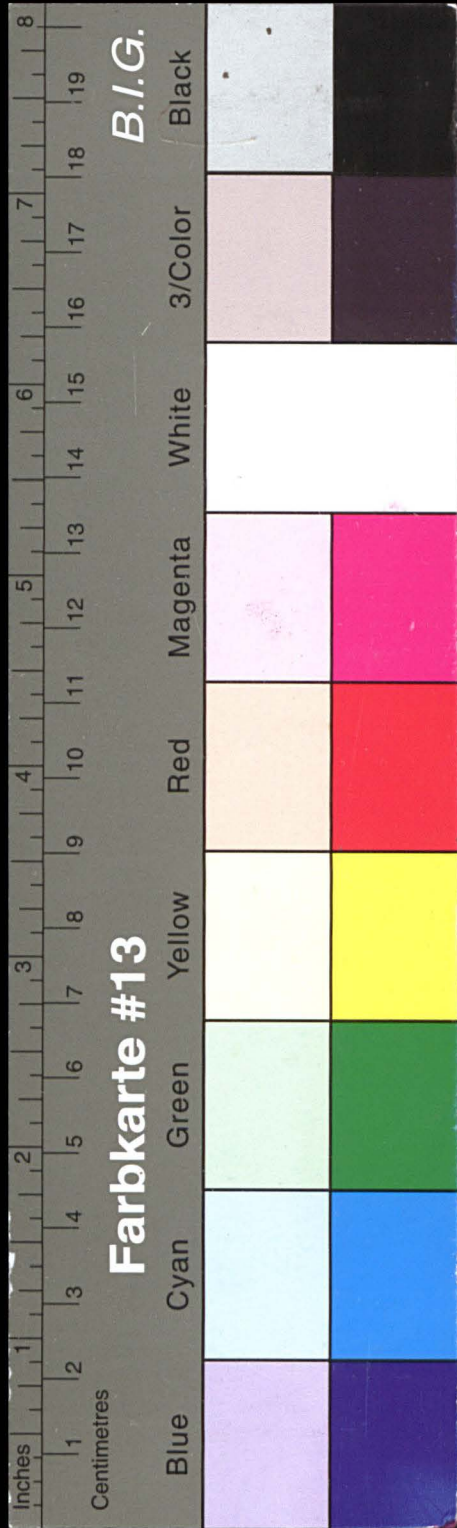
I K.2./6440-8.

Heisen

Kreisarchiv Stormarn E103

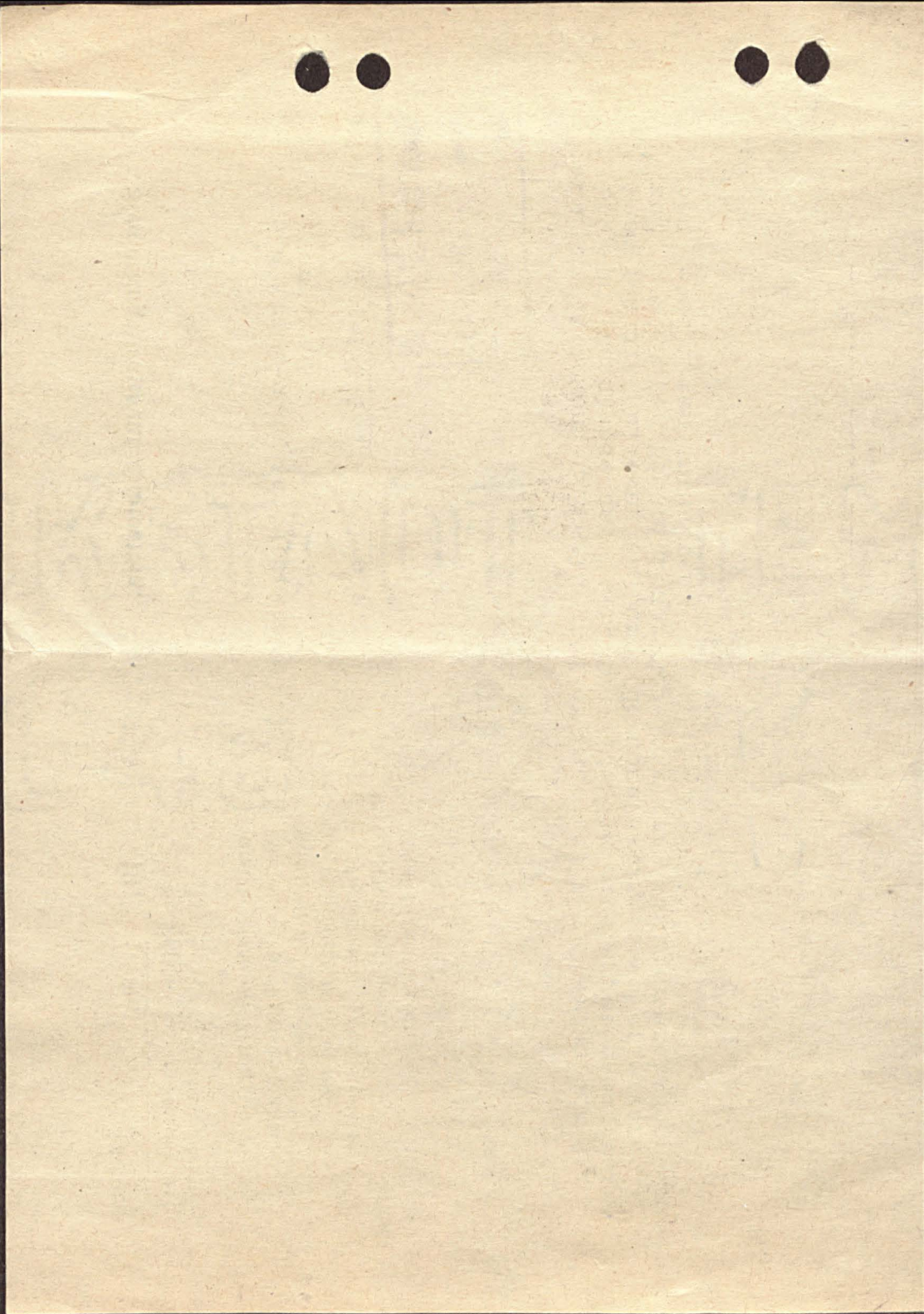
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552






Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



727
98


Gertruf: 241, 242 und 243
Postfach: Hamburg 12737
Bankkonto: Spar- und Leihkasse

Der Bürgermeister der Stadt Bad Oldesloe

Den 6. Februar 1945

Dr. K/Wi.

Herrn
Sparkassendirektor K. S a n d e r

h i e r

Betr.: Kreis- und Stadtparkasse Stormarn.
Bezug: Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten v. 27.1.45. -
I K 2/6440-8- .

Sehr geehrter Herr Direktor!

In der Anlage übersende ich das mir zugegangene Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten in Schleswig v. 27.1.45. - I K 2/6440 -8- , mit den Durchführungsbestimmungen betr. die Überführung der Spar- und Leihkasse auf die Kreissparkasse. M.E. sind die Durchführungsbestimmungen unklar. Sie werden in keiner Weise der Frage gerecht, dass hier eine Fusion, also ein Zusammenschluss zweier Unternehmen vorliegt, sondern sie erwecken den Eindruck, als ob die Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe völlig in der Kreissparkasse aufgeht. Das kommt schon in der Überschrift zum Ausdruck, in der es nicht heissen müsste "Überführung der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe auf die Sparkasse des Kreises Stormarn", sondern "Vereinigung der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe mit der Sparkasse des Kreises Stormarn". Besonders bemerkbar ist dies aber in Ziff. 2 und 3; denn aus dem Vertrag selbst, der die Gewinnverteilung, die Haftung usw. ergibt, geht ja klar hervor, dass die Stadt Bad Oldesloe mit Gewährträgerin bleibt und auch am Gewinn teil hat. Deswegen ist Ziff. 2 falsch; denn es müsste heissen "mit dem Tage der Überführung (1.7.44) gehen alle Forderungen und Verbindlichkeiten der Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Kreis- und Stadtparkasse Stormarn zu Bad Oldesloe über".

Ähnliches

E/0748 252



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Ähnliches gilt auch von den anderen Bestimmungen.
Die vorgelegten Durchführungsbestimmungen erwecken den Eindruck, als ob sie von einem anderen Fall, der dem unsern nicht gleich ist, einfach ohne weitere Überprüfung übernommen worden sind.

Ich bitte um Prüfung und Stellungnahme.

Heil Hitler!

2 Anlagen

H. Kieling

722
94
Bad Oldesloe, den 9.2.45.
-./Dr.

An den
Herrn Bürgermeister
Dr. Kieling
Bad Oldesloe

Betrifft: Kreis- und Stadtparkasse Stormarn in Bad Oldesloe.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten vom 27.1.45 ist an uns gerichtet und vermutlich nur versehentlich an Sie zur Absendung gekommen.

Es handelt sich hier nur um die abschliessende Bestätigung des Regierungspräsidenten über die bereits durchgeführte Auseinandersetzung zwischen Stadt und Kreis. Nach dem Wortlaut der Anordnung des Reichswirtschaftsministers ist die Spar- und Leihkasse der Stadt Bad Oldesloe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Sparkasse des Kreises Stormarn überführt worden. Im Zeitpunkt der erfolgten Überführung entstand die Kreis- und Stadtparkasse Stormarn. Diese Form ist bei allen solchen Vereinigungen vom Reichswirtschaftsminister gewährt, das hat aber auf das jetzt bestehende Rechtsverhältnis gar keinen Einfluss, weil als Grundgesetz für das Rechtsverhältnis der beiden Gewährverbände die inzwischen in Kraft gesetzte Satzung völlige Gültigkeit hat. Daneben ist auch der Auseinandersetzungsvertrag ein verbindlicher Bestandteil der Satzungsbestimmung und ebenso der Durchführungsbestimmungen. Ein weiteres Eingehen auf die erlassenen Durchführungsbestimmungen des Herrn Regierungspräsidenten erübrigt sich meines Erachtens, weil diese auch für die Stadt gar keine Bedeutung haben.

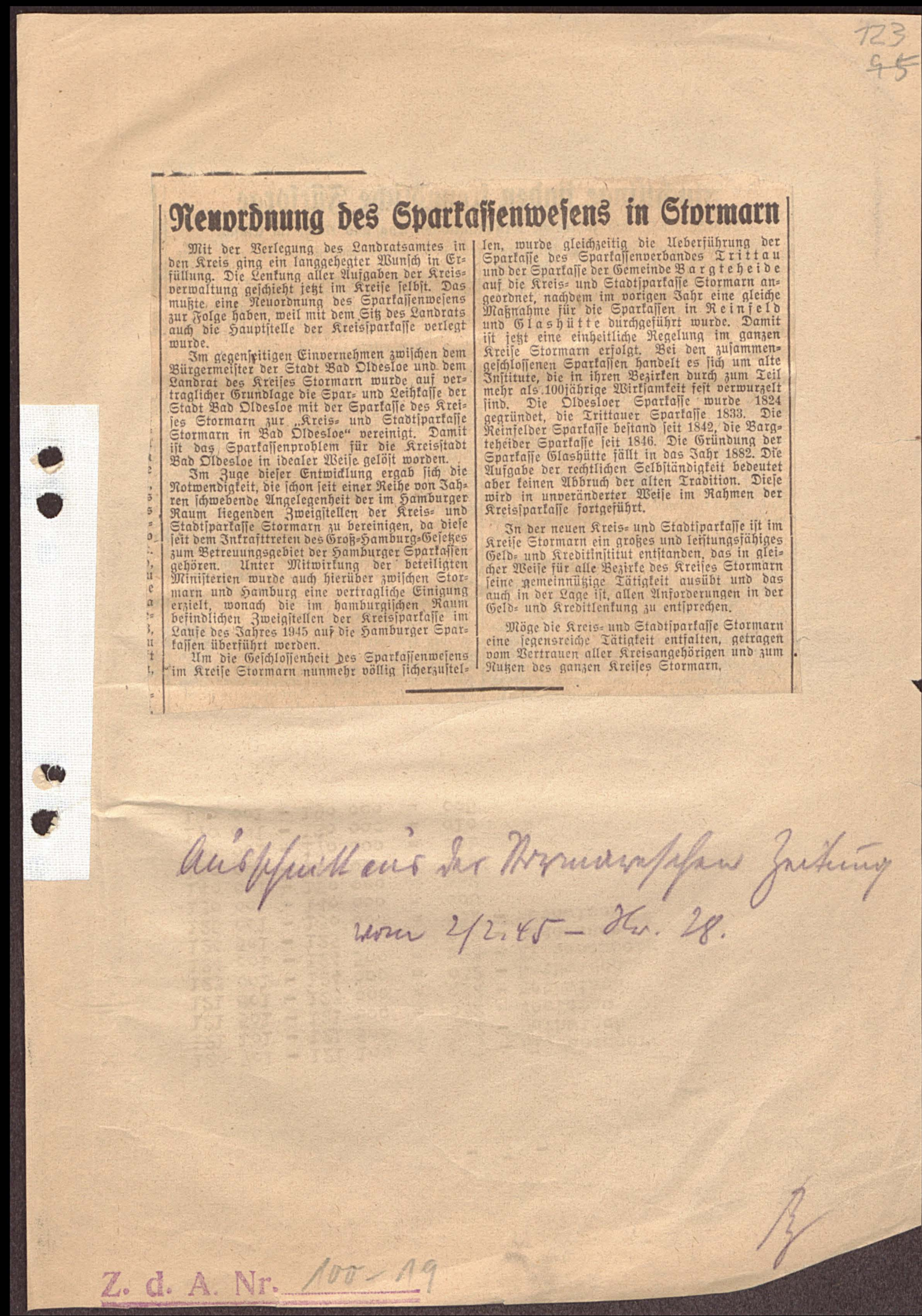
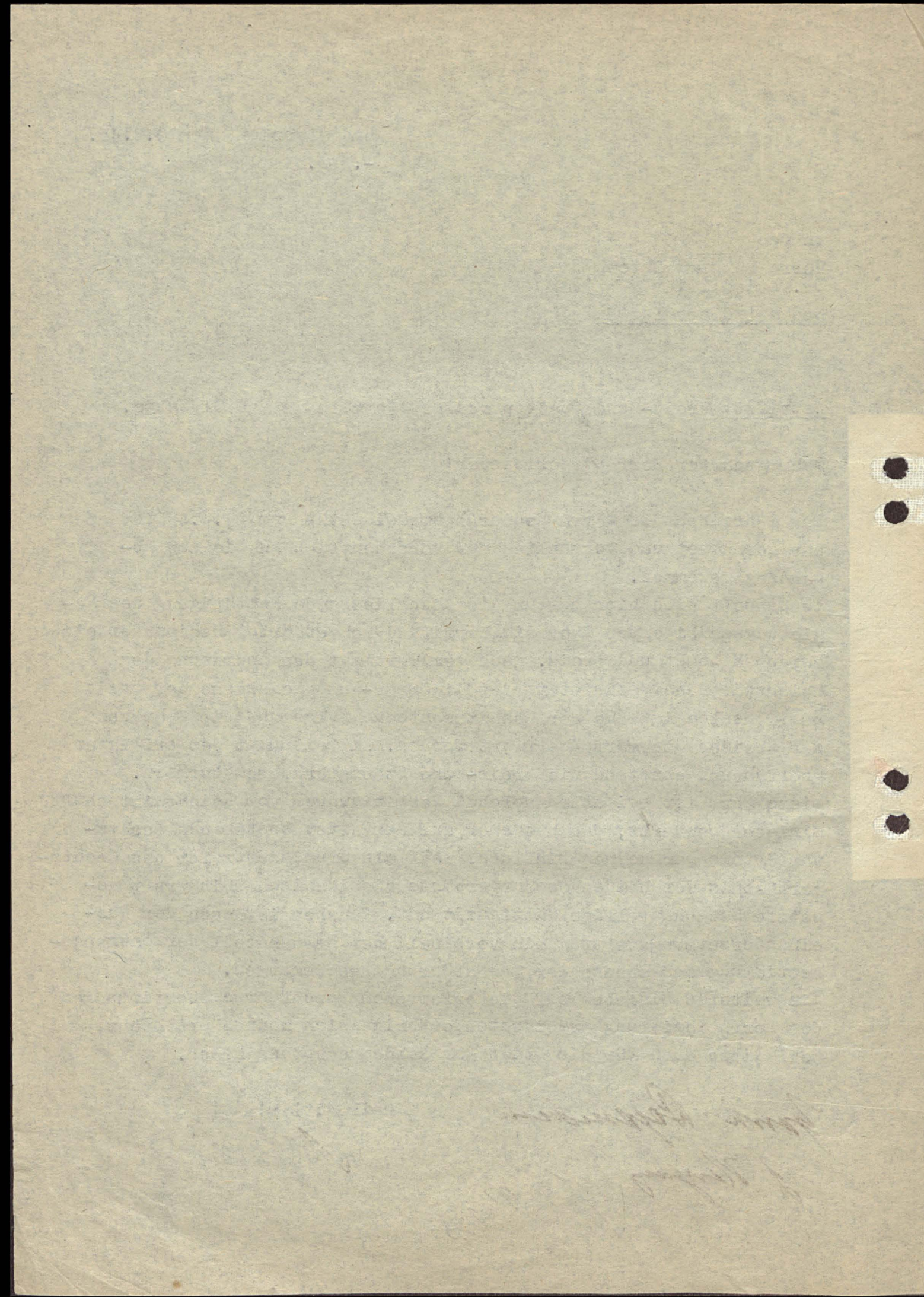
J. Hergmann
J. Hergmann

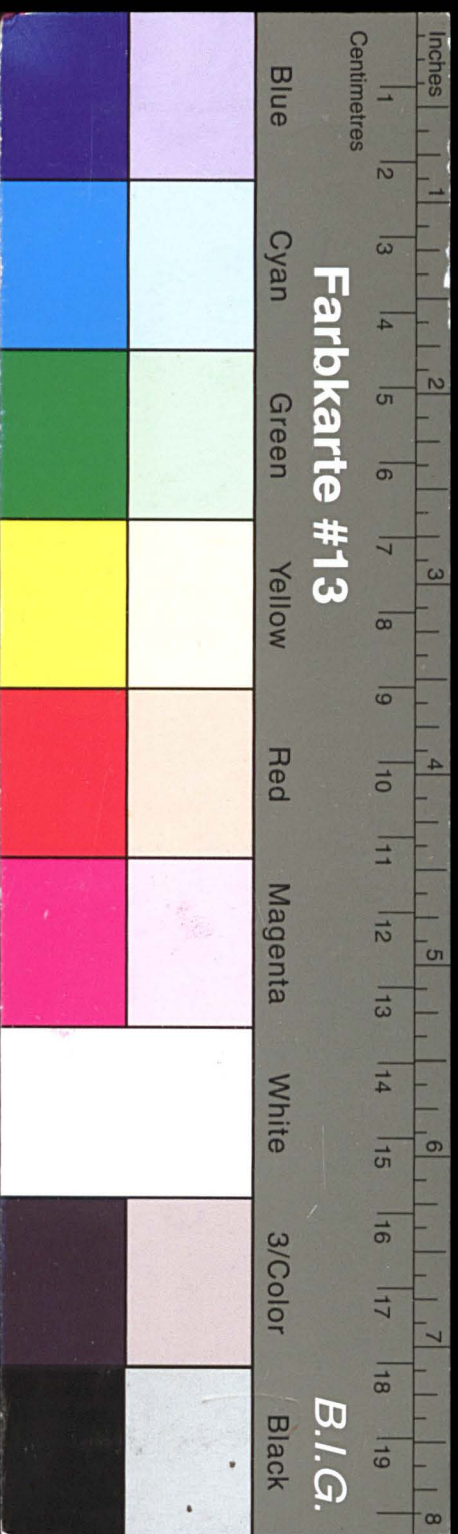
Heil Hitler!



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 3 -

```

120 701 - 121 100 = ..... - Kl. Wesenberg
121 101 - 121 500 = 032 - Rethwisch
121 501 - 121 800 = 032 - Westerau
121 801 - 123 000 = 032 - Rethwisch
123 001 - 124 000 = 032 - Rethwisch
124 001 - 124 500 = 032 - Kl. Wesenberg
124 501 - 125 000 = 032 - Meddewade
125 001 - 130 000 = 032 - Rethwisch
130 001 - 140 000 = 008
140 001 - 150 000 = 002
150 001 - 160 000 = frei
160 001 - 170 000 = 001
170 001 - 180 000 = 010
180 001 - 190 000 = 005

```

Bad Oldesloe, den 6. November 1944

An
alle Hauptzweigstellen und Abteilungen.